# 2025

## Jahresberichte

- **über die Ausführung des EU-Haushaltsplans**
- **über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)**

**für das Haushaltsjahr 2025**




EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF

DE

EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF
12, rue Alcide De Gasperi
1615 Luxemburg
LUXEMBURG

Tel. +352 4398-1
Kontaktformular: eca.europa.eu/de/contact
Website: eca.europa.eu
Soziale Netzwerke: @EUauditors

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (http://europa.eu).
Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2026

*Hinweis: Bitte beachten Sie, dass einige im vorliegenden Dokument enthaltenen Gesamtbeträge aus Rundungsgründen möglicherweise nicht der Summe der einzelnen Elemente entsprechen.*

Im Einklang mit Artikel 287 Absätze 1 und 4 AEUV, mit Artikel 264 Absatz 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (Neufassung), mit Artikel 42 Absatz 2 und Artikel 43 der Verordnung (EU) 2018/1877 des Rates vom 26. November 2018 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2015/323 in Verbindung mit Artikel 279 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (Neufassung) sowie mit Artikel 92 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 verabschiedete

**der Rechnungshof der Europäischen Union in seinen Sitzungen vom 2. und 9. Juli 2026 seine**

# JAHRESBERICHTE
# für das Haushaltsjahr 2025

Diese Berichte wurden zusammen mit den Antworten der Organe auf die Bemerkungen des Rechnungshofs den für die Entlastung zuständigen Organen sowie den übrigen Organen übermittelt.

Mitglieder des Rechnungshofs zum Zeitpunkt der Annahme dieser Berichte:

Tony Murphy (Präsident), Nikolaos Milionis, Iliana Ivanova, Bettina Jakobsen, Jan Gregor, Mihails Kozlovs, Ildikó Gáll-Pelcz, Annemie Turtelboom, Ivana Maletić, Joëlle Elvinger, Helga Berger, Marek Opioła, Jorg Kristijan Petrovič, Stef Blok, George-Marius Hyzler, Lefteris Christoforou, Laima Liucija Andrikienė, Keit Pentus-Rosimannus, Katarína Kaszasová, João Leão, Alejandro Blanco Fernández, Carlo Alberto Manfredi Selvaggi, Petri Sarvamaa, Hans Lindblad, Lucian Romașcanu, Pierre Moscovici, Daniel Caspary.

# Inhalt


| | Seite |
|---|---|
| **Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025** | **5** |
| **Antworten der Organe auf den Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025** | **491** |
| **Jahresbericht über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds für das Haushaltsjahr 2025** | **624** |
| **Antworten der Europäischen Kommission auf den Jahresbericht über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds für das Haushaltsjahr 2025** | **665** |

# Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025

Die Arbeit am Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 stand unter der Leitung von Jan Gregor, Mitglied für den Jahresbericht. Die für die einzelnen Kapitel zuständigen berichterstattenden Mitglieder waren Jan Gregor (Kapitel 1 und 11), Lefteris Christoforou (Kapitel 2), Hans Lindblad (Kapitel 3 und 12), Katarína Kaszasová (Kapitel 4), Mihails Kozlovs (Kapitel 5), Stef Blok (Kapitel 6), Iliana Ivanova (Kapitel 7), Marek Opioła (Kapitel 8), Laima Liucija Andrikienė (Kapitel 9), Pierre Moscovici (Kapitel 10) und Petri Sarvamaa (Anhang).



*Von links nach rechts:* Pierre Moscovici, Hans Lindblad, Petri Sarvamaa, Laima Liucija Andrikienė, Stef Blok, Katarína Kaszasová, Jan Gregor, Iliana Ivanova, Marek Opioła, Lefteris Christoforou und Mihails Kozlovs.

# Inhalt


| | | Seite |
|---|---|---|
| Allgemeine Einleitung | | 5 |
| Kapitel 1 | Zuverlässigkeitserklärung und zugehörige Ausführungen | 11 |
| Kapitel 2 | Haushaltsführung und Finanzmanagement | 75 |
| Kapitel 3 | EU-Haushalt und Ergebniserbringung | 129 |
| Kapitel 4 | Einnahmen | 177 |
| Kapitel 5 | Binnenmarkt, Innovation und Digitales | 207 |
| Kapitel 6 | Zusammenhalt, Resilienz und Werte | 233 |
| Kapitel 7 | Natürliche Ressourcen und Umwelt | 278 |
| Kapitel 8 | Migration und Grenzmanagement Sicherheit und Verteidigung | 303 |
| Kapitel 9 | Nachbarschaft und die Welt | 330 |
| Kapitel 10 | Europäische öffentliche Verwaltung | 355 |
| Kapitel 11 | Aufbau- und Resilienzfazilität | 367 |
| Kapitel 12 | Weiterverfolgung der vom Rechnungshof in seinen Sonderberichten von 2022 unterbreiteten Empfehlungen | 418 |
| Anhang | | 484 |
| Antworten der Organe | | 491 |

# Allgemeine Einleitung

**0.1.** Der Europäische Rechnungshof ist ein Organ der Europäischen Union (EU) und der externe Prüfer der EU-Finanzen. In dieser Eigenschaft kommt uns die Rolle des unabhängigen Hüters der finanziellen Interessen aller Bürgerinnen und Bürger der Union zu, insbesondere wenn es darum geht, zur Verbesserung des EU-Finanzmanagements beizutragen.

**0.2.** Gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)[1] deckt unser Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite ab. Er enthält unsere *Zuverlässigkeitserklärung*, die Aufschluss darüber gibt, ob die EU-Jahresrechnung zuverlässig ist und ob die EU-Haushaltsmittel im Einklang mit den maßgebenden Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften verwendet wurden. Ergänzend zu dieser Erklärung werden spezifische Beurteilungen zu größeren Bereichen der Ausgaben aus dem EU-Haushalt vorgelegt. Die Europäischen Entwicklungsfonds sind Gegenstand eines gesonderten Jahresberichts.

**0.3.** Der EU-Gesamthaushaltsplan wird jährlich vom Rat der Europäischen Union und vom Europäischen Parlament beschlossen. Im Mai 2020 nahm der Rat der Europäischen Union das befristete Instrument *"NextGenerationEU" (NGEU)* an, das als Reaktion auf die sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie eingeführt wurde und durch die Emission von Anleihen finanziert wird. Im Rahmen von NGEU werden Mittel für die *Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)*[2], auf die rund 90 % der NGEU-Mittel entfallen, sowie für Aufstockungen bestehender Programme des *mehrjährigen Finanzrahmens (MFR)* 2021–2027 bereitgestellt – diese Mittel müssen im Einklang mit sektorspezifischen Vorschriften ausgegeben werden. Wir geben ein gesondertes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben ab.

**0.4.** Sowohl der Gesamthaushaltsplan der EU als auch die NGEU-Finanzierung unterliegen dem *Entlastungsverfahren*. Im Rahmen dieses Verfahrens entscheidet das Parlament auf Empfehlung des Rates darüber, ob die Europäische Kommission ihre Haushaltsvollzugsaufgaben in zufriedenstellender Weise erfüllt hat. Unser Jahresbericht bildet – zusammen mit unseren sonstigen Outputs – eine Grundlage für das Entlastungsverfahren. Gleichzeitig mit seiner Veröffentlichung übermitteln wir

---

[1] Artikel 285 bis 287 AEUV.

[2] Verordnung (EU) 2021/241 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität.

unseren Jahresbericht den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und dem Rat.

**0.5.** Dieser Jahresbericht ist wie folgt gegliedert:

— ***Kapitel 1*** enthält die Zuverlässigkeitserklärung und eine Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Prüfung zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung und zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der der Jahresrechnung zugrunde liegenden Einnahmen- und Ausgabenvorgänge, einschließlich der Angaben der Kommission zur Ordnungsmäßigkeit, sowie eine Zusammenfassung unseres Prüfungsansatzes. Nachstehend verwenden wir in diesem Jahresbericht den Begriff "Ordnungsmäßigkeit" im Sinne von "Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit".

— ***Kapitel 2*** befasst sich mit unserer Analyse der Haushaltsführung und des Finanzmanagements der EU.

— In ***Kapitel 3*** sind die Leistungsaspekte (d. h. *Sparsamkeit*, *Wirtschaftlichkeit* und *Wirksamkeit*) des Haushaltsvollzugs dargestellt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf unserer Analyse und Zusammenfassung von zentralen Leistungsangaben aus den im Jahr 2025 veröffentlichten Sonderberichten sowie auf Leistungsaspekten der Ausgabenprogramme unter der MFR-Rubrik 2 "Zusammenhalt, Resilienz und Werte".

— ***Kapitel 4*** enthält die Ergebnisse, zu denen wir im Zuge unserer Prüfungstätigkeit zur Ordnungsmäßigkeit der Einnahmenvorgänge der EU, unserer Untersuchung von Elementen der Management- und Kontrollsysteme für die Einnahmen und unserer Analyse der *jährlichen Tätigkeitsberichte* der Kommission gelangt sind.

— Die ***Kapitel 5 bis 10*** geben für die verschiedenen Rubriken des MFR 2021–2027 einen Überblick über die Ergebnisse, zu denen wir im Zuge unserer Prüfungstätigkeit zur Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge gelangt sind, und enthalten unsere Analyse der jährlichen Tätigkeitsberichte der Kommission, von Elementen ihrer internen Kontrollsysteme sowie sonstiger Governance-Regelungen.

— ***Kapitel 11*** enthält unsere Bewertung der Einhaltung der Zahlungsbedingungen der ARF sowie unsere Analyse der *jährlichen Tätigkeitsberichte* der Kommission, unsere Untersuchung ausgewählter Überwachungs- und Kontrollsysteme und eine Erläuterung des von uns im Zusammenhang mit der ARF verfolgten Prüfungsansatzes.

— In ***Kapitel 12*** sind die Ergebnisse der vom Rechnungshof in seinen Sonderberichten von 2022 durchgeführten Weiterverfolgungsprüfung dargelegt.

— Im ***Anhang*** wird über alle Eventualverbindlichkeiten berichtet, die daraus resultieren, dass die Kommission und der Rat ihre Aufgaben nach der Verordnung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus wahrnehmen.

**0.6.** Wir sind bestrebt, unsere Feststellungen auf klare und prägnante Weise darzulegen. Hingegen ist es nicht immer möglich, den für die EU, ihre Politiken und ihren Haushalt typischen Fachjargon oder spezifische Termini aus dem Bereich der Buchführung und Prüfung zu vermeiden. Auf unserer Website findet sich deshalb ein Glossar mit Erläuterungen zu diesen Fachbegriffen. Die im Glossar definierten Begriffe sind bei ihrer ersten Verwendung in jedem Kapitel in *Kursivschrift* gesetzt.

**0.7.** Die Antworten der Kommission (oder ggf. die Antworten anderer Organe sowie Einrichtungen und Stellen der EU) auf unsere Feststellungen werden zusammen mit diesem Bericht vorgelegt.

# Kapitel 1

## Zuverlässigkeitserklärung und zugehörige Ausführungen

# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegte Zuverlässigkeitserklärung des Rechnungshofs – Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers** | **I. - XLVII.** |
| **Einleitung** | **1.1. - 1.3.** |
| **Zuverlässigkeit der Rechnungsführung** | **1.4. - 1.19.** |
| **Das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres ist negativ, das Haushaltsergebnis hingegen positiv** | **1.6. - 1.8.** |
| **Bemerkungen zur konsolidierten Jahresrechnung 2025** | **1.9. - 1.16.** |
| **Bemerkungen infolge der vom Rechnungshof vorgenommenen IT-Prüfung von SUMMA** | **1.17. - 1.19.** |
| **Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge** | **1.20. - 1.37.** |
| **Das Prüfungsurteil des Rechnungshofs bezieht sich auf die Einnahmen- und Ausgabenvorgänge des Haushalts** | **1.21. - 1.23.** |
| **Keine wesentliche Fehlerquote bei den Einnahmen, doch weist ein erheblicher Anteil der Ausgaben eine wesentliche Fehlerquote auf** | **1.24. - 1.31.** |
| **Förderfähigkeitsfehler machen weiterhin den größten Anteil an der geschätzten Fehlerquote aus, wobei die Fehler in den Verfahren für die öffentliche Auftragsvergabe und für die Gewährung von Finanzhilfen zugenommen haben** | **1.32. - 1.35.** |
| **Änderungen an der Methodik des Rechnungshofs zur Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge führten zu einer leichten Verringerung der von ihm geschätzten Fehlerquote** | **1.36. - 1.37.** |

**Angaben der Kommission zur Ordnungsmäßigkeit** **1.38. - 1.48.**

Die von der Kommission gemeldete Fehlerquote ist nicht direkt mit der vom Rechnungshof geschätzten Fehlerquote vergleichbar und ist wahrscheinlich zu niedrig angesetzt **1.38. - 1.48.**

**Der Rechnungshof meldet der EUStA und dem OLAF Fälle mutmaßlichen Betrugs** **1.49. - 1.57.**

**Schlussfolgerungen und Empfehlungen** **1.58. - 1.60.**

**Anhänge**

Anhang 1.1 – Prüfungsansatz und Prüfungsmethodik

# Dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegte Zuverlässigkeitserklärung des Rechnungshofs – Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

## Prüfungsurteil

**I.** Wir haben

a) die konsolidierte Jahresrechnung der Europäischen Union, die aus dem konsolidierten Jahresabschluss[1] und den Haushaltsrechnungen[2] für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr besteht und von der Kommission am 24. Juni 2026 gebilligt wurde, sowie

b) die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden *Vorgänge* gemäß Artikel 287 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geprüft.

## Zuverlässigkeit der Rechnungsführung

### Prüfungsurteil zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung

**II.** Nach unserer Beurteilung stellt die konsolidierte Jahresrechnung der Europäischen Union (EU) für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr die Vermögens- und Finanzlage der EU zum 31. Dezember 2025, die Ergebnisse ihrer Vorgänge und ihre Cashflows sowie die Veränderungen ihres Nettovermögens für das an diesem Stichtag endende Haushaltsjahr in Übereinstimmung mit der Haushaltsordnung und den auf den international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen für den öffentlichen Sektor basierenden Rechnungsführungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen insgesamt sachgerecht dar.

---

[1] Artikel 249 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (Neufassung) – ABI. L 2024/2509 vom 26.9.2024, S. 1.

[2] Ebd., Artikel 250.

**Hervorhebung eines Sachverhalts – Einführung von SUMMA**

**III.** Wir weisen auf die Erläuterung 1.4.3 zur konsolidierten Jahresrechnung hin, in der die Umstellung auf das neue IT-Finanzsystem der Kommission, SUMMA, beschrieben ist. Die konsolidierte Jahresrechnung 2025 ist die erste Jahresrechnung, die auf der Grundlage der in SUMMA gemeldeten Finanzinformationen erstellt wurde. Während des Rechnungsabschlussprozesses am Jahresende stellte das Management Probleme fest, die sich aus dem neuen System ergaben und die die Aufstellung der Jahresrechnung erheblich beeinträchtigten; später stellte der Europäische Rechnungshof im Zuge seiner Prüfung weitere Probleme fest. Diese erforderten manuelle Anpassungen und Abstimmungsverfahren. Die Kommission plant, das neue System und die damit verbundenen Kontrollen in den kommenden Jahren zu verbessern und weiterzuentwickeln. Dieser Sachverhalt führte nicht zu einer Änderung unseres Prüfungsurteils.

## Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der der Jahresrechnung zugrunde liegenden Vorgänge

### Einnahmen

*Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen*

**IV.** Nach unserer Beurteilung sind die der Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr zugrunde liegenden Einnahmen in allen wesentlichen Belangen rechtmäßig und ordnungsgemäß.

### Ausgaben

**V.** Für 2025 geben wir erneut zwei separate Prüfungsurteile zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben ab. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass es sich bei der *Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)* um ein befristetes Instrument handelt, das in einer Weise bereitgestellt und finanziert wird, die sich grundlegend davon unterscheidet, wie bei den Haushaltsausgaben im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) verfahren wird.

*Versagtes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zulasten des Haushalts getätigten Ausgaben*

**VI.** Nach unserer Beurteilung weisen die akzeptierten Haushaltsausgaben, die in der Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr ausgewiesen sind, wegen der Bedeutung des im Abschnitt "Grundlage für das versagte Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zulasten

des Haushalts getätigten Ausgaben" beschriebenen Sachverhalts eine wesentliche Fehlerquote auf.

*Eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen der ARF*

**VII.** Nach unserer Beurteilung sind mit Ausnahme der Auswirkungen und der möglichen Auswirkungen der unter "Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen der ARF" beschriebenen Sachverhalte die in der Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr akzeptierten Ausgaben im Rahmen der ARF in allen wesentlichen Belangen rechtmäßig und ordnungsgemäß.

*Grundlage für die Prüfungsurteile*

**VIII.** Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den International Standards on Auditing (ISA) sowie den beruflichen Verhaltensanforderungen des Internationalen Wirtschaftsprüferverbands (International Federation of Accountants, IFAC) und den Internationalen Normen für Oberste Rechnungskontrollbehörden (ISSAI) der INTOSAI durchgeführt. Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Standards und Verhaltensanforderungen sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Prüfers" unseres Vermerks näher beschrieben. In diesem Abschnitt finden sich auch weitergehende Informationen zur Grundlage für unser Prüfungsurteil zu den Einnahmen (siehe Ziffer ***XLII***) sowie zu den Ausgaben im Rahmen der ARF (siehe Ziffer ***XLIV***). Außerdem haben wir in Übereinstimmung mit dem Code of Ethics for Professional Accountants des International Ethics Standards Board for Accountants die Unabhängigkeitsanforderungen erfüllt und sind unseren beruflichen Verhaltenspflichten nachgekommen. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen.

*Grundlage für das versagte Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zulasten des Haushalts getätigten Ausgaben*

**IX.** Unsere geschätzte Gesamtfehlerquote für die in der Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr ausgewiesenen akzeptierten Haushaltsausgaben beträgt 3,8 %. Ein erheblicher Teil dieser Ausgaben ist in wesentlichem Ausmaß mit Fehlern behaftet. Dies betrifft Ausgaben, die komplexen Vorschriften unterliegen – hauptsächlich erstattungsbasierte Ausgaben –, bei denen die geschätzte Fehlerquote 5,6 % beträgt. Diese Ausgaben beliefen sich im Jahr 2025 auf 75,8 Milliarden Euro; dies entspricht 58,0 % unserer Prüfungspopulation. Die Auswirkungen der von uns ermittelten Fehler sind somit für die akzeptierten Ausgaben des Jahres sowohl wesentlich als auch umfassend.

*Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen der ARF*

**X.** Wir stellten folgende quantitative und qualitative Elemente fest:

- neun der 37 ARF-Zahlungen an die Mitgliedstaaten (und damit zusammenhängende Abrechnungen von Vorfinanzierungen) waren von quantitativen Feststellungen betroffen. Sechs dieser Zahlungen waren in wesentlichem Ausmaß fehlerbehaftet;
- Mängel bei der von der Kommission durchgeführten Ex-ante-Bewertung;
- Fälle vage definierter Etappenziele/Zielwerte, die das Risiko erhöhten, dass bei der Bewertung ihrer zufriedenstellenden Erfüllung ein Ermessensspielraum vorhanden war;
- anhaltende Mängel in den Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten, darunter Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei staatlichen Beihilfen;
- Probleme in Bezug auf die Zuverlässigkeit der von den Mitgliedstaaten in ihren Zahlungsantrag aufgenommenen Angaben.

**XI.** Im vergangenen Jahr sahen wir in Bezug auf die erste Zahlung an Polen davon ab, eine Schlussfolgerung betreffend die zufriedenstellende Erreichung von zwei Kontroll-Etappenzielen zu ziehen, deren Erreichung eine Voraussetzung für Zahlungen aus der ARF an Polen war[3]. Wir warten die endgültigen Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union in Rechtssachen betreffend diese Etappenziele ab, bevor wir eine Schlussfolgerung zur zufriedenstellenden Erreichung dieser Etappenziele sowie eines weiteren Etappenziels, das mit diesen in direktem Zusammenhang steht, ziehen.

**XII.** Auf der Grundlage dieser Elemente gelangen wir zu der Auffassung, dass die Auswirkungen unserer Feststellungen zwar insgesamt wesentlich, aber in Bezug auf die akzeptierten ARF-Ausgaben des Jahres nicht umfassend sind.

## Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

**XIII.** Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßem Ermessen für unsere Prüfung der konsolidierten Jahresrechnung des aktuellen Zeitraums am bedeutsamsten waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung der Jahresrechnung als Ganzer und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, wir geben jedoch kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

**Wir bewerteten die Verbindlichkeit für Ruhestandsbezüge und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer**

**XIV.** In der Bilanz der EU war zum Jahresende 2025 eine Verbindlichkeit für Ruhestandsbezüge und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer in Höhe von 91,1 Milliarden Euro ausgewiesen (2024: 93,1 Milliarden Euro).

**XV.** Der Großteil der Verbindlichkeit für Ruhestandsbezüge und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer steht in Verbindung mit der Versorgungsordnung der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union ("Versorgungsordnung der EU") und beläuft sich auf 84,0 Milliarden Euro (2024: 84,8 Milliarden Euro). Die in der Jahresrechnung ausgewiesene Verbindlichkeit ist eine Schätzung des Barwerts der erwarteten künftigen Zahlungen, welche die EU zur Erfüllung ihrer Pensionsverpflichtungen vornehmen muss.

**XVI.** Die Versorgungsleistungen werden aus dem Haushalt der Union gezahlt. Die EU hat zwar keinen eigenen Pensionsfonds zur Deckung der Kosten künftiger Pensionsverpflichtungen eingerichtet, die Mitgliedstaaten garantieren diese Zahlungen jedoch gemeinsam, und die Beamten tragen zu einem Drittel zur Finanzierung dieser Versorgung bei. Eurostat berechnet diese Verbindlichkeit jährlich im Namen des Rechnungsführers der Kommission und verwendet dabei Parameter wie das Altersprofil und die Lebenserwartung der EU-Beamten sowie Annahmen über die künftigen wirtschaftlichen Bedingungen. Diese Parameter und Annahmen werden auch von den versicherungsmathematischen Beratern der Kommission bewertet.

**XVII.** Im Jahr 2025 blieb diese Verbindlichkeit stabil, wobei der leichte Rückgang auf die erwartete Laufbahnentwicklung der EU-Bediensteten, Zinsaufwendungen und die Erhöhung des Abzinsungssatzes um 0,5 % zurückzuführen war.

**XVIII.** Den zweitgrößten Anteil dieser Verbindlichkeit für Ruhestandsbezüge und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer bildet die geschätzte Verbindlichkeit der EU bezüglich des Gemeinsamen Krankenfürsorgesystems, welche sich Ende 2025 auf 5,7 Milliarden Euro belief (2024: 6,9 Milliarden Euro). Diese Verbindlichkeit betrifft die Gesundheitsfürsorgekosten der Beschäftigten der EU, die nach deren Ausscheiden aus dem aktiven Dienst gezahlt werden müssen (abzüglich der Beiträge der Beschäftigten).

[3] Jahresbericht 2024, Ziffer 11.16.

**XIX.** Im Rahmen unserer Prüfung betrachten wir die für die Versorgungsordnung und das Krankenfürsorgesystem getroffenen versicherungsmathematischen Annahmen und die sich daraus ergebende Bewertung. Dabei stützen wir uns auf die Arbeitsergebnisse externer, unabhängiger Versicherungsmathematiker. Wir überprüfen die den Berechnungen zugrunde liegenden Basisdaten, die versicherungsmathematischen Parameter und die Berechnung der Verbindlichkeit. Wir untersuchen darüber hinaus die Darstellung der Verbindlichkeiten in der konsolidierten Bilanz und in den Erläuterungen zum konsolidierten Jahresabschluss.

**XX.** In diesem Zusammenhang untersuchten wir auch die ausstehenden Verbindlichkeiten des Vereinigten Königreichs im Zusammenhang mit der Versorgungsordnung der europäischen Beamten und dem Gemeinsamen Krankenfürsorgesystem in Höhe von 9,4 Milliarden Euro (2024: 9,9 Milliarden Euro). Wir haben überprüft, ob die für die Berechnung verwendeten Daten korrekt sind und ob nur der relevante Anteil der Gesamtverbindlichkeit dem Vereinigten Königreich zugerechnet wurde.

**XXI.** Wir gelangen zu dem Schluss, dass der in der konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesene geschätzte Gesamtbetrag der Verbindlichkeit für Ruhestandsbezüge und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer und auch der Anteil des Vereinigten Königreichs an dieser Verbindlichkeit sachgerecht dargestellt sind.

**Wir bewerteten in der Jahresrechnung ausgewiesene signifikante Jahresendschätzungen**

**XXII.** Zum Jahresende 2025 beliefen sich die förderfähigen Ausgaben, die den Begünstigten entstanden waren, für die sie jedoch noch keine Erstattung beantragt hatten, den Schätzungen zufolge auf 187,5 Milliarden Euro (2024: 160,7 Milliarden Euro). Diese Beträge wurden als antizipative Passiva erfasst[4].

**XXIII.** Der Anstieg der Schätzung betrifft alle Programme und ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der vorangegangene Programmplanungszeitraum ausläuft und die Inanspruchnahme der MFR-Mittel für den Zeitraum 2021–2027 langsamer voranschreitet als erwartet. Somit war der Wert der tatsächlich eingereichten Zahlungsanträge niedriger als erwartet, und die Schätzung zum Jahresende musste anteilsmäßig höher ausfallen. Die im Zusammenhang mit der ARF erfassten antizipativen Passiva, die auf einer Prognose künftiger Zahlungen beruhen, beliefen sich auf 16,1 Milliarden Euro (2024: 7,9 Milliarden Euro).

[4] Im Einzelnen handelt es sich um antizipative Passiva in Höhe von 76,8 Milliarden Euro auf der Passivseite der Bilanz und auf der Aktivseite um 110,7 Milliarden Euro, durch die sich der Wert der Vorfinanzierungen verringert.

**XXIV.** Zur Bewertung dieser Jahresendschätzungen untersuchten wir das von der Kommission zur Berechnung der Periodenabgrenzung eingerichtete System, um uns hinsichtlich seiner Richtigkeit und Vollständigkeit in den Generaldirektionen, in denen die meisten Aufwendungen entstanden, zu vergewissern. Im Zuge unserer Prüfungsarbeit zur Stichprobe von Rechnungen und Vorfinanzierungszahlungen untersuchten wir die relevanten Berechnungen im Zusammenhang mit der Periodenabgrenzung, um das Risiko einer falschen Darstellung von Rechnungsabgrenzungen auszuräumen.

**XXV.** Wir gelangen zu dem Schluss, dass der in der konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesene geschätzte Gesamtbetrag der antizipativen Passiva und der sonstigen an die Mitgliedstaaten ausgezahlten Vorauszahlungen sachgerecht dargestellt ist.

**Wir bewerteten die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine auf die Jahresrechnung**

**XXVI.** Da die EU der Ukraine Hilfe in Form von Darlehen und Finanzhilfen gewährt, bewerteten wir die von der Kommission vorgenommenen Berechnungen zu der diesbezüglichen finanziellen Exposition der EU sowie die Grundlage dieser Berechnungen, um sicherzustellen, dass die tatsächlichen und potenziellen Folgen in der Jahresrechnung der EU in angemessener Weise ihren Niederschlag gefunden haben. Wir sowie ein unabhängiger externer Sachverständiger bewerteten die Berechnungen der Kommission, um sicherzustellen, dass alle relevanten Informationen berücksichtigt wurden.

**XXVII.** Wir kommen zu dem Schluss, dass die Behandlung der Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine in der konsolidierten Jahresrechnung sachgerecht dargestellt wird.

**Wir bewerteten die Auswirkungen von NGEU auf die Jahresrechnung**

**XXVIII.** Die EU mobilisierte mit NextGenerationEU (NGEU) erhebliche Ressourcen, um die sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie abzufedern. Zur Finanzierung von NGEU nimmt die Europäische Kommission Schulden an den Kapitalmärkten auf. Der größte Teil der NGEU-Mittel wird für die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) verwendet, über die bis Ende 2025 nicht rückzahlbare Unterstützung in Höhe von 237,5 Milliarden Euro und finanzielle Unterstützung in Form von Darlehen in Höhe von 155,9 Milliarden Euro an die Mitgliedstaaten ausgezahlt worden waren. Diese Tätigkeiten schlagen sich in erheblichem Maße im Jahresabschluss nieder.

**XXIX.** Im Rahmen unserer üblichen Prüfungshandlungen prüften wir die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, Einnahmen und Aufwendungen der EU, einschließlich derjenigen, die mit NGEU in Zusammenhang stehen. Wir gelangen zu dem Schluss, dass sie in der konsolidierten Jahresrechnung sachgerecht dargestellt sind.

**Wir bewerteten die Auswirkungen der Einführung von SUMMA**

**XXX.** Am 1. Januar 2025 führte die Kommission SUMMA ein, ihr neues zentrales Informationssystem für Haushalt, Kassenmittel und Rechnungslegung, das ABAC ersetzt. Dies war eine erhebliche Änderung des Rechnungslegungsumfelds, die sich auf die Übermittlung von Daten von lokalen Systemen an das zentrale Rechnungslegungssystem, die Erfassung und Abrechnung von Rechnungen, die Konsolidierungsverfahren und den Rechnungsabschlussprozess am Jahresende auswirkte. Die konsolidierte Jahresrechnung 2025 ist daher die erste EU-Jahresrechnung, die auf der Grundlage der in SUMMA gemeldeten Finanzinformationen erstellt wurde.

**XXXI.** Angesichts des Ausmaßes dieser Umstellung und des daraus resultierenden erhöhten Fehlerrisikos bei der Aufstellung der konsolidierten Jahresrechnung betrachteten wir die Einführung von SUMMA als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Wir führten zusätzliche Prüfungshandlungen durch, darunter erweiterte Prüfungen der internen Kontrollen und zusätzliche aussagebezogene Prüfungshandlungen in Bereichen, die vom neuen System betroffen sind. Darüber hinaus haben wir Experten für IT-Prüfungen hinzugezogen, um die Datenmigration von ABAC zu SUMMA, allgemeine IT-Kontrollen und ausgewählte Anwendungskontrollen, die für die Finanzberichterstattung relevant sind, zu untersuchen.

**XXXII.** Im Zuge unserer Arbeit stellten wir mehrere Probleme im Zusammenhang mit der Umstellung und dem neu geschaffenen Kontrollumfeld fest. Dazu gehörten Funktionslücken, die zum Einsatz temporärer Workarounds oder manueller Prozesse führten, Schwachstellen im Nutzerzugangsmanagement und im IT-Change-Management, Verzögerungen und Ungenauigkeiten bei der Übermittlung von Rechnungsdaten aus einem lokalen System sowie spezifische Probleme, die sich auf die Rechnungsabgrenzung zum Jahresende und die Konsolidierung auswirken. Sowohl das Management als auch wir stellten Probleme fest, die vor der Fertigstellung der Jahresrechnung manuelle Anpassungen und Abstimmungsverfahren erforderten.

**XXXIII.** Wir berücksichtigten die kumulative Wirkung dieser Feststellungen sowie die von der Kommission durchgeführten Korrekturmaßnahmen und Jahresabschlussarbeiten. Die festgestellten Probleme zeigten zwar, dass die Umstellung auf SUMMA das Fehlerrisiko bei der Aufstellung der konsolidierten Jahresrechnung 2025 erhöhte, doch gelangten wir, nachdem die Korrekturen vorgenommen worden waren, zu dem Schluss, dass ihre Gesamtauswirkungen auf die Jahresrechnung nicht wesentlich waren.

## Hinweis auf sonstige Sachverhalte

**Informationen im Abschnitt "Höhepunkte des Haushaltsjahres"**

**XXXIV.** Die Kommission ist verantwortlich für die "sonstigen Informationen", worunter der Abschnitt "Höhepunkte des Haushaltsjahres", nicht aber die konsolidierte Jahresrechnung und unser dazu erteilter Vermerk fällt. Unser Prüfungsurteil zur konsolidierten Jahresrechnung bezieht sich nicht auf diese sonstigen Informationen, und wir geben hierzu keine Form von Bestätigung ab. Im Zusammenhang mit der Prüfung der konsolidierten Jahresrechnung besteht unsere Verantwortung darin, die sonstigen Informationen zu lesen und zu erwägen, ob diese gegenüber der konsolidierten Jahresrechnung oder den von uns im Verlauf der Prüfung erlangten Erkenntnissen wesentliche Unstimmigkeiten enthalten oder auf andere Weise in wesentlichem Ausmaß falsch dargestellt erscheinen. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass in den sonstigen Informationen eine wesentliche falsche Darstellung von Tatsachen gegeben ist, müssen wir dies entsprechend berichten. Wir haben diesbezüglich nichts anzumerken.

**Behandlung der Erlöse aus Anleihen zur Finanzierung von NGEU**

**XXXV.** Wir stellen fest, dass die zur Finanzierung der nicht rückzahlbaren finanziellen Unterstützung im Rahmen von NGEU aufgenommenen Beträge im Haushaltsplan und im konsolidierten Jahresabschluss unterschiedlich dargestellt sind. Die zur Finanzierung nicht rückzahlbarer finanzieller Unterstützung für Mitgliedstaaten im Rahmen von NGEU aufgenommenen Beträge, die im Jahr 2025 18 % der EU-Einnahmen ausmachten, werden im Einklang mit der ARF-Verordnung als externe zweckgebundene Einnahmen behandelt, die zusätzlich zum verabschiedeten Haushalt bereitgestellt werden. Infolge dieser ungewöhnlichen haushaltsmäßigen Behandlung berührt die Umsetzung von NGEU formell nicht den Grundsatz, dass die im jährlichen EU-Haushalt ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein müssen. In der Ergebnisrechnung sind diese Beträge nicht als Einnahmen ausgewiesen, aber dort sind die Ausgaben im Zusammenhang mit der nicht rückzahlbaren finanziellen Unterstützung im Rahmen von NGEU erfasst, was sich negativ auf das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres auswirkt. Negative wirtschaftliche Ergebnisse führen zu einer Erhöhung des Defizits beim Nettovermögen, wie es in der Bilanz der EU ausgewiesen ist, und müssen daher über künftige Haushalte finanziert werden.

**Änderung der Methodik für die Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

**XXXVI.** Seit diesem Jahr wenden wir eine geänderte Methodik zur Quantifizierung der Auswirkungen von Fehlern im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge an. Der aktualisierte Ansatz steht im Einklang mit der Methodik, die die Kommission bei Ausgabenprogrammen mit geteilter Mittelverwaltung anwendet. Die geschätzten Auswirkungen dieser Änderung sind in Kapitel 1 des Jahresberichts dargelegt.

## Verantwortlichkeiten des Managements

**XXXVII.** Gemäß den Artikeln 310 bis 325 AEUV und der Haushaltsordnung ist die Kommission verantwortlich für die Aufstellung und Darstellung der konsolidierten Jahresrechnung der EU auf der Grundlage international anerkannter Rechnungslegungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor sowie für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge. Diese Verantwortlichkeit umfasst die Gestaltung, Einrichtung und Aufrechterhaltung interner Kontrollstrukturen, wie sie für die Aufstellung und Darstellung eines Jahresabschlusses notwendig sind, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist. Das Management muss sicherstellen, dass die Tätigkeiten, Finanzvorgänge und Informationen, die im Jahresabschluss ihren Niederschlag finden, mit den für sie maßgebenden Vorgaben (Gesetze, Verordnungen, Grundsätze, Vorschriften und Standards) übereinstimmen. Die Kommission trägt die letzte Verantwortung für

die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der der Jahresrechnung der EU zugrunde liegenden Vorgänge (Artikel 317 AEUV).

**XXXVIII.** Bei der Aufstellung der konsolidierten Jahresrechnung ist das Management dafür verantwortlich, die Fähigkeit der EU zur Fortführung der Geschäftstätigkeit zu beurteilen, relevante Sachverhalte anzugeben und den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Geschäftstätigkeit anzuwenden, es sei denn, es beabsichtigt, entweder die Einrichtung zu liquidieren oder die Geschäftstätigkeit einzustellen, oder hat keine realistische Alternative dazu.

**XXXIX.** Die Kommission ist verantwortlich für die Aufsicht über den Rechnungslegungsprozess der EU.

**XL.** Gemäß der Haushaltsordnung (Titel XIII) übermittelt der Rechnungsführer der Kommission dem Rechnungshof die konsolidierte Jahresrechnung der EU bis zum 31. März des folgenden Jahres zunächst in ihrer vorläufigen Fassung und sodann bis zum 31. Juli in ihrer endgültigen Fassung. Die vorläufige Jahresrechnung sollte bereits ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der EU vermitteln. Daher ist es unabdingbar, dass alle in der vorläufigen Jahresrechnung ausgewiesenen Posten endgültige Berechnungen darstellen, die es uns gestatten, unsere Aufgabe im Einklang mit Titel XIII der Haushaltsordnung innerhalb der festgesetzten Fristen zu erfüllen. Änderungen in der endgültigen Jahresrechnung gegenüber der vorläufigen Fassung würden normalerweise nur aufgrund unserer Bemerkungen erfolgen.

## Verantwortlichkeiten des Prüfers für die Prüfung der konsolidierten Jahresrechnung und der zugrunde liegenden Vorgänge

**XLI.** Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die konsolidierte Jahresrechnung der EU frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist und die zugrunde liegenden Vorgänge rechtmäßig und ordnungsgemäß sind, sowie dem Europäischen Parlament und dem Rat auf der Grundlage unserer Prüfung eine Erklärung über die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge vorzulegen. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass bei der Prüfung sämtliche Fälle von wesentlichen falschen Darstellungen oder Verstößen gegen Rechtsvorschriften, die möglicherweise vorliegen, zwangsläufig aufgedeckt wurden. Falsche Darstellungen und Verstöße können beabsichtigt oder unbeabsichtigt sein und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie auf der Grundlage dieser konsolidierten Jahresrechnung getroffene wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen.

**XLII.** Im Bereich der Einnahmen ziehen wir als Ausgangspunkt für unsere Untersuchung der auf dem Bruttonationaleinkommen, der Mehrwertsteuer und den nicht recycelten Verpackungsabfällen aus Kunststoff basierenden Eigenmittel die zu ihrer Berechnung dienenden Statistiken und Daten heran und bewerten die Systeme der Kommission zur Verarbeitung dieser Daten bis zum Eingang der Beiträge der Mitgliedstaaten und ihrer Ausweisung in der konsolidierten Jahresrechnung. Hinsichtlich der traditionellen Eigenmittel untersuchen wir die Buchführung der Zollbehörden und den Abgabenfluss bis zum Eingang der Beträge bei der Kommission und ihrer Erfassung in der Rechnungsführung. In Bezug auf Zölle besteht das Risiko, dass die Einführer entweder keine Zollanmeldung bei den nationalen Zollbehörden einreichen oder dass diese Anmeldung fehlerhaft ist. Die tatsächlich erhobenen Einfuhrzölle fallen daher wahrscheinlich niedriger aus als der theoretisch zu erhebende Betrag. Dieser Unterschied wird als "Zolllücke" bezeichnet. Diese hinterzogenen Beträge sind nicht in den Buchführungssystemen der Mitgliedstaaten für die traditionellen Eigenmittel erfasst und sind nicht Gegenstand des Prüfungsurteils des Rechnungshofs zu den Einnahmen.

**XLIII.** Hinsichtlich der Ausgaben untersuchen wir die Zahlungsvorgänge, sobald die Ausgaben getätigt, erfasst und akzeptiert wurden. Außer bei den Vorschüssen erfolgt diese Untersuchung bei allen Arten von Zahlungen erst, nachdem diese getätigt wurden. Wir prüfen Vorauszahlungen, sobald der Mittelempfänger deren ordnungsgemäße Verwendung nachgewiesen und das Organ oder die Einrichtung diesen Nachweis durch Abrechnung der Vorauszahlung – zu der es unter Umständen erst in einem Folgejahr kommt – akzeptiert hat.

**XLIV.** Im Gegensatz zu anderen Haushaltsausgaben ist die Voraussetzung für Zahlungen im Rahmen der ARF die zufriedenstellende Erreichung vorab festgelegter Etappenziele oder Zielwerte. Ferner dürfen Maßnahmen im Zusammenhang mit bereits zufriedenstellend erreichten Etappenzielen oder Zielwerten später nicht rückgängig gemacht werden, und es darf nicht gegen den Grundsatz der Vermeidung von Doppelfinanzierungen verstoßen werden. Zu den Voraussetzungen für die Gewährung von Unterstützung gehören gemäß der Verordnung die Einhaltung des Förderzeitraums, der Grundsatz der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen und dass die Mittel nicht als Ersatzfinanzierung für wiederkehrende nationale Ausgaben dienen dürfen. Daher prüfen wir schwerpunktmäßig, ob diese Voraussetzungen für Zahlungen und für die Gewährung von Unterstützung erfüllt waren. Da Zahlungen aus der ARF nicht davon abhängig gemacht werden, ob bei den Ausgaben der Endempfänger die Vorschriften der EU und des betreffenden Mitgliedstaates eingehalten wurden, bezieht sich unser Prüfungsurteil nicht auf die Ordnungsmäßigkeit der von den Endempfängern getätigten Ausgaben. Die ARF-Verordnung enthält keine weiteren Kriterien für die Auslegung des Begriffs "zufriedenstellend". Daher bleibt der Kommission ein erheblicher Ermessensspielraum bei der Bewertung der zufriedenstellenden Erreichung der Etappenziele und Zielwerte. Die Bewertung qualitativer Leistungen erfordert mehrere Beurteilungen. Dabei besteht das Risiko unterschiedlicher Auslegungen. Dieses Risiko ist insbesondere dann gegeben, wenn Etappenziele oder Zielwerte nur ungenau definiert sind.

**XLV.** Wir üben während der gesamten Prüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

a) identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen in der konsolidierten Jahresrechnung sowie wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften bei den zugrunde liegenden Vorgängen. Wir planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Fälle von wesentlichen falschen Darstellungen oder Verstößen gegen Rechtsvorschriften, die aus Betrug resultieren, sind schwerer aufzudecken als Fälle, die aus Fehlern resultieren, da Betrug kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten kann. Daher ist das Risiko, dass solche Fälle nicht aufgedeckt werden, höher.

b) gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung relevanten internen Kontrollsystem, um geeignete Prüfungshandlungen zu planen, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben;

c) beurteilen wir die Angemessenheit der vom Management angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Management dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängenden Angaben;

d) schlussfolgern wir über die Angemessenheit der vom Management vorgenommenen Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Geschäftstätigkeit sowie auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Einrichtung zur Fortführung der Geschäftstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine solche wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Vermerk auf die dazugehörigen Angaben in der konsolidierten Jahresrechnung aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Vermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch eine Einrichtung dazu veranlassen, ihre Geschäftstätigkeit nicht fortzuführen;

e) beurteilen wir die Darstellung, den Aufbau und den Inhalt der konsolidierten Jahresrechnung insgesamt einschließlich aller Angaben und bewerten, ob die konsolidierte Jahresrechnung die zugrunde liegenden Vorgänge und Ereignisse insgesamt sachgerecht darstellt;

f) erlangen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Rechtssubjekte, die zum Konsolidierungskreis der Europäischen Union gehören, um ein Prüfungsurteil zur konsolidierten Jahresrechnung und zu den zugrunde liegenden Vorgängen abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchführung der Prüfung und tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.

**XLVI.** Wir tauschen uns mit der Kommission und sonstigen geprüften Stellen unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Prüfung sowie über bedeutsame Prüfungsbemerkungen, einschließlich zu etwaigen bedeutsamen Mängeln im internen Kontrollsystem, aus.

**XLVII.** Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit der Kommission und anderen geprüften Stellen ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung der konsolidierten Jahresrechnung waren und daher für den aktuellen Zeitraum die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Vermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen eine Offenlegung aus, oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Vermerk mitgeteilt werden soll, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

9. Juli 2026

Tony Murphy
*Präsident*

Europäischer Rechnungshof

12, Rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxemburg

# Einleitung

## 1.1. Dieses Kapitel des Jahresberichts

a) bildet die Grundlage der *Zuverlässigkeitserklärung* des Rechnungshofs und gibt einen Überblick über die Bemerkungen und Schlussfolgerungen, zu denen der Rechnungshof in Bezug auf die Zuverlässigkeit der konsolidierten Jahresrechnung der EU (im Folgenden: "Jahresrechnung") und die Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden *Vorgänge* in den Bereichen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des *mehrjährigen Finanzrahmens* (MFR) gelangte;

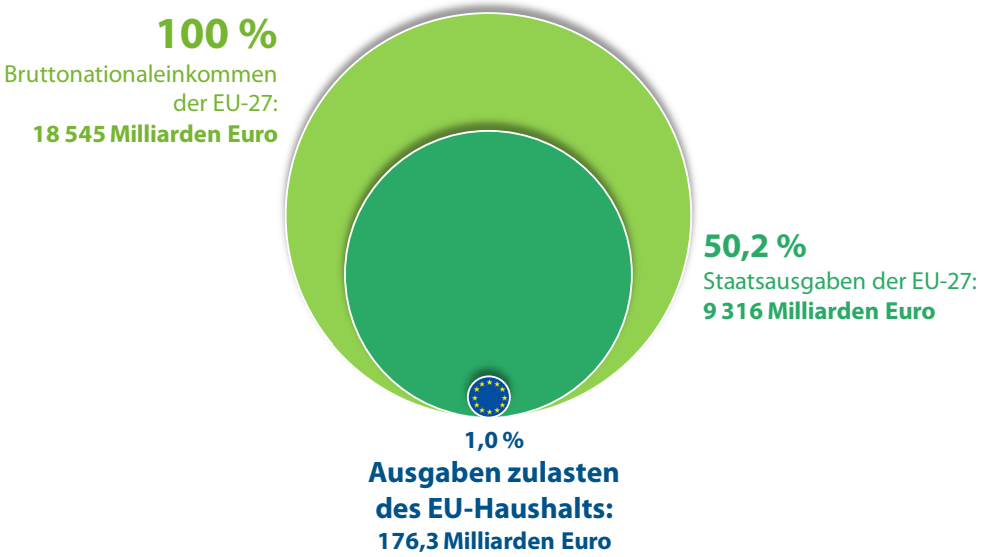
b) umfasst Informationen zur Meldung mutmaßlicher Betrugsfälle durch den Rechnungshof an die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) sowie zu seinen Prüfungen der EU-Maßnahmen zur *Betrug*sbekämpfung;

c) enthält eine Zusammenfassung des Prüfungsansatzes des Rechnungshofs (siehe ***Anhang 1.1***).

**1.2.** Im Jahr 2025 machten die gesamten Staatsausgaben der EU-Mitgliedstaaten (9 316 Milliarden Euro) 50,2 % ihres *Bruttonationaleinkommens (BNE)* (18 545 Milliarden Euro) aus. Die Ausgaben zulasten des EU-Haushalts beliefen sich auf 176,3 Milliarden Euro; dies entspricht 1,9 % der gesamten Staatsausgaben der EU-Mitgliedstaaten und 1,0 % ihres BNE (siehe ***Abbildung 1.1***). Unter Berücksichtigung zusätzlicher Zahlungen aus *zweckgebundenen Einnahmen* für Finanzhilfen im Rahmen der *Aufbau- und Resilienzfazilität* (ARF) in Höhe von 40,1 Milliarden Euro (siehe Ziffer ***2.20***) beliefen sich die Zahlungen im Jahr 2025 auf insgesamt 216,4 Milliarden Euro[5].

[5] Konsolidierte EU-Jahresrechnung 2025, Haushaltsrechnungen und Erläuterungen, Abschnitt 6.3 – MFR: Ausschöpfung der *Mittel für Zahlungen*.

**Abbildung 1.1 – Ausgaben zulasten des EU-Haushalts und Staatsausgaben der EU-27 als Anteil am BNE im Jahr 2025**

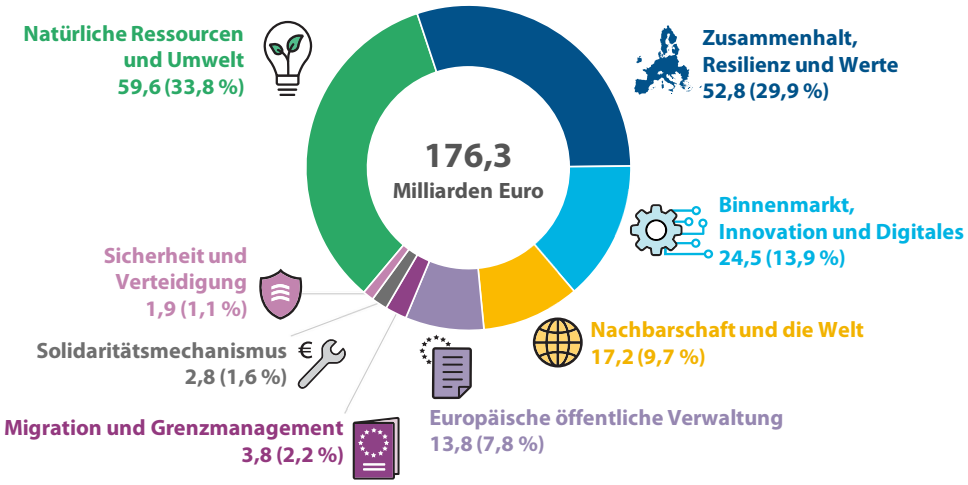



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten zum BNE der EU-27 aus der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der Europäischen Kommission – Anhang A – Einnahmen; Staatsausgaben EU-27: Eurostat-Datenbank – Staatseinnahmen, -ausgaben und Hauptaggregate (die Daten wurden am 27. April 2026 extrahiert); Ausgaben zulasten des EU-Haushalts: Europäische Kommission – konsolidierte Jahresrechnung 2025 der Europäischen Union.

**1.3.** Wie aus ***Abbildung 1.2*** ersichtlich, wurden die größten Anteile des EU-Haushalts den Rubriken "Natürliche Ressourcen und Umwelt" und "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" zugewiesen, gefolgt von "Binnenmarkt, Innovation und Digitales".

## Abbildung 1.2 – Ausgaben zulasten des EU-Haushalts(*) des Jahres 2025 nach MFR-Rubrik

*(Milliarden Euro)*




| | |
|---|---|
| MFR-Rubrik 1 (Kapitel 5) | Binnenmarkt, Innovation und Digitales |
| MFR-Rubrik 2 (Kapitel 6) | Zusammenhalt, Resilienz und Werte |
| MFR-Rubrik 3 (Kapitel 7) | Natürliche Ressourcen und Umwelt |
| MFR-Rubrik 4 (Kapitel 8) | Migration und Grenzmanagement |
| MFR-Rubrik 5 (Kapitel 8) | Sicherheit und Verteidigung |
| MFR-Rubrik 6 (Kapitel 9) | Nachbarschaft und die Welt |
| MFR-Rubrik 7 (Kapitel 10) | Europäische öffentliche Verwaltung |
| Solidaritätsmechanismus | (außerhalb des MFR) |

(*) Die Ausgaben zulasten des EU-Haushalts umfassen keine ARF-Finanzhilfen.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Zuverlässigkeit der Rechnungsführung

**1.4.** Die Feststellungen des Rechnungshofs beziehen sich auf die *konsolidierte Jahresrechnung*[6] der EU für das Haushaltsjahr 2025. Die Jahresrechnung zusammen mit der Vollständigkeitserklärung des Rechnungsführers ging beim Rechnungshof am 30. Juni 2026 ein, d. h. zum Zeitpunkt der in der *Haushaltsordnung* gesetzten Frist für die Übermittlung. Die Jahresrechnung umfasst den Abschnitt "Höhepunkte des Haushaltsjahres", der nicht Gegenstand des Prüfungsurteils des Rechnungshofs ist[7]. Im Einklang mit den Prüfungsgrundsätzen hat der Rechnungshof jedoch deren Stimmigkeit mit den Angaben in der Jahresrechnung überprüft.

**1.5.** Aus der von der Kommission veröffentlichten Jahresrechnung ist ersichtlich, dass sich die Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2025 auf 976,6 Milliarden Euro beliefen, gegenüber einem Gesamtvermögen von 617,4 Milliarden Euro. Die Differenz in Höhe von 359,2 Milliarden Euro entsprach dem negativen Nettovermögen einschließlich Reserven sowie dem Teil der Ausgaben, die der EU bis zum 31. Dezember 2025 bereits entstanden sind und aus künftigen Haushaltsplänen finanziert werden müssen. ***Abbildung 1.3*** enthält eine detaillierte Aufschlüsselung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Das negative *wirtschaftliche Ergebnis* für 2025 beträgt 54,6 Milliarden Euro.

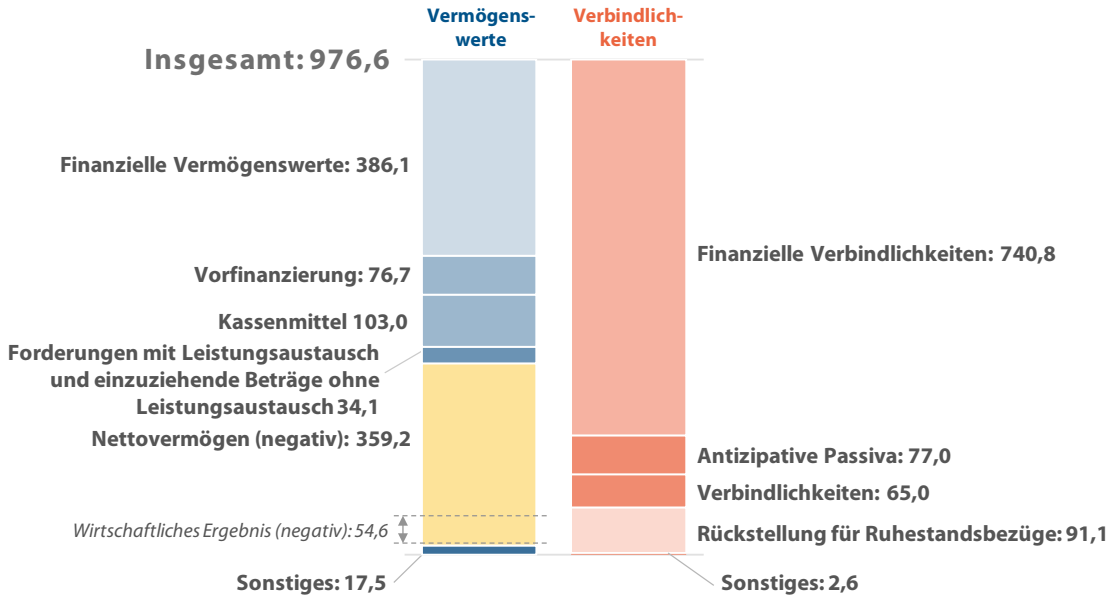
---

[6] Artikel 247 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509.

[7] Leitlinie zur empfohlenen Praxis 2 "Financial Statement Discussion and Analysis" des International Public Sector Accounting Standards Board (IPSASB).

## Abbildung 1.3 – Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der EU (Stand: 31. Dezember 2025)

*(Milliarden Euro)*




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres ist negativ, das Haushaltsergebnis hingegen positiv

**1.6.** Die im Rahmen von NGEU aufgenommenen Beträge werden als *zweckgebundene externe Einnahmen*, die zusätzlich zu den im EU-Haushalt bewilligten Mitteln[8] bereitgestellt werden, für NGEU-Finanzhilfen und -Aufstockungen von EU-Programmen verwendet. Infolge dieser ungewöhnlichen haushaltsmäßigen Behandlung berührt die Umsetzung von NGEU formell nicht den Grundsatz, dass die im jährlichen EU-Haushalt ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein müssen (Grundsatz des Haushaltsausgleichs)[9]. Basierend auf international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen enthält die in der Jahresrechnung der EU enthaltene Ergebnisrechnung allerdings nicht den im Rahmen von NGEU aufgenommenen Betrag als Einnahme, wohl aber die damit verbundenen Finanzhilfeausgaben, was sich negativ auf das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres auswirkt. Diese unterschiedliche Behandlung von Anleihen im Haushalt einerseits und in der Jahresrechnung andererseits führt zu einer erheblichen Abweichung zwischen dem Haushaltsergebnis und dem wirtschaftlichen Ergebnis.

**1.7.** Die Hauptursache für das negative wirtschaftliche Ergebnis 2025 sind Ausgaben im Zusammenhang mit nicht rückzahlbarer Unterstützung im Rahmen von NGEU, die durch Anleihen finanziert wird (46,8 Milliarden Euro im Jahr 2025). Seit 2022 wird das Ergebnis auch durch die Erfassung von Wertberichtigungen (erwartete Kreditverluste) für Darlehen an die Ukraine in der Ergebnisrechnung beeinflusst (Nettoanstieg der Wertberichtigungen um 7,3 Milliarden Euro im Jahr 2025).

**1.8.** In ***Abbildung 1.4*** sind das Haushalts- und das wirtschaftliches Ergebnis der EU für die einzelnen Jahre von 2018 bis 2025 dargestellt.

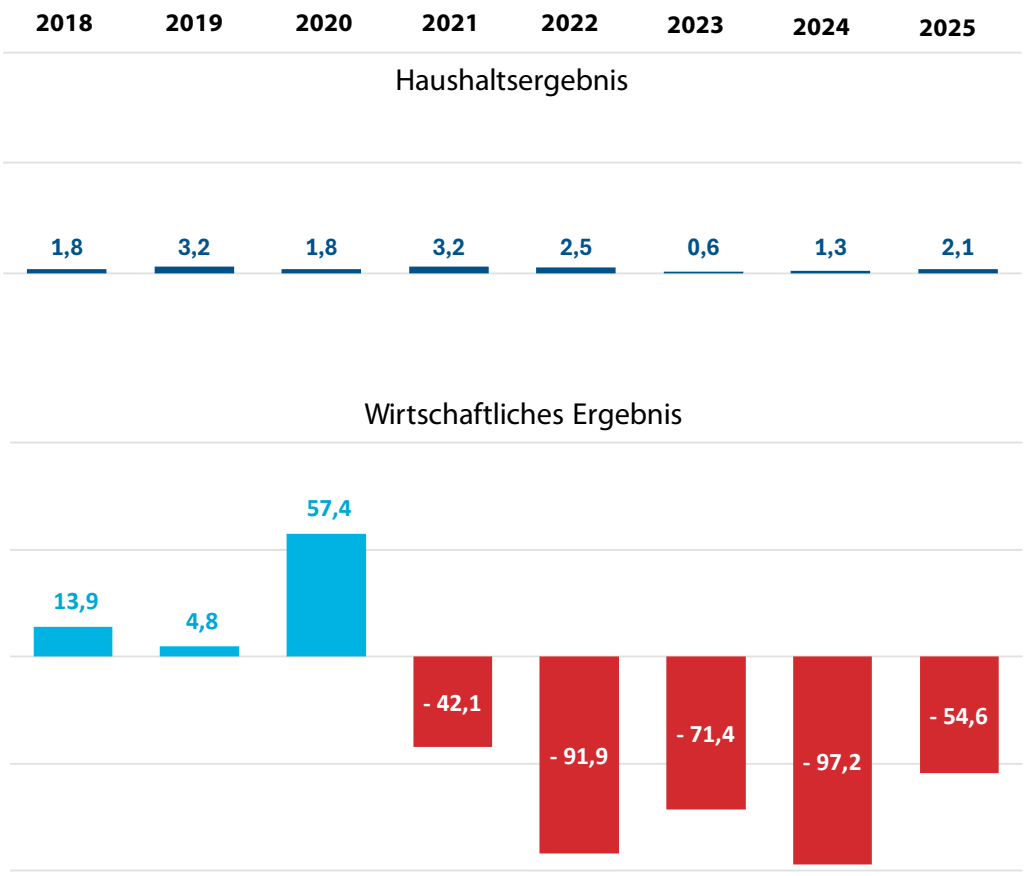
---

[8] Artikel 22 der Haushaltsordnung.

[9] Nummer 34 des Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates im Dokument 9062/20.

## Abbildung 1.4 – Haushalts- und wirtschaftliches Ergebnis für die Jahre von 2018 bis 2025

*(Milliarden Euro)*




*Hinweis:* Die Zahl für 2020 enthält 47,5 Milliarden Euro an Einnahmen im Zusammenhang mit dem Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnungen der EU für die Jahre 2018 bis 2025.

## Bemerkungen zur konsolidierten Jahresrechnung 2025

**1.9.** Die Prüfung des Rechnungshofs ergab, dass die Jahresrechnung keine wesentlichen falschen Darstellungen aufwies. Der Rechnungshof weist die Nutzer der Jahresrechnung auf einen von der Kommission in der Erläuterung 1.4.3 ausgewiesenen Sachverhalt hin.

**1.10.** Am 1. Januar 2025 führte die Kommission ein neues zentrales Informationssystem für Haushalt, Kassenmittel und Rechnungslegung, SUMMA, ein, das ABAC ersetzt. Die Umstellung auf diese neue Software führte zu erheblichen Änderungen zahlreicher operativer Abläufe, einschließlich der Übermittlung von Daten von lokalen Systemen an das zentrale Rechnungslegungssystem, der Erfassung und Abrechnung von Rechnungen und des Rechnungsabschlussprozesses am Jahresende. Die konsolidierte Jahresrechnung 2025 war die erste Jahresrechnung, die mithilfe von SUMMA erstellt wurde. Angesichts des erhöhten Risikos für die Zuverlässigkeit der konsolidierten Jahresrechnungen, das sich aus dieser Änderung ergibt, führte der Rechnungshof zusätzliche Prüfungshandlungen durch; unter anderem vergrößerte er seinen Stichprobenumfang und führte eine erweiterte Prüfung der internen Kontrollen durch. Er zog auch IT-Experten hinzu, um die allgemeinen IT-Kontrollen und ausgewählte Anwendungskontrollen zu untersuchen.

**1.11.** Auf der Grundlage seiner Prüfungen ermittelte der Rechnungshof in der Stichprobe der Vorfinanzierungsvorgänge eine deutlich höhere Zahl von Fehlern als in den Vorjahren. Seiner Schätzung zufolge liegt die Fehlerquote bei Vorfinanzierungen und Rechnungen unter der Wesentlichkeitsschwelle von 2 %.

**1.12.** Im Zuge seiner Arbeit an diesen Vorfinanzierungsvorgängen stellte der Rechnungshof ein Problem bei der Systemgestaltung fest, das vom internen Kontrollsystem nicht aufgedeckt worden war. Die Kommission schätzte die antizipativen Passiva zum Jahresende anhand des zum Jahresende gebundenen Betrags und nicht anhand der gesamten rechtlichen Verpflichtung. Dieser Fehler ist auf die Migration von ABAC zu SUMMA zurückzuführen, bei der für mehrjährige Programme nur die gebundenen Beträge übertragen wurden, nicht aber die Angaben zu den Gesamtwerten der rechtlichen Verpflichtungen. Darüber hinaus erfassten die Nutzer bei neuen Aufträgen, die direkt in SUMMA erstellt wurden, keine Daten zu den Beträgen der rechtlichen Verpflichtungen. Infolgedessen wurden die antizipativen Passiva für diese Aufträge in der vorläufigen Jahresrechnung um rund 3,7 Milliarden Euro zu niedrig ausgewiesen. Dieses Problem betraf in erster Linie Verträge, die im Rahmen der Fazilität "Connecting Europe" (CEF) von der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) verwaltet wurden, und in geringerem

Maße Verträge, die von der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO) verwaltet wurden. Die Kommission korrigierte diesen Fehler in der endgültigen Jahresrechnung.

**1.13.** Um Verzögerungen bei der Übertragung von Rechnungen vom eGrants-System auf SUMMA zu vermeiden, führte die Kommission einen technischen Workaround ein, bei dem die betroffenen Rechnungen mit einem Platzhalterbetrag von 1 Euro anstelle ihres tatsächlichen Werts auf SUMMA übertragen wurden. Der geschätzte Gesamtwert der betroffenen Rechnungen beläuft sich auf rund 2,6 Milliarden Euro. Zwar wurden die Auswirkungen auf die Jahresrechnung durch Buchungen zum Jahresende weitgehend korrigiert, doch stellt dieser Workaround einen Mangel bei der internen Kontrolle dar, der die Zuverlässigkeit und Integrität der Rechnungsdaten in SUMMA schwächt.

**1.14.** In Bezug auf den Konsolidierungsprozess stieß der Rechnungshof auf einen Abschlussposten, der als Saldo Dritter dargestellt wurde, obwohl er sich auf einen konzerninternen Vorgang bezog, was auf eine falsche Einstellung im Tool von SUMMA für die Konzernberichterstattung zurückzuführen war. Daher wurde dieser Betrag nicht als konzerninterner Saldo eliminiert. Die monetären Auswirkungen dieses Problems waren nicht signifikant (5 Millionen Euro) und wurden von der Kommission korrigiert.

**1.15.** 2025 führte der Rechnungsführer der Kommission kein umfassendes Validierungsverfahren für die lokalen Rechnungsführungssysteme der Kommission (betreffend die Verwaltungsverfahren und die unterstützenden IT-Systeme) durch. Ein solches Verfahren trägt dazu bei, Risiken während eines Transfers zwischen Systemen zu mindern, und bietet Gewähr für das Funktionieren der lokalen Systeme. Stattdessen wurde 2025 eine gezielte Überprüfung von drei Systemen durchgeführt. Eine umfassende Bewertung der lokalen Systeme würde die Gewähr für die Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Rechnungsführungsdaten deutlich erhöhen und den entsprechenden Kontrollrahmen verbessern.

**1.16.** Die Einführung des SUMMA-Systems hat zu einer erhöhten Zahl von Buchungsfehlern geführt. Die Feststellungen des Rechnungshofs deuten auf weit verbreitete Probleme bei der Umstellung auf SUMMA hin. Unter Berücksichtigung der kumulativen Wirkung der gemeldeten Feststellungen, die im Hinblick auf die Wesentlichkeit bewertet wurde, sowie der von der Kommission vorgenommenen Korrekturen sind die Gesamtauswirkungen auf die konsolidierte Jahresrechnung jedoch nicht wesentlich.

## Bemerkungen infolge der vom Rechnungshof vorgenommenen IT-Prüfung von SUMMA

**1.17.** Darüber hinaus führte der Rechnungshof die folgenden IT-Prüfungsverfahren durch, um den Risiken im Zusammenhang mit dem Wechsel des IT-Systems und dem neu eingerichteten Kontrollumfeld zu begegnen:

- eine IT-Prüfung der Datenmigration von ABAC zu SUMMA, die sich auf die Organisation des Datenmigrationsprojekts sowie die Datenmigrationsprozesse erstreckte;
- eine Untersuchung der allgemeinen IT-Kontrollen, um Gewähr dahin gehend zu liefern, dass das Kontrollumfeld in SUMMA in dem Umfang eingerichtet wurde, der für die Erstellung richtiger und vollständiger Jahresabschlüsse erforderlich ist;
- eine Untersuchung ausgewählter SUMMA-Anwendungskontrollen, die der Rechnungshof bei seiner Risikobewertung ermittelt hatte.

**1.18.** Um sicherzustellen, dass SUMMA ab Anfang 2025 verfügbar sein würde, konzentrierte sich die Kommission auf die Kernfunktion des Systems. Als praktische Maßnahme entschied sie sich daher dafür, SUMMA mit bestimmten Funktionslücken einzuführen, und verschob die Einführung mehrerer ursprünglich geplanter Funktionen. Dies schränkt die Fähigkeit von SUMMA ein, die Finanzberichterstattung wie beabsichtigt in vollem Umfang zu unterstützen. Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die Kommission einen Plan zur Schließung der funktionalen Lücken in SUMMA bis 2030 angenommen. Bis diese Lücken beseitigt sind, wird vorübergehend auf Workarounds oder manuelle Prozesse zurückgegriffen, wodurch sich das Fehlerrisiko erhöht.

**1.19.** Die Ergebnisse der vom Rechnungshof durchgeführten IT-Prüfungsarbeit deuten darauf hin, dass es zwar Kontrollverfahren für SUMMA gab, bestimmte erhebliche Mängel bei den internen Kontrollen jedoch das Risiko erhöhen könnten, dass die Zuverlässigkeit der Finanzvorgänge und das Funktionieren des Systems beeinträchtigt werden. Diese Mängel betreffen hauptsächlich das Nutzerzugangsmanagement und das IT-Change-Management. Darüber hinaus stellte der Rechnungshof Mängel beim Management der Bewältigung von Vorfällen und beim Betriebskontinuitätsmanagement fest, die das Risiko von Betriebsstörungen potenziell erhöhen.

# Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

**1.20.** Der Rechnungshof prüfte die Einnahmen und Ausgaben der EU, um zu beurteilen, ob die Ressourcen in Einklang mit den maßgebenden Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften vereinnahmt und verausgabt worden waren[10]. Im Folgenden sind die Prüfungsergebnisse des Rechnungshofs zusammengefasst. Im Detail sind die Prüfungsergebnisse zu den Einnahmen in ***Kapitel 4*** und zu den Ausgaben in den ***Kapiteln 5–10*** dargelegt. Die nachstehende Übersicht umfasst nicht die Ergebnisse der Prüfungsarbeiten des Rechnungshofs zu den ARF-Ausgaben, die in ***Kapitel 11*** behandelt werden.

## Das Prüfungsurteil des Rechnungshofs bezieht sich auf die Einnahmen- und Ausgabenvorgänge des Haushalts

**1.21.** Für die Einnahmen erlangte der Rechnungshof hinreichende Sicherheit für sein Prüfungsurteil durch die Bewertung ausgewählter zentraler Systeme, die durch die Prüfung von Vorgängen ergänzt wurde. Die Stichprobe der 65 untersuchten Vorgänge wurde so ausgewählt, dass sie für alle Einnahmequellen des EU-Haushalts repräsentativ ist. Die *Prüfungspopulation* des Rechnungshofs für 2025 belief sich für die Einnahmen auf 224,4 Milliarden Euro (siehe ***Abbildung 4.1***).

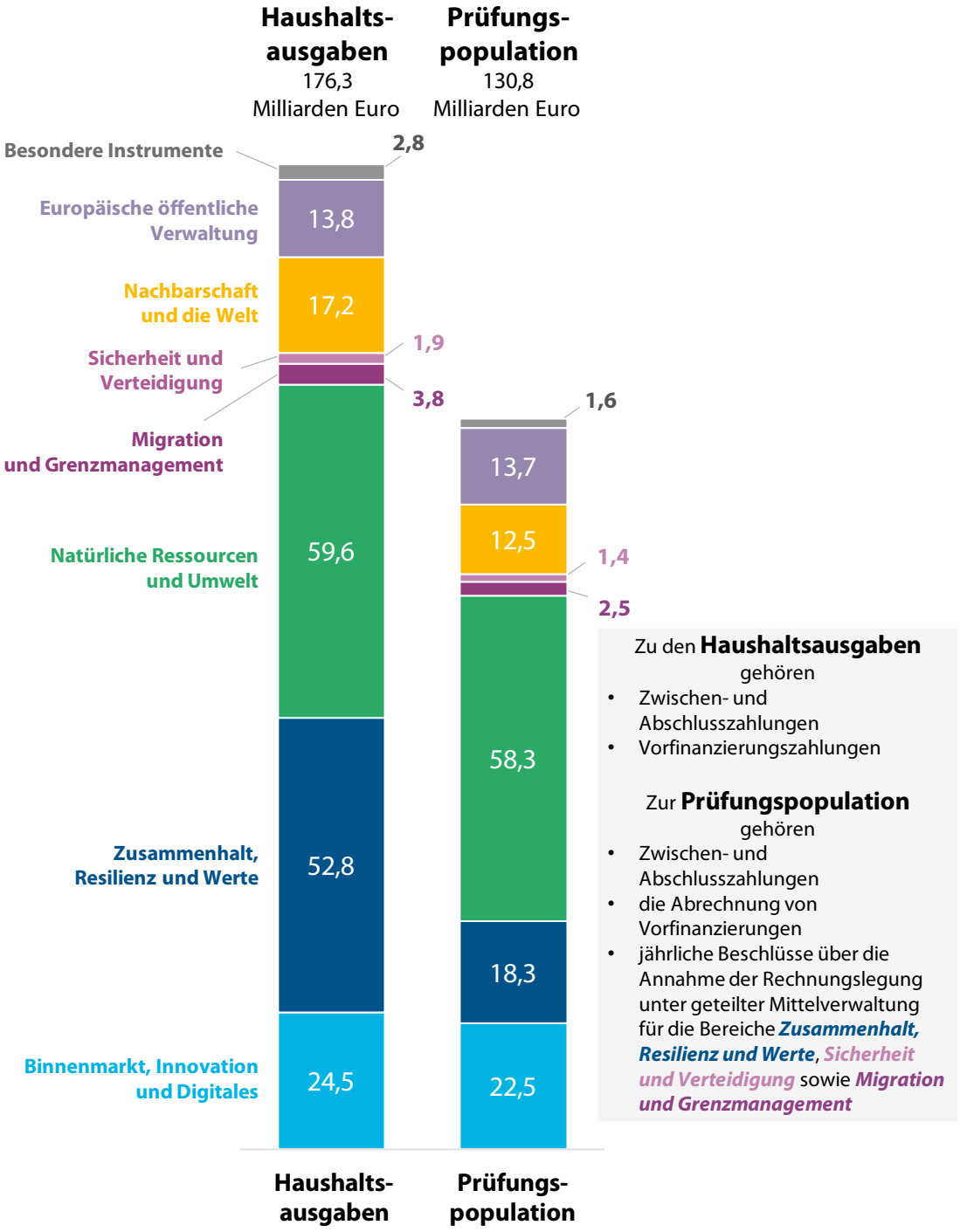
**1.22.** Betreffend die Ausgaben zog der Rechnungshof eine repräsentative Stichprobe von 750 Vorgängen aus seiner Prüfungspopulation, die sowohl *Abrechnungen* von Vorfinanzierungen als auch von der Kommission (oder von einem sonstigen Organ oder einer anderen Einrichtung, das/die mit der Verwaltung von EU-Mitteln betraut ist) akzeptierte Zwischen- und Abschlusszahlungen umfasste, die aus dem EU-Haushalt an *Endempfänger* geleistet wurden. Die Prüfung dieser Vorgänge durch den Rechnungshof trug zu seiner Zuverlässigkeitserklärung bei sowie zu seiner Schätzung des Anteils der vorschriftswidrigen Vorgänge an der gesamten Prüfungspopulation, an den Ausgabenbereichen, in denen er eine wesentliche Fehlerquote ermittelt hat (siehe Ziffer ***1.28***), und an jeder MFR-Rubrik, zu der er eine spezifische Beurteilung vorlegt (MFR-Rubriken 1, 2, 3, 6 und 7). Die untersuchten Vorgänge sowie die in diesem Bericht angeführten Beispiele bilden keine Grundlage dafür, etwaige Schlussfolgerungen zu den im Einzelfall betroffenen Mitgliedstaaten und begünstigten Staaten oder Regionen zu ziehen (siehe Punkt ***(23)*** in ***Anhang 1.1***).

[10] Einschließlich Vorgängen aus dem MFR 2014–2020 und früheren MFR.

**1.23.** Für die Ausgaben belief sich die Prüfungspopulation im Jahr 2025 auf insgesamt 130,8 Milliarden Euro, einschließlich NGEU-Aufstockungen für bestehende MFR-Programme des Zeitraums 2021–2027, die im Einklang mit sektorspezifischen Vorschriften ausgegeben werden müssen. Dieser Betrag umfasst Zahlungen an das Vereinigte Königreich im Einklang mit den im Austrittsabkommen festgelegten Bedingungen[11]. ***Abbildung 1.5*** sind die EU-Haushaltsausgaben sowie die Prüfungspopulation des Rechnungshofs für die Ausgaben, aufgeschlüsselt nach MFR-Rubrik (Haushaltsbereich) und Zahlungsart (*Zwischen*- und Abschlusszahlungen, *abgerechnete* Vorfinanzierungen und jährliche Beschlüsse, mit denen die Rechnungslegung angenommen wird), zu entnehmen (siehe ***Anhang 1.1***, Punkte ***(20)*** und ***(21)***).

[11] Artikel 136 und 138 des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft.

## Abbildung 1.5 – Gegenüberstellung der Prüfungspopulation des Rechnungshofs (130,8 Milliarden Euro) und der Ausgaben zulasten des EU-Haushalts (176,3 Milliarden Euro) nach MFR-Rubrik im Jahr 2025




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Keine wesentliche Fehlerquote bei den Einnahmen, doch weist ein erheblicher Anteil der Ausgaben eine wesentliche Fehlerquote auf

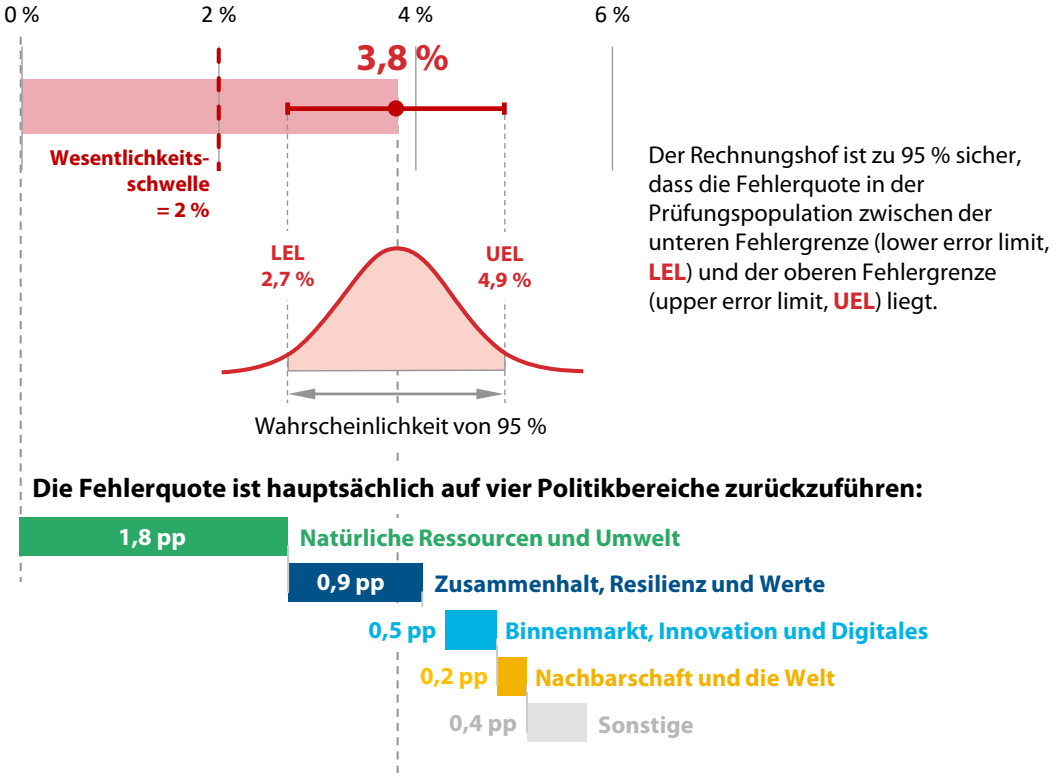
**1.24.** Hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben der EU lauten die wichtigsten Feststellungen des Rechnungshofs wie folgt:

a) **Einnahmen:** Aus den Prüfungsnachweisen geht hervor, dass die Fehlerquote bei den Einnahmen nicht wesentlich war. Die vom Rechnungshof untersuchten Systeme zur Verwaltung der Einnahmen waren generell wirksam. Einige Elemente der Kontrollsysteme zur Verwaltung von BNE-Vorbehalten und *offenen Punkten bezüglich der traditionellen Eigenmittel (TEM)* waren jedoch nur bedingt wirksam. Darüber hinaus waren die Bereitstellung von Informationen über *BNE-Vorbehalte* und die Meldung von Daten zu den Kunststoff-Eigenmitteln sowie einige Elemente der wichtigsten Verwaltungs- und Kontrollsysteme für die TEM, die der Rechnungshof in drei Mitgliedstaaten bewertete, nur bedingt wirksam (siehe ***Kapitel 4***).

b) **Ausgaben:** Für die Ausgaben geht aus den vom Rechnungshof erlangten Prüfungsnachweisen hervor, dass die Gesamtfehlerquote[12] mit 3,8 % wesentlich war. Der Rechnungshof ist zu 95 % sicher, dass die *Fehlerquote* in der Prüfungspopulation zwischen 2,7 % (untere Fehlergrenze) und 4,9 % (obere Fehlergrenze) liegt. Die Fehlerquote ist hauptsächlich auf die Rubriken "Natürliche Ressourcen und Umwelt" und "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" zurückzuführen (siehe ***Abbildung 1.6***).

[12] Definition des Begriffs "Fehler" in ***Anhang 1.1***, Punkte ***(26)*** und ***(27)***.

## Abbildung 1.6 – Geschätzte Fehlerquote bei den Ausgaben und Politikbereiche, die 2025 den größten Anteil daran ausmachten



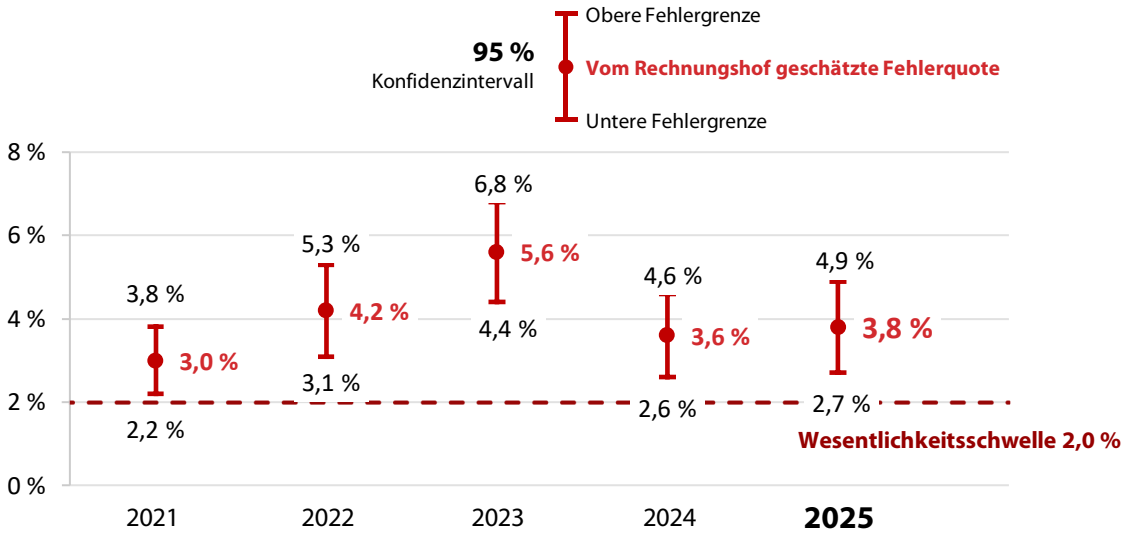

**pp**: Prozentpunkte

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**1.25.** Seit 2021 liegt die vom Rechnungshof festgestellte untere Fehlergrenze des 95 %igen *Konfidenzintervalls*[13] für die geschätzte Fehlerquote stets über der Wesentlichkeitsschwelle von 2,0 %. Dies bedeutet, dass der Rechnungshof hinreichende Gewähr dafür hat, dass die Fehlerquote in der Prüfungspopulation für jedes dieser Jahre über der *Wesentlichkeitsschwelle* liegt. In ***Abbildung 1.7*** werden die geschätzten Fehlerquoten im Zeitraum 2021–2025 verglichen.

[13] Eine Erklärung zum 95 %igen Konfidenzintervall findet sich in Punkt ***(28)*** von ***Anhang 1.1***.

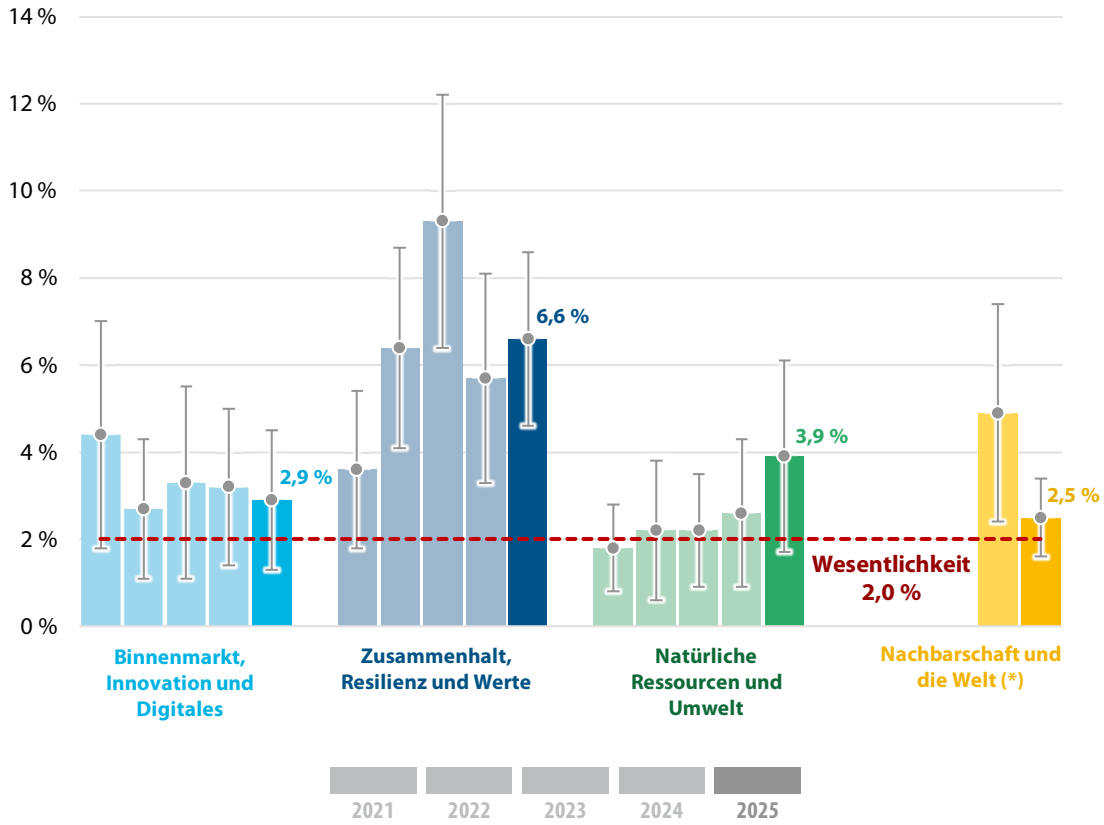
## Abbildung 1.7 – Geschätzte Fehlerquoten (2021–2025)




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**1.26.** In ***Abbildung 1.8*** sind die vom Rechnungshof geschätzten Fehlerquoten für "Binnenmarkt, Innovation und Digitales", "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" und "Natürliche Ressourcen und Umwelt" zwischen 2021 und 2025 gegenübergestellt. Für "Nachbarschaft und die Welt" enthält die Abbildung lediglich die geschätzte Fehlerquote für 2024 und 2025, da sie vor diesen Jahren nicht berechnet wurde. Die Ziffern ***1.27–1.31*** und die ***Kapitel 5, 6, 7 und 9*** enthalten weitere Informationen.

## Abbildung 1.8 – Geschätzte Fehlerquoten für die MFR-Rubriken 1, 2, 3 und 6 (2021–2025)




(*) Zwischen 2021 und 2023 hat der Rechnungshof keine spezifische Beurteilung für "Nachbarschaft und die Welt" vorgelegt.

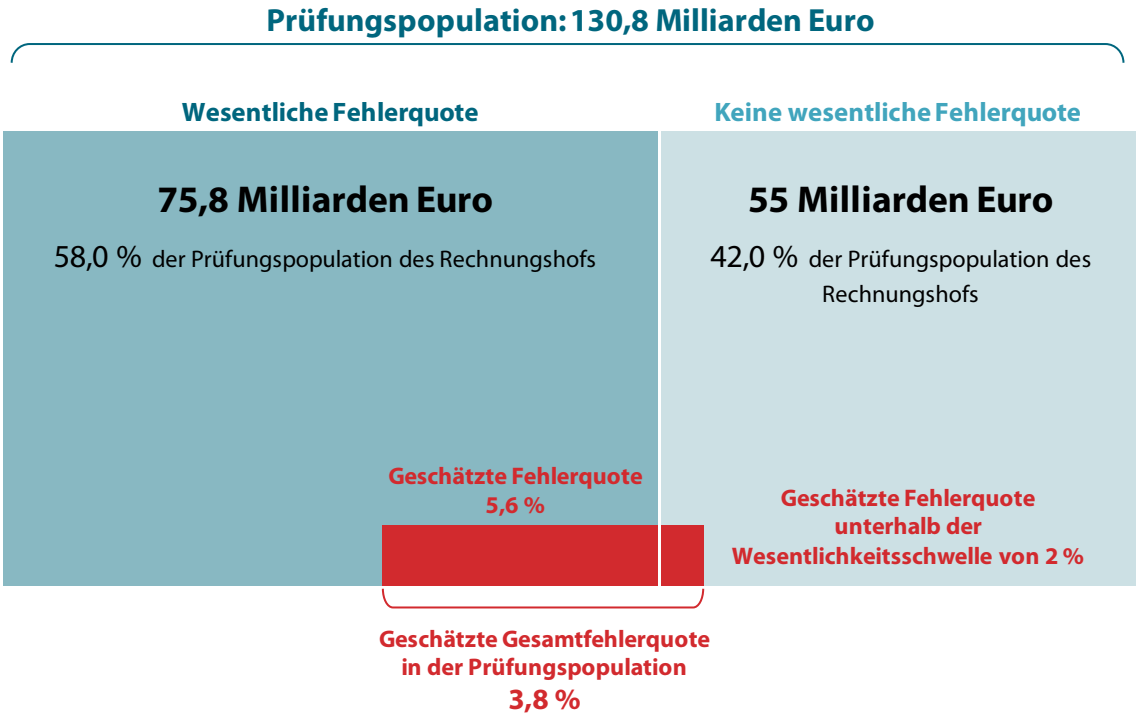
*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**1.27.** Der Wert der vom Rechnungshof geprüften Ausgaben für die Rubrik "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" betrug nur ein Drittel des im Jahr 2024 geprüften Betrags. Dies liegt daran, dass im Rahmen der Fonds der Kohäsionspolitik, auf die der Großteil der Ausgaben der MFR-Rubrik 2 entfällt, viele Mitgliedstaaten die in der Verordnung über die Plattform "Strategische Technologien für Europa" (STEP)[14] vorgesehene Flexibilität genutzt haben. Dies bedeutet, dass im Jahr 2025 nur etwa 20 % der Programmabschlüsse 2014–2020 von ihnen zertifiziert und von der Kommission akzeptiert wurden. Darüber hinaus waren die von den Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2021–2027 geltend gemachten Ausgaben ebenfalls niedrig (siehe Ziffer ***6.14*** für weitere Informationen). Daher war die geschätzte Fehlerquote in der Rubrik "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" zwar hoch, ihr Beitrag zur Gesamtfehlerquote im Jahr 2025 war jedoch niedriger als in den Vorjahren, da der Anteil der Kohäsionsausgaben an den Gesamtausgaben aus dem EU-Haushalt niedriger war als üblich.

**1.28.** Die Prüfungsergebnisse, zu denen der Rechnungshof für 2025 gelangte, bestätigen seine Einschätzung früherer Jahre, wonach sich die Art und Weise, wie die Mittel ausgezahlt werden, auf das Fehlerrisiko auswirkt. ***Abbildung 1.9*** zeigt, dass die geprüften Bereiche, die eine wesentliche Fehlerquote aufweisen, 58,0 % der Prüfungspopulation des Rechnungshofs ausmachen (2024: 68,9 %). Unter Berücksichtigung der Ergebnisse seiner Prüfung aller MFR-Rubriken schätzt der Rechnungshof die Fehlerquote dieses Teils der Prüfungspopulation auf 5,6 % (2024: 5,2 %).

[14] Artikel 14 Absatz 4.

**Abbildung 1.9 – Anteil der Prüfungspopulation des Rechnungshofs für 2025, der eine wesentliche Fehlerquote aufweist**



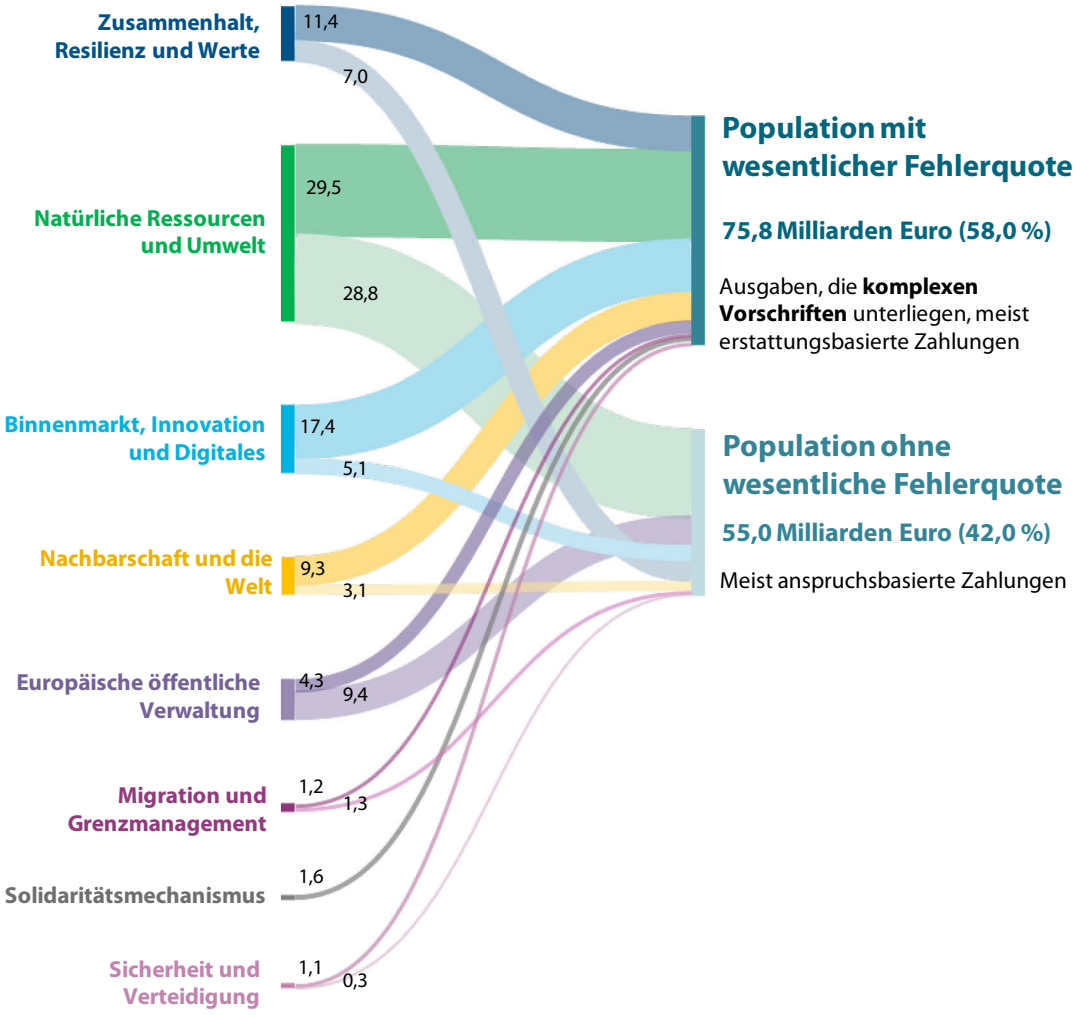

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**1.29.** Bei den geprüften Bereichen, die eine wesentliche Fehlerquote aufweisen, handelt es sich in erster Linie um **erstattungsbasierte Zahlungen**, bei denen die Begünstigten Anträge auf Erstattung der entstandenen förderfähigen Kosten einreichen müssen. Dazu müssen sie nachweisen, dass sie an einer förderfähigen Maßnahme teilnehmen, und Belege für die ihnen entstandenen Kosten vorlegen. Zu diesem Zweck müssen sie hinsichtlich dessen, was beantragt werden kann (Förderfähigkeit), sowie dazu, wie Kosten ordnungsgemäß entstehen (*Vergabe*vorschriften oder Vorschriften über *staatliche Beihilfen*), oft komplexe Vorschriften beachten.

**1.30.** Der Rechnungshof gelangt zu dem Schluss, dass 42,0 % seiner Prüfungspopulation keine wesentliche Fehlerquote aufweisen. Das bedeutet, dass die geschätzte Fehlerquote für diesen Teil unter der Wesentlichkeitsschwelle von 2 % liegt (siehe ***Abbildung 1.9***). Dieser Teil der Prüfungspopulation umfasst Ausgaben im Zusammenhang mit **anspruchsbasierten Zahlungen**, für die die Begünstigten bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen (z. B. *Direktzahlungen* an Landwirte mit der Ausnahme von *Öko-Regelungen*), sowie einen Teil der Verwaltungsausgaben (Gehälter und Versorgungsbezüge der EU-Bediensteten), Budgethilfe für Drittländer sowie Maßnahmen für Studierende und sonstige Mobilitätsmaßnahmen im Rahmen von *Erasmus+* (siehe ***Abbildung 1.10***). Der Rechnungshof stellte jedoch Fehler bei den Vorgängen im Bereich der Direktzahlungen aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) fest, nämlich Meldungen nicht beihilfefähiger Flächen einschließlich fehlender Unterlagen zum Nachweis darüber, dass sich die in den Anträgen geltend gemachten Flächen im rechtmäßigen Besitz der Begünstigten befanden.

**1.31.** Wie aus ***Abbildung 1.10*** hervorgeht, betrifft der größte Teil der Prüfungspopulation des Rechnungshofs, der mit wesentlichen Fehlern behaftet ist, die Bereiche "Natürliche Ressourcen und Umwelt", gefolgt von "Binnenmarkt, Innovation und Digitales", "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" und "Nachbarschaft und die Welt".

## Abbildung 1.10 – Aufschlüsselung der Prüfungspopulation des Rechnungshofs nach Fehlerquote und MFR-Rubrik

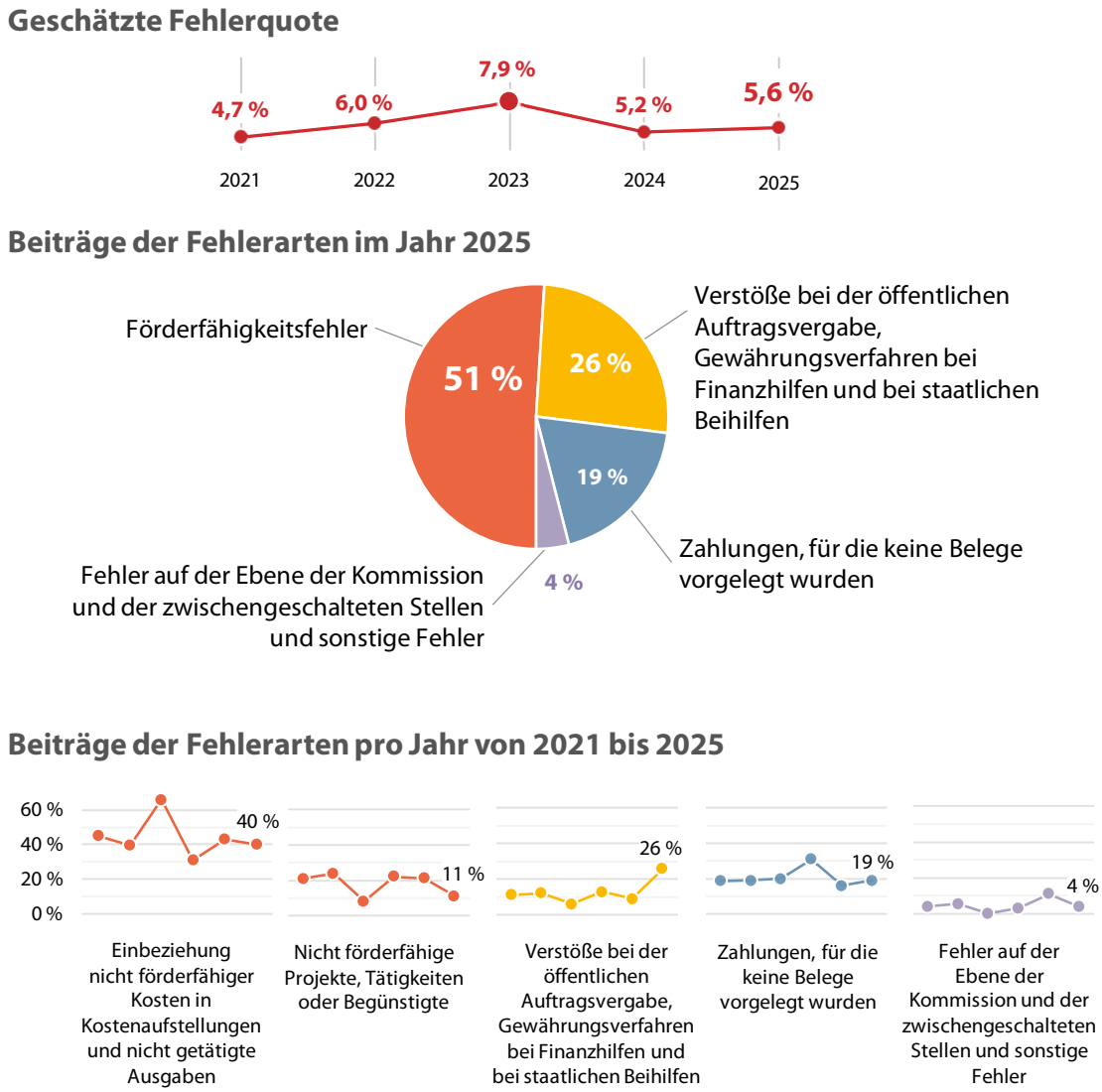



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Förderfähigkeitsfehler machen weiterhin den größten Anteil an der geschätzten Fehlerquote aus, wobei die Fehler in den Verfahren für die öffentliche Auftragsvergabe und für die Gewährung von Finanzhilfen zugenommen haben

**1.32.** Der Rechnungshof hat untersucht, von welchen Fehlerarten der Teil der Prüfungspopulation betroffen war, in dem die wesentliche Fehlerquote fortbesteht. In ***Abbildung 1.11*** werden die geschätzten Fehlerquoten für diesen Teil der Prüfungspopulation und der Beitrag der wichtigsten Fehlerarten für die einzelnen Jahre von 2021 bis 2025 verglichen und der Beitrag der einzelnen Fehlerarten zur geschätzten Fehlerquote im Jahr 2025 dargestellt.

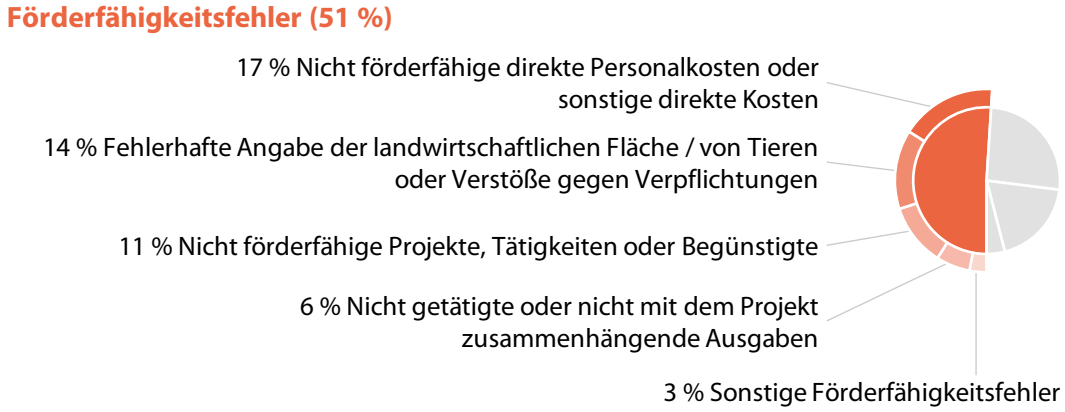
### Abbildung 1.11 – Geschätzte Fehlerquote für den mit wesentlichen Fehlern behafteten Teil der Ausgaben und Anteil der einzelnen Fehlerarten




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**1.33.** Im Jahr 2025 stellte der Rechnungshof erneut fest, dass Förderfähigkeitsfehler – hauptsächlich in den Bereichen "Natürliche Ressourcen und Umwelt", "Binnenmarkt, Innovation und Digitales", "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" und "Nachbarschaft und die Welt" – mit 51 % (2024: 64 %) den größten Anteil an der geschätzten Fehlerquote seiner mit einer wesentlichen Fehlerquote behafteten Prüfungspopulation ausmachten. ***Abbildung 1.12*** ist die Aufschlüsselung dieser Fehler zu entnehmen.

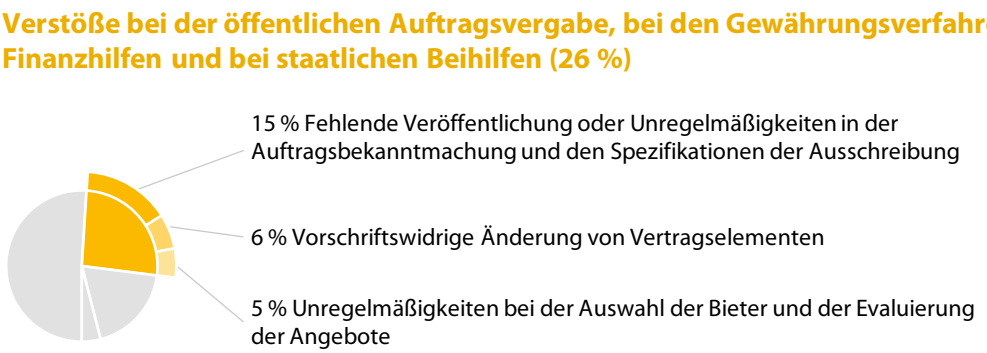
### Abbildung 1.12 – Aufschlüsselung der Förderfähigkeitsfehler 2025




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**1.34.** Fehler im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Gewährungsverfahren bei Finanzhilfen, in erster Linie in den Bereichen "Zusammenhalt, Resilienz und Werte", "Europäische öffentliche Verwaltung", "Natürliche Ressourcen und Umwelt" und "Migration und Grenzmanagement", machten im Jahr 2025 26 % (2024: 16 %) der geschätzten Fehlerquote dieses Teils der Ausgaben aus. Die wichtigsten Fehlerarten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind ***Abbildung 1.13*** zu entnehmen.

## Abbildung 1.13 – Aufschlüsselung der Verstöße bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei den Gewährungsverfahren bei Finanzhilfen und bei staatlichen Beihilfen im Jahr 2025




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

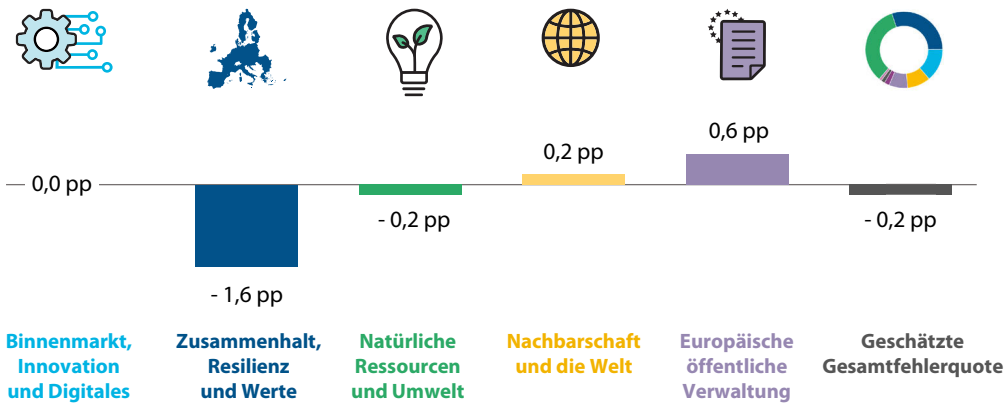
**1.35.** Außerdem hatten Zahlungen, für die keine Belege vorgelegt wurden, in diesem Jahr Auswirkungen auf die Fehlerquote, hauptsächlich in den Bereichen "Natürliche Ressourcen und Umwelt", "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" und "Binnenmarkt, Innovation und Digitales". Diese Fehler machten 19 % (2024: 9 %) der geschätzten Fehlerquote dieses Teils der Prüfungspopulation aus.

## Änderungen an der Methodik des Rechnungshofs zur Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge führten zu einer leichten Verringerung der von ihm geschätzten Fehlerquote

**1.36.** Seit 2025 hat der Rechnungshof seine Methodik zur Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an die Methodik angeglichen, die von der Kommission und den Mitgliedstaaten in Politikbereichen mit geteilter Mittelverwaltung verwendet wird (siehe Punkt ***(30)*** von ***Anhang 1.1***. Mit dieser Methodik werden die finanziellen Auswirkungen der einzelnen vorab festgelegten Arten von Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bestimmt. Der Rechnungshof verwendet dieselbe Liste von Arten von Unregelmäßigkeiten als Grundlage für die Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für alle MFR-Politikbereiche und alle Arten der Mittelverwaltung (direkt, indirekt und geteilt). Er wendet sie analog auf alle Vergabeverfahren sowie auf Fehler an, die in Bezug auf Gewährungsverfahren bei Finanzhilfen festgestellt wurden.

**1.37.** Für 2025 bewertete der Rechnungshof die Auswirkungen der Anwendung der neuen Methodik auf alle Politikbereiche, für die er eine spezifische Beurteilung abgibt. ***Abbildung 1.14*** veranschaulicht den entsprechenden Unterschied.

### Abbildung 1.14 – Auswirkungen von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf die geschätzte Fehlerquote unter Anwendung der neuen Methodik (MFR-Rubriken 1, 2, 3, 6 und 7)




**pp**: Prozentpunkte

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Angaben der Kommission zur Ordnungsmäßigkeit

## Die von der Kommission gemeldete Fehlerquote ist nicht direkt mit der vom Rechnungshof geschätzten Fehlerquote vergleichbar und ist wahrscheinlich zu niedrig angesetzt

**1.38.** Die Kommission trägt die letzte Verantwortung für die Ausführung des Haushaltsplans der Union[15], unabhängig von der Art der Mittelverwaltung (also *direkte*, *indirekte* oder *geteilte Mittelverwaltung*).

**1.39.** In ihrer *jährlichen Management- und Leistungsbilanz* legt die Kommission wichtige aggregierte Informationen zur internen Kontrolle und zum Finanzmanagement vor, die in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* (JTB) der einzelnen Generaldirektionen enthalten sind.

**1.40.** In der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2025 legt die Kommission ihre Schätzung des Risikos bei Zahlung[16] für alle MFR-Rubriken mit Ausnahme der Rubrik 3 "Natürliche Ressourcen und Umwelt" und der Rubrik 6 "Nachbarschaft und die Welt" vor. In ***Abbildung 1.15*** sind die Schätzungen der Kommission betreffend das Risiko bei Zahlung für diejenigen MFR-Rubriken, für die der Rechnungshof spezifische Beurteilungen vorlegt, den vom Rechnungshof für seine geschätzte Fehlerquote ermittelten Spannen seines 95 %igen Konfidenzintervalls[17] gegenübergestellt. Die Zahlen der Kommission liegen für die Rubrik 2 "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" unter dem Konfidenzintervall des Rechnungshofs und für Rubrik 1 "Binnenmarkt, Innovation und Digitales" zwar innerhalb des Intervalls, aber unter der vom Rechnungshof geschätzten Fehlerquote.

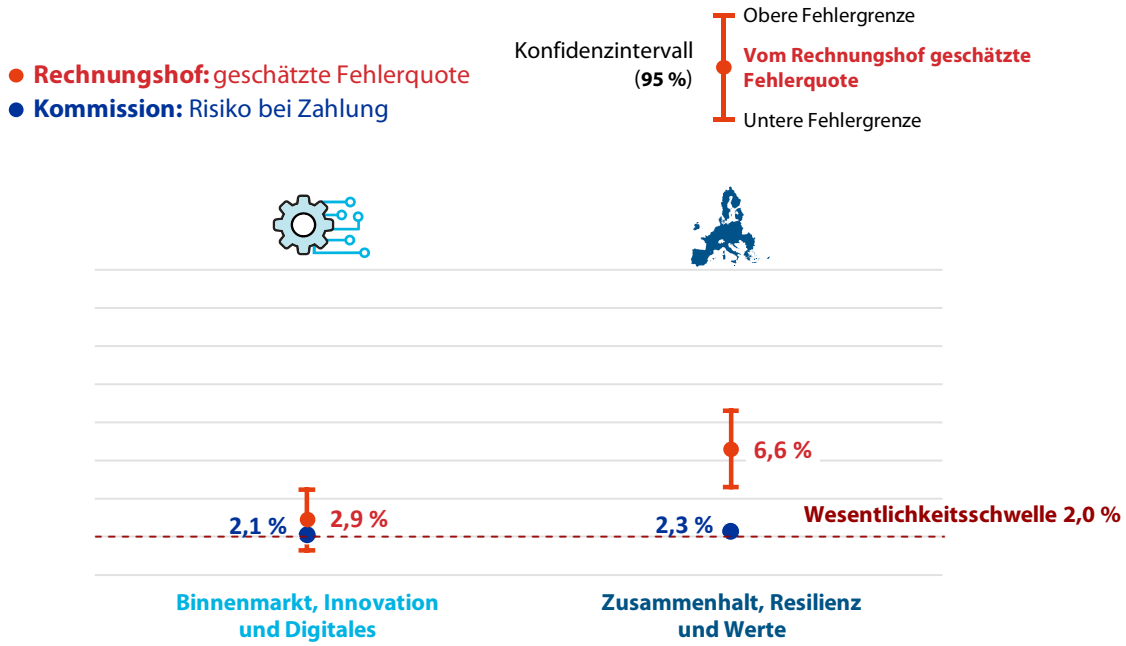
---

[15] Artikel 317 AEUV.

[16] Gemäß Artikel 253 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i der Haushaltsordnung muss die jährliche Management- und Leistungsbilanz eine Schätzung der Fehlerquote bei den Ausgaben der EU enthalten.

[17] Eine Erklärung zum 95 %igen Konfidenzintervall findet sich in Punkt ***(28)*** von ***Anhang 1.1***.

**Abbildung 1.15 – Geschätzte Fehlerquote des Rechnungshofs für 2025 und von der Kommission vorgenommene Schätzung des Risikos bei Zahlung für die MFR-Rubriken 1 und 2**




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**1.41.** Die Schätzungen der Kommission sind aus mehreren Gründen niedriger ist als die vom Rechnungshof geschätzten Fehlerquoten. Zu diesen Gründen gehören inhärente Unterschiede zwischen den jeweiligen Rollen und Mandaten der Kommission und des Rechnungshofs, aber auch Einschränkungen der *Verwaltungs- und Kontrollsysteme* (siehe Ziffer ***1.45***).

**1.42.** Der Rechnungshof ist der externe Prüfer der EU und gibt ein unabhängiges Prüfungsurteil zur *Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit* der Finanzvorgänge in einem bestimmten Jahr ab. In diesem Zusammenhang ist der Rechnungshof verpflichtet, über alle Fälle von Unregelmäßigkeiten zu berichten, unabhängig davon, ob eine *Finanzkorrektur* angewandt werden oder eine Wiedereinziehung stattfinden kann. Die Kommission hingegen konzentriert sich auf Fälle von Unregelmäßigkeiten, in denen sie der Auffassung ist, dass es eine Rechtsgrundlage für eine Finanzkorrektur bzw. eine Wiedereinziehung der betreffenden Beträge gibt. Die Kommission nimmt nicht immer Wiedereinziehungen vor, wenn eine festgestellte Unregelmäßigkeit beispielsweise auf einen Mangel in ihren eigenen Verfahren zurückzuführen ist.

**1.43.** Konkret stützt sich die von der Kommission vorgenommene Schätzung der "Unregelmäßigkeit" für den Kohäsionsbereich auf die Definition in der *Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen*: "Verstoß gegen anwendbares Recht als Folge einer Handlung oder Unterlassung eines Wirtschaftsteilnehmers, die einen Schaden für den Unionshaushalt in Form einer ungerechtfertigten Ausgabe bewirkt oder bewirken würde".

**1.44.** Der Rechnungshof betrachtet einen "Fehler" als einen Vorgang (oder Teilvorgang), der nicht mit den maßgebenden Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften im Einklang steht. Daher umfasst seine Definition nicht nur Verstöße gegen geltendes Recht, die sich aus Handlungen oder Unterlassungen von Wirtschaftsteilnehmern ergeben, sondern auch Fehler zum Nachteil des EU-Haushalts, die von nationalen und regionalen Verwaltungen oder von der Kommission selbst verursacht wurden. Die vom Rechnungshof gemeldete geschätzte Fehlerquote ist nicht mit dem Betrag der Finanzkorrekturen gleichzusetzen, die die Kommission im Einklang mit den geltenden Vorschriften potenziell verhängen kann.

**1.45.** Wie in den Vorjahren stellte der Rechnungshof fest, dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme Einschränkungen aufweisen, die sich auf die von der Kommission vorgenommene Schätzung des Risikos bei Zahlung in verschiedenen Politikbereichen auswirken. Eine Analyse der in den MFR-Rubriken 1 und 2 festgestellten Einschränkungen ist den folgenden Ziffern zu entnehmen.

**1.46.** Für die Rubrik 1 "Binnenmarkt, Innovation und Digitales" untersuchte der Rechnungshof Elemente der Verwaltungs- und Kontrollsysteme, die die Kommission nutzt, um Plagiarismus und Doppelfinanzierungen in der Forschung zu vermeiden. Insbesondere untersuchte der Rechnungshof die IT-Systeme und ermittelte einige Schwachstellen (siehe Ziffer ***5.32***).

**1.47.** Für die Fonds der Kohäsionspolitik im Rahmen der Rubrik 2 "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" ergibt sich die Fehlerquote der Kommission aus den von den *Prüfbehörden* gemeldeten Quoten, die die Kommission durch Aktenprüfungen und risikobasierte Compliance-Prüfungen überprüft. Allerdings ist Folgendes festzustellen:

- Aktenprüfungen sind aufgrund ihrer Konstruktion insofern begrenzt, als sie nicht darauf ausgelegt sind, vorschriftswidrige Ausgaben aufzudecken, die von den Mitgliedstaaten nicht aufgedeckt wurden[18]. Auch werden mit ihnen keine Systemmängel in der Arbeit der Prüfbehörden aufgedeckt.

- Die Kommission deckt durch ihre Compliance-Prüfungen auch weiterhin Unregelmäßigkeiten auf[19]. Da sie jedoch nur eine begrenzte Anzahl solcher Prüfungen durchführt und die Ergebnisse nicht auf den Teil der Kohäsionsausgaben extrapoliert, der nicht Gegenstand der Prüfung ist, besteht ein hohes Risiko, dass viele Fehler unentdeckt bleiben und anschließend bei der Ermittlung der Gesamtfehlerquote nicht berücksichtigt werden. Mit den Aufschlägen und Pauschalquoten für nicht geprüfte Programme, die seit 2021 in den Höchstsatz der Kommission aufgenommen wurden, wird dieses Problem nur teilweise angegangen[20].

**1.48.** In den vergangenen Jahren stellte der Rechnungshof bei vielen mit Fonds der Kohäsionspolitik befassten Prüfbehörden Schwachstellen sowohl bei den von ihnen verfolgten Ansätzen als auch bei der Art und Weise fest, wie sie diese Ansätze umsetzten[21]. Aus diesen Gründen hat der Rechnungshof für die Haushaltsjahre ab 2025 seinen Prüfungsansatz für die MFR-Rubrik 2 geändert und ist wieder dazu übergegangen, seine eigene Stichprobe der zugrunde liegenden Vorgänge auszuwählen und diese direkt zu prüfen.

---

[18] Analyse 03/2024: "Überblick über den Zuverlässigkeitsrahmen und die wichtigsten Faktoren, die zu Fehlern bei den Kohäsionsausgaben im Zeitraum 2014–2020 beigetragen haben", Ziffer VI und Ziffern 65–66.

[19] Ebd., Ziffer 68.

[20] Ebd., Ziffern 41 und 42.

[21] Jahresbericht 2024, Ziffern 6.39 bis 6.51, und Analyse 03/2024.

# Der Rechnungshof meldet der EUStA und dem OLAF Fälle mutmaßlichen Betrugs

**1.49.** Betrug ist jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung betreffend die Verwendung oder Vorlage falscher, unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen oder Unterlagen, das Verschweigen einer erforderlichen Information und die missbräuchliche Verwendung von EU-Mitteln[22]. Durch Betrug entsteht den finanziellen Interessen der EU ein Schaden oder ein potenzieller Schaden.

**1.50.** Die Hauptverantwortung für die Verhinderung und Aufdeckung von Betrug liegt sowohl beim Management einer Einheit als auch bei den für ihre Überwachung Verantwortlichen. Artikel 325 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sieht vor, dass die Union und die Mitgliedstaaten Betrügereien und sonstige gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtete rechtswidrige Handlungen bekämpfen.

**1.51.** Als externer Prüfer der EU hat der Rechnungshof kein Mandat, Fälle mutmaßlichen Betrugs zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU zu untersuchen. Der Rechnungshof ist jedoch gemäß Artikel 287 Absatz 2 AEUV verpflichtet, "alle Fälle von Unregelmäßigkeiten", die er im Rahmen seiner Prüfung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit sowie der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung bei allen Einnahmen und Ausgaben der EU aufdeckt, den zuständigen Behörden zu melden. Der Rechnungshof berücksichtigt das Betrugsrisiko, bevor er Prüfungen einleitet (siehe ***Anhang 1.1***, Punkte ***(33)***–***(35)***), und überarbeitet seine Verfahren regelmäßig.

[22] Artikel 3 der Richtlinie (EU) 2017/1371 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug ("PIF-Richtlinie").

**1.52.** Der Rechnungshof übermittelt der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) alle Verdachtsmomente in Bezug auf Straftaten, die in ihre Zuständigkeit fallen und teilnehmende Mitgliedstaaten betreffen, und leitet dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) jeden Verdacht auf Betrug, Korruption oder sonstige rechtswidrige Handlungen zulasten der finanziellen Interessen der EU weiter. Solche Verdachtsmomente können sich entweder aus seiner Prüfungstätigkeit (einschließlich Wirtschaftlichkeitsprüfungen) oder aus Informationen ergeben, die ihm direkt von Dritten übermittelt werden.

**1.53.** Im Jahr 2025 meldete der Rechnungshof dem OLAF 17 Fälle mutmaßlichen Betrugs (2024: 19 Fälle), von denen 15 im Rahmen seiner Prüfungsarbeit zutage traten: Sieben Fälle wurden im Rahmen seiner Prüfung der Ausgaben 2024 ermittelt, sieben im Rahmen seiner Prüfung der Ausgaben 2023 und einer im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsprüfung zum Instrument für Heranführungshilfe (IPA). Einer der beiden übrigen Fälle wurde von der Vergabestelle des Rechnungshofs und der andere von einem Dritten gemeldet. Aufgrund dieser Meldungen hatte das OLAF mit Stand Juni 2026 bereits fünf Untersuchungen eingeleitet. Gleichzeitig übermittelte der Rechnungshof zwölf dieser Fälle der EUStA (2024: sieben Fälle), die zu acht Fällen Ermittlungen einleitete.

**1.54.** Die häufigsten Gründe für Betrugsverdacht waren

- die vorsätzliche Verwendung oder Vorlage falscher, unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen oder Unterlagen und/oder das Verschweigen einer Information unter Verletzung einer spezifischen Pflicht mit der Folge, dass EU-Mittel unrechtmäßig erlangt oder zurückbehalten wurden;

- die künstliche Schaffung der für die EU-Finanzierung erforderlichen Voraussetzungen;

- die missbräuchliche Verwendung von EU-Mitteln zu anderen Zwecken als denen, für die sie ursprünglich gewährt wurden.

Zwischen 2010 und 2025 übermittelte der Rechnungshof dem OLAF 267 Fälle. Angaben des OLAF zufolge empfahl das Amt auf der Grundlage von Informationen, die der Rechnungshof lieferte, infolge abgeschlossener Untersuchungen die Wiedereinziehung von insgesamt 555,6 Millionen Euro.

**1.55.** Neben der Meldung von Fällen an die EUStA und das OLAF legt der Rechnungshof im vorliegenden Jahresbericht Informationen dazu vor, wie die Kommission und die Mitgliedstaaten ihre Strategien zur Bekämpfung von Betrugsrisiken umgesetzt haben. In ***Kapitel 6*** berichtet der Rechnungshof, dass die Kommission die Empfehlung 5.2 aus seinem Jahresbericht 2020 betreffend die Verfolgung des Betrugsrisikos bei den Prüfungen von Vorhaben durch die Prüfbehörden und die Empfehlung 6.6 aus seinem Jahresbericht 2022 betreffend die Stärkung des Bewusstseins der Verwaltungsbehörden für Betrugsrisiken vollständig umgesetzt hat (siehe ***Anhang 6.2***).

**1.56.** In anderen, separaten Prüfungen befasst sich der Rechnungshof auch mit Betrug. Im Jahr 2025 veröffentlichte der Rechnungshof einen Sonderbericht über Mehrwertsteuerbetrug bei Einfuhren[23], über den er in seinem Jahresbericht 2024 einen Überblick gab (siehe Ziffer 1.45). Darüber hinaus veröffentlichte der Rechnungshof einen Sonderbericht über die EU-Einrichtungen zur Betrugsbekämpfung[24]. Insgesamt gelangte der Rechnungshof zu dem Schluss, dass die Mandate des OLAF und der EUStA sowie die Mandate von Eurojust und Europol klar definiert waren, es jedoch in Bezug auf den Informationsaustausch und die administrative Aufsicht durch die Kommission nach wie vor Schwachstellen gab. Die von den Stellen zur Verfügung gestellten Daten zeigten, dass unterschiedlich viele Betrugsverdachtsfälle gemeldet wurden, und diese Diskrepanz wurde von der Kommission nicht analysiert. Die bestehenden Vorgaben für die Meldung von Betrugsverdachtsfällen konnten dazu führen, dass Verdachtsfälle doppelt gemeldet werden. Dies erhöhte den Verwaltungsaufwand. Der Rechnungshof stellte ferner fest, dass die Kommission keine umfassende Aufsicht darüber geführt hat, welche Beträge dem EU-Haushalt geschuldet oder infolge von Betrugsermittlungen tatsächlich wieder eingezogen wurden.

---

[23] Sonderbericht 08/2025: "Mehrwertsteuerbetrug bei Einfuhren: Die finanziellen Interessen der EU sind bei vereinfachten Zollverfahren nur unzureichend geschützt".

[24] Sonderbericht 26/2025: "Einrichtungen der EU für die Betrugsbekämpfung: Klare Mandate, aber Informationsaustausch und Aufsicht durch die Kommission nach wie vor unzureichend".

**1.57.** Anfang 2026 veröffentlichte der Rechnungshof einen Sonderbericht über die Bekämpfung von Betrug im Zusammenhang mit der ARF[25]. Der Rechnungshof kam zu dem Schluss, dass die von der Kommission und den Mitgliedstaaten für die ARF eingerichteten Systeme zum Schutz der Interessen der EU vor Betrug nicht in vollem Umfang wirksam waren. Die Kommission hatte zwar Schritte zur Verbesserung des Rahmens für die Betrugsbekämpfung im Zusammenhang mit der ARF unternommen, doch stellte der Rechnungshof fest, dass der Rahmen Schwachstellen bei der Aufdeckung, Meldung und Behebung von Betrug aufwies. Unvollständige und inkohärente Daten über Betrug im Rahmen der ARF, das Fehlen standardisierter Kriterien für die Meldung von Betrugsfällen und Probleme mit den Vorschriften für Wiedereinziehungen haben die Fähigkeit der Kommission, rechtzeitig wirksame Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, möglicherweise eingeschränkt.
Am 18. Juni 2026 veröffentlichte der Rechnungshof einen Sonderbericht zur Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission[26]. Er stellte fest, dass es sich bei der Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission um ein umfassendes Konzept handelte, dass die einzelnen Maßnahmen jedoch häufig nicht ambitioniert genug waren. Zwar kamen bewährte Verfahren des Betrugsrisikomanagements zur Anwendung, doch wiesen die zugrunde liegenden Prozesse – insbesondere die Risikobewertung – noch Mängel auf. Schließlich legte die Kommission bei der Überwachung und Berichterstattung den Schwerpunkt vorwiegend auf die Umsetzung der Strategie und weniger auf die Ergebnisse und Auswirkungen.

[25] Sonderbericht 06/2026: "Betrugsbekämpfung im Rahmen der ARF: Die Arbeiten laufen".

[26] Sonderbericht 18/2026: "Die Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission: Umfassend, aber nicht ambitioniert genug".

# Schlussfolgerungen und Empfehlungen

**1.58.** Mit diesem Kapitel wird das in der Zuverlässigkeitserklärung erteilte Prüfungsurteil untermauert. Die Prüfung des Rechnungshofs ergab, dass die Jahresrechnung keine wesentlichen falschen Darstellungen aufwies.

**1.59.** Bei seiner IT-Prüfungsarbeit in Bezug auf SUMMA, das neue zentrale Informationssystem für Haushalt, Kassenmittel und Rechnungsführung, stellte der Rechnungshof bestimmte erhebliche Mängel bei den internen Kontrollen in Bezug auf das Nutzerzugangsmanagement und das IT-Change-Management fest. Es gab zwar Kontrollverfahren, doch könnten diese Mängel das Risiko erhöhen, dass die Zuverlässigkeit der Finanzvorgänge und das Funktionieren des Systems beeinträchtigt werden. Darüber hinaus stellte der Rechnungshof Mängel beim Management der Bewältigung von Vorfällen und beim Betriebskontinuitätsmanagement fest, die das Risiko von Betriebsstörungen potenziell erhöhen.

## Empfehlung 1.1 – Funktionale Lücken schließen und die SUMMA-Kontrollen stärken

Auf der Grundlage seiner IT-Prüfungsarbeit in Bezug auf SUMMA empfiehlt der Rechnungshof der Kommission,

a) die verbleibenden funktionalen Lücken zu ermitteln, deren Schließung auf der Grundlage ihrer potenziellen Auswirkungen auf die Zuverlässigkeit von Finanzvorgängen zu priorisieren und diejenigen Lücken zu schließen, bei denen dies besonders dringend ist;

b) sicherzustellen, dass die temporären Workarounds wirksam sind, die zur Vermeidung finanzieller Fehler erforderlichen Kontrollen umfassen und genau überwacht werden und dass es einen diesbezüglichen Plan für den rechtzeitigen Abschluss dauerhafter Lösungen gibt;

c) die Mängel bei den internen Kontrollen im Zusammenhang mit der Einführung und dem Betrieb von SUMMA zu priorisieren und zu beheben.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2026.**

**1.60.** Hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge gelangt der Rechnungshof zu der Schlussfolgerung, dass die Einnahmenvorgänge keine wesentliche Fehlerquote aufwiesen. Bei den Ausgaben belief sich die geschätzte Fehlerquote den Ergebnissen der Prüfung einer repräsentativen Stichprobe von 750 Vorgängen zufolge auf 3,8 %. Der Rechnungshof gelangt zu dem Schluss, dass ein erheblicher Teil dieser Ausgaben mit wesentlichen Fehlern behaftet war. Dies betrifft Ausgaben, die komplexen Vorschriften unterliegen – hauptsächlich erstattungsbasierte Ausgaben –, bei denen die geschätzte Fehlerquote 5,6 % betrug. Diese Ausgaben beliefen sich im Jahr 2025 auf 75,8 Milliarden Euro; dies entspricht 58,0 % der Prüfungspopulation des Rechnungshofs (2024: 68,9 %). Fehler bezüglich der Förderfähigkeit, Fehler hinsichtlich der Vergabevorschriften sowie das Fehlen von Belegen trugen am stärksten zu der vom Rechnungshof geschätzten Fehlerquote bei.

# Anhänge

## Anhang 1.1 – Prüfungsansatz und Prüfungsmethodik

1) In diesem Anhang werden der Ansatz und die Methodik des Rechnungshofs für die Prüfung der Zuverlässigkeit der Rechnungsführung der EU und der Ordnungsmäßigkeit der der Jahresrechnung zugrunde liegenden Einnahmen- und Ausgabenvorgänge (Ausgaben zulasten des EU-Haushalts) im Rahmen der mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) dargelegt. Der spezifische Prüfungsansatz des Rechnungshofs für die Ausgaben im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) ist in ***Kapitel 11*** dargelegt.

2) Der Rechnungshof konzipiert seinen Prüfungsansatz im Hinblick darauf, den vorgesehenen Nutzern hinreichende Gewähr zu bieten. Seine Prüfungsmethodik entspricht den internationalen Prüfungsnormen der International Federation of Accountants (IFAC) und der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI). Dies ermöglicht es ihm, ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise zur Unterstützung seiner Prüfungsschlussfolgerungen zu erlangen.

3) Der Rechnungshof gibt ein Prüfungsurteil (die Zuverlässigkeitserklärung) zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung und zur Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge ab, ergänzt durch spezifische Beurteilungen zu größeren Tätigkeitsbereichen der EU. Diese Beurteilungen umfassen detaillierte Prüfungsergebnisse sowie geschätzte Fehlerquoten und Schlussfolgerungen zu den zugrunde liegenden Vorgängen und Systemen in diesen Bereichen.

**TEIL 1 – Prüfungsansatz hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Rechnungsführung**

4) Der Rechnungshof untersucht die konsolidierte Jahresrechnung der EU auf ihre Zuverlässigkeit hin. Die konsolidierte Jahresrechnung besteht aus

   a) dem konsolidierten Jahresabschluss und

   b) den Haushaltsrechnungen.

5) Die konsolidierte Jahresrechnung sollte

   a) die Vermögens- und Finanzlage der Europäischen Union zum Jahresende,

   b) die Ergebnisse ihrer Vorgänge und ihre Cashflows und

   c) die Veränderungen des Nettovermögens zum Jahresende in allen wesentlichen Belangen insgesamt sachgerecht darstellen.

6) Im Zuge seiner Prüfung

   a) erlangt der Rechnungshof ein Verständnis der Komponenten der internen Kontrolle, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind;

   b) beurteilt er das Kontrollumfeld im Rechnungswesen,

   c) erprobt er das Funktionieren der wichtigsten Rechnungsführungsverfahren und des Rechnungsabschlussprozesses am Jahresende,

   d) untersucht er die wichtigsten Rechnungsführungsdaten auf Kohärenz und Plausibilität,

   e) nimmt er Analysen und Abstimmungen von Rechnungen und/oder Kontensalden sowie der damit zusammenhängenden Angaben vor,

   f) führt er aussagebezogene Prüfungshandlungen in Bezug auf Mittelbindungen, Zahlungen und spezifische Posten der Bilanz durch, die auf repräsentativen Stichproben sowie Überlegungen zur Wesentlichkeit beruhen,

g) beurteilt er, ob die Gesamtdarstellung des Abschlusses in Übereinstimmung mit dem maßgebenden Regelwerk der Rechnungslegung steht.

h) verwertet er nach Möglichkeit die Arbeit anderer Prüfer in Übereinstimmung mit den International Standards on Auditing; dies gilt insbesondere für die Prüfung der von der Kommission verwalteten Anleihe- und Darlehenstätigkeiten, für welche externe Prüfungsberichte vorliegen.

**TEIL 2 – Prüfungsansatz hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge**

7) Zugrunde liegende Vorgänge sind Mitteltransfers aus dem EU-Haushalt hin zu den Endempfängern und Einnahmentransfers von den Mitgliedstaaten und aus sonstigen Quellen an den EU-Haushalt.

8) Um zu bewerten, ob Einnahmenvorgänge mit den Vorschriften und Verordnungen der EU im Einklang stehen, stützt sich der Prüfungsansatz des Rechnungshofs hauptsächlich auf eine Untersuchung ausgewählter Verwaltungs- und Kontrollsysteme zur Überprüfung, Berechnung und Erhebung der Einnahmen. Ergänzt wird dies durch eine Direktprüfung der Einhaltung von Rechtsvorschriften anhand einer repräsentativen Stichprobe von Vorgängen.

9) Der Prüfungsansatz des Rechnungshofs für die Beurteilung, ob die der Jahresrechnung zugrunde liegenden Ausgabenvorgänge mit den Vorschriften und Verordnungen der EU in Einklang stehen, beruht vorwiegend auf einer Direktprüfung der Einhaltung von Rechtsvorschriften anhand einer repräsentativen Stichprobe von Vorgängen. Diese Prüfung kann durch eine Untersuchung ausgewählter Verwaltungs- und Kontrollsysteme ergänzt werden.

10) Bei der Organisation seiner Prüfungsarbeit und der Berichterstattung über seine Ergebnisse orientiert sich der Rechnungshof an den verschiedenen MFR-Rubriken, die der vom Gesetzgeber beschlossenen Haushaltsstruktur entsprechen.

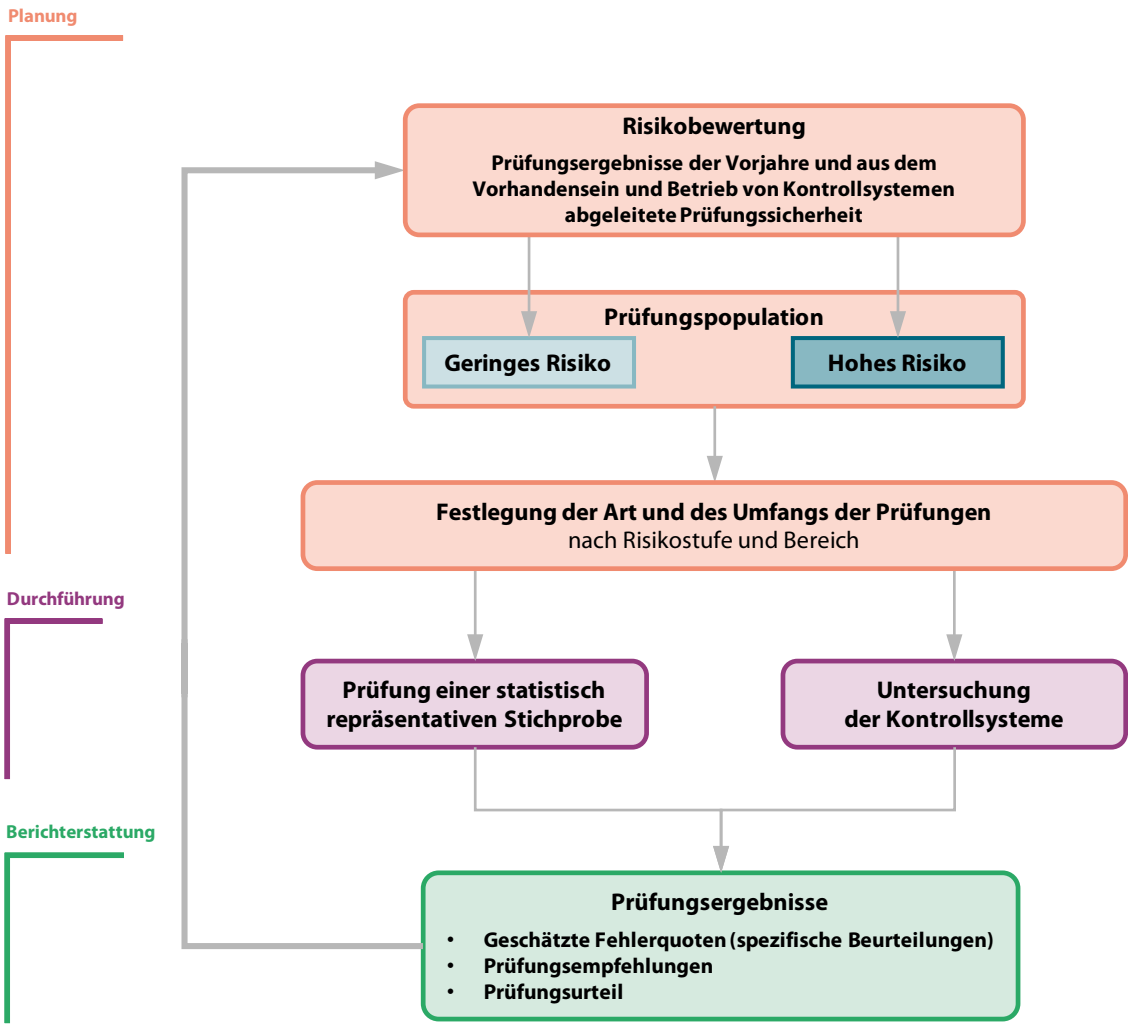
**Untersuchung von Verwaltungs- und Kontrollsystemen**

11) Kontrollsysteme werden von der Kommission, den anderen Organen und Einrichtungen der EU, den Behörden der Mitgliedstaaten sowie den begünstigten Staaten und Regionen mit dem Ziel eingerichtet, die Risiken für den Haushalt einzudämmen und die Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge zu überwachen und sicherzustellen. Jedes Jahr untersucht der Rechnungshof ausgewählte Verwaltungs- und Kontrollsysteme und legt die Ergebnisse seiner systembezogenen Prüfungsarbeit zusammen mit Empfehlungen für Verbesserungen in den ***Kapiteln 4–10*** vor.

**Prüfung von Vorgängen**

12) Auf der Grundlage einer jährlichen Risikoanalyse, die auf der Art und Weise, wie Mittel ausgezahlt werden, auf seinen früheren Prüfungsergebnissen sowie der Bewertung von Verwaltungs- und Kontrollsystemen beruht, unterteilt der Rechnungshof seine Prüfungspopulation der zugrunde liegenden Vorgänge in Ausgaben, die mit einem hohen Risiko, und Ausgaben, die mit einem geringen Risiko verbunden sind, um seine repräsentative Stichprobe auszuwählen. Der Rechnungshof verwendet diese Klassifizierung auch in der Berichterstattungsphase, um anhand seiner Prüfungsergebnisse den Anteil seiner Prüfungspopulation zu ermitteln, der mit einer wesentlichen Fehlerquote behaftet ist. ***Abbildung 1.16*** zeigt, wie die jährliche Risikoanalyse auf den Prüfungsergebnissen der Vorjahre aufbaut.

## Abbildung 1.16 – Jährlicher Prüfungsprozess hinsichtlich der Ausgaben




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

13) Der Rechnungshof bestimmt zunächst den Gesamtumfang seiner Stichprobe von Vorgängen für alle EU-Ausgaben auf der Grundlage seiner Einteilung der Prüfungspopulation in mit einem geringen Risiko verbundene Ausgaben (hauptsächlich anspruchsbasierte Ausgaben) und mit einem hohen Risiko verbundene Ausgaben (hauptsächlich erstattungsbasierte Ausgaben) sowie auf der Grundlage seiner Annahmen in Bezug auf die geschätzte Fehlerquote und die Standardabweichung. Die Hauptgründe für die Wahl dieses Ansatzes bestehen darin, dass der Rechnungshof anstrebt, seine Prüfungsarbeit dadurch wirksamer zu gestalten, dass er sich stärker auf Bereiche mit hohem Risiko konzentriert, und eine ausreichende Grundlage zu erhalten, um schlussfolgern zu können, ob die wesentliche Fehlerquote, die er bei seiner Arbeit festgestellt hat, umfassend ist (siehe Punkte ***(38)***–***(39)***).

14) Der Rechnungshof betrachtet Teile der Prüfungspopulation als mit einem geringen Risiko behaftet (und somit als wahrscheinlich frei von einer wesentlichen Fehlerquote), wenn ihm – auf der Grundlage der in den Vorjahren durchgeführten aussagebezogenen Prüfungshandlungen und, soweit vorhanden, der aus dem Vorhandensein und dem Betrieb von Kontrollsystemen abgeleiteten Prüfungssicherheit – ausreichende Nachweise dafür vorliegen, dass die geschätzte Fehlerquote unter der Wesentlichkeitsschwelle liegt. Er betrachtet Ausgaben als mit einem hohen Risiko behaftet (und somit als wahrscheinlich mit einer wesentlichen Fehlerquote behaftet), wenn die Ergebnisse seiner Arbeit früherer Jahre darauf hindeuten, dass die geschätzte Fehlerquote über der Wesentlichkeitsschwelle liegt und/oder die bisher erlangten Prüfungsnachweise keine anderweitige Schlussfolgerung zulassen.

15) Um die jeweilige Stichprobengröße für die einzelnen MFR-Rubriken zu bestimmen, berücksichtigt der Rechnungshof den entsprechenden akzeptierten Ausgabenbetrag, seine Einteilung der Prüfungspopulation in mit einem geringen Risiko verbundene und mit einem hohen Risiko verbundene Ausgaben sowie die Frage, ob der Rechnungshof eine spezifische Beurteilung vorlegt oder nicht. Zu diesem Zweck verwendet der Rechnungshof ein Assurance-Modell (Modell zur Erlangung der Prüfungssicherheit), das auf seiner kombinierten Risikobewertung des inhärenten und des Kontrollrisikos aufbaut und die Prüfungssicherheit berücksichtigt, die aus den Verwaltungs- und Kontrollsystemen abgeleitet werden kann. In jeder MFR-Rubrik, zu der der Rechnungshof eine spezifische Beurteilung vorlegt (***Kapitel 5, 6, 7, 9*** und ***10***), untersucht er eine repräsentative Stichprobe von Vorgängen, was ihm ermöglicht, eine "geschätzte Fehlerquote" für die jeweilige Rubrik vorzulegen.

16) Er verwendet auch eine kombinierte Risikobewertung, um den Stichprobenumfang für Einnahmenvorgänge zu bestimmen.

17) Der Rechnungshof verwendet das geschichtete *Monetary-Unit-Sampling (MUS)*, um Anträge oder Zahlungen und – auf einer unteren Ebene – einzelne Elemente innerhalb von Vorgängen auszuwählen. Für jeden ausgewählten Vorgang untersucht er, wie der Antrag bzw. der Betrag der Zahlung berechnet wurde. Zu diesem Zweck verfolgt der Rechnungshof die Vorgänge von den Haushaltskonten bis zum Endempfänger (z. B. Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs, Veranstalter einer Schulungsmaßnahme oder Träger eines Entwicklungshilfeprojekts) und prüft auf jeder Ebene die Einhaltung der einschlägigen Bedingungen.

18) Dabei ermittelt der Rechnungshof, ob die beantragte bzw. geleistete Zahlung für den im Haushaltsplan bewilligten und in der Rechtsgrundlage vorgesehenen Zweck getätigt wurde und ob er mit den maßgebenden Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften im Einklang stand. Dazu gehören die Finanzvorschriften (AEUV, Haushaltsordnung), die grundlegenden Rechtsvorschriften für die betreffende Politik, das betreffende Programm oder die betreffende Tätigkeit, alle im Einklang mit diesen grundlegenden Rechtsvorschriften erlassenen Regelungen oder Bestimmungen und der vertragliche Rahmen. Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip werden viele Vorschriften auf nationaler Ebene festgelegt. Dazu gehören nicht nur Richtlinien zur Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht (z. B. Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge), sondern auch Förderkriterien für viele Programme mit geteilter Mittelverwaltung. Im Zuge seiner Bewertung trägt der Rechnungshof der Auslegung des EU-Rechts und des nationalen Rechts durch nationale Gerichte oder nationale unabhängige und maßgebliche Stellen sowie den Gerichtshof der Europäischen Union gebührend Rechnung.

19) Bei der Überprüfung von Einnahmenvorgängen (***Kapitel 4***) zieht der Rechnungshof als Ausgangspunkt für seine Untersuchung der auf dem Bruttonationaleinkommen, der Mehrwertsteuer und den nicht recycelten Verpackungsabfällen aus Kunststoff basierenden Eigenmittel die Statistiken und Daten heran, die als Grundlage für die Berechnung dieser Eigenmittel dienen. Im Bereich der traditionellen Eigenmittel untersucht der Rechnungshof die Übersichten über die Buchführung der Zollbehörden und den Abgabenfluss – auch hier bis zum Eingang der Beträge bei der Kommission und ihrer buchmäßigen Erfassung.

20) Der Rechnungshof untersucht die Ausgaben, wenn sie von Endempfängern von EU-Mitteln im Rahmen der Durchführung von Tätigkeiten getätigt und anschließend von der Kommission akzeptiert wurden ("*akzeptierte Ausgaben*"). Dies gilt für alle Arten von Zahlungen. In der Praxis bedeutet dies, dass die vom Rechnungshof angesetzte Prüfungspopulation der Vorgänge Zwischen- und Abschlusszahlungen abdeckt. Der Rechnungshof untersucht Vorfinanzierungszahlungen (Vorschüsse) nicht zu dem Zeitpunkt, an dem sie getätigt wurden, sondern

    a) sobald der Endempfänger der EU-Mittel (z. B. ein Landwirt, ein Forschungsinstitut oder ein mit der Erbringung öffentlich ausgeschriebener Bau- oder Dienstleistungen betrautes Unternehmen) Nachweise für deren Verwendung vorgelegt hat, d. h. sobald bei den finanzierten Tätigkeiten Fortschritte erzielt wurden und/oder Kosten angefallen sind, und

    b) sobald die Kommission (oder ein sonstiges Organ oder eine andere Einrichtung, das/die mit der Verwaltung von EU-Mitteln betraut ist) durch Abrechnung der Vorauszahlung die endgültige Mittelverwendung (die erzielten Fortschritte und/oder die angefallenen Kosten) akzeptiert hat. Beispielsweise besteht die Prüfungspopulation des Rechnungshofs für die MFR-Rubrik 2 "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" aus Ausgaben, die Gegenstand der von der Kommission jährlich angenommenen Rechnungslegung sind. Der Rechnungshof verfolgt den Ansatz, Vorgänge zu überprüfen, für die die Mitgliedstaaten gemäß den Rechtsvorschriften alle einschlägigen Maßnahmen zur Korrektur von Fehlern, die sie selbst festgestellt haben, umgesetzt haben sollten.

21) Seit 2017 umfasste der Prüfungsansatz des Rechnungshofs für die MFR-Rubrik 2 die Überprüfung und den Nachvollzug der Arbeit der nationalen Prüfbehörden und der Kommission. Der Rechnungshof stellte jedoch wiederkehrende Schwachstellen fest, die es ihm nicht ermöglichten, sich auf deren Arbeit zu stützen. Daher hat der Rechnungshof bezüglich dieser Rubrik für die Zeit ab 2025 seinen Ansatz für die Ziehung der Stichprobe von Vorgängen geändert. Seine Stichprobe wird nicht mehr aus den von den Prüfbehörden geprüften Vorgängen, sondern aus allen in der Jahresrechnung enthaltenen Vorgängen gezogen.

22) Die Prüfungsstichprobe des Rechnungshofs ist so angelegt, dass sie eine Schätzung der Fehlerquote für die Ausgaben insgesamt und nicht für einzelne Vorgänge (z. B. ein bestimmtes Projekt) liefert. Die für ausgewählte Kostenelemente vorgelegten Fehlerquoten sollten nicht als Schlussfolgerung zu den jeweiligen Vorgängen betrachtet werden. Vielmehr tragen sie direkt zur Gesamtfehlerquote für die EU-Ausgaben bei.

23) Der Rechnungshof untersucht in einem gegebenen Jahr nicht in allen Mitgliedstaaten, Empfängerstaaten und/oder begünstigten Regionen Vorgänge. Die namentliche Nennung von bestimmten Mitgliedstaaten und begünstigten Staaten und/oder Regionen bedeutet nicht, dass ähnlich gelagerte Beispielfälle nicht auch in anderen Ländern oder Regionen auftreten. Die in diesem Bericht zu Veranschaulichungszwecken angeführten Beispiele bilden keine Grundlage dafür, etwaige Schlussfolgerungen zu den im Einzelfall betroffenen Mitgliedstaaten und begünstigten Staaten oder Regionen zu ziehen.

24) Der Rechnungshof wägt ab, ob er die bereits von anderen Prüfern vorgenommenen Überprüfungen der Ordnungsmäßigkeit auf effiziente Weise nutzen kann. Möchte der Rechnungshof im Einklang mit internationalen Prüfungsnormen die Ergebnisse solcher Überprüfungen im Rahmen seiner Prüfungsarbeit verwerten, beurteilt er Unabhängigkeit und Fachkompetenz dieser anderen Prüfer sowie Umfang und Eignung ihrer Prüfungsarbeit.

25) Für den Teil der Prüfungspopulation des Rechnungshofs, der die Agenturen und Gemeinsamen Unternehmen der EU betrifft, nutzt der Rechnungshof die Ergebnisse, zu denen er bei seiner Prüfungsarbeit zur Erstellung der jeweiligen besonderen Jahresberichte zu diesen Agenturen[27] und Unternehmen[28] gelangt.

**Bewertung der Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen**

26) Der Rechnungshof ist der Auffassung, dass Fehler auftreten, wenn Mittel nicht im Einklang mit den einschlägigen EU-Rechtsvorschriften oder spezifischen nationalen Vorschriften verwendet werden. Ein Fehler kann den gesamten mit einem einzelnen Vorgang verbundenen Betrag betreffen oder einen Teil davon.

27) Der Rechnungshof analysiert, ob die einzelnen Fehler quantifizierbar oder nicht quantifizierbar sind, d. h., ob sich messen lässt, inwieweit der geprüfte Betrag fehlerbehaftet war. Ein "quantifizierbarer Fehler" ist ein Mittelbetrag, der nicht aus dem EU-Haushalt hätte gezahlt werden dürfen.

[27] Jahresbericht 2024 über die Agenturen der EU.

[28] Jahresbericht 2024 über die Gemeinsamen Unternehmen der EU.

28) Der Rechnungshof ermittelt die Gesamtauswirkung der Fehler unter Berücksichtigung sowohl qualitativer als auch quantitativer Aspekte. Bei der qualitativen Bewertung werden die Bedeutung der Vorschriften, gegen die verstoßen wurde, die Schwere des Tatbestands und die tatsächlichen oder potenziellen Folgen berücksichtigt. Die quantitative Bewertung beruht auf quantifizierbaren Fehlern, die durch die Untersuchung einer Stichprobe von Vorgängen ermittelt wurden und die der Rechnungshof hochrechnet, um eine statistische Schätzung – die geschätzte Fehlerquote – vorzulegen. Darüber hinaus berechnet er ein 95 %iges Konfidenzintervall für die Fehlerquote in der Prüfungspopulation. Dies ist eine Spanne, innerhalb derer – wie der Rechnungshof mit 95 %iger Sicherheit angibt – die Fehlerquote der Prüfungspopulation liegt (d. h. zwischen der unteren Fehlergrenze und der oberen Fehlergrenze).

29) Vor den Überprüfungen des Rechnungshofs und unabhängig davon aufgedeckte und berichtigte Fehler werden bei der Berechnung der Fehlerquote nicht berücksichtigt, da ihre Aufdeckung und Berichtigung zeigen, dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktioniert haben.

30) Seit 2025 hat der Rechnungshof seine Methodik zur Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an die Methode angeglichen, die die Kommission in Politikbereichen mit geteilter Mittelverwaltung anwendet[29].

31) Für diejenigen MFR-Rubriken, zu denen der Rechnungshof eine spezifische Beurteilung vorlegt, sowie für die Einnahmen und den Gesamthaushalt der EU legt der Rechnungshof eine "geschätzte Fehlerquote" vor; diese trägt lediglich quantifizierbaren Fehlern Rechnung und wird als Prozentsatz ausgedrückt. Beispiele für quantifizierbare Fehler sind nicht förderfähige Kosten und Projekte, Verstöße gegen Auftragsbedingungen bzw. Bedingungen für die Gewährung von Finanzhilfen, Verstöße gegen die Vergabevorschriften oder gegen die Vorschriften über staatliche Beihilfen sowie das Fehlen wesentlicher Belege.

[29] Beschluss C(2019) 3452, der einen Anhang zur Festlegung der Leitlinien für die Festsetzung von Finanzkorrekturen umfasst, die bei Verstößen gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge auf von der EU finanzierte Ausgaben anzuwenden sind.

32) Der Ansatz des Rechnungshofs ist nicht darauf ausgelegt, Daten zur Fehlerhäufigkeit innerhalb der gesamten Prüfungspopulation zu erlangen. Infolgedessen sind die Angaben zur Anzahl der Fehler, die in einer MFR-Rubrik, in von einer Generaldirektion verwalteten Ausgaben oder in den Ausgaben eines bestimmten Mitgliedstaats festgestellt werden, kein Indiz für die Häufigkeit des Auftretens von Fehlern in EU-finanzierten Vorgängen oder in einzelnen Mitgliedstaaten.

**TEIL 3 – Prüfungshandlungen mit Bezug zur Betrugsbekämpfung**

33) Der Rechnungshof identifiziert und beurteilt die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen in der konsolidierten Jahresrechnung sowie wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften bei den zugrunde liegenden Vorgängen.

34) Er plant und führt Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangt Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für sein Prüfungsurteil zu dienen. Fälle von wesentlichen falschen Darstellungen oder Verstößen gegen Rechtsvorschriften, die aus Betrug resultieren, sind schwerer aufzudecken als Fälle, die aus Fehlern resultieren, da Betrug kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten kann. Daher ist das Risiko, dass solche Fälle nicht aufgedeckt werden, höher.

35) Hat der Rechnungshof Anlass zu der Annahme, dass eine Betrugshandlung vorliegt, leitet er die Angelegenheit je nach Zuständigkeit an die EUStA und das OLAF weiter.

**TEIL 4 – Zuverlässigkeitserklärung – Bildung eines Prüfungsurteils**

36) Der Rechnungshof stützt sein Prüfungsurteil auf ausreichende und angemessene Prüfungsnachweise, die er durch eine Untersuchung von Verwaltungs- und Kontrollsystemen und durch die Prüfung von Vorgängen erlangt.

37) Auf der Grundlage seiner Prüfungsarbeit bildet er sich ein fundiertes Urteil darüber, ob die Fehler in der Prüfungspopulation oberhalb oder unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle liegen. Für sein Prüfungsurteil setzt der Rechnungshof eine Wesentlichkeitsschwelle von 2,0 % an. Er berücksichtigt außerdem Art, Betrag und Kontext der Fehler sowie sonstige verfügbare Informationen (siehe Punkt ***(28)***).

38) Wenn der Rechnungshof eine wesentliche Fehlerquote feststellt und die Auswirkungen auf das Prüfungsurteil abwägt, muss er bestimmen, ob die Fehler in der Prüfungspopulation "umfassend" sind[30]. Sind Fehler sowohl wesentlich als auch umfassend, gibt der Rechnungshof ein versagtes Prüfungsurteil ab.

39) Fehler und/oder mangelnde Prüfungsnachweise sind "umfassend", wenn sie nach Beurteilung des Prüfers nicht auf spezifische Bestandteile, Konten oder Posten des Abschlusses beschränkt sind (d. h., sie sind über den gesamten Abschluss oder die geprüften Vorgänge verteilt). Selbst bei derartiger Beschränkung sind sie auch dann umfassend, wenn sie einen erheblichen Teil des Abschlusses betreffen oder betreffen könnten oder sich auf Angaben beziehen, die für das Verständnis des Abschlusses durch die Nutzer grundlegend sind.

**TEIL 5 – Verbindung zwischen dem Prüfungsurteil zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung und dem Prüfungsurteil zur Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge**

40) Internationalen Prüfungsnormen[31] zufolge sollen in Fällen, in denen Prüfer Prüfungsurteile sowohl zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung als auch zur Ordnungsmäßigkeit der dieser Rechnungsführung zugrunde liegenden Vorgänge abgeben, die beiden Prüfungsurteile klar voneinander getrennt werden. Folglich zieht ein modifiziertes Prüfungsurteil zur Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge als solches nicht zwangsläufig ein modifiziertes Prüfungsurteil zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung nach sich.

---

[30] International Standard on Auditing (ISA) 705 (Revised), Modifizierungen des Prüfungsurteils im Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.

[31] ISSAI 4000, Textziffer 16.

# Kapitel 2

## Haushaltsführung und Finanzmanagement

# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | 2.1. |
| **Haushaltsführung im Jahr 2025** | 2.2. - 2.29. |
| **Aufgrund von NGEU überstiegen im Jahr 2025 die Zahlungen die Mittelbindungen** | 2.2. - 2.9. |
| Die jährlichen Mittel für Verpflichtungen aus dem EU-Haushalt wurden 2025 fast vollständig in Anspruch genommen | 2.5. - 2.6. |
| Die geleisteten Zahlungen entsprachen der ursprünglichen Planung und lagen unter der MFR-Obergrenze | 2.7. - 2.8. |
| Bei den meisten Rubriken sind die Zahlungsprofile im Zeitverlauf relativ stabil | 2.9. |
| **Ausschöpfung bei den Fonds mit geteilter Mittelverwaltung: Der MFR 2014–2020 wird abgeschlossen, während der MFR 2021–2027 von einem niedrigen Ausgangsniveau aus Fahrt aufnimmt** | 2.10. - 2.18. |
| Die Mittelausschöpfung 2014–2020 erreichte bei den ESI-Fonds 98,6 %; bei 26 Mitgliedstaaten lag sie bei über 95 % | 2.10. - 2.12. |
| Die Ausschöpfung bei den unter die Dachverordnung fallenden Fonds mit geteilter Mittelverwaltung des Zeitraums 2021–2027 nimmt an Fahrt auf, ist aber nach wie vor niedriger als im vorangegangenen MFR | 2.13. - 2.17. |
| Die ELER-Zahlungen im Rahmen der neuen GAP haben im Jahr 2025 erheblich an Fahrt aufgenommen | 2.18. |
| **Die ARF-Finanzhilfezahlungen sind 2025 deutlich niedriger ausgefallen als erwartet** | 2.19. - 2.24. |
| **Die noch abzuwickelnden Mittelbindungen sind rückläufig, aber immer noch erheblich** | 2.25. - 2.29. |

## Finanzmanagement im Jahr 2025 2.30. - 2.68.

### Der Wert der ausstehenden EU-Anleihen ist im Jahr 2025 um mehr als 20 % gestiegen 2.30. - 2.47.

Die Inanspruchnahme von NGEU ist niedriger als erwartet 2.37. - 2.41.

Die voraussichtlichen NGEU-Anleihekosten für den laufenden MFR sind nach wie vor doppelt so hoch wie ursprünglich veranschlagt 2.42. - 2.44.

Verzögerte Auszahlungen haben zu höheren Barmittelbeständen geführt 2.45. - 2.47.

### Während des Angriffskriegs Russlands wurde die Ukraine weiter aus dem EU-Haushalt unterstützt 2.48. - 2.54.

### Die Exposition des EU-Haushalts nimmt weiter zu 2.55. - 2.68.

Der Handlungsspielraum des EU-Haushalts bietet eine Garantie für die Mittelaufnahme 2.60. - 2.65.

Die kumulierte finanzielle Wertentwicklung des gemeinsamen Dotierungsfonds ist wie im Jahr 2024 positiv 2.66. - 2.68.

## Schlussfolgerungen und Empfehlungen 2.69. - 2.76.

### Schlussfolgerungen 2.69. - 2.74.

### Empfehlungen 2.75. - 2.76.

# Einleitung

**2.1.** In diesem Kapitel widmet sich der Rechnungshof den wichtigsten Fragen der Haushaltsführung und des Finanzmanagements im Zusammenhang mit dem EU-Haushalt 2025 und den zusätzlichen Finanzmitteln der EU. Dies umfasst auch die Berichterstattung über Risiken sowie Herausforderungen, mit denen die EU in künftigen Jahren konfrontiert sein könnte. Zur Abfassung dieses Kapitels stützte sich der Rechnungshof auf seine Analyse des EU-Haushaltsvollzugs sowie auf die Auswertung von Dokumenten, die von der Kommission und anderen Interessenträgern veröffentlicht wurden. Außerdem berücksichtigte er die mit seinen Sonderberichten und Stellungnahmen zusammenhängende Prüfungstätigkeit.

# Haushaltsführung im Jahr 2025

## Aufgrund von NGEU überstiegen im Jahr 2025 die Zahlungen die Mittelbindungen

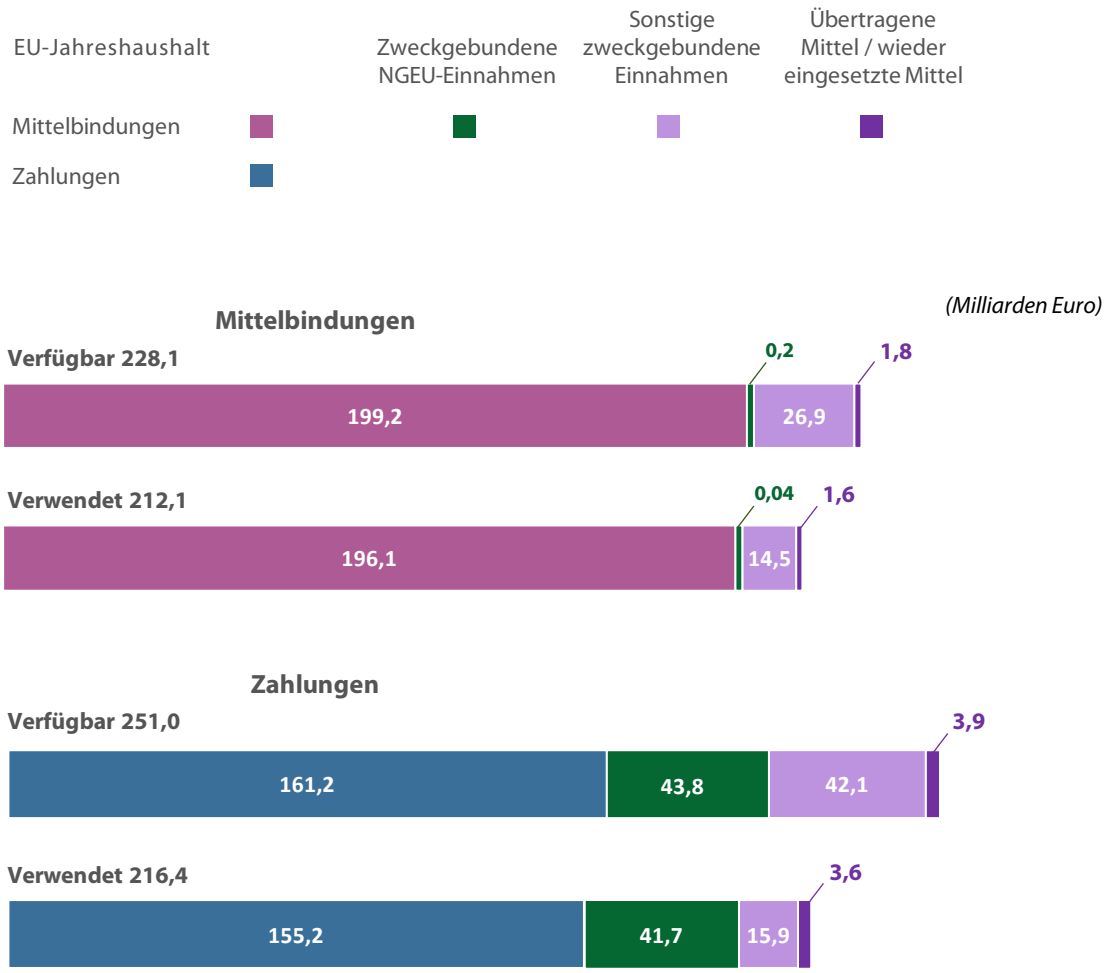
**2.2.** In diesem Abschnitt analysiert der Rechnungshof den EU-Haushaltsvollzug im Jahr 2025. Es handelte sich um das fünfte Jahr der Umsetzung sowohl des *MFR* 2021–2027 als auch von *NGEU*.

**2.3.** Seit 2023 bezieht der Rechnungshof alle Arten von Mitteln für Verpflichtungen und Mitteln für Zahlungen (jährliche Haushaltsmittel, *übertragene Mittel* und wieder eingesetzte Beträge, zweckgebundene Einnahmen im Rahmen von NGEU und sonstige Arten zweckgebundener Einnahmen) in seine Analyse ein. Darlehen sind außerbudgetäre Posten und werden daher nicht berücksichtigt.

**2.4.** ***Abbildung 2.1*** zeigt die im Jahr 2025 insgesamt verfügbaren und verwendeten Mittel der EU aufgegliedert in Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen. Auf den jährlichen EU-Haushalt entfallen 87,3 % der insgesamt verfügbaren Mittel für Verpflichtungen und 64,2 % der insgesamt verfügbaren Mittel für Zahlungen. Zweckgebundene NGEU-Einnahmen, sonstige zweckgebundene Einnahmen sowie übertragene Mittel und wieder eingesetzte Beträge machen den übrigen Teil aus. Seit 2024 sind Mittelbindungen aus den zweckgebundenen NGEU-Einnahmen auf die Verwaltungsausgaben der Kommission beschränkt[1].

[1] Artikel 12 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/241.

## Abbildung 2.1 – Im Jahr 2025 verfügbare und verwendete Mittel insgesamt, einschließlich NGEU-Finanzhilfen




*Hinweis:* Von den im Jahr 2025 im Rahmen von NGEU verwendeten Mitteln für Zahlungen in Höhe von 41,7 Milliarden Euro wurden 33,2 Milliarden Euro zur Finanzierung von ARF-Finanzhilfen und 8,5 Milliarden Euro zur Finanzierung von Aufstockungen bestehender Programme genutzt.

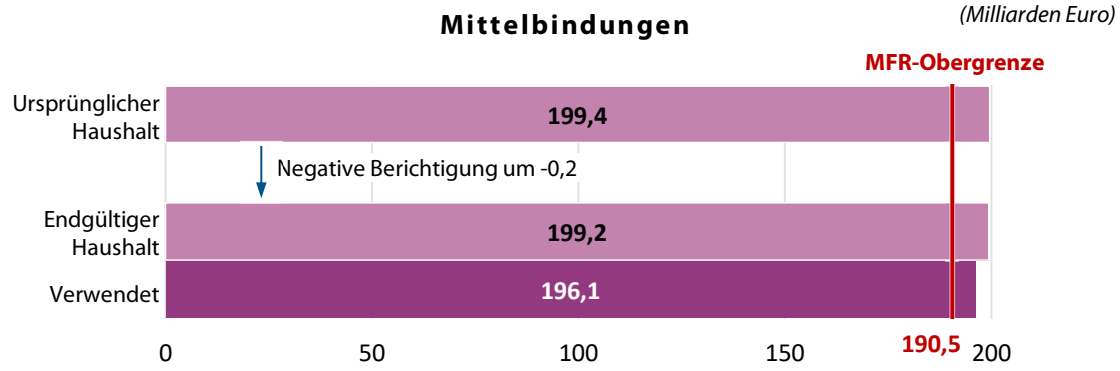
*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

## Die jährlichen Mittel für Verpflichtungen aus dem EU-Haushalt wurden 2025 fast vollständig in Anspruch genommen

**2.5.** Die Haushaltsbehörde genehmigte einen ursprünglichen EU-Haushaltsplan 2025 mit Mitteln für Verpflichtungen in Höhe von 199,4 Milliarden Euro (siehe ***Abbildung 2.2***). Berichtigungshaushaltspläne führten zu einer Senkung der Mittel für Verpflichtungen um 0,2 Milliarden Euro auf 199,2 Milliarden Euro, was weiterhin über der MFR-Obergrenze von 190,5 Milliarden Euro liegt. Dies wurde durch die *besonderen Instrumente* des MFR ermöglicht. Mit diesen Instrumenten werden über die Obergrenzen des MFR hinaus zusätzliche Mittel für neue oder unvorhergesehene Ereignisse bereitgestellt.

**2.6.** Die im Rahmen des endgültigen Haushaltsplans 2025 verwendeten Mittelbindungen beliefen sich auf insgesamt 196,1 Milliarden Euro, was 98,4 % des verfügbaren Betrags entsprach. Die ungenutzten Mittel für Verpflichtungen beliefen sich auf 3,1 Milliarden Euro und entfielen hauptsächlich auf den *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)* (0,8 Milliarden Euro), das *Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI)* (0,6 Milliarden Euro) und den *Kohäsionsfonds (KF)* (0,3 Milliarden Euro). Von den nicht verwendeten Mitteln wurden 1,9 Milliarden Euro auf 2026 übertragen, davon 0,6 Milliarden Euro für das NDICI und 1,0 Milliarden Euro für die *Europäische Solidaritätsreserve*. Die übrigen ungenutzten Mittel in Höhe von 1,2 Milliarden Euro verfielen. Bei 1,1 Milliarden Euro davon handelte es sich um Mittel für Verpflichtungen, die infolge der Aktivierung der Konditionalitätsregelung für Ungarn ausgesetzt wurden[2].

### Abbildung 2.2 – Ausführung der Mittelbindungen im Rahmen des EU-Haushaltsplans 2025




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

[2] Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2506 des Rates.

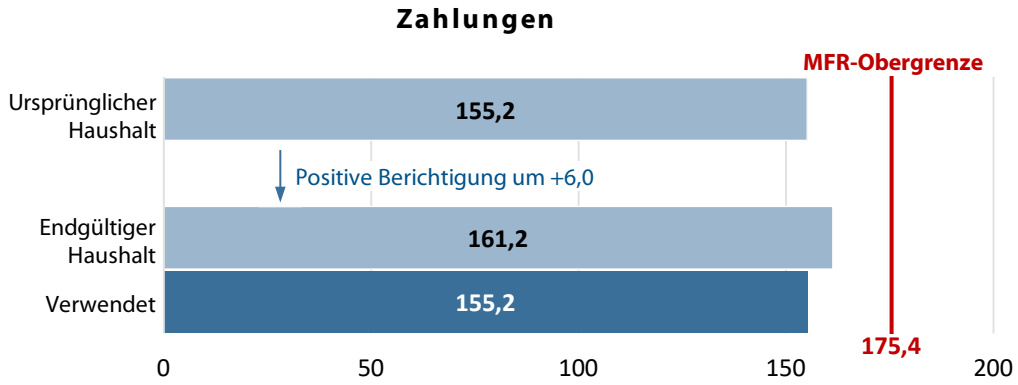
## Die geleisteten Zahlungen entsprachen der ursprünglichen Planung und lagen unter der MFR-Obergrenze

**2.7.** Die Haushaltsbehörde genehmigte einen ursprünglichen EU-Haushaltsplan 2025 mit Mitteln für Zahlungen in Höhe von 155,2 Milliarden Euro (siehe ***Abbildung 2.3***). Die Mittel für Zahlungen wurden im Wege von Berichtigungshaushaltsplänen um 6,0 Milliarden auf insgesamt 161,2 Milliarden Euro im endgültigen Haushalt erhöht.

**2.8.** Die im Rahmen des endgültigen Haushaltsplans geleisteten Zahlungen beliefen sich auf insgesamt 155,2 Milliarden Euro, was 96,3 % des verfügbaren Betrags entspricht. Von den ungenutzten Mitteln in Höhe von 6,0 Milliarden Euro wurden 5,9 Milliarden Euro auf 2026 übertragen. Davon waren 1,9 Milliarden Euro für NGEU-Anleihekosten, 1,1 Milliarden Euro für die Ukraine-Fazilität und 1,0 Milliarden Euro für die Europäische Solidaritätsreserve bestimmt. Ungenutzte Mittel in Höhe von 0,1 Milliarden Euro verfielen.

### Abbildung 2.3 – Ausführung der Zahlungen im Rahmen des EU-Haushaltsplans 2025

*(Milliarden Euro)*

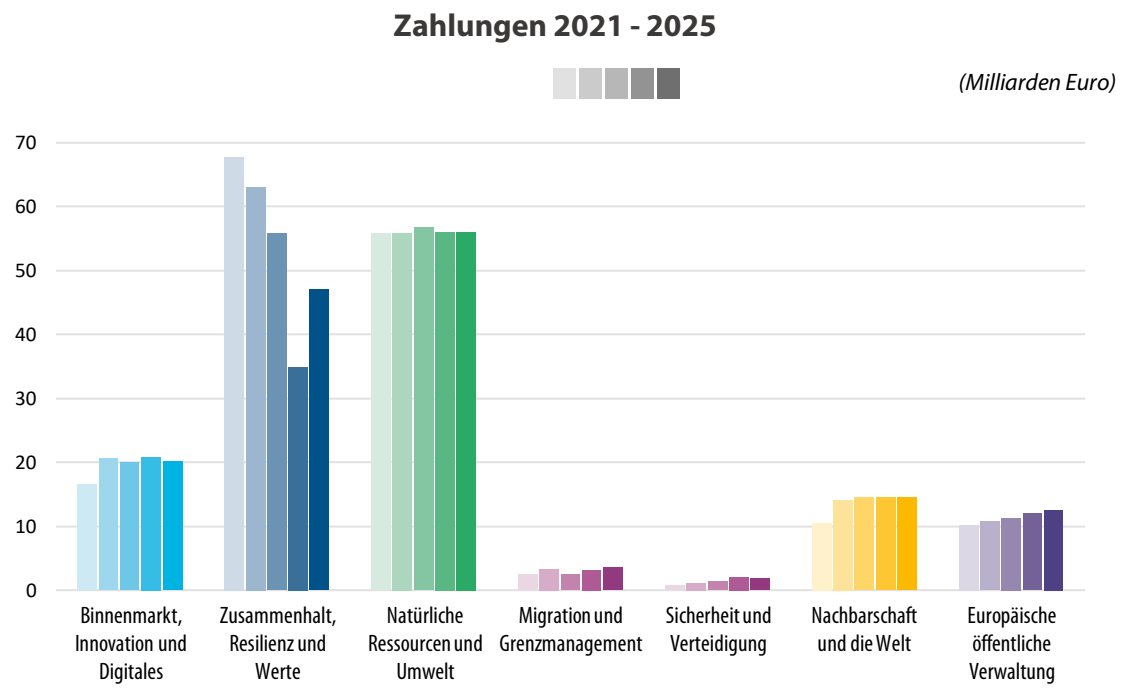



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

## Bei den meisten Rubriken sind die Zahlungsprofile im Zeitverlauf relativ stabil

**2.9.** ***Abbildung 2.4*** sind die jährlichen Zahlungen (ohne zweckgebundene Einnahmen) zu entnehmen, die seit 2021 unter den einzelnen MFR-Rubriken geleistet wurden. Die Abbildung enthält einen mehrjährigen Überblick über die Ausführung des aktuellen MFR. Die Zahlungsprofile für die meisten Rubriken sind im Laufe der Zeit relativ stabil und spiegeln fortlaufende und vorhersehbare Ausführungsmuster während des MFR-Zeitraums wider. Der Übergang zwischen den Programmplanungszeiträumen macht sich bei den Zahlungen unter der Rubrik 2 "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" jedoch stärker bemerkbar. Die höheren Zahlungen in den ersten Jahren sind auf den Abschluss der Kohäsionsprogramme des MFR 2014–2020 zurückzuführen, während der anschließende Rückgang der Zahlungen und die darauf folgende Stabilisierung die schrittweise Durchführung der Programme im aktuellen MFR entsprechend dem mehrjährigen Zyklus der Kohäsionspolitik widerspiegeln (siehe auch ***Abbildung 2.9***).

### Abbildung 2.4 – Jährliche Mittel für Zahlungen nach Rubrik, 2021 bis 2025




*Hinweis:* Zweckgebundene Einnahmen sind nicht erfasst.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnungen der Europäischen Union 2021–2025.

## Ausschöpfung bei den Fonds mit geteilter Mittelverwaltung: Der MFR 2014–2020 wird abgeschlossen, während der MFR 2021–2027 von einem niedrigen Ausgangsniveau aus Fahrt aufnimmt

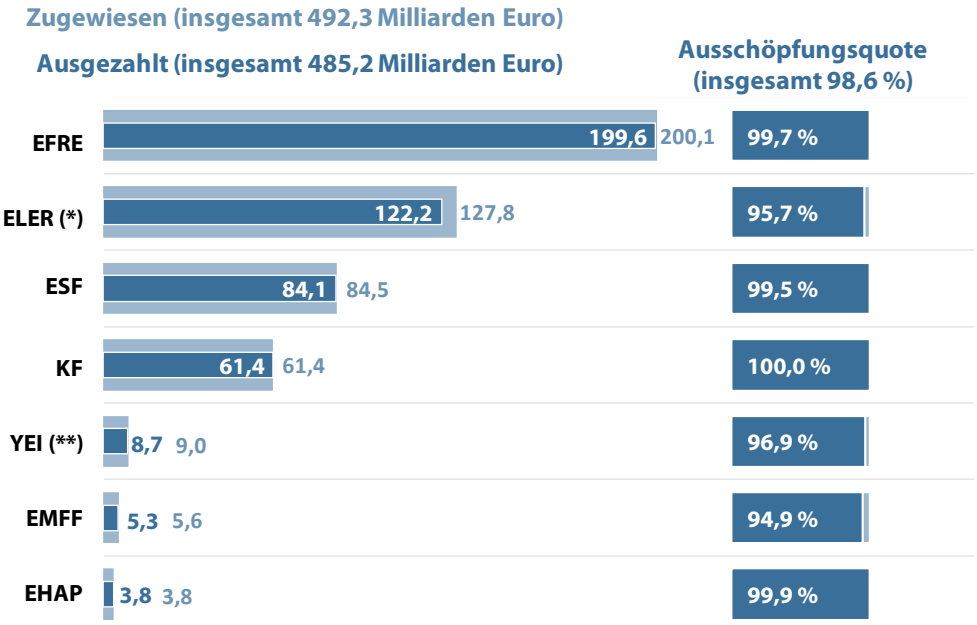
### Die Mittelausschöpfung 2014–2020 erreichte bei den ESI-Fonds 98,6 %; bei 26 Mitgliedstaaten lag sie bei über 95 %

**2.10.** Die *Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds)* werden von der Kommission und den Mitgliedstaaten gemeinsam verwaltet. Die Daten werden auf einer offenen Datenplattform gemeldet. Zum Jahresende 2025 belief sich der Gesamtbetrag der Zahlungen für die ESI-Fonds 2014–2020 auf 485,2 Milliarden Euro bzw. 98,6 % der insgesamt verfügbaren Mittel (492,3 Milliarden Euro). Im Jahr 2025 beliefen sich die Zahlungen auf 7,4 Milliarden Euro.

**2.11.** In ***Abbildung 2.5*** sind die kumulativen Ausschöpfungsquoten für die einzelnen ESI-Fonds – ohne NGEU-Mittel – dargestellt (Stand: Ende 2025). Die Ausschöpfungsquote drückt – als Prozentsatz – das Verhältnis zwischen den aus dem EU-Haushalt für die gemeldeten Ausgaben an die Mitgliedstaaten geleisteten *Vorschuss-* und *Zwischenzahlungen* und den für einen bestimmten Zeitraum zugewiesenen Gesamtbeträgen aus. Die vom Rechnungshof angegebenen Ausschöpfungsquoten spiegeln nicht den vollen Fortschritt der Projektdurchführung wider, da die Beträge, die die *Begünstigten* bereits erhalten haben, über den von den Mitgliedstaaten geltend gemachten Ausgaben liegen können.

## Abbildung 2.5 – Ausschöpfung der ESI-Fonds-Mittel 2014–2020 (ohne NGEU-Mittel) (Stand: Ende 2025)

*(Milliarden Euro)*




**EFRE:** Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
**ELER:** Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
**ESF:** Europäischer Sozialfonds
**KF:** Kohäsionsfonds
**YEI:** Beschäftigungsinitiative für junge Menschen
**EMFF:** Europäischer Meeres- und Fischereifonds
**EHAP:** Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen

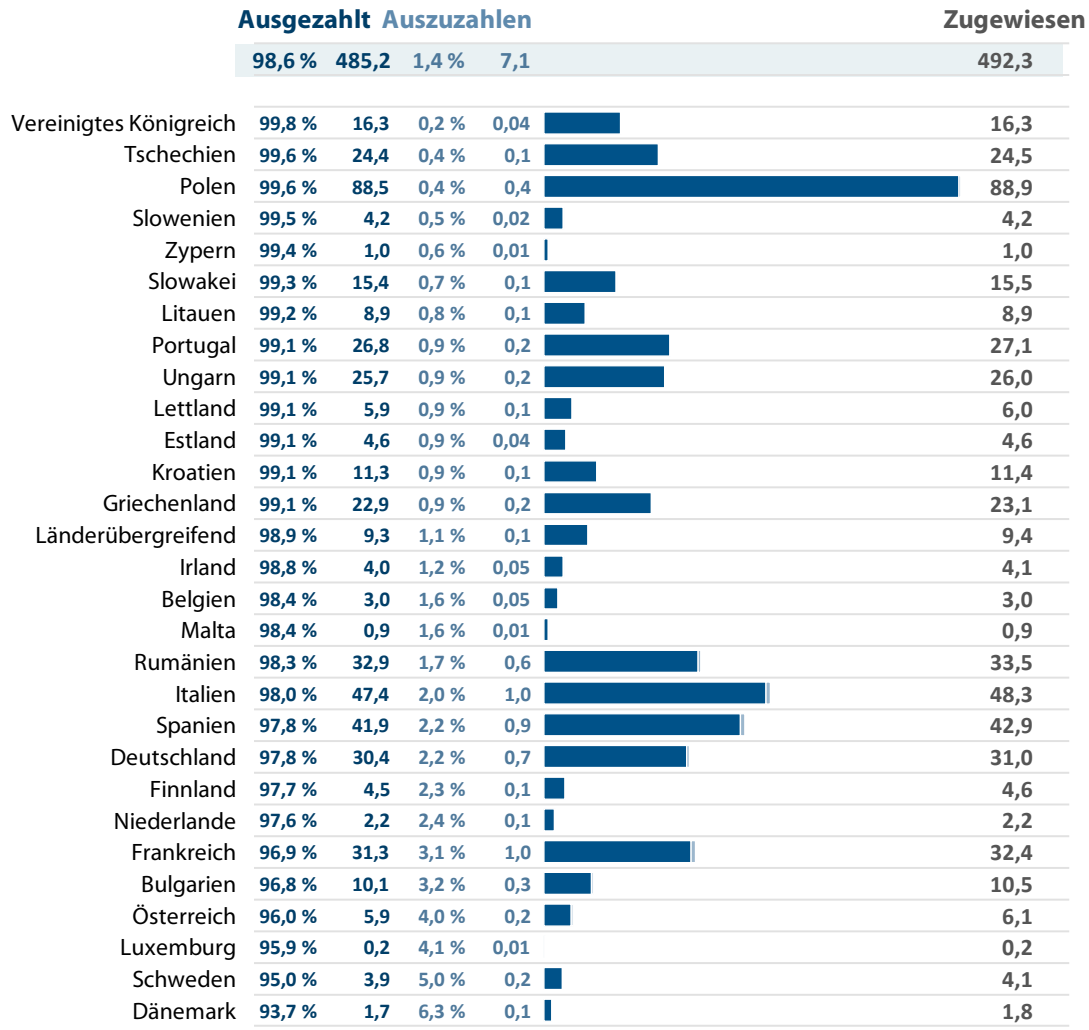
(*) Beim ELER sind zusätzliche Mittelzuweisungen für 2021 und 2022 in Höhe von 28 Milliarden Euro aus dem MFR 2021–2027 berücksichtigt.
(**) Bei der YEI sind besondere Zuweisungen aus dem ESF berücksichtigt.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der offenen Datenplattform der Kommission (Stand: 19. Januar 2026) und sonstiger Daten der Kommission.

**2.12.** Weitere Fortschritte bei den ESI-Fonds-Zahlungen im Jahr 2025 hatten zur Folge, dass 26 Mitgliedstaaten bis Ende 2025 über 95 % der ihnen zugewiesenen ESI-Fonds-Mittel ausschöpften (siehe ***Abbildung 2.6***).

## Abbildung 2.6 – Ausschöpfungsquote der ESI-Fonds-Mittel 2014–2020 (ohne NGEU-Mittel) (Stand: Ende 2025)

*(Milliarden Euro)*




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der offenen Datenplattform der Kommission (Stand: 19. Januar 2026).

## Die Ausschöpfung bei den unter die Dachverordnung fallenden Fonds mit geteilter Mittelverwaltung des Zeitraums 2021–2027 nimmt an Fahrt auf, ist aber nach wie vor niedriger als im vorangegangenen MFR

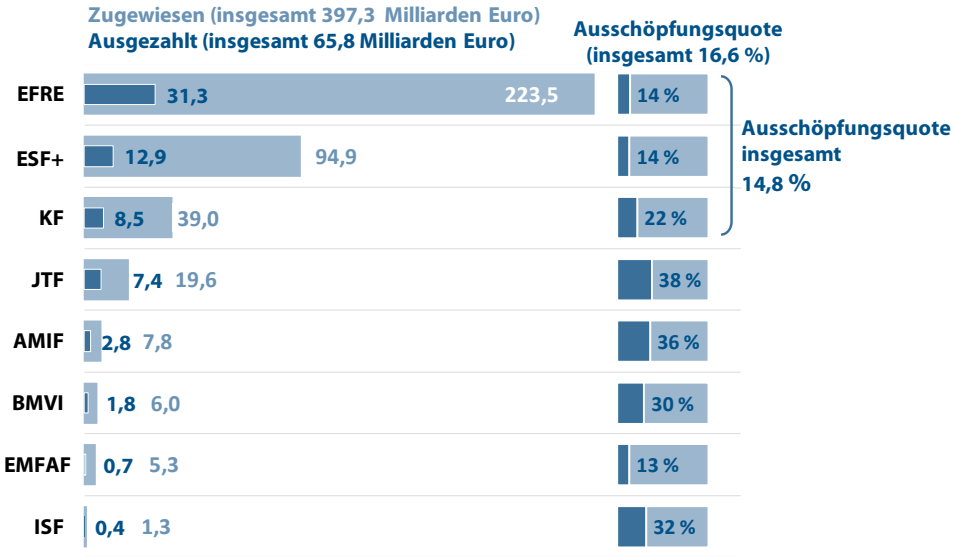
**2.13.** Im Jahr 2025 beliefen sich die jährlichen Zahlungen für die der *Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen* (Dachverordnung)[3] unterliegenden Fonds mit geteilter Mittelverwaltung auf 36,8 Milliarden Euro (2024: 14,7 Milliarden Euro). Ende 2025[4] beliefen sich die Zahlungen insgesamt auf 65,8 Milliarden Euro. Davon entfielen 23,2 Milliarden Euro auf Vorfinanzierungszahlungen und 42,6 Milliarden Euro auf Zwischenzahlungen. Die Gesamtzahlungen machten 16,6 % des Betrags aus, der diesen der Dachverordnung unterliegenden Fonds im Rahmen des MFR 2021–2027 zugewiesen wurde (2024: 7 %), siehe ***Abbildung 2.7***. Die vom Rechnungshof angegebenen Ausschöpfungsquoten spiegeln nicht den vollen Fortschritt der Projektdurchführung wider, da die Beträge, die die Begünstigten bereits erhalten haben, über den von den Mitgliedstaaten geltend gemachten Ausgaben liegen können.

[3] Verordnung (EU) 2021/1060.

[4] Offene Datenplattform der Kommission (Stand: 19. Januar 2026).

## Abbildung 2.7 – Ausschöpfung bei den der Dachverordnung unterliegenden Fonds mit geteilter Mittelverwaltung des Zeitraums 2021–2027 (Stand: Ende 2025)

*(Milliarden Euro)*




**EFRE:** Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
**ESF+:** Europäischer Sozialfonds Plus
**KF:** Kohäsionsfond
**JTF:** Fonds für einen gerechten Übergang
**AMIF:** Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds
**BMVI:** Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik
**EMFAF:** Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds
**ISF:** Fonds für die innere Sicherheit

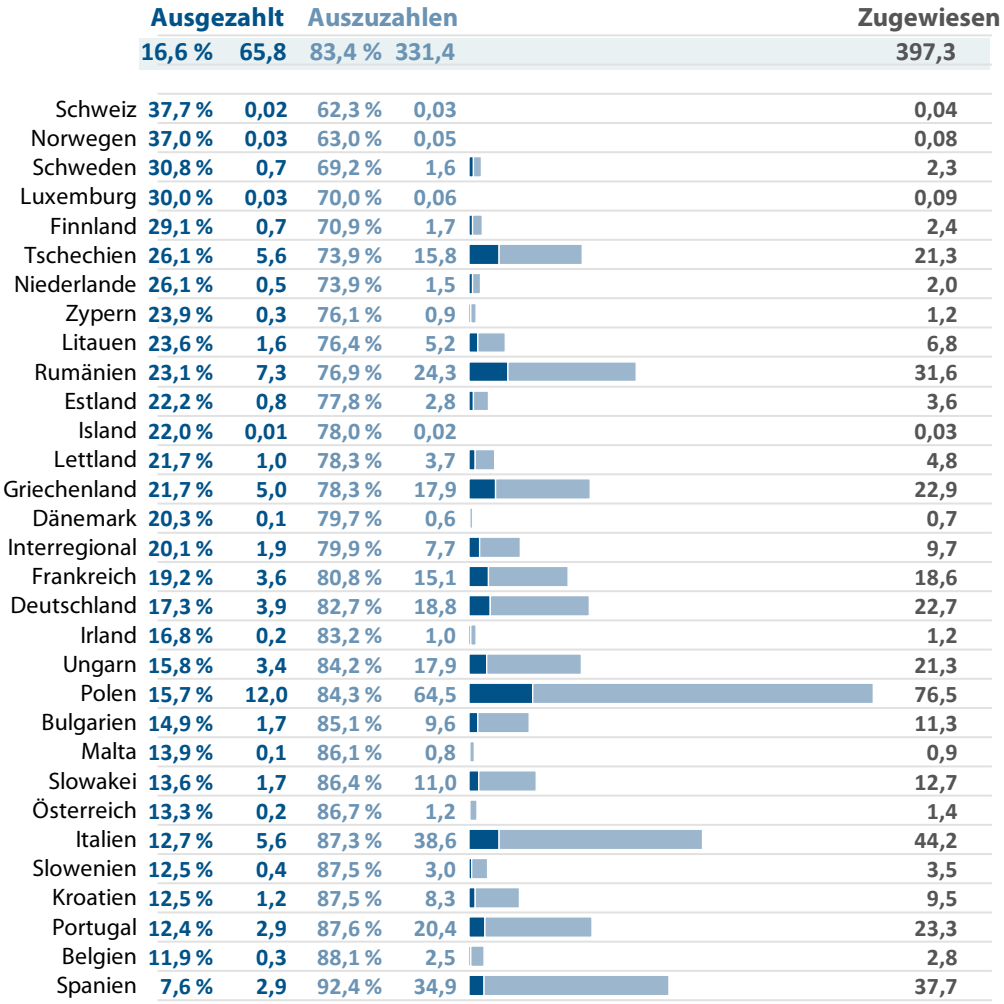
*Hinweis:* In den Beträgen für den JTF sind die Zahlen betreffend NGEU erfasst.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der offenen Datenplattform der Kommission (Stand: 19. Januar 2026).

**2.14.** ***Abbildung 2.8*** sind die Ausschöpfungsquoten der einzelnen Empfänger zu entnehmen.

## Abbildung 2.8 – Ausschöpfungsquoten der der Dachverordnung unterliegenden Fonds mit geteilter Mittelverwaltung des Zeitraums 2021–2027 (Stand: Ende 2025)

*(Milliarden Euro)*




*Hinweis:* Die Beträge für Nicht-EU-Länder (Schweiz, Norwegen und Island) stehen im Zusammenhang mit dem Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (BMVI). Der Nicht-EU-Ländern zugewiesene Gesamtbetrag beläuft sich auf 0,15 Milliarden Euro.
Im Falle Ungarns spiegelt der "auszuzahlende" Betrag die zum Zeitpunkt der Datenextraktion verfügbaren Informationen wider und berücksichtigt Mittelbindungen, die im Zusammenhang mit der Konditionalitätsregelung aufgehoben wurden, nicht vollständig.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der offenen Datenplattform der Kommission (Stand: 19. Januar 2026).

**2.15.** Im Jahr 2022 ergriff der Rat Maßnahmen, um den EU-Haushalt vor Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn zu schützen[5]. Dies hatte zur Folge, dass für dieses Land kohäsionspolitische Mittel in Höhe von 6,4 Milliarden Euro ausgesetzt wurden. Im Zuge der von der Kommission in den Jahren 2023[6], 2024[7] und 2025[8] vorgenommenen Neubewertungen wurden die Gründe für die Aussetzung bestätigt. Gemäß den einschlägigen Vorschriften[9] verfielen die ausgesetzten Mittelbindungen aus dem Jahr 2022 (1,0 Milliarden Euro) Ende 2024 und die ausgesetzten Mittelbindungen aus dem Jahr 2023 (1,1 Milliarden Euro) Ende 2025 endgültig. Diese Haushaltsmittel in der genannten Höhe gingen für Ungarn dauerhaft verloren.

**2.16.** Die Ausschöpfung bei den drei größten Fonds der Kohäsionspolitik (EFRE, KF und ESF+), auf die 90 % der Mittel der der Dachverordnung unterliegenden Fonds mit geteilter Mittelverwaltung des Zeitraums 2021–2027 entfallen, war nach wie vor geringer als im Zeitraum 2014–2020. Die Gesamtausschöpfungsquote dieser drei Fonds lag Ende 2025 bei 14,8 %. Zum Vergleich: Zum entsprechenden Zeitpunkt des vorangegangenen MFR (Ende 2018) waren es 24 % (siehe ***Abbildung 2.9***). Der Rechnungshof stellte einen hohen Betrag zum Jahresende noch abzuwickelnder Zahlungsanträge fest (siehe ***Kasten 2.1***).

---

5 Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2506 des Rates.

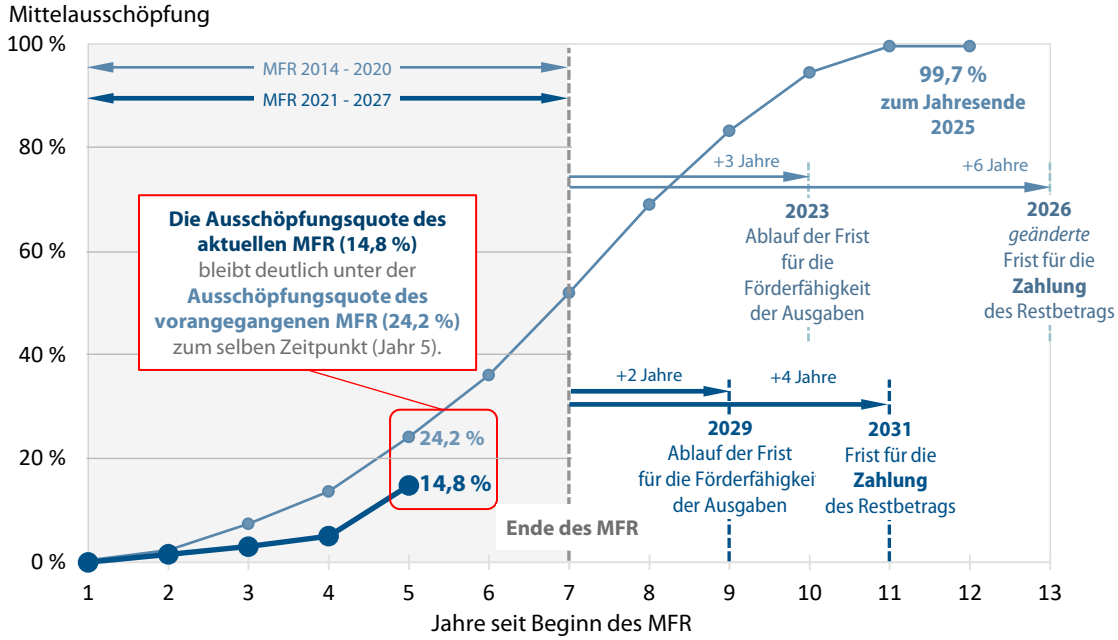
6 Beschluss C(2023) 8999 der Kommission.

7 Mitteilung der Kommission COM(2024) 800.

8 Mitteilung der Kommission COM(2025) 900.

9 Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2020/2092.

## Abbildung 2.9 – Mittelausschöpfung bei den Fonds der Kohäsionspolitik im Jahr 5: Der aktuelle MFR liegt noch immer hinter dem vorherigen MFR zurück




*Hinweise:* Einschließlich Vorfinanzierungen und Zwischenzahlungen.
Gemäß den Verordnungen (EU) 2025/1913 und (EU) 2025/1914 kann bei MFR-Programmen des Zeitraums 2021–2027, für die Änderungen zur Umschichtung von Mitteln auf die neuen Prioritäten genehmigt wurden, der Stichtag für die Förderfähigkeit bis zum 31. Dezember 2030 verlängert werden.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der offenen Datenplattform der Kommission (Stand: 19. Januar 2026).

## Kasten 2.1

### Der Zahlungsrückstand und seine Auswirkungen auf die Folgejahre

Die Höhe der Mittel für Zahlungen ist mit Unsicherheit behaftet. Sie hängt von Prognosen der Mitgliedstaaten zu den Zahlungsanträgen ab, die wiederum vom Tempo der Programmdurchführung beeinflusst werden und sich im Laufe des Jahres verändern können. Die Kommission kann Berichtigungshaushaltspläne vorschlagen, um dem sich wandelnden Bedarf Rechnung zu tragen. Solche Anpassungen unterliegen jedoch verfahrenstechnischen und zeitlichen Zwängen. Dies kann dazu führen, dass Mittel und tatsächliche Zahlungsanträge nicht wirksam aufeinander abgestimmt sind und Zahlungsanträge zum Jahresende offen bleiben.

Die zum Jahresende ausstehenden Zahlungsanträge lassen sich zu Analysezwecken in zwei Kategorien einteilen:

a) Anträge, die zu spät eingereicht wurden und vor Jahresende nicht mehr bearbeitet werden können;

b) Anträge, die mangels ausreichender Mittel für Zahlungen im Jahreshaushalt nicht beglichen werden können.

Im Jahr 2025 war der Umfang der Zahlungsanträge für drei kohäsionspolitische Fonds (EFRE, KF und ESF+) so hoch, dass die im Haushalt verfügbaren Mittel für Zahlungen nicht ausreichten. Zum Jahresende 2025 hatten sich die noch abzuwickelnden Zahlungsanträge akkumuliert und beliefen sich nunmehr auf 17 Milliarden Euro. Die entsprechenden Anträge wurden Anfang 2026 bearbeitet.

Werden Zahlungsanträge nicht beglichen und die Zahlungen auf die Folgejahre übertragen, so erhöht sich der Druck auf die verfügbaren Mittel für Zahlungen zusätzlich. Dies kann dazu führen, dass neue Zahlungsanträge nicht beglichen werden können.

**2.17.** Die Kommission schätzte das Risiko einer Aufhebung von Mittelbindungen für kohäsionspolitische Programme im Rahmen des aktuellen MFR für das Jahr 2025 auf null[10] (Schätzung für 2024: 2,7 Milliarden Euro[11]). Die Ausschöpfung der kohäsionspolitischen Fonds der EU liegt jedoch nach wie vor unter dem Niveau früherer Jahre (siehe ***Abbildung 2.9***), und es könnte zu weiteren Aufhebungen von Mittelbindungen kommen, wenn sich das Tempo der Zahlungen nicht wie angenommen beschleunigt. Im September 2025 wurden zwei neue Verordnungen[12] angenommen, um Investitionen zu beschleunigen und die Umsetzung zu erleichtern.

---

[10] COM(2025) 573, Tabelle 2, Insgesamt.

[11] COM(2024) 276, Tabelle 2, Insgesamt.

[12] Verordnungen (EU) 2025/1913 und (EU) 2025/1914.

### Die ELER-Zahlungen im Rahmen der neuen GAP haben im Jahr 2025 erheblich an Fahrt aufgenommen

**2.18.** Seit 2023 fällt der ELER unter die neuen Verordnungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)[13]. Die Ausschöpfung der ELER-Mittel für den Zeitraum 2023–2027 hat im Jahr 2023 begonnen, nachdem der Übergangszeitraum 2021–2022 abgelaufen war. Zum Jahresende 2025[14] beliefen sich die ELER-Zahlungen auf 14,2 Milliarden Euro (2024: 6,3 Milliarden Euro), dies entsprach einer Ausschöpfungsquote von 21,6 % (2024: 9,5 %).

## Die ARF-Finanzhilfezahlungen sind 2025 deutlich niedriger ausgefallen als erwartet

**2.19.** Ende 2025 enthielten die überarbeiteten ARF-Pläne aller Mitgliedstaaten ein *REPowerEU*-Kapitel. Die Kommission wird zur Finanzierung der 27 angenommenen REPowerEU-Kapitel neben den NGEU-Mitteln Einnahmen aus dem *Emissionshandelssystem (EHS)* in Höhe von bis zu 20,0 Milliarden Euro sowie Zuweisungen aus der *Reserve für die Anpassung an den Brexit*[15] in Höhe von bis zu 2,1 Milliarden Euro nutzen. Der Gesamtbetrag der ARF-Finanzhilfen, einschließlich REPowerEU, könnte bis zu 359,9 Milliarden Euro erreichen.

**2.20.** Die ARF-Finanzhilfezahlungen beliefen sich im Jahr 2025 auf 40,1 Milliarden Euro. Davon stammten 33,2 Milliarden Euro aus NGEU-Finanzhilfen, 6,3 Milliarden Euro aus EHS-Einnahmen und 0,6 Milliarden Euro aus der Brexit-Reserve. Die im Jahr 2025 geleisteten Zahlungen für die aus NGEU finanzierten ARF-Finanzhilfen entsprachen nur 62 % des von der Kommission im Juni 2024 veranschlagten Betrags (65 Milliarden Euro)[16]. Jedoch wurden zum Jahresende 2025 Zahlungsanträge von 17 Mitgliedstaaten für ARF-Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 20,3 Milliarden Euro netto noch geprüft[17]. Davon waren Anträge in Höhe von 17,4 Milliarden Euro erst im Dezember 2025 eingegangen.

---

[13] Verordnungen (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116.

[14] Offene Datenplattform der Kommission (Stand: 19. Januar 2026).

[15] Artikel 21 der Verordnung (EU) 2021/241 in ihrer durch die Verordnung (EU) 2023/435 geänderten Fassung.

[16] COM(2024) 276, 2.4. "NextGenerationEU".

[17] Aufbau- und Resilienzscoreboard der Kommission, Timeline.

**2.21.** Von den gebundenen Mitteln in Höhe von 359,9 Milliarden Euro waren bis Ende 2025 ARF-Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 237,5 Milliarden Euro (66 %) ausgezahlt worden (siehe ***Abbildung 2.10***). Somit stehen bis Ende 2026 noch bis zu 122,4 Milliarden Euro zur Auszahlung bereit. Dieser Betrag liegt deutlich über der Schätzung der Kommission vom Juli 2024, in der Zahlungen in Höhe von 70,1 Milliarden Euro für 2026[18] prognostiziert wurden.

**2.22.** Die Etappenziele und Zielwerte im Zusammenhang mit der ARF müssen bis zum 31. August 2026 umgesetzt werden, und die Mitgliedstaaten müssen ihre Abschlusszahlungsanträge bis zum 30. September 2026[19] einreichen. Die Kommission muss alle Zahlungen bis zum 31. Dezember 2026 abschließen. Der im Jahr 2026 zu zahlende Betrag ist etwa dreimal so hoch wie die im Jahr 2025 geleisteten Zahlungen. Die Bereitstellung eines derart hohen Zahlungsvolumens innerhalb kurzer Zeit wird den Druck auf die Mitgliedstaaten, ihre Mittel in Anspruch zu nehmen, sowie den Druck auf die Kommission, die Zahlungsanträge zu bewerten und die Zahlungen durchzuführen, erhöhen. Nicht in Anspruch genommene Beträge von EU-Beiträgen werden aufgehoben, sobald alle einschlägigen rechtlichen Verpflichtungen und Zahlungsverpflichtungen erfüllt sind[20].

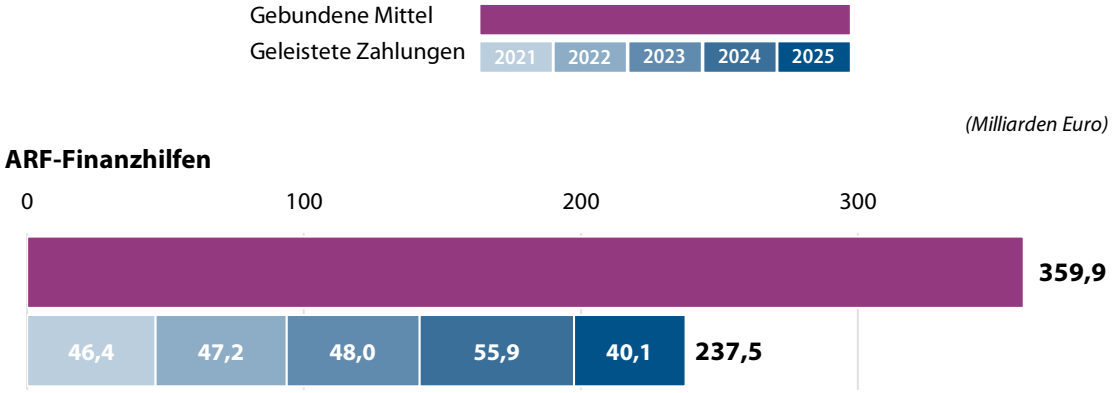
---

[18] COM(2024) 276, Tabelle 3.

[19] COM(2025) 310.

[20] C/2026/2614, 4.2. "Endgültige Aufhebung von Mittelbindungen aufgrund unzulänglicher Mittelausschöpfung zum Ende der Aufbau- und Resilienzfazilität".

## Abbildung 2.10 – Umsetzung von ARF-Finanzhilfen, aufgeschlüsselt nach Quelle (Stand: Ende 2025)




*Hinweis:* Ohne Verwaltungsausgaben.

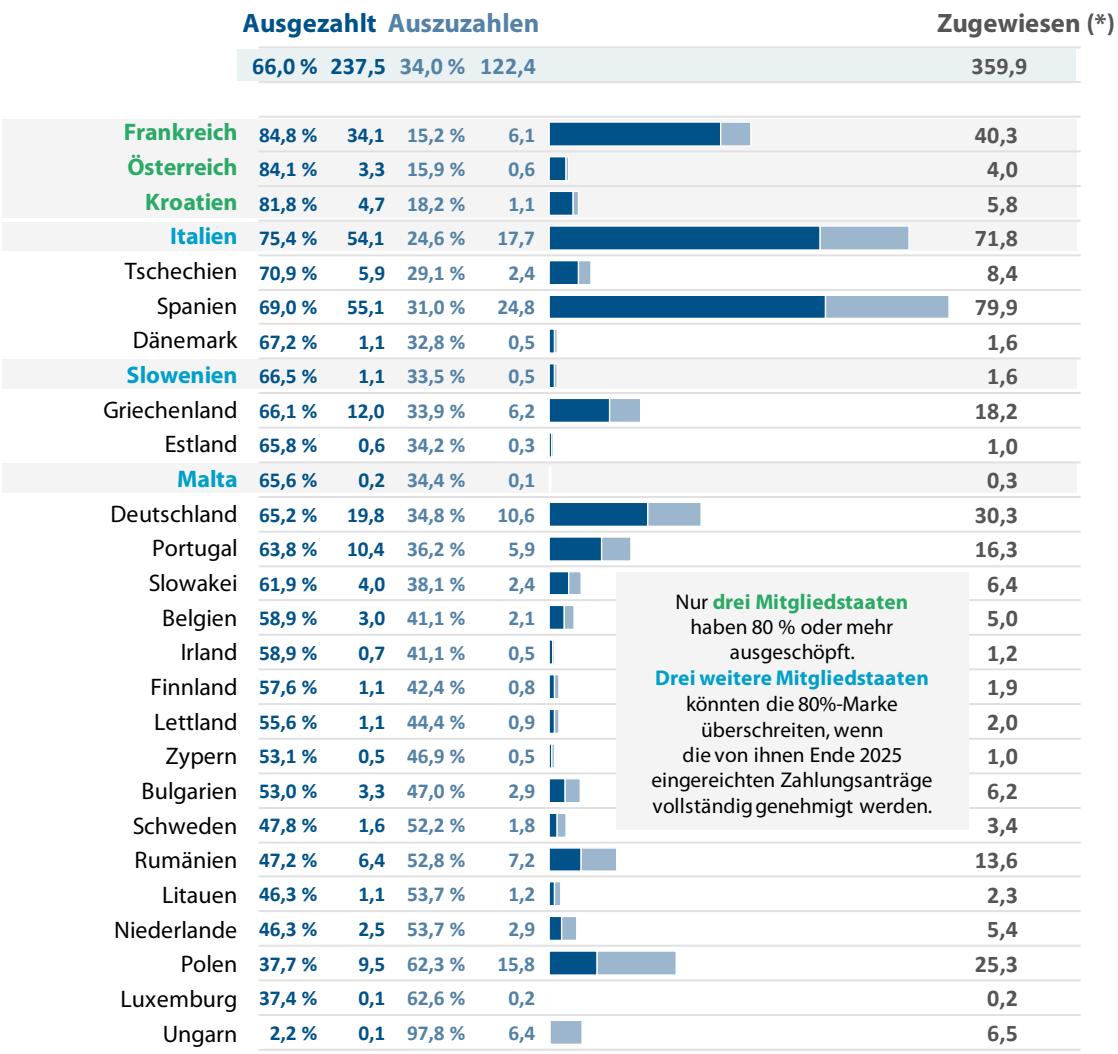
*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU und sonstiger Daten der Kommission.

**2.23.** Die Ausschöpfung der ARF-Finanzhilfen durch die Mitgliedstaaten ist unterschiedlich stark vorangeschritten (siehe ***Abbildung 2.11***). Die entsprechenden Zahlungen beruhen auf den Etappenzielen und Zielwerten, die der Rat für die einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt hat. In einem Sonderbericht über die Ausschöpfung der Mittel aus der ARF[21] kam der Rechnungshof allerdings zu dem Schluss, dass die Höhe der von den Mitgliedstaaten erhaltenen Mittel nicht unbedingt die Anzahl oder Bedeutung der erreichten Etappenziele und Zielwerte widerspiegelt. Das Verhältnis zwischen den erhaltenen Mitteln und den erreichten Etappenzielen und Zielwerten ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich.

[21] Sonderbericht 13/2024.

## Abbildung 2.11 – An die Mitgliedstaaten ausgezahlte ARF-Finanzhilfen und noch an sie auszuzahlende Beträge auf der Grundlage der überarbeiteten Zuweisungen (Stand: Ende 2025)

*(Milliarden Euro)*



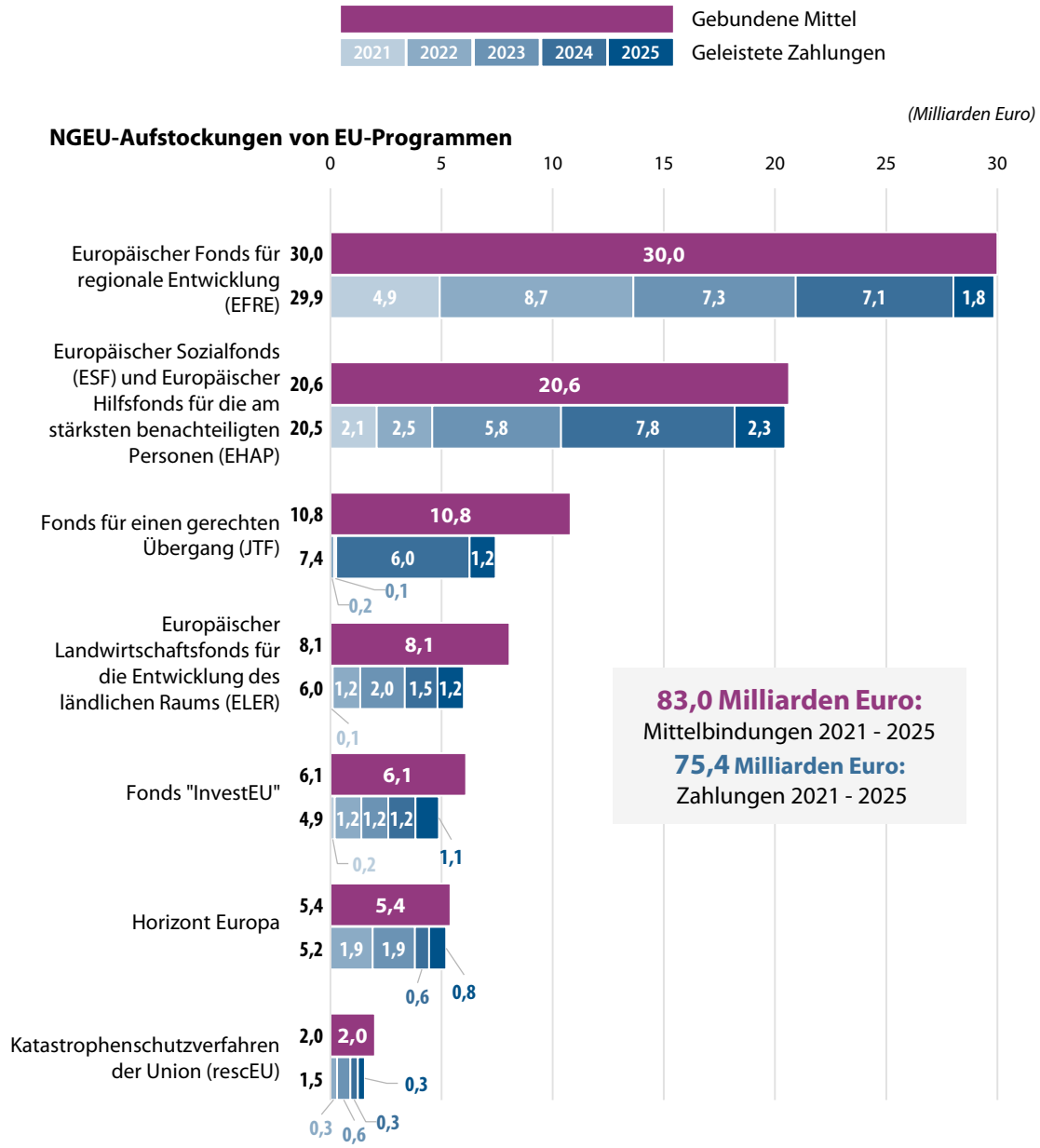

(*) Auf der Grundlage der überarbeiteten Zuweisungen.

*Hinweise:* Ohne Verwaltungsausgaben.
Ungarn hat nur Vorfinanzierung erhalten und noch keine Zahlungsanträge eingereicht.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage des ARF-Scoreboards und sonstiger Daten der Kommission.

**2.24.** Die im Zusammenhang mit NGEU-Aufstockungen für MFR-Programme gebundenen Mittel belaufen sich auf insgesamt 83,0 Milliarden Euro (siehe ***Abbildung 2.12***). Die jährlichen Zahlungen dieser Aufstockungen beliefen sich im Jahr 2025 auf 8,5 Milliarden Euro, wodurch die kumulierten Zahlungen bis Ende 2025 75,4 Milliarden Euro erreichten. Somit können bis Ende 2026 Zahlungen in Höhe von bis zu 7,6 Milliarden Euro geleistet werden.

## Abbildung 2.12 – Umsetzung von NGEU im Zusammenhang mit Aufstockungen von EU-Programmen, Stand: Ende 2025




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

## Die noch abzuwickelnden Mittelbindungen sind rückläufig, aber immer noch erheblich

**2.25.** Die *noch abzuwickelnden Mittelbindungen* sind die Summe der im aktuellen Jahr und in den Vorjahren vorgenommenen Mittelbindungen, die noch nicht ausgezahlt wurden. Sie stehen im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Charakter des EU-Haushalts und stellen künftige Zahlungsverpflichtungen dar, die, sofern sie nicht aufgehoben werden, erfüllt werden müssen, sobald sie fällig werden.

**2.26.** Die Anhäufung noch abzuwickelnder Mittelbindungen schränkt die Flexibilität künftiger Haushaltspläne ein, da mit den Mitteln für Zahlungen zunächst bestehende rechtliche Verpflichtungen beglichen werden müssen, bevor Mittel für neue oder sich abzeichnende Prioritäten zugewiesen werden können. Im Falle umfassender noch abzuwickelnder Mittelbindungen kann im Rahmen des EU-Haushalts nur beschränkt auf sich verändernde Umstände reagiert werden bzw. können neue Initiativen im Rahmen des nächsten MFR nur beschränkt finanziert werden. Unzureichende Mittel für Zahlungen in den Jahreshaushalten können darüber hinaus zu Verzögerungen bei der Begleichung von Zahlungsanträgen oder zur Anhäufung eines Zahlungsrückstands führen (siehe ***Kasten 2.1***).

**2.27.** Die Kommission ist der Auffassung, dass die jährlichen Obergrenzen der Mittel für Zahlungen für 2026 und 2027 insgesamt ausreichen, um die erwarteten Zahlungen abzudecken[22]. Der Spielraum im Rahmen der Obergrenze der Mittel für Zahlungen ist im Jahr 2027 jedoch sehr begrenzt (rund 1 Milliarde Euro)[23], sodass wenig Raum bleibt, um unvorhergesehenen Zahlungsdruck abzufedern.

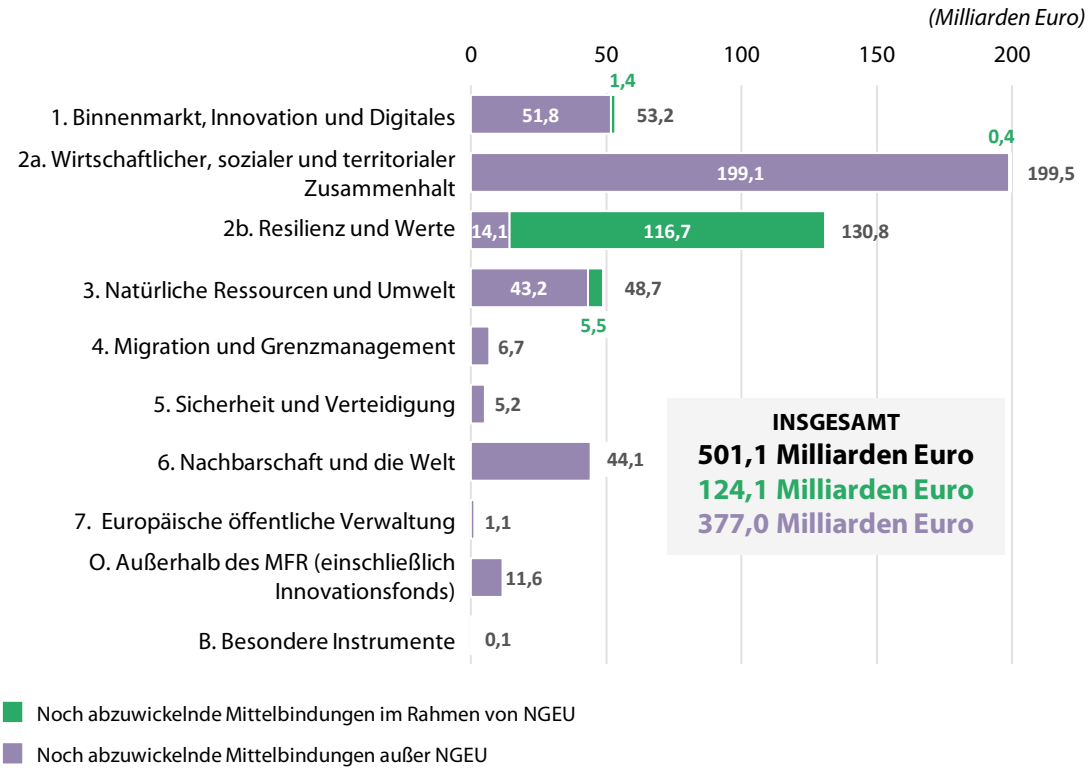
**2.28.** Zum Jahresende 2025 belief sich das Gesamtvolumen der noch abzuwickelnden Mittelbindungen, für die in den Folgejahren – sofern keine Aufhebung der Mittelbindungen erfolgt – Zahlungen geleistet werden müssen, auf 501,1 Milliarden Euro. Davon standen 124,1 Milliarden Euro im Zusammenhang mit NGEU-Finanzhilfen (siehe ***Abbildung 2.13***).

---

[22] COM(2025) 573, S. 4.

[23] Ebd., Tabelle 1.1.

## Abbildung 2.13 – Gesamtvolumen der noch abzuwickelnden Mittelbindungen, aufgeschlüsselt nach Quelle und MFR-Rubrik (Stand: Ende 2025)



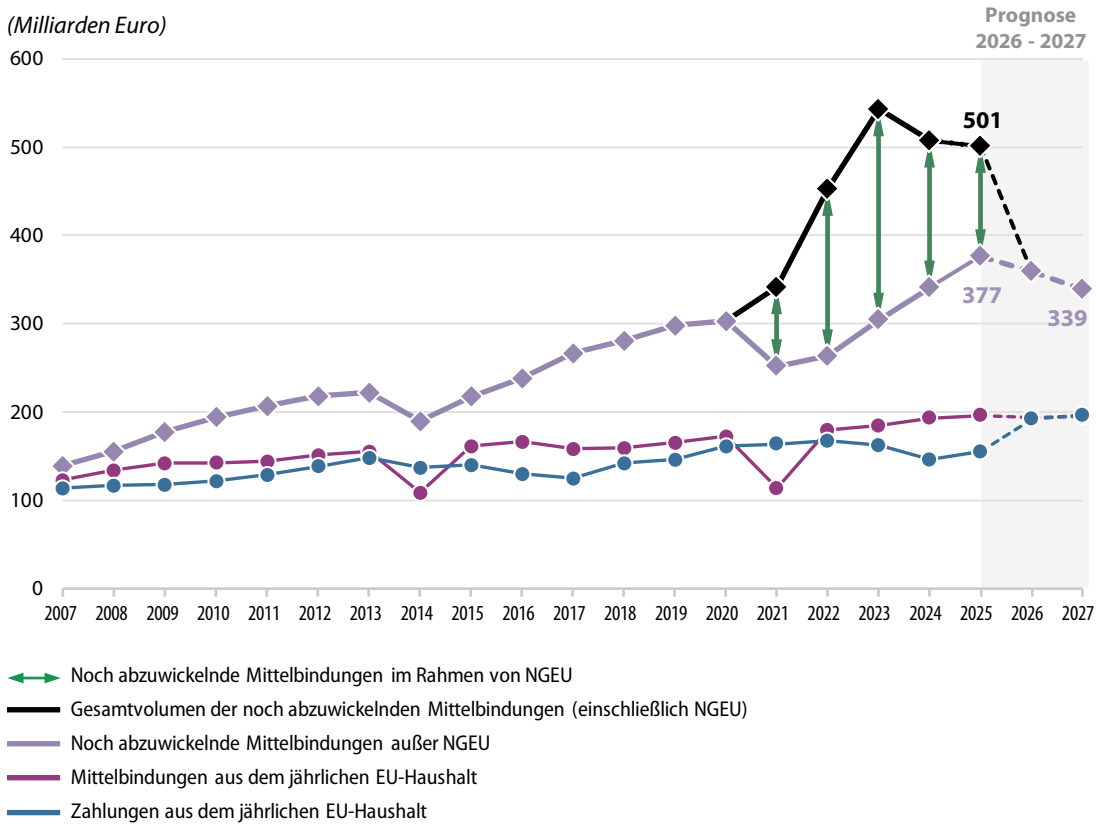

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU und sonstiger Daten der Kommission.

**2.29.** Im Jahr 2025 korrigierte die Kommission ihre Prognose der Ende 2027 noch abzuwickelnden Mittelbindungen von 364,7 Milliarden Euro[24] auf 339 Milliarden Euro[25]. ***Abbildung 2.14*** zeigt die am Ende jedes Jahres zwischen 2007 und 2027 noch abzuwickelnden Mittelbindungen. Was die noch abzuwickelnden Mittelbindungen im Rahmen von NGEU betrifft, so müssen sämtliche Zahlungen (mit Ausnahme kleiner Beträge im Zusammenhang mit Ausgaben für administrative und technische Hilfe) bis Ende 2026 geleistet werden.

[24] COM(2024) 276, Tabelle 4.

[25] COM(2025) 573, 2.6. "Entwicklung der Höhe der noch abzuwickelnden Mittelbindungen".

## Abbildung 2.14 – Noch abzuwickelnde Mittelbindungen, Mittelbindungen und Zahlungen für 2007–2025 und Vorausschätzungen für 2026–2027




*Hinweis:* In den Vorausschätzungen für die Zeit ab 2026 sind Mittelübertragungen oder zweckgebundene Einnahmen nicht enthalten.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnungen der EU für 2007–2025 und von COM(2025) 573.

# Finanzmanagement im Jahr 2025

## Der Wert der ausstehenden EU-Anleihen ist im Jahr 2025 um mehr als 20 % gestiegen

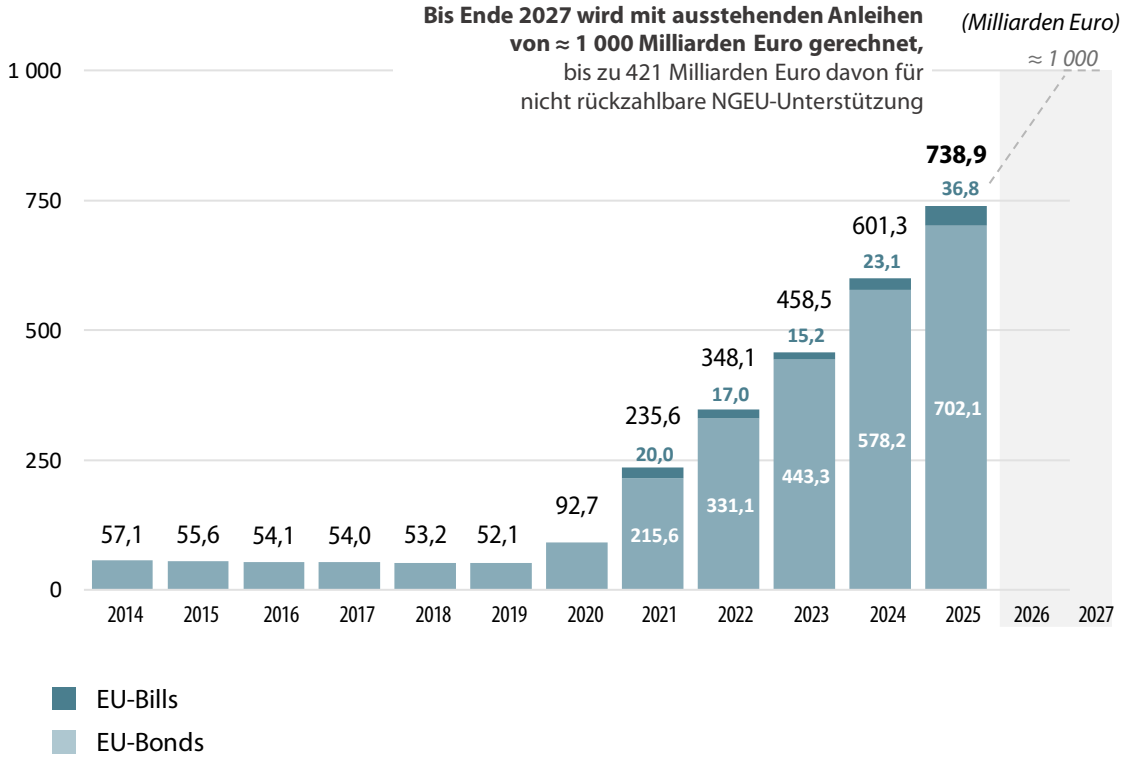
**2.30.** Seit Dezember 2022 verfolgt die Kommission als Standardansatz eine *diversifizierte Finanzierungsstrategie*[26], wenn sie Mittel für die Finanzierung von finanziellem Beistand aufnimmt. Zum Jahresende 2025 belief sich der Nennwert der ausstehenden EU-Anleihen auf 738,9 Milliarden Euro (2024: 601,3 Milliarden Euro). Darin inbegriffen sind kurzfristige EU-Schuldverschreibungen ("EU-Bills") mit einem Nennwert von 36,8 Milliarden Euro (2024: 23,1 Milliarden Euro). EU-Bills haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr und werden für das Liquiditätsmanagement ausgegeben.

**2.31.** In den letzten fünf Jahren hat die Kommission zunehmend auf die Kapitalmärkte zurückgegriffen, um größere Programme wie SURE und NGEU zu finanzieren (siehe ***Abbildung 2.15***). Bis 2027 könnten die ausstehenden EU-Anleihen auf 1 Billion Euro ansteigen.

**2.32.** Im Jahr 2025 hat der Rat eine Verordnung zur Festlegung des Instruments für Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE) angenommen, mit dem dringende und umfangreiche Investitionen für die europäische Verteidigung finanziert werden sollen. Die Kommission kann bis zu 150 Milliarden Euro an den Kapitalmärkten aufnehmen und den Mitgliedstaaten diese Mittel auf Antrag auf der Grundlage der genehmigten nationalen Pläne zur Verfügung stellen. Bis Ende 2025 waren die Finanzoperationen noch nicht angelaufen. Der Kommission zufolge wird abhängig vom Fortschritt der Umsetzung auf nationaler Ebene die Hälfte dieser Darlehen voraussichtlich im Zeitraum 2026–2027 und der Rest bis Ende 2030 ausgezahlt.

[26] Jahresbericht 2023, Ziffer 2.36.

## Abbildung 2.15 – Ausstehende EU-Anleihen seit 2014

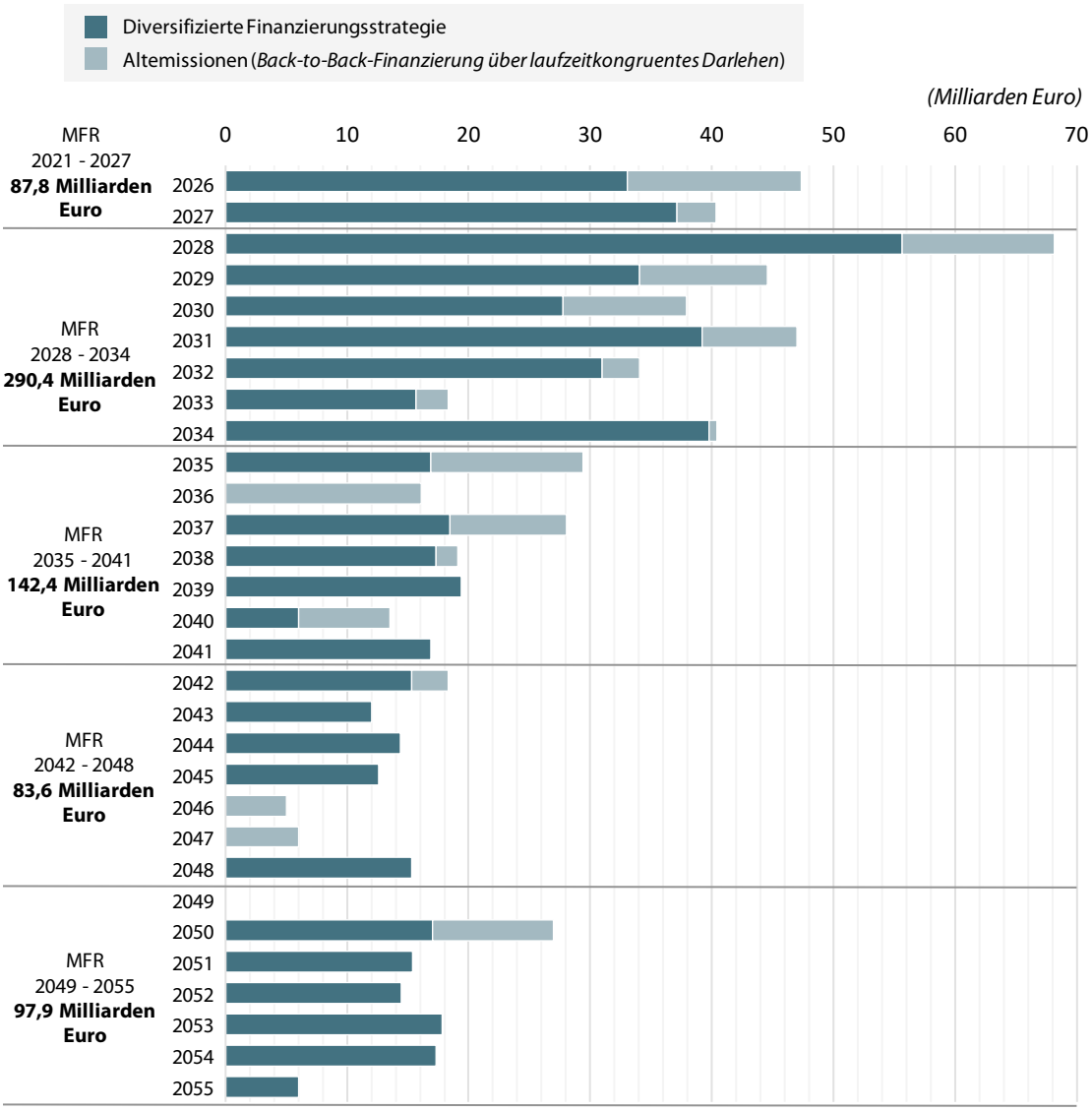



*Hinweis:* EU-Emissionen zum Nennwert.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU und sonstiger Daten der Kommission.

**2.33.** ***Abbildung 2.16*** sind die Laufzeiten der EU-Anleihen (mit Ausnahme von EU-Bills), aufgeschlüsselt nach Programmplanungszeitraum, zu entnehmen. Die derzeitige Fälligkeitsstruktur ist über den laufenden und die nächsten MFR verteilt. Fällige Anleihen werden teilweise refinanziert, sodass die Rückzahlungsverpflichtungen im Einklang mit den Vorgaben des Eigenmittelbeschlusses über die nachfolgenden MFR verteilt werden.

## Abbildung 2.16 – Jährliche Volumen der ausstehenden EU-Anleihen mit Laufzeit (Stand: Ende 2025)

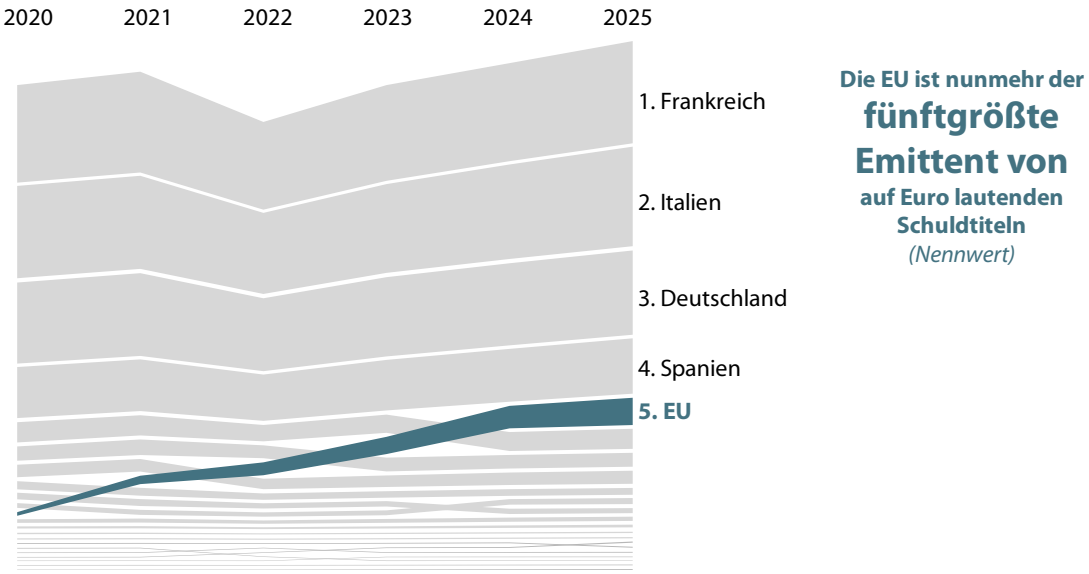



*Hinweis:* Beträge zum Nennwert. EU-Bills sind nicht berücksichtigt.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

**2.34.** Der zum Jahresende 2025 ausstehende Nominalbetrag der langfristigen Schuldverschreibungen macht die EU zu einem der größten Emittenten von auf Euro lautenden Schuldtiteln. In ***Abbildung 2.17*** werden die ausstehenden langfristigen Schuldverschreibungen der Mitgliedstaaten und der EU im Zeitraum 2020–2025 gegenübergestellt.

## Abbildung 2.17 – Ausstehende Beträge langfristiger Schuldverschreibungen der öffentlichen Haushalte der EU-Mitgliedstaaten und der EU

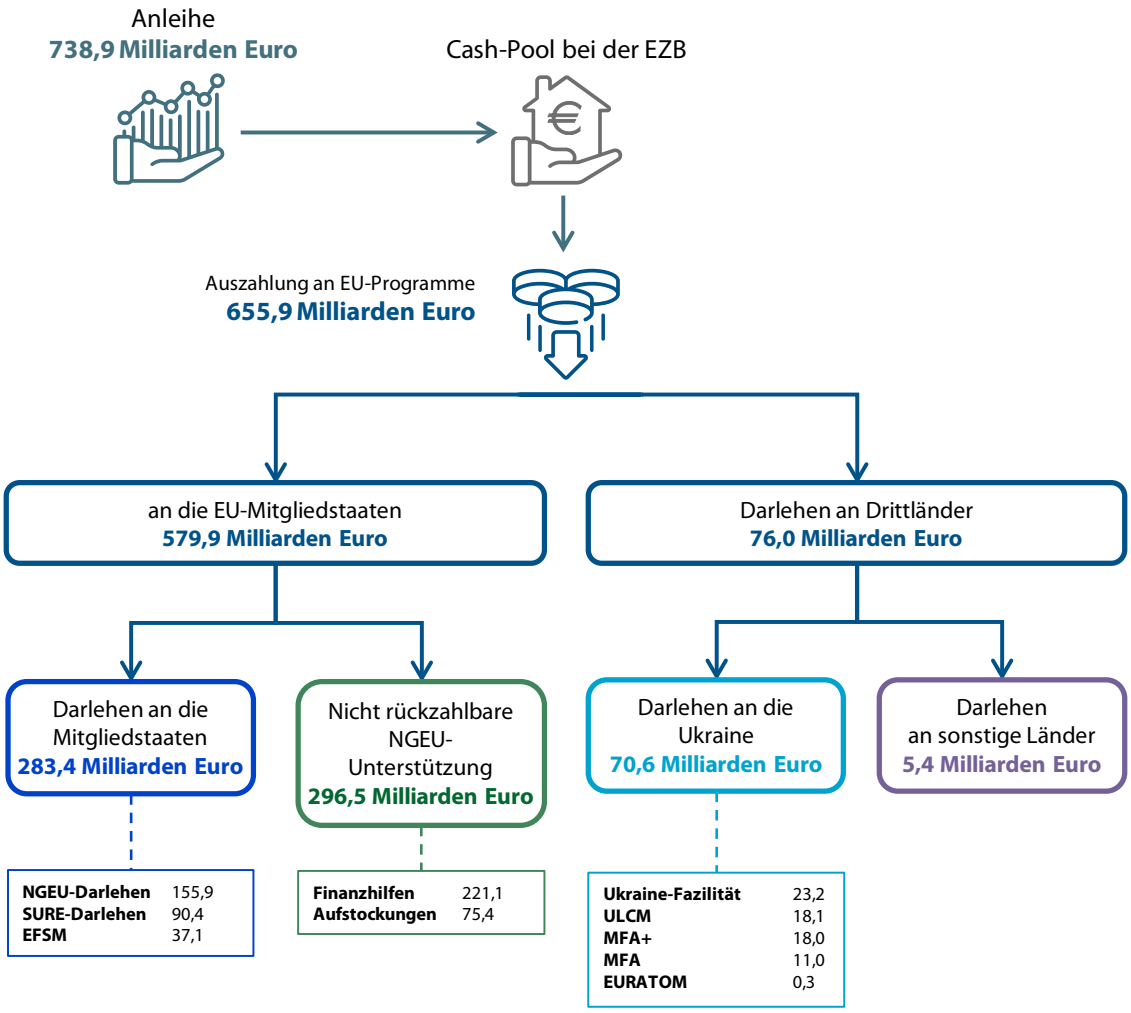



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von EZB-Daten und der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

**2.35.** Mit EU-Anleihen werden NGEU sowie den EU-Mitgliedstaaten und Nicht-EU-Ländern gewährte finanzielle Hilfen finanziert. ***Abbildung 2.18*** enthält eine Übersicht über die EU-Programme, die durch Anleihen der EU finanziert werden.

## Abbildung 2.18 – Durch ausstehende EU-Anleihen finanzierte Programme (Stand: Ende 2025)

*(Milliarden Euro)*




**EFSM:** Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
**MFA:** Makrofinanzhilfe
**NGEU:** NextGenerationEU
**SURE:** Europäisches Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage
**ULCM:** Makrofinanzhilfe im Rahmen des Kooperationsmechanismus bei Ukraine-Darlehen

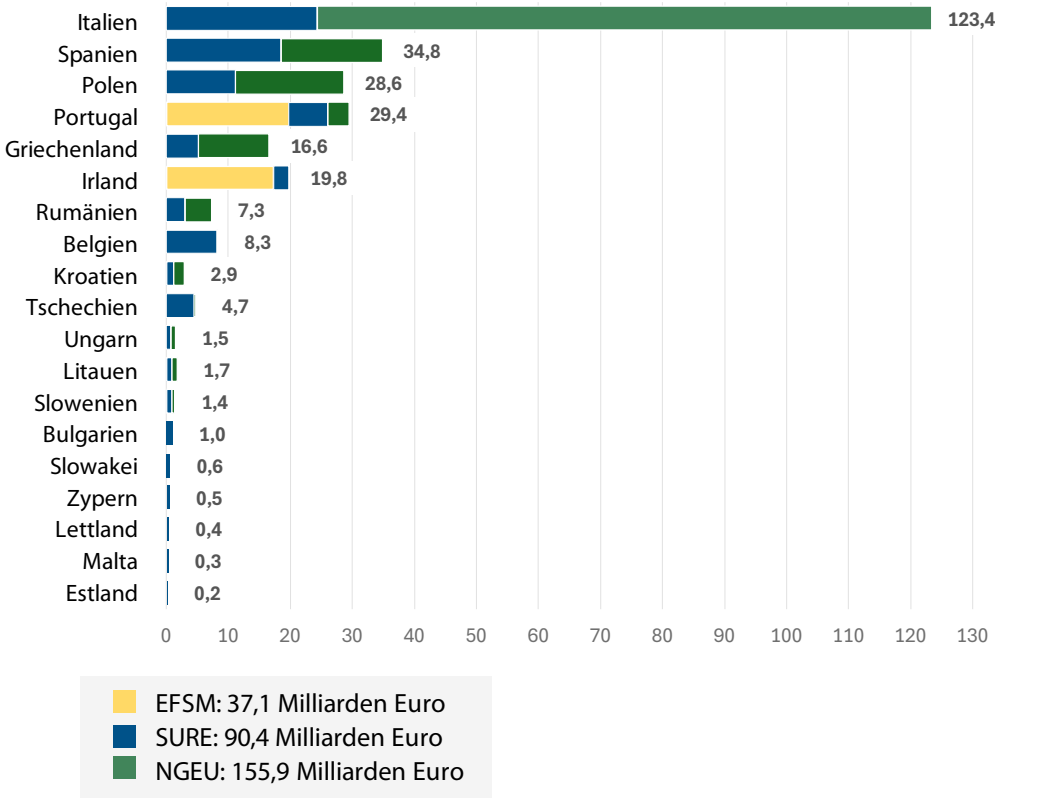
*Hinweise:* Beträge zum Nennwert. In den Beträgen ist der Teil der Finanzhilfen, der aus der Brexit-Reserve oder dem EHS finanziert wird, nicht erfasst. Die Erlöse aus EU-Anleihen können von den nominalen Rückzahlungsbeträgen der Anleihen abweichen, da die Schuldtitel je nach Marktbedingungen zu Preisen über oder unter ihrem Nennwert ausgegeben werden können.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU und sonstiger Daten der Kommission.

**2.36.** ***Abbildung 2.19*** enthält eine Übersicht über an die Mitgliedstaaten vergebene Darlehen, die durch Anleihen der EU finanziert werden.

## Abbildung 2.19 – Durch ausstehende EU-Anleihen finanzierte an EU-Mitgliedstaaten ausgezahlte Darlehen (Stand: Ende 2025)

*(Milliarden Euro)*




*Hinweis:* Beträge zum Nennwert.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

### Die Inanspruchnahme von NGEU ist niedriger als erwartet

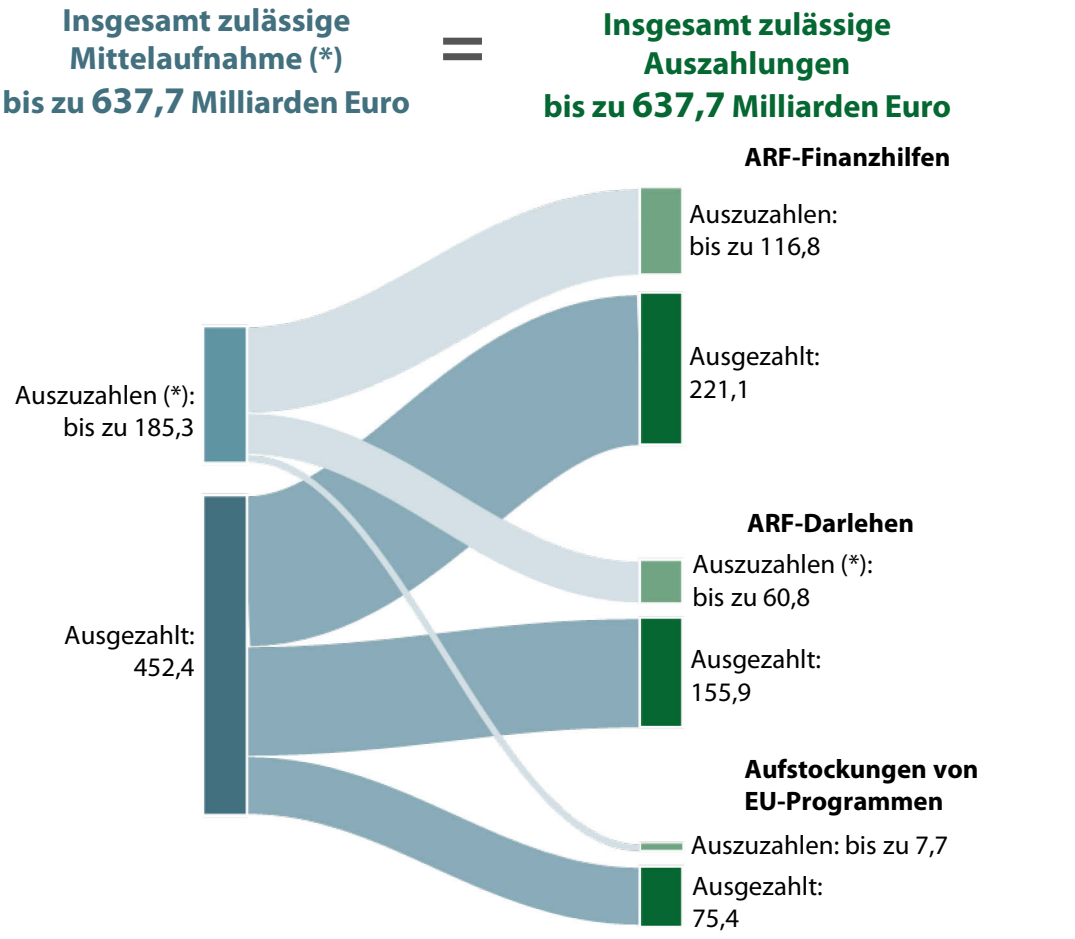
**2.37.** Der ursprüngliche Betrag des NGEU-Programms war darauf ausgelegt, den Mitgliedstaaten Mittel in Höhe von bis zu 806,9 Milliarden Euro zu jeweiligen Preisen (750 Milliarden Euro zu Preisen von 2018) zur Verfügung zu stellen. Da die Nachfrage der Mitgliedstaaten nach Darlehen zurückging, wurde dieser Betrag zum Jahresende 2025 auf 698 Milliarden Euro nach unten korrigiert. Unter Berücksichtigung der Reduktion der Darlehenszuweisung Spaniens[27] im Januar 2026 beläuft sich der aktualisierte Gesamtbetrag der verfügbaren Mittel auf 637,7 Milliarden Euro. Davon entfallen 216,7 Milliarden Euro auf Darlehen und 421,0 Milliarden Euro auf nicht rückzahlbare Unterstützung.

[27] Artikel 2 Absatz 1 des Durchführungsbeschlusses (EU) 17031/25 des Rates.

**2.38.** Bis Ende 2025 hatte die EU 452,4 Milliarden Euro ausgezahlt (siehe ***Abbildung 2.20***). Die EU kann noch Mittel von bis zu 185,3 Milliarden Euro für NGEU vor Ende 2026 auszahlen.

## Abbildung 2.20 – NGEU-Auszahlungen (Stand: Ende 2025)

*(Milliarden Euro)*




(*) Auf der Grundlage der überarbeiteten Darlehenszuweisungen vom Januar 2026.

*Hinweis:* Die für NGEU gemeldeten Anleihen entsprechen nur den Mitteln, die zum Jahresende 2025 speziell NGEU zugewiesen wurden. Verwaltungsausgaben und der Teil der Finanzhilfen, der aus der Brexit-Reserve oder dem EHS finanziert wird, sind darin nicht erfasst. In dem Gesamtbetrag der Darlehen ist die im Januar 2026 genehmigte Reduktion um 60,4 Milliarden Euro berücksichtigt.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU und sonstiger Daten der Kommission.

**2.39.** Die Rückzahlung von NGEU-Anleihen muss im Jahr 2028 beginnen und bis spätestens 2058 abgeschlossen sein[28]. Die jährlichen Rückzahlungen des Kapitalbetrags der Mittel dürfen 7,5 % des Höchstbetrags der nicht rückzahlbaren NGEU-Unterstützung[29] (d. h. 31,6 Milliarden Euro pro Jahr) nicht übersteigen.

**2.40.** Um die erforderliche stetige und vorhersehbare Verringerung der Verbindlichkeiten[30] zu erreichen, wird die Kommission auslaufende Schulden dadurch refinanzieren müssen, dass sie neue Schuldtitel ausgibt, um die alten bei Fälligkeit zu tilgen[31]. Änderungen der Marktbedingungen könnten entweder zu höheren oder zu niedrigeren Kosten der Mittelaufnahme führen, die, was NGEU-Anleihen im Zusammenhang mit Finanzhilfen und Aufstockungen betrifft[32], aus dem EU-Haushalt getragen werden müssen. Parlament und Rat kamen mit der Kommission überein, dass die im Zusammenhang mit der Rückzahlung von NGEU zu tätigenden Ausgaben aus dem Unionshaushalt nicht zu einer unangemessenen Kürzung der Programmausgaben oder der Investitionsinstrumente im Rahmen des aktuellen MFR führen sollten[33]. Unbeschadet des Umfangs künftiger MFR könnte sich der Rückzahlungsplan für Anleihen für die nicht rückzahlbare NGEU-Unterstützung auf die insgesamt verfügbaren Mittel für Zahlungen künftiger MFR auswirken. Alle Kosten, die der EU im Zusammenhang mit Anleihen für die Gewährung von NGEU-Darlehen entstehen, einschließlich der Kosten für das Management von Risiken im Zusammenhang mit den Zinssätzen und anderen finanziellen Risiken, werden von den begünstigten Mitgliedstaaten getragen.

---

[28] Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses (EU, Euratom) 2020/2053 des Rates.

[29] Ebd.

[30] Ebd.

[31] COM(2024) 93, Anhang.

[32] Artikel 11 Absatz 1 des Durchführungsbeschlusses (EU, Euratom) 2023/2825 der Kommission.

[33] Interinstitutionelle Vereinbarung vom 16. Dezember 2020, Anhang II.

**2.41.** Die Kommission hat keine allgemeine Rückzahlungsstrategie bis 2058 für NGEU vorgelegt. Was die für die nicht rückzahlbare Unterstützung im Rahmen von NGEU aufgenommenen Beträge betrifft, so hat die Kommission in ihrem Vorschlag für den MFR 2028–2034 einen festen jährlichen Betrag von 24 Milliarden Euro zu jeweiligen Preisen vorgeschlagen, um sowohl die Rückzahlungen der Zinsen als auch des Kapitalbetrags[34] in diesem Zeitraum zu decken. Dem Vorschlag zufolge haben Zinszahlungen Vorrang, wobei alle verbleibenden Mittel innerhalb der jährlichen Mittelzuweisung von 24 Milliarden Euro zur Beschleunigung der Rückzahlung des Kapitalbetrags verwendet werden. Nach Ansicht der Kommission bietet dieser Ansatz mit festen Annuitäten Vorhersehbarkeit für die Haushaltsplanung und dient als natürliche Absicherung gegen schwankende Zinssätze, auch wenn er im Vergleich zu Alternativen mit einer linearen Rückzahlung des Kapitalbetrags zu höheren Gesamtzinskosten während des gesamten Rückzahlungszeitraums (bis 2058)[35] führen kann. Den von der Kommission veröffentlichten Informationen zufolge könnten sich die Zinskosten im Zusammenhang mit der nicht rückzahlbaren NGEU-Unterstützung im MFR 2028–2034 unter der Annahme einer vollständigen Auszahlung der Unterstützung auf rund 93 Milliarden Euro[36] belaufen.

## Die voraussichtlichen NGEU-Anleihekosten für den laufenden MFR sind nach wie vor doppelt so hoch wie ursprünglich veranschlagt

**2.42.** Im Jahr 2020 wurde vereinbart, im Rahmen der MFR-Rubrik 2b ("Resilienz und Werte") des MRF 2021–2027 insgesamt 14,9 Milliarden Euro zur Finanzierung der Zins- und Kuponzahlungen für NGEU-Mittelaufnahmen zuzuweisen[37]. Für die Vorausschätzungen aus dem Jahr 2020 wurde von Zinssätzen für die Mittelaufnahme zwischen 0,55 % im Jahr 2021 und 1,15 % im Jahr 2027 ausgegangen[38]. Die tatsächlichen Zinssätze stiegen jedoch deutlich an[39], was sich negativ auf die marginalen Finanzierungskosten der EU auswirkte (siehe ***Abbildung 2.21***).

---

[34] COM(2025) 573, 2.1. "Payments in relation to the commitments of the 2028–2034 MFF".

[35] SWD(2025) 570, 4.5 "Preparedness".

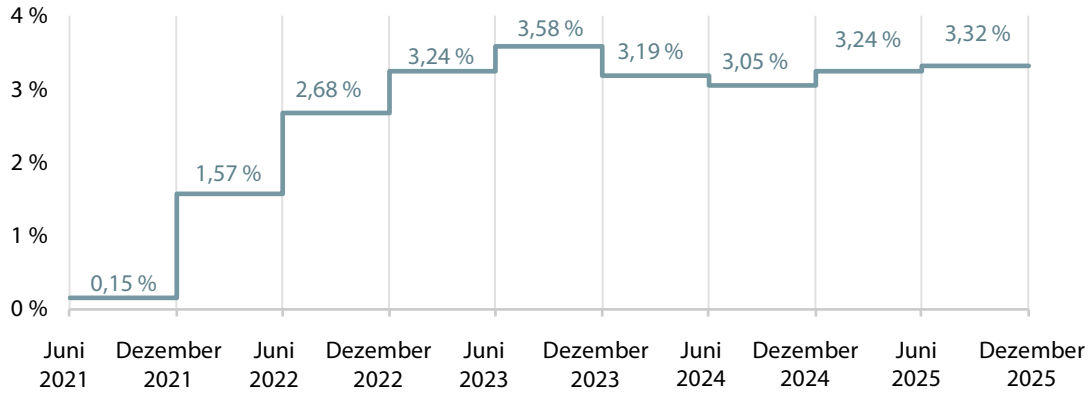
[36] Schätzung ausgehend von Abbildung 4.4, SWD(2025) 570 final/2.

[37] Multiannual Financial Framework 2021–2027 (in commitments) – Current prices, Zeile 2.6. "Financing and repayment – NextGenerationEU".

[38] Briefing durch den Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments: Revision of the EU's long-term budget for 2021 to 2027, S. 7.

[39] Key ECB interest rates.

## Abbildung 2.21 – Veränderungen bei den NGEU-Finanzierungskosten




*Hinweis:* Die Finanzierungskosten für die einzelnen Zeitabschnitte spiegeln den Zinssatz zum Zeitpunkt der Berichterstattung wider, können aber aufgrund sich ändernder Marktbedingungen schwanken.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von COM(2026) 164.

**2.43.** Der Kommission zufolge beliefen sich die Ausgaben im Zusammenhang mit den Finanzierungskosten für Anleihen für die nicht rückzahlbare NGEU-Unterstützung im Zeitraum 2021–2025 auf 10,4 Milliarden Euro (5 Milliarden Euro im Jahr 2025). Das sind fast 62 % mehr als der ursprünglich veranschlagte Betrag von 6,4 Milliarden Euro[40]. Die Kommission geht von Zinszahlungen von rund 8 Milliarden Euro im Jahr 2026[41] und 9,9 Milliarden Euro im Jahr 2027[42] aus. Somit könnten sich die Finanzierungskosten im aktuellen MFR insgesamt auf bis zu 28,3 Milliarden Euro belaufen und wären somit etwa doppelt so hoch wie der ursprünglich von der Kommission veranschlagte Betrag in Höhe von 14,9 Milliarden Euro[43]. Der Ende Februar 2026 ausgebrochene Konflikt im Nahen Osten hat jedoch zu zusätzlicher Unsicherheit hinsichtlich der Inflation und allgemeinerer geldpolitischer Entscheidungen[44] geführt. Daher können die künftigen Finanzierungskosten von den aktuellen Haushaltsprojektionen abweichen. Die Kommission hat bislang keine aktualisierten Schätzungen zu den sich daraus ergebenden potenziellen Folgen für die

---

[40] Multiannual Financial Framework 2021–2027 (in commitments) – Current prices, Zeile 2.6. "Financing and repayment – NextGenerationEU".

[41] EU-Haushaltsplan 2026, Titel 06 "Aufbau und Resilienz".

[42] Statement of estimates of the Commission for the financial year 2027, Policy Highlights, 3.4.3 Recovery and resilience cluster, Financing cost of the European Union Recovery Instrument (EURI).

[43] Multiannual financial framework 2021–2027 (in commitments) – Current prices, Zeile 2.6. "Financing and repayment – NextGenerationEU".

[44] Rede des Vizepräsidenten der EZB, 26.3.2026.

Finanzierungskosten vorgelegt, wenngleich diese mit den durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursachten Auswirkungen vergleichbar sein könnten.

**2.44.** Im Jahr 2025 wurde das besondere Aufbauinstrument der EU (EURI)[45] vom EU-Haushalt in Anspruch genommen. So wurden 1,1 Milliarden Euro[46] zur Deckung eines Teils der NGEU-Anleihekosten bereitgestellt. Diese Mittel kamen zu den 1,1 Milliarden Euro hinzu, die über das Flexibilitätsinstrument[47] finanziert wurden.

## Verzögerte Auszahlungen haben zu höheren Barmittelbeständen geführt

**2.45.** Die Kommission nimmt auf der Grundlage des prognostizierten Auszahlungsbedarfs für die verschiedenen Programme Mittel im Voraus auf, um sicherzustellen, dass sie ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit begleichen kann. Im Rahmen des *jährlichen Mittelaufnahmebeschlusses* legt sie die Obergrenze für die lang- und kurzfristige Mittelaufnahme fest, die den prognostizierten Liquiditätsbedarf für alle einschlägigen Programme widerspiegelt. In diesem Rahmen veröffentlicht die Kommission halbjährliche *Finanzierungspläne*, in denen das erwartete Emissionsvolumen und der Zeitplan für die folgenden sechs Monate dargelegt werden. Dadurch, dass die Kommission ihre Finanzierungsstrategie im Voraus mitteilt, sorgt sie für eine bessere Vorhersehbarkeit ihrer Emissionen, wahrt gleichzeitig die Flexibilität und sorgt für Transparenz auf den Märkten[48].

**2.46.** Die Kommission muss sicherstellen, dass sie über ausreichende Mittel für die Auszahlungen verfügt. Bezüglich der ARF lagen die Auszahlungen unter den Vorausschätzungen, die anhand des indikativen Zeitplans für die Zahlungsanträge der Mitgliedstaaten getroffen wurden, was erhöhte Barmittelbestände zur Folge hatte (siehe ***Abbildung 2.22***).

---

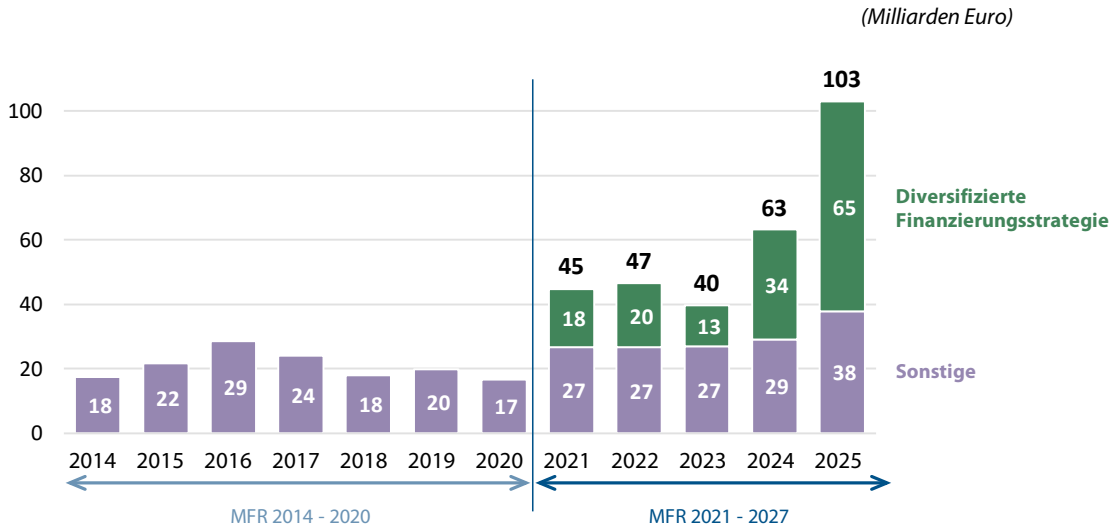
[45] Jahresbericht 2023, Ziffer 2.32.

[46] EU-Haushaltsplan 2025, S. 15.

[47] Ebd.

[48] Erwägungsgrund 8 des Durchführungsbeschlusses (EU, Euratom) 2023/2825 der Kommission.

## Abbildung 2.22 – Barmittelbestände der EU zum Jahresende




*Hinweis:* In den Barmittelbeständen sind auch Barmitteläquivalente erfasst.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

**2.47.** Im Rahmen der diversifizierten Finanzierungsstrategie (siehe Ziffer ***2.30***) verwahrt die Kommission Anleiheerlöse in einem gemeinsamen Liquiditätspool bei der EZB und verwaltet diese zentral. Der Kommission zufolge hat das Liquiditätsmanagement aufgrund günstiger Zinsbedingungen seit 2021 zu kumulierten Nettoeinnahmen in Höhe von 0,2 Milliarden Euro für den EU-Haushalt geführt. Ab 2025 führten Zinsänderungen jedoch dazu, dass dem EU-Haushalt aufgrund der Barmittelbestände im Zusammenhang mit dem Liquiditätsmanagement Nettokosten entstanden[49]. Da die Liquiditätskosten jährlich in Rechnung gestellt werden, werden sich die im Jahr 2025 angefallenen Nettokosten erst im EU-Haushalt 2026 widerspiegeln[50].

## Während des Angriffskriegs Russlands wurde die Ukraine weiter aus dem EU-Haushalt unterstützt

**2.48.** Der Kommission zufolge haben die EU und ihre Mitgliedstaaten seit Beginn des Angriffskriegs Russlands bis Ende 2025 mehr als 192,1 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine und ihrer Bevölkerung mobilisiert (siehe ***Abbildung 2.23***).

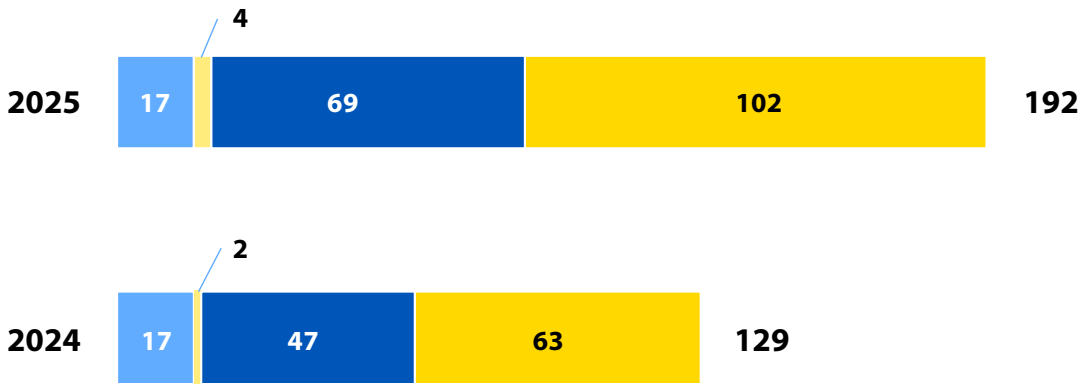
---

[49] COM(2025) 310, 2.2. "Verzögerungen bei der Umsetzung führen zu Kosten für die Europäische Union".

[50] Artikel 17 des Durchführungsbeschlusses (EU, Euratom) 2024/1974 der Kommission.

**Abbildung 2.23 – Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die Ukraine und ukrainische Staatsangehörige seit Beginn des Angriffskriegs Russlands, Stand: Ende 2025**

*(Milliarden Euro)*




Unterstützung für ukrainische Staatsangehörige in der EU

Ukraine-Unterstützung aus Erlösen aus immobilisierten russischen Vermögenswerten

Militärische Hilfsmaßnahmen

Sonstige durch die EU und ihre Mitgliedstaaten bereitgestellte Unterstützung

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

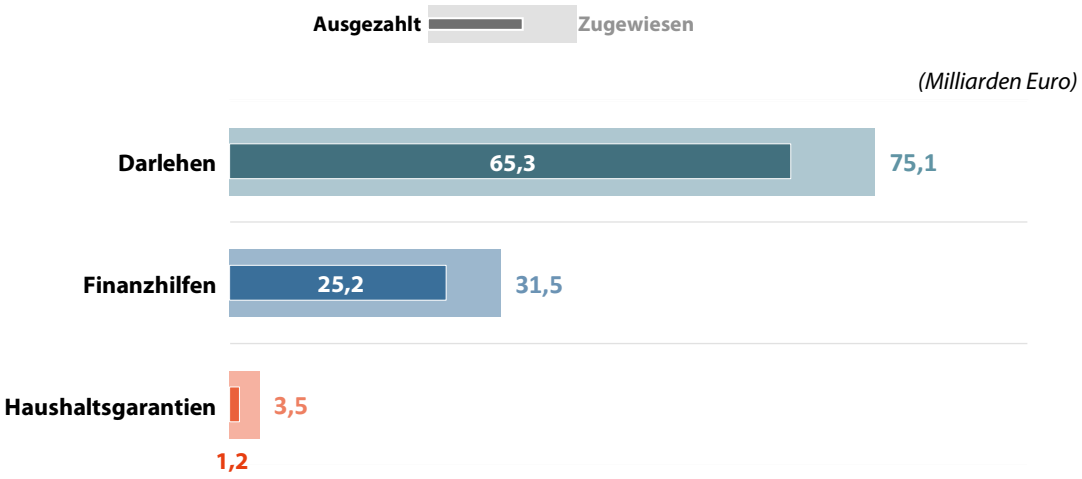
**2.49.** Während ***Abbildung 2.23*** den von der EU und ihren Mitgliedstaaten mobilisierten Gesamtbetrag zeigt, ist in ***Abbildung 2.24*** eine ergänzende Perspektive dargestellt, die sich nur auf die durch den EU-Haushalt ermöglichte Unterstützung konzentriert. Die Aufschlüsselung erfolgte auf Grundlage der ausgezahlten und zugewiesenen Beträge für folgende Elemente:

a) Darlehen zum Nennwert;

b) Finanzhilfen, mit denen direkte Unterstützung für die Ukraine und ukrainische Staatsangehörige bereitgestellt wird (ohne Dotierungen für Darlehen und Garantien);

c) ausschließlich im Rahmen der Ukraine-Garantie bereitgestellte *Haushaltsgarantien*.

**Abbildung 2.24 – Aus dem EU-Haushalt finanzierte Unterstützung für die Ukraine und ukrainische Staatsangehörige seit Beginn des Angriffskriegs Russlands, Stand: Ende 2025**




*Hinweis:* Darlehen zum Nennwert; Finanzhilfen im Rahmen genehmigter Programme; ausschließlich im Rahmen der Ukraine-Garantie bereitgestellte Haushaltsgarantien. Dotierungen im Gemeinsamen Dotierungsfonds (CPF) sind nicht erfasst.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU und sonstiger Daten der Kommission.

**2.50.** Bis Ende 2025 hatte die Ukraine-Fazilität 31,3 Milliarden Euro mobilisiert. Davon wurden 23,2 Milliarden Euro in Form von Darlehen bereitgestellt (siehe ***Abbildung 2.18***). Mit der 2024 eingerichteten Fazilität soll die Ukraine bis 2027 mit bis zu 50 Milliarden Euro finanziell unterstützt werden. Im Rahmen der Fazilität kann die EU auch die Fremdkapitalkosten der Ukraine im laufenden MFR sowohl für Darlehen aus der Ukraine-Fazilität als auch für die 2022 gewährten außerordentlichen *Makrofinanzhilfe*-Darlehen (MFA-Darlehen) bezuschussen. Im Jahr 2025 beliefen sich diese Zinszuschüsse auf 0,6 Milliarden Euro (und seit der Einrichtung der Ukraine-Fazilität kumulativ auf 0,8 Milliarden Euro).

**2.51.** Im Jahr 2025 wurde die im Rahmen des Kooperationsmechanismus bei Ukraine-Darlehen (Ukraine Loan Cooperation Mechanism, ULCM)[51] bereitgestellte MFA, die im Rahmen der Initiative der G7 "Darlehen für die Ukraine durch beschleunigte Nutzung außerordentlicher Einnahmen" eingerichtet wurde und sich auf 18,1 Milliarden Euro[52] belief, vollständig ausgezahlt. Die Rückzahlung des

[51] Verordnung (EU) 2024/2773.

[52] Annex to the G7 Finance Ministers" Statement on Extraordinary Revenue Acceleration (ERA) Loan initiative.

Kapitalbetrags, der Zinsen und zugehöriger Kosten soll durch künftige Zuflüsse außerordentlicher Einnahmen aus immobilisierten staatlichen Vermögenswerten Russlands[53] finanziert werden. Der Rechnungshof weist jedoch auf die rechtlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Immobilisierung russischer Vermögenswerte hin[54]. Der Kommission zufolge hat die EU im Jahr 2025 außerordentliche Einnahmen dieser Art in Höhe von 0,6 Milliarden Euro als Puffer zur Deckung künftiger finanzieller Kosten im Zusammenhang mit dem ULCM zurückgelegt.

**2.52.** Im Dezember 2025 erreichte der Rat eine politische Einigung über ein zusätzliches Darlehen[55] in Höhe von 90 Milliarden Euro für die Ukraine, um den finanziellen Bedarf des Landes in den Jahren 2026 und 2027 im Rahmen des Unterstützungsdarlehens für die Ukraine (Ukraine Support Loan, USL) zu decken. 30 Milliarden Euro davon sollen in Form von Makrofinanzhilfe und Budgethilfe durch die Ukraine-Fazilität und 60 Milliarden Euro zur Unterstützung der industriellen Kapazitäten im Verteidigungsbereich bereitgestellt werden. Das Darlehen soll durch Mittelaufnahmen der EU an den Kapitalmärkten finanziert werden, die durch den *Spielraum* des EU-Haushalts abgesichert sind, ohne dass sich daraus finanzielle Verpflichtungen für die nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten (Tschechien, Ungarn und Slowakei) ergeben. Der EU-Haushalt soll die Zinsen und die damit verbundenen Fremdkapitalkosten im Jahr 2027 decken, während der Kapitalbetrag von der Ukraine erst zurückzuzahlen wäre, nachdem sie Kriegsreparationen von Russland[56] erhalten hat. Das Europäische Parlament stimmte im Januar 2026 der Anwendung des Verfahrens der "Verstärkten Zusammenarbeit"[57] für die Mitgliedstaaten zu, die das Darlehen absichern. Die einschlägigen Verordnungen wurden im Februar 2026[58] angenommen. Im April 2026 erzielte der Rat eine Einigung über die Änderung des MFR, um die EU-Anleihen abzusichern und die Kosten für den Schuldendienst für 2027 zu finanzieren (die zum Zeitpunkt des Vorschlags auf rund 1 Milliarde Euro geschätzt wurden).

---

[53] Artikel 3 und Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2024/2773.

[54] Rechtssachen T-150/26 und C-186/26.

[55] EUCO 26/25.

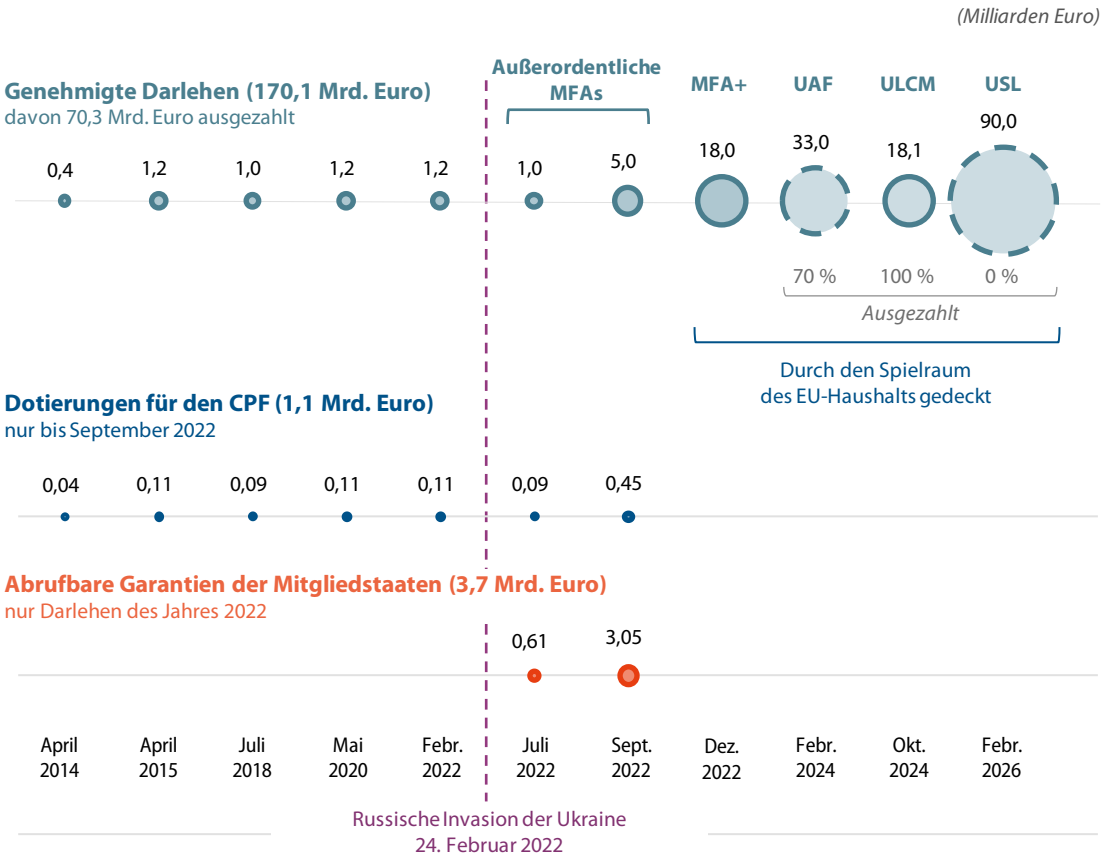
[56] Artikel 20 der Verordnung (EU) 2026/467.

[57] Artikel 20 des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

[58] Verordnungen (EU) 2026/467 und (EU) 2026/468.

**2.53.** Mitte 2026 belief sich das Volumen der seit 2014 für die Ukraine genehmigten bzw. vereinbarten noch ausstehenden oder noch auszuzahlenden Darlehen auf 170,1 Milliarden Euro. Von diesem Gesamtbetrag waren 70,3 Milliarden Euro zum Jahresende 2025 bereits ausgezahlt worden (siehe ***Abbildung 2.25***).

## Abbildung 2.25 – Zeitleiste der genehmigten (ausstehenden oder noch auszuzahlenden) Darlehen an die Ukraine, einschließlich Dotierungen und Garantien der Mitgliedstaaten




**MFA:** Makrofinanzhilfe
**MFA+:** Makrofinanzhilfe Plus
**UAF:** Ukraine-Fazilität (in der durch die Verordnung (EU) 2026/468 geänderten Fassung)
**ULCM:** Makrofinanzhilfe im Rahmen des Kooperationsmechanismus bei Ukraine-Darlehen
**USL:** Makrofinanzhilfe im Rahmen des Unterstützungsdarlehens für die Ukraine

*Hinweise:* Beträge zum Nennwert; Stand der Auszahlungen: Jahresende 2025.
Die von Euratom an Energoatom ausgezahlten ausstehenden Darlehen in Höhe von 0,3 Milliarden Euro sind nicht erfasst.
Zum Jahresende 2025 mussten noch Dotierungen in Höhe von 0,05 Milliarden Euro für die Darlehen aus dem Jahr 2022 in den CPF eingezahlt werden.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der einschlägigen Rechtsvorschriften und der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

**2.54.** Die Kommission nahm in die Jahresrechnung 2025 der EU[59] eine Wertberichtigung in Höhe von 30,2 Milliarden Euro (2024: 15,8 Milliarden Euro) für alle bereits ausgezahlten MFA-Darlehen und Darlehen aus der Ukraine-Fazilität auf, die die erwarteten Verluste während der Laufzeit der Darlehen widerspiegelt.

## Die Exposition des EU-Haushalts nimmt weiter zu

**2.55.** Bei seiner Analyse der Exposition des EU-Haushalts betrachtete der Rechnungshof

a) die Garantien aus dem EU-Haushalt für Anleihen auf den Märkten, die für an Mitgliedstaaten oder Nicht-EU-Länder ausgezahlte Darlehen vorgesehen waren, sollte ein Darlehensausfall eintreten;

b) Verbindlichkeiten, die in Zukunft entstehen könnten, wenn ein bestimmtes Ereignis eintritt; diese werden in der Jahresrechnung als *Eventualverbindlichkeiten* ausgewiesen und setzen sich aus den bereits gewährten Haushaltsgarantien für ausgezahlte Beträge zusammen[60].

**2.56.** Die sich daraus ergebende Exposition des EU-Haushalts belief sich zum Jahresende 2025 auf insgesamt 406,8 Milliarden Euro, was gegenüber 342 Milliarden Euro zum Jahresende 2024 einen Anstieg um 19 % darstellt. ***Abbildung 2.26*** zeigt die derzeitige Exposition des EU-Haushalts und das bestehende Schutzsystem, mit dem sichergestellt werden soll, dass die EU ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

---

[59] Konsolidierte Jahresrechnung 2025 der EU, Erläuterung 2.4.

[60] Ebd., Erläuterung 4.1.1.

## Abbildung 2.26 – Gesamtexposition des EU-Haushalts zum Jahresende 2025, mit Expositionsquelle und Schutzsystem

*(Milliarden Euro)*

| Expositionsquelle | Exposition des EU-Haushalts 2024 | Exposition des EU-Haushalts 2025 | Schutzsystem VOR Inanspruchnahme des EU-Haushalts | Schutzsystem NACH Inanspruchnahme des EU-Haushalts |
|---|---|---|---|---|
| **NGEU-Darlehen** | 108,7 | 155,9 | | Spielraum bei der befristeten Eigenmittelobergrenze (0,6 % des BNE der EU) |
| **SURE-Darlehen** | 98,4 | 90,4 | n. z. | Spielraum bei der ständigen Eigenmittelobergrenze (1,4 % des BNE der EU) + Garantie der Mitgliedstaaten (25 %) |
| **EFSM-Darlehen** | 42,0 | 37,1 | | |
| **BOP-Darlehen** | 0,2 | - | | |
| **MFA+-Darlehen** *für die Ukraine* | 18,0 | 18,0 | | |
| **Darlehen aus der Ukraine-Fazilität** | 13,1 | 23,2 | | |
| **MFA im Rahmen des Kooperationsmechanismus bei Ukraine-Darlehen (ULCM)** | - | 18,1 | Außerordentliche Einnahmen aus immobilisierten staatlichen Vermögenswerten Russlands | Spielraum bei der ständigen Eigenmittelobergrenze (1,4 % des BNE der EU) |
| **Außerordentliche MFA-Darlehen** *für die Ukraine* | 6,0 | 6,0 | Gemeinsamer Dotierungsfonds (9 %) + freiwillige Garantie der Mitgliedstaaten (61 %) | |
| **MFA-Darlehen** *für die Ukraine* | 5,0 | 5,0 | Gemeinsamer Dotierungsfonds (zwischen 9 % und 70 %) | n. z. |
| **Ukraine-Garantie** | 0,1 | 1,2 | | |
| **Euratom-Darlehen** *für Energoatom* | 0,3 | 0,3 | | |
| **EFSI-Garantie** | 21,0 | 20,0 | | |
| **Garantie im Rahmen des Mandats für die Darlehenstätigkeit in Drittländern (ELM)** | 19,2 | 16,8 | | |
| **EFSD-Garantie** | 0,5 | 0,5 | | |
| **NDICI-EFSD+-Garantie** | 1,3 | 2,9 | | |
| **InvestEU-Garantie** | 3,5 | 6,0 | | |
| **Darlehen an sonstige Drittländer** | 4,7 | 5,4 | | |
| **Insgesamt** | **342,0** | **406,8** | | |

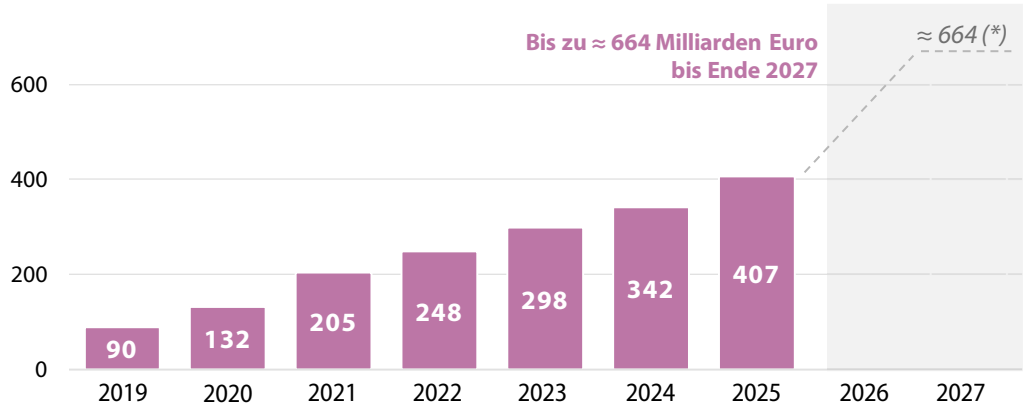
*Hinweise:* Die Abbildung wurde unter Anwendung des in Ziffer ***2.55*** beschriebenen Ansatzes erstellt. Die Dotierungsraten der Mitgliedstaaten-Komponenten im Rahmen der InvestEU-Garantie können von der Standardrate abweichen. Nicht durch die Dotierung gedeckte Beträge werden durch Back-to-back-Garantien der Mitgliedstaaten gedeckt. Bezüglich der ELM-Garantie liegt die Exposition der EU bei zwischen 65 % und 100 % der ausstehenden Darlehensbeträge.
*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnungen der Europäischen Union für die Jahre 2024 und 2025.

**2.57.** Im Jahr 2025 wurde die Reform- und Wachstumsfazilität für die Republik Moldau eingerichtet. Aus dieser Fazilität werden zwischen 2025 und 2027 Darlehen in Höhe von bis zu 1,5 Milliarden Euro bereitgestellt, von denen 0,3 Milliarden Euro im Jahr 2025 ausgezahlt wurden.

**2.58.** Die Exposition des EU-Haushalts wird laut Prognose weiter zunehmen und sich 2027 auf bis zu 664 Milliarden Euro belaufen (siehe ***Abbildung 2.27***).

### Abbildung 2.27 – Bisherige und prognostizierte Exposition des EU-Haushalts

*(Milliarden Euro)*




(*) Prognostizierte Exposition bis Ende 2027:

- NextGenerationEU-Darlehen: bis zu 216,7 Milliarden Euro (überarbeitet im Januar 2026)
- Unterstützung für Darlehen zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage: 82,4 Milliarden Euro
- Darlehen im Rahmen von "Sicherheitsmaßnahmen für Europa": bis zu 75 Milliarden Euro (≈ 50 %)
- Darlehen im Rahmen des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus: 27,9 Milliarden Euro
- Euratom-Darlehen für Energoatom: 0,2 Milliarden Euro
- Darlehen an die Ukraine: bis zu 170 Milliarden Euro (überarbeitet im Januar 2026)
- Darlehen an sonstige Drittländer: bis zu 14,7 Milliarden Euro
- Haushaltsgarantien für unterzeichnete Operationen: bis zu 77,6 Milliarden Euro

*Hinweis:* Die Abbildung wurde unter Anwendung des in Ziffer ***2.55*** beschriebenen Ansatzes erstellt.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU und sonstiger Daten der Kommission.

**2.59.** Die Gesamtexposition kann in Risiken auf Jahressicht aufgeschlüsselt werden, d. h. den jeweiligen Höchstbetrag, der im Falle von Zahlungsausfällen in einem gegebenen Jahr aus dem EU-Haushalt oder aus dem Spielraum gedeckt werden muss[61]. Die Kommission hat dem Rechnungshof Daten übermittelt, die auf Zahlen zum Risiko auf Jahressicht des EU-Haushalts Ende 2024, zu Finanzhilfen für Mitgliedstaaten und Nicht-EU-Länder sowie zum *Mandat für die Darlehenstätigkeit in Drittländern* (External Lending Mandate, ELM) beruhen. Für 2026 hat der Rechnungshof eine Gesamtexposition von 20 Milliarden Euro berechnet (2025: 14,5 Milliarden Euro). In dieser Zahl ist jedoch nicht das Risiko auf Jahressicht berücksichtigt, das sich aus den übrigen durch Haushaltsgarantien gedeckten Programmen (EFSI, InvestEU, EFSD und EFSD+) ergibt. 2022 hat der Rechnungshof der Kommission empfohlen[62], ihre Schätzung des Gesamtrisikos auf Jahressicht zu veröffentlichen.

## Der Handlungsspielraum des EU-Haushalts bietet eine Garantie für die Mittelaufnahme

**2.60.** Die Anleihetransaktionen der EU werden durch einen Garantiemechanismus abgesichert, der gewährleisten soll, dass die Schuldendienstverpflichtungen stets erfüllt werden können. Diese Garantie wird über den Spielraum des EU-Haushalts – d. h. die jährliche Marge zwischen den Eigenmitteln, die zur Finanzierung der tatsächlichen Höhe der Mittel für Zahlungen im Rahmen des MFR benötigt werden, und der Eigenmittelobergrenze (d. h. dem Höchstbetrag, den die EU von den Mitgliedstaaten abrufen kann) – bereitgestellt. 2021 ist die ständige Eigenmittelobergrenze auf 1,4 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU festgelegt worden. Der Haushaltsplan 2025 umfasste Eigenmittel in Höhe von 0,83 % des BNE der EU zur Finanzierung von Haushaltsausgaben[63], was bedeutet, dass es zum Jahresende einen Spielraum von 0,57 % zur Deckung von Haushaltsverbindlichkeiten gab.

---

[61] Sonderbericht 05/2023, Abbildung 2.

[62] Jahresbericht 2022, Empfehlung 2.3.

[63] Konsolidierte Jahresrechnung 2025 der EU, Erläuterung 6.7.

**2.61.** In der Praxis ist der Spielraum eine Notfall-Garantie für Investoren: Sollte die EU (z. B. aufgrund von nicht fristgerecht oder unvollständig erfolgten Rückzahlungen der Darlehensempfänger) Schwierigkeiten haben, ihre Verbindlichkeiten zu begleichen, so ermöglicht er es der Kommission, zusätzliche Beiträge bei den Mitgliedstaaten abzurufen, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. Bevor Mittel auf diese Weise abgerufen werden, greifen aber der Kommission zufolge zunächst die zur Risikominderung und für das Liquiditätsmanagement getroffenen Maßnahmen[64]. Der Spielraum ist keine im Voraus finanzierte Reserve; er löst nur Zahlungen der Mitgliedstaaten aus, wenn die Standardhaushaltsmittel der EU und die Zuflüsse der Darlehensnehmer nicht ausreichen, um die Rückzahlungen von EU-Anleihen zu decken. Dieser Mechanismus[65] stellt eine verbindliche rechtliche Verpflichtung für die Mitgliedstaaten dar.

**2.62.** Auf der Grundlage der Ende 2024 verfügbaren Daten schätzt die Kommission, dass sich – nach Abzug der für die Finanzierung der Mittel für Zahlungen aus dem EU-Haushalt (außer NGEU) erforderlichen Eigenmittel – der Handlungsspielraum bei der festen Eigenmittelobergrenze im Jahr 2026 auf 90,8 Milliarden Euro und im Jahr 2027[66] auf 90,5 Milliarden Euro belaufen wird (siehe ***Abbildung 2.28***). Diese Zahlen entsprechen 0,5 % des jährlichen BNE der EU.

**2.63.** Zusätzlich zum Spielraum bei der ständigen Eigenmittelobergrenze wurde mit dem Eigenmittelbeschluss bis zum Jahr 2058 eine zusätzliche vorübergehende und außergewöhnliche Anhebung der Eigenmittelobergrenze von 0,6 % des BNE der EU eingeführt, die ausschließlich dazu dient, die Rückzahlung der NGEU-Anleihen zu gewährleisten. Die Kommission geht davon aus, dass für den Zeitraum bis 2027 fast der gesamte Spielraum bei der befristeten Eigenmittelobergrenze verfügbar bleiben wird[67] (siehe ***Abbildung 2.28***).

---

[64] Ebd.

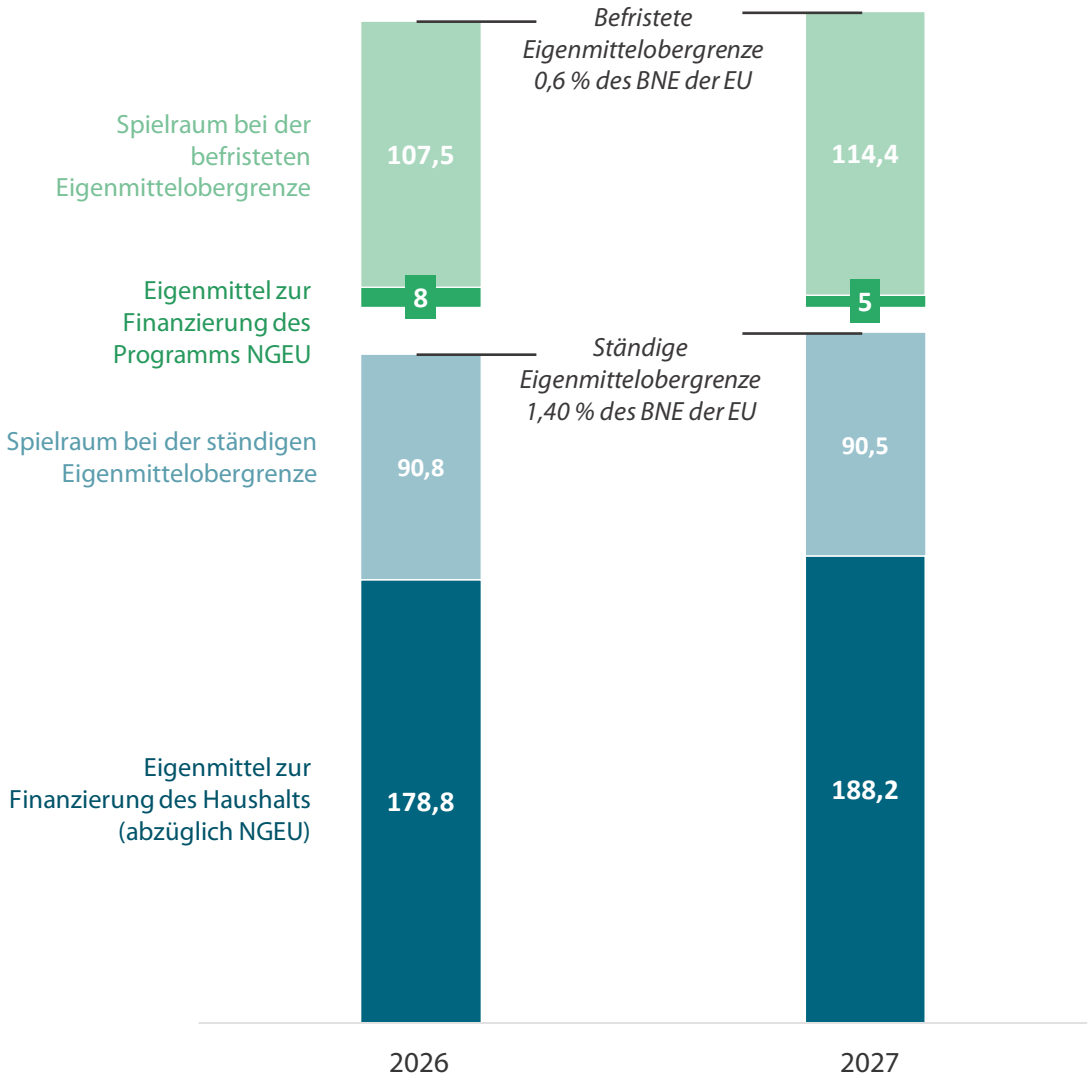
[65] Beschluss (EU, Euratom) 2020/2053 des Rates.

[66] COM(2025) 781, Anhänge.

[67] Ebd.

## Abbildung 2.28 – Spielraum bei der ständigen und der befristeten Eigenmittelobergrenze

*(Milliarden Euro)*




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von COM(2025) 781.

**2.64.** Für den nächsten MFR hat die Kommission eine Anhebung der Eigenmittelobergrenze auf 1,75 % vorgeschlagen[68]. In seiner Stellungnahme zum Vorschlag der Kommission[69] wies der Rechnungshof darauf hin, dass die Kommission erneut prüfen sollte, ob die vorgeschlagene Eigenmittelobergrenze nach der Genehmigung eines neuen Darlehens in Höhe von 90 Milliarden Euro für die Ukraine nach wie vor angemessen ist.

**2.65.** Mit dem Vorschlag wurde außerdem ein Krisenreaktionsmechanismus eingeführt, mit dem an den Kapitalmärkten zusätzliche Mittel aufgenommen werden können, um den Mitgliedstaaten im Falle schwerer Krisen, schwerer Notlagen oder der ernsten Gefahr solcher Krisen oder Notlagen Darlehen bereitzustellen[70]. Dieses Instrument würde zur Anwendung kommen, wenn durch die bestehenden Programme die Situation nicht angemessen bewältigt werden kann. Die damit verbundenen Verbindlichkeiten würden durch eine außerordentliche und vorübergehende Anhebung der Eigenmittelobergrenze um 0,25 Prozentpunkte gedeckt[71].

## Die kumulierte finanzielle Wertentwicklung des gemeinsamen Dotierungsfonds ist wie im Jahr 2024 positiv

**2.66.** Seit 2021 sind sämtliche Rückstellungen für finanzielle Verbindlichkeiten der EU, die sich aus Haushaltsgarantien, Darlehen im Rahmen des finanziellen Beistands und der Euratom-Darlehensfazilität ergeben, im *gemeinsamen Dotierungsfonds* (Common Provisioning Fund, CPF) zusammengefasst[72]. Zum 31. Dezember 2025 belief sich der Marktwert des Vermögens des CPF auf 27,2 Milliarden Euro (2024: 23,2 Milliarden Euro). Die Mittel des CPF werden Komponenten zugewiesen, die den einzelnen beitragenden Instrumenten entsprechen[73] (siehe ***Abbildung 2.29***).

---

[68] COM(2025) 574, Artikel 4.

[69] Stellungnahme 04/2026, Ziffer 16.

[70] COM(2025) 574, Artikel 6.

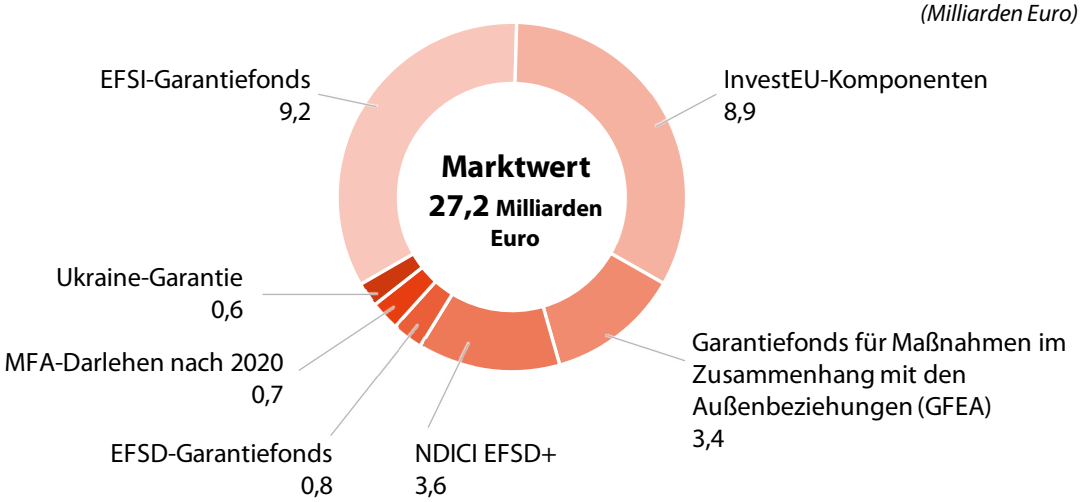
[71] Ebd., Artikel 8.

[72] Artikel 215 der Haushaltsordnung.

[73] Artikel 3 C(2020) 131/03.

## Abbildung 2.29 – Der gemeinsame Dotierungsfonds und seine Komponenten zum Jahresende 2025

*(Milliarden Euro)*




| | |
|---|---|
| **EFSI:** | Europäischer Fonds für strategische Investitionen |
| **NDICI:** | Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit |
| **EFSD+:** | Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung plus |
| **EFSD:** | Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung |
| **MFA:** | Makrofinanzhilfe |

*Hinweise:* Von den unter den InvestEU-Komponenten angegebenen Vermögenswerten sind 1,1 Milliarden Euro Mitgliedstaaten-Komponenten (Tschechien, Finnland, Rumänien, Malta, Bulgarien, Griechenland, Spanien und Portugal) zugewiesen, die separat durch nationale oder regionale Beiträge finanziert werden.
Darüber hinaus werden 0,2 Milliarden Euro in der zentralen Kassenmittelverwaltung der Kommission als Liquiditätspuffer zur Deckung unmittelbarer Garantieabrufe gehalten.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

**2.67.** Das Ziel der Kommission bei der Verwaltung des CPF besteht darin, zumindest das eingebrachte Kapital zu erhalten (Kapitalerhaltung)[74]. Nach einer positiven Wertentwicklung von 0,9 Milliarden Euro im Jahr 2025 (0,8 Milliarden Euro im Jahr 2024) beläuft sich die kumulierte Wertentwicklung des Portfolios (realisierte und nicht realisierte Ergebnisse) seit seiner Einrichtung im Jahr 2021 auf 1,3 Milliarden Euro (4,9 %).

[74] COM(2025) 400, Teil 2.

**2.68.** Die Kommission kann auf den CPF zurückgreifen, um Abflüsse bei Abruf von Garantien im Zusammenhang mit Operationen sowohl in EU- als auch in Nicht-EU-Ländern sowie bei Zahlungsausfällen von Nicht-EU-Ländern zu decken, bevor der EU-Haushalt in Anspruch genommen wird. Während bei MFA und Euratom-Darlehen bisher keine Zahlungsausfälle eingetreten sind, beliefen sich die kumulierten Garantieabrufe abzüglich Einziehungen bei Ausfällen und die Wertminderungen bei Kapitalbeteiligungen im Rahmen der Haushaltsgarantien zum Jahresende 2024 auf 1,4 Milliarden Euro[75] (2023: 1,2 Milliarden Euro), wovon 0,9 Milliarden Euro (2023: 0,9 Milliarden Euro) auf das Außenmandat (ELM)[76] entfielen, dessen Dotierung zur Komponente "Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (GFEA)" gehört.

[75] Abgeleitet von 2026 Draft general budget of the European Union – Working Document Part XI. Siehe Tabellen mit dem Titel "Guarantee calls and recoveries", S. 19, 34, 48, 63, 79 und 97.

[76] 2026 Draft general budget of the European Union – Working Document Part XI, S. 63.

# Schlussfolgerungen und Empfehlungen

## Schlussfolgerungen

**2.69.** Im Jahr 2025 wurden fast alle im Jahreshaushalt der EU vorgesehenen Mittel für Verpflichtungen und Zahlungen in Anspruch genommen. Aufgrund von NGEU lag der Gesamtbetrag der Zahlungen im Jahr 2025 höher als der Gesamtbetrag der Mittelbindungen. Die Mittelausschöpfung lag bei den ESI-Fonds 2014–2020 bei 98,6 %, während sich die Zahlungen für die der Dachverordnung unterliegenden Fonds mit geteilter Mittelverwaltung auf 16,6 % des für diese Fonds im Rahmen des MFR 2021−2027 zugewiesenen Betrags beliefen. Die Ausschöpfungsquote der drei größten Fonds der Kohäsionspolitik (EFRE, KF und ESF+) lag im Zeitraum 2021–2025 bei 14,8 % mit Gesamtzahlungen in Höhe von 52,8 Milliarden Euro. Der Rechnungshof stellte einen hohen Betrag zum Jahresende noch abzuwickelnder Zahlungsanträge fest (siehe Ziffern ***2.2***–***2.18***).

**2.70.** Die jährlichen Zahlungen von ARF-Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 40,1 Milliarden Euro lagen 2025 deutlich unter der Prognose der Kommission (65 Milliarden Euro). Im Dezember 2025 hatten jedoch 17 Mitgliedstaaten Zahlungsanträge in Höhe von insgesamt 20,3 Milliarden Euro eingereicht. Von den Mittelbindungen für ARF-Finanzhilfen in Höhe von 359,9 Milliarden Euro wurden 237,5 Milliarden Euro (66 %) bis Ende 2025 ausgezahlt. Demnach müssen 122,4 Milliarden Euro (34 %) bis Ende 2026 noch ausgezahlt werden (siehe Ziffern ***2.19***–***2.24***).

**2.71.** Zum Jahresende 2025 beliefen sich die noch abzuwickelnden Mittelbindungen, einschließlich Mitteln für NGEU-Finanzhilfen, auf insgesamt 501,1 Milliarden Euro. Die Kommission geht davon aus, dass dieser Betrag bis Ende 2027 auf 339 Milliarden Euro sinken wird (siehe Ziffern ***2.25***–***2.29***).

**2.72.** Die langfristigen EU-Anleihen beliefen sich Ende 2025 auf 702,1 Milliarden Euro und dürften bis zum Ende des laufenden MFR auf 1 Billion Euro ansteigen. Die Ausgaben für Finanzierungskosten für die nicht rückzahlbare NGEU-Unterstützung könnten sich im aktuellen MFR insgesamt auf bis zu 28,3 Milliarden Euro belaufen und wären somit etwa doppelt so hoch wie der ursprünglich von der Kommission veranschlagte Betrag von 14,9 Milliarden Euro. Die NGEU-Auszahlungen im Jahr 2025 waren niedriger als prognostiziert und führten zum Jahresende zu erhöhten Barmittelbeständen (siehe Ziffern ***2.30***–***2.47***).

**2.73.** Seit Beginn des Angriffskriegs Russlands und bis Ende 2025 hatten die EU und ihre Mitgliedstaaten mehr als 192,1 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine und ihrer Bevölkerung mobilisiert. Davon hat die EU Darlehen in Höhe von 65,3 Milliarden Euro ausgezahlt, weitere 9,8 Milliarden Euro sind noch auszuzahlen. Im April 2026 einigte sich der Rat auf zusätzliche Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro (siehe Ziffern ***2.48***–***2.54***).

**2.74.** Die Exposition des EU-Haushalts stieg von 342 Milliarden Euro im Jahr 2024 auf 406,8 Milliarden Euro im Jahr 2025 und wird in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter zunehmen. Zum 31. Dezember 2025 belief sich der Marktwert des Vermögens des CPF auf 27,2 Milliarden Euro (siehe Ziffern ***2.55***–***2.68***).

## Empfehlungen

## Empfehlung 2.1 – Das Risiko eines Zahlungsrückstands bei den Fonds der Kohäsionspolitik verringern

**2.75.** Die Kommission sollte zusammen mit den Mitgliedstaaten zeitnahe Maßnahmen ergreifen, um im Rahmen des Jahreshaushalts und im Einklang mit den MFR-Obergrenzen den Zahlungsbedarf angemessen zu planen und umzusetzen, wobei ein besonderer Fokus auf die Fonds der Kohäsionspolitik gelegt werden sollte. Ziel sollte es sein, das Risiko etwaiger Rückstände aufgrund unzureichender Mittel für Zahlungen im Jahreshaushalt zu verringern, um den Zahlungsdruck in künftigen Haushaltsjahren zu begrenzen.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2026.**

## Empfehlung 2.2 – Eine Strategie für das Management und die Rückzahlung der mit NGEU zusammenhängenden Verbindlichkeiten entwickeln

**2.76.** Die Kommission sollte eine umfassende Strategie für das Management und die Rückzahlung der mit NGEU zusammenhängenden Verbindlichkeiten für den Rückzahlungszeitraum bis 2058 entwickeln, wobei makroökonomische und finanzielle Risiken, einschließlich Refinanzierungs-, Zins-, Liquiditäts- und Marktrisiken, berücksichtigt werden sollten. Im Hinblick auf den aktuellen MFR und künftige MFR sollte den geltenden Haushaltszwängen wie der jährlichen Obergrenze für die Rückzahlung des Kapitalbetrags und den verfügbaren Mitteln für Zahlungen Rechnung getragen werden. Mit Blick auf die nicht rückzahlbare Unterstützung sollte die Kommission – da hier die Finanzierungskosten aus dem EU-Haushalt getragen werden – Kriterien und Prioritäten festlegen, um entscheiden zu können, welcher Anteil der fälligen Verbindlichkeiten refinanziert werden soll, um die Finanzierungskosten zu begrenzen und gleichzeitig einen effizienten Marktzugang und operationelle Flexibilität sicherzustellen.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

# Kapitel 3

## EU-Haushalt und Ergebniserbringung

# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Teil 1 – Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsprüfungen des Rechnungshofs: Kernaussagen** | **3.1. - 3.39.** |
| **Einleitung** | **3.1. - 3.6.** |
| **Reaktion der EU auf den Wiederaufbau nach der Krise** | **3.7. - 3.12.** |
| **Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger** | **3.13. - 3.18.** |
| **Widerstandsfähigkeit gegenüber Sicherheitsbedrohungen der EU und Achtung der europäischen Werte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** | **3.19. - 3.25.** |
| **Klimawandel, Umwelt und natürliche Ressourcen** | **3.26. - 3.32.** |
| **Fiskalpolitische Maßnahmen und öffentliche Finanzen in der EU** | **3.33. - 3.37.** |
| **Wichtigste institutionelle Akteure** | **3.38. - 3.39.** |
| **Europäisches Parlament** | **3.38.** |
| **Rat der Europäischen Union** | **3.39.** |
| **Teil 2 – Leistung der Programme in Rubrik 2 des mehrjährigen Finanzrahmens** | **3.40. - 3.82.** |
| **Einleitung** | **3.40. - 3.43.** |
| **Prüfungsumfang und Prüfungsansatz** | **3.44.** |
| **Die Leistungsberichterstattung für Rubrik 2 entsprach den Anweisungen der Kommission** | **3.45. - 3.49.** |
| **Mit dem Leistungsrahmen 2021–2027 wurde die Überwachung der Ergebnisse verbessert, nicht jedoch die Überwachung der Auswirkungen** | **3.50. - 3.57.** |
| **Der Rahmen 2021–2027 enthält mehr Ergebnisindikatoren als zuvor, aber für die meisten Programme fehlen nach wie vor Auswirkungsindikatoren** | **3.50. - 3.54.** |
| **Insgesamt gute Rückverfolgbarkeit der gemeldeten Daten** | **3.55. - 3.57.** |

**Die Indikatoren zeigen eine von Programm zu Programm unterschiedliche Leistung, wobei der Rechnungshof zu einer niedrigeren Bewertung gelangte als die Kommission** **3.58. - 3.74.**

Die vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Erreichung der Zielvorgaben für die Indikatoren fällt weniger positiv aus als diejenige der Kommission **3.58. - 3.65.**

Die derzeitigen Programmindikatoren weisen, mit Ausnahme des ESF+, bisher auf eine Leistung hin, die besser ist als im vorangegangenen MFR **3.66. - 3.74.**

**Schlussfolgerungen und Empfehlungen** **3.75. - 3.82.**

## Anhänge

**Anhang 3.1 – In Sonderberichten des Jahres 2025 behandelte strategische Bereiche des Rechnungshofs**

**Anhang 3.2 – Beispiele für frühzeitige Maßnahmen, die die Kommission als Reaktion auf die Empfehlungen des Rechnungshofs aus Sonderberichten von 2025 ergriff**

**Anhang 3.3 – Status der Leistungsindikatoren (Stand: 31.12.2024) auf der Grundlage der Bewertung des Rechnungshofs**

# Teil 1 – Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsprüfungen des Rechnungshofs: Kernaussagen

## Einleitung

**3.1.** In seinen Sonderberichten untersucht der Rechnungshof, inwieweit bei der Ausführung des EU-Haushalts den Grundsätzen der *Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung*[1] Rechnung getragen wurde. Analysiert werden die wichtigsten *Leistungs*- und Compliance-Ziele. Im Jahr 2025 veröffentlichte der Rechnungshof 26 Sonderberichte (***Anhang 3.1***), in denen viele der Herausforderungen thematisiert wurden, mit denen die EU in ihren verschiedenen Ausgaben- und Politikbereichen konfrontiert ist.

**3.2.** Mit seinen Prüfungen zielte der Rechnungshof auf die folgenden strategischen Bereiche ab, die für ihn Prioritäten im Sinne seiner Strategie für 2021–2025 darstellen:

- Reaktion der EU auf den Wiederaufbau nach der Krise;
- Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger;
- Widerstandsfähigkeit gegenüber Sicherheitsbedrohungen der EU und Achtung der europäischen Werte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- Klimawandel, Umwelt und natürliche Ressourcen;
- fiskalpolitische Maßnahmen und öffentliche Finanzen in der EU.

[1] Artikel 33 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, September 2024.

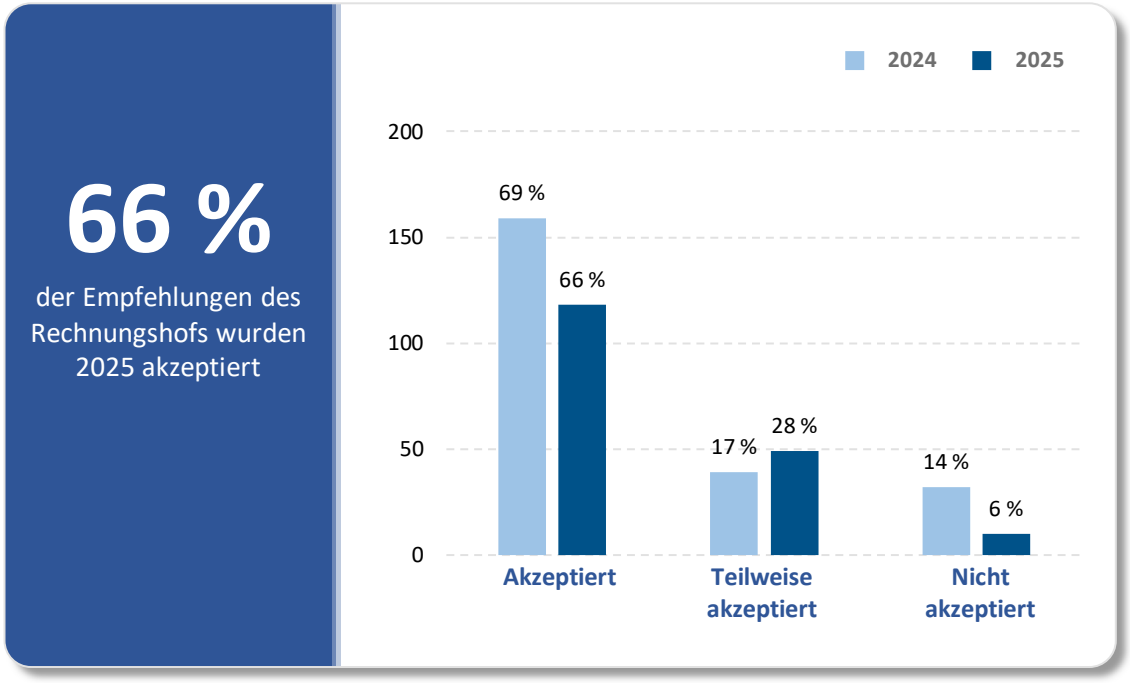
**3.3.** Die Empfehlungen des Rechnungshofs betreffen in erster Linie die folgenden zentralen Bereiche:

- Gestaltung der *Programme*, einschließlich Strategien, Bedarfsbewertung und Abstimmung auf die gesetzten Ziele;
- Festlegung der Zielvorgaben, Indikatoren und Datenüberwachung sowie Berichterstattung;
- Projektauswahl, Nachhaltigkeit der Projekte und Aktionen;
- Einhaltung der Vorschriften für die *öffentliche Auftragsvergabe* und für *staatliche Beihilfen*.

**3.4.** Die geprüften Stellen haben das Recht, auf die Bemerkungen des Rechnungshofs zu antworten[2]. Diese Antworten, aus denen auch hervorgeht, ob die jeweilige geprüfte Stelle die Empfehlungen des Rechnungshofs akzeptiert, werden zusammen mit seinen Sonderberichten veröffentlicht. Die Sonderberichte des Rechnungshofs aus dem Jahr 2025 enthielten 177 Empfehlungen (2024: 230 Empfehlungen). Die geprüften Stellen haben 66 % der Empfehlungen des Rechnungshofs vollständig und 28 % teilweise akzeptiert (***Abbildung 3.1***).

[2] Ebd., Artikel 259.

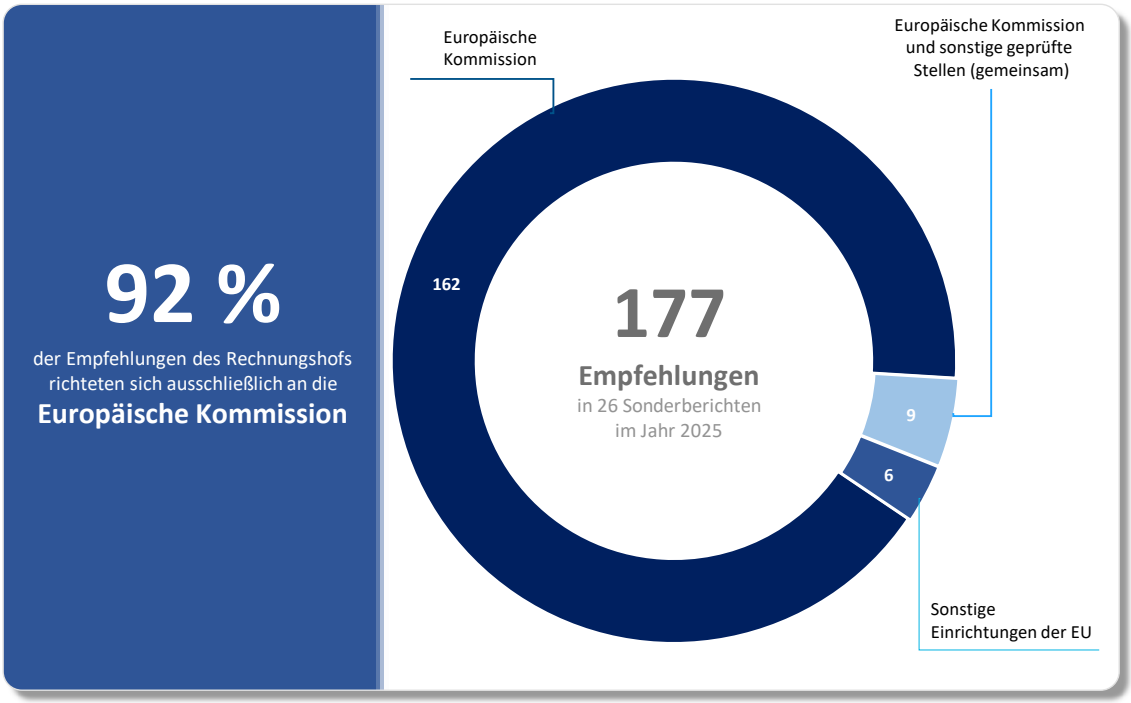
## Abbildung 3.1 – Akzeptanz der in den Sonderberichten von 2025 ausgesprochenen Empfehlungen im Vergleich zu 2024




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.5.** Die meisten Empfehlungen des Rechnungshofs waren an die Europäische Kommission gerichtet (***Abbildung 3.2***).

## Abbildung 3.2 – Aufschlüsselung der Empfehlungen nach geprüfter Stelle



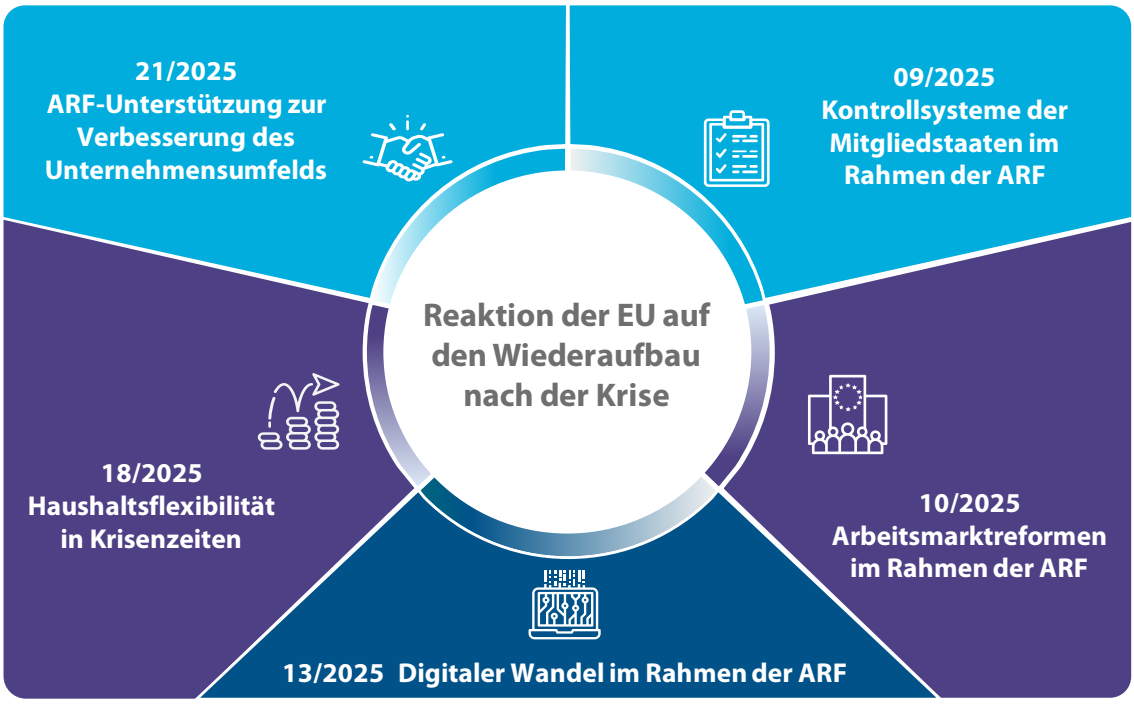

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.6.** In den folgenden Ziffern werden die Kernaussagen der Sonderberichte des Rechnungshofs – nach strategischen Bereichen geordnet – vorgestellt. Zudem wird aufgezeigt, inwiefern der Rat und das Europäische Parlament in seiner *Entlastung*sentschließung auf die Sonderberichte des Rechnungshofs verweisen, und es werden Beispiele für von der Kommission frühzeitig ergriffene Maßnahmen aufgeführt (***Anhang 3.2***). Die Beispiele dienen als Ergänzung zu dem jeweiligen Standpunkt der Kommission, den diese in ihren Antworten auf die Sonderberichte des Rechnungshofs dargelegt hat, und berühren nicht die regulären Weiterverfolgungsmaßnahmen, die vom Rechnungshof nach drei Jahren durchgeführt werden.

## Reaktion der EU auf den Wiederaufbau nach der Krise

**3.7.** Im Jahr 2025 hat der Rechnungshof fünf Sonderberichte zu Themen in diesem strategischen Bereich veröffentlicht (***Abbildung 3.3***).

### Abbildung 3.3 – Sonderberichte des Jahres 2025 zum strategischen Bereich "Reaktion der EU auf den Wiederaufbau nach der Krise"




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.8.** Der Rechnungshof stellte fest[3], dass die Kommission trotz Verbesserungen bei ihrer Prüfungstätigkeit keine ausreichende Gewähr dafür liefern konnte, dass die Mitgliedstaaten über **wirksame Kontrollsysteme** verfügten, um sicherzustellen, dass die Ausgaben im Rahmen der *Aufbau- und Resilienzfazilität* (ARF) den Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen und für staatliche Beihilfen entsprachen.

**3.9.** Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind Schlüsselbereiche, für die Mittel aus der ARF bereitgestellt werden. Der Rechnungshof stellte fest[4], dass mit den in den Aufbau- und Resilienzplänen enthaltenen **Arbeitsmarkt**reformen zum Zeitpunkt seiner Prüfung die erwarteten *Outputs* und einige *Ergebnisse* erzielt worden waren. Allerdings wurden damit die in den länderspezifischen Empfehlungen aufgezeigten strukturellen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt nur teilweise angegangen. Darüber hinaus war die Möglichkeit, die Ergebnisse oder die *Auswirkungen* der arbeitsmarktrelevanten ARF-Reformen zu bewerten, erheblich eingeschränkt, da geeignete Indikatoren fehlen.

**3.10.** Bei der Umsetzung des zentralen Ziels der ARF, den **digitalen Wandel** in der EU zu unterstützen, haben die Kommission und die Mitgliedstaaten die Methodik der digitalen Markierung korrekt angewendet. Alle Mitgliedstaaten haben die Zuweisungsanforderung von 20 % entweder erfüllt oder überschritten. Der Rechnungshof stellte jedoch fest[5], dass einige Mitgliedstaaten der EU-Finanzierung von Maßnahmen, die auf ihren dringlichsten Digitalisierungsbedarf ausgerichtet waren, keine Priorität eingeräumt hatten, da die ARF-Verordnung keine entsprechenden Vorschriften enthielt. Ferner stellte er fest, dass die gemeinsamen Indikatoren der ARF, die zur Verfolgung der Fortschritte verwendet wurden, nicht gut auf die Ziele der bestehenden digitalen Strategie der EU abgestimmt waren.

**3.11.** Die Regelungen zur **Flexibilität des EU-Haushalts** haben es ermöglicht, auf neue Herausforderungen und Prioritäten zu reagieren. Der Rechnungshof hat jedoch darauf hingewiesen[6], dass der Flexibilitätsrahmen zu komplex war, wobei die Rangfolge der Nutzung der Flexibilitätsinstrumente unklar war und sich die Instrumente teilweise überschnitten. Darüber hinaus beruhte die Begründung des Vorschlags für Flexibilitätsinstrumente nicht auf einer ausführlichen Bedarfs- und Risikoanalyse.

---

[3] Sonderbericht 09/2025.

[4] Sonderbericht 10/2025.

[5] Sonderbericht 13/2025.

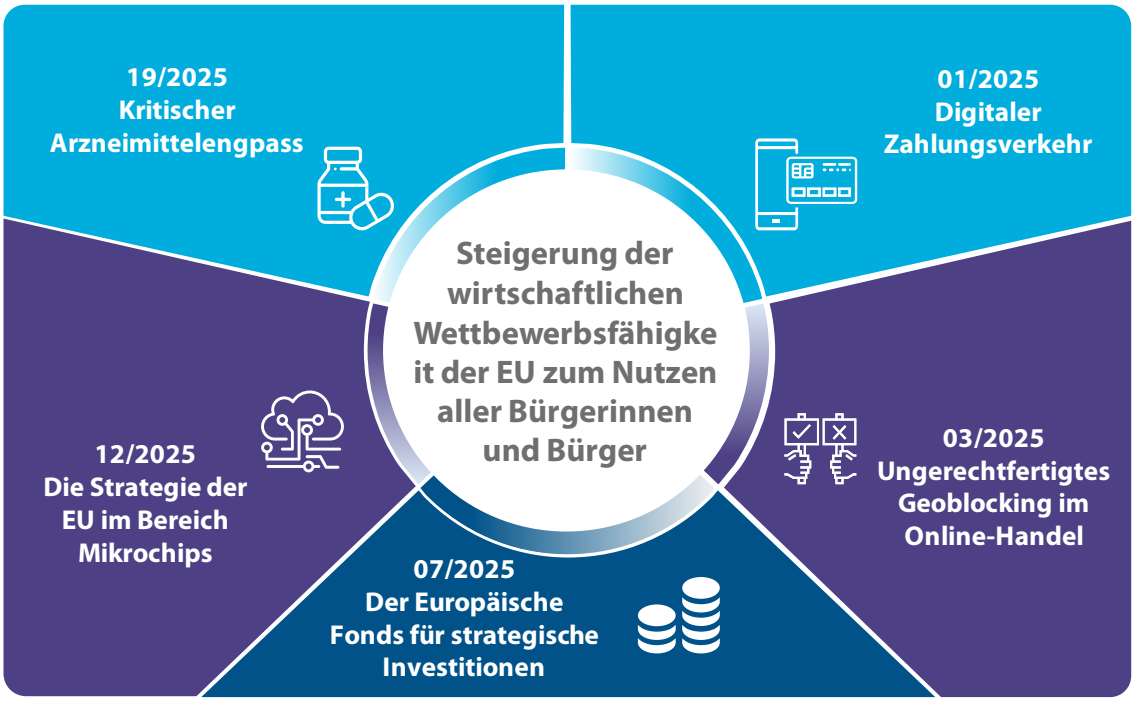
[6] Sonderbericht 18/2025.

**3.12.** Der Rechnungshof stellte fest[7], dass im Rahmen der ARF die im Zuge des Europäischen Semesters in den länderspezifischen Empfehlungen aufgezeigten Herausforderungen im **Unternehmensumfeld** teilweise angegangen wurden, wobei einige strukturelle Probleme noch zu lösen sind. Zwar waren mit den abgeschlossenen Maßnahmen die vereinbarten Etappenziele und Zielwerte erreicht worden, doch nur ein Drittel dieser Maßnahmen hatte bereits signifikante Ergebnisse aufgewiesen, und einige erste Ergebnisse hatten zu den Fortschritten bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen beigetragen.

## Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger

**3.13.** Im Jahr 2025 hat der Rechnungshof fünf Sonderberichte zu Themen in diesem strategischen Bereich veröffentlicht (*Abbildung 3.4*).

### Abbildung 3.4 – Sonderberichte des Jahres 2025 zum strategischen Bereich "Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU"




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

[7] Sonderbericht 21/2025.

**3.14.** **Digitale Zahlungen** sind für die EU-Wirtschaft von entscheidender Bedeutung, und der Rechnungshof stellte fest[8], dass der Ansatz der Kommission dazu beigetragen hat, sie sicherer, schneller und kostengünstiger zu machen. Die Kommission hatte den allgemeinen Rahmen gestärkt, aber der Überwachungsprozess war geschwächt worden. Dies war hauptsächlich auf zwei unterschiedliche Probleme zurückzuführen. Erstens gab es unklare Kriterien für Preisinterventionen (z. B. kann die Kommission bei der Festlegung von Gebühren und Entgelten durch Zahlungsdienstleister eingreifen). Zweitens gab es Lücken im Rechtsrahmen für Open-Banking-Dienste (eine Reihe von Zahlungsdiensten, die auf dem Zugang von Drittanbietern zu bankeigenen Daten beruhen).

**3.15.** Ungerechtfertigtes **Geoblocking** bedeutet, dass der Zugang aus allen Mitgliedstaaten zu Online-Benutzeroberflächen, Waren und Dienstleistungen eingeschränkt wird. Es kann den Verbraucherzugang einschränken und den digitalen Markt der EU behindern. Mit der Annahme der Geoblocking-Verordnung wurden Fortschritte bei der ausgewogenen Berücksichtigung der Bedürfnisse von Verbrauchern und Händlern erzielt. Der Rechnungshof kam jedoch zu dem Schluss[9], dass hinsichtlich der einheitlichen Durchführung der Verordnung nach wie vor Herausforderungen bestanden, wobei die ursprüngliche *Folgenabschätzung* Lücken aufwies und die Durchsetzung in den Mitgliedstaaten uneinheitlich war.

**3.16.** Der ***Europäische Fonds für strategische Investitionen*** trug dazu bei, die Investitionslücke der EU zu verringern, und unterstützte ein breites Spektrum von Projekten durch Fremd- und Eigenkapitalinstrumente, die durch eine EU-*Haushaltsgarantie* gestützt werden. Der Rechnungshof stellte jedoch fest[10], dass das Programm sein Ziel, bis 2022 500 Milliarden Euro zu mobilisieren, nicht vollständig erreicht hatte und die gemeldeten Investitionen um 26 % zu hoch angegeben worden waren. Die *Zusätzlichkeit* des Fonds[11] wurde nicht ausreichend nachgewiesen, und bei mehreren Aspekten der Überwachung und Berichterstattung fehlten Zielvorgaben und vollständige Daten.

---

[8] Sonderbericht 01/2025.

[9] Sonderbericht 03/2025.

[10] Sonderbericht 07/2025.

[11] Artikel 5 der Verordnung (EU) 2015/1017 über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen.

**3.17.** Das Paket zum Chip-Gesetz der EU wurde 2022 vorgeschlagen, um auf die durch die COVID-19-Pandemie verursachten Störungen der globalen Lieferkette zu reagieren mit dem Ziel, Engpässe bei **Mikrochips** zu bewältigen und die technologische Souveränität der EU zu stärken. Der Rechnungshof gelangte zu dem Schluss[12], dass die Kommission bei der Umsetzung ihrer Strategie akzeptable Fortschritte erzielt hatte, es jedoch unwahrscheinlich war, dass das ehrgeizige Ziel der digitalen Dekade, einen EU-Anteil von 20 % am Weltmarkt zu erreichen, verwirklicht würde.

**3.18.** **Kritische Arzneimittelengpässe** sind in der gesamten EU zu einer häufigen Gefahr für die öffentliche Gesundheit geworden. Der Rechnungshof berichtete[13], dass die Europäische Arzneimittel-Agentur den Mitgliedstaaten wertvolle Unterstützung geleistet hatte und dass die Kommission erste Schritte unternommen hatte, indem sie Änderungen der Rechtsvorschriften vorgeschlagen hatte. Zum Zeitpunkt der Prüfung gab es jedoch keinen wirksamen Rahmen zur Bewältigung kritischer Engpässe bei Arzneimitteln, und die Bemühungen zur Bekämpfung der Ursachen dieser Engpässe befanden sich noch in einem frühen Stadium. Darüber hinaus stellte die Fragmentierung innerhalb des Binnenmarkts weiterhin ein Hindernis für die Verfügbarkeit von Arzneimitteln in der gesamten EU dar.

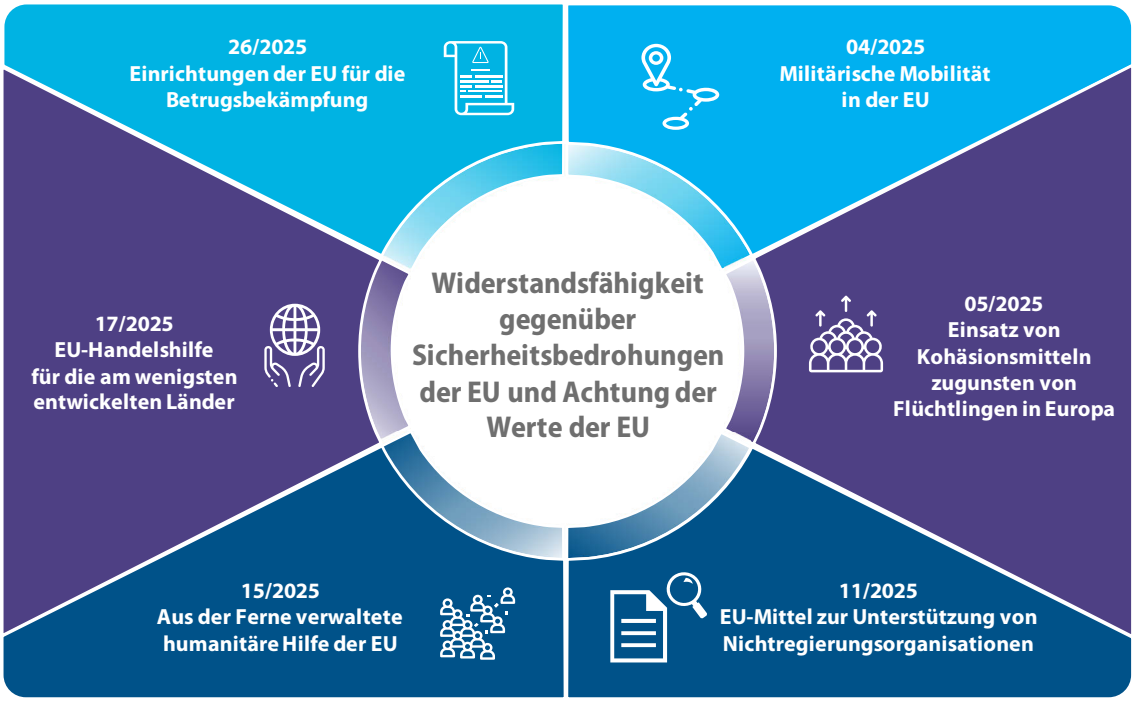
[12] Sonderbericht 12/2025.

[13] Sonderbericht 19/2025.

## Widerstandsfähigkeit gegenüber Sicherheitsbedrohungen der EU und Achtung der europäischen Werte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

**3.19.** Im Jahr 2025 hat der Rechnungshof sechs Sonderberichte zu Themen in diesem strategischen Bereich veröffentlicht (***Abbildung 3.5***).

### Abbildung 3.5 – Sonderberichte des Jahres 2025 zum strategischen Bereich "Widerstandsfähigkeit und europäische Werte"




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.20.** Der zweite Aktionsplan der Kommission zur **militärischen Mobilität** zielte darauf ab, rasche Bewegungen von Personal und Ausrüstung in der gesamten EU zu ermöglichen. Die frühzeitige Finanzierung von Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck war ein positiver Schritt, doch stellte der Rechnungshof fest[14], dass die Fortschritte uneinheitlich waren, da es dem Plan an klaren Zielen und einer zentralen Koordinierungsstelle fehlte. Hinsichtlich der Verwirklichung des Gesamtziels gab es unterschiedliche Fortschritte und war eine bessere Governance und Überwachung erforderlich.

[14] Sonderbericht 04/2025.

**3.21.** Der Rechnungshof kam zu dem Schluss[15], dass die Initiative **"*Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa*"** (CARE) die Mitgliedstaaten dabei unterstützt hatte, die verfügbaren Mittel der Kohäsionspolitik zu nutzen, um die Migrationsherausforderungen zu bewältigen und den sich aus dem Krieg in der Ukraine ergebenden Bedürfnissen der Flüchtlinge gerecht zu werden. Die *Verwaltungsbehörden* waren der Ansicht, dass CARE nützlich gewesen war und ihnen Flexibilität, Liquidität und Vereinfachung geboten hatte. Der Rechnungshof stellte jedoch fest, dass bei der allgemeinen Überwachung der Mittel der Kohäsionspolitik nicht alle Aspekte der Unterstützung zur Bewältigung der Migrationsherausforderungen und der Nutzung des CARE-Mechanismus berücksichtigt werden.

**3.22.** Nichtregierungsorganisationen (NRO) spielen bei der Politikgestaltung der EU eine wichtige Rolle. Der Rechnungshof stellte fest[16], dass die Kommission zwar die Transparenz der **an NRO vergebenen EU-Mittel** gesteigert hatte, diese aber dennoch dadurch beeinträchtigt wurde, dass die Einstufung von NRO nicht einheitlich erfolgte und Probleme im Hinblick auf die Qualität der Daten bestanden. Er gelangte ferner zu dem Schluss, dass die Kommission und andere Stellen nicht proaktiv bewertet hatten, ob die *Empfänger* die Werte der EU achten.

**3.23.** Für den Fall außergewöhnlicher Zugangsbeschränkungen haben die Kommission und ihre Partner ihr operatives Modell so angepasst, dass sie **humanitäre Hilfe aus der Ferne leisten** können (sogenannte Fernverwaltung oder "remote management"). Der Rechnungshof stellte fest[17], dass der Ansatz zwar einen nützlichen Rahmen für die Bereitstellung von Hilfe in schwer zugänglichen Gebieten bot, dass es jedoch Schwachstellen bei seiner Konzeption und Umsetzung gab und dass die Kontrollstrategie keine spezifischen Kontrollen umfasste, um den inhärenten Risiken der Fernverwaltung zu begegnen.

---

[15] Sonderbericht 05/2025.

[16] Sonderbericht 11/2025.

[17] Sonderbericht 15/2025.

**3.24.** Im Jahr 2017 aktualisierte die EU ihre Strategie für **Handelshilfe** und legte einen stärkeren Schwerpunkt auf die am wenigsten entwickelten Länder. Der Rechnungshof stellte fest[18], dass die Unterstützung im Allgemeinen zwar entsprechend dem Bedarf bereitgestellt wurde, jedoch nicht auf gutem Weg war, das in der EU-Strategie festgelegte Finanzierungsziel für 2030 zu erreichen. Das Ziel eines stärkeren Fokus auf die am wenigsten entwickelten Länder wurde nicht in Form einer mit den Mitgliedstaaten vereinbarten operativen Reihe spezifischer Ziele umgesetzt.

**3.25.** Der Rechnungshof bewertete die Klarheit der Mandate der EU-Einrichtungen zur ***Betrug*sbekämpfung**, ihre Zusammenarbeit und die Aufsicht durch die Kommission. Er stellte fest[19], dass die Zuständigkeiten dieser Einrichtungen klar definiert waren, es jedoch nach wie vor Schwachstellen in Bezug auf den Informationsaustausch gab, was sich auf die Anzahl und Zeitnähe der Untersuchungen auswirkte. Darüber hinaus gelangte der Rechnungshof zu dem Schluss, dass die Kommission Lücken und Unterschiede bei der Betrugsaufdeckung nicht analysierte und nur unzureichend Aufsicht über die aufgrund von Betrugsermittlungen geschuldeten und eingezogenen Beträge führte.

---

[18] Sonderbericht 17/2025.

[19] Sonderbericht 26/2025.

## Klimawandel, Umwelt und natürliche Ressourcen

**3.26.** Im Jahr 2025 hat der Rechnungshof sechs Sonderberichte zu Themen in diesem strategischen Bereich veröffentlicht (***Abbildung 3.6***).

### Abbildung 3.6 – Sonderberichte des Jahres 2025 zum strategischen Bereich "Klimawandel, Umwelt und natürliche Ressourcen"




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.27.** Im Bereich der **Umweltbelastung in den Städten** stellte der Rechnungshof fest[20], dass sich die Luftqualität in der EU zwar verbessert hat, die Luftqualitätsstandards aber nicht immer oder erst seit Kurzem eingehalten wurden. Darüber hinaus wurde die Lärmbelastung trotz seit Langem bestehender EU-Rechtsvorschriften nach wie vor nicht ausreichend angegangen, da es keine EU-weiten Lärmgrenzwerte oder Lärmminderungsziele gab und die Mitgliedstaaten wirksame Maßnahmen nicht ausreichend priorisiert oder umgesetzt haben.

[20] Sonderbericht 02/2025.

**3.28.** Die EU hat sich ein **Null-Schadstoff-Ziel für Wasser** bis 2030 gesetzt. Vor diesem Hintergrund bewertete der Rechnungshof die EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Schiffe. Er stellte fest[21], dass sich die EU-Vorschriften zwar verbessert hatten, es jedoch Schwachstellen bei der Umsetzung und Durchsetzung gab und die Daten nicht ausreichten, um die Ergebnisse zu messen. Darüber hinaus habe es weder einen Überblick über die erzielten Ergebnisse noch darüber gegeben, wie diese in größerem Maßstab genutzt werden könnten, und die Überwachung der Meeresverschmutzung durch Schiffe sei nicht angemessen gewesen.

**3.29.** Im Bereich der Bekämpfung von **Waldbränden** berichtete der Rechnungshof[22], dass die aus verschiedenen Politikbereichen stammenden EU-Mittel von den Mitgliedstaaten zunehmend für Präventivmaßnahmen verwendet worden waren. Die Kommission hatte jedoch keinen vollständigen Überblick über den Gesamtbetrag der ausgegebenen EU-Mittel und verfügte nur über wenige Informationen zu den Ergebnissen dieser Projekte. Was die Ebene der Mitgliedstaaten anbelangt, so berichtete der Rechnungshof, dass Entscheidungen über Finanzierungen im Rahmen der ARF manchmal in Eile getroffen und die zuständigen Behörden nicht in die Entscheidungen über die zu finanzierenden Tätigkeiten einbezogen worden waren. Er stellte auch Mängel in den Projektauswahlverfahren fest.

**3.30.** Die EU beteiligt sich aktiv an globalen Initiativen zur Verringerung von Ernährungsunsicherheit und Unterernährung, wobei die afrikanischen Länder südlich der Sahara 48 % der Gesamtmittel erhalten. Der Rechnungshof stellte fest[23], dass die Kommission wertvolle Anstrengungen zur **Bekämpfung des Hungers** unternommen hatte, dass jedoch Schwachstellen bei der Projektgestaltung und -überwachung sowie Herausforderungen bei der Bekämpfung der Ursachen der Ernährungsunsicherheit die Nachhaltigkeit und die Auswirkungen minderten. Die Maßnahmen seien nicht ausreichend fokussiert und nicht immer auf die Gruppen mit dem größten Bedarf ausgerichtet gewesen.

---

[21] Sonderbericht 06/2025.

[22] Sonderbericht 16/2025.

[23] Sonderbericht 20/2025.

**3.31.** Ziel der EU-Abfallpolitik ist der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft. Die Prüfung des Rechnungshofs ergab[24], dass die Kommission die Zielvorgaben und andere rechtliche Anforderungen für die **Bewirtschaftung von Siedlungsabfällen** verschärft hatte, die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren wegen Verfehlung der Zielvorgaben für Abfälle jedoch spät erfolgte. Bei den meisten der in die Stichprobe einbezogenen Projekte war es zu Verzögerungen gekommen und bei einigen waren Kosten- und Kapazitätsprobleme aufgetreten.

**3.32.** Der Rechnungshof gelangte zu dem Schluss[25], dass die Mitgliedstaaten durch strategische *LIFE*-Projekte bei der Umsetzung von Strategien zur Bewältigung der **klimapolitischen Herausforderungen** in der EU unterstützt worden waren. Dies erfolgte dadurch, dass wichtige Interessenträger in die Projekte einbezogen und zusätzliche Mittel mobilisiert wurden und dass trotz politischer Veränderungen auf nationaler Ebene und Unsicherheiten bezüglich der Haushaltsplanung Kontinuität geschaffen wurde. Beim Auswahlverfahren wurde jedoch der dringendste Bedarf der Mitgliedstaaten in den Bereichen Umwelt und Klima unter Umständen nicht berücksichtigt, sodass nicht unbedingt die Projekte mit den größten Auswirkungen ermittelt und unterstützt wurden.

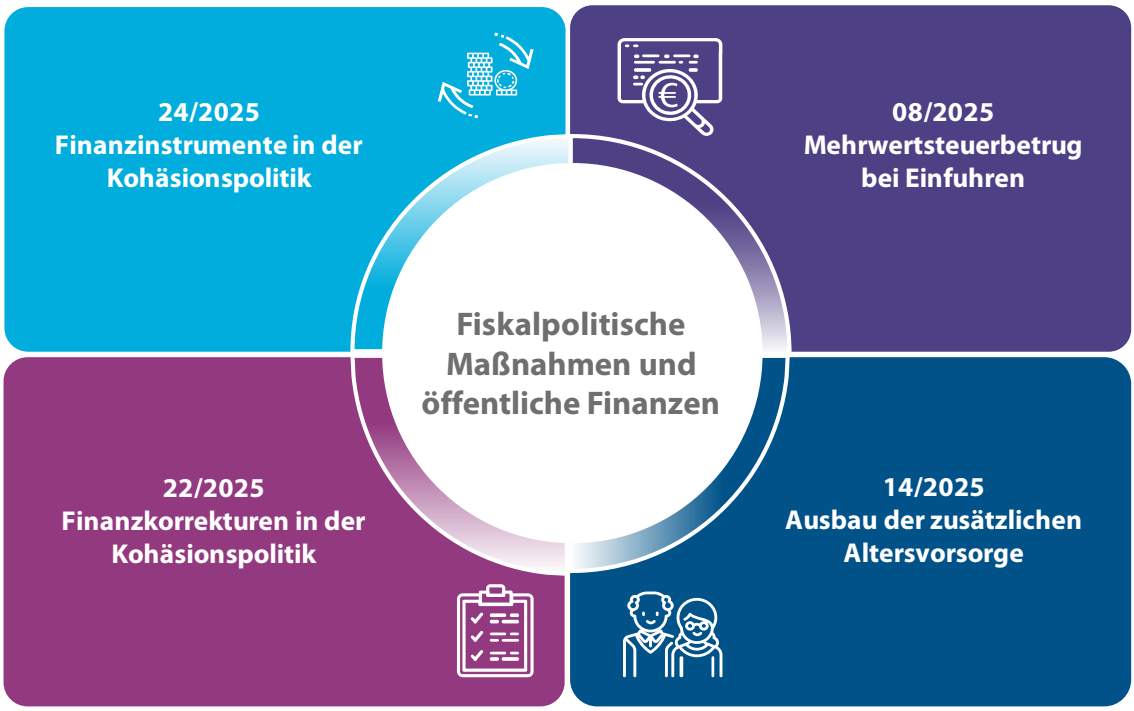
[24] Sonderbericht 23/2025.

[25] Sonderbericht 25/2025.

## Fiskalpolitische Maßnahmen und öffentliche Finanzen in der EU

**3.33.** Im Jahr 2025 hat der Rechnungshof vier Sonderberichte zu Themen in diesem strategischen Bereich veröffentlicht (*Abbildung 3.7*).

### Abbildung 3.7 – Sonderberichte des Jahres 2025 zum strategischen Bereich "Fiskalpolitische Maßnahmen und öffentliche Finanzen"




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.34.** ***Mehrwertsteuer*betrug bei Einfuhren** wirkt sich negativ auf die Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten und der EU aus. Vereinfachte Einfuhrverfahren tragen dazu bei, den Handel zu erleichtern und den Verwaltungsaufwand zu verringern. Der Rechnungshof ermittelte[26] Lücken und Unstimmigkeiten im EU-Rechtsrahmen sowie Mängel bezüglich der Art und Weise, wie die Mitgliedstaaten kontrollieren, dass der korrekte Mehrwertsteuerbetrag erhoben wird. Viele der Mängel waren auf die Herausforderungen zurückzuführen, mit denen die Zoll- und Steuerbehörden bei der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten konfrontiert waren.

[26] Sonderbericht 08/2025.

**3.35.** In einem weiteren Bericht gelangte der Rechnungshof zu dem Schluss[27], dass die Maßnahmen der EU zum Zeitpunkt seiner Prüfung nicht wirksam waren, um die Rolle von zwei Arten von Rentenprodukten auf dem Markt für **Zusatzrenten** zu stärken. Die grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung hatten nach wie vor einen geringen Umfang und konzentrierten sich auf einige wenige Mitgliedstaaten, in denen die betriebliche Altersversorgung bereits etabliert war. Das Paneuropäische Private Pensionsprodukt hat sich weder als alternative Möglichkeit zur Altersvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger der EU erwiesen noch das Interesse von Investoren geweckt.

**3.36.** Bei seiner Prüfung betreffend ***Finanzkorrekturen*** stellte der Rechnungshof fest[28], dass die Gestaltung des Mechanismus für die vorangegangenen *Programmplanungszeiträume* mehrere Schwachstellen aufwies und dass die Vornahme von Korrekturen zum Schutz des EU-Haushalts nur bedingt wirksam gewesen war. Darüber hinaus war die Berichterstattung nicht hinreichend zuverlässig gewesen. Unter anderem wurde bei den geschätzten künftigen Korrekturen die Fähigkeit der Kommission, *Fehler* aufzudecken und zu berichtigten, nicht vollständig widergespiegelt. Der Rechnungshof stellte außerdem fest, dass der Rechtsrahmen für Finanzkorrekturen für den Zeitraum 2014–2020 komplex war und für den Zeitraum 2021–2027 nicht erheblich verbessert wurde.

**3.37.** Der revolvierende Effekt bezieht sich auf *Finanzinstrumente*, die an Behörden zurückzuzahlen sind, wobei die daraus resultierenden Rückflüsse genutzt werden können, um weitere *Begünstigte* und Projekte zu unterstützen. Der Rechnungshof stellte fest[29], dass bei **Finanzinstrumenten** in der Praxis teilweise ein revolvierender Effekt erzielt wurde, dessen Potenzial aber noch nicht voll ausgeschöpft wurde. Während des Förderzeitraums war die Wiederverwendung von Rückflüssen (wie beispielsweise Darlehen, die von *Endempfängern* zurückgezahlt werden) bei Finanzinstrumenten aufgrund verschiedener Faktoren begrenzt. Zu diesen Faktoren gehörten unter anderem der auf den Verwaltungsbehörden lastende *Ausschöpfung*sdruck, der langfristige Charakter der Investitionen, die Tatsache, dass der Gewinnung privater Investoren Priorität eingeräumt wurde, ein unklarer Rahmen sowie externe Faktoren.

---

[27] Sonderbericht 14/2025.

[28] Sonderbericht 22/2025.

[29] Sonderbericht 24/2025.

## Wichtigste institutionelle Akteure

### Europäisches Parlament

**3.38.** Bis Ende April 2026 hatte das Europäische Parlament 20 der 26 Berichte des Rechnungshofs in seinen Ausschüssen erörtert. In seinem Beschluss über die Entlastung 2024, Einzelplan III – Kommission und *Exekutivagenturen* sowie *Europäische Entwicklungsfonds*, nahm das Parlament Bezug auf zehn der Berichte[30]. Zu den Beispielen aus der Entlastungsentschließung gehören unter anderem folgende Berichte:

- Bericht des Rechnungshofs über die militärische Mobilität der EU[31]: Das Parlament forderte die Kommission auf, ihre Bemühungen um mehr Transparenz bei den EU-Verteidigungsausgaben in Bezug auf alle einschlägigen Instrumente fortzusetzen, der Entlastungsbehörde regelmäßig konsolidierte Berichte über die Ausführung des Haushaltsplans und die Leistung aller verteidigungsbezogenen Ausgaben vorzulegen und dem Parlament regelmäßiger Bericht zu erstatten.

- Bericht des Rechnungshofs über EU-Mittel zur Bekämpfung von Waldbränden[32]: Das Parlament forderte die Kommission auf, die Aggregation der Ausgaben im Zusammenhang mit Waldbränden zu verbessern und die Überwachung der Ergebnisse und der langfristigen Nachhaltigkeit von Präventivmaßnahmen zu stärken.

- Bericht des Rechnungshofs über EU-Handelshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder[33]: Das Parlament forderte die Kommission auf, den Rückgang der Mittel für Handelshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder umzukehren, die für 2026 geplante Analyse unverzüglich durchzuführen und Korrekturmaßnahmen vorzuschlagen, mit denen sichergestellt wird, dass die Mittel für Handelshilfe vorrangig an die bedürftigsten Länder fließen.

---

[30] Sonderberichte 04/2025, 11/2025, 16/2025, 17/2025, 18/2025, 20/2025, 21/2025, 22/2025, 24/2025 und 26/2025.

[31] Sonderbericht 04/2025.

[32] Sonderbericht 16/2025.

[33] Sonderbericht 17/2025.

- Bericht des Rechnungshofs über die Flexibilität des EU-Haushalts[34]: Das Parlament empfahl der Kommission, in künftige MFR-Vorschläge eine umfassende Analyse des Bedarfs, der Risiken und der Krisenreaktionsfähigkeit aufzunehmen, um sicherzustellen, dass die *Flexibilitätsinstrumente* ausreichend begründet und angemessen finanziert sind sowie die Möglichkeit bieten, auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren, ohne dass sie vor der Zeit aufgebraucht sind.

- Bericht des Rechnungshofs über die Unterstützung der Kommission bei der Bekämpfung des Hungers in afrikanischen Ländern südlich der Sahara[35]: Das Parlament forderte die Kommission auf, die Kostenanalyse, die Beschaffungsplanung und die bedarfsorientierte Umsetzung zu stärken.

[34] Sonderbericht 18/2025.

[35] Sonderbericht 20/2025.

## Rat der Europäischen Union

**3.39.** Bis zum 5. Mai 2026 arbeitete der Rat Schlussfolgerungen zu zwölf[36] der 26 vom Rechnungshof im Laufe des Jahres 2025 veröffentlichten Berichte aus. Im Großen und Ganzen wurden die Empfehlungen des Rechnungshofs durch die Schlussfolgerungen bekräftigt und durch weitere Anmerkungen ergänzt. Hier einige Beispiele:

- Bericht des Rechnungshofs[37] über den **Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa**: Der Rat ersuchte die Kommission, für den Fall, dass sie neue krisenbezogene Maßnahmen oder Änderungen ausarbeiten sollte, dafür zu sorgen, dass ein geeignetes Überwachungssystem vorhanden ist, damit die für die Bewertung der *Wirksamkeit* solcher Maßnahmen erforderlichen Daten verfügbar sind.

- Bericht des Rechnungshofs[38] über die **Mikrochip-Industrie**: Der Rat ersuchte die Kommission, die Strategie einem Realitätscheck zu unterziehen, um die Übereinstimmung zwischen den ergriffenen Maßnahmen und den festgelegten Zielen zu bewerten, diese Bewertung sowohl an die Mitgliedstaaten als auch an die Interessenträger zu übermitteln, in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten rasch Wege für Abhilfemaßnahmen zu ermitteln, während die Umsetzung der Strategie weitergeführt wird, und die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die bevorstehende Überarbeitung des Chip-Gesetzes zu beschleunigen.

- Bericht des Rechnungshofs[39] über **Finanzkorrekturen in der Kohäsionspolitik**: Der Rat forderte die Kommission auf, die Art und Weise, wie Korrekturen in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* und in der *jährlichen Management- und Leistungsbilanz* für die Kohäsionspolitik gemeldet werden, zu verbessern, wie der Rechnungshof empfohlen hatte.

---

[36] Sonderberichte 05/2025, 07/2025, 09/2025, 10/2025, 11/2025, 12/2025, 13/2025, 15/2025, 16/2025, 21/2025, 22/2025 und 24/2025.

[37] Sonderbericht 05/2025.

[38] Sonderbericht 12/2025.

[39] Sonderbericht 22/2025.

# Teil 2 – Leistung der Programme in Rubrik 2 des mehrjährigen Finanzrahmens

## Einleitung

**3.40.** Bei der Prüfung der Leistungsberichterstattung der Kommission legt der Rechnungshof den Schwerpunkt jedes Jahr auf einen bestimmten Bereich. In diesem Jahr befasste er sich mit den verfügbaren Leistungsinformationen unter der Rubrik 2 "Zusammenhalt, Resilienz und Werte", die in den *Berichten über die Programmleistung* der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2024 vorgelegt wurden.

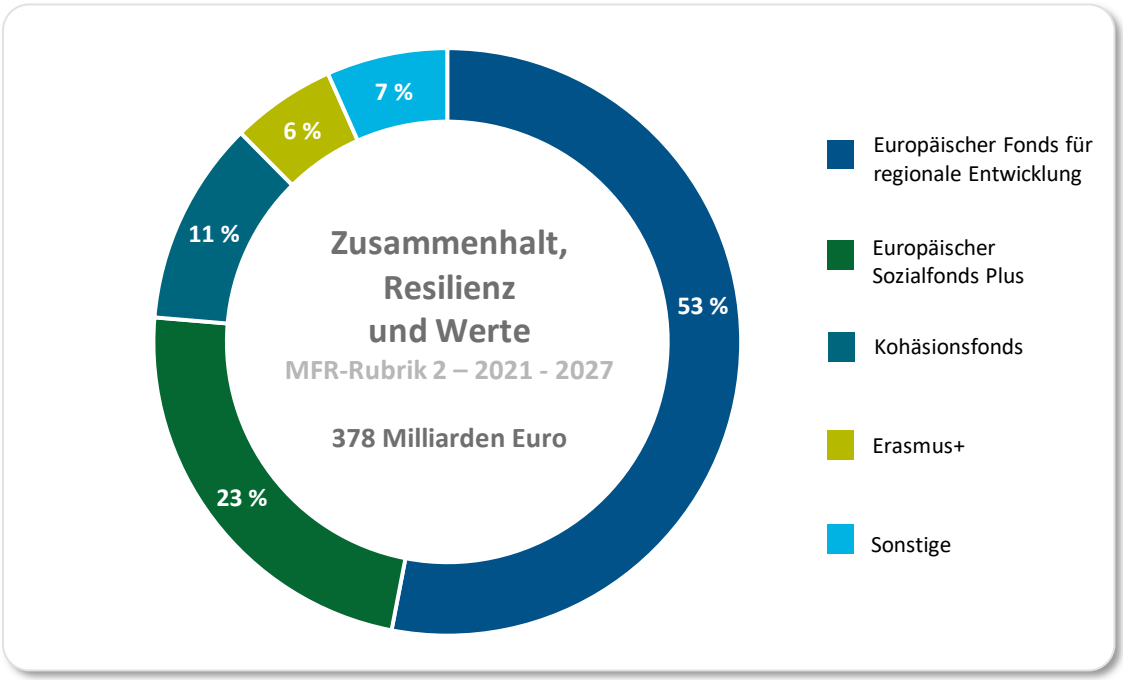
**3.41.** Die Kohäsionspolitik ist die Hauptinvestitionspolitik der EU, die sich an alle Regionen und Städte in der Europäischen Union richtet, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Wirtschaftswachstum, eine *nachhaltige Entwicklung* und die Verbesserung der Lebensqualität der EU-Bürger zu fördern. Das übergeordnete Ziel besteht darin, Ungleichheiten zu verringern und den Zusammenhalt in der gesamten EU zu stärken, indem Investitionen durch spezifische nationale oder regionale Programme unterstützt werden. Um diese Ziele zu erreichen und den unterschiedlichen Entwicklungsbedürfnissen in allen EU-Regionen Rechnung zu tragen, wurde fast ein Drittel des gesamten EU-Haushalts für den Zeitraum 2021–2027 für die Kohäsionspolitik vorgesehen.

**3.42.** Die wichtigsten aus dem EU-Haushalt im Rahmen der Rubrik "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" finanzierten Fonds sind

- der *Europäische Fonds für regionale Entwicklung* (EFRE): Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Regionen und Städte der EU;
- der *Kohäsionsfonds*: Investitionen in Umwelt und Verkehr in den weniger wohlhabenden EU-Ländern;
- der *Europäische Sozialfonds Plus* (ESF+): Förderung von Arbeitsplätzen und Schaffung gerechter und sozial integrativer Gesellschaften in den EU-Ländern;
- *Erasmus+*: Förderung von Mobilität und Zusammenarbeit bei allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa und darüber hinaus.

**3.43.** Die Rubrik "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" erhielt ursprünglich eine MFR-Zuweisung von 378 Milliarden Euro zu Preisen von 2018, wobei zwei Drittel davon auf den EFRE (200 Milliarden Euro) und den KF (43 Milliarden Euro) entfielen (***Abbildung 3.8***). Der ESF+, der EFRE und der KF werden im Wege der *geteilten Mittelverwaltung* durch die Kommission und die Mitgliedstaaten umgesetzt, während Erasmus+ hauptsächlich im Wege der *indirekten Mittelverwaltung* durch nationale Agenturen umgesetzt wird. ***Kapitel 6*** des Jahresberichts enthält die Feststellungen des Rechnungshofs in Bezug auf die *Ordnungsmäßigkeit* der Ausgaben in dieser MFR-Rubrik.

## Abbildung 3.8 – MFR-Rubrik 2 für den Zeitraum 2021–2027




*Quelle:* Europäische Kommission, Multiannual Financial Framework 2021–2027 (in commitments) – 2018 prices.

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**3.44.** Der Rechnungshof analysierte die jährliche Management- und Leistungsbilanz, bei der es sich um den übergeordneten jährlichen Leistungsbericht der Kommission über den EU-Haushalt handelt. Er überprüfte die korrekte Anwendung des Rahmens zur Leistungsberichterstattung der Kommission auf die Berichte über die Programmleistung für die MFR-Rubrik 2 der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2024. Dabei berücksichtigte er seine frühere Prüfungsarbeit und untersuchte, wie im Rahmen der Berichterstattung über die Leistung Indikatoren eingesetzt wurden. Bei allen vier in der Stichprobe erfassten Programmen (EFRE, KF, ESF+ – samt Vorgänger ESF – und Erasmus+) untersuchte der Rechnungshof die Zuverlässigkeit der Leistungsinformationen, einschließlich der in den Berichten über die Programmleistung gemeldeten Indikatoren. Außerdem untersuchte er, ob sie nach dem SMART-Prinzip gestaltet waren, also ob sie spezifisch, messbar, ausführbar, relevant und terminiert waren. Für den ESF+ sowie für dessen Vorgänger, den ESF, gibt es gesonderte Berichte über die Programmleistung, während sich die Berichte über die Programmleistung der Regionalpolitik sowohl auf den EFRE als auch auf den KF erstrecken. Darüber hinaus bewertete der Rechnungshof den anhand der Indikatoren gemessenen Gesamtfortschritt.

## Die Leistungsberichterstattung für Rubrik 2 entsprach den Anweisungen der Kommission

**3.45.** Die jährliche Management- und Leistungsbilanz wies nach wie vor einen soliden Rahmen für die Berichterstattung auf, wobei das Managementkontrollgremium der Kommission Anweisungen herausgegeben hatte. Die vom Rechnungshof untersuchten Berichte über die Programmleistung entsprachen diesen Anweisungen.

**3.46.** Die in den Berichten über die Programmleistung für die in die Stichprobe einbezogenen Programme gemeldeten Haushaltszahlen stammten aus dem Rechnungsführungssystem der Kommission. Bei den für 2024 gemeldeten Mittelbindungen und Zahlungen ermittelte der Rechnungshof keine wesentlichen Fehler.

**3.47.** Die Generaldirektion Haushalt hat die Qualität der in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz enthaltenen Daten überprüft. Der Rechnungshof stellte fest, dass die meisten quantitativen Aussagen in Bezug auf die Programme, die er in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2024 untersuchte, auf einschlägigen Belegen beruhten.

**3.48.** Der Rechnungshof stellte fest, dass trotz der Berichterstattungsanweisungen, die eine Meldung von bis zu neun Indikatoren in der Tabelle zu den *zentralen Leistungsindikatoren* in den Berichten über die Programmleistung ermöglichen, für den ESF 2014–2020 nur drei Indikatoren angegeben wurden, die als "erreicht" bewertet worden waren, und die übrigen zwei Indikatoren, von denen einer als "erreicht" bewertet worden war und bei einem "mäßige Fortschritte" festgestellt worden waren, nicht in die Tabelle aufgenommen wurden. Ebenso wenig umfasst die kurze Liste von neun Indikatoren, die in den Berichten über die Programmleistung der Regionalpolitik für den Zeitraum 2014–2020 enthalten ist, alle Bewertungskategorien, wie z. B. "im Blick zu behalten".

**3.49.** Die Analyse der unter der Überschrift "Concrete examples of achievements" (Konkrete Beispiele für Erreichtes) in den in die Stichprobe einbezogenen Berichten über die Programmleistung gemeldeten Informationen durch den Rechnungshof ergab, dass die gemeldeten Zahlen für das Programm ESF+ dem entsprachen, was mit dem Programm tatsächlich erreicht wurde. Im Gegensatz dazu bezogen sich die für den EFRE und den KF gemeldeten Informationen auf Werte, die auf Projekte zurückgingen, die zur Förderung ausgewählt worden waren und zum betreffenden Zeitpunkt durchgeführt wurden, und nicht ausschließlich auf die am Ende der Projekte erzielten endgültigen Outputs, und sollten daher nicht als konkret Erreichtes dargestellt werden. Darüber hinaus stellte der Rechnungshof fest, dass sich der in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2024 enthaltene Bericht über die Programmleistung von Erasmus+ größtenteils auf im Jahr 2023 Erreichtes bezieht, das für den betreffenden Berichtszeitraum weniger relevant ist.

## Mit dem Leistungsrahmen 2021–2027 wurde die Überwachung der Ergebnisse verbessert, nicht jedoch die Überwachung der Auswirkungen

### Der Rahmen 2021–2027 enthält mehr Ergebnisindikatoren als zuvor, aber für die meisten Programme fehlen nach wie vor Auswirkungsindikatoren

**3.50.** Insgesamt ist der Rechnungshof der Auffassung, dass die zentralen Leistungsindikatoren in den in die Stichprobe einbezogenen Berichten über die Programmleistung für beide Programmplanungszeiträume (2014–2020 und 2021−2027) weitgehend nach dem SMART-Prinzip festgelegt wurden. Die für den EFRE und den KF 2014–2020 verwendeten zentralen Leistungsindikatoren trugen den Ergebnissen jedoch nicht ausreichend Rechnung, während für den ESF die Auswirkungen nicht berücksichtigt wurden.

**3.51.** Für den Zeitraum 2021–2027 enthielten die Verordnungen ausgewogene Reihe von Indikatoren für Outputs und Ergebnisse, und im Falle von Erasmus+ umfassten sie auch die Auswirkungen. In den Verordnungen für den EFRE und den KF sowie für den ESF+ für den Zeitraum 2021–2027 wurden keine Auswirkungsindikatoren festgelegt (***Tabelle 3.1***), um die Bewertung der langfristigen Leistung der EU-Ausgaben zu unterstützen.

**Tabelle 3.1 – Arten von Leistungsindikatoren**

| Programm | Input | Output | Ergebnis | Auswirkungen | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|
| 2014–2020 (*) | | | | | |
| EFRE und KF | 0 | 58 | 0 | 0 | 58 |
| ESF | 0 | 22 | 9 | 0 | 31 |
| **Insgesamt** | **0** | **80** | **9** | **0** | **89** |
| 2021–2027 (**) | | | | | |
| EFRE und KF | 0 | 23 | 21 | 0 | 44 |
| ESF+ | 0 | 16 | 9 | 0 | 25 |
| Erasmus+ | 3 | 37 | 14 | 6 | 60 |
| **Insgesamt** | **3** | **76** | **34** | **6** | **129** |

(*) Auf der Grundlage der Programmverordnungen.
(**) Auf der Grundlage der dem Haushaltsentwurf 2026 beigefügten Leistungsdatentabellen.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.52.** Die Einschränkungen, die sich aus dem Fehlen von Auswirkungsindikatoren ergeben, werden auch in einigen der Programmevaluierungen anerkannt. So wurde beispielsweise in der Folgenabschätzung der Kommission[40] zum EFRE und zum KF darauf hingewiesen, dass im Vergleich zum Zeitraum 2014–2020 für den Zeitraum 2021–2027 eine Verbesserung erreicht werden müsse, wobei als eine Option die Ausweitung der Reihe gemeinsamer Indikatoren – von lediglich Outputs auf Ergebnisse und Auswirkungen – genannt wurde.

**3.53.** Gemäß dem Instrumentarium für gemeinsame Indikatoren für die ESF+-Komponente mit geteilter Mittelverwaltung wird die Verwendung von Auswirkungsindikatoren für Überwachungszwecke nicht empfohlen; Auswirkungen sollten demnach im Rahmen von Evaluierungen bewertet werden. Der im Rahmen des Instrumentariums verfolgte Ansatz wurde dadurch begründet, dass die Erhebung fundierter und aktueller Daten für Auswirkungsindikatoren sowie der Nachweis eines Kausalzusammenhangs mit Schwierigkeiten verbunden sind.

**3.54.** In seiner Stellungnahme 10/2026 zum Legislativvorschlag der Kommission für einen Leistungsrahmen für den MFR nach 2027 stellte der Rechnungshof fest, dass der Vorschlag keine Auswirkungsindikatoren enthielt, obwohl solche Indikatoren in den Leitlinien für eine *bessere Rechtsetzung* ausdrücklich erwähnt sind. Nach Ansicht des Rechnungshofs sind Auswirkungsindikatoren erforderlich, um die Überwachung zu gewährleisten und nachfolgende Evaluierungen zu erleichtern. Darüber hinaus wurde in der Halbzeitevaluierung[41] der kohäsionspolitischen Programme der Schluss gezogen, dass sich ihr Überwachungssystem im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum verbessert hatte, dass es jedoch in Bezug auf die Verfügbarkeit und Kohärenz der Daten noch verbessert werden könnte, um dem Evaluierungsbedarf und der Bewertung der Auswirkungen der geförderten Projekte besser gerecht zu werden.

---

[40] Folgenabschätzung zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zum Kohäsionsfonds (SWD(2018) 282 vom 29. Mai 2018, S. 73).

[41] Mid-term evaluation of the cohesion policy programmes 2021–2027 financed by the European Regional Development Fund, the Cohesion Fund and the *Just Transition Fund* (SWD(2025) 299), S. 75.

## Insgesamt gute Rückverfolgbarkeit der gemeldeten Daten

**3.55.** Der Rechnungshof untersuchte die Werte hinter den einzelnen in den Berichten über die Programmleistung aufgeführten zentralen Leistungsindikatoren. Bei den Fonds mit geteilter Mittelverwaltung untersuchte der Rechnungshof für den EFRE und den KF Daten aus acht Mitgliedstaaten und für den ESF+ Daten aus vier Mitgliedstaaten. Insgesamt stellte er fest, dass die den ausgewählten zentralen Leistungsindikatoren zugrunde liegenden Daten im Allgemeinen verfügbar und die Werte insgesamt rückverfolgbar waren.

**3.56.** Im Falle von Erasmus+ waren die den ausgewählten Indikatoren zugrunde liegenden Nachweise im Allgemeinen verfügbar. Der Rechnungshof stellte jedoch fest, dass im Fall des zentralen Leistungsindikators "Anzahl der Teilnehmenden an Aktivitäten des virtuellen Lernens" die gemeldeten Ergebnisse auf den prognostizierten, nicht auf den tatsächlichen Zahlen beruhten. Dies steht nicht im Einklang mit den Anweisungen zur jährlichen Management- und Leistungsbilanz. Aus diesem Grund war die für diesen Indikator gemeldete Zahl zu hoch angegeben.

**3.57.** In der Zwischenevaluierung von Erasmus+[42] wurden wichtige Verbesserungen des Überwachungsrahmens im Vergleich zum vorherigen Programm hervorgehoben, wie z. B. die Einführung neuer Indikatoren zur Verbesserung der Leistungsverfolgung und der Auswirkungen des Programms sowie die Verringerung der Zahl der spezifischen Ziele. Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass bei einigen Indikatoren die Überwachungsdaten nicht ausreichten, um den ursächlichen Zusammenhang zwischen den Aktivitäten im Rahmen von Erasmus+ und ihren Ergebnissen zu quantifizieren.

[42] Zwischenevaluierung des Programms Erasmus+ 2021–2027 und Abschlussevaluierung des Programms Erasmus+ 2014–2020 (SWD(2025) 186).

## Die Indikatoren zeigen eine von Programm zu Programm unterschiedliche Leistung, wobei der Rechnungshof zu einer niedrigeren Bewertung gelangte als die Kommission

### Die vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Erreichung der Zielvorgaben für die Indikatoren fällt weniger positiv aus als diejenige der Kommission

**3.58.** Die Kommission verwendete für beide MFR-Zeiträume dieselbe Bewertungsmethode. Für die Bewertung der Fortschritte bei der Erreichung der Zielvorgaben für die zentralen Leistungsindikatoren standen folgende Kategorien zur Verfügung: "erreicht", "auf gutem Weg", "mäßige Fortschritte", "im Blick zu behalten" oder "keine Daten". Die Kommission wendet diese Bewertungsmethode auf die Leistungsdatentabellen an, die sowohl dem Haushaltsentwurf als auch der jährlichen Management- und Leistungsbilanz beigefügt sind.

**3.59.** Der Rechnungshof stellte fest, dass die Programme für den EFRE und den KF 2021–2027 nur Zwischenziele für 2024 enthielten, was den Vorschriften der Verordnung entspricht[43]. Dass Etappenziele für die einzelnen Jahre fehlen, behindert die jährliche Bewertung der Fortschritte des Indikators im Hinblick auf das Ziel für 2029. Ohne solche Etappenziele haben die Programmmanager und Interessenträger keine zeitnahen Rückmeldungen zu den Fortschritten, was die Anpassung ihrer Strategien erschwert.

**3.60.** Beim ESF+ waren für 13 (52 %) der 25 Indikatoren Zwischenziele festgelegt, während es bei Erasmus+ eine noch größere Regelmäßigkeit gab, da Etappenziele auf jährlicher Basis vorgegeben waren und somit die Verfolgung der Fortschritte detaillierter war. Die Problematik der Häufigkeit der für bestimmte Jahre vorgeschriebenen Etappenziele, die in den Programmen in den Leistungsdatentabellen festgelegt sind, wurde bereits im Jahresbericht 2024 des Rechnungshofs angesprochen[44].

---

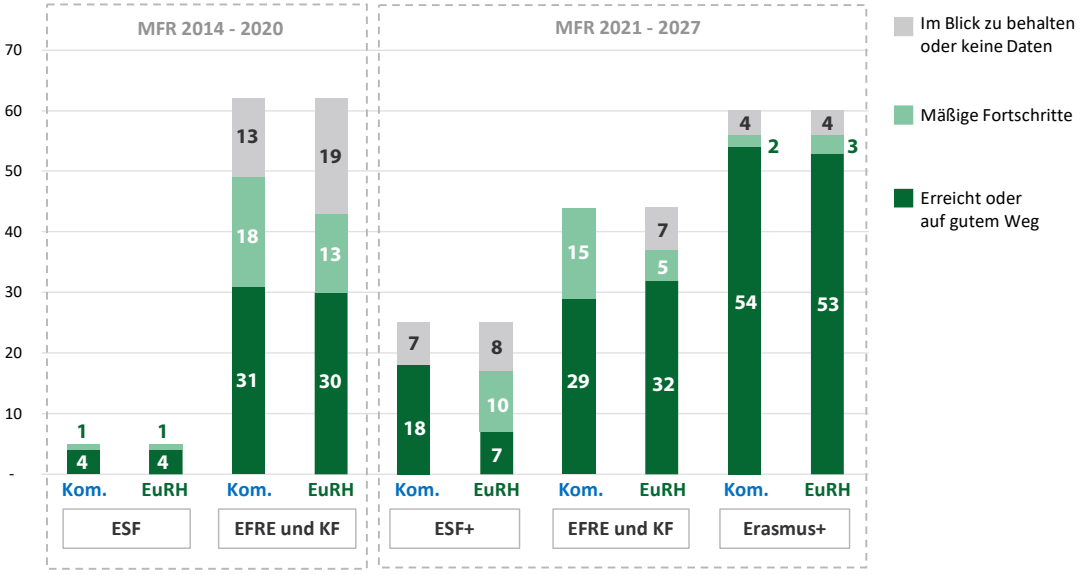
[43] Artikel 16 der Verordnung (EU) 2021/1060.

[44] Jahresbericht 2024, Kapitel 3, Empfehlung 3.2.

**3.61.** Der Rechnungshof stellte ferner fest, dass es für bestimmte Indikatoren keine Zielwerte gab. So fehlten beispielsweise im Rahmen des ESF+ bei 5 (20 %) der 25 Indikatoren im Zusammenhang mit dem Ziel "soziale Inklusion, einschließlich der Bestrebungen zur Beseitigung der Armut" und mit dem Ziel bezüglich der Gesundheit festgelegte Zielwerte.

**3.62.** Der Rechnungshof analysierte für die in seine Stichprobe einbezogenen Berichte über die Programmleistung 2024 und für beide Programmplanungszeiträume die von der Kommission vorgenommene Bewertung der gemeldeten Fortschritte und wandte dazu eine ähnliche Methode an wie diejenige, die im Anhang zu seinem Bericht zur Leistung des EU-Haushalts 2019 beschrieben ist. In 19 % der Fälle (38 von 196) weicht die vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Leistung von derjenigen der Kommission ab (***Abbildung 3.9***). Eine detaillierte Analyse der vom Rechnungshof vorgenommenen Bewertung nach Programmzielen ist ***Anhang 3.3*** zu entnehmen. In den meisten Fällen war die Bewertung nach Auffassung des Rechnungshofs zu positiv. Bis zu einem gewissen Grad könnte dies dadurch zu erklären sein, dass die Bewertung der Kommission laufende Projekte umfasste, die in den gemeldeten Zahlen noch nicht sichtbar waren.

## Abbildung 3.9 – Bewertung der zentralen Leistungsindikatoren – Kommission und Rechnungshof




**Kom.** Europäische Kommission
**EuRH** Europäischer Rechnungshof
**ESF** Europäischer Sozialfonds
**EFRE** Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
**KF** Kohäsionsfonds
**ESF+** Europäischer Sozialfonds Plus

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.63.** In ***Kasten 3.1*** sind zwei Beispiele aus den Programmen des EFRE und des KF aus dem Zeitraum 2014–2020 aufgeführt, bei denen der Rechnungshof der Auffassung ist, dass die Bewertung der Fortschritte durch die Kommission nicht mit den Ergebnissen übereinstimmte, die in den Berichten über die Programmleistung als erreicht gemeldet wurden. Für die fünf Indikatoren, die in den Berichten über die Programmleistung des ESF 2014–2020 enthalten sind, entsprach die Bewertung des Rechnungshofs derjenigen der Kommission.

## Kasten 3.1

### Beispiel für optimistische Bewertungen der zentralen Leistungsindikatoren

*EFRE 2014–2020*

| Indikator / Teilindikator | Ausgangswert | Fortschritt | Zielvorgabe | Ergebnisse (Stand: 31.12.2022) | Bewertung durch die Kommission |
|---|---|---|---|---|---|
| Zusätzliche Abfallrecyclingkapazität | 0 | 31 % | 1 424 815 | 436 056 | Mäßige Fortschritte |

*Quelle:* Bericht über die Programmleistung der Regionalpolitik, jährliche Management- und Leistungsbilanz 2024.

*KF 2014–2020*

| Indikator / Teilindikator | Ausgangswert | Fortschritt | Zielvorgabe | Ergebnisse (Stand: 31.12.2022) | Bewertung durch die Kommission |
|---|---|---|---|---|---|
| An bessere Abwasserentsorgung angeschlossene zusätzliche Bevölkerung | 0 | 37 % | 9 843 012 | 3 670 236 | Mäßige Fortschritte |

*Quelle:* Bericht über die Programmleistung der Regionalpolitik, jährliche Management- und Leistungsbilanz 2024.

In diesen Fällen basiert die Bewertung der Kommission auf der Erwartung, dass die Zielvorgaben erreicht werden (tatsächliche Ergebnisse plus künftige Ergebnisse aus den unterzeichneten Vereinbarungen). In keinem der beiden Fälle erscheint die Bewertung "mäßige Fortschritte" realistisch, da die gemeldeten Ergebnisse von Ende 2022 stammen und der Berichterstattungszeitraum nur noch ein Jahr – 2023 – umfasst. Auf der Grundlage der vorhandenen Informationen wäre es umsichtiger, diese beiden Indikatoren mit "im Blick zu behalten" zu bewerten, da vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass diese Indikatoren ihre Zielvorgaben möglicherweise nicht erreichen.

**3.64.** Für den Zeitraum 2021–2027 wurden die Berichte über die Programmleistung für den ESF+ und die Berichte über die Programmleistung für den EFRE und den KF – zusätzlich zu den tatsächlichen Ergebnissen – durch Werte für zentrale Leistungsindikatoren ergänzt, die sich auf unterzeichnete, aber noch nicht umgesetzte *Finanzhilfe*vereinbarungen bezogen. Dieser Ansatz ermöglicht eine umfassendere Bewertung der Indikatoren, da er auch erwartete Ergebnisse berücksichtigt. Dennoch ermittelte der Rechnungshof im aktuellen MFR Indikatoren, bei denen er der Auffassung war, dass die Bewertung der Fortschritte durch die Kommission im Vergleich zu den erzielten Ergebnissen zu optimistisch war – unabhängig davon, ob die tatsächlichen Werte oder die Werte ausgewählter Vorhaben verwendet wurden. In ***Kasten 3.2*** sind zwei Beispiele dafür aufgeführt.

## Kasten 3.2

## Beispiel für optimistische Bewertungen der zentralen Leistungsindikatoren

*EFRE und KF 2021–2027*

| Indikator / Teilindikator | Fortschritt | Zielvorgabe | Ergebnisse 31.12.2024 | Bewertung durch die Kommission |
|---|---|---|---|---|
| 12.1 Fläche der grünen Infrastruktur | Tatsächliches Ergebnis: 0,41 %<br>Ausgewählte Vorhaben: 5,31 % | 249 669 | Tatsächliches Ergebnis: 1 023<br>Ausgewählte Vorhaben: 13 247 | Mäßige Fortschritte |

*Quelle:* Bericht über die Programmleistung der Regionalpolitik, jährliche Management- und Leistungsbilanz 2024.

*ESF+*

| Indikator / Teilindikator | Fortschritt | Zielvorgabe | Ergebnisse 31.12.2024 | Bewertung durch die Kommission |
|---|---|---|---|---|
| 3.4. Gesamtzahl der Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration von Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind | 3 % | 135 800 000 | 3 420 000 | Auf gutem Weg |

*Quelle:* Bericht über die Programmleistung des ESF+, jährliche Management- und Leistungsbilanz 2024.

Mit Blick auf Ende 2024 lässt sich feststellen, dass – selbst wenn für die Anteilsberechnung beim EFRE die Fortschritte auf der Grundlage der unterzeichneten Vereinbarungen (von der Kommission als "ausgewählte Vorhaben" bezeichnet) angegeben werden – Fortschritte von 5 % auf der Ebene der ausgewählten (nicht der durchgeführten) Vorhaben nach Einschätzung des Rechnungshofs nicht auf mäßige Fortschritte hindeuten, sondern mit "im Blick zu behalten" (in Bezug auf die Gründe für die langsamen Fortschritte) bewertet werden müssten.

Für den ESF+ wurden im Bericht über die Programmleistung die tatsächlichen Ergebnisse dargestellt. Solange abgesehen von dem in den Leistungsdatentabellen enthaltenen Hinweis, die Umsetzung habe 2024 an Dynamik gewonnen, keine weiteren Informationen über die potenzielle Projektpipeline vorliegen, erscheint die Bewertung "auf gutem Weg" angesichts der Fortschritte von 3 % nach vier Jahren der Umsetzung als ungerechtfertigt.

**3.65.** Im Falle von Erasmus+ stimmt der Rechnungshof allen von der Kommission vorgenommenen Bewertungen der zentralen Leistungsindikatoren im Allgemeinen zu.

## Die derzeitigen Programmindikatoren weisen, mit Ausnahme des ESF+, bisher auf eine Leistung hin, die besser ist als im vorangegangenen MFR

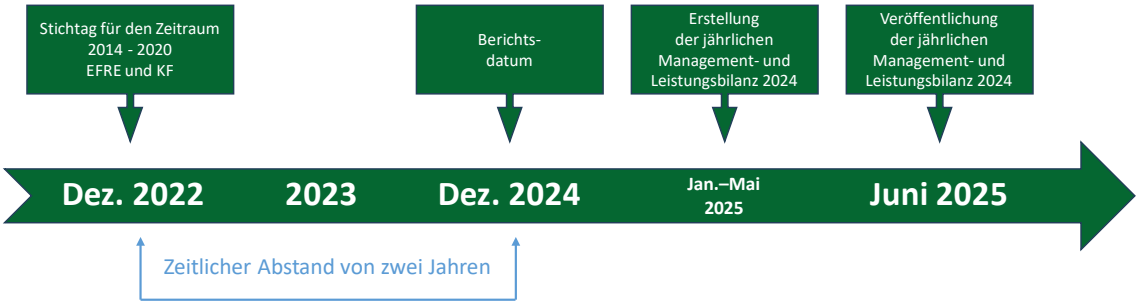
**3.66.** Die zentralen Leistungsindikatoren liefern nützliche Informationen über Fortschritte und die Erreichung von Zielen. Inwieweit die finanzierten Maßnahmen dem Bedarf auf EU-Ebene gerecht wurden, kann jedoch nicht allein nach dem Kriterium beurteilt werden, ob die Indikatoren ihre Zielvorgaben erreicht haben. Erforderlich ist vielmehr auch eine Evaluierung durch die Kommission, sobald das Programm durchgeführt wurde. In den folgenden Ziffern ist die Gesamtleistung der ausgewählten Programme auf der Grundlage der vom Rechnungshof vorgenommenen Bewertung der in den Leistungsdatentabellen zum Entwurf des Haushaltsplans 2026 vorgelegten Informationen dargestellt. In einigen Fällen unterscheidet sich diese Gesamtleistung von den von der Kommission angegebenen Fortschritten (Ziffer ***3.62***).

**Zeitraum 2014–2020**

**3.67.** Für den EFRE und den KF wurde in den Leistungsdatentabellen über 62 Indikatoren und Teilindikatoren berichtet, die elf spezifische Ziele/Kategorien betrafen. Der Bewertung des Rechnungshofs (***Abbildung 3.9***) zufolge war bei 30 (48 %) der 62 gemeldeten Indikatoren die Zielvorgabe "erreicht" oder "auf gutem Weg" zur Erreichung, während für neun dieser Indikatoren keine Daten verfügbar waren, auf die sich eine Bewertung stützen ließe. Bei diesen neun Indikatoren handelte es sich um Auswirkungsindikatoren, die im nächsten Berichtszeitraum nicht weitergeführt werden (Ziffer ***3.50***). Der Rechnungshof ist der Auffassung, dass die Ziele der regionalpolitischen Programme den im Bericht über die Programmleistung 2024 gemeldeten Indikatoren zufolge nur teilweise erreicht wurden. Er bewertete nämlich fast die Hälfte der Indikatoren für Ziele wie "Erhaltung und Schutz der Umwelt […]" und "Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr […]" mit "mäßige Fortschritte" oder "im Blick zu behalten" (***Anhang 3.3***).

**3.68.** Die jährliche Management- und Leistungsbilanz 2024 wurde Anfang 2025 auf der Grundlage von Daten aus dem Jahr 2022 erstellt, bei denen es sich um die zu diesem Zeitpunkt aktuellsten Informationen handelte. Nach Ansicht des Rechnungshofs führte dies zu einem erheblichen zeitlichen Abstand zwischen dem Datum der Veröffentlichung und dem Stichtag für die veröffentlichten Zahlen (***Abbildung 3.10***).

**Abbildung 3.10 – Wichtigste Daten im Berichtszeitraum für die jährliche Management- und Leistungsbilanz 2024**




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**3.69.** Für das ESF-Programm enthielten die dem Haushaltsentwurf 2026 beigefügten Leistungsdatentabellen fünf der 14 in der Verordnung festgelegten *Ergebnisindikatoren* für unmittelbare Ergebnisse. Die Bewertung des Rechnungshofs (***Abbildung 3.9***) stimmt mit der Bewertung der Kommission überein. Auf der Grundlage der gemeldeten Indikatoren ist der Rechnungshof der Auffassung, dass die Ziele des Programms erreicht wurden (***Anhang 3.3***).

**Zeitraum 2021–2027**

**3.70.** In den Leistungsdatentabellen wurden 44 Indikatoren für die EFRE- und KF-Programme aufgeführt, die auf 20 spezifische Ziele ausgerichtet waren. Der Bewertung des Rechnungshofs zufolge (***Abbildung 3.9***) und bei Zugrundelegung der gemeldeten erwarteten Ergebnisse war die Erreichung der Zielvorgabe bei 32 (73 %) der 44 gemeldeten Indikatoren auf gutem Weg. Der Rechnungshof ist daher der Auffassung, dass die Programme insgesamt auf gutem Weg sind, die meisten ihrer Ziele zu erreichen (***Anhang 3.3***). Er nimmt ferner zur Kenntnis, dass die Halbzeitevaluierung[45] generell positiv ausfiel, da festgestellt wurde, dass die evaluierten Mittel gut geeignet sind, um regionale Unterschiede anzugehen, und dass die Durchführung im ersten Halbjahr 2024 erheblich beschleunigt wurde und sich dem Trend des Zeitraums 2014–2020 annähert.

[45] SWD(2025) 299.

**3.71.** Für den EFRE und den KF 2021–2027 wird für alle in den Leistungsdatentabellen gemeldeten Indikatoren dieselbe allgemeine Erklärung für den Trend gegeben: Es sei noch zu früh, um sich zu den festgelegten Zielen der Kohäsionspolitik zu äußern, es gebe zu diesem Zeitpunkt des Umsetzungszyklus jedoch keinen Grund zur Annahme, dass die Zielvorgaben nicht erreicht würden. Angesichts der Tatsache, dass der Durchführungszeitraum bald zur Hälfte verstrichen sein wird (im Rahmen des Programms soll über neun Jahre Bericht erstattet werden, und dies ist das vierte Jahr), beeinträchtigt das Fehlen jährlicher Etappenziele eine objektivere Bewertung der Fortschritte und ist rechtzeitigen Korrekturmaßnahmen nicht förderlich (Ziffer ***3.59***).

**3.72.** Im Fall des Programms ESF+ umfassten die Leistungsdatentabellen 25 Indikatoren, die vier große Politikbereiche betrafen (***Anhang 3.3***). Im Gegensatz zu den Indikatoren der Regionalpolitik werden hier die tatsächlichen Ergebnisse, nicht die erwarteten Ergebnisse ausgewählter Vorhaben gemeldet. In diesem Zusammenhang enthielt der Jahresbericht 2024 des Rechnungshofs eine Empfehlung betreffend die Begründung von Bewertungen, die auf Informationen beruhen, bei denen es sich nicht um validierte Daten handelt (Empfehlung 3.3). Der Bewertung des Rechnungshofs zufolge (***Abbildung 3.9***) war bei nur 7 (35 %) der 20 gemeldeten Indikatoren mit Zielvorgabe die Erreichung dieser Zielvorgabe auf gutem Weg. Der Bewertung des Rechnungshofs zufolge werden die Zielvorgaben des Programms bislang nur teilweise erreicht, wobei die Zielerreichung für "Beschäftigung und soziale Innovation" am weitesten fortgeschritten ist, für "soziale Inklusion" hingegen am wenigsten.

**3.73.** Im Falle von Erasmus+ enthielten die Leistungsdatentabellen 60 Indikatoren, die sich auf drei spezifische Ziele bezogen (***Anhang 3.3***). Die Bewertung des Rechnungshofs (***Abbildung 3.9***) ähnelt der Bewertung der Kommission: 53 (88 %) der 60 gemeldeten Indikatoren zeigten, dass die Erreichung der Zielvorgabe auf gutem Weg war oder dass sie bereits erreicht worden war. Diese Bewertung wurde durch die Zwischenevaluierung bestätigt.

**3.74.** Im Falle von Erasmus+ gibt es jedoch 21 Indikatoren (35 % von 60), bei denen die festgelegten Zielvorgaben bereits nach nur vier Jahren der Durchführung erreicht waren, wohingegen das Programm eine geplante Laufzeit von sieben Jahren hat. Dies wirft die Frage auf, wie ambitioniert die Zielvorgaben sind. Darüber hinaus könnte die gemeldete Leistung unterschätzt worden sein, da bei zehn Indikatoren (17 % von 60) für 2024 keine Daten gemeldet wurden und somit nur die Leistung in Bezug auf den Zeitraum 2021–2023 ersichtlich war, während bei drei Indikatoren für den gesamten Berichtszeitraum keine Daten gemeldet wurden. Den Erläuterungen in den Leistungsdatentabellen mangelt es häufig an Klarheit in Bezug auf solche Informationslücken.

## Schlussfolgerungen und Empfehlungen

**3.75.** Die Leistungsberichterstattung der Kommission für die MFR-Rubrik 2 in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2024 entsprach den internen Anweisungen (Ziffern ***3.45***–***3.47***). In einigen Fällen vermittelte die Tabelle mit den zusammenfassenden Indikatoren für die Leistung der Programme einen zu positiven Eindruck, entweder durch die Aufnahme von Beispielen für Indikatoren, die nur gute Fortschritte zeigen (Ziffer ***3.48***), oder durch Leistungsinformationen, die sich auf laufende Projekte und nicht auf Endergebnisse beziehen (Ziffer ***3.49***).

**3.76.** Die in den Berichten über die Programmleistung für beide Zeiträume gemeldeten Leistungsindikatoren entsprachen dem SMART-Prinzip (Ziffer ***3.50***). Der Leistungsrahmen für den MFR 2021–2027 umfasst zwar mehr Ergebnisindikatoren als der vorherige Zeitraum, doch fehlen für die meisten Programme nach wie vor Auswirkungsindikatoren. Nach Ansicht des Rechnungshofs erleichtert die Festlegung von Auswirkungsindikatoren zu Beginn des Programmplanungszeitraums die anschließende Überwachung und Evaluierung (Ziffern ***3.53***–***3.54***). Auf der anderen Seite ist Erasmus+ ein Beispiel für ein bewährtes Verfahren; das Programm enthält eine vollständige Liste von Output-, Ergebnis- und Auswirkungsindikatoren (Ziffer ***3.54***).

**3.77.** Insgesamt war die Rückverfolgbarkeit der gemeldeten Leistungsdaten gut. Dennoch stellte der Rechnungshof bei einem der gemeldeten Indikatoren für Erasmus+ fest, dass anstelle der tatsächlichen Ergebnisse prognostizierte Zahlen verwendet wurden, was zu einer überhöhten Bewertung führte (Ziffer ***3.56***).

**3.78.** Die Methodik der Kommission zur Bewertung der Fortschritte der Indikatoren bei der Erreichung ihrer Ziele blieb gegenüber den Vorjahren unverändert, was dem Leistungsrahmen insgesamt Stabilität verlieh (Ziffer ***3.58***). Bei 19 % der Indikatoren (37 von 196), die in den in die Stichprobe einbezogenen Berichten über die Programmleistung enthalten waren, unterschied sich die vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der erzielten Fortschritte von der der Kommission. In den meisten dieser Fälle vertrat der Rechnungshof die Auffassung, dass die Ergebnisse weniger positiv ausfielen als nach Einschätzung der Kommission. Bis zu einem gewissen Grad könnte dies dadurch zu erklären sein, dass bei der Bewertung der Kommission laufende Projekte sowie zusätzliche Überlegungen berücksichtigt wurden, die in den gemeldeten Zahlen noch nicht sichtbar waren (Ziffern ***3.62***–***3.65***).

**3.79.** In Bezug auf die Programme mit geteilter Mittelverwaltung des Zeitraums 2014–2020 gelangte der Rechnungshof auf der Grundlage des Berichts über die Programmleistung 2024 zu der Auffassung, dass die Ziele des EFRE und des KF nur teilweise erreicht wurden (Ziffer ***3.67***). Darüber hinaus beeinträchtigte der zeitliche Abstand (Ziffer ***3.68***) zwischen dem Berichtsjahr (2024) und dem Jahr, in dem die Daten gemeldet wurden (2022), die Aktualität der Bewertung der Programme insgesamt. Die Zielvorgaben des ESF wurden erreicht (Ziffer ***3.69***).

**3.80.** Was die Programme des Zeitraums 2021–2027 und die Indikatoren, für die Daten verfügbar sind, betrifft, so sind der EFRE und der KF (Ziffer ***3.70***) sowie Erasmus+ (Ziffer ***3.73***) auf gutem Weg, ihre Zielvorgaben zu erreichen, während der ESF+ (Ziffer ***3.72***) im Rückstand ist. Grund dafür ist, dass nach Auffassung des Rechnungshofs nur 35 % der Indikatoren (sieben von 20) auf gutem Weg zu ihrer Erreichung sind.

**3.81.** Dennoch ist anzumerken, dass es beim EFRE und beim KF im Zeitraum 2021−2027 keine jährlichen Etappenziele für ihre zentralen Leistungsindikatoren gibt, was die Objektivität von Zwischenbewertungen der Fortschritte beeinträchtigt (Ziffer ***3.71***). Darüber hinaus deutet die hohe Zahl der Indikatoren für Erasmus+, bei denen die Zielvorgaben bereits drei Jahre vor dem endgültigen Etappenziel erreicht waren (Ziffer ***3.74***), darauf hin, dass diese Zielvorgaben möglicherweise nicht ambitioniert genug waren.

**3.82.** Auf der Grundlage seiner Schlussfolgerungen spricht der Rechnungshof die folgenden Empfehlungen aus.

## Empfehlung 3.1 – Die Leistungsberichterstattung verbessern

Die Kommission sollte

a) Auswirkungsindikatoren bestimmen, um die Bewertung der langfristigen Leistung der Programme zu erleichtern, die wiederum in die Ex-post-Evaluierungen des MFR 2021–2027 einfließen würde,

b) die Zielwerte für Erasmus+ auf der Grundlage des bisher Erreichten und des verbleibenden Durchführungszeitraums aktualisieren.

**Zieldatum für die Umsetzung: jährliche Management- und Leistungsbilanz 2026.**

## Empfehlung 3.2 – Die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Programms verbessern

Die Kommission sollte unter der einleitenden Überschrift "Concrete examples of achievements" (Konkrete Beispiele für Erreichtes) der Berichte über die Programmleistung nur tatsächlich Erreichtes angeben.

**Zieldatum für die Umsetzung: jährliche Management- und Leistungsbilanz 2026.**

# Anhänge

## Anhang 3.1 – In Sonderberichten des Jahres 2025 behandelte strategische Bereiche des Rechnungshofs

| | |
|---|---|
|  **Reaktion der EU auf den Wiederaufbau nach der Krise** | ▪ SB 09/2025: Systeme zur Sicherstellung der Übereinstimmung der ARF-Ausgaben mit den Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe und für staatliche Beihilfen<br>▪ SB 10/2025: Arbeitsmarktreformen in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen<br>▪ SB 13/2025: Unterstützung aus der Aufbau- und Resilienzfazilität für den digitalen Wandel in den EU-Mitgliedstaaten<br>▪ SB 18/2025: Flexibilität des EU-Haushalts<br>▪ SB 21/2025: ARF-Unterstützung zur Verbesserung des Unternehmensumfelds |
|  **Wettbewerbs-fähigkeit** | ▪ SB 01/2025: Digitaler Zahlungsverkehr in der EU<br>▪ SB 03/2025: Ungerechtfertigtes Geoblocking im Online-Handel<br>▪ SB 07/2025: Der Europäische Fonds für strategische Investitionen<br>▪ SB 12/2025: Die Strategie der EU im Bereich Mikrochips<br>▪ SB 19/2025: Kritischer Arzneimittelengpass |
|  **Widerstands-fähigkeit und europäische Werte** | ▪ SB 04/2025: Militärische Mobilität in der EU<br>▪ SB 05/2025: Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa<br>▪ SB 11/2025: Transparenz der EU-Finanzierung für nichtstaatliche Organisationen<br>▪ SB 15/2025: Aus der Ferne verwaltete humanitäre Hilfe der EU<br>▪ SB 17/2025: EU-Handelshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder<br>▪ SB 26/2025: Einrichtungen der EU für die Betrugsbekämpfung |
|  **Klimawandel, Umwelt und natürliche Ressourcen** | ▪ SB 02/2025: Umweltbelastung in den Städten der EU<br>▪ SB 06/2025: EU-Politik zur Bekämpfung der durch Schiffe erzeugten Meeresverschmutzung<br>▪ SB 16/2025: EU-Mittel zur Bekämpfung von Waldbränden<br>▪ SB 20/2025: Unterstützung der Kommission für die Bekämpfung des Hungers in Subsahara-Afrika<br>▪ SB 23/2025: Bewirtschaftung von Siedlungsabfällen<br>▪ SB 25/2025: Strategische LIFE-Projekte |
|  **Fiskalpolitische Maßnahmen und öffentliche Finanzen** | ▪ SB 08/2025: Mehrwertsteuerbetrug bei Einfuhren<br>▪ SB 14/2025: Ausbau der zusätzlichen Altersvorsorge in der EU<br>▪ SB 22/2025: Finanzkorrekturen in der Kohäsionspolitik<br>▪ SB 24/2025: Finanzinstrumente in der Kohäsionspolitik |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Anhang 3.2 – Beispiele für frühzeitige Maßnahmen, die die Kommission als Reaktion auf die Empfehlungen des Rechnungshofs aus Sonderberichten von 2025 ergriff

**Reaktion der EU auf den Wiederaufbau nach der Krise**

Im Juni 2025 gab die Kommission den Mitgliedstaaten Leitlinien an die Hand, wie sie ihre *nationalen Aufbau- und Resilienzpläne* weiter straffen können, um sicherzustellen, dass alle bis zum 31. August 2026 umzusetzenden Etappenziele und Zielwerte[46] erreicht werden. In Zukunft sollten die von der Kommission im Rahmen des MFR 2028–2034 vorgeschlagenen Pläne für nationale und regionale Partnerschaften eine enge Verknüpfung der EU-Finanzierung mit den länderspezifischen Empfehlungen gewährleisten[47].

Im Juli 2025 veröffentlichte die Kommission ihren Vorschlag für den MFR 2028–2034 zusammen mit der begleitenden *Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen*. Im Oktober 2025 überprüfte und aktualisierte die Kommission ihre Verfahren zur Ausarbeitung von *Entwürfen von Berichtigungshaushaltsplänen*[48].

Der digitale Wandel im Zeitraum 2028–2034 wurde als eines der spezifischen Ziele in den Vorschlag für den Europäischen Fonds aufgenommen. Diese Initiative wird auch aus dem Politikfenster "Digitale Führungsrolle" des vorgeschlagenen Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit finanziert.

**Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger**

Im Dezember 2025 erzielten die beiden gesetzgebenden Organe eine vorläufige politische Einigung über das Maßnahmenpaket Arzneimittel und schlossen die Verhandlungen ab. Darüber hinaus hat die Kommission ihr Gesundheitspaket angenommen, einschließlich des Biotech-Rechtsakts I, mit dem die EU-Vorschriften über klinische Prüfungen überarbeitet wurden. Der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) billigte die allgemeine Ausrichtung der Kommission zum Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln.

Im Februar 2026 unterzeichnete die Kommission die Vereinbarung über die vorkommerzielle Auftragsvergabe, um die Entwicklung von Grippeimpfstoffen der nächsten Generation[49] voranzubringen.

---

[46] Sonderberichte 10/2025 und 13/2025.

[47] Sonderbericht 10/2025.

[48] Sonderbericht 18/2025.

[49] Sonderbericht 19/2025.

**Widerstandsfähigkeit gegenüber Sicherheitsbedrohungen der EU und Achtung der europäischen Werte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**

Im Oktober 2025 veröffentlichte die Kommission ihre Ex-post-Evaluierungen des Programmplanungszeitraums 2014–2020, die neben dem *REACT-EU*-Evaluierungsbericht[50] auch Abschnitte zu Kriseninstrumenten, eine gesonderte Begleitstudie mit Schwerpunkt auf der Krisenreaktion, Länderbögen und Fallstudien enthielten.

Im November 2025 legte die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Erleichterung des Transports von militärischer Ausrüstung, militärischen Gütern und militärischem Personal innerhalb der EU sowie eine zugehörige gemeinsame Mitteilung über die militärische Mobilität[51] vor.

**Klimawandel, Umwelt und natürliche Ressourcen**

Im Dezember 2025 nahm die Kommission die Mitteilung über die Beschleunigung des Übergangs Europas zu einer Kreislaufwirtschaft durch Förderung der Kreislauffähigkeit von Kunststoffen an[52].

Im Juni 2025 nahm die Kommission den Europäischen Pakt für die Meere an. Die EU-Industriestrategie für die maritime Wirtschaft, die EU-Hafenstrategie[53] und die Mitteilung der Kommission über integriertes Waldbrandrisikomanagement[54] wurden im März 2026 angenommen.

---

[50] Sonderbericht 05/2025.

[51] Sonderbericht 04/2025.

[52] Sonderbericht 23/2025.

[53] Sonderbericht 06/2025.

[54] Sonderbericht 16/2025.

**Fiskalpolitische Maßnahmen und öffentliche Finanzen**

Im Juli 2025 wurde die Richtlinie (EU) 2025/1539 des Rates (zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG) angenommen. Es wurden Maßnahmen eingeführt, mit denen die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Waren, die an Verbraucher in der EU eingeführt werden, künftig sichergestellt werden soll[55].

Im November 2025 schlug die Kommission vor, die Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden, dem OLAF und der EUStA zu stärken. Zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Jahresberichts wurde der Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 im Rat erörtert[56].

Im November 2025 nahm die Kommission auch ein Rentenpaket an, mit dem die ergänzende Altersvorsorge gestärkt werden soll. Zum Paket gehörten eine Empfehlung zu Trackingsystemen mit Informationen über die individuellen Rentenansprüche, die Überarbeitung der Richtlinie über Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung II und der Vorschlag zur Änderung der Verordnung über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP) sowie eine Mitteilung über die Stärkung der Fähigkeit des Sektors der zusätzlichen Altersvorsorge in der EU zur Verbesserung des Ruhestandseinkommens und zur Bereitstellung von langfristigem Kapital für die EU-Wirtschaft[57].

[55] Sonderbericht 08/2025.

[56] Sonderbericht 08/2025.

[57] Sonderbericht 14/2025.

# Anhang 3.3 – Status der Leistungsindikatoren (Stand: 31.12.2024) auf der Grundlage der Bewertung des Rechnungshofs

## EFRE und KF 2014–2020

| Investitionspriorität | Bewertung der Leistungsindikatoren | | | | | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Erreicht | Auf gutem Weg | Mäßige Fortschritte | Im Blick zu behalten | Keine Zielvor-gabe | |
| 1. Stärkung von Forschung […] | 3 | 0 | 2 | 0 | 0 | 5 |
| 2. Verbesserung der Barrierefreiheit […] von Kommunikationstechnologien | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 |
| 3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 3 |
| 4. […] Bestrebungen zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft | 0 | 3 | 3 | 2 | 0 | 8 |
| 5. Förderung der Anpassung an den Klimawandel […] | 1 | 2 | 0 | 1 | 0 | 4 |
| 6. Erhaltung und Schutz der Umwelt […] | 1 | 2 | 2 | 3 | 0 | 8 |
| 7. Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr […] | 2 | 6 | 3 | 4 | 3 | 18 |
| 8. Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung […] | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| 9. Förderung der sozialen Inklusion […] | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 2 |
| 10. Investitionen in Bildung, Ausbildung […] | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| 11. Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen […] | 2 | 2 | 1 | 0 | 6 | 11 |
| **Insgesamt** | **12** | **18** | **13** | **10** | **9** | **62** |
| | 19 % | 29 % | 21 % | 16 % | 15 % | |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der dem Haushaltsplan 2026 beigefügten Leistungsdatentabellen.

## ESF 2014–2020

| Übergeordneter Politikbereich | Bewertung der Leistungsindikatoren | | | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|
| | Erreicht | Auf gutem Weg | Mäßige Fortschritte | |
| 1. Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung | 0 | 1 | 0 | 1 |
| 2. Förderung der sozialen Inklusion […] | 0 | 0 | 1 | 1 |
| 3. Investitionen in Bildung, Ausbildung […] | 1 | 0 | 0 | 1 |
| 4. Förderung einer gezielten Unterstützung von jungen Menschen, die weder einen Arbeitsplatz haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren (*NEET*) | 2 | 0 | 0 | 2 |
| **Insgesamt** | **3** | **1** | **1** | **5** |
| | 60 % | 20 % | 20 % | |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der dem Haushaltsentwurf 2026 beigefügten Leistungsdatentabellen.

## EFRE 2021–2027

| Spezifisches Ziel | Bewertung der Leistungsindikatoren | | | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|
| | Auf gutem Weg | Mäßige Fortschritte | Im Blick zu behalten | |
| 1. Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazitäten und der Einführung fortschrittlicher Technologien | 3 | 0 | 0 | 3 |
| 2. Nutzung der Vorteile der Digitalisierung für die Bürger, Unternehmen und Regierungen | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 3. Steigerung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit von KMU | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 4. Entwicklung von Kompetenzen für intelligente Spezialisierung, industriellen Wandel und Unternehmertum | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 5. Ausbau digitaler Konnektivität | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 6. Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen und Verringerung von Treibhausgasemissionen | 1 | 0 | 1 | 2 |
| 7. Förderung erneuerbarer Energien | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 8. Entwicklung intelligenter Energiesysteme, Netze und Speichersysteme außerhalb des TEN-E | 1 | 0 | 1 | 2 |
| 9. Förderung der Anpassung an den Klimawandel, der Risikoprävention und der Katastrophenresilienz | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 10. Förderung einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 11. Förderung des Übergangs zu einer Kreislaufwirtschaft | 0 | 1 | 1 | 2 |
| 12. Verbesserung des Naturschutzes und der biologischen Vielfalt, der grünen Infrastruktur insbesondere im städtischen Umfeld sowie Verringerung der Umweltverschmutzung | 0 | 1 | 1 | 2 |
| 13. Förderung einer nachhaltigen, multimodalen städtischen Mobilität | 1 | 1 | 0 | 2 |
| 14. Entwicklung eines nachhaltigen, klimaresilienten, intelligenten, sicheren und intermodalen TEN-V | 4 | 0 | 0 | 4 |
| 15. Entwicklung und Verbesserung einer nachhaltigen, klimaresilienten, intelligenten und intermodalen nationalen, regionalen und lokalen Mobilität, einschließlich eines besseren Zugangs zum TEN-V und zur grenzüberschreitenden Mobilität | 3 | 0 | 1 | 4 |
| 16. Verbesserung der Effektivität der Arbeitsmärkte und des Zugangs zu hochwertigen Arbeitsplätzen durch Entwicklung sozialer Innovation und Infrastruktur | 0 | 1 | 1 | 2 |
| 17. Verbesserung des Zugangs zu inklusiven und hochwertigen Dienstleistungen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung sowie lebenslanges Lernen durch Entwicklung der Infrastruktur | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 18. Verbesserung der sozioökonomischen Integration von marginalisierten Gemeinschaften, Migranten und benachteiligen Bevölkerungsgruppen durch integrierte Maßnahmen, einschließlich Wohnraumversorgung und sozialer Dienstleistungen | 0 | 1 | 1 | 2 |
| 19. Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zur Gesundheitsversorgung durch die Entwicklung der Infrastruktur, einschließlich der Primärversorgung | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 20. Förderung der integrierten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung, des Kulturerbes, des Tourismus und der Sicherheit in städtischen Gebieten | 1 | 0 | 0 | 1 |
| **Insgesamt** | **32** | **5** | **7** | **44** |
| | 73 % | 11 % | 16 % | |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der dem Haushaltsentwurf 2026 beigefügten Leistungsdatentabellen.

## ESF+ 2021–2027

| Spezifisches Ziel | Bewertung der Leistungsindikatoren | | | | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|
| | Auf gutem Weg | Mäßige Fortschritte | Im Blick zu behalten | Keine Daten | |
| 1. Beschäftigung und Mobilität der Arbeitskräfte | 0 | 5 | 0 | 0 | 5 |
| 2. Bildung | 0 | 4 | 0 | 0 | 4 |
| 3. Soziale Inklusion, einschließlich der Bestrebungen zur Beseitigung der Armut, sowie Ziel bezüglich der Gesundheit | 2 | 1 | 3 | 5 | 11 |
| 4. Beschäftigung und soziale Innovation | 5 | 0 | 0 | 0 | 5 |
| **Insgesamt** | **7** | **10** | **3** | **5** | **25** |
| | 28 % | 40 % | 12 % | 20 % | |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der dem Haushaltsentwurf 2026 beigefügten Leistungsdatentabellen.

## Erasmus+

| Spezifisches Ziel | Bewertung der Leistungsindikatoren | | | | | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Erreicht | Auf gutem Weg | Mäßige Fortschritte | Im Blick zu behalten | Keine Daten | |
| 1. Förderung der *Lernmobilität* von Einzelpersonen und Gruppen sowie der Zusammenarbeit, Qualität, Inklusion und Gleichstellung, Exzellenz, Kreativität und Innovation auf der Ebene von Organisationen und politischen Strategien im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung | 5 | 23 | 0 | 0 | 0 | 28 |
| 2. Förderung der nichtformalen und informellen Lernmobilität und der aktiven Teilhabe junger Menschen sowie der Zusammenarbeit, Qualität, Inklusion, Kreativität und Innovation auf der Ebene von Organisationen und politischen Strategien im Jugendbereich | 2 | 12 | 2 | 0 | 1 | 17 |
| 3. Förderung der Lernmobilität von Personal im Sportbereich sowie der Zusammenarbeit, Qualität, Inklusion, Kreativität und Innovation auf der Ebene von Organisationen und politischen Strategien im Sportbereich | 1 | 10 | 1 | 1 | 2 | 15 |
| **Insgesamt** | **8** | **45** | **3** | **1** | **3** | **60** |
| | 13 % | 75 % | 5 % | 2 % | 5 % | |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der dem Haushaltsentwurf 2026 beigefügten Leistungsdatentabellen.

# Kapitel 4

## Einnahmen

# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | 4.1. - 4.7. |
| Kurzbeschreibung | 4.2. - 4.4. |
| Prüfungsumfang und Prüfungsansatz | 4.5. - 4.7. |
| **Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge** | 4.8. |
| **Untersuchung von Elementen der Verwaltungs- und Kontrollsysteme** | 4.9. - 4.34. |
| Verzögerungen aufseiten der Mitgliedstaaten und Schwachstellen bei der Erhebung von Verzugszinsen für BNE-Vorbehalte | 4.10. - 4.16. |
| Die Vereinfachung des MwSt.-Systems führte zu einer erheblichen Verringerung der noch offenen Vorbehalte | 4.17. |
| Schwachstellen bei der TEM-Verwaltung und -Buchführung der Mitgliedstaaten sind noch immer vorhanden | 4.18. - 4.24. |
| Die mitgliedstaatlichen Daten zum Kunststoff entsprechen nicht vollständig den EU-Vorschriften, die Kommission macht jedoch entsprechende Vorbehalte geltend | 4.25. - 4.27. |
| Die Einrichtung der EU-Zollbehörde verläuft planmäßig, doch bestehen nach wie vor Risiken für die Entwicklung der EU-Zolldatenplattform | 4.28. - 4.30. |
| Einige Mitgliedstaaten verzeichnen Verzögerungen beim Übergang zu einer digitalen und interoperablen EU-Zollumgebung | 4.31. - 4.34. |
| **Jährliche Tätigkeitsberichte** | 4.35. - 4.36. |
| **Schlussfolgerung und Empfehlungen** | 4.37. - 4.41. |
| Schlussfolgerung | 4.37. - 4.39. |
| Empfehlungen | 4.40. - 4.41. |

## Anhänge

**Anhang 4.1 – Anzahl der am 31. Dezember 2025 noch bestehenden BNE-Vorbehalte, MwSt.-Vorbehalte, offenen TEM-Punkte und Kunststoff-Abfall-Vorbehalte nach Mitgliedstaat**

**Anhang 4.2 – Weiterverfolgung einer früheren Empfehlung**

**Anhang 4.3 – Verfahren zur Überprüfung der MwSt.-Bemessungsgrundlagen und TEM der Mitgliedstaaten**

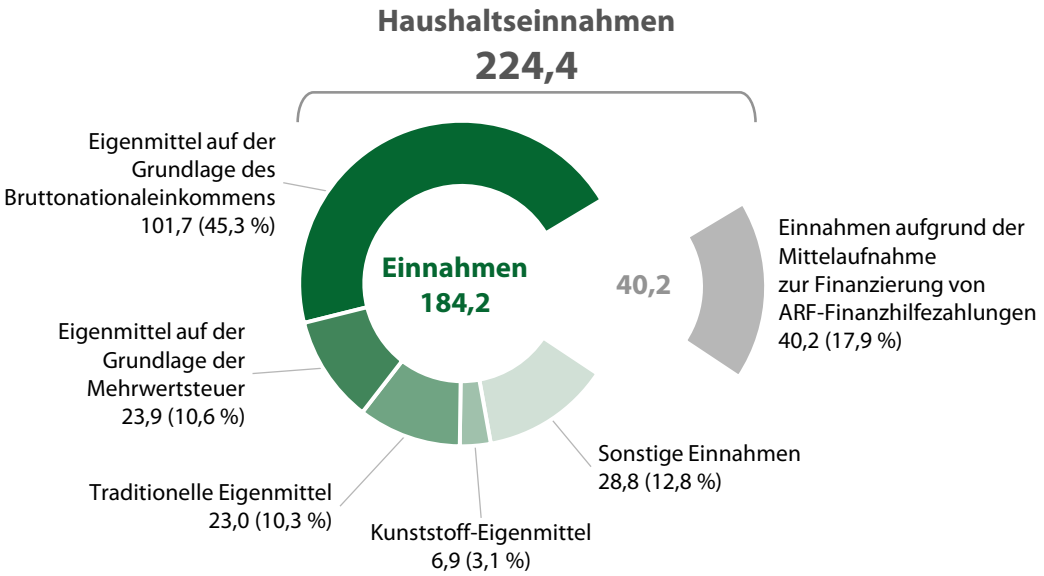
**Anhang 4.4 – Verfahren zur Erstellung der TEM-Übersichten über die (erhobenen und noch nicht erhobenen) Zölle und zu deren Verbuchung in der Rechnungsführung der EU und ihrer Abführung an den EU-Haushalt**

# Einleitung

**4.1.** Dieses Kapitel enthält die Feststellungen des Rechnungshofs zu den Einnahmen, die vier verschiedene Kategorien von *Eigenmitteln*, sonstige Einnahmen sowie zur Finanzierung der Ausgaben im Rahmen von *NextGenerationEU* (NGEU) aufgenommene Beträge umfassen. ***Abbildung 4.1*** ist die Aufschlüsselung der Einnahmen im Jahr 2025 zu entnehmen.

### Abbildung 4.1 – Einnahmen – Aufschlüsselung 2025 (*)

*(Milliarden Euro)*




(*) Der Gesamtbetrag von 224,4 Milliarden Euro entspricht den in den Haushaltsrechnungen 2025 erfassten Einnahmen der EU, die auf dem Kassenprinzip beruhen. Bei der Berechnung des in der Ergebnisrechnung für 2025 ausgewiesenen Betrags von 202,5 Milliarden Euro wurde die Periodenrechnung zugrunde gelegt. Erlöse aus Anleihen zur Finanzierung von ARF-Finanzhilfezahlungen werden gemäß den geltenden Rechtsvorschriften in den Haushaltsrechnungen als zweckgebundene Einnahmen ausgewiesen[1], gemäß den Rechnungsführungsvorschriften jedoch in der Ergebnisrechnung nicht als Einnahmen ausgewiesen.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus der *konsolidierten Jahresrechnung* 2025 der Europäischen Union.

[1] Verordnung (EU) 2020/2094 zur Schaffung eines Aufbauinstruments der Europäischen Union zur Unterstützung der Erholung nach der COVID-19-Krise.

## Kurzbeschreibung

**4.2.** Im Jahr 2025 stammten 69 % der EU-Einnahmen aus Eigenmitteln[2]:

a) Die ***Eigenmittel auf der Grundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE-Eigenmittel)*** machten 45 % der EU-Einnahmen aus. Nach Ermittlung aller sonstigen Einnahmequellen dienen die BNE-Eigenmittel zum Ausgleich des EU-Haushalts. Jeder Mitgliedstaat trägt hierzu proportional zu seinem BNE bei.

b) Die ***Eigenmittel auf der Grundlage der Mehrwertsteuer (MwSt.-Eigenmittel)*** machten 11 % der EU-Einnahmen aus. Sie entsprechen einem Prozentsatz, der auf die MwSt.-Einnahmen der Mitgliedstaaten erhoben wird.

c) Die ***traditionellen Eigenmittel (TEM)*** machten 10 % der EU-Einnahmen aus. Hierbei handelt es sich um die von den Mitgliedstaaten auf Einfuhren erhobenen Zölle. Ein Anteil von 75 % des Gesamtbetrags wird an den EU-Haushalt abgeführt, die verbleibenden 25 % werden von den Mitgliedstaaten zur Deckung der Erhebungskosten einbehalten.

d) Die ***Eigenmittel auf der Grundlage von nicht recycelten Verpackungsabfällen aus Kunststoff (Kunststoff-Eigenmittel)*** machten 3 % der EU-Einnahmen aus. Sie werden berechnet, indem ein einheitlicher Satz auf das Gewicht der in dem jeweiligen Mitgliedstaat angefallenen nicht recycelten Verpackungsabfälle aus Kunststoff angewandt wird.

**4.3.** Zu den weiteren wichtigen Einnahmequellen gehörten Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit Abkommen und *Programmen* der EU, die 13 % der EU-Einnahmen ausmachten. Dazu gehören Einziehungen von Mitgliedstaaten in den Bereichen "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" und "Binnenmarkt, Innovation und Digitales" sowie Beiträge von Nicht-EU-Ländern zu Programmen und Tätigkeiten der EU.

**4.4.** Darüber hinaus machten Beträge, die aufgenommen wurden, um nicht rückzahlbare Finanzhilfezahlungen an die Mitgliedstaaten im Rahmen von NGEU zu finanzieren, 18 % der EU-Einnahmen aus.

---

[2] Beschluss (EU, Euratom) 2020/2053 des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union.

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**4.5.** Ziel des Rechnungshofs ist es, ein Prüfungsurteil zu den Einnahmen*vorgängen* vorzulegen und einen Beitrag zur *Zuverlässigkeitserklärung* zu leisten. Unter Anwendung seines Prüfungsansatzes und seiner Prüfungsmethoden (siehe ***Anhang 1.1***) untersuchte der Rechnungshof

a) eine *repräsentative Stichprobe* von 65 *Einziehungsanordnungen* der Kommission (darunter zehn Einziehungsanordnungen mit Bezug zu im Rahmen von NGEU gewährten Finanzhilfen);

b) die *Verwaltungs- und Kontrollsysteme* der Kommission

   i) zur Überprüfung der von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Daten zum BNE, zur MwSt. und zu den Verpackungsabfällen aus Kunststoff als Grundlage für die Berechnung und Erhebung der entsprechenden Eigenmittelbeiträge;

   ii) zur Überprüfung, ob die Mitgliedstaaten über wirksame Systeme für die Erhebung, Meldung und Zahlung der korrekten TEM-Beträge an den EU-Haushalt verfügen;

   iii) zur Berechnung der Beträge, die sich aufgrund von die Eigenmittel betreffenden Anpassungen ergeben;

c) die Systeme für die TEM-Verwaltung und -Buchführung in drei Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland und Griechenland). Diese wurden auf der Grundlage der Höhe der von ihnen dem EU-Haushalt zugeführten Zölle sowie anhand einer vom Rechnungshof durchgeführten Risikobewertung ausgewählt;

d) die Zuverlässigkeit der Angaben zur *Ordnungsmäßigkeit* der Eigenmittel in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* der Generaldirektion Haushalt (GD BUDG) und von Eurostat.

**4.6.** Bei der Bewertung der Systeme der Kommission zur Berechnung der Beiträge auf der Grundlage des BNE, der MwSt. und der Kunststoff-Abfälle dienten dem Rechnungshof die von den Mitgliedstaaten vorgelegten und von der Kommission überprüften Statistiken und Daten als Ausgangspunkt.

**4.7.** Bei den TEM reichen die Einführer mitunter keine Zollanmeldung oder eine fehlerhafte Zollanmeldung bei den nationalen Zollbehörden ein. Dies führt zu einem Minderbetrag bei den erhobenen Einfuhrabgaben, der als "*Zolllücke*" bezeichnet wird. Dieser Minderbetrag wird in den TEM-Buchführungssystemen der Mitgliedstaaten nicht erfasst und ist nicht Gegenstand des Prüfungsurteils des Rechnungshofs zur Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen. Eine Reihe von Faktoren, von denen viele außerhalb des direkten Einflussbereichs der EU liegen, wirken sich auf die Höhe der Zolllücke aus. Da sich die Zolllücke jedoch auf die von den Mitgliedstaaten erhobenen Zollbeträge auswirken kann, bewertete der Rechnungshof die Maßnahmen, die auf EU-Ebene ergriffen wurden, um die Lücke zu schließen und das Risiko zu mindern, dass die traditionellen Eigenmittel nicht vollständig erhoben werden. Insbesondere untersuchte der Rechnungshof, welche Fortschritte die Kommission bei den Vorbereitungen zur Umsetzung des Legislativvorschlags zur EU-Zollreform erzielt hat.

# Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

**4.8.** Dieser Abschnitt enthält die Bemerkungen des Rechnungshofs zur Ordnungsmäßigkeit der der EU-Jahresrechnung zugrunde liegenden Einnahmenvorgänge. Die Schlussfolgerung des Rechnungshofs beruht auf der von ihm vorgenommenen Untersuchung einer repräsentativen Stichprobe von Einnahmenvorgängen sowie auf seiner Bewertung der Systeme der Kommission zur Überprüfung, Berechnung und Erhebung der Einnahmen. Seine Untersuchung einer Stichprobe von 65 Einziehungsanordnungen ergab, dass keine von ihnen *quantifizierbare Fehler* aufwies.

# Untersuchung von Elementen der Verwaltungs- und Kontrollsysteme

**4.9.** Der Rechnungshof untersuchte eine Reihe von Kontrollsystemen (siehe Ziffer ***4.5***). Sein Prüfungsurteil zur Ordnungsmäßigkeit der EU-Einnahmen bleibt von den Bemerkungen zu diesen Systemen unberührt. Der Rechnungshof stellte anhaltende Schwachstellen bei der Erhebung einzelner Eigenmittelkategorien fest. Darüber hinaus stellte er Verzögerungen bei der Datenübermittlung durch die Mitgliedstaaten für die EU-weite Risikobewertung des Zollbereichs sowie ein Risiko für Verzögerungen bei der Entwicklung der Zolldatenplattform der EU fest. Diese können die Wirksamkeit der EU-Maßnahmen zur Verringerung der Zolllücke schmälern und das Risiko einer unvollständigen Erhebung von TEM erhöhen.

## Verzögerungen aufseiten der Mitgliedstaaten und Schwachstellen bei der Erhebung von Verzugszinsen für BNE-Vorbehalte

### Da einige Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung von BNE-Vorbehalten in Verzug geraten sind, könnte es bei sämtlichen BNE-Beiträgen der letzten 15 Jahre noch zu Anpassungen kommen

**4.10.** Die Kommission macht Vorbehalte geltend, wenn sie Mängel feststellt, die erhebliche Risiken für die Zuverlässigkeit, Vergleichbarkeit und Vollständigkeit der von den Mitgliedstaaten übermittelten BNE-Daten darstellen. Am 31. Dezember 2025 waren 102 von der Kommission geltend gemachte *BNE-Vorbehalte* noch offen (siehe ***Anhang 4.1***):

- sieben (vier gegenüber Kroatien sowie je einer gegenüber Luxemburg, Malta und Rumänien) hätten bis 2021 und zwei (je einer gegenüber Luxemburg und Malta) hätten bis 2022 bearbeitet werden müssen;
- sechs (drei gegenüber Rumänien, zwei gegenüber Bulgarien und einer gegenüber Luxemburg) hätten bis 2025 bearbeitet werden müssen;
- die übrigen 87 müssen von den Mitgliedstaaten im Jahr 2026 bearbeitet werden.

**4.11.** Versäumen die Mitgliedstaaten es, die erforderlichen Informationen fristgerecht[3] zu übermitteln, so verzögert sich die anschließende Überprüfungsarbeit und Aufhebung der Vorbehalte durch die Kommission. Da im Falle von vier Mitgliedstaaten offene Vorbehalte hinsichtlich der BNE-Statistiken bis zurück ins Jahr 2010 bestehen, sind Änderungen ihres BNE für diese Jahre weiterhin möglich. Da Änderungen des BNE einzelner Mitgliedstaaten zu Änderungen des BNE der EU führen, kann es in der Praxis noch zu Anpassungen der Beiträge aller Mitgliedstaaten kommen. Verzögerungen bei der Bearbeitung früherer Vorbehalte können in den betroffenen Mitgliedstaaten zu weiteren Verzögerungen bei der Bearbeitung etwaiger neuer von der Kommission geltend gemachter Vorbehalte führen.

## Die Kommission macht nur in begrenztem Umfang von dem Rechtsinstrument Gebrauch, das Anreize für die Mitgliedstaaten schaffen soll, BNE-Vorbehalte zügig auszuräumen

**4.12.** Wenn die Mitgliedstaaten Berichtigungen an BNE-Daten, die notwendig sind, um den von der Kommission geltend gemachten Vorbehalten Rechnung zu tragen, verspätet vornehmen und diese Berichtigungen wesentliche Auswirkungen auf das BNE haben, sollte die Kommission Verzugszinsen erheben[4]. In seinem Jahresbericht 2023 wies der Rechnungshof darauf hin, dass die Kommission keine Verzugszinsen erhob, wenn sie die Auswirkungen von Berichtigungen nicht quantifizieren konnte oder wenn die Mitgliedstaaten die BNE-Vorbehalte bis zur Frist nur teilweise bearbeitet hatten. Der Rechnungshof empfahl der Kommission, in letzterem Fall Verzugszinsen zu erheben[5]. Die Kommission hat seine Empfehlung nicht akzeptiert und nicht umgesetzt, da in den Rechtsvorschriften nicht vorgesehen ist, Verzugszinsen zu erheben, wenn Informationen bis zur Frist nur teilweise vorgelegt werden (siehe ***Anhang 4.2***).

**4.13.** Seitdem hat die Kommission zwei Mitgliedstaaten (Malta in den Jahren 2024 und 2025 und Kroatien im Jahr 2025) die Zahlung von Verzugszinsen auferlegt mit der Begründung, dass keine der erforderlichen Berichtigungen fristgerecht vorgenommen wurden. Im Jahr 2025 hob die Kommission 19 Vorbehalte gegenüber zehn Mitgliedstaaten auf. Bei acht dieser Vorbehalte, die vier Mitgliedstaaten betrafen

---

[3] Siehe auch Jahresbericht 2024, Ziffern 4.14–4.15; Jahresbericht 2023, Ziffer 4.9; Jahresbericht 2022, Ziffer 4.22 sowie Jahresbericht 2021, Ziffer 3.19.

[4] Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung Nr. 609/2014 über die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel.

[5] Jahresbericht 2023, Ziffern 4.12–4.14 und Empfehlung 4.1.

(fünf Vorbehalte gegenüber Griechenland sowie je einer gegenüber Bulgarien, Polen und dem Vereinigten Königreich), erfolgte dies jedoch ohne Erhebung von Verzugszinsen, wenn die erforderlichen Berichtigungen der BNE-Daten im Durchschnitt drei Jahre nach Ablauf der Frist vorgelegt wurden. In diesen Fällen vertrat die Kommission die Auffassung, dass die Rechtsvorschriften zur Erhebung von Verzugszinsen nicht anwendbar seien (siehe Beispiele in ***Kasten 4.1***).

## Kasten 4.1

## Beispiele für Fälle, in denen die BNE-Daten nicht fristgerecht übermittelt wurden, die Kommission jedoch keine Verzugszinsen erhob

**Nur teilweise fristgerechte Übermittlung der Berichtigungen**

Ein gegenüber Polen geltend gemachter Vorbehalt mit Frist bis September 2021 umfasste 20 Unterpunkte. Nur drei Unterpunkte wurden fristgerecht bearbeitet. Die übrigen 17 wurden im September 2022 bearbeitet. Im Jahr 2022 forderte die Kommission zusätzliche Informationen und Berechnungen an, die der Mitgliedstaat 2024 vorlegte. Im September 2024 nahm der Mitgliedstaat zusätzliche Berichtigungen vor, und der Vorbehalt wurde 2025 aufgehoben. Die endgültigen Gesamtberichtigungen für den gesamten Vorbehalt, die von der Kommission akzeptiert wurden, unterschieden sich wesentlich von dem, was der Mitgliedstaat ursprünglich für die drei fristgerecht bearbeiteten Punkte vorgeschlagen hatte.

In diesem Fall stellte die Kommission für 28 Monate keine Verzugszinsen in Rechnung, obwohl der Mitgliedstaat nur für drei der zwanzig Vorbehaltspunkte (15 %) fristgerecht Informationen vorgelegt und Berichtigungen vorgenommen hatte, die sich erheblich von den von der Kommission akzeptierten endgültigen Berichtigungen unterschieden.

**Nicht quantifizierbare Auswirkungen der Vorbehalte**

Im Jahr 2025 wurden fünf gegenüber Griechenland geltend gemachte Vorbehalte aufgehoben. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass Griechenland bei drei dieser Vorbehalte sämtliche erforderlichen Informationen nach Ablauf der Frist und bei den übrigen beiden Vorbehalten einen Teil der Informationen nach Ablauf der Frist vorgelegt hatte. Die Kommission vertrat die Auffassung, dass die Auswirkungen der jeweils einzeln bewerteten Vorbehalte nicht quantifiziert werden konnten, und beschloss daher, keine Verzugszinsen zu berechnen.

**4.14.** Nach Ansicht des Rechnungshofs ist den Rechtsvorschriften zufolge der Zeitpunkt der Übermittlung der berichtigten mitgliedstaatlichen BNE-Daten an die Kommission, die zu einer Aufhebung der Vorbehalte führen, der einzige ausschlaggebende Faktor für die Erhebung von Verzugszinsen. Die Rechtsvorschriften sehen keine Bestimmungen für den Fall vor, dass nur zum Teil berichtigte BNE-Daten übermittelt oder die Vorbehalte nur zum Teil aufgehoben werden.

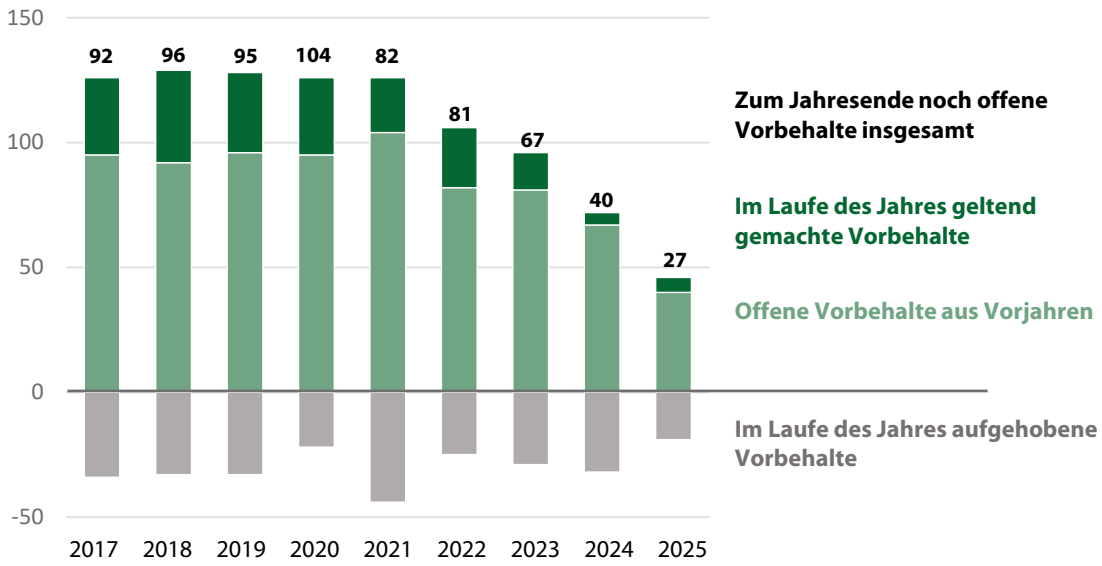
**4.15.** Gemäß den Vorschriften der Kommission zu den BNE-Vorbehalten müssen die Mitgliedstaaten Informationen mit quantifizierten Auswirkungen für jeden (Unter-)Punkt eines Vorbehalts vorlegen. Der Rechnungshof ist daher der Auffassung, dass die Kommission in der Lage hätte sein müssen, die Auswirkungen jedes Vorbehalts zu quantifizieren, oder bei Nichtübermittlung die erforderlichen Informationen vom Mitgliedstaat hätte anfordern müssen.

**4.16.** Die BNE-Beiträge aller Mitgliedstaaten können rückwirkend bis zum Jahr 2010 geändert werden. Trotz dieses Problems wendet die Kommission das einzige verfügbare Instrument, mit dem Anreize für die Mitgliedstaaten geschaffen werden sollen, Vorbehalte fristgerecht zu bearbeiten, nur in begrenztem Umfang an.
Mit Ausnahme von zwei Fällen (siehe Ziffer ***4.13***) werden Mitgliedstaaten, die nicht alle für die Aufhebung der BNE-Vorbehalte erforderlichen Informationen innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist vorlegen, genauso behandelt wie Mitgliedstaaten, die die Vorschriften einhalten, und haben keine finanziellen Konsequenzen zu tragen.

## Die Vereinfachung des MwSt.-Systems führte zu einer erheblichen Verringerung der noch offenen Vorbehalte

**4.17.** Die MwSt.-Eigenmittel wurden für den *MFR* 2021–2027 vereinfacht, indem die von den Mitgliedstaaten vorzunehmenden Korrekturen limitiert und der *gewichtete durchschnittliche MwSt.-Satz* für jeden Mitgliedstaat auf seinen Wert von 2016 festgeschrieben wurde. Dies trug zu einer erheblichen Verringerung der Anzahl der im MFR 2021–2027 geltend gemachten *MwSt.-Vorbehalte* von 104 im Jahr 2020 auf 27 Ende 2025 bei (siehe ***Abbildung 4.2*** und ***Anhang 4.1***). Im Jahr 2025 wurden außerdem Fortschritte bei der Aufhebung von seit mehr als fünf Jahren bestehenden Vorbehalten erzielt, die von acht Ende 2020 auf vier Anfang 2026 zurückgingen.

### Abbildung 4.2 – Entwicklung der Anzahl der zum Jahresende offenen MwSt.-Vorbehalte




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

## Schwachstellen bei der TEM-Verwaltung und -Buchführung der Mitgliedstaaten sind noch immer vorhanden

**4.18.** ***Anhang 4.3*** ist das Verfahren zu entnehmen, das die Kommission anwendet, um die Berechnung der TEM und der *MwSt.-Bemessungsgrundlagen* durch die Mitgliedstaaten zu überprüfen. Ende 2025 war die Anzahl der *offenen TEM-Punkte* im Vergleich zum Vorjahr um 14 % höher (siehe ***Tabelle 4.1***). ***Anhang 4.1*** enthält eine Übersicht der zum Jahresende 2025 offenen Punkte, aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten. Die Anzahl der seit mehr als fünf Jahren offenen Punkte blieb mit 80 unverändert, ihr relativer Anteil ging jedoch von 39 % im Jahr 2024 auf 34 % im Jahr 2025 zurück.

### Tabelle 4.1 – Statistik der offenen Punkte bei den traditionellen Eigenmitteln

| Offene TEM-Punkte | 2025 | 2024 | Prozentuale Veränderung |
|---|---|---|---|
| Geltend gemacht | 93 | 36 | 128 % |
| Geschlossen | 64 | 106 | – 40 % |
| Zum Jahresende offen | 233 | 204 | 14 % |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

**4.19.** Im Jahr 2025 führte die Kommission ein IT-System für die Berichterstattung über ihre TEM-Kontrollen und zur Weiterverfolgung offener Punkte mit den Mitgliedstaaten ein. Dieses System ermöglichte der Kommission eine schnellere Herausgabe ihrer Berichte für ihre Kontrollen im Jahr 2025. Dies führte dazu, dass im Jahr 2025 doppelt so viele Berichte vorgelegt wurden wie im Jahr 2024 und im Laufe des Jahres mehr Punkte geltend gemacht wurden. Nach Ansicht der Kommission war der Rückgang der Zahl der im Laufe des Jahres geschlossenen Punkte auf deren gestiegene Komplexität zurückzuführen, wodurch sich ihre Lösung zeitaufwendiger gestaltete. Der Anteil der seit geraumer Zeit offenen TEM-Punkte ging im Vergleich zu 2024 zurück, sie machten jedoch nach wie vor einen erheblichen Teil der zum Jahresende 2025 offenen Punkte aus.

**4.20.** Der Rechnungshof untersuchte, wie Belgien, Deutschland und Griechenland ihre TEM-Übersichten erstellt haben. Ferner untersuchte er ihre Verfahren zur Verwaltung der dem EU-Haushalt geschuldeten TEM (siehe ***Anhang 4.4)***. Er bewertete die zentralen Systeme zur Verwaltung und Kontrolle der TEM in allen drei Mitgliedstaaten als teilweise zufriedenstellend.

**4.21.** Der Rechnungshof hatte in der Vergangenheit berichtet, dass im IT-System des belgischen Zolls Finanzdaten zu den Einfuhranmeldungen, die sich auf Waren mit unterschiedlichem Status für die Berechnung der Zölle erstreckten, nicht verarbeitet wurden[6]. Bei seinem Besuch in diesem Jahr stellte der Rechnungshof fest, dass die Zollbehörden Verbesserungen an ihren IT-Systemen vorgenommen hatten, um eine ähnliche Nichterfassung von Daten künftig zu verhindern. Gleichzeitig stellte er fest, dass – auch wenn dies keine finanziellen Auswirkungen hatte – die belgischen Behörden die TEM auf komplexe Weise verbuchen, was zu Mitteilungen führt, die nicht mit den EU-Vorschriften im Einklang stehen[7]. Des Weiteren stellte er Schwachstellen bei der Verwaltung gewisser Zollschulden fest.

---

[6] Jahresbericht 2022 Illustration 4.1.

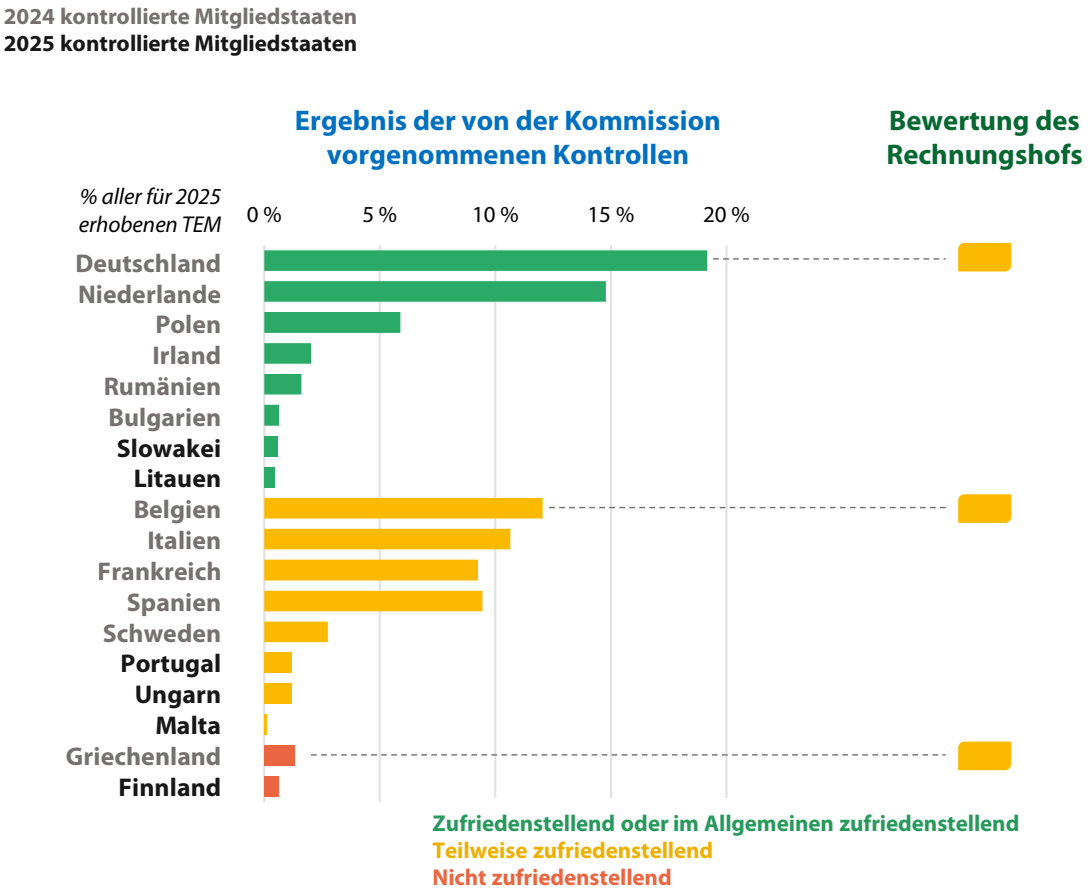
[7] Beschluss (EU, Euratom) 2018/194 zur Festlegung von Mustern für die Übersichten über die Buchführung über Eigenmittelansprüche in seiner durch den Beschluss (EU) 2022/523 geänderten Fassung.

**4.22.** Der Rechnungshof untersuchte das von den Wirtschaftsbeteiligten für die Einreichung von Zollanmeldungen zur Einfuhr nach Belgien verwendete IT-System sowie das von den belgischen Zollbehörden für die TEM-Verwaltung und -Buchführung verwendete IT-System. Er stellte fest, dass die belgischen Zollbehörden einen im Allgemeinen soliden IT-Rahmen geschaffen haben und dass die von ihm geprüfte Stichprobe von Kontrollen im Allgemeinen wie geplant funktionierte. Er stellte jedoch einige Schwachstellen bei der Verwaltung der Nutzerzugänge sowie bei der Datensicherung und Wiederherstellung im Störungsfall fest. Dass es weder eine genehmigte IT-Risikomanagementstrategie noch Testpläne gibt, erschwert es darüber hinaus, einen kohärenten Risikomanagementansatz zu verfolgen und Systemänderungen zuverlässig zu prüfen.

**4.23.** In Deutschland ermittelte der Rechnungshof Fälle, in denen andere Mitgliedstaaten erst spät um Hilfe bei der Erhebung von Zollschulden ersucht wurden, wenn der Schuldner nicht in Deutschland ansässig war. Dies kann dazu führen, dass möglicherweise nicht der gesamte Betrag der Zollschuld eingezogen wird. Wie im Falle Belgiens meldeten die deutschen Behörden die TEM der Kommission nicht im Einklang mit den EU-Vorschriften. Auch in Griechenland stellte der Rechnungshof Schwachstellen in Bezug auf die Verwaltung der Zollschulden fest. Dazu zählten Verzögerungen und Verfahrensfehler bei der Mitteilung von Zollschulden und der Identifizierung von Schuldnern bei der Feststellung und Einziehung von Zollschulden, bei der Reaktion auf vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ermittelte und übermittelte Risiken und bei der Ausbuchung uneinbringlicher Schulden.

**4.24.** Im Zuge der Kontrollen der Kommission werden weiterhin ähnliche Schwachstellen bei der mitgliedstaatlichen Verwaltung von Zöllen und Zollschulden sowie bei der Buchführung darüber ermittelt und gemeldet. Die Kommission stellte fest, dass in einigen Fällen aufgrund von Verzögerungen bei der Feststellung, Verbuchung und Meldung von Zollschulden durch die Mitgliedstaaten Zölle nicht oder verspätet an den EU-Haushalt abgeführt wurden. Im Jahr 2025 führte die Kommission im Rahmen ihres Kontrollprogramms Besuche in sechs Mitgliedstaaten durch, um die Zuverlässigkeit der TEM-Übersichten dieser Mitgliedstaaten zu bewerten.
Die Kommission bewertete die mit der TEM-Buchführung zusammenhängenden Systeme und Verfahren in zwei Mitgliedstaaten als zufriedenstellend oder als im Allgemeinen zufriedenstellend. Drei wurden als teilweise zufriedenstellend und eines als nicht zufriedenstellend bewertet (siehe ***Abbildung 4.3***).

## Abbildung 4.3 – Bewertung der Kommission zu den mit der TEM-Buchführung zusammenhängenden Systemen und Verfahren der in den Jahren 2024 und 2025 kontrollierten Mitgliedstaaten




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

## Die mitgliedstaatlichen Daten zum Kunststoff entsprechen nicht vollständig den EU-Vorschriften, die Kommission macht jedoch entsprechende Vorbehalte geltend

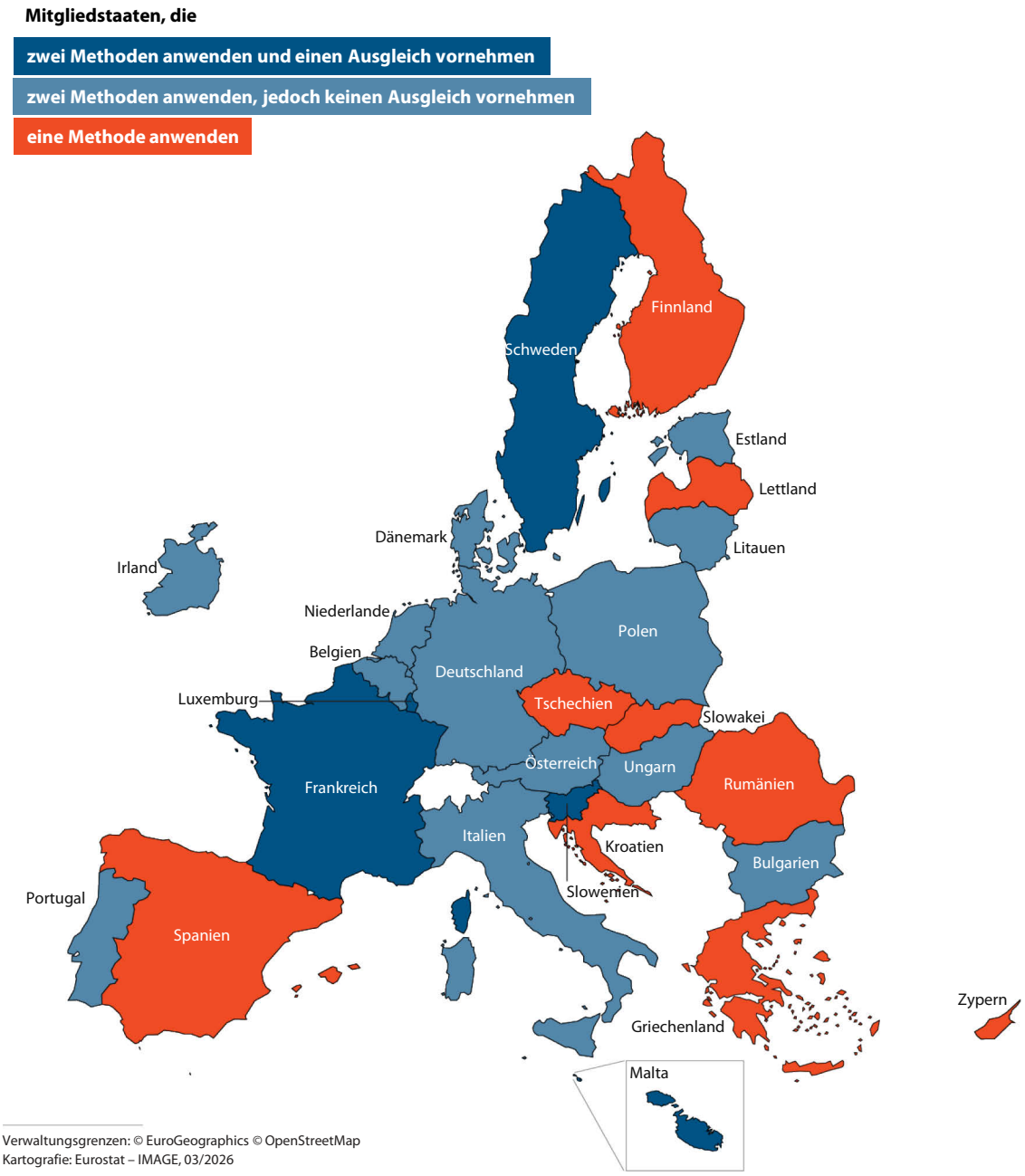
**4.25.** In Bezug auf die Kunststoff-Eigenmittel müssen die Mitgliedstaaten zur Schätzung der angefallenen Verpackungsabfälle aus Kunststoff zwei unterschiedliche Erfassungsmethoden anwenden und eine einzige Schätzung vorlegen, indem sie einen *Ausgleich* der erhaltenen Ergebnisse vornehmen[8]. Der Rechnungshof stellte fest, dass im Jahr 2025 18 Mitgliedstaaten (2024: ebenfalls 18) Daten für 2023 auf der Grundlage der beiden Methoden übermittelt hatten, wobei fünf Mitgliedstaaten (2024: einer) die Ergebnisse ausglichen (siehe ***Abbildung 4.4***). Durch die Anwendung der beiden Methoden und deren Ausgleich wird sichergestellt, dass die von den Mitgliedstaaten erstellten Daten zwischen den Mitgliedstaaten vergleichbar sowie zuverlässig sind. In seinem Sonderbericht 16/2024[9] über die Kunststoff-Eigenmittel empfahl der Rechnungshof der Kommission, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Vergleichbarkeit und Zuverlässigkeit der für die Berechnung der Beiträge der Mitgliedstaaten verwendeten Daten bis 2026 zu verbessern.

---

[8] Verordnung (EU) 2023/595 zur Festlegung des Formulars für die Übersicht über die Kunststoff-Eigenmittel.

[9] Sonderbericht 16/2024: "EU-Einnahmen auf der Grundlage nicht recycelter Verpackungsabfälle aus Kunststoff: Ein herausfordernder Start, der durch nicht ausreichend vergleichbare oder zuverlässige Daten noch erschwert wird".

## Abbildung 4.4 – Von den Mitgliedstaaten verwendete Methoden zur Schätzung der entstandenen Verpackungsabfälle aus Kunststoff




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

**4.26.** Im Jahr 2025 setzte die Kommission ihre Arbeit am ersten Überprüfungszyklus 2023–2026 dadurch fort, dass sie förmliche Kontrollbesuche in zehn Mitgliedstaaten durchführte. Der Zyklus wurde im ersten Quartal 2026 durch Besuche in den übrigen fünf Mitgliedstaaten vervollständigt. Zum Jahresende 2025 hatte die Kommission 34 Vorbehalte gegenüber zwölf Mitgliedstaaten geltend gemacht und einen Vorbehalt aufgehoben (siehe ***Anhang 4.1***). Zum Vergleich: Zum Jahresende 2024 hatte sie zehn Vorbehalte gegenüber vier Mitgliedstaaten geltend gemacht und keinen aufgehoben. Die Kommission machte Vorbehalte gegenüber allen Mitgliedstaaten geltend, die nicht beide Erfassungsmethoden anwenden, sowie gegenüber denjenigen Mitgliedstaaten, in denen sie Schwachstellen festgestellt hat in Bezug auf

- die Verwendung der Methoden;
- den Ausgleich der Ergebnisse;
- die Schätzung, Berechnung und Überprüfung der recycelten Mengen.

**4.27.** Gegenüber Polen wurde ein allgemeiner Vorbehalt aufgrund Vorlage unzureichender Informationen über die Berechnungsmethode dieses Mitgliedstaats geltend gemacht. Gegenüber Frankreich wurden nach der Kontrolle durch die Kommission keinerlei Vorbehalte geltend gemacht. Zum Jahresende 2025 waren 19 weitere Vorbehalte in Vorbereitung.

## Die Einrichtung der EU-Zollbehörde verläuft planmäßig, doch bestehen nach wie vor Risiken für die Entwicklung der EU-Zolldatenplattform

**4.28.** Am 26. März 2026 erzielten der Rat und das Europäische Parlament eine Einigung über den im Mai 2023 veröffentlichten Vorschlag der Kommission für eine Zollreform. Die gesetzgebenden Organe haben vereinbart, dass eine neue für das Risikomanagement auf EU-Ebene zuständige EU-Agentur – die *EU-Zollbehörde* – eingerichtet wird. Darüber hinaus sollte die *EU-Zolldatenplattform* – ein zentralisiertes Online-Portal, das die bestehende IT-Infrastruktur des Zolls in den Mitgliedstaaten ersetzen soll – 2028 in ihre operative Phase (zunächst für den elektronischen Handel) eintreten.

**4.29.** Der Rechnungshof verfolgte die in seinem Jahresbericht 2024[10] festgestellten Risiken von Verzögerungen bei der Umsetzung der EU-Zollreform weiter. Im Jahr 2025 organisierte die Kommission das Verfahren zur Auswahl des Sitzes der EU-Zollbehörde und erstellte Pläne für ihren Zuständigkeitsbereich, Governance-Regelungen, die wichtigsten Etappenziele und die für ihre erste Einrichtung erforderlichen Ressourcen. Die Stadt, in der die EU-Zollbehörde, ihren Sitz haben soll – Lille in Frankreich – wurde von den gesetzgebenden Organen im März 2026 rechtzeitig zur förmlichen Annahme der Zollreform ausgewählt.

**4.30.** Die Kommission hat die ersten Schritte im Vergabeverfahren für die Auswahl des Entwicklers der E-Commerce-Phase der EU-Zolldatenplattform unternommen. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass der Prozess vor Anfang 2027 abgeschlossen wird. Damit bliebe etwa ein Jahr für die Konzeption, Entwicklung, Erprobung und Umsetzung, bevor die EU-Zolldatenplattform am 1. Juli 2028 betriebsbereit sein muss. Angesichts der inhärenten Komplexität eines solchen Projekts besteht die Gefahr, dass die verfügbare Zeit nicht ausreicht.

## Einige Mitgliedstaaten verzeichnen Verzögerungen beim Übergang zu einer digitalen und interoperablen EU-Zollumgebung

**4.31.** Der Fahrplan für den Übergang zu einem vollständig elektronischen und harmonisierten EU-Zollumfeld umfasst ein von der EU angenommenes Arbeitsprogramm[11] mit systemspezifischen Etappenzielen und Fristen. Mit diesen Etappenzielen sollte die schrittweise Ersetzung papiergestützter und fragmentierter nationaler Systeme durch die phasenweise Einführung interoperabler IT-Systeme der EU für den Zoll unterstützt werden, wobei angestrebt wird, den Übergang bis 2025 abzuschließen.

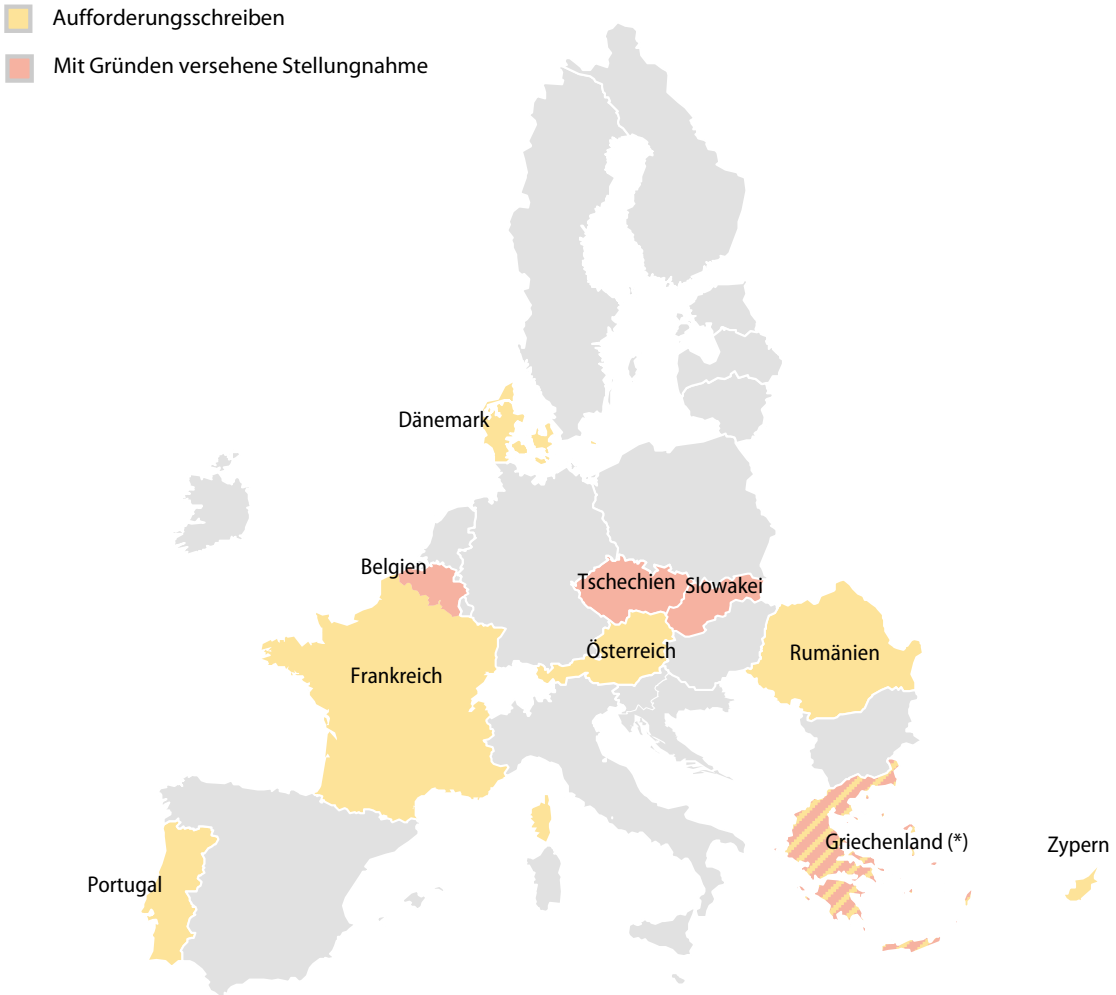
---

[10] Jahresbericht 2024, Ziffern 4.27–4.30.

[11] Durchführungsbeschluss 2023/2879 zur Festlegung des Arbeitsprogramms für die Entwicklung und Inbetriebnahme der im Zollkodex der Union vorgesehenen elektronischen Systeme.

**4.32.** Während die meisten Systeme im Einklang mit dem Arbeitsprogramm eingeführt wurden, kam es bei einigen Systemen zu Verzögerungen seitens der Mitgliedstaaten. Im Jahr 2025 leitete die Kommission durch Übermittlung von Aufforderungsschreiben *Vertragsverletzungsverfahren* gegen zehn Mitgliedstaaten ein, weil diese ihren Verpflichtungen zur Einführung eines oder mehrerer IT-Systeme oder zur rechtzeitigen Modernisierung ihrer nationalen Einfuhrsysteme nicht nachgekommen waren. Nach Erhalt zusätzlicher Informationen leitete die Kommission für vier Mitgliedstaaten durch Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme die nächste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens ein (siehe ***Abbildung 4.5***) und behielt das Verfahren für die übrigen sechs bei.

### Abbildung 4.5 – Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, die das Arbeitsprogramm für die IT-Systeme für den Zoll nicht fristgerecht umgesetzt hatten (Stand: März 2026)

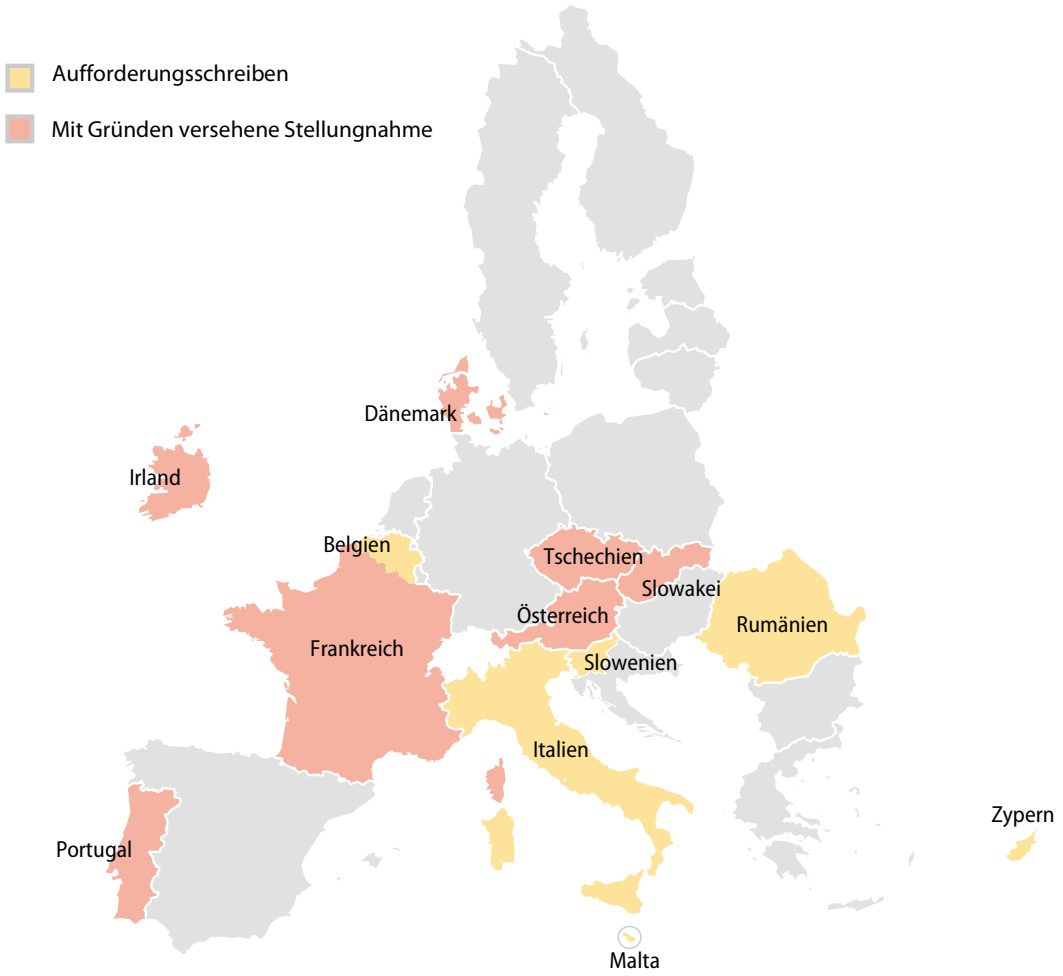



(*) Die Kommission hat Griechenland wegen der Verzögerung bei einem IT-System eine mit Gründen versehene Stellungnahme und wegen der Verzögerung bei zwei weiteren IT-Systemen ein Aufforderungsschreiben übermittelt.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

**4.33.** Im Rahmen des Arbeitsprogramms hat die Kommission ein EU-System, Surveillance III, entwickelt, das die einheitliche Anwendung der Zollkontrollen und des Zollrechts sowie das Risikomanagement verbessern und die Einhaltung der EU-Grenzmaßnahmen unterstützen soll. Damit Surveillance III wirksam funktionieren kann, müssen die Mitgliedstaaten für jede Einfuhr einen standardisierten Satz von Informationen übermitteln. Vor allem aufgrund von Verzögerungen bei der Einführung der oben genannten Systeme haben einige Mitgliedstaaten nicht alle erforderlichen Informationen bereitgestellt. Die Kommission eröffnete Vertragsverletzungsverfahren gegen 13 Mitgliedstaaten und leitete nach deren Antwort für sieben von ihnen (siehe ***Abbildung 4.6***) die nächste Stufe ein bzw. behielt das Verfahren für die übrigen sechs bei.

**Abbildung 4.6 – Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, die keine vollständigen Zolldaten zu Zwecken einer Risikobewertung übermittelt haben (Stand: März 2026)**




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

**4.34.** Diese Verzögerungen bedeuten, dass die erwarteten Vorteile der Digitalisierung – wie Automatisierung, Interoperabilität und Echtzeitüberwachung sowie verbesserte Risikoanalyse – noch nicht vollständig erreicht wurden.
Die unvollständige Einführung des Systems und die unvollständige Datenübermittlung schränken die Fähigkeit der Kommission und der Mitgliedstaaten ein, auf Risiken abzuzielen und wirksame Zollkontrollen durchzuführen, insbesondere bei Einfuhren. Dies untergräbt die einheitliche Anwendung des EU-Zollrechts.

# Jährliche Tätigkeitsberichte

**4.35.** Die Feststellungen und Schlussfolgerungen des Rechnungshofs werden durch die Angaben zur Ordnungsmäßigkeit der Eigenmittel in den von der GD BUDG und Eurostat veröffentlichten jährlichen Tätigkeitsberichten 2025 generell bekräftigt.

**4.36.** In ihrem jährlichen Tätigkeitsbericht 2025 gab die GD BUDG an, die Quantifizierung der TEM-Verluste, die aus der Unterbewertung von Textil- und Schuheinfuhren aus China im Zeitraum 2011–2017 resultierten, für Ungarn und Spanien abgeschlossen zu haben – zusätzlich zu den sieben Mitgliedstaaten, für die dies bereits 2024 erfolgt war. Der kumulierte Betrag der TEM-Verluste im Zusammenhang mit der Unterbewertung durch alle übrigen Mitgliedstaaten (Stand: 31. Dezember 2025) wird in der Jahresrechnung der EU auf 0,7 Milliarden Euro geschätzt, die damit verbundenen Verzugszinsen auf 0,3 Milliarden Euro. Die GD BUDG plant, die Berechnungen für die übrigen Mitgliedstaaten im Laufe des Jahres 2026 abzuschließen.

# Schlussfolgerung und Empfehlungen

## Schlussfolgerung

**4.37.** Insgesamt geht aus den Prüfungsnachweisen hervor, dass die Fehlerquote bei den Einnahmen nicht wesentlich war. Die vom Rechnungshof untersuchten Einnahmensysteme waren generell wirksam. Einige Elemente der Kontrollsysteme zur Verwaltung von BNE-Vorbehalten und offenen TEM-Punkten waren jedoch nur bedingt wirksam (siehe Ziffern ***4.16*** und ***4.19***). Darüber hinaus waren die Bereitstellung von Informationen über BNE-Vorbehalte und die Meldung von Daten zu den Kunststoff-Eigenmitteln sowie einige Elemente der wichtigsten Verwaltungs- und Kontrollsysteme für die TEM, die der Rechnungshof in drei Mitgliedstaaten bewertete, nur bedingt wirksam (siehe Ziffern ***4.11***, ***4.20*** und ***4.25***).

**4.38.** Daher sind nach Beurteilung des Rechnungshofs die der Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr zugrunde liegenden Einnahmen in allen wesentlichen Belangen rechtmäßig und ordnungsgemäß.

**4.39.** Der Rechnungshof stellte ferner fest, dass es Risiken für die rechtzeitige Entwicklung der EU-Zolldatenplattform (siehe Ziffer ***4.30***) und Verzögerungen bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms für die IT-Systeme im Zollbereich durch die Mitgliedstaaten gab (siehe Ziffer ***4.34***). Er gelangte zu dem Schluss, dass diese Risiken keine wesentlichen Auswirkungen auf die Ordnungsmäßigkeit der der Jahresrechnung zugrunde liegenden Einnahmenvorgänge haben und daher sein Prüfungsurteil nicht beeinträchtigen.

## Empfehlungen

**4.40.** ***Anhang 4.2*** enthält die Ergebnisse der Weiterverfolgung einer früheren Prüfungsempfehlung des Rechnungshofs (siehe auch Ziffer ***4.12***).

**4.41.** Auf der Grundlage seiner Feststellungen und Schlussfolgerungen für 2025 unterbreitet der Rechnungshof der Kommission folgende Empfehlung:

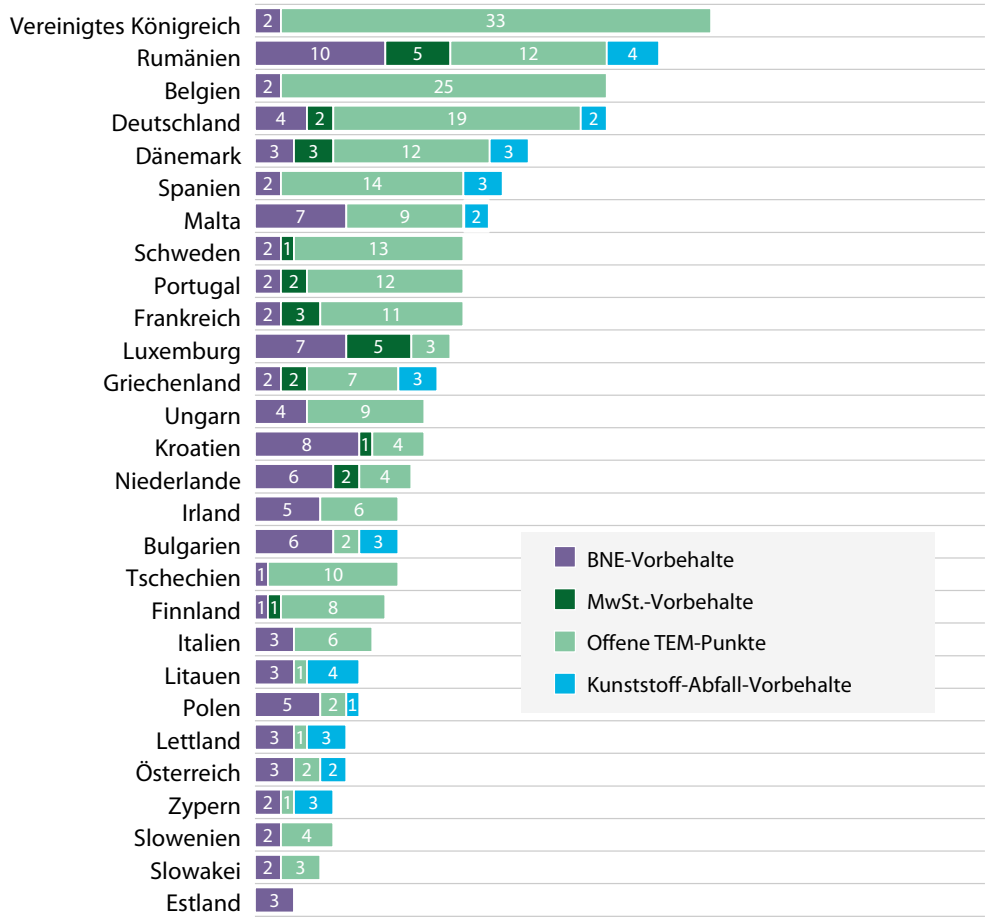
## Empfehlung 4.1 – Klarere Regeln für die Erhebung von Verzugszinsen vorschlagen

Die Kommission sollte in ihrem Vorschlag für eine Bereitstellungsverordnung für BNE-Eigenmittel eindeutige und vollständige Vorschriften für Verzugszinsen angeben, sodass Zinsen erhoben werden, wenn die Mitgliedstaaten die erforderlichen Informationen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist übermitteln.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

# Anhänge

## Anhang 4.1 – Anzahl der am 31. Dezember 2025 noch bestehenden BNE-Vorbehalte, MwSt.-Vorbehalte, offenen TEM-Punkte und Kunststoff-Abfall-Vorbehalte nach Mitgliedstaat




| | BNE-Vorbehalte | MwSt.-Vorbehalte | Offene TEM-Punkte | Kunststoff-Abfall-Vorbehalte |
|---|---|---|---|---|
| **Insgesamt zum 31.12.2025** | 102 | 27 | 233 | 33 |
| Insgesamt zum 31.12.2024 | 109 | 40 | 204 | 10 |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

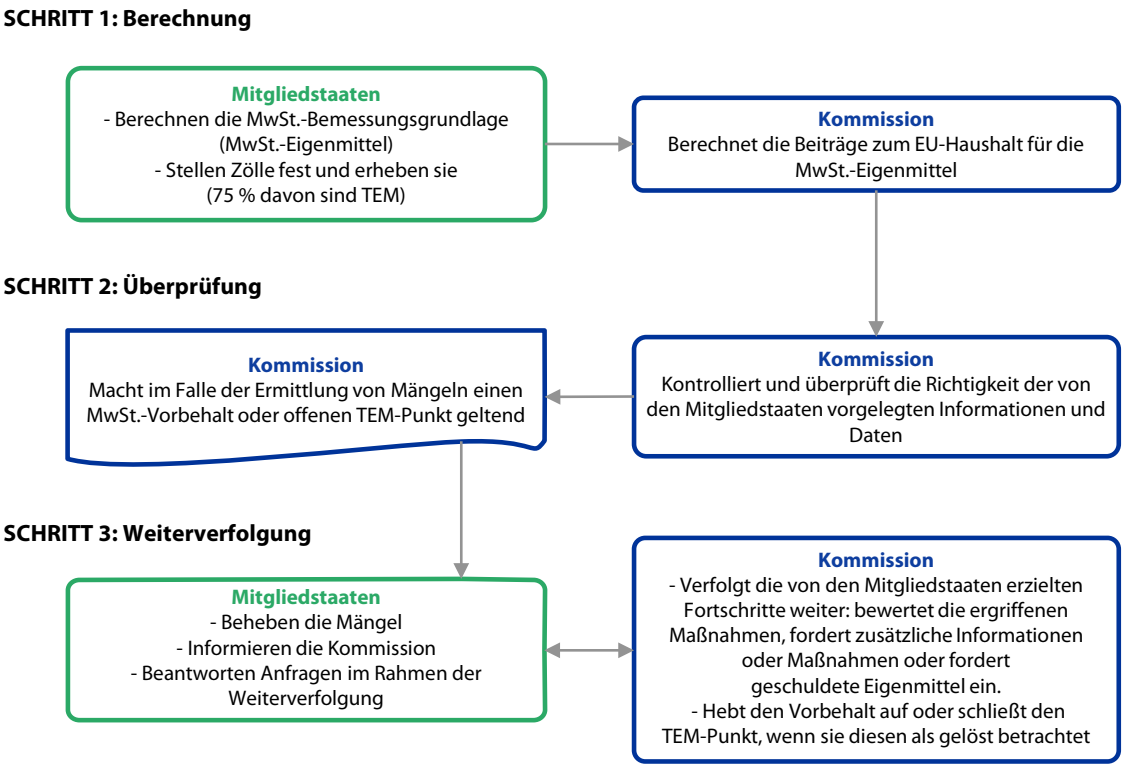
## Anhang 4.2 – Weiterverfolgung einer früheren Empfehlung

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert; keine Informationen.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

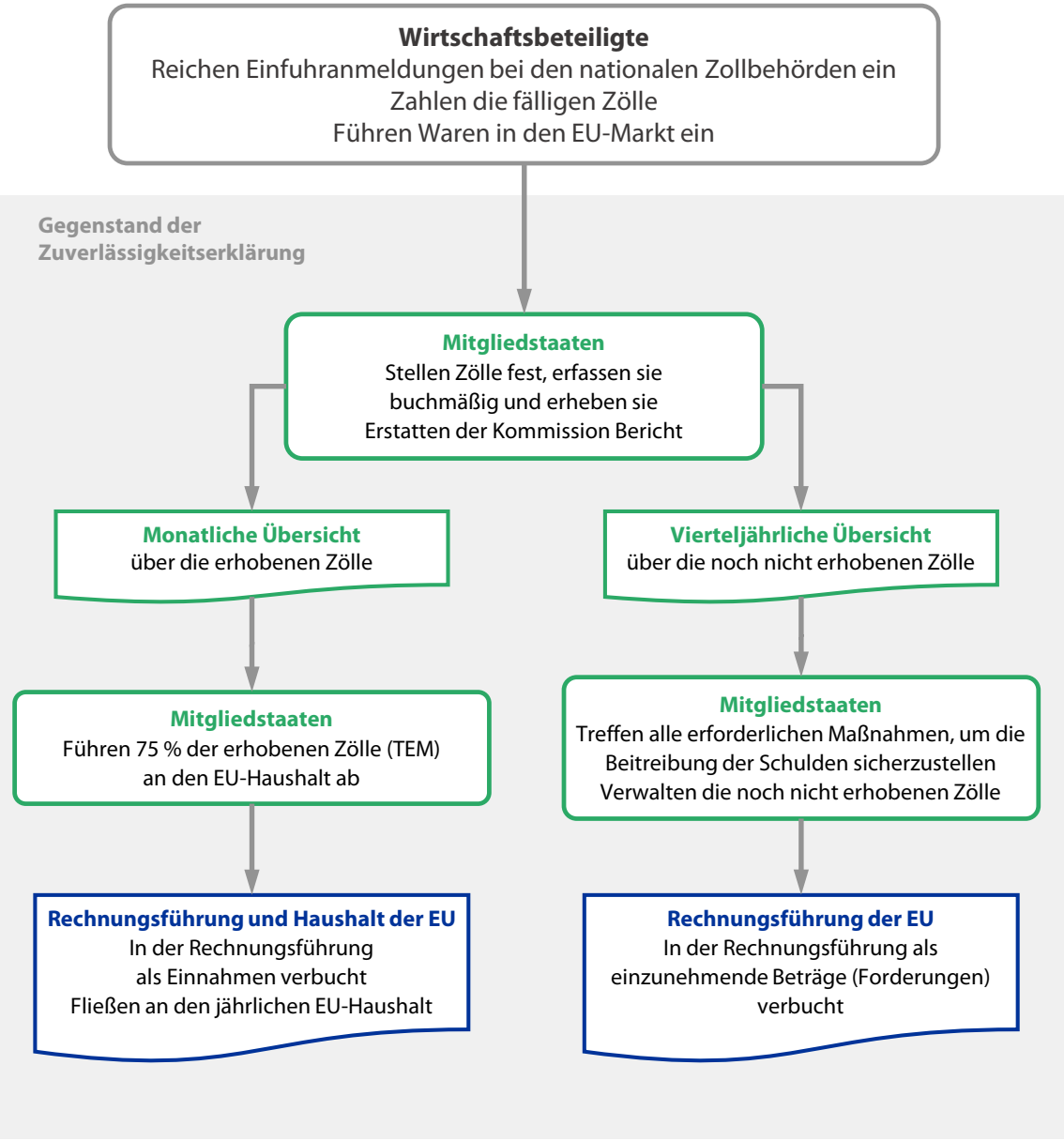
| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2023** | Der Rechnungshof unterbreitet der Kommission folgende Empfehlungen:<br>**Empfehlung 4.1:**<br>Die Kommission sollte Verzugszinsen erheben, wenn die Mitgliedstaaten nicht alle Informationen bereitstellen, die erforderlich sind, um fristgemäß Vorbehalte anzugehen und BNE-Daten zu berichtigen | | | (siehe Ziffer ***4.12***). |

# Anhang 4.3 – Verfahren zur Überprüfung der MwSt.-Bemessungsgrundlagen und TEM der Mitgliedstaaten




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

## Anhang 4.4 – Verfahren zur Erstellung der TEM-Übersichten über die (erhobenen und noch nicht erhobenen) Zölle und zu deren Verbuchung in der Rechnungsführung der EU und ihrer Abführung an den EU-Haushalt




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften und Regeln der EU.

# Kapitel 5

## Binnenmarkt, Innovation und Digitales

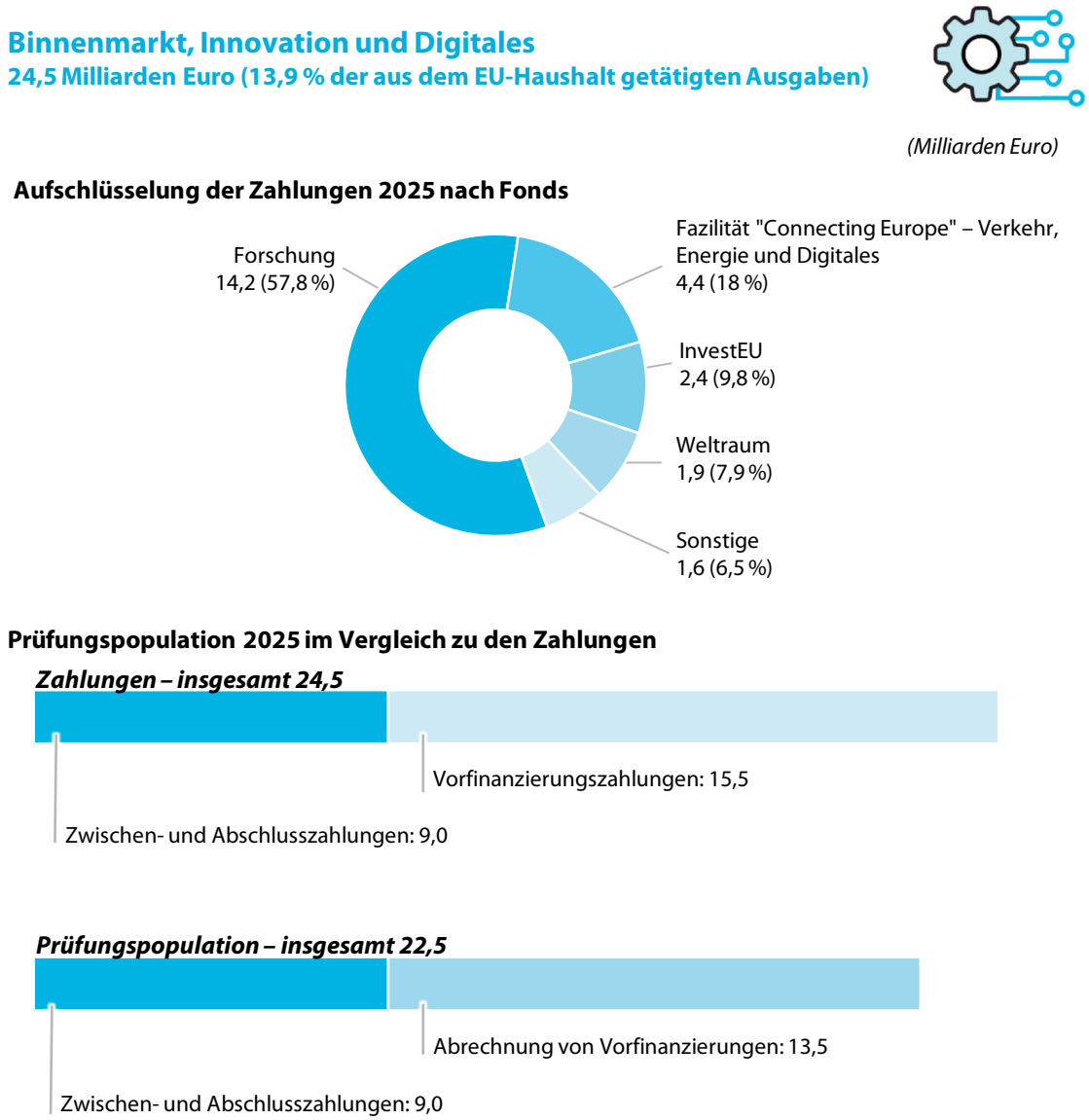
# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | 5.1. - 5.10. |
| Kurzbeschreibung | 5.2. - 5.8. |
| Prüfungsumfang und Prüfungsansatz | 5.9. - 5.10. |
| **Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge** | 5.11. - 5.27. |
| Personalkosten sind am stärksten fehlerbehaftet | 5.16. - 5.20. |
| Geltendmachung von Kosten für Arbeitszeit, die nicht für das Projekt aufgewendet wurde | 5.17. - 5.18. |
| Fehlerhafte Berechnung von Stunden- oder Tagessätzen | 5.19. - 5.20. |
| Geltendmachung sonstiger *direkter Kosten*, die für die Maßnahme nicht erforderlich waren | 5.21. |
| Mängel bei der Verwendung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen | 5.22. - 5.25. |
| Begünstigte außerhalb der EU sowie *kleine und mittlere Unternehmen* sind stärker von Fehlern betroffen | 5.26. - 5.27. |
| **Die Kontrollsysteme der Kommission zur Verhinderung von Plagiarismus und Doppelfinanzierung im Rahmen von Horizont Europa** | 5.28. - 5.32. |
| **Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen** | 5.33. - 5.38. |
| **Schlussfolgerungen und Empfehlungen** | 5.39. - 5.44. |
| Schlussfolgerungen | 5.39. - 5.42. |
| Empfehlungen | 5.43. - 5.44. |
| **Anhänge** | |
| Anhang 5.1 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen | |

# Einleitung

**5.1.** Dieses Kapitel enthält die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofs zur Rubrik 1 "Binnenmarkt, Innovation und Digitales" des mehrjährigen Finanzrahmens (*MFR*). ***Abbildung 5.1*** gibt einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten und Ausgaben sowie die Prüfungspopulation in dieser Rubrik im Jahr 2025.

## Abbildung 5.1 – Zahlungen und Prüfungspopulation




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus der *konsolidierten Jahresrechnung* 2025 der Europäischen Union.

## Kurzbeschreibung

**5.2.** Die im Rahmen der Rubrik "Binnenmarkt, Innovation und Digitales" finanzierten *Programme* sind vielfältig und zielen darauf ab, Projekte zu finanzieren, die u. a. zu Forschung und Innovation, zur Entwicklung der europäischen Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Digitales, zur Kommunikation, zum digitalen Wandel und zum Binnenmarkt sowie zur Raumfahrtpolitik beitragen.

**5.3.** Die Ausgaben für die Programme im Rahmen dieser Rubrik werden von der Kommission fast zur Gänze direkt verwaltet. Die übrigen Teile des Haushalts im Rahmen der MFR-Rubrik 1 werden von *gemeinsamen Unternehmen* und *dezentralen Agenturen* ausgeführt.

**5.4.** Die wichtigsten Programme für Forschung und Innovation sind das Programm *Horizont Europa* für den Zeitraum 2021–2027 sowie dessen Vorgänger *Horizont 2020* für den Zeitraum 2014–2020. Etwas mehr als die Hälfte der vom Rechnungshof für das Jahr 2025 geprüften Forschungs*vorgänge* bezogen sich auf Horizont Europa.

**5.5.** Unter die MFR-Rubrik 1 fällt außerdem die Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Rahmen der *Fazilität "Connecting Europe"*, von *InvestEU* sowie der Weltraumprogramme, darunter *Galileo* (das globale Satellitennavigationsprogramm der EU), die *Europäische Erweiterung des geostationären Navigationssystems (EGNOS)* und Copernicus (das Europäische Erdbeobachtungsprogramm). Auch das Programm "Digitales Europa" und das Binnenmarktprogramm werden im Rahmen der MFR-Rubrik 1 finanziert. Im laufenden MFR-Zeitraum gelten weitgehend einheitliche Regeln für die Förderfähigkeit der Kosten für Horizont Europa, die Fazilität "Connecting Europe", das Programm "Digitales Europa" und das Binnenmarktprogramm.

**5.6.** Die Forschungsausgaben im Rahmen der Programme Horizont Europa und Horizont 2020 sowie der Fazilität "Connecting Europe" fließen größtenteils in Form von *Finanzhilfen* an öffentliche oder private *Begünstigte*, die an Projekten teilnehmen. Die Kommission leistet bei Unterzeichnung einer Finanzhilfevereinbarung zunächst Vorfinanzierungszahlungen an die Begünstigten. Werden durch die Finanzhilfen die tatsächlich angefallenen Kosten erstattet – was im Jahr 2025 die häufigste Art der Förderung im Forschungsbereich darstellte – so melden die Begünstigten die angefallenen Kosten und erhalten eine entsprechende Erstattung. Im Falle von Pauschalzahlungen erhalten die Begünstigten im Rahmen der Finanzhilfe einen im Voraus festgelegten *Pauschalbetrag* für jedes abgeschlossene Arbeitspaket.

**5.7.** Die Weltraumprogramme werden in der Regel indirekt von speziellen Durchführungsstellen (wie der Europäischen Weltraumorganisation und der Agentur der EU für das Weltraumprogramm) verwaltet, die auf der Grundlage der im Rahmen der Programme angefallenen Ausgaben eine Erstattung erhalten.

**5.8.** Die *Finanzierungsinstrumente* (d. h. Darlehen, Garantien und *Eigenkapitalbeteiligungen*) im Rahmen des Programms InvestEU werden hauptsächlich von der Europäischen Investitionsbank bzw. dem *Europäischen Investitionsfonds* umgesetzt, die ihrerseits auf *Finanzintermediäre* zurückgreifen.

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**5.9.** Ziel des Rechnungshofs war es, eine Schätzung zur Fehlerquote für diese MFR-Rubrik abzugeben und einen Beitrag zur *Zuverlässigkeitserklärung* zu leisten. Unter Anwendung seines Prüfungsansatzes und seiner Prüfungsmethoden (siehe ***Anhang 1.1***) untersuchte der Rechnungshof für diese MFR-Rubrik in Bezug auf das Jahr 2025 Folgendes:

a) eine statistisch repräsentative Stichprobe von 126 Vorgängen, die das gesamte Ausgabenspektrum innerhalb dieser MFR-Rubrik abdeckt. Die Stichprobe umfasste 90 Vorgänge aus dem Bereich Forschung und Innovation (40 betreffend Horizont 2020 und 50 betreffend Horizont Europa) sowie 36 Vorgänge betreffend andere Programme (insbesondere 14 Vorgänge betreffend die Fazilität "Connecting Europe", sechs Vorgänge betreffend Finanzierungsinstrumente, zehn Vorgänge betreffend das Binnenmarktprogramm und das Programm "Digitales Europa" sowie zwei Vorgänge im Zusammenhang mit den Weltraumprogrammen). Die geprüften Begünstigten waren in 21 Mitgliedstaaten und vier Drittländern ansässig;

b) die bestehenden Kontrollsysteme der Kommission zur Verhinderung von Plagiarismus und Doppelfinanzierung im Forschungsbereich (Horizont Europa);

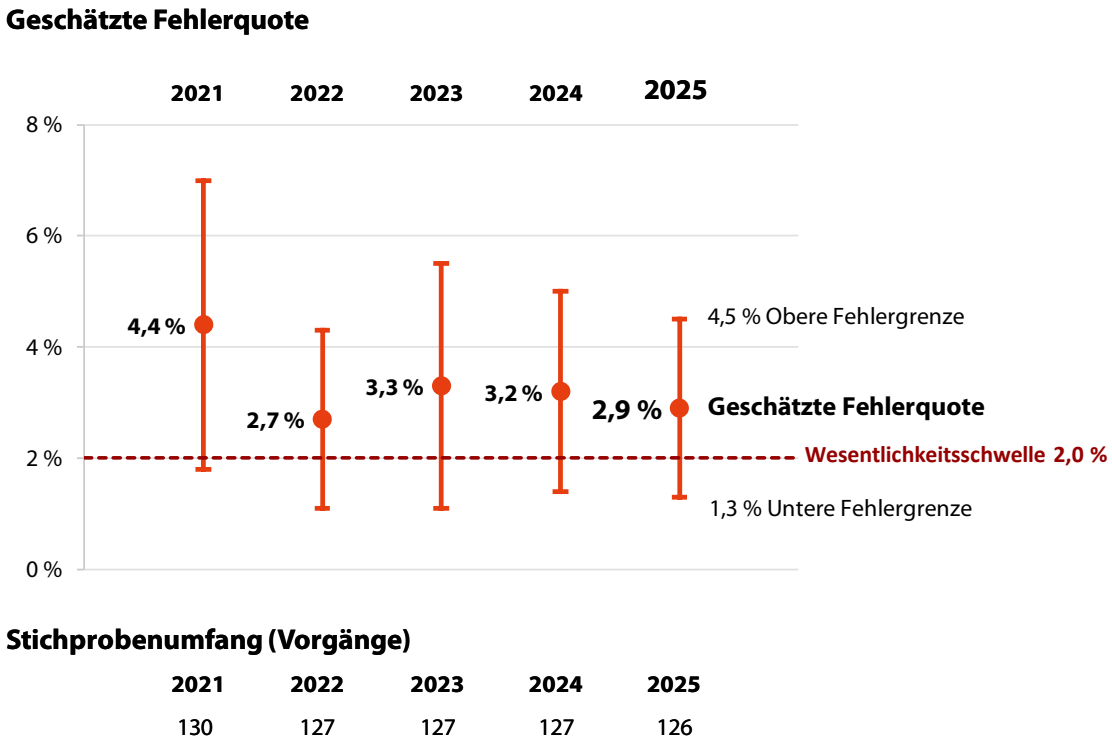
c) die in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* der *Europäischen Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA)* und der *Europäischen Exekutivagentur für die Forschung (REA)* enthaltenen Angaben zur *Ordnungsmäßigkeit*, die anschließend in die *jährliche Management- und Leistungsbilanz* der Kommission aufgenommen wurden.

**5.10.** Darüber hinaus berücksichtigte der Rechnungshof die im Rahmen seiner jährlichen Prüfungen festgestellten Ergebnisse zu zwölf EU-Agenturen – darunter das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) – sowie zu elf gemeinsamen Unternehmen, die allesamt den Haushalt im Rahmen der MFR-Rubrik 1 ausführen. Diese Ergebnisse hatten nur geringfügige Auswirkungen auf die Fehlerquote. Über die Ergebnisse wurde in den besonderen Jahresberichten zum Haushaltsjahr 2024 berichtet, wobei 218 Vorgänge geprüft wurden.

# Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

**5.11.** Von den 126 vom Rechnungshof untersuchten Vorgängen wiesen 37 (29 %) *Fehler* auf. Auf der Grundlage der 33 von ihm quantifizierten Fehler und der zusätzlichen Fehler, die bei Vorgängen der EU-Agenturen und gemeinsamen Unternehmen festgestellt wurden, schätzt der Rechnungshof die Fehlerquote auf 2,9 % (siehe ***Abbildung 5.2***).

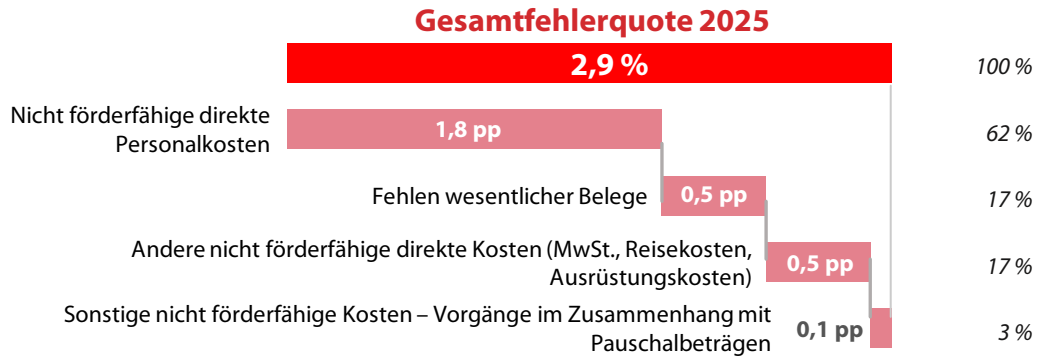
### Abbildung 5.2 – Geschätzte Auswirkungen der quantifizierbaren Fehler




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**5.12.** ***Abbildung 5.3*** enthält eine Aufschlüsselung der vom Rechnungshof für 2025 *geschätzten Fehlerquote* nach Fehlerart.

## Abbildung 5.3 – Aufschlüsselung der geschätzten Fehlerquote nach Fehlerart




**pp**: Prozentpunkte

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**5.13.** Die Forschung ist nach wie vor ein mit einem hohen Fehlerrisiko verbundener Ausgabenbereich. Bei 28 der 90 von ihm im Rahmen seiner repräsentativen Stichprobe geprüften Forschungsvorgänge (31 %) stellte der Rechnungshof *quantifizierbare Fehler* fest. Darüber hinaus meldete der Rechnungshof bei vier Vorgängen *nicht quantifizierbare Fehler*. Wie bereits im Jahr 2024 waren hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben bei der Prüfung keine bedeutenden Unterschiede zwischen Horizont 2020 und Horizont Europa festzustellen, obwohl im Rahmen von Horizont Europa Vereinfachungen eingeführt worden waren, um den Begünstigten die Meldung der Kosten zu erleichtern.

**5.14.** In Bezug auf die anderen Programme und Tätigkeiten ermittelte der Rechnungshof Fehler bei fünf der 36 Vorgänge seiner Stichprobe (14 %); bei allen Fehlern handelte es sich um quantifizierbare Fehler.

**5.15.** Die Kommission hatte Korrekturmaßnahmen vorgenommen, die sich auf sieben im Rahmen der Stichprobe geprüfte Vorgänge unmittelbar auswirkten. Durch diese Maßnahmen verringerte sich die für dieses Kapitel geschätzte Fehlerquote um 0,4 Prozentpunkte.

## Personalkosten sind am stärksten fehlerbehaftet

**5.16.** Bei fast allen Forschungsprojekten machen Personalkosten den größten Teil der angefallenen Kosten aus. Insgesamt stellte der Rechnungshof bei 22 (d. h. 24 %) der 90 untersuchten Forschungsvorgänge quantifizierbare Fehler im Zusammenhang mit Personalkosten fest. Darüber hinaus meldete der Rechnungshof zwei nicht quantifizierbare Fehler in Bezug auf Personalkosten.

### Geltendmachung von Kosten für Arbeitszeit, die nicht für das Projekt aufgewendet wurde

**5.17.** Die Begünstigten können nur Kosten für Arbeitszeit geltend machen, in der ihr Personal an den von der EU finanzierten Projekten gearbeitet hat. Diese grundlegende Regel wurde jedoch bei sieben der 50 in der Stichprobe enthaltenen Vorgänge zu Horizont Europa nicht befolgt: Die Begünstigten hatten entweder Tage angegeben, an denen die betreffenden Personen abwesend waren, oder Tage, die in der Zeiterfassung nicht belegt waren. Der Rechnungshof stellte bei einem der 40 untersuchten Vorgänge im Rahmen von Horizont 2020 ähnliche Fehler fest.

**5.18.** Bereits im dritten Jahr in Folge[1] stellt der Rechnungshof diese Art von Fehler bei einer europäischen zwischenstaatlichen Organisation fest, die eine bestimmte Maßnahme im Rahmen von Horizont Europa durchführt. In ***Kasten 5.1*** werden nähere Einzelheiten dieses Falls erläutert.

[1] Jahresbericht 2024, Ziffer 5.21 und Kasten 5.2; Jahresbericht 2023, Ziffer 5.18 und Kasten 5.1.

**Kasten 5.1**

**Beispiel für einen Fall, bei dem die Verwendung der Musterfinanzhilfevereinbarung zum Zwecke der Finanzierung einer bestimmten Maßnahme im Rahmen von Horizont Europa nicht geeignet ist**

Die COST-Vereinigung (Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik) ist eine europäische zwischenstaatliche Organisation mit Sitz in Belgien, die die Zusammenarbeit zwischen Forschenden und Innovatoren in ganz Europa und darüber hinaus durch Vernetzungsaktivitäten fördern soll. Die betreffende Maßnahme ist weder ein traditionelles "Forschungsprojekt", noch dient sie unmittelbar der Finanzierung der Forschung, und Horizont Europa ist ihre einzige Finanzierungsquelle. Trotzdem nutzte die Kommission die Musterfinanzhilfevereinbarung von Horizont Europa, um Mittel für diese spezifische Maßnahme bereitzustellen.

Dadurch entsteht für den Begünstigten eine strukturelle Finanzierungslücke, da nicht alle Kosten für die Maßnahme geltend gemacht werden können. Infolge dieser strukturellen Diskrepanz konnten bestimmte Kosten, einschließlich Kosten für bestimmte Urlaubszeiten und andere Abwesenheiten, gemäß den Vorschriften der Musterfinanzhilfevereinbarung nicht bei der Berechnung der Personalkosten berücksichtigt werden. Dies zeigt die Grenzen dieser Vorschriften für Maßnahmen solcher Art auf.

## Fehlerhafte Berechnung von Stunden- oder Tagessätzen

**5.19.** Im Rahmen von Horizont 2020 müssen die Begünstigten jährliche oder monatliche Stundensätze für ihr Personal berechnen und diese mit der Anzahl der Stunden multiplizieren, in denen an den EU-Projekten gearbeitet wurde. Bei Horizont Europa wurden die Vorschriften jedoch geändert, um sie zu vereinfachen:
Die Begünstigten müssen nun Tagessätze berechnen und sie mit der Anzahl der Tage ("Tagesäquivalente") multiplizieren, an denen an den EU-Projekten gearbeitet wurde.

**5.20.** Der Rechnungshof stellte sowohl bei Vorgängen im Rahmen von Horizont 2020 als auch bei Vorgängen im Rahmen von Horizont Europa fest, dass die Begünstigten die Stunden- bzw. Tagessätze nicht korrekt berechnet hatten. Diese Sätze werden berechnet, indem die Personalkosten in einem bestimmten Zeitraum durch die produktive Zeit (Stunden oder Tagesäquivalente) im selben Zeitraum geteilt werden. Bei einigen geprüften Vorgängen legten die Begünstigten die falsche produktive Zeit zugrunde, berechneten Sätze für den falschen Zeitraum oder bezogen *indirekte Kosten* oder nicht förderfähige Personalkosten in die Berechnung ihrer Sätze ein. Beispiele für diese Art von Fehlern sind in ***Kasten 5.2*** aufgeführt.

**Kasten 5.2**

**Beispiele für nicht förderfähige Kosten, die in den geltend gemachten Personalkosten enthalten waren**

In Dänemark erstatten die nationalen Behörden den Arbeitgebern bestimmte Beträge, die sie den Arbeitnehmern während ihres Elternurlaubs zahlen. Folglich kommen diese Kosten nicht für eine EU-Finanzierung in Betracht. Der Rechnungshof prüfte einen Vorgang im Rahmen von Horizont Europa, bei dem der Begünstigte solche Kosten einbezogen und somit die tatsächlichen Personalkosten zu hoch angesetzt hatte. Es wurden folglich zu hohe Kosten von dem Begünstigten geltend gemacht.

Eine öffentliche Einrichtung in Frankreich machte bei einer Finanzhilfe im Rahmen von Horizont Europa Kosten für zwei Forscher geltend. Bei der Berechnung der Personalkosten hatte der Begünstigte richtigerweise einige nicht förderfähige Kosten außen vor gelassen. Die damit verbundenen Sozialversicherungsbeiträge wurden jedoch in die Berechnung einbezogen, was zu einem überhöhten Tagessatz führte.

## Geltendmachung sonstiger *direkter Kosten*, die für die Maßnahme nicht erforderlich waren

**5.21.** Eine wichtige Voraussetzung für die Förderfähigkeit ist, dass die Kosten im Zusammenhang mit der Maßnahme angefallen und für ihre Durchführung erforderlich sein müssen. Wie bereits in den Vorjahren[2] stellte der Rechnungshof auch in diesem Jahr fest, dass diese Voraussetzung häufig nicht erfüllt war. Dies betraf zehn der vom Rechnungshof geprüften Vorgänge. Beispiele hierfür waren Kosten für Ausrüstung und Inventar, die nicht für das Projekt genutzt wurden, Dienstleistungen, die während des Projektzeitraums nicht erbracht wurden, und Reisekosten, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem Projekt standen.

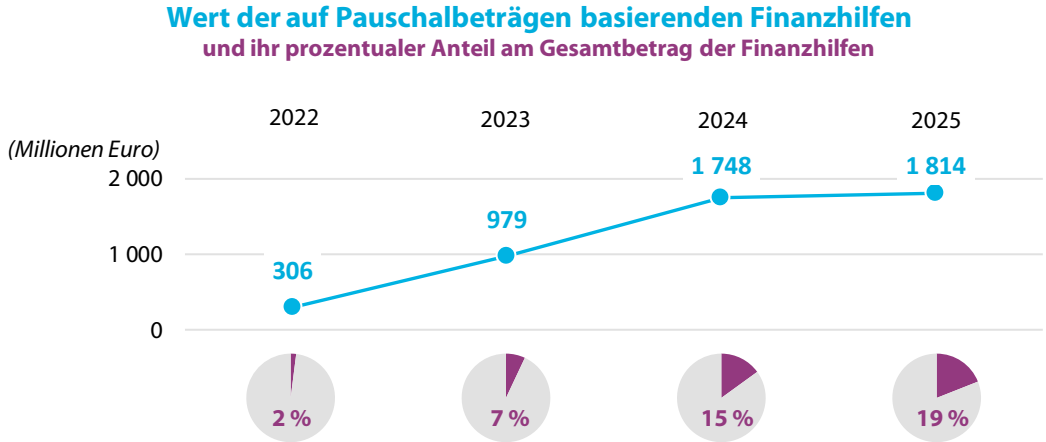
[2] Jahresbericht 2024, Ziffer 5.22; Jahresbericht 2023, Ziffer 5.22; Jahresbericht 2022, Ziffer 5.22.

## Mängel bei der Verwendung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen

**5.22.** Pauschalbeträge stellen gemäß Artikel 125 der *Haushaltsordnung* eine *vereinfachte Kostenoption* dar, bei der im Vorfeld für jede Kostenkategorie detaillierte Kostenschätzungen für die einzelnen Begünstigten und Arbeitspakete vorgelegt werden müssen. Vor Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung bewerten die von der Kommission beauftragten Sachverständigen die Kostenschätzungen durch Abgleich mit den vorgeschlagenen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass sie angemessen sind und nicht zu hoch angesetzt wurden. Die Kommission zahlt dann den Finanzhilfebetrag vorbehaltlich der "ordnungsgemäßen Durchführung" der Arbeitspakete, die mithilfe von Sachverständigen bewertet wird.

**5.23.** Die Kommission beabsichtigt, bis Ende 2027 rund die Hälfte der im Rahmen von Horizont Europa (für Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen) bereitgestellten jährlichen Haushaltsmittel in Form von Pauschalbeträgen zuzuweisen. Die 2025 unterzeichneten Finanzhilfen für durch Pauschalbeträge finanzierte Projekte beliefen sich auf 1 814 Millionen Euro und machten etwa 19 % (des Werts) aller in dem Jahr unterzeichneten Finanzhilfen aus (siehe ***Abbildung 5.4***).

### Abbildung 5.4 – Unterzeichnete Finanzhilfevereinbarungen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen im Rahmen von Horizont Europa: Wert und Anteil an den insgesamt für Finanzhilfen zur Verfügung stehenden Mitteln (2022 bis 2025)




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

**5.24.** Im Jahr 2025 beliefen sich die Ausgaben für Finanzierungen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen im Rahmen von Horizont Europa auf 232 Millionen Euro (was 4 % der Gesamtausgaben des Programms im Jahr 2025 entspricht).
Der Rechnungshof prüfte drei Forschungsprojekte, die durch Finanzhilfen auf der Grundlage einmaliger Pauschalbeträge im Rahmen von Horizont Europa finanziert und von Projektkonsortien mit fünf bis 17 Begünstigten durchgeführt wurden. In allen Fällen untersuchte der Rechnungshof, wie die Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen festgelegt wurden, ob die Arbeitspakete ordnungsgemäß abgeschlossen wurden und dies von der Kommission überprüft wurde. Wie in den Vorjahren[3] stellte der Rechnungshof hauptsächlich in zwei Bereichen Mängel fest, die in ***Kasten 5.3*** erläutert werden. Bei einem der drei untersuchten Vorgänge führten diese Mängel zu einem quantifizierbaren Fehler.

### Kasten 5.3

### Beispiele für Mängel bei der Zahlung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen

Keine Belege für eine solide Ex-ante-Bewertung des Budgets

In den Budgetvorschlägen machte jeder Begünstigte Angaben zur Kategorie des für das Projekt benötigten Personals (z. B. erfahrene Wissenschaftler oder Nachwuchsforscher), zur Anzahl der benötigten Monate pro Kategorie und Arbeitspaket sowie zu den geschätzten Kosten pro Monat ("monatliche Sätze").

Bei allen drei Projekten äußerten die Sachverständigen Vorbehalte in Bezug auf die Personalkosten, die für das Projektmanagement verfügbaren Ressourcen oder andere Bestandteile des Budgets. Diese Bedenken wurden in den abschließenden Bewertungsberichten jedoch nur teilweise berücksichtigt und führten nicht zu Anpassungen der vorgeschlagenen Budgets.

Obwohl die Budgets von externen Sachverständigen bewertet wurden, gab es zudem keine Belege dafür, dass die vorgeschlagenen monatlichen Sätze mit verfügbaren Referenzdaten (z. B. in der Vergangenheit angefallenen Kosten) verglichen oder die Kostenunterschiede zwischen den Personalkategorien kritisch bewertet worden waren.

Daher gelangt der Rechnungshof zu dem Schluss, dass die Personalkosten nicht ausreichend begründet wurden und das Risiko besteht, dass in allen drei Finanzhilfevereinbarungen zu hohe Beträge zugrunde gelegt wurden.

[3] Jahresbericht 2024, Kasten 5.3, Jahresbericht 2022, Ziffern 5.31–5.32.

Unklare Definition der zu erbringenden Leistungen und unzureichende Umsetzung der Arbeitspakete

Bei zwei der geprüften Projekte waren einige wichtige zu erbringende Leistungen nicht klar definiert, und bei einem Projekt deuteten die verfügbaren Nachweise darauf hin, dass bestimmte Arbeitspakete möglicherweise nicht wie in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt abgeschlossen worden waren.

Bei einem der Projekte enthielt ein Arbeitspaket eine Aufgabe zum Kapazitätsaufbau, die die Durchführung einer Reihe von Tätigkeiten umfasste. In der Finanzhilfevereinbarung wurden weder der Umfang noch die Gestaltung der Tätigkeiten festgelegt, was sowohl die Durchführung als auch die Bewertung der Tätigkeiten erschwert.

Bei dem anderen Projekt bestand eine Leistung darin, die "Wertschöpfungskette" für die betreffende Branche darzustellen. Die Wertschöpfungskette wurde jedoch nur allgemein beschrieben, sodass die Beschreibung auch auf die Wertschöpfungsketten anderer Branchen hätte zutreffen können. Im Rahmen einer weiteren zu erbringenden Leistung wurde diese Wertschöpfungskette deutlich anders beschrieben, was Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Projektdokumenten belegt. Darüber hinaus wurden die gemeldeten Leistungsindikatoren, die sich auf die Veranstaltung von Webinaren und den Anstieg der Mitgliederzahlen bezogen, nicht durch überprüfbare Nachweise untermauert. Die Kommission betrachtete die geltend gemachten Arbeitspakete als abgeschlossen, akzeptierte sie und genehmigte die Zahlungen für dieses Projekt. Da diese Arbeitspakete nach Auffassung des Rechnungshofs jedoch nicht alle zufriedenstellend abgeschlossen wurden, ist ein Teil der Zahlungen unzulässig.

Der Rechnungshof meldete auch für vier weitere Vorgänge im Rahmen von Horizont Europa, die das Gemeinsame Unternehmen für Europas Eisenbahnen betrafen, Feststellungen zu Pauschalbeträgen.

**5.25.** In der Zwischenzeit hat die Kommission ihre Leitlinien zu Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen präzisiert. Insbesondere verlangt die Kommission seit Oktober 2023, dass die Sachverständigen, die die Budgetvorschläge bewerten, das Dashboard für die Bewertung von Pauschalbeträgen im Rahmen von Horizont Europa als Referenz für den Vergleich von Personalkosten verwenden. Die geprüften Vorgänge betreffen Vorschläge, die in den Jahren 2022 und 2023 eingereicht wurden, d. h. zu einem Zeitpunkt, zu dem die Verwendung des Dashboards noch nicht verpflichtend war. Darüber hinaus aktualisierte die Kommission im Jahr 2024 entsprechend der Empfehlung 5.3 des Rechnungshofs für das Jahr 2022 ihre Definition des Begriffs "ordnungsgemäße Umsetzung" in Bezug auf diese Finanzhilfen. Die Rechtsvorschriften hinsichtlich der Bewertung der teilweisen Umsetzung der Finanzhilfen und der betreffenden finanziellen Auswirkungen müssen jedoch noch präzisiert werden, und die Kommission hat diesbezüglich keine Leitlinien herausgegeben.

## Begünstigte außerhalb der EU sowie *kleine und mittlere Unternehmen* sind stärker von Fehlern betroffen

**5.26.** In seinen früheren Jahresberichten[4] wies der Rechnungshof darauf hin, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärker von Fehlern betroffen sind. Im Jahr 2025 entfielen 9 % der in der Stichprobe enthaltenen Vorgänge (elf von 126 Vorgängen) auf KMU, jedoch waren 30 % der geschätzten Fehlerquote auf KMU zurückzuführen. Der Rechnungshof stellte bei sechs Vorgängen – vier im Forschungsbereich und zwei im Rahmen anderer Programme – Fehler in den Kostenaufstellungen von KMU fest. Vier der betroffenen KMU hatten keine oder nur sehr begrenzte Erfahrungen mit EU-finanzierten Projekten.

**5.27.** Sowohl bei Horizont 2020 als auch bei Horizont Europa können Einrichtungen aus Nicht-EU-Ländern teilnehmen und Mittel erhalten. Zum Jahresende 2025 waren 21 Länder mit dem Programm Horizont Europa assoziiert, und mit zwei Ländern waren Übergangsregelungen vereinbart worden, die eine Teilnahme ermöglichten. Die Stichprobe des Rechnungshofs umfasste 13 Vorgänge mit Begünstigten aus Nicht-EU-Ländern, von denen fünf (38 %) Fehler aufwiesen. Zwei Beispiele sind ***Kasten 5.4*** zu entnehmen.

[4] Jahresbericht 2022, Ziffer 5.24, Jahresbericht 2023, Ziffer 5.25.

### Kasten 5.4

### Beispiele für Begünstigte aus Nicht-EU-Ländern, die nicht förderfähige Kosten geltend gemacht haben

Zwei private KMU aus einem Nicht-EU-Land erhielten Mittel für die Teilnahme an Forschungsprojekten, von denen eines im Rahmen von Horizont 2020 und eines im Rahmen von Horizont Europa finanziert wurde.

Einer der Begünstigten machte Reisekosten im Zusammenhang mit der Teilnahme des Geschäftsführers an der Generalversammlung des Projekts geltend. Der geltend gemachte Betrag umfasste Kosten, die nicht mit der Maßnahme in Zusammenhang standen, wie Flugtickets für ein Familienmitglied des Geschäftsführers.

Der andere Begünstigte machte Personalkosten geltend, konnte jedoch weder die zugrunde liegenden Berechnungen noch zuverlässige Arbeitszeitnachweise vorlegen. Darüber hinaus enthielt die Kostenaufstellung Reise- und sonstige Kosten, die nicht mit der Maßnahme in Zusammenhang standen, wie private Ausgaben.

# Die Kontrollsysteme der Kommission zur Verhinderung von Plagiarismus und Doppelfinanzierung im Rahmen von Horizont Europa

**5.28.** Plagiarismus, d. h. die Verwendung von Ideen, Arbeitsergebnissen oder Worten einer anderen Person ohne gebührenden Hinweis auf den Urheber, ist ein zentrales Problem bei Programmen im Bereich der Forschung (wie Horizont Europa). In den Grundsätzen der Forschungsintegrität – wie sie in der Europäischen Charta für Forschende festgelegt sind – liegt der Schwerpunkt auf ethischem Verhalten und der Vermeidung von Plagiarismus während des gesamten Forschungsprozesses. Darüber hinaus besteht bei einer Weiterverwendung von Inhalten innerhalb der finanzierten Projekte das Risiko, dass dieselben Kosten zweimal finanziert werden (Doppelfinanzierung), was nach dem einschlägigen Rechtsrahmen (d. h. der Haushaltsordnung und den Rechtsvorschriften für Horizont Europa[5]) verboten ist.

**5.29.** Im Rahmen von Horizont Europa wird das Risiko von Plagiarismus und Doppelfinanzierung systematisch bei der Projektbewertung ermittelt. In operativer Hinsicht stützt sich die Kommission zur Durchführung dieser Kontrollen auf das System SIMBA (SIMilarity-Based Analysis) der Generaldirektion Forschung und Innovation (GD RTD). In der Phase der Vorbereitung der Finanzhilfen vergleicht SIMBA automatisch jeweils die Zusammensetzung des Konsortiums und die Beschreibung der Maßnahme der neuen, erfolgreich bewerteten Vorschläge mit den Angaben zu allen erfolgreichen Vorschlägen, die in der *eGrants*-Datenbank der Kommission gespeichert sind. Dabei werden die verwendeten Wörter abgeglichen und ein Index berechnet, der Aufschluss über die insgesamt festgestellte Ähnlichkeit gibt. Vorschläge, bei denen ein Schwellenwert von 30 % überschritten wird, werden entsprechend gekennzeichnet, damit dieser Aspekt weiterverfolgt werden kann. Die Ergebnisse werden im Workflow-System der Kommission für die Bewertung und Genehmigung von Finanzhilfen (COMPASS) angezeigt.

---

[5] Verordnung (EU) 2021/695 zur Einrichtung von "Horizont Europa", dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation.

**5.30.** Bei Vorschlägen, die im System SIMBA derart gekennzeichnet sind, müssen die Projektbeauftragten bewerten, ob die Ähnlichkeiten "kritisch" sind (d. h. ob sie beispielsweise sehr ähnliche Ziele, Ideen, Ansätze oder – in Bezug auf Doppelfinanzierung – identische Begünstigte oder sehr ähnliche Konsortien betreffen). Bei der Bewertung kann u. a. die Dienststelle, die ein ähnliches Projekt verwaltet, kontaktiert werden, und es können Erklärungen von den Antragstellern eingeholt, unabhängige Sachverständige konsultiert oder der Juristische Dienst hinzugezogen werden. Dies kann dazu führen, dass der Vorschlag mit oder ohne Vorgabe einer stärkeren Überwachung des Projekts finanziert oder in schwierigen Fällen abgelehnt wird.

**5.31.** Insgesamt ist der Rechnungshof der Auffassung, dass SIMBA ein ausgereiftes und kontinuierlich instand gehaltenes Instrument ist, das die operative Entscheidungsfindung unterstützt und im Großen und Ganzen seinen Zweck erfüllt. Die Prüfung des Rechnungshofs ergab zudem, dass alle in der Stichprobe erfassten Fälle, bei denen eine Überschreitung des Schwellenwerts vermerkt war, ordnungsgemäß weiterverfolgt wurden, was u. a. die Konsultation der Antragsteller und – in komplexeren Fällen – die Einholung eines unabhängigen Sachverständigengutachtens umfasste.

**5.32.** Dennoch stellte der Rechnungshof einige Mängel fest.

- Als Schwellenwert für den Ähnlichkeitsindex, bei dessen Überschreiten eine Weiterverfolgung vorgeschrieben ist, wurde ein Prozentsatz von 30 % festgelegt. Dieser Prozentsatz wurde jedoch nicht begründet, und es lagen auch keine Nachweise über eine förmliche Genehmigung vor.

- Im System SIMBA werden derzeit die neuen erfolgreich bewerteten Vorschläge mit allen in der Datenbank erfassten erfolgreichen Vorschlägen abgeglichen, auch wenn einige dieser Vorschläge nicht finanziert wurden, was für die Projektbeauftragten zu einem unnötigen Aufwand für die Weiterverfolgung und zu längeren Bearbeitungszeiten führen kann. Der Rechnungshof stellt fest, dass die GD RTD bereits für Anfang 2026 eine Aktualisierung von SIMBA geplant hat, um nicht finanzierte Vorschläge aus dem Datenbestand, der für den Abgleich herangezogen wird, herauszunehmen und so die Effizienz und die Relevanz der Ergebnisse zu verbessern.

- In SIMBA wird nur der zuletzt ermittelte Ähnlichkeitsindex gespeichert. Wird ein neuer Abgleich vorgenommen, so werden die früheren Ergebnisse überschrieben. Darüber hinaus werden im Workflow-System COMPASS die Indizes nur als Screenshots angezeigt. Dadurch wird die Rückverfolgbarkeit während des gesamten Lebenszyklus der Finanzhilfe eingeschränkt.

- Falls in den abgeglichenen Vorschlägen Dokumente enthalten sind, die sich im Hinblick auf ihre Länge deutlich voneinander unterscheiden, kann es zudem vorkommen, dass SIMBA einen Wert für den Ähnlichkeitsindex berechnet, der nicht repräsentativ ist. In Ausnahmefällen könnte dies die Vergleiche verzerren und zu irreführenden Ergebnissen führen.

# Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

**5.33.** Der Rechnungshof überprüfte die in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2025 der Kommission enthaltenen Angaben zum geschätzten *Risiko bei Zahlung* für die Politikbereiche der MFR-Rubrik 1. Dieses beläuft sich nach den Berechnungen der Kommission auf 2,1 %. Dieser Prozentsatz liegt innerhalb der Spanne der vom Rechnungshof geschätzten Fehlerquote und geringfügig oberhalb der Wesentlichkeitsschwelle.

**5.34.** Der Rechnungshof untersuchte die jährlichen Tätigkeitsberichte der *Exekutivagenturen* HaDEA und REA, deren Ausgaben im Jahr 2025 in erster Linie auf die Programme Horizont 2020 und Horizont Europa entfielen. Für Horizont 2020 ermittelte die Kommission eine *repräsentative Fehlerquote* von rund 3,8 % bezogen auf das gesamte Programm. Die *Restfehlerquote* für Horizont 2020 beträgt unter Berücksichtigung der Korrekturmaßnahmen 1,8 % (und rund 2,1 % sowohl für die HaDEA als auch für die REA).

**5.35.** Für Horizont Europa ermittelte die Kommission eine repräsentative Fehlerquote von 4,4 % bezogen auf das gesamte Programm und eine Restfehlerquote von 4,1 % (wobei die Quote bei den beiden Exekutivagenturen ähnlich hoch war). Insgesamt waren weniger als 0,1 Prozentpunkte dieser Gesamtquoten auf die Ergebnisse der technischen Ex-post-Überprüfungen von auf Pauschalbeträgen beruhenden Finanzhilfen zurückzuführen.

**5.36.** Diese Schätzungen beruhen auf einer gemeinsamen repräsentativen Stichprobe von 207 Ex-post-Prüfungen und -Überprüfungen. Letztere bezogen sich auf 177 Finanzhilfen auf der Grundlage tatsächlicher Kosten und 30 Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen. Für das Jahr 2025 wurde, wie im mehrjährigen Prüfplan der Kommission für Horizont Europa dargelegt, für Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen ein Stichprobenumfang von 30 festgelegt, was dem zulässigen Mindestumfang entspricht. Grund hierfür war die zu erwartende sehr niedrige Fehlerquote. Der Rechnungshof stellt ferner fest, dass die im Rahmen solcher Finanzhilfen geleisteten Zahlungen nur einen kleinen Teil der gesamten Zahlungen ausmachten. Bislang wird im mehrjährigen Prüfplan der Kommission für Horizont Europa nicht angegeben, wie der Stichprobenumfang für Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen in den kommenden Jahren angepasst werden soll, um dem erwarteten Anstieg der Beträge und des Anteils solcher Zahlungen an den Gesamtzahlungen Rechnung zu tragen.

**5.37.** Da die Restfehlerquote für Horizont Europa über der *Wesentlichkeitsschwelle* von 2 % liegt, haben die HaDEA und die REA in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten Vorbehalte geltend gemacht. In Bezug auf Horizont 2020 lag diese Quote sowohl für die HaDEA als auch für die REA sehr nahe bei 2 %. Dies liegt innerhalb der Zielspanne der Kommission für Horizont 2020, weshalb keine *Vorbehalte* geltend gemacht wurden.

**5.38.** Vor diesem Hintergrund ist der Rechnungshof der Auffassung, dass die HaDEA und die REA in ihren Tätigkeitsberichten die ihnen vorliegenden Informationen korrekt wiedergegeben und somit eine angemessene Bewertung des Finanzmanagements betreffend die Ordnungsmäßigkeit der den Ausgaben der MFR-Rubrik 1 zugrunde liegenden Vorgänge abgegeben haben.

# Schlussfolgerungen und Empfehlungen

## Schlussfolgerungen

**5.39.** Insgesamt geht aus den vom Rechnungshof erlangten und in diesem Kapitel angeführten Prüfungsnachweisen hervor, dass die Ausgaben in der Rubrik "Binnenmarkt, Innovation und Digitales" eine wesentliche Fehlerquote aufweisen. Für diese MFR-Rubrik ergab die Prüfung von Vorgängen eine geschätzte Gesamtfehlerquote von 2,9 %.

**5.40.** Jahr für Jahr ermittelt der Rechnungshof bei seinen Prüfungen in diesem Politikbereich eine Fehlerquote, die über der Wesentlichkeitsschwelle liegt. Dies deutet auf ein wiederkehrendes Risiko von überhöhten Zahlungen an Begünstigte hin. Die Fehler in der MFR-Rubrik 1 sind vor allem auf nicht förderfähige oder falsch geltend gemachte Personalkosten bei den Forschungsausgaben zurückzuführen. Trotz aller Vereinfachungsmaßnahmen, die im Laufe der Zeit in die Rechtsgrundlage aufgenommen wurden, und der Leitlinien der Kommission für die Begünstigten ist die Situation seit Jahren unverändert[6].

**5.41.** Was Finanzierungen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen betrifft, so zeigen die Prüfungen des Rechnungshofs, dass die vorgeschlagenen Budgets in einigen Fällen zu hoch veranschlagt waren und dass dies von den Sachverständigen, die die Vorschläge bewerteten, nicht festgestellt und berichtigt wurde. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der unklaren Definition der zu erbringenden Leistungen und der unzureichenden Ex-ante-Überprüfung der planmäßigen Umsetzung der Arbeitspakete besteht das Risiko, dass in den Finanzhilfevereinbarungen zu hoch angesetzte Budgets festgelegt werden und dass Zahlungen für Projekte geleistet werden, die nicht zufriedenstellend umgesetzt wurden.

**5.42.** In Bezug auf die Kontrollen der Kommission zur Verhinderung von Plagiarismus und Doppelfinanzierung ist der Rechnungshof der Auffassung, dass das System SIMBA ausgereift ist und im Großen und Ganzen seinen Zweck erfüllt. Die Verfahren könnten jedoch stärker formalisiert werden.

---

[6] Jahresbericht 2018, Ziffer 5.16; Jahresbericht 2019, Ziffer 4.11; Jahresbericht 2020, Ziffer 4.13; Jahresbericht 2021, Ziffer 4.12; Jahresbericht 2022, Ziffer 5.13; Jahresbericht 2023, Ziffer 5.13; Jahresbericht 2024, Ziffer 5.15.

## Empfehlungen

**5.43.** ***Anhang 5.1*** zeigt die Ergebnisse der vom Rechnungshof durchgeführten Weiterverfolgungsprüfung zu den Empfehlungen, die er in seinen Jahresberichten 2022 und 2023 ausgesprochen hatte und die bis 2025 umgesetzt werden sollten. Die Kommission hat eine Empfehlung teilweise und zwei Empfehlungen vollständig umgesetzt.

**5.44.** Auf der Grundlage seiner Feststellungen und Schlussfolgerungen für 2025 unterbreitet der Rechnungshof folgende Empfehlungen:

## Empfehlung 5.1 – Den Kontrollrahmen für Finanzierungen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen im Forschungsbereich verbessern

Die Kommission sollte den Kontrollrahmen für Finanzierungen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen im Forschungsbereich verbessern und insbesondere

a) sicherstellen, dass die Sachverständigen, die die Ex-ante-Bewertung der Budgetvorschläge vornehmen, die erforderlichen Kontrollen konsequent durchführen und dokumentieren;

b) klare Kriterien definieren sowie Spannen von Sätzen festlegen, die bei möglichen Kürzungen von Finanzhilfen anzuwenden sind für den Fall, dass Arbeitspakete nur teilweise abgeschlossen sind;

c) die Anzahl ihrer technischen Ex-post-Überprüfungen so festlegen, dass Zahlungen von Pauschalbeträgen innerhalb der statistisch repräsentativen Stichprobe auf Programmebene angemessen vertreten sind. Der mehrjährige Prüfplan sollte entsprechend aktualisiert werden.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

## Empfehlung 5.2 – Die Verfahren bezüglich der Kontrollen zur Verhinderung von Plagiarismus und Doppelfinanzierung (in SIMBA) formalisieren

Die Kommission sollte

a) die gewählte Höhe des Schwellenwerts für den Ähnlichkeitsindex dokumentieren und förmlich genehmigen und dabei auch entsprechend begründen;

b) das Verfahren für die Genehmigung und Umsetzung künftiger Änderungen des Indexschwellenwerts, u. a. in Bezug auf Mindestkontrollregelungen und den *Prüfpfad*, festlegen.

**Zieldatum für die Umsetzung: Mitte 2027.**

# Anhänge

## Anhang 5.1 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert; keine Informationen.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2022** | Der Rechnungshof empfiehlt der Kommission, bis Ende 2025 (Halbzeitüberprüfung von Horizont Europa) folgende Maßnahme zu ergreifen:<br><br>**Empfehlung 1 – Auf Pauschalbeträgen basierende Förderung evaluieren**<br><br>a) Die Kommission sollte im Rahmen der Halbzeitüberprüfung von Horizont Europa auch eine Evaluierung der auf Pauschalbeträgen basierenden Förderung durchführen, um zu beurteilen, ob bestimmte Arten von Projekten (im Hinblick auf ihren Inhalt, ihren Umfang usw.) für eine Förderung auf der Grundlage von Pauschalbeträgen ungeeignet sind, und um der Gefahr von *Unregelmäßigkeiten* und betrügerischen Handlungen Rechnung zu tragen. | | | Die Kommission veröffentlichte am 30. April 2025 eine *Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen* mit dem Titel "Interim Evaluation of the Horizon Europe Framework Programme for Research and Innovation (2021–2024)", die auf Durchführungsdaten und einer groß angelegten Umfrage unter Teilnehmern, Sachverständigen und internen Bediensteten der Kommission beruhte. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2023** | Der Rechnungshof empfiehlt der Kommission, bis Mitte 2025 folgende Maßnahme zu ergreifen:<br><br>**Empfehlung 1 – Für eine bessere Einhaltung der Vorschriften für die Tagessätze durch die Begünstigten sorgen**<br><br>Die Kommission sollte für die Berichterstattung im Rahmen von Horizont Europa Maßnahmen einführen, die über die bisherigen Sensibilisierungsmaßnahmen hinausgehen, um für eine bessere Einhaltung der Vorschriften für die Tagessätze durch die Begünstigten zu sorgen. |  |  | Die Kommission hat zur Umsetzung dieser Empfehlung zwei Maßnahmen ergriffen: Zum einen hat sie den "Personnel Costs Wizard" für Horizont Europa entwickelt, um die Begünstigten bei der Eingabe ihrer Personalkosten zu unterstützen, und zum anderen sendet sie den Begünstigten, bei denen ein erhöhtes Fehlerrisiko besteht, gegen Ablauf der Berichterstattungsfrist personalisierte Benachrichtigungen. |
| | Der Rechnungshof empfiehlt der Kommission, bis Mitte 2025 folgende Maßnahme zu ergreifen:<br><br>**Empfehlung 2 – Für Klarheit in den Horizont Europa betreffenden Dokumenten sorgen**<br><br>Die Kommission sollte im Zusammenhang mit Horizont Europa die in der Musterfinanzhilfevereinbarung enthaltenen Vorschriften und Methoden für die Berechnung der Tagessätze für die Personalkosten weiter präzisieren. |  |  | Die Kommission hat die kommentierte Finanzhilfevereinbarung geringfügig präzisiert und weitere Maßnahmen zur Erläuterung ergriffen. Trotzdem sind die Bestimmungen der kommentierten Finanzhilfevereinbarung und der Musterfinanzhilfevereinbarung noch immer nicht vollständig aufeinander abgestimmt. |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Kapitel 6

## Zusammenhalt, Resilienz und Werte

# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | 6.1. - 6.17. |
| Kurzbeschreibung | 6.3. - 6.6. |
| Politische Ziele und Ausgabeninstrumente | 6.3. |
| Mittelverwaltung | 6.4. - 6.6. |
| Prüfungsumfang und Prüfungsansatz | 6.7. - 6.17. |
| **Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge** | 6.18. - 6.39. |
| Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen durch den Rechnungshof | 6.18. - 6.19. |
| Zusammenhalt – geteilte Mittelverwaltung | 6.20. - 6.38. |
| Nicht förderfähige Kosten und Projekte | 6.23. - 6.25. |
| Fehlen wesentlicher Belege | 6.26. - 6.29. |
| Verstöße gegen die Binnenmarktvorschriften in Bezug auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und staatliche Beihilfen | 6.30. - 6.36. |
| Vereinfachte Finanzierungsoptionen | 6.37. - 6.38. |
| Resilienz und Werte – von der Kommission verwaltet | 6.39. |
| **Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen** | 6.40. - 6.58. |
| Von der Kommission im Jahr 2025 vorgenommene Bewertung | 6.40. - 6.51. |
| Die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten funktionierten bei einigen Programmen nicht gut | 6.40. - 6.41. |
| Unregelmäßige Ausgaben in wesentlichem Umfang in der akzeptierten Rechnungslegung | 6.42. - 6.49. |
| Risiko bei Interreg-Programmen als niedrig bewertet – durch die Feststellungen des Rechnungshofs nicht bestätigt | 6.50. - 6.51. |
| Abschluss der Programme des Zeitraums 2014–2020 | 6.52. - 6.55. |
| Programmplanungszeitraum 2021–2027 | 6.56. - 6.58. |

**Schlussfolgerung und Empfehlungen** 6.59. - 6.62.

Schlussfolgerung 6.59. - 6.60.

Empfehlungen 6.61. - 6.62.

**Anhänge**

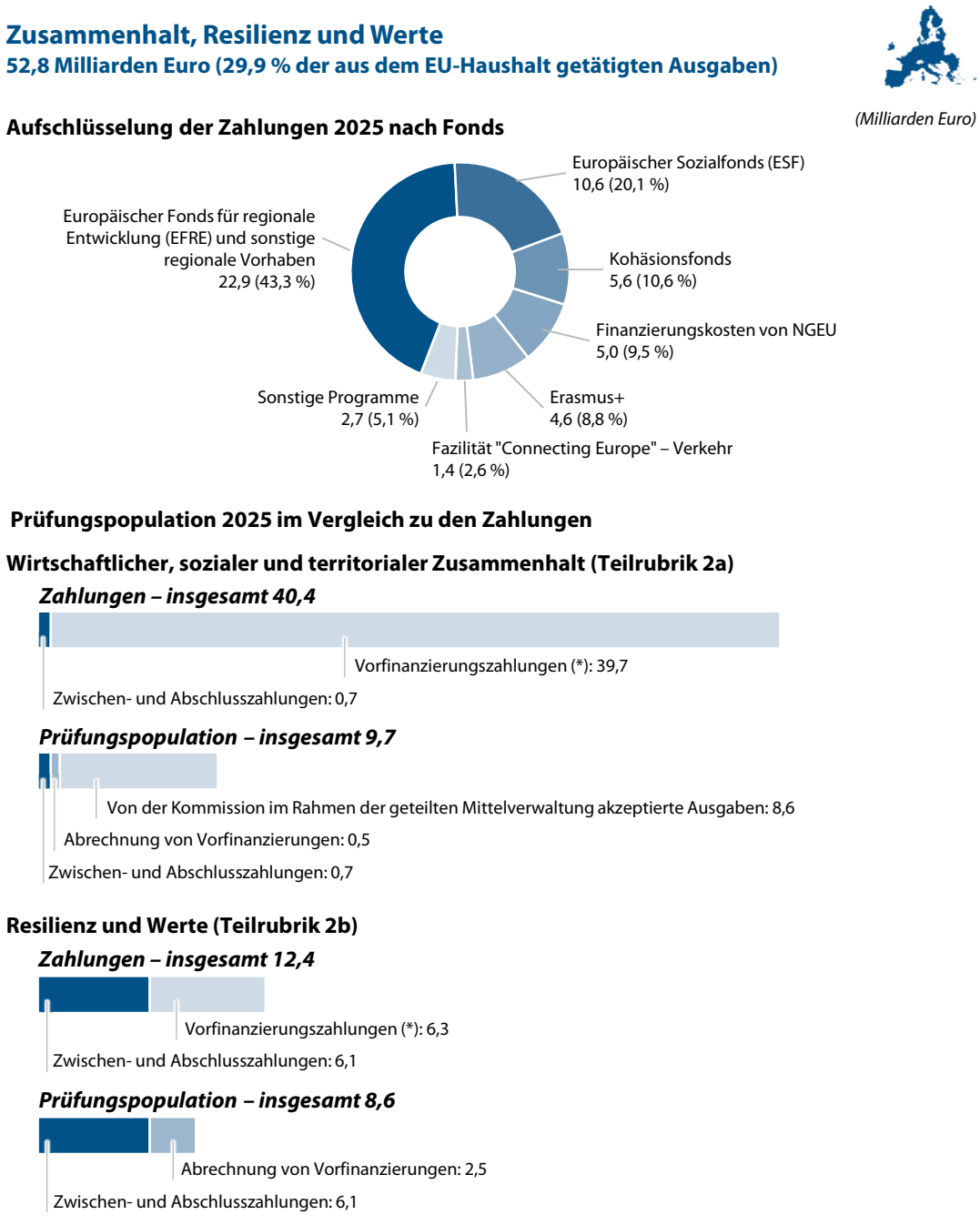
Anhang 6.1 – Vom Rechnungshof gezogene Stichprobe von Vorgängen im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung und Fehler bezüglich der Einhaltung von Rechtsvorschriften im Jahr 2025

Anhang 6.2 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

# Einleitung

**6.1.** Dieses Kapitel enthält die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofs zur Rubrik 2 "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" des *MFR*. ***Abbildung 6.1*** gibt einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten und Ausgaben sowie über die Prüfungspopulation in dieser Rubrik im Jahr 2025.

## Abbildung 6.1 – Zahlungen und Prüfungspopulation




(*) Einschließlich der jährlichen Vorschüsse und Zwischenzahlungen im Rahmen der *geteilten Mittelverwaltung*, die von der Kommission noch nicht akzeptiert wurden.
*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus der *konsolidierten Jahresrechnung* 2025 der Europäischen Union.

**6.2.** Die MFR-Rubrik 2 umfasst zwei Teilrubriken. Der Großteil der Zahlungen unter Teilrubrik 2a diente der Vorfinanzierung von *Programmen* mit geteilter Mittelverwaltung für den *Programmplanungszeitraum* 2021–2027. Da Vorfinanzierungszahlungen keine abgeschlossenen Ausgaben darstellen, prüft der Rechnungshof sie nicht. Bei den *Vorgängen*, die der Rechnungshof prüft – und zu denen er ein Prüfungsurteil abgibt –, handelt es sich um diejenigen, die den von der Kommission akzeptierten in der Rechnungslegung ausgewiesenen Ausgaben zugrunde liegen. Teilrubrik 2b umfasst Vorgänge, die *direkt* oder *indirekt* von der Kommission *verwaltet* werden. In Bezug auf diese Vorgänge prüft der Rechnungshof die im Jahr 2025 getätigten oder abgerechneten Ausgaben. Ein Teil der Zahlung der Finanzierungskosten von *NextGenerationEU (NGEU)* fällt ebenfalls unter diese Teilrubrik.

## Kurzbeschreibung

### Politische Ziele und Ausgabeninstrumente

**6.3.** Die Ausgaben im Rahmen der MFR-Rubrik 2 dienen hauptsächlich dazu, die Unterschiede im Entwicklungsstand der Mitgliedstaaten und Regionen der EU zu verringern (Teilrubrik 2a) sowie die Werte der EU zu fördern und zu schützen und die Resilienz der EU gegenüber den Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist, zu stärken (Teilrubrik 2b). Weitere Einzelheiten sind ***Abbildung 6.2*** zu entnehmen.

## Abbildung 6.2 – Politische Ziele

### Teilrubrik 2a – Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt



**Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)**
zielt auf eine Verringerung regionaler Ungleichgewichte durch die Förderung von Innovation und Forschung, der Digitalen Agenda, von kleinen und mittleren Unternehmen, einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung aller Arten von Gebieten und lokalen Initiativen ab.




**Europäischer Sozialfonds (ESF) und ESF+**
zielt auf einen hohen Beschäftigungsstand, fairen Sozialschutz, eine qualifizierte und resiliente Arbeitnehmerschaft sowie von Inklusion und Zusammenhalt geprägte Gesellschaften als Schlüssel zur Beseitigung von Armut ab; der ESF+ umfasst für den Zeitraum 2021–2027 u. a. die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (**YEI**), den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (**FEAD**) und das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation sowie die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte.



**Kohäsionsfonds (KF)**
fördert die nachhaltige Entwicklung durch die Finanzierung von Umwelt- und Verkehrsprojekten in Mitgliedstaaten mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf von weniger als 90 % des EU-Durchschnitts. Der KF trägt über die **Fazilität "Connecting Europe"** zur Finanzierung von Projekten im Bereich der transeuropäischen Netze bei.

### Teilrubrik 2b – Resilienz und Werte



**Erasmus+**
fördert allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport durch die Unterstützung der Mobilität und aktiven Teilhabe junger Menschen.



**NextGenerationEU (NGEU)**
dient der Finanzierung der Kosten für die nicht rückzahlbare **NGEU**-Unterstützung, um den EU-Mitgliedstaaten bei der Erholung von den Folgen der COVID-19-Pandemie zu helfen.



**Sonstige Programme** wie "Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte" (**CERV**), Kreatives Europa (**CREA**), spezifische Instrumente zur Förderung der Erholung in der EU nach der COVID-19-Pandemie (**EU4Health**), Programm "Justiz" (**JUST**) usw.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Mittelverwaltung

**6.4.** Die *Fonds der Kohäsionspolitik* (*Europäischer Sozialfonds (ESF)*, ESF+, *Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)* und *Kohäsionsfonds (KF)*) werden hauptsächlich im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung ausgeführt. Die *Verwaltungsbehörden* tragen die Hauptverantwortung für die *Ordnungsmäßigkeit* der Zahlungen, doch letztlich ist die Kommission für die Ausführung des EU-Haushalts und die Gewährleistung gut funktionierender *Verwaltungs- und Kontrollsysteme* in den Mitgliedstaaten verantwortlich. Die Kommission führt derzeit Programme sowohl aus dem Zeitraum 2014–2020 als auch aus dem Zeitraum 2021–2027 durch. In Bezug auf letzteren haben die Verwaltungsbehörden die Aufgabe übernommen, die Jahresrechnungen für die einzelnen Programme zu bescheinigen. Zuvor hatten die *Bescheinigungsbehörden* diese Aufgabe inne. In Bezug auf beide Programmplanungszeiträume bieten die nationalen *Prüfbehörden* Gewähr für die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben, die in den der Kommission vorgelegten Jahresrechnungen enthalten sind.

**6.5.** ***Abbildung 6.3*** zeigt die wichtigsten Veränderungen bei den Zuständigkeiten für Verwaltung, Kontrolle und für das Liefern von Prüfungssicherheit zwischen den beiden Programmplanungszeiträumen[1].

[1] Einzelheiten zu den entsprechenden Verfahren und Zuständigkeiten im Zeitraum 2014–2020 sind Abbildung 6.3 des Jahresberichts 2024 des Rechnungshofs zu entnehmen.

**Abbildung 6.3 – Für den Zeitraum 2021–2027 eingeführte Änderungen betreffend die Zuständigkeiten bei der geteilten Mittelverwaltung**







**Verwaltungsbehörden**

- Mehr Verantwortung für die Programmgestaltung, die Leistungsüberwachung und die Angleichung an die EU-Prioritäten.
- Übernahme der Aufgabe, die Jahresrechnungen zu bescheinigen (zuvor von den Bescheinigungsbehörden wahrgenommen).
- Ex-ante-Konditionalitäten wurden durch horizontale und thematische grundlegende Voraussetzungen ersetzt, die für alle einschlägigen Ziele gelten – Erfüllung erforderlich, um Förderung zu erhalten.
- Risikobasierter Ansatz für Verwaltungsüberprüfungen statt 100-%-Kontrollen aller Zahlungsanträge.

**Prüfbehörden**

- Höherer Schwellenwert für nichtstatistische Stichprobenverfahren und verbesserte angemessene Regelungen für statistische Stichproben. Im letzteren Fall werden keine Systemprüfungen durchgeführt.

- Einführung der Option "Verbesserte angemessene Regelungen" für die Mitgliedstaaten. Im Rahmen dieser Option kann die Kommission weniger oder gar keine Prüfungen durchführen.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der *Dachverordnung für den Zeitraum 2014–2020* und der Dachverordnung für den Zeitraum 2021–2027.

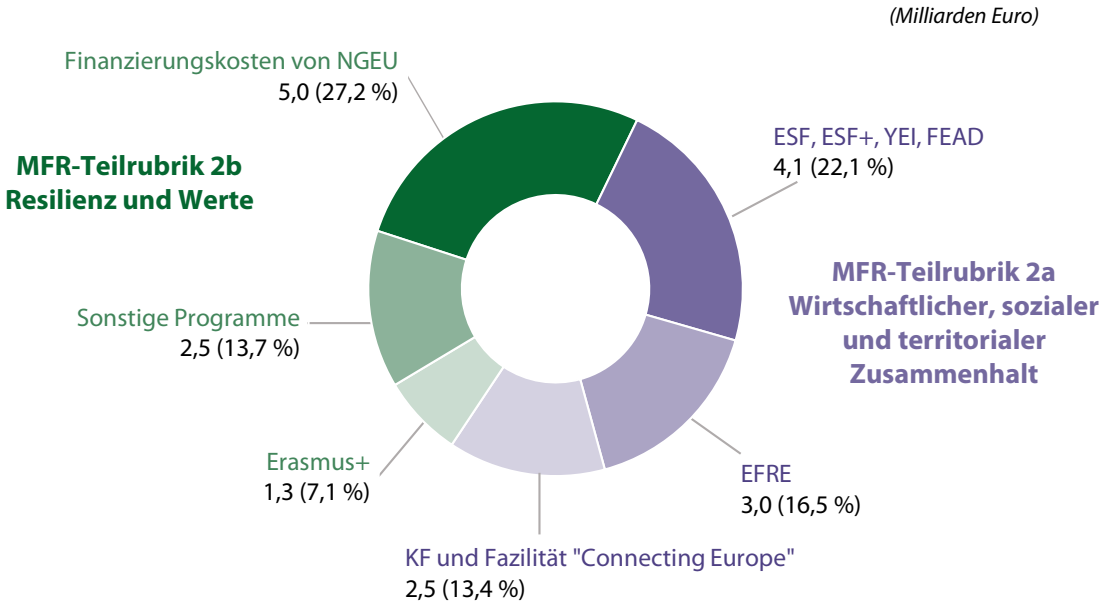
**6.6.** Die MFR-Rubrik 2 "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" umfasst auch die Bereitstellung von EU-Mitteln im Rahmen von Programmen oder Maßnahmen, die entweder direkt von den *Generaldirektionen (GD)* der Kommission, einschließlich einiger *Exekutivagenturen* der EU, oder indirekt mit Unterstützung von Partnerorganisationen oder anderen Behörden wie z. B. den nationalen Agenturen des Programms *Erasmus+* verwaltet werden (***Abbildung 6.2***).

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**6.7.** Ziel der Prüfung des Rechnungshofs war es, zur *Zuverlässigkeitserklärung* beizutragen (wie in ***Anhang 1.1*** beschrieben) und eine Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen der MFR-Rubrik 2 vorzulegen.

**6.8.** Für das Jahr 2025 verteilt sich die Prüfungspopulation des Rechnungshofs fast gleichmäßig auf die MFR-Teilrubriken 2a und 2b, während für 2024 die MFR-Teilrubrik 2a 86 % der Prüfungspopulation ausmachte. ***Abbildung 6.4*** zeigt den Anteil der Prüfungspopulation des Rechnungshofs an den in ***Abbildung 6.2*** aufgeführten Fonds und Instrumenten. Die Zahlung der Finanzierungskosten von NGEU macht 27 % der Prüfungspopulation des Rechnungshofs aus, was deutlich höher ist als im Jahr 2024. Sie macht darüber hinaus mehr als die Hälfte der Prüfungspopulation von Teilrubrik 2b aus. Diese Vorgänge unterscheiden sich grundlegend von der übrigen Prüfungspopulation des Rechnungshofs in dieser Rubrik; sie weisen naturgemäß ein niedriges Risiko auf, und der Rechnungshof stellte fest, dass sie rechtmäßig und ordnungsgemäß sind.

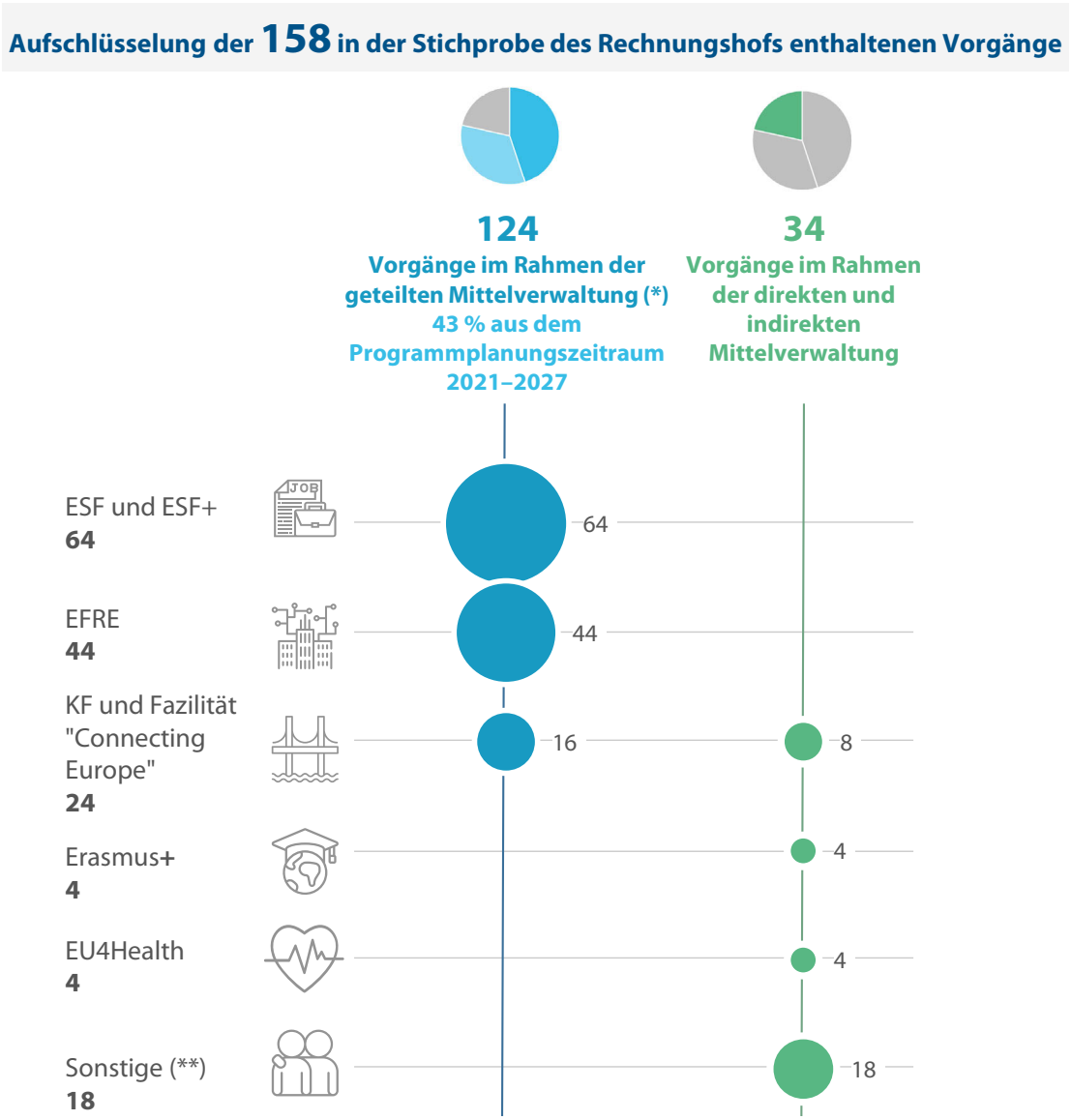
### Abbildung 6.4 – Prüfungspopulation 2025




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**6.9.** Der Rechnungshof prüfte eine **statistisch repräsentative Stichprobe von 158 Vorgängen** aus der Prüfungspopulation unter dieser MFR-Rubrik. Zweck ist es, die *Fehler*quote für die MFR-Rubrik 2 zu schätzen. ***Abbildung 6.5*** zeigt die Anzahl der Vorgänge in der Stichprobe des Rechnungshofs.

## Abbildung 6.5 – Anzahl der Vorgänge in der Stichprobe des Rechnungshofs




(*) Einschließlich **dreier *Finanzinstrumente***, bei denen der Rechnungshof 17 *Beteiligungsinvestitionen*, elf Darlehen und zwei Verwaltungskosten prüfte.
(**) **18 sonstige Vorgänge**: sieben im Zusammenhang mit den Dienstleistungs- und Bauaufträgen der Kommission; drei im Rahmen des Programmes Kreatives Europa (CREA); drei im Zusammenhang mit den Finanzierungskosten von NGEU; zwei im Rahmen des *Programms "Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte" (CERV)*; einer im Rahmen des Programms "Justiz" (JUST); einer im Rahmen Programms "Social Prerogative and Specific Competencies Lines" (SOCPL); einer im Zusammenhang mit den Ergebnissen der jährlichen Prüfungen, die der der Rechnungshof in Bezug auf die unter der MFR-Rubrik 2 finanzierten EU-Agenturen durchführt.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**6.10.** Darüber hinaus prüfte der Rechnungshof zwei Vorgänge im Rahmen des *Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF)*. Hierbei handelt es sich um ein *besonderes Instrument*, das von der GD REGIO verwaltet wird, aber nicht unter die MFR-Rubrik 2 fällt, weshalb das Ergebnis dieser Prüfungsarbeit nicht in die spezifische Beurteilung dieser Rubrik einbezogen wird.

**6.11.** Ferner überprüfte der Rechnungshof die Angaben zur Ordnungsmäßigkeit in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* 2025 der GD EMPL und der GD REGIO und die *jährliche Management- und Leistungsbilanz* der Kommission.

**6.12.** Bei den Prüfungen im Hinblick auf die Erstellung der Zuverlässigkeitserklärungen für die Jahre 2017 bis 2024 umfasste der Ansatz des Rechnungshofs die Überprüfung und den Nachvollzug der Prüfungsarbeit der nationalen Prüfbehörden und der Kommission. Ziel war es zu ermitteln, inwieweit sich der Rechnungshof auf deren Arbeit stützen und seine eigene Zuverlässigkeitsgewähr aus den von ihnen erzielten Ergebnissen ableiten konnte. Allerdings stellte der Rechnungshof in vielen Fällen Mängel bei dieser Arbeit fest[2]. Darüber hinaus gelangte der Rechnungshof zu der Einschätzung, dass die an der Gestaltung und am Aufbau des Verwaltungs- und Kontrollsystems für den Zeitraum 2021–2027 vorgenommenen Änderungen (***Abbildung 6.3***) das Risiko, dass diese Kontrollen möglicherweise nicht wirksam sind, nicht verringert hat. Aus diesen Gründen ist der Rechnungshof in Bezug auf diese MFR-Rubrik für die Haushaltsjahre ab 2025 zu seinem vor 2017 verfolgten Prüfungsansatz zurückgekehrt, der darin besteht, seine eigene Stichprobe der zugrunde liegenden Vorgänge auszuwählen und diese direkt zu prüfen.

**6.13.** Wie in den Vorjahren umfasst die Prüfungspopulation, aus der der Rechnungshof die Stichprobe für seine Prüfung der geteilten Mittelverwaltung betreffend 2025 gezogen hat, die von den Bescheinigungs- oder Verwaltungsbehörden zwischen dem 1. Juli 2023 und dem 30. Juni 2024 (d. h. in dem entsprechenden Geschäftsjahr) geltend gemachten und von der Kommission in Gewähr- und *Abschluss*paketen im Jahr 2025 akzeptierten Ausgaben. Die Auswahl der Prüfungspopulation erfolgt nach dem jährlichen Kontrollzyklus, den die Verwaltungs- und Prüfbehörden abschließen, bevor sie die Rechnungslegung der Kommission vorlegen. Die Ausgaben beziehen sich sowohl auf den Programmplanungszeitraum 2014–2020 als auch auf den

---

[2] Jahresbericht 2024, Ziffern 6.39 bis 6.51, und Analyse 03/2024: "Überblick über den Zuverlässigkeitsrahmen und die wichtigsten Faktoren, die zu Fehlern bei den Kohäsionsausgaben im Zeitraum 2014–2020 beigetragen haben".

Programmplanungszeitraum 2021–2027. Im Einklang mit Punkt ***20*** von ***Anhang 1.1*** berücksichtigt der Rechnungshof bei der Ziehung der Stichprobe nur diejenige Population an Ausgaben, die in der von der Kommission akzeptierten Rechnungslegung enthalten ist.

**6.14.** Die Frist für die Vorlage der endgültigen Gewähr- und Abschlusspakete für den Zeitraum 2014–2020 sollte ursprünglich am 15. Februar 2025 enden. Der Rechnungshof erwartete daher, dass seine Stichprobe für 2025 eine große Zahl an Abschlüssen von *Programmen* umfassen würde. Mit der *STEP-Verordnung*[3] wurde die Frist jedoch bis zum 15. Februar 2026 verlängert. Viele Mitgliedstaaten haben von dieser Flexibilität Gebrauch gemacht. Infolgedessen wurden nur etwa 20 % der Programme von ihnen zertifiziert und 2025 von der Kommission akzeptiert. Ferner waren die von den Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2021–2027 geltend gemachten Ausgaben gering. Dies bedeutet, dass die vom Rechnungshof geprüfte Prüfungspopulation dreimal kleiner war als im Jahr 2024.

**6.15.** Aufgrund der relativ kleinen und atypischen Prüfungspopulation in den von den Mitgliedstaaten vorgelegten und von der Kommission akzeptierten Jahresrechnungen unterschied sich die Art der vom Rechnungshof geprüften Vorgänge erheblich von derjenigen der Vorjahre. Beispielsweise besteht die diesjährige Stichprobe des Rechnungshofs bezüglich der geteilten Mittelverwaltung aus einem großen Anteil von Vorgängen im Zusammenhang mit dem ESF, während die Stichprobe für die das Jahr 2024 betreffende Prüfung hauptsächlich Vorgänge im Zusammenhang mit dem EFRE enthielt, die andere Risiken aufweisen. Ein weiteres Merkmal der das Jahr 2025 betreffenden Prüfung ist, dass 43 % der Vorgänge in der Stichprobe für beide Programmplanungszeiträume (53 von 124) aus tschechischen und deutschen Programmen sowie aus Programmen des Vereinigten Königreichs stammen. Die Ausgaben des Vereinigten Königreichs beziehen sich auf den Abschluss von Programmen des Zeitraums 2014–2020, die genehmigt wurden, als das Vereinigte Königreich noch ein EU-Mitgliedstaat war. ***Anhang 6.1*** enthält die Aufschlüsselung der vom Rechnungshof geprüften Vorgänge im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung nach Land.

[3] Artikel 14 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2024/795.

**6.16.** Ein Teil der Prüfungspopulation des Jahres 2025 betraf die Rechnungslegung für das letzte Jahr der Programme des Zeitraums 2014–2020, das Projekte aus mehreren Jahren vor 2025 umfasste. Einige dieser Projekte wurden ursprünglich aus nationalen Mitteln finanziert und wurden abgeschlossen, bevor sie der Kommission im Rahmen dieser letzten Rechnungslegung vorgelegt wurden. Dies hilft den Mitgliedstaaten, die am Ende des Finanzierungszeitraums noch verfügbaren EU-Mittel auszuschöpfen. Dies ist ordnungsgemäß, sofern der Projektantrag des Begünstigten – wie in der Dachverordnung vorgeschrieben – vor Abschluss des Projekts bei der Verwaltungsbehörde eingereicht wurde. Einige dieser in der Stichprobe des Rechnungshofs enthaltenen Fälle waren schwer zu prüfen, da die Unterlagen nicht ohne Weiteres verfügbar waren.

**6.17.** Die Prüfungspopulation des Rechnungshofs umfasst die Beträge, die die Kommission infolge der Rechnungslegung für vier Programme in Ungarn akzeptiert hat, mit Ausnahme der von Ungarn gemeldeten Vorschüsse auf *staatliche Beihilfe*zahlungen (siehe Ziffer ***6.2***): Human Resources Development Operational Programme (OP) Plus, Implementation OP Plus, Integrated Transport Development OP Plus und Economic Development and Innovation OP Plus. Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Prüfungsarbeiten des Rechnungshofs hatte der Europäische Gerichtshof noch nicht über die vom Europäischen Parlament erhobene Nichtigkeitsklage (C-225/24) entschieden, die die Bewertung der Kommission betraf, dass die zielübergreifende grundlegende Voraussetzung für die Unabhängigkeit der Justiz[4] erfüllt war. Auf der Grundlage dieser Bewertung zahlte die Kommission Ungarn 781 Millionen Euro (einschließlich Vorschüssen für staatliche Beihilfezahlungen) für drei der vier Programme ("Human Resources Development OP Plus", "Integrated Transport Development OP Plus" und "Economic Development and Innovation OP Plus") aus. Der Rechnungshof äußert sich nicht zu der Bewertung der Kommission. Im Rahmen seiner Stichprobe prüfte er jedoch bei zweien der Programme ("Human Resources Development OP Plus" und "Integrated Transport Development OP Plus") andere Aspekte der Ordnungsmäßigkeit.

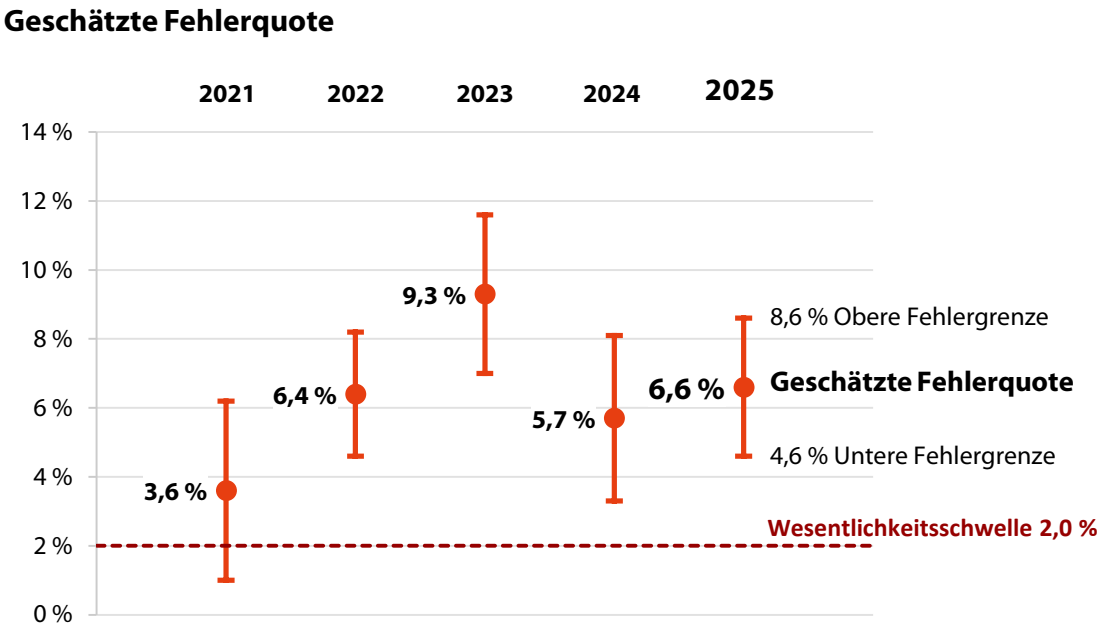
[4] Ziffern VII und 86 sowie Anhang IV des Sonderberichts 03/2024.

# Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

## Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen durch den Rechnungshof

**6.18.** Von den 158 vom Rechnungshof geprüften Vorgängen waren 71 (45 %) mit Fehlern behaftet. Der Rechnungshof *quantifizierte* 53 dieser Fehler. Infolge seiner Prüfung schätzt der Rechnungshof die Fehlerquote für die MRF-Rubrik 2 auf 6,6 %[5] (siehe ***Abbildung 6.6***).

### Abbildung 6.6 – Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen




**Stichprobenumfang (Vorgänge)**

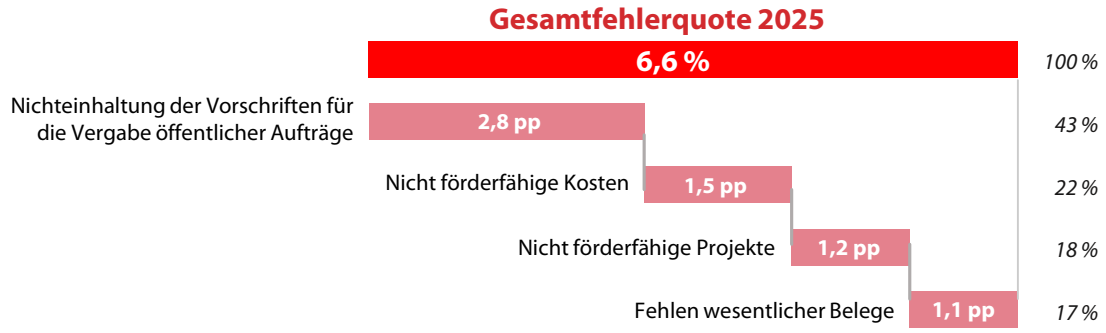
| 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|
| 243 | 260 | 238 | 223 | **158** |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**6.19.** Die wichtigsten Arten von Fehlern, die der Rechnungshof im Rahmen der Ermittlung seiner diesjährigen geschätzten Fehlerquote feststellte, sind in ***Abbildung 6.7*** dargestellt, und zwar als Prozentpunkte der Gesamtfehlerquote (Ziffern ***6.23***–***6.36*** und ***6.39***).

[5] Für die Teilrubrik 2a allein beträgt die *geschätzte Fehlerquote* 12,4 %.

## Abbildung 6.7 – Wichtigste Fehlerarten (*)




**pp**: Prozentpunkt(e)

(*) Aus dieser Zahl sind nicht alle vom Rechnungshof festgestellten Fehler ersichtlich, da einige einzelne Vorgänge mehr als eine Fehlerart aufwiesen. In diesem Fall berücksichtigt der Rechnungshof bei der Schätzung der Fehlerquote nur den Fehler mit der höchsten Quantifizierung.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Zusammenhalt – geteilte Mittelverwaltung

**6.20.** Dieser Abschnitt des Berichts enthält die Feststellungen des Rechnungshofs zu den Ausgaben im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung unter der MFR-Teilrubrik 2a (Zusammenhalt). ***Anhang 6.1*** enthält weitere Einzelheiten zu der vom Rechnungshof gezogenen Stichprobe von Vorgängen im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung und den diesbezüglichen Feststellungen.

**6.21.** Wenn die Verwaltungsbehörden in den Mitgliedstaaten der Kommission Ausgaben in ihrer Rechnungslegung melden, bescheinigen sie, dass diese Ausgaben mit den geltenden EU- und nationalen Vorschriften in Einklang stehen und dass die Mittel für *Begünstigte* und Projekte bereitgestellt wurden, die die Fördervoraussetzungen und die sonstigen Programmanforderungen erfüllten.

**6.22.** Auch wenn die Auswahl der Vorgänge im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung in diesem Jahr nicht auf den Stichproben der Prüfbehörden beruhte (Ziffer ***6.12***), waren 27 % der Vorgänge in der Stichprobe des Rechnungshofs zuvor von den Prüfbehörden geprüft worden. Der Rechnungshof stellte bei diesen Vorgängen 16 Fehler fest, die die Prüfbehörden nicht gemeldet hatten und die er quantifizierte.

## Nicht förderfähige Kosten und Projekte

**6.23.** Im Rahmen seiner Prüfung überprüft der Rechnungshof die Einhaltung der einschlägigen Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (Dachverordnung), der geltenden nationalen Rechtsvorschriften und aller anderen Bedingungen für die Gewährung von Unterstützung. Die vom Rechnungshof am häufigsten festgestellten Fehlerarten bezogen sich auf nicht förderfähige Kosten oder Projekte. Von den 48 vom Rechnungshof quantifizierten Fehlern waren 21 (44 %) dieser Art. 18[6] dieser Fehler betrafen nicht förderfähige Kosten. ***Kasten 6.1*** enthält ein Beispiel für entstandene Kosten, die nicht durch den angegebenen Bedarf begründet sind.

### Kasten 6.1

### Beispiel für IT-Lieferungen, die den Bedarf der Empfänger übersteigen

Ziel des Projekts, das in einem deutschen Bundesland durchgeführt und zu 100 % aus *REACT-EU* finanziert wurde, war es, die digitalen Kapazitäten regionaler Aus- und Weiterbildungseinrichtungen dadurch zu verbessern, dass diese IT-Ausrüstung erhielten. Um die Nachfrage sowohl nach Hardware als auch nach Software zu ermitteln, organisierte der *Begünstigte* umfangreiche Online-Informations- und Konsultationsveranstaltungen und forderte die Einrichtungen anschließend auf, einen detaillierten Fragebogen auszufüllen und ihren Bedarf anzugeben. Der Begünstigte wandte dann einen Algorithmus an, um zu überprüfen, dass der angegebene Bedarf nicht über das hinausging, was angesichts der Größe und der Personalausstattung der jeweiligen Einrichtung als angemessen angesehen werden konnte.

Bei seiner Prüfung stellte der Rechnungshof fest, dass die Mengen an IT-Ausrüstung, die an *Endempfänger* geliefert wurden, häufig höher waren als die Mengen, die in Beantwortung des Fragebogens angefordert worden waren. So erhielt beispielsweise ein Empfänger, der zehn Laptops angefordert hatte, 30 Laptops und zusätzlich noch 44 Computerbildschirme und 25 Tablets, die er nicht angefordert hatte. In einem anderen Fall erhielt ein Empfänger eine Anzahl von Tablets, die über die vom Algorithmus festgelegte Höchstmenge hinausging. Dies stand nicht im Einklang mit den Programmvorschriften, wonach öffentliche *Finanzhilfen* nur zur Deckung von Ausgaben verwendet werden dürfen, die für die unmittelbare Umsetzung benötigt werden. Da der Rechnungshof keine Begründung für die Mengen erhielt, die den von den Aus- und Weiterbildungseinrichtungen angegebenen Bedarf überstiegen, erachtete er die damit verbundenen Kosten als nicht förderfähig.

---

[6] Tschechien, Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Finnland, Schweden und Interreg.

**6.24.** Für seine Bewertung der Förderfähigkeit stützt sich der Rechnungshof sowohl auf die geltenden EU- und nationalen Vorschriften als auch auf die Finanzhilfevereinbarungen zwischen Begünstigten und Verwaltungsbehörden. In einem Fall in Frankreich waren in der Finanzhilfevereinbarung die durchzuführenden Maßnahmen festgelegt worden. Nach Ansicht des Rechnungshofs machte die Art und Weise, wie die Finanzhilfevereinbarung formuliert war, es schwierig, einen Zusammenhang zwischen den förderfähigen Kosten und diesen Maßnahmen herzustellen. Der Rechnungshof stellte zwar fest, dass förderfähige Tätigkeiten durchgeführt wurden, doch gab es keinen klar dokumentierten Zusammenhang zwischen ihnen und den geltend gemachten Kosten. Gemäß seiner Methodik stufte der Rechnungshof dies als Fehler ein, den er nicht quantifizieren konnte.

**6.25.** In einem anderen Fall ermittelte der Rechnungshof ein Projekt in Ungarn, das nicht für eine EU-Finanzierung in infrage kam. Er quantifizierte diesen Fehler. Weitere fünf Projekte in der Stichprobe des Rechnungshofs (drei in Tschechien und zwei in Frankreich) erfüllten nicht alle in den entsprechenden Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen festgelegten Kriterien. Der Rechnungshof betrachtet diese Fehler bezüglich der Einhaltung von Vorschriften zwar als erheblich, doch ist er der Auffassung, dass sie keine direkten und messbaren finanziellen Auswirkungen haben, weshalb er sie nicht quantifiziert hat.

### Fehlen wesentlicher Belege

**6.26.** Gemäß der Dachverordnung müssen die Begünstigten und die *Programmbehörden* Systeme, Verfahren und eine Dokumentation unterhalten, die einen angemessenen *Prüfpfad* gewährleisten. Im Einklang mit seiner Methodik zieht der Rechnungshof eine repräsentative Stichprobe von Vorgängen, auf die er seine allgemeine Schlussfolgerung stützt. Gemäß diesem Ansatz muss er für jeden ausgewählten Vorgang belastbare Nachweise einholen, um sicherzustellen, dass seine Ergebnisse in vollem Umfang repräsentativ sind. Dies erfolgt möglicherweise viele Jahre nach Durchführung der entsprechenden Tätigkeit, was jedoch im Einklang mit der Anforderung in der Dachverordnung steht, dass die Unterlagen aufbewahrt werden müssen.

**6.27.** Der Rechnungshof stellte fest, dass bei 14[7] der von ihm untersuchten Vorgänge (29 % der von ihm quantifizierten Fehler in seiner die geteilte Mittelverwaltung betreffenden Stichprobe) weder die Programmbehörden noch die Begünstigten ihm Unterlagen vorlegen konnten, die er als wesentlich erachtete, um die Einhaltung der Fördervoraussetzungen und sonstigen Anforderungen nachzuweisen (***Kasten 6.2***).

**Kasten 6.2**

**Beispiel für fehlende Nachweise der Förderfähigkeit der Teilnehmer**

Im Rahmen eines ESF+-Projekts, das in 14 Gemeinden in Schweden durchgeführt wurde, bot der Begünstigte – ein Konsortium öffentlicher Stellen – ein breites Spektrum an Unterstützung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen an, um deren Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Diese Unterstützung konnte in Form von Berufsbildungskursen oder Coaching-Sitzungen auf der Grundlage des individuellen Bedarfs erfolgen. Die Teilnahme an dem Projekt war auf zwölf Monate begrenzt.

Um förderfähig zu sein, hätten potenzielle Teilnehmer als in einer "komplexen Lebenssituation" befindlich bewertet werden müssen. Hinsichtlich der meisten in seine Stichprobe einbezogenen Teilnehmer erhielt der Rechnungshof keine Belege für die Bewertung ihrer Lebenssituation, weder in Form einer Befassung durch Sozialdienste noch in Form einer fachlichen Bewertung vor ihrer Registrierung für das Projekt. Der Rechnungshof stellte ferner fest, dass einige der Teilnehmer länger als zwölf Monate an dem Programm teilnahmen.

[7] Deutschland, Ungarn, Schweden, Vereinigtes Königreich und Interreg.

**6.28.** Förderkriterien sind nicht nur in der Dachverordnung festgelegt, sondern auch in den Finanzhilfevereinbarungen, die von den nationalen Behörden erstellt und von der Kommission genehmigt werden. In einigen Fällen dürfen die Verwaltungsbehörden ihre Bewertung der Förderfähigkeit auf Eigenerklärungen der Empfänger stützen, ohne dass von unabhängiger Seite bestätigt wird, dass alle Anforderungen tatsächlich erfüllt sind. Der Rechnungshof ist der Auffassung, dass eine solche Eigenerklärung keinen ausreichenden Nachweis darstellt, auf den er seine Prüfungsschlussfolgerungen stützen kann. In zwei Fällen konnte der Rechnungshof die Einhaltung der Förderkriterien und sonstiger Anforderungen nicht bestätigen, da sich die Verwaltungsbehörden ausschließlich auf Eigenerklärungen der Begünstigten gestützt hatten. In anderen Fällen konnte der Rechnungshof Eigenerklärungen zum Nachweis der Förderfähigkeit mithilfe sonstiger Quellen (z. B. aus nationalen und regionalen Informationssystemen) bestätigen und stellte demzufolge keinen Fehler fest.

**6.29.** In drei Fällen konnte der Rechnungshof die Einführung der Methode der *vereinfachten Kostenoptionen* nicht überprüfen, da keine Belege verfügbar waren (siehe auch Ziffer ***6.38***).

## Verstöße gegen die Binnenmarktvorschriften in Bezug auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und staatliche Beihilfen

**6.30.** Im Einklang mit der Dachverordnung überprüft der Rechnungshof im Rahmen seiner Prüfung der Verfahren zur *Vergabe öffentlicher Aufträge* die Einhaltung der geltenden EU- und nationalen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Mit den Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll sichergestellt werden, dass öffentliche Mittel unter Beachtung der Grundsätze der Transparenz, Verhältnismäßigkeit, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung *wirksam*, *sparsam* und *wirtschaftlich* ausgegeben werden.

**6.31.** 64 Vorgänge in der vom Rechnungshof gezogenen Stichprobe der Ausgaben unter geteilter Mittelverwaltung standen im Zusammenhang mit Vergabeverfahren. Bei 18 davon stellte der Rechnungshof Verstöße gegen EU- oder nationale Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge fest (in Tschechien, Italien, Portugal und dem Vereinigten Königreich sowie bei Interreg-Projekten). Er quantifizierte 13 davon gemäß seiner aktuellen Methodik (die sich von seiner früheren Methodik unterscheidet – Ziffern ***1.36*** und ***1.37***).

**6.32.** Eine Art von Fehler bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, den der Rechnungshof feststellte, lag vor, wenn öffentliche Auftraggeber wesentliche Änderungen akzeptierten, die der Auftragnehmer am ursprünglichen Vertrag vorgenommen hatte. Verträge können zwar geändert werden, doch müssen dabei die EU-Richtlinien und die nationalen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge eingehalten werden. ***Kasten 6.3*** veranschaulicht einen Fall der Nichteinhaltung dieser Vorschriften. Der Rechnungshof stellte ähnliche Fehler bei Projekten fest, die in Tschechien, Italien und im Vereinigten Königreich durchgeführt wurden, und zwar sowohl im Rahmen der geteilten als auch der *direkten Mittelverwaltung*.

### Kasten 6.3

### Beispiel für eine wesentliche Änderung eines Vertrags

Im Rahmen eines ESF-finanzierten Projekts in England erhielt der Begünstigte, eine Strafvollzugseinrichtung, eine Finanzhilfe, um Häftlinge auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt nach ihrer Entlassung vorzubereiten. Der Auftrag über die damit verbundenen Schulungsleistungen wurde im Rahmen eines offenen öffentlichen Vergabeverfahrens an ein externes Unternehmen vergeben. Er wurde 2015 unterzeichnet und erstreckte sich auf den Zeitraum bis Ende 2020 mit der Möglichkeit einer Verlängerung um 24 Monate.

Der Rechnungshof stellte fest, dass der Vertrag im Jahr 2018 um 32 Monate verlängert wurde und sein Wert um mehr als 50 % stieg. Der Begünstigte unterzeichnete die Änderung in dem Wissen, dass acht Monate der Verlängerung nicht mit den Bestimmungen des ursprünglichen Vertrags im Einklang stand. Hauptziel des Begünstigten war es, nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU die verfügbaren ESF-Mittel zu nutzen.

Da dies keine Auswirkungen auf die Durchführung des ursprünglichen Projekts hatte und die Verlängerung über 24 Monate hinaus nicht erforderlich war, um die ursprünglichen Ziele des Projekts zu erreichen, war die Änderung ungerechtfertigt. Der Rechnungshof ist der Auffassung, dass die wesentliche Änderung des Vertrags ohne Einleitung eines neuen Vergabeverfahrens nicht mit der Richtlinie 2014/24/EU im Einklang steht.

**6.33.** Der Rechnungshof ermittelte auch andere Arten von Fehlern bei Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge (***Kasten 6.4***).

## Kasten 6.4

### Beispiel für Marktzutrittsbeschränkungen, die zu ungerechtfertigten Wettbewerbshindernissen führen

Das von der tschechischen Eisenbahnbehörde durchgeführte Projekt bestand darin, den streckenseitigen Teil des Europäischen Zugsicherungs- und Zugsteuerungssystems (ETCS) auf einem Eisenbahnabschnitt von 38 km zu installieren. Das ETCS ermöglicht den Informationsaustausch zwischen einer fahrzeugseitigen Schnittstelle im Führerraum und der streckenseitigen Infrastruktur und verbessert so die Sicherheit des Schienenverkehrs.
2011 wurde ein Pilotprojekt abgeschlossen, und seitdem wurden alle Aufträge im Zusammenhang mit der Einführung des ETCS in Tschechien an ein einziges Unternehmen vergeben, das für die Integration des ETCS in die bestehenden nationalen Eisenbahn-Signalgebungssysteme zuständig ist.

Um den Auftragnehmer für das geprüfte "Design and Build"-Projekt auszuwählen, leitete die Eisenbahnbehörde ein offenes Vergabeverfahren ein, bei dem sich die Frist für die Einreichung von Angeboten auf 37 Tage belief – sie war somit etwas länger als die in der geltenden Richtlinie[8] vorgeschriebene Mindestfrist von 30 Tagen. Nach Ansicht des Rechnungshofs lässt dies anderen potenziellen Bietern angesichts der Komplexität und des erforderlichen Zeitaufwands nicht genügend Zeit, um eine alternative, zu 100 % kompatible Lösung vorzulegen.

Die Spezifikationen der Ausschreibung ermöglichten es potenziellen Bietern, eine alternative Lösung vorzuschlagen. Es wurden jedoch keine technischen Einzelheiten genannt, anhand deren potenzielle Bieter hätten beurteilen können, ob sie in der Lage waren, die Anforderung der Kompatibilität mit dem bestehenden ETCS-System zu erfüllen, und der derzeitige Auftragnehmer war rechtlich nicht verpflichtet, Informationen über die bestehende Lösung offenzulegen.

Durch die Nichtoffenlegung der technischen Anforderungen in den Spezifikationen der Ausschreibung verhinderte der Begünstigte einen gleichberechtigten Zugang zum Vergabeverfahren. Darüber hinaus stellte der Rechnungshof fest, dass das Genehmigungsverfahren für neue Produkte oder technische Lösungen, die bestehenden Normen entsprechen, mindestens 120 Tage in Anspruch nehmen würde. In der Praxis war es somit für andere Bieter als das etablierte Unternehmen technisch nicht möglich, fristgerecht ein konformes Angebot abzugeben. Der Rechnungshof kam zu dem Schluss, dass dies eine Marktzutrittsbeschränkung darstellte, die zu ungerechtfertigten Wettbewerbshindernissen führte, was nicht mit den einschlägigen EU-Richtlinien im Einklang steht.

Der Rechnungshof stellte bei zwei weiteren in Tschechien durchgeführten Eisenbahnprojekten eine ähnliche Situation fest.

---

[8] Artikel 45 bis 49 der Richtlinie 2014/25/EU.

**6.34.** Die Einhaltung der Vorschriften über staatliche Beihilfen ist für die Durchführung von EU-finanzierten Programmen von entscheidender Bedeutung, da sie sicherstellt, dass die gewährte öffentliche Unterstützung den Handel zwischen den Mitgliedstaaten nicht verzerrt. Staatliche Beihilfen sind, sofern sie nicht unter dem einschlägigen regulatorischen Schwellenwert[9] liegen, mit dem ordnungsgemäßen Funktionieren des Binnenmarkts grundsätzlich unvereinbar. Von dieser Regel gibt es jedoch Ausnahmen, insbesondere wenn das Projekt unter die *allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung*[10] (AGVO) fällt.

**6.35.** Bei einem der von ihm geprüften Interreg-Projekte stellte der Rechnungshof fest, dass ein höherer Beihilfesatz gewährt wurde als in der AGVO vorgesehen. Auch wenn es sich hierbei um einen Fehler handelt, quantifizierte der Rechnungshof diesen nicht, da er sich nicht auf die Förderfähigkeit der geltend gemachten Ausgaben auswirkte. Der Rechnungshof stellte zwei weitere Fälle von Verstößen gegen die AGVO fest, die er nicht quantifizierte – einen in Deutschland und einen in Frankreich.

**6.36.** Der Rechnungshof prüfte ein weiteres Interreg-Programm, bei dem er ein Beispiel für ein bewährtes Verfahren ermittelte. Die Verwaltungsbehörde hatte eine umfassende Checkliste erstellt, die alle geltenden Anforderungen an staatliche Beihilfen abdeckte, und Kontrollen auf allen Ebenen durchgeführt, auch bei den Begünstigten, die EU-Mittel erhalten, und bei den Endempfängern, die von EU-finanzierten Tätigkeiten profitieren. Die Verwaltungsbehörde bewertete die Einhaltung der Vorschriften über staatliche Beihilfen nicht nur einmal, sondern über die Laufzeit des Projekts hinweg bei jeder Änderung der Finanzhilfevereinbarung. Dadurch wurde die kontinuierliche Einhaltung der Vorschriften sichergestellt.

---

[9] Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission und Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen.

[10] Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt.

## Vereinfachte Finanzierungsoptionen

**6.37.** Als wichtige Vereinfachungsmaßnahme in der Kohäsionspolitik wurden vereinfachte Kostenoptionen eingeführt. Einige davon werden von den Verwaltungsbehörden erstellt und können die Verfahren für die Begünstigten vereinfachen. Gemäß den EU-Vorschriften muss die den vereinfachten Kostenoptionen zugrunde liegende Methodik fair, gerecht und überprüfbar sein. Wenn die Vorschriften jedoch nicht korrekt festgelegt oder angewandt werden, können Fehler auftreten, und diese können systematisch sein, da eine einzige vereinfachte Kostenoption auf viele Vorgänge angewandt werden kann.

**6.38.** Die Begünstigten nutzten vereinfachte Kostenoptionen zur Geltendmachung der Kosten bei 65 Vorgängen in der Stichprobe des Rechnungshofs (52 %), indem sie entweder Pauschalsätze oder *standardisierte Einheitskosten* oder aber eine Kombination aus beiden anwendeten. Bei fünf Vorgängen des ESF+, bei denen vereinfachte Kostenoptionen zur Anwendung kamen, konnte der Rechnungshof entweder die Grundlage für den verwendeten Pauschalsatz oder für die verwendeten Einheitskosten nicht bestätigen (***Kasten 6.5***) oder stellte fest, dass sie veraltet war.
In zweien dieser Fälle stellte der Rechnungshof fest, dass die Entscheidung der Verwaltungsbehörden, ihre eigenen vereinfachten Kostenoptionen zu erstellen, statt die in der Dachverordnung vorgesehenen Standardoptionen zu verwenden, mit unnötiger Komplexität verbunden war. Darüber hinaus ermittelte der Rechnungshof in einem Fall eine fehlerhafte Anwendung von standardisierten Einheitskosten. In allen fünf Fällen quantifizierte er die Differenz zwischen den geltend gemachten Kosten, die er nicht bestätigen konnte, und den in den Verordnungen vorgesehenen standardmäßigen vereinfachten Kostenoptionen bzw. dem bestmöglichen Näherungswert dessen, was seiner Ansicht nach die Kosten gewesen wären.
Bei zehn der 65 Vorgänge mit vereinfachten Kostenoptionen stellte der Rechnungshof Fehler in Zusammenhang mit den *direkten Kosten* oder den Einheiten fest, auf denen die vereinfachten Kostenoptionen beruhten.

## Kasten 6.5

### Beispiel für eine nicht überprüfbare Berechnungsmethode für eine vereinfachte Kostenoption

Bei einem ESF-Projekt, das im Rahmen eines regionalen Programms des Zeitraums 2014–2020 in Deutschland durchgeführt wurde und die Unterstützung von Arbeitslosen betraf, wurde die Finanzhilfe berechnet, indem die Anzahl der Teilnehmer mit einem vorab festgelegten Festbetrag pro Teilnehmer pro Monat multipliziert wurde. Die nationalen Behörden erklärten, dass dieser Festbetrag (Einheitskosten) auf der Grundlage von Datensätzen aus der Vergangenheit für ähnliche Projekte aus dem vorangegangenen Programmplanungszeitraum festgelegt worden war. Die zugrunde liegenden Dokumente waren jedoch nicht mehr verfügbar, sodass die Grundlage für die Einheitskosten nicht überprüft werden konnte.

Eine ähnliche Situation stellte der Rechnungshof bei vier Projekten – zwei im Rahmen eines deutschen und zwei im Rahmen eines italienischen Programms – des ESF+ aus dem Zeitraum 2021–2027 fest. In den Fällen aus Deutschland wandten die Begünstigten einen Pauschalsatz zur Deckung der *indirekten Kosten* des Projekts an. Die Berechnung dieses Pauschalsatzes beruhte teilweise auf Sätzen, die in der Vergangenheit angewendet worden waren und von denen einer aufgrund fehlender Datensätze nicht überprüfbar war.

In zwei Fällen aus Italien beruhte ein Pauschalsatz für indirekte Kosten auf einer Studie aus dem Jahr 2007 von Ausbildungsanbietern in der Region. 2009 genehmigte die Kommission diesen Pauschalsatz, obwohl die zugrunde liegenden Daten nicht überprüft wurden, und zum Zeitpunkt der Prüfung des Rechnungshofs war diese Studie noch nicht aktualisiert worden. Da die Berechnungsmethode auf unvollständigen Finanzdaten beruht, konnte der Rechnungshof nicht überprüfen, ob sie die Anforderungen der Dachverordnung erfüllt.

## Resilienz und Werte – von der Kommission verwaltet

**6.39.** In diesem Abschnitt des Berichts werden die Feststellungen des Rechnungshofs zu den *direkt oder indirekt* von der Kommission *verwalteten* Ausgaben dargelegt. Der Rechnungshof quantifizierte vier Fehler im Zusammenhang mit Projekten, welche die Kommission über die *Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt* (CINEA), die *Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur* (EACEA) und die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) der Europäischen Kommission direkt unterstützte. Er quantifizierte einen weiteren Fehler bei einer im Rahmen von Erasmus+ finanzierten Maßnahme. Der Beitrag dieser Fehler ist in ***Abbildung 6.6*** berücksichtigt. In ***Kasten 6.6*** ist ein weiteres Projekt beschrieben, das im Rahmen von Erasmus+ durchgeführt wurde und bei dem es zu einer ungerechtfertigten Einbehaltung von Mitteln durch den Mittelkoordinator gekommen war.

### Kasten 6.6

### Beispiel für die Einbehaltung des doppelten ursprünglichen Mittelanteils durch den Projektkoordinator

Im Rahmen eines Projekts des Programms Erasmus+, das von der EACEA verwaltet wurde, erhielt ein Konsortium aus vier Sportvereinen einen Festbetrag ("*Pauschalbetrag*") für die Organisation von Sportkursen in Pflegeheimen, die Entwicklung eines Übungsprogramms für ältere Menschen und die Schulung des Personals. Die Aufteilung der Finanzhilfe zwischen den vier Partnern wurde in der Finanzhilfevereinbarung klar festgelegt. Der Verein, der als Projektkoordinator fungierte, unterzeichnete mit den anderen drei Projektpartnern jedoch Partnerschaftsvereinbarungen über Beträge, die unter den ursprünglich zugewiesenen Beträgen lagen, während die Zuständigkeiten und die Arbeitsbelastung unverändert blieben. Letztlich behielt er 71 % der Finanzhilfe ein, was deutlich über dem ursprünglich zugewiesenen Anteil lag. Außerdem wurde die neu festgelegte Aufteilung nicht durch eine Änderung der Finanzhilfevereinbarung formalisiert, obwohl dies in der Vereinbarung ausdrücklich vorgesehen ist.

# Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

## Von der Kommission im Jahr 2025 vorgenommene Bewertung

### Die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten funktionierten bei einigen Programmen nicht gut

**6.40.** In ihren jährlichen Tätigkeitsberichten berichtet die Kommission darüber, ob die bestehenden Kontrollverfahren hinreichende Gewähr dafür bieten, dass die Ausgaben rechtmäßig und ordnungsgemäß sind. In den jährlichen Tätigkeitsberichten 2025 kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten (Verwaltungsbehörden/zwischengeschaltete Stellen und Prüfbehörden) bei 72 der 617 Programme unter der Leitung der GD REGIO und bei 41 der 384 Programme unter der Leitung der GD EMPL entweder nicht gut funktionierten oder dass einige ihrer Bestandteile Mängel aufwiesen. Die betrifft Programme sowohl aus dem Zeitraum 2014–2020 als auch aus dem Zeitraum 2021−2027. Infolgedessen schränkte die Kommission ihre Zuverlässigkeitserklärungen für 2025 mit *Vorbehalten* zu den meisten dieser Programme ein.

**6.41.** Angesichts der Prüfungsergebnisse der Kommission und seiner eigenen Feststellungen stimmt der Rechnungshof der Schlussfolgerung der Kommission zu, dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten bei einigen Programmen nicht gut funktionierten.

## Unregelmäßige Ausgaben in wesentlichem Umfang in der akzeptierten Rechnungslegung

**6.42.** In ihren Tätigkeitsberichten bewertet die Kommission die von den Mitgliedstaaten gemeldeten einzelnen Fehlerquoten, die Ergebnisse ihrer eigenen Ordnungsmäßigkeitsprüfungen und andere verfügbare Informationen, wie die Prüfungsergebnisse des Rechnungshofs. Sie verwendet diese, um das *Risiko bei Zahlung* zu schätzen, und meldet diese Fehlerquote als einen *zentralen Leistungsindikator* für die *Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit*. Für 2025 bezieht sich dieser nur auf Programme des Zeitraums 2014–2020. Die Kommission legt auch eine Schätzung des ihrer Ansicht nach wahrscheinlichen Risikos bei Abschluss vor, bei der die *Finanzkorrekturen* berücksichtigt werden, die sie im Anschluss an ihre eigenen künftigen Prüfungen der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit und die Prüfungen des Rechnungshofs voraussichtlich vornehmen wird.

**6.43.** Das Risiko bei Zahlung ist die bestmögliche konservative Schätzung der Kommission für den Betrag der Ausgaben während des Jahres, der zum Zeitpunkt der Zahlung nicht rechtmäßig und ordnungsgemäß war und von dem sie erwartet, dass er in den Folgejahren teilweise aufgedeckt und berichtigt wird. Die Kommission schätzt eine Höchstquote, um das Fehlerrisiko außerhalb der Stichprobe von Vorgängen in den Programmen, auf denen die Fehlerquoten beruhen, sowie alle von der Kommission oder dem Rechnungshof ermittelten zusätzlichen Risiken anzugehen.

**6.44.** Für das Geschäftsjahr 2023/2024 meldete die GD REGIO für die Programme unter geteilter Mittelverwaltung des Zeitraums 2014–2020 ein Risiko bei Zahlung von 2,1 % (2,5 % für 2022/2023). Die maximale Fehlerquote wurde auf 3,1 % geschätzt (3,6 % für 2022/2023). Die von der GD EMPL berechnete Fehlerquote blieb mit 2,2 % gegenüber dem Vorjahr unverändert, wobei die maximale Fehlerquote bei 3,2 % (3,0 % für das vorangegangene Geschäftsjahr) lag.

**6.45.** Im Jahr 2025 wurde nur für etwa ein Drittel der Programme des Zeitraums 2021–2027 die Rechnungslegung vorgelegt. Aus diesem Grund beschloss die Kommission, das Risiko bei Zahlung für diese Programme auf 2 % zu schätzen, und bezog es nicht in die Berechnung des zentralen Leistungsindikators ein. Der Rechnungshof stellte fest, dass die Kommission Vorbehalte zu einigen dieser Programme hat.

**6.46.** Die von der Kommission in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten 2025 für den Bereich Kohäsion angegebene Schätzung des Risikos bei Zahlung lag deutlich unter der vom Rechnungshof *geschätzten Fehlerquote* (Ziffer ***6.18***). Die Kommission hat den diesjährigen zentralen Leistungsindikator ausnahmsweise anhand der von den Mitgliedstaaten gemeldeten Fehlerquoten berechnet, zu denen sie nur Aktenprüfungen durchgeführt hat. Die Kommission tat dies, weil sie der Auffassung war, dass die Zahl der im Jahr 2024 vorgelegten endgültigen Rechnungen zu gering war, um eine zuverlässige Berechnung der bestätigten Fehlerquote vorzunehmen. Die Kommission wird diese Fehlerquoten pro Programm im Rahmen ihrer Ex-post-Prüfungen (2026 und darüber hinaus) weiter analysieren, und sie können steigen, sobald die Ergebnisse dieser Prüfungen vorliegen.

**6.47.** In der jährlichen Management- und Leistungsbilanz meldet die Kommission ein Gesamtrisiko bei Zahlung für die Fonds der Kohäsionspolitik. Dieses beruht in erster Linie auf den von der GD REGIO und der GD EMPL gemeldeten Werten und deckt beide Programmplanungszeiträume ab. Im Jahr 2025 lag die kombinierte Fehlerquote in einer Spanne zwischen 2,0 % und 2,7 % und blieb damit wesentlich, ging jedoch im Vergleich zur Schätzung für 2024 (Spanne zwischen 2,3 % und 3,2 %) zurück. Die Kommission erklärt, dass dieser Rückgang hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass der Anteil der Ausgaben aus dem Programmplanungszeitraum 2021–2027, für den sie einen Pauschalsatz von 2 % angewandt hat (Ziffer ***6.45***), im Jahr 2025 deutlich höher lag (80,5 % der gesamten Kohäsionsausgaben gegenüber 15,3 % im Jahr 2024).

**6.48.** Für die MFR-Rubrik 2 schätzte die Kommission das Risiko bei Zahlung auf 2,3 % (2,9 % für 2024). Die Quote ist daher nach wie vor wesentlich, wenngleich sie unterhalb der Fehlerspanne liegt, die der Rechnungshof infolge seiner Prüfung für diese Rubrik berechnet hat (siehe Ziffer ***6.18***).

**6.49.** Die inhärente Differenz zwischen der Fehlerquote des Rechnungshofs und der von der Kommission berechneten Quote wird in ***Kapitel 1*** erläutert (Ziffern ***1.41*** bis ***1.44***). In ihren jährlichen Tätigkeitsberichten betont die Kommission die Unterschiede bei der Berechnung der beiden Fehlerquoten. Sie weist darauf hin, dass der Rechnungshof im Einklang mit seinen Pflichten gemäß dem Vertrag Fehler im Zusammenhang mit Verstößen gegen die geltenden Vorschriften meldet. Die Kommission und die nationalen Prüfbehörden hingegen quantifizieren nur Unregelmäßigkeiten, die zu Finanzkorrekturen gemäß der Dachverordnung führen können. Darüber hinaus beruht die Fehlerquote des Rechnungshofs für 2025 auf der Prüfung von Vorgängen aus beiden Programmplanungszeiträumen, während die von

der DG REGIO und die DG EMPL in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten gemeldeten zentralen Leistungsindikatoren nur auf dem Zeitraum 2014–2020 beruhen.

### Risiko bei Interreg-Programmen als niedrig bewertet – durch die Feststellungen des Rechnungshofs nicht bestätigt

**6.50.** Mit den Interreg-Programmen soll die Zusammenarbeit zwischen den Regionen in der EU gefördert werden. Da sie mehr als ein Land betreffen, gibt es bei ihrer Verwaltung andere Risikofaktoren als bei anderen Programmen mit geteilter Mittelverwaltung. 2025 schätzte die Kommission die Fehlerquote bei den Interreg-Programmen auf unter 1 %. Sie betrachtet diese Programme als mit geringem Risiko behaftet und fasst alle Programme zusammen, um eine einzige Prüfungsstichprobe zu ziehen. Dieser Ansatz wurde als Vereinfachungsmaßnahme eingeführt, um den Prüfungsaufwand insgesamt zu verringern. Der Rechnungshof stellte jedoch fest, dass die GD REGIO in ihren jährlichen Tätigkeitsbericht 2025 einen Vorbehalt betreffend drei Interreg-Programme aufgenommen hat.

**6.51.** Aufgrund der atypischen Zusammensetzung seiner Stichprobe für 2025 (Ziffer ***6.15***) prüfte der Rechnungshof mehr Interreg-Projekte als üblich (zwölf Projekte). In seiner Stichprobe für 2024 beispielsweise waren keine solchen Projekte enthalten. Dadurch konnte der Rechnungshof mehr Einblicke in diesen Bereich gewinnen. Er berichtet über sieben Fälle von Verstößen, von denen er fünf quantifiziert hat. Somit bestätigt er die Risikobewertung der Kommission nicht.

## Abschluss der Programme des Zeitraums 2014–2020

**6.52.** Ende Mai 2025 – als die ursprüngliche Frist für den Abschluss der Programme des Zeitraums 2014–2020 ablief (vor der STEP-Verordnung) – hatte die Kommission die letzten Rechnungslegungen und die abschließenden Durchführungsberichte für 93 Programme akzeptiert. Bei den übrigen 348 Programmen nutzten die Mitgliedstaaten die im Rahmen der STEP-Verordnung gewährte Verlängerung der Frist für die Vorlage (Ziffer ***6.14***).

**6.53.** Um die Programme abschließen zu können, führt die Kommission Aktenprüfungen der endgültigen *Gewährpakete* durch, die sie am Ende des Programmplanungszeitraums von den nationalen Behörden erhält. Diese umfassen die Überprüfung der vorgelegten Informationen, die Bewertung der abschließenden Durchführungsberichte und die anschließende Erfassung der Schlusssalden in der Rechnungslegung. Im Anschluss daran übermittelt die Kommission Abschlussschreiben an die Mitgliedstaaten. Aus den Abschlussschreiben geht jedoch hervor, dass diese Programme noch weiteren Kontrollen der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit unterzogen werden können. Diese können so lange fortgesetzt werden, bis alle Probleme angegangen wurden.

**6.54.** Der Rechnungshof stellte fest, dass die Kommission die Schlusssalden in die Rechnungslegung für Programme aufnehmen kann, ohne Finanzkorrekturen vorgenommen zu haben, um bereits festgestellte Fehler zu beheben. In seiner Stichprobe von 16 Programmen aus dem Programmplanungszeitraum 2014–2020 ermittelte der Rechnungshof drei Fälle, in denen noch Feststellungen zu Prüfungen ausstanden, die er abgeschlossen hatte, für die die Kommission die Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit jedoch noch nicht abgeschlossen hatte. Daher ist es möglich, dass an der von der Kommission akzeptierten endgültigen Rechnungslegung noch Korrekturen vorgenommen werden.

**6.55.** In ihren jährlichen Tätigkeitsberichten 2025 berichtete die Kommission, dass sie 21 von der GD REGIO verwaltete Programme und 13 von der GD EMPL verwaltete Programme "vollständig" abgeschlossen hatte. Dies bedeutet, dass die überwiegende Mehrheit der Programme erst noch "vollständig" abgeschlossen werden muss. Voraussetzung für den "vollständigen" Abschluss ist, dass die *Restfehlerquote* auf unter 2 % geschätzt wird und alle festgestellten Unregelmäßigkeiten von den nationalen Behörden angemessen behoben wurden.

## Programmplanungszeitraum 2021–2027

**6.56.** Für den Programmplanungszeitraum 2021–2027 verläuft die Umsetzung langsamer als ursprünglich geplant. Die langsame *Mittelausschöpfung*, über die in Ziffer ***2.17*** berichtet wird, kann zu zusätzlichem Druck auf die Mitgliedstaaten führen, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auszugeben, da das Ende des Programmplanungszeitraums näher rückt, und könnte die Wirksamkeit der Kontrollen durch die Verwaltungs- und Prüfbehörden verringern. Im September 2025 traten zwei neue Verordnungen zur Änderung der Verordnungen über den EFRE/KF und den ESF+ in Kraft[11], die unter bestimmten Bedingungen eine Verlängerung des Förderzeitraums bis zum 31. Dezember 2030 ermöglichen.

**6.57.** In der Dachverordnung für den Programmplanungszeitraum 2021–2027 (Artikel 73 Absatz 2) sind explizitere Anforderungen an die Mitgliedstaaten betreffend die Auswahl von Projekten für eine Finanzierung festgelegt. Dazu gehört die Bewertung des erwarteten Beitrags der Projekte zu den Programmzielen, der erwarteten Ergebnisse und der Einhaltung der geltenden rechtlichen Anforderungen und horizontalen Grundsätze (z. B. Umwelt*auswirkungen* und Sicherung der Klimaverträglichkeit der Projekte). Bei den 14 Programmen des Programmplanungszeitraums 2021–2027 in seiner Stichprobe bewertete der Rechnungshof, wie die Verwaltungsbehörden überprüften, ob die Projekte diese Anforderungen erfüllten. In sechs Fällen stellte der Rechnungshof Mängel bei der Qualität der Bewertung durch die Verwaltungsbehörden fest.

**6.58.** Die Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, "Verwaltungsüberprüfungen" durchzuführen, bevor sie die Rechnungslegung übermitteln. Für den Programmplanungszeitraum 2021–2027 ist in der Dachverordnung vorgesehen, dass diese Überprüfungen risikobasiert und den festgestellten Risiken angemessen sein müssen. Die Kommission erläuterte in den jährlichen Tätigkeitsberichten, dass die Verwaltungsbehörden bei den meisten Programmen risikobasierte Kontrollen entweder vollständig oder teilweise durchführten. Die Anwendung eines risikobasierten Ansatzes führt jedoch in einigen Fällen nach wie vor zu Kontrollen im Umfang von 100 %. Die Prüfung der Programme des Zeitraums 2021–2027 durch den Rechnungshof bestätigt diese von der Kommission bereitgestellten Informationen.

---

[11] Verordnung (EU) 2025/1914 und Verordnung (EU) 2025/1913.

# Schlussfolgerung und Empfehlungen

## Schlussfolgerung

**6.59.** Der Rechnungshof schätzt die Gesamtfehlerquote für die MFR-Rubrik "Zusammenhalt, Resilienz und Werte" für das Haushaltsjahr 2025 auf 6,6 % (Ziffer ***6.18***).

**6.60.** Die Arbeit des Rechnungshofs zeigt, dass im Rahmen des bestehenden Verwaltungs- und Kontrollsystems Fehler in den geltend gemachten Ausgaben nicht immer verhindert bzw. aufgedeckt und berichtigt werden. Die häufigste Fehlerart betrifft nach wie vor nicht förderfähige Kosten und Projekte (Ziffern ***6.23***–***6.25***).

## Empfehlungen

**6.61.** ***Anhang 6.2*** zeigt die Ergebnisse der vom Rechnungshof durchgeführten Weiterverfolgungsprüfung zu sechs Empfehlungen, die er im Jahresbericht 2022 ausgesprochen hatte. Der Rechnungshof stellte fest, dass die Kommission eine Empfehlung vollständig, zwei Empfehlungen weitgehend und drei Empfehlungen teilweise umgesetzt hatte. Außerdem überprüfte der Rechnungshof fünf Empfehlungen aus seinen Jahresberichten 2023 und 2024, die bis Ende 2025 umgesetzt werden sollten. Ferner bewertete er die Umsetzung von Empfehlungen aus seinen Jahresberichten 2017, 2020 und 2021, die zum Zeitpunkt seines Jahresberichts 2024 noch nicht vollständig umgesetzt worden waren, aber nach wie vor relevant sind, erneut. Von diesen war eine nicht akzeptiert worden und sieben waren akzeptiert worden, aber noch nicht vollständig umgesetzt.

**6.62.** Auf der Grundlage seiner Feststellungen und Schlussfolgerungen für 2025 unterbreitet der Rechnungshof folgende Empfehlungen:

## Empfehlung 6.1 – Wahl und Begründung vereinfachter Kostenoptionen verbessern

Die Kommission sollte

a) die Nutzung der in der Dachverordnung und den einschlägigen fondsspezifischen Verordnungen vorgesehenen standardisierten vereinfachten Kostenoptionen durch die Verwaltungsbehörden fördern;

b) die Verwaltungsbehörden daran erinnern, dass die Belegunterlagen zur Rechtfertigung von bereits seit früheren Programmplanungszeiträumen angewandten vereinfachten Kostenoptionen aufbewahrt und angemessen aktualisiert werden müssen;

c) die Mitgliedstaaten weiter dabei unterstützen, ihr Wissen über vereinfachte Kostenoptionen zu erweitern, indem sie den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Verwaltungsbehörden betreffend die Einführung und Anwendung vereinfachter Kostenoptionen fördert, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Minimierung der Komplexität für Begünstigte und Endempfänger liegen sollte.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

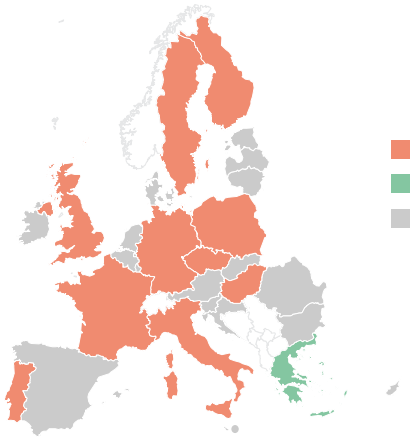
## Empfehlung 6.2 – Die Risikobewertung für Interreg-Programme aktualisieren

Die Kommission sollte ihre Risikobewertung für die Interreg-Programme unter Berücksichtigung der vom Rechnungshof in diesem Jahr aufgedeckten Fehler sowie der Ergebnisse ihrer Prüftätigkeit bewerten und erforderlichenfalls aktualisieren und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

# Anhänge

## Anhang 6.1 – Vom Rechnungshof gezogene Stichprobe von Vorgängen im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung und Fehler bezüglich der Einhaltung von Rechtsvorschriften im Jahr 2025



Fehler bezüglich der Einhaltung von Rechtsvorschriften festgestellt
Keine Fehler festgestellt
Nicht geprüft

| Mitgliedstaat (*) | EU-Beitrag *(Millionen Euro)* | Geprüfte Vorgänge | Fehler bezüglich der Einhaltung von Rechtsvorschriften | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Quantifiziert | Nicht quantifiziert |
| Tschechien | 1 672 | 16 | 6 | 5 |
| Vereinigtes Königreich | 1 601 | 21 | 6 | 4 |
| Deutschland | 1 159 | 16 | 10 | 5 |
| Ungarn | 838 | 9 | 9 | – |
| Griechenland | 598 | 8 | – | – |
| Interreg (**) | 598 | 12 | 5 | 2 |
| Italien | 564 | 9 | 5 | 8 |
| Polen | 551 | 11 | 1 | – |
| Schweden | 374 | 9 | 2 | – |
| Frankreich | 222 | 8 | 2 | 4 |
| Finnland | 210 | 4 | 1 | 1 |
| Estland | 113 | – | – | – |
| Litauen | 64 | – | – | – |
| Bulgarien | 57 | – | – | – |
| Spanien | 47 | – | – | – |
| Portugal | 46 | 1 | 1 | – |
| Slowakei | 30 | – | – | – |
| Rumänien | 27 | – | – | – |
| Zypern | 20 | – | – | – |
| Lettland | 11 | – | – | – |
| Slowenien | 10 | – | – | – |
| Österreich | 2 | – | – | – |
| Luxemburg | 2 | – | – | – |
| Malta | 0,9 | – | – | – |
| Belgien | 0,7 | – | – | – |
| Irland | 0,4 | – | – | – |
| Kroatien | 0 | – | – | – |
| Dänemark | 0 | – | – | – |
| Niederlande | 0 | – | – | – |
| **INSGESAMT** | **8 817,2** | **124** | **48** | **29** |

(*) Die Stichprobe des Rechnungshofs ist nicht so konzipiert, dass jeweils Schlussfolgerungen zu den einzelnen Mitgliedstaaten gezogen werden können.
(**) Interreg VI-B Nordsee (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden), Interreg V-A Frankreich-Vereinigtes Königreich und Interreg V-A Belgien-Niederlande. Diese Beiträge sind in dieser Abbildung nicht enthalten.
*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Anhang 6.2 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert; keine Informationen.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2017** | Der Rechnungshof unterbreitet der Kommission die folgenden Empfehlungen:<br><br>**Empfehlung 1:**<br><br>Die Kommission sollte sicherstellen, dass die Prüfungsregelungen für die vom *EIF* verwalteten Finanzinstrumente auf Ebene der *Finanzmittler* angemessen sind. Wenn die EIB / der EIF auf vereinbarte Untersuchungshandlungen mit externen Prüfern zurückgreift, sollte die Kommission mit Blick darauf, dass Zuverlässigkeitsgewähr gegeben werden muss, die Mindestbedingungen solcher Verträge festlegen, insbesondere die Pflicht zur Durchführung ausreichender Prüfungsarbeit auf Ebene der Mitgliedstaaten.<br><br>(Datum für die Umsetzung: sofort) | | | Mit der *Omnibus-Verordnung* wurde eine Anforderung eingeführt, wonach die Prüfbehörden Systemprüfungen und Prüfungen von Vorhaben zu Finanzinstrumenten auf der Ebene der Finanzmittler durchführen müssen, was auch für die von der *EIB-Gruppe* verwalteten Finanzinstrumente, nicht jedoch für die vor dem 2. August 2018 geschaffenen Programme der *KMU-Initiative* gilt. Diese ist nach wie vor relevant. Die Prüfungen des Rechnungshofs für 2020 und 2022 (KMU-Initiative Spanien) ergaben, dass diese Kontrollen auf der Ebene der Finanzmittler noch nicht durchgängig stattfinden. Es wurden keine neuen Elemente zum Nachweis dafür vorgelegt, dass dies 2025 korrigiert worden wäre. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2020** | Der Rechnungshof unterbreitet der Kommission die folgenden Empfehlungen:<br><br>**Empfehlung 5.2 – *Betrug*srisiko bei den Prüfungen von Vorhaben durch die Prüfbehörden besser im Blick behalten**<br><br>Die Kommission sollte den Prüfbehörden nachdrücklich empfehlen, spezifische Fragen zu Betrugsrisiken in ihre Checklisten aufzunehmen und die Schritte zu dokumentieren, die ergriffen wurden, um bei einer Prüfung festgestellten Betrugsrisiken zu begegnen.<br><br>Die Prüfbehörden sollten mit den nationalen Koordinierungsstellen für die Betrugsbekämpfung (AFCOS) zusammenarbeiten und die der Kommission über das Berichterstattungssystem für Unregelmäßigkeiten (IMS) gemeldeten mutmaßlichen oder festgestellten Betrugsfälle berücksichtigen. Der Rechnungshof verweist auch auf die Empfehlungen in seinem Sonderbericht 06/2019.<br><br>(Zeitrahmen: Juni 2022) |  |  | |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2021** | **Empfehlung 5.2 – Beitrag nationaler Regelungen zu den Zielen des ESF**<br><br>Die Kommission sollte sicherstellen, dass bei operationellen Programmen, die sich auf bestehende nationale Programme stützen, das durchgeführte Vorhaben wirksam zu den Programmzielen beiträgt, und dabei insbesondere der in diesem Jahr aufgedeckten Situation in Zusammenhang mit *NEET*-Teilnehmern an operationellen Programmen Spaniens im Rahmen des ESF/der YEI Rechnung tragen.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: November 2022) |  |  | Die Kommission hatte im Zusammenhang mit dem Fall Spaniens, auf den in der Empfehlung hingewiesen wurde, Maßnahmen ergriffen. Allerdings hat sie sich nicht mit der Frage befasst, wie Vorhaben, die im Rahmen von Programmen finanziert werden, welche auf bestehenden nationalen Regelungen beruhen, wirksam zur Erreichung der Programmziele beitragen. |
| | **Empfehlung 5.4 – Einhaltung der in den Abnahmegarantien für COVID-19-Impfstoffe festgelegten Bedingungen durch die Hersteller**<br><br>Die Kommission sollte überprüfen, ob die Hersteller von COVID-19-Impfstoffen die in den Abnahmegarantien festgelegten Bedingungen erfüllen, insbesondere im Hinblick auf die Schätzung der Produktionskosten, die Inanspruchnahme einer Vorfinanzierung und gegebenenfalls Gewinnverzichtsklauseln, und, falls erforderlich, Korrekturmaßnahmen ergreifen.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: Dezember 2025) |  |  | Die Kommission hat einige Maßnahmen ergriffen und prüft derzeit mögliche weitere Maßnahmen vor dem Hintergrund ihrer eigenen jüngsten Prüfungen. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2022** | **Empfehlung 6.1. – Abhilfemaßnahmen für wiederholt auftretende Fehler**<br><br>Die Kommission sollte die Maßnahmen verstärken, die zur Behebung wiederholt auftretender Fehler – insbesondere im Hinblick auf nicht förderfähige Kosten und Projekte – vorgesehen sind; sie sollte sicherstellen, dass sämtliche Prüfbehörden in ausreichendem Umfang durch die Prüfungsarbeit der Kommission abgedeckt werden; und sie sollte die Ergebnisse verbreiten, um vorschriftswidrige Ausgaben und deren Auswirkungen zu verringern.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: Dezember 2025) |  |  | Die Kommission hat einen Aktionsplan entwickelt, doch stellt der Rechnungshof Lücken bei der Umsetzung und Abdeckung fest. |
| | **Empfehlung 6.2 – Meldung von *Großprojekten***<br><br>Die Kommission sollte beim Abschluss der Programme des Zeitraums 2014–2020 sicherstellen, dass ausschließlich Ausgaben im Zusammenhang mit gemeldeten Großprojekten akzeptiert werden, wobei insbesondere die in diesem Jahr festgestellte Situation zu berücksichtigen ist.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: spätestens bis März 2025) |  |  | Aufgrund der verlängerten Frist für die Abschlussverfahren werden die von dem Problem am stärksten betroffenen Programme erst im Rahmen der Zuverlässigkeitserklärung 2026 geprüft werden. Daher ist der Rechnungshof noch nicht in der Lage, umfassend zu bewerten, ob die Empfehlung in all ihren Aspekten umgesetzt wurde und insbesondere ob die in Illustration 6.2 des Jahresberichts 2022 dargelegten Situationen korrekt berücksichtigt wurden. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 6.4 – Gezielte Kontrollen zu den Finanzkorrekturen für mehrjährige Vorhaben beim Abschluss**<br><br>Die Kommission sollte bei ihren Abschlussprüfungen des Zeitraums 2014–2020 spezifische gezielte Kontrollen durchführen, um dafür Sorge zu tragen, dass die Mitgliedstaaten die erforderlichen Finanzkorrekturen bei Fehlern vorgenommen haben, die in einem Geschäftsjahr aufgedeckt werden, sich aber auch auf Ausgaben in anderen Rechnungslegungszeiträumen auswirken.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: ab Februar 2025 bis zum Ende des Abschlusses aller OP des Zeitraums 2014–2020) |  |  | Die Kommission hat einige Initiativen in die Wege geleitet, insbesondere thematische Prüfungen und Verfahren zur Überwachung des Abschlusses, und hat dem Rechnungshof mitgeteilt, dass sie diesem Aspekt künftig besondere Aufmerksamkeit widmen wird. Der Rechnungshof wird die diesbezüglichen Fortschritte weiterhin verfolgen. |
| | **Empfehlung 6.5 – Zuverlässigkeit von Eigenerklärungen**<br><br>Die Kommission sollte sicherstellen, dass die Prüfbehörden über geeignete Methoden für die Kontrolle der Gültigkeit und Zuverlässigkeit von Eigenerklärungen verfügen und bewährte Verfahren austauschen, und dabei insbesondere die in diesem Jahr festgestellte Situation berücksichtigen.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: Dezember 2023) |  |  | Die Kommission hat in dieser Angelegenheit Maßnahmen ergriffen und plant, weitere Beispiele für bewährte Verfahren auszutauschen.<br><br>Bei seiner Prüfung betreffend 2025 ermittelte der Rechnungshof jedoch vier Fälle, in denen er die Eigenerklärung nicht als ausreichenden Nachweis für die Förderfähigkeit der Teilnehmer erachtete. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 6.6 – Stärkere Sensibilisierung für Betrugsrisiken, um eine wirksamere Meldung von Betrugsverdacht sicherzustellen**<br><br>Die Kommission sollte gezielte thematische Prüfungen zum Risikobewusstsein der Verwaltungsbehörden und zur Nutzung von Tools zur Datenauswertung und Risikobeurteilung für die Programme des Zeitraums 2021–2027 planen und umsetzen.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: für Empfehlung 6.6 a) bis Dezember 2025 […]) |  |  | |
| | **Empfehlung 6.7 – Einsatz des Tools zur Datenauswertung und Risikobeurteilung**<br><br>Die Kommission sollte den Zeitpunkt, ab dem das einzige integrierte IT-System zur Datenauswertung und Risikobeurteilung eingesetzt wird, von 2028 auf 2025 vorverlegen, d. h. auf das erste Jahr, in dem voraussichtlich ein erheblicher Teil der Ausgaben des Zeitraums 2021–2027 geltend gemacht wird. Zwischenzeitlich sollte sie sicherstellen, dass das OLAF, die EUStA und der Rechnungshof Zugang zu *Arachne* haben.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: Dezember 2025) |  |  | Die Kommission hat dem Rechnungshof, der EUStA und dem OLAF nur auf Einzelfallbasis Zugang gewährt. Der Rechnungshof weist erneut darauf hin, dass dies für ihn nicht ausreicht, um seine Arbeit effizient durchführen zu können.<br><br>Die Empfehlung, den Zeitpunkt, ab dem das System eingesetzt wird, vorzuverlegen, wurde von der Kommission nicht akzeptiert. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2023** | **Empfehlung 6.1 – Schwachstellen in den Verwaltungs- und Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten weiterverfolgen**<br><br>a) Die Kommission sollte alle Schwachstellen in den Verwaltungs- und Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten, die der Rechnungshof ermittelt und über die er im Zusammenhang mit der Erstellung der Zuverlässigkeitserklärung für den auslaufenden Zeitraum 2014−2020 Bericht erstattet hat, zeitnah weiterverfolgen.<br><br>b) Sie sollte gemeinsam mit den Prüfbehörden die wichtigsten Erkenntnisse ermitteln, die im Rahmen der Weiterverfolgung nach Buchstabe a gewonnen wurden, und diese Erkenntnisse auf die Regelungen für den Zeitraum 2021–2027 anwenden sowie die Programmbehörden der Mitgliedstaaten über die erforderlichen Maßnahmen und über bewährte Verfahren unterrichten.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: Dezember 2025) |  |  | Die Kommission hat die Überwachung und Analyse der Fehlerursachen verbessert, doch gibt es Lücken bei der Umsetzung und Abdeckung. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 6.2 – Behandlung von Fehlern in der Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der direkten und geteilten Mittelverwaltung harmonisieren**<br><br>Die Kommission sollte die Behandlung von Unregelmäßigkeiten im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge für Projekte harmonisieren, die sowohl im Rahmen der direkten als auch der geteilten Mittelverwaltung finanziert werden, z. B. Projekte, die sowohl aus der *Fazilität "Connecting Europe"* als auch aus dem EFRE finanziert werden. Unregelmäßigkeiten, die sich aus dem Verstoß gegen dieselben Rechtsvorschriften ergeben, sollten dieselbe Bewertung und Korrekturquote zur Folge haben.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: Dezember 2024) |  |  | |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 6.3 – Finanzielle Risiken angehen und gleichzeitig die Erreichung der Leistungsziele überprüfen**<br><br>Die Kommission sollte sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten einen Prozess einrichten, um nach der Zahlung systematisch zu überprüfen, ob vertragliche Verpflichtungen erfüllt wurden, wonach der Begünstigte bestimmte Leistungsindikatoren zu erreichen hat, die sich auf Maßnahmen beziehen, welche nach der Projektdurchführung erfolgen.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: zum Zeitpunkt der Übermittlung der Abschlussdokumente der OP durch die Mitgliedstaaten, spätestens jedoch März 2026) |  |  | Der Rechnungshof erkennt an, dass die Kommission in diesem Bereich Maßnahmen ergriffen hat, einschließlich der thematischen Prüfungen, und dass die Umsetzung dieser Empfehlung im Gange ist. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 6.4 – Eine solide Vorbereitung auf den Abschluss des Zeitraums 2014–2020 sicherstellen**<br>Die Kommission sollte ausführliche Abschlussverfahren ausarbeiten und dabei die in den Jahresberichten des Rechnungshofs ermittelten Risiken angehen, indem sie<br>a) ein Überwachungssystem für den Abschluss einrichtet, um den Status aller OP des Zeitraums 2014–2020, die während des Jahres und kumulativ tatsächlich abgeschlossenen Beträge, die noch offenen Beträge sowie die Maßnahmen, für die der Abschluss noch aussteht, nachzuverfolgen;<br>b) diese Informationen in den jährlichen Tätigkeitsberichten offenlegt.<br>Diese Informationen zu den Abschlüssen für den Zeitraum 2014–2020 sollten auch Angaben zur *Aufhebung noch abzuwickelnder Mittelbindungen* in der Jahresrechnung der Kommission enthalten.<br>(Zieldatum für die Umsetzung: Juni 2025) |  |  | Die Kommission hat das Überwachungssystem "2014-2020 Closure monitoring Overview" eingerichtet und plant, diesem Aspekt künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Der Rechnungshof wird dieses Thema weiterhin verfolgen. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2024** | **Empfehlung 6.2 – Nach der Anwendung von Pauschalsätzen die Kontrollen wiederaufnehmen**<br><br>In Fällen, in denen systematische Schwachstellen in (operationellen) Programmen festgestellt wurden und infolgedessen ein Pauschalsatz angewandt wurde, sollte die Kommission sicherstellen, dass die Behörden der Mitgliedstaaten den Mechanismus der Pauschalkorrektur nicht nutzen, um ihrer Verantwortung, die Förderfähigkeit der Ausgaben zu überprüfen, bevor sie diese der Kommission melden, nicht nachzukommen, und dass sie erforderlichenfalls Wiedereinziehungen vornehmen.<br><br>(Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2025) |  |  | Die Kommission hat einen neuen Abschnitt für Kernanforderung 13 zu Vorhabenprüfungen in die Checkliste der Gemeinsamen Prüfdirektion Kohäsion aufgenommen. Der Rechnungshof wird dieses Thema weiterhin verfolgen. |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Kapitel 7

## Natürliche Ressourcen und Umwelt

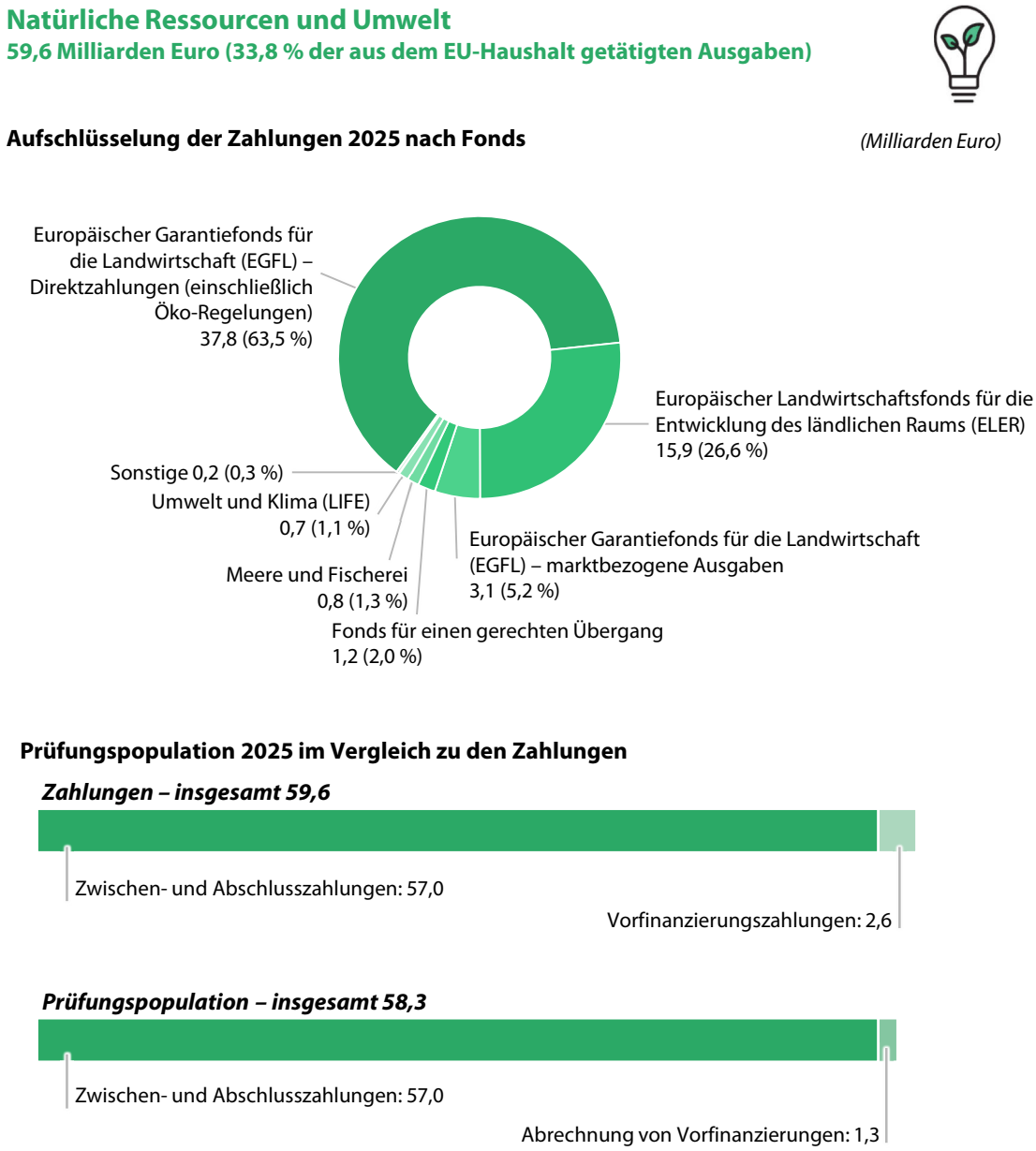
# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | **7.1. - 7.15.** |
| **Kurzbeschreibung** | **7.2. - 7.14.** |
| **Politische Ziele und Politikbereiche** | **7.2. - 7.4.** |
| **Instrumente und Rahmen für Ausgaben** | **7.5. - 7.14.** |
| **Prüfungsumfang und Prüfungsansatz** | **7.15.** |
| **Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge** | **7.16. - 7.28.** |
| **Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen** | **7.16. - 7.28.** |
| **Direktzahlungen** | **7.21. - 7.22.** |
| **Entwicklung des ländlichen Raums, Marktmaßnahmen und sonstige Politikbereiche** | **7.23. - 7.28.** |
| **Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen** | **7.29. - 7.42.** |
| **Berichterstattung der GD AGRI und der GD MARE über die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben** | **7.29. - 7.34.** |
| **Jährliche Management- und Leistungsbilanz der Kommission** | **7.35.** |
| **Überprüfung der Leistungsberichterstattung im Rahmen der GAP 2023–2027** | **7.36. - 7.42.** |
| **Schlussfolgerung und Empfehlungen** | **7.43. - 7.46.** |
| **Schlussfolgerung** | **7.43.** |
| **Empfehlungen** | **7.44. - 7.46.** |
| **Anhänge** | |
| **Anhang 7.1 – Vom Rechnungshof gezogene Stichprobe von Vorgängen und Fehler bezüglich der Einhaltung von Rechtsvorschriften im Jahr 2025** | |
| **Anhang 7.2 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen** | |

# Einleitung

**7.1.** Dieses Kapitel enthält die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofs zur Rubrik 3 "Natürliche Ressourcen und Umwelt" des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR). ***Abbildung 7.1*** gibt einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten und Ausgaben in dieser Rubrik im Jahr 2025.

## Abbildung 7.1 – Zahlungen und Prüfungspopulation




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus der *konsolidierten Jahresrechnung* 2025 der Europäischen Union.

## Kurzbeschreibung

### Politische Ziele und Politikbereiche

**7.2.** Im Jahr 2025 machte die *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)* den größten Anteil (95,3 %) der EU-Ausgaben in der Rubrik "Natürliche Ressourcen und Umwelt" aus. Mit der GAP werden für den Zeitraum 2023–2027 drei allgemeine Ziele verfolgt[1]:

- Förderung eines intelligenten, wettbewerbsfähigen, krisenfesten und diversifizierten Agrarsektors, der die langfristige Ernährungssicherheit gewährleistet;
- Unterstützung und Stärkung von Umweltschutz, einschließlich der biologischen Vielfalt, und Klimaschutz;
- Stärkung des sozioökonomischen Gefüges in ländlichen Gebieten.

**7.3.** Die Europäische Kommission, insbesondere die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI), trägt zwar die letzte Verantwortung für die GAP, sie teilt sich die Mittelverwaltung jedoch mit den *Zahlstellen* in den Mitgliedstaaten, die dafür verantwortlich sind, die *Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit* der der Kommission gemeldeten Ausgaben sicherzustellen.

**7.4.** In dieser MFR-Rubrik werden folgende Ausgaben getätigt, die nicht unter die GAP fallen (4,7 %):

- Ausgaben aus dem *Fonds für einen gerechten Übergang*, mit dem vom Übergang zur Klimaneutralität betroffene Regionen und Menschen unterstützt werden[2]. Diese Ausgaben werden von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD REGIO) verwaltet;
- Ausgaben im Rahmen der Meeres- und Fischereipolitik, die aus dem *Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds* (EMFAF) finanziert werden, der in die Zuständigkeit der Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei (GD MARE) fällt;
- Ausgaben im Rahmen des *LIFE-Programms* für Umwelt- und Klimapolitik, das in die Zuständigkeit der Generaldirektionen Umwelt (GD ENV), Klimapolitik (GD CLIMA) und Energie (GD ENER) fällt.

---

[1] Artikel 5 der Verordnung (EU) 2021/2115 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne).

[2] Artikel 2 der Verordnung (EU) 2021/1056 zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang.

## Instrumente und Rahmen für Ausgaben

**7.5.** Für den Zeitraum 2023–2027 haben die Mitgliedstaaten *GAP-Strategiepläne* für die Ausgaben aus dem *Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)* und dem *Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)* erstellt. Insgesamt wurden 46,2 Milliarden Euro der 56,8 Milliarden Euro an GAP-Zahlungen im Jahr 2025 im Rahmen der *GAP-Strategiepläne* geleistet, während 10,6 Milliarden Euro an Zahlungen außerhalb der GAP-Strategiepläne erfolgten, einschließlich Ausgaben innerhalb des GAP-Rahmens 2014–2022.

**7.6.** Für 2025 waren die wichtigsten Ausgabeninstrumente ("Interventionen") im Rahmen der GAP

- vollständig aus dem EU-Haushalt (EGFL) finanzierte *Direktzahlungen* an Betriebsinhaber;
- nationale und regionale *Interventionen* der Mitgliedstaaten *zur Entwicklung des ländlichen Raums*, die aus Mitteln des EU-Haushalts (ELER) und der Mitgliedstaaten kofinanziert werden;
- landwirtschaftliche *Marktmaßnahmen*, die – mit Ausnahme bestimmter Maßnahmen wie Absatzförderungsmaßnahmen für Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse, die von den Mitgliedstaaten kofinanziert werden – vollständig aus dem EU-Haushalt (EGFL) finanziert werden.

**7.7.** Auf Direktzahlungen entfielen 63,5 % der Ausgaben innerhalb der *MFR*-Rubrik 3 (37,8 Milliarden Euro im Jahr 2025). Die wichtigsten Interventionen in Form von Direktzahlungen waren

- die Intervention "*Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit*" (18,8 Milliarden Euro) und die "*ergänzende Umverteilungseinkommensstützung für Nachhaltigkeit*" (4,0 Milliarden Euro), über die auf der Grundlage der von den Betriebsinhabern gemeldeten landwirtschaftlichen Fläche Einkommensstützung geleistet wird;
- "*Öko-Regelungen*" (9,1 Milliarden Euro), bei denen es sich um freiwillige Regelungen für Landwirte handelt, die im Rahmen der GAP 2023–2027 eingeführt wurden, um den Klima- und Umweltzielen und dem Tierschutz förderliche landwirtschaftliche Bewirtschaftungsverfahren zu unterstützen;
- die "*gekoppelte Einkommensstützung*" (4,5 Milliarden Euro) für bestimmte Agrarsektoren, die mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, wie etwa Rindfleisch, Milch oder Eiweißpflanzen. ***Kasten 7.1*** enthält ein Beispiel.

## Kasten 7.1

### Beispiel für die gekoppelte Einkommensstützung

In Schweden erhielt ein Kleinbetrieb mit 17 Weiderindern gekoppelte Einkommensstützung. Grundlage der schwedischen Rindfleisch- und Milcherzeugung sind in erster Linie Grünland und Weiden, die zur Abscheidung und Speicherung von $CO_2$ sowie zur biologischen Vielfalt beitragen. Auf dem Foto sind die auf Naturweiden grasenden Tiere des Betriebsinhabers abgebildet. Im Rahmen seiner Prüfung konnte der Rechnungshof bestätigen, dass der Begünstigte die Förderfähigkeitsbedingungen erfüllt hatte.



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**7.8.** Direktzahlungen an Betriebsinhaber sind in erster Linie anspruchsbasiert; ihr Erhalt hängt von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ab. Solche Zahlungen sind mit einem geringeren *Fehler*risiko verbunden als erstattungsbasierte Zahlungen, vorausgesetzt, die dafür geltenden Bedingungen sind nicht komplex (Ziffer ***1.17***). Der Rechnungshof ist der Auffassung, dass mit Ausnahme bestimmter Öko-Regelungen die Bedingungen für den Erhalt von Direktzahlungen nicht komplex sind.

**7.9.** Direktzahlungen werden von den einzelnen Mitgliedstaaten über ein *integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS)* verwaltet, das Datenbanken über Betriebe, Beihilfeanträge, Tierbestandsregister und landwirtschaftliche Flächen miteinander verknüpft. Das InVeKoS umfasst ein *System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen*, ein *System für geodatenbasierte Anträge* und ein *Flächenüberwachungssystem*. Es hilft den Betriebsinhabern, ihre flächenbezogenen Beihilfeanträge einzureichen und Nachweise über ihre Tätigkeiten vorzulegen, was die Kontrollen durch die Zahlstellen erleichtert. Dies ermöglicht es, bestimmte Fehler in den Beihilfeanträgen vor der Zahlung zu berichtigen, und verringert das Fehlerrisiko.

**7.10.** Auf die Entwicklung des ländlichen Raums entfielen 26,6 % der Ausgaben innerhalb der MFR-Rubrik 3 (15,9 Milliarden Euro). Diese umfassten

- Zahlungen an Betriebsinhaber auf der Grundlage umwelt- und klimabezogener Kriterien (5,2 Milliarden Euro), die auf die landwirtschaftliche Fläche oder die Anzahl der Tiere im Betrieb ("flächen-/tierbezogen") angewandt und auch durch das InVeKoS der Mitgliedstaaten abgedeckt werden;

- die Unterstützung von Investitionsprojekten (10,7 Milliarden Euro) zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten ("nicht flächenbezogen").

**7.11.** Auch 2025 standen die meisten Ausgaben der Mitgliedstaaten zur Entwicklung des ländlichen Raums im Zusammenhang mit Mittelbindungen im Rahmen nationaler und regionaler *Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums* für den Zeitraum 2014–2022 (8,8 Milliarden Euro).

**7.12.** Landwirtschaftliche Marktmaßnahmen, auf die 5,2 % der Ausgaben innerhalb der MFR-Rubrik 3 (3,1 Milliarden Euro) entfielen, umfassen mehrere Regelungen – wie die Unterstützung für Erzeugerorganisationen im Obst- und Gemüsesektor und die Umstrukturierung von Rebflächen – mit jeweils eigenen Förderfähigkeitsbedingungen.

**7.13.** Die 4,7 % der Ausgaben der MFR-Rubrik 3, die außerhalb der GAP getätigt wurden – hauptsächlich aus dem Fonds für einen gerechten Übergang, dem EMFAF und dem LIFE-Programm – unterliegen ebenfalls einer Vielzahl von Auswahlkriterien, Förderfähigkeitsbedingungen und Auszahlungsmethoden.

**7.14.** Die Förderfähigkeitsbedingungen für Öko-Regelungen, die meisten Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, Marktmaßnahmen und die Politikbereiche der MFR-Rubrik 3 außerhalb der GAP sind komplexer als bei den Direktzahlungen (ausgenommen Öko-Regelungen), und das Fehlerrisiko ist höher (Ziffer ***1.17***).

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

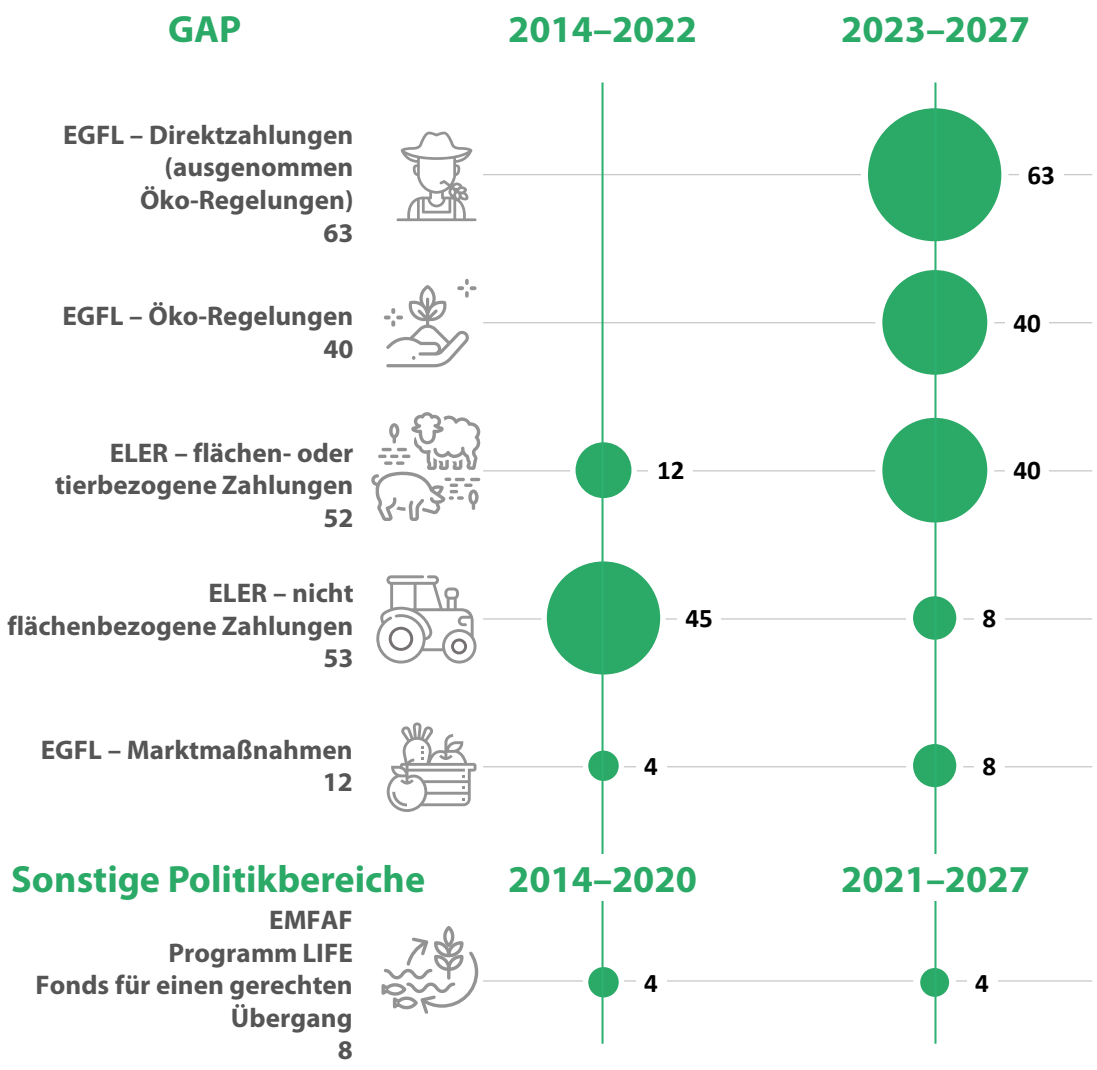
**7.15.** Ziel der Prüfung des Rechnungshofs war es, die Fehlerquote für diese MFR-Rubrik zu schätzen und einen Beitrag zur *Zuverlässigkeitserklärung* zu leisten. Unter Anwendung seines Prüfungsansatzes und seiner Prüfungsmethoden (siehe ***Anhang 1.1***) untersuchte der Rechnungshof für diese MFR-Rubrik in Bezug auf das Jahr 2025 Folgendes:

a) eine statistisch repräsentative Stichprobe von 228 *Vorgängen*, die alle Ausgaben innerhalb dieser MFR-Rubrik abdeckt (***Abbildung 7.2***);

b) die in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* der GD AGRI und der GD MARE enthaltenen Angaben zur Ordnungsmäßigkeit, die in die *jährliche Management- und Leistungsbilanz* der Kommission aufgenommen wurden.

## Abbildung 7.2 – Aufschlüsselung der Stichprobe für das Jahr 2025

**Aufschlüsselung der 228 in der Stichprobe des Rechnungshofs enthaltenen Vorgänge**




| | |
|---|---|
| **GAP** | Gemeinsame Agrarpolitik |
| **EGFL** | Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft |
| **ELER** | Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums |
| **EMFAF** | Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds |

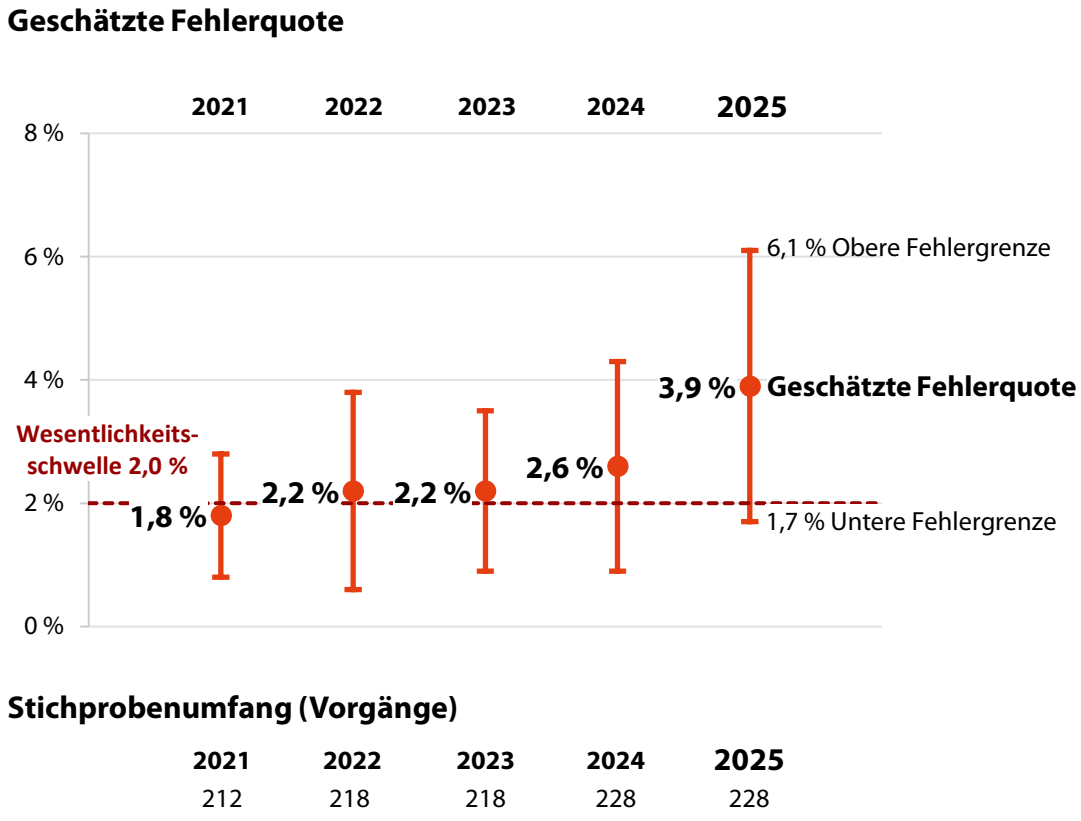
*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

## Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen

**7.16.** Von den 228 untersuchten Vorgängen wiesen 46 (20 %) Fehler auf. Die 36 vom Rechnungshof quantifizierten Fehler ergaben eine geschätzte Fehlerquote von 3,9 % (*Abbildung 7.3*). Im Vorjahr umfasste die Stichprobe ebenfalls 228 Vorgänge, von denen 39 Vorgänge (17 %) Fehler aufwiesen, wobei der Rechnungshof 22 Fehler quantifizierte.

### Abbildung 7.3 – Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen

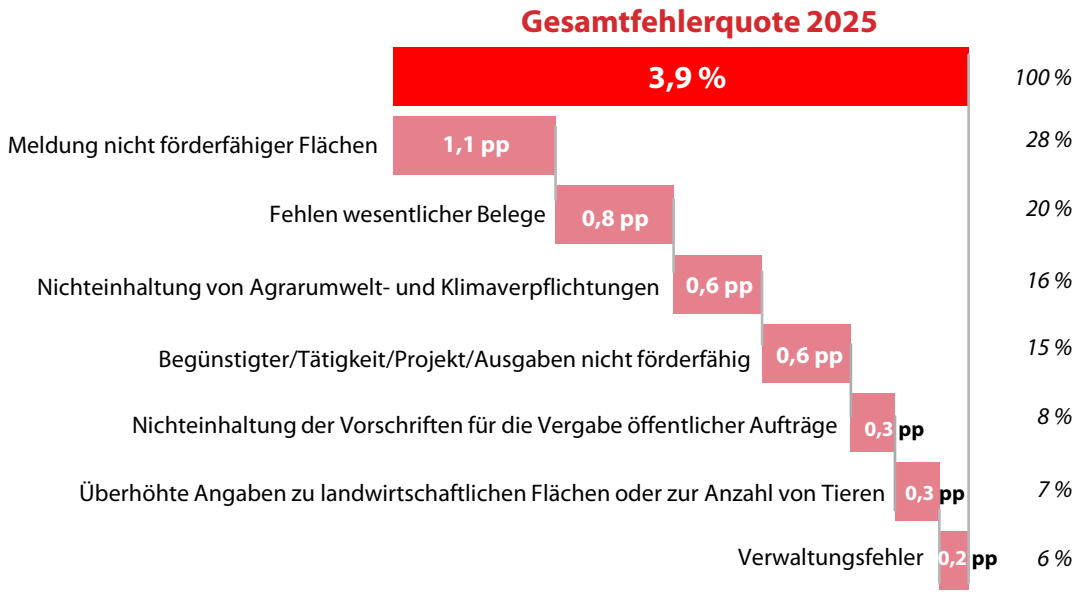



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**7.17.** Die Ergebnisse des Rechnungshofs zeigen, dass der Bereich der Direktzahlungen (ausgenommen Öko-Regelungen), auf den mehr als die Hälfte der GAP-Ausgaben und 49 % der Ausgaben für diese MFR-Rubrik entfallen, eine geringere Fehlerquote aufwies als die anderen Ausgabenbereiche zusammengenommen (Öko-Regelungen, Entwicklung des ländlichen Raums, Marktmaßnahmen, Fonds für einen gerechten Übergang, Meeres- und Fischereipolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik), auf die 51 % der Ausgaben entfallen.

**7.18.** ***Abbildung 7.4*** enthält eine Aufschlüsselung der vom Rechnungshof für 2025 geschätzten Fehlerquote nach Fehlerart. Der Anstieg der für 2025 geschätzten Fehlerquote ist größtenteils auf die Meldung nicht förderfähiger Flächen durch die Begünstigten zurückzuführen. Der Rechnungshof stellt fest, dass die Kommission zum Zeitpunkt seiner Prüfung gerade Konformitätsprüfungen zu Schwachstellen in den Kontrollsystemen durchführte, die die zugrunde liegenden Fehler betrafen.

**Abbildung 7.4 – Ein großer Teil der geschätzten Fehlerquote ist auf die Meldung nicht förderfähiger Flächen zurückzuführen**




**pp**: Prozentpunkte

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**7.19.** Die meisten der vom Rechnungshof festgestellten quantifizierten Fehler (17) betrafen Vorgänge im Bereich der Direktzahlungen. Darüber hinaus stellte der Rechnungshof quantifizierbare Fehler bei Vorgängen zur Entwicklung des ländlichen Raums (14), bei Marktmaßnahmen (1) und in anderen Politikbereichen außerhalb der GAP (4) fest. Ferner stellte er 17 Verstöße gegen die Rechtsvorschriften fest, die sich nicht auf die Fehlerquote auswirkten.

**7.20.** Die Behörden der Mitgliedstaaten hatten Korrekturmaßnahmen angewandt, die sich direkt auf 45 im Rahmen der Stichprobe geprüfte Vorgänge auswirkten. Diese Maßnahmen waren für die Berechnungen des Rechnungshofs relevant, da sich durch sie die für dieses Kapitel geschätzte Fehlerquote um 0,7 Prozentpunkte verringerte. In 19 Fällen *quantifizierbarer Fehler* verfügten die Behörden der Mitgliedstaaten über ausreichende Informationen, um die Fehler zu verhindern bzw. vor Anerkennung der Ausgaben aufzudecken und zu berichtigen. Hätten die Mitgliedstaaten alle ihnen vorliegenden Informationen angemessen genutzt, wäre die für dieses Kapitel geschätzte Fehlerquote um 2,4 Prozentpunkte niedriger ausgefallen. ***Anhang 7.1*** enthält eine Übersicht über die im Rahmen der MFR-Rubrik 3 getätigten Ausgaben und die Ergebnisse der vom Rechnungshof durchgeführten Prüfung von Vorgängen in Bezug auf die 18 geprüften Mitgliedstaaten[3].

## Direktzahlungen

**7.21.** Bei den 63 untersuchten Vorgängen im Bereich der Direktzahlungen (ausgenommen Öko-Regelungen) stellte der Rechnungshof acht quantifizierbare Fehler fest. Fünf dieser Fehler ergaben sich aus leicht überhöhten Angaben zu Flächen oder zur Anzahl von Tieren, zwei Fehler aus der Meldung nicht förderfähiger Flächen und ein Fehler aus der fehlerhaften Berechnung von Zahlungsansprüchen. ***Kasten 7.2*** enthält ein Beispiel für gemeldete Flächen, die nicht förderfähig sind, da die Voraussetzung der Ausübung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit nicht erfüllt ist.

[3] Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Litauen, Ungarn, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei und Schweden.

## Kasten 7.2

### Beispiel für die nicht erfüllte Voraussetzung der Ausübung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit auf den gemeldeten Flächen

In Griechenland meldete ein Begünstigter 102 Schafe und Ziegen und beantragte Zugang zu öffentlichem Weideland. Im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften wiesen die griechischen Behörden dem Begünstigten auf der Insel Kythnos 7,14 ha Dauerweideland zu, das in sechs Parzellen aufgeteilt war. Kythnos ist mehr als 226 km vom Stall des Betriebsinhabers auf der Insel Kreta entfernt, in dem die Tiere untergebracht sind. Weder im zentralen Tierregister der griechischen Behörden noch im Antrag des Begünstigten war vermerkt worden, dass die Tiere zur Beweidung nach Kythnos transportiert wurden. Nach den nationalen Rechtsvorschriften muss Dauerweideland eine Mindestbesatzdichte aufweisen, um als tatsächlich genutztes Dauerweideland zu gelten und für Zahlungen in Betracht zu kommen. Da keine Tiere nach Kythnos transportiert wurden, lag die Besatzdichte auf den zugewiesenen Parzellen bei null. Der Rechnungshof stellte ferner fest, dass sich nur eine der sechs zugewiesenen Parzellen in öffentlichem Eigentum befand und die übrigen Parzellen nicht als dem Begünstigten rechtmäßig zur Verfügung stehende Flächen hätten betrachtet werden dürfen. Zum Zeitpunkt der Prüfung des Rechnungshofs führte die Kommission ein Konformitätsverfahren durch, das unter anderem Schwachstellen in den Kontrollsystemen der griechischen Behörden, mit denen überprüft werden soll, ob die Voraussetzung der Ausübung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit erfüllt ist, betraf.




*Quelle:* Eurostat – GISCO.

**7.22.** Bei den 40 untersuchten Vorgängen im Zusammenhang mit Öko-Regelungen stellte der Rechnungshof neun quantifizierbare Fehler fest. Drei dieser Fehler bezogen sich auf gemeldete Flächen, die nicht förderfähig waren, da keine Belege dafür vorlagen, dass die Flächen dem Begünstigten rechtmäßig zur Verfügung standen (***Kasten 7.3***). Darüber hinaus stellte der Rechnungshof zwei Fehler fest, die auf das Fehlen vorgeschriebener Unterlagen zurückzuführen waren, sowie zwei Fehler aufgrund der Nichteinhaltung von Fördervoraussetzungen und zwei Fehler aufgrund von überhöhten Angaben zu Flächen.

### Kasten 7.3

### Beispiele für fehlende Nachweise der Verfügungsberechtigung über landwirtschaftliche Flächen

Zur Verhinderung vorschriftswidriger Anträge ist es von großer Bedeutung, die Begünstigten flächenbezogener Interventionen zu verpflichten, im Rahmen ihres Antrags oder auf Anfrage Nachweise der Verfügungsberechtigung über die betreffenden Flächen vorzulegen. Bei drei Vorgängen in Kroatien stellte der Rechnungshof fest, dass der Begünstigte keine Nachweise darüber vorlegen konnte, dass ihm eine oder mehrere der gepachteten Parzellen rechtmäßig zur Verfügung standen. Nach kroatischem Recht mussten die Betriebsinhaber bis zum 31. Januar 2026 Unterlagen vorlegen, die belegen, dass sie rechtmäßig über gepachtete Flächen verfügen. Weder die Zahlstelle noch der Begünstigte hatten Nachweise über den rechtmäßigen Besitz der betreffenden Parzellen vorgelegt, die als gepachtet erfasst waren. Zum Zeitpunkt der Prüfung des Rechnungshofs führte die Kommission ein Konformitätsverfahren durch, das Schwachstellen in den Kontrollsystemen der kroatischen Behörden betraf, die der Überprüfung von Verfügungsberechtigungen über landwirtschaftliche Flächen dienten.

## Entwicklung des ländlichen Raums, Marktmaßnahmen und sonstige Politikbereiche

**7.23.** Der Rechnungshof untersuchte 52 Zahlungen für die Entwicklung des ländlichen Raums, die auf Grundlage der von den Betriebsinhabern gemeldeten Fläche oder Anzahl von Tieren erfolgt waren. Dazu gehörten Zahlungen für die Erfüllung spezifischer *Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen*, Ausgleichszahlungen für den ökologischen/biologischen Landbau, Zahlungen an Betriebsinhaber in Gebieten mit naturbedingten Benachteiligungen und Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft in Natura-2000-Schutzgebieten. Von den 52 Zahlungen bezogen sich 40 auf die GAP 2023–2027 und zwölf auf die GAP 2014–2022.

**7.24.** Von den 52 vom Rechnungshof geprüften flächen- bzw. tierbezogenen Vorgängen zur Entwicklung des ländlichen Raums wiesen sechs Vorgänge quantifizierbare Fehler auf. Die Fehler betrafen drei überhöhte Flächenangaben, zwei Fälle, in denen Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen nicht eingehalten wurden, und einen Fall, in dem kein Nachweis der Verfügungsberechtigung über landwirtschaftliche Flächen vorlag.

**7.25.** Der Rechnungshof untersuchte 53 Zahlungen im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums für Investitionsprojekte, die beispielsweise Investitionen in materielle Vermögenswerte, Basisdienstleistungen, Dorferneuerung und forstwirtschaftliche Entwicklung umfassten. Von den 53 Zahlungen betrafen acht die GAP 2023–2027 und 45 die GAP 2014–2022.

**7.26.** Der Rechnungshof quantifizierte Fehler bei acht Zahlungen, von denen eine die GAP 2023–2027 und sieben die GAP 2014–2022 betrafen. Die Zahlungen wiesen einen oder mehrere Fehler auf, die sich aus der Meldung nicht förderfähiger Ausgaben oder Tätigkeiten, der Nichteinhaltung von Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge oder der fehlerhaften Berechnung des Fördersatzes ergaben. ***Kasten 7.4*** enthält ein Beispiel für eine Zahlung im Rahmen der GAP 2014–2022, die mehrere Fehler aufwies.

### Kasten 7.4

### Beispiel für ein Investitionsvorhaben, das von mehreren Fehlern betroffen war

In Ungarn reichte eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Anträgen auf "Unterstützung für die Zusammenarbeit bei der Konzeption, Entwicklung und Förderung kurzer Lieferketten und lokaler Märkte" im Juni 2019 einen Antrag auf Unterstützung ein. Der Finanzhilfebeschluss erging im Oktober 2020. Die Frist für den Abschluss des Projekts, die ursprünglich im Oktober 2022 endete, wurde auf Antrag des Begünstigten im Juni 2024 verlängert, nachdem sie abgelaufen war.

Die vom Rechnungshof festgestellten Fehler betrafen u. a. die Erstattung nicht förderfähiger Kosten für die Anmietung und Einrichtung eines Büros sowie nicht offengelegte vorherige Geschäftsbeziehungen zwischen dem Begünstigten und dem beim Vergabeverfahren erfolgreichen Bieter. Der Rechnungshof stellte ferner fest, dass die Zahlstelle die Frist für den Abschluss des Projekts um mehr als anderthalb Jahre verlängert hatte.

**7.27.** Bei den zwölf geprüften Vorgängen in Bezug auf Marktmaßnahmen stellte der Rechnungshof einen quantifizierbaren Fehler fest. Der Fehler betraf überhöhte Flächenangaben im Zusammenhang mit der Wiederbepflanzung einer Rebfläche.

**7.28.** In anderen Politikbereichen außerhalb der GAP prüfte der Rechnungshof acht Vorgänge, wobei er vier quantifizierbare Fehler ermittelte. Drei dieser Fehler waren auf nicht förderfähige Kosten bei LIFE-Projekten zurückzuführen, und ein Fehler betraf die Überbewertung der Sachbeiträge eines Begünstigten zu einem Projekt, das mit Mitteln des Fonds für einen gerechten Übergang gefördert wurde.

# Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

## Berichterstattung der GD AGRI und der GD MARE über die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben

**7.29.** Im Jahr 2025 galten nach wie vor zwei unterschiedliche Regelungsrahmen für die Berichterstattung der GD AGRI über die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben: das leistungsbasierte Assurance-Modell (Modell zur Erlangung der Prüfungssicherheit) für die Ausgaben im Rahmen der GAP-Strategiepläne für den Zeitraum 2023–2027 und der Compliance-Rahmen der GAP 2014–2022. Letzterer gilt weiterhin für die Ausgaben außerhalb der GAP-Strategiepläne, u. a. für die verbleibenden Zahlungen, die die Mitgliedstaaten im Laufe des Jahres im Rahmen ihrer Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2014–2022 getätigt haben. Seit 2024 sind weder die Kommission noch die Mitgliedstaaten verpflichtet, Schätzungen des Fehlerrisikos bei Zahlung für die Ausgaben im Rahmen der GAP-Strategiepläne vorzulegen.

**7.30.** Jeder Mitgliedstaat muss der GD AGRI ein "*Gewährpaket*" vorlegen. Das Paket umfasst die Jahresrechnung über die Ausgaben, einen *jährlichen Leistungsbericht* für jede Zahlstelle und eine Verwaltungserklärung des Leiters der Zahlstelle. In dieser Erklärung heißt es, dass die bereitgestellten Informationen vollständig und sachlich richtig sind und dass die Verwaltungssysteme, einschließlich derjenigen zur Gewährleistung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der geltend gemachten Ausgaben, ordnungsgemäß funktionieren. Ferner umfasst das Paket die Berichte und Stellungnahmen der unabhängigen *Bescheinigenden Stellen* in Bezug auf die Finanzkonten, die Verwaltungssysteme und den jährlichen Leistungsbericht der Zahlstellen sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit ihrer Ausgaben außerhalb der GAP-Strategiepläne.

**7.31.** Was die Ausgaben im Rahmen der GAP-Strategiepläne für den Zeitraum 2023–2027 betrifft (46,3 Milliarden Euro), so bewertete die GD AGRI das Risikoniveau für Interventionen auf der Grundlage der Berichte der Bescheinigenden Stellen und ihrer eigenen Prüfungsarbeit. Für 2025 bewertete die Kommission 68 % der Ausgaben im Rahmen der GAP-Strategiepläne als mit geringem Risiko, 24 % als mit mittlerem Risiko und die restlichen 8 % als mit hohem Risiko behaftet. Bei den mit geringem Risiko behafteten Ausgaben handelt es sich um Interventionen, die nicht von potenziellen gravierenden Mängeln in den jeweiligen Verwaltungssystemen betroffen

sind. Die meisten Ausgaben mit geringem Risiko betreffen Direktzahlungen und sonstige Unterstützung im Rahmen des InVeKoS (29,0 Milliarden Euro).

**7.32.** Für Ausgaben außerhalb der GAP-Strategiepläne, die unter den Compliance-Rahmen der GAP 2014–2022 fallen (10,6 Milliarden Euro), berechnete die GD AGRI weiterhin einen Wert für das "Risiko bei Zahlung" für Direktzahlungen, Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und Marktmaßnahmen. Die Zahlen basieren auf den von den Zahlstellen gemeldeten Fehlerquoten, die die Kommission anpasst, um den Ergebnissen ihrer Prüfungen und der Prüfungen der Bescheinigenden Stellen Rechnung zu tragen. Für 2025 bezifferte die GD AGRI den "geschätzten Risikobetrag bei Zahlung" auf rund 3,5 % der 10,6 Milliarden Euro an Ausgaben außerhalb der GAP-Strategiepläne. Diese Ausgaben umfassten Direktzahlungen in Höhe von 0,5 Milliarden Euro mit einem Risikobetrag von rund 1,6 %, Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums in Höhe von 8,8 Milliarden Euro mit einem Risikobetrag von 3,8 % sowie Ausgaben für Marktmaßnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro mit einem Risikobetrag von 2,4 %.

**7.33.** Für das Jahr 2025 stufte die GD AGRI insgesamt 64 % der GAP-Ausgaben als mit geringem Risiko behaftet (77 % im Jahr 2024), 20 % als mit mittlerem Risiko behaftet (10 % im Jahr 2024) und 16 % als mit hohem Risiko behaftet (13 % im Jahr 2024) ein. Die Kommission wies auf drei Schlüsselfaktoren hin, die den Ergebnissen der Bewertung von 2025 zugrunde liegen:

- Für alle GAP-Ausgaben in Griechenland wurde ein Vorbehalt ausgesprochen, da die Zulassung der dortigen Zahlstelle im Haushaltsjahr 2025 ausgesetzt wurde. Grund hierfür waren anhaltende Mängel, die sich auf die Erfüllung mehrerer Zulassungskriterien auswirkten, sowie die Verhängung einer Finanzkorrektur in Höhe von 415 Millionen Euro[4].

- Im zweiten Jahr der Umsetzung der Regelungen für den Zeitraum 2023–2027 haben Bescheinigende Stellen in mehreren Mitgliedstaaten, einschließlich Frankreich, ihre Bewertungen verbessert.

- Einige Mitgliedstaaten haben verstärkt Ausgaben getätigt, um vor dem Abschluss der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums 2014–2022 die Mittelausschöpfung zu maximieren.

[4] Durchführungsbeschluss (EU) 2025/1147 der Kommission vom 11. Juni 2025.

**7.34.** Außerdem unterzog der Rechnungshof die Angaben zur Ordnungsmäßigkeit im jährlichen Tätigkeitsbericht der GD MARE einer begrenzten Überprüfung. Er stellte fest, dass die Methodik für die Berechnung des Risikos bei Zahlung und bei *Abschluss* bei der GD MARE mit den Leitlinien der Kommission im Einklang stand.

## Jährliche Management- und Leistungsbilanz der Kommission

**7.35.** Die Kommission legt in ihrer jährlichen Management- und Leistungsbilanz keine Schätzung des *Risikos bei Zahlung* für den Bereich "Natürliche Ressourcen und Umwelt" mehr vor, da nur 20 % der Rubrik von den Compliance-Rahmen der GD AGRI, der GD MARE, der GD ENV und der GD CLIMA abgedeckt sind.

## Überprüfung der Leistungsberichterstattung im Rahmen der GAP 2023–2027

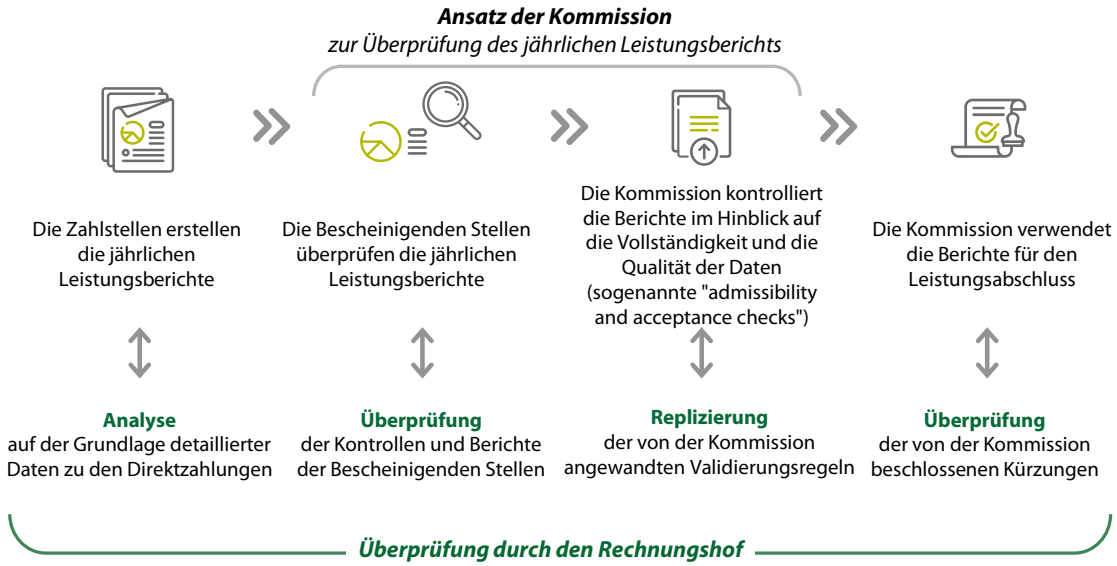
**7.36.** Die Zahlstellen verfassen jährliche Leistungsberichte, denen die Outputs und Ausgaben der Interventionen im Rahmen der GAP-Strategiepläne zu entnehmen sind. Die Richtigkeit der entsprechenden Angaben wird von den Bescheinigenden Stellen geprüft. Vor Annahme der Leistungsberichte führt die Kommission automatisierte Kontrollen durch, die auf Validierungsregeln beruhen. Anschließend bewertet sie auf der Grundlage der Leistungsberichte und der Ergebnisse der Kontrollen der Bescheinigenden Stellen, ob die gemeldeten Outputs und die betreffenden Ausgaben kohärent sind. Die Kommission kann im Zuge des *Leistungsabschlussverfahrens* beschließen, Ausgaben zu kürzen, denen keine entsprechenden Outputs gegenüberstehen.

**7.37.** Der Rechnungshof überprüfte, welchen Ansatz die Kommission verfolgte, um Gewähr für die Richtigkeit der jährlichen Leistungsberichte der Zahlstellen für das Haushaltsjahr 2024 zu erlangen. Der Rechnungshof wählte zehn Zahlstellen aus, die neun Mitgliedstaaten[5] abdeckten, und untersuchte die wichtigsten Kontrollen, die von den jeweiligen Bescheinigenden Stellen und der Kommission durchgeführt wurden, um die Richtigkeit der Leistungsdaten sicherzustellen. Die Leistungsberichte wurden der Kommission im Februar und März 2025 vorgelegt und im Oktober 2025 für das

[5] Bulgarien, Deutschland (Niedersachsen-Bremen-Hamburg), Spanien (Andalusien und Galicien), Frankreich (ASP), Griechenland, Ungarn, Italien (AGREA), Polen und Rumänien.

Leistungsabschlussverfahren verwendet. ***Abbildung 7.5*** enthält einen Überblick über das Verfahren und den Überprüfungsansatz des Rechnungshofs.

**Abbildung 7.5 – Vom Rechnungshof durchgeführte Überprüfung der erlangten Zuverlässigkeitsgewähr für die Leistungsberichterstattung**




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**7.38.** Im Zuge seiner Analyse der den Direktzahlungen zugrunde liegenden Daten konnte der Rechnungshof die gemeldeten Zahlen von neun der zehn ausgewählten Zahlstellen bestätigen. Was den jährlichen Leistungsbericht Frankreichs betrifft, so wurden die folgenden Feststellungen der Kommission durch die Analyse des Rechnungshofs bestätigt: Bei fünf der 35 Einheitsbeträge von Direktzahlungen gab es erhebliche Abweichungen (von mehr als 2 %) zwischen Netto- und Bruttoausgaben, die zu Ausgabenkürzungen führen könnten. Darüber hinaus wurden mehrere geringfügige Abweichungen (von weniger als 2 %) zwischen den zugrunde liegenden Daten der Zahlstellen und den gemeldeten Daten zu Ausgaben und Outputs festgestellt.

**7.39.** Bei seiner Überprüfung der Berichte der Bescheinigenden Stellen konnte der Rechnungshof bestätigen, dass die in den Berichten enthaltenen Informationen den rechtlichen Anforderungen entsprachen[6]. Für neun der zehn Berichte legten die Bescheinigenden Stellen ausreichende Nachweise über die Kontrollen vor, die sie zur Überprüfung der Richtigkeit der Leistungsdaten durchgeführt hatten. Die französische Bescheinigende Stelle konnte nur Teilkontrollen zu bestimmten Elementen des Leistungsberichts durchführen, da die Zahlstelle die Daten verspätet übermittelt hatte.

**7.40.** Der Rechnungshof vollzog die Validierungsregeln nach, die die Kommission angewandt hatte, um automatisierte Kontrollen zu Abgleichen durchzuführen und Diskrepanzen zwischen den gemeldeten Outputs und Ausgaben zu ermitteln. Die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofs stimmten mit denen der Kommission überein.

**7.41.** Der Rechnungshof stellte fest, dass die Kürzungen, die die Kommission im Rahmen des Leistungsabschlussverfahrens bei den Ausgaben der Mitgliedstaaten vorgenommen hatte, mit den in den jährlichen Leistungsberichten enthaltenen Daten und den Ergebnissen der Kontrollen im Einklang standen. Was Deutschland betrifft, so wurde ein Teil der Daten der Leistungsberichterstattung erst deutlich nach Ablauf der Einreichungsfrist, die Mitte Februar endete, der Kommission übermittelt.

**7.42.** Insgesamt stellte der Rechnungshof bei acht der zehn von ihm überprüften Zahlstellen keine Probleme im Hinblick auf die gebotene Zuverlässigkeitsgewähr fest. Was Frankreich und Deutschland betrifft, so bestätigten die Ergebnisse der Arbeit des Rechnungshofs, dass die Fähigkeit der Bescheinigenden Stellen, die Zahlen zu überprüfen und dadurch Gewähr für die Richtigkeit einiger der gemeldeten Informationen zu erlangen, durch Verzögerungen bei der Datenübermittlung beeinträchtigt wurde. Der Rechnungshof stellt fest, dass das Leistungsabschlussverfahren ab dem Haushaltsjahr 2025 eingestellt wurde.

---

[6] Artikel 12 der Verordnung (EU) 2021/2116 und Artikel 5 bis 7 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116.

# Schlussfolgerung und Empfehlungen

## Schlussfolgerung

**7.43.** Insgesamt geht aus den vom Rechnungshof erlangten und in diesem Kapitel angeführten Prüfungsnachweisen hervor, dass die Ausgaben in der Rubrik "Natürliche Ressourcen und Umwelt" zusammengenommen eine wesentliche Fehlerquote aufwiesen (Ziffer ***7.16***). Für diese MFR-Rubrik ergab die Prüfung von Vorgängen eine geschätzte Gesamtfehlerquote von 3,9 %.

## Empfehlungen

**7.44.** Die Weiterverfolgung der Empfehlung, die der Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2022 ausgesprochen hatte, erfolgte bereits 2024[7]. Die Kommission hatte die Empfehlung vollständig umgesetzt.

**7.45.** Außerdem verfolgte der Rechnungshof die Umsetzung der Empfehlungen aus seinen Jahresberichten 2023 und 2024 weiter, die entweder sofortige Maßnahmen erforderten oder im Verlauf des Jahres 2025 umgesetzt werden sollten. Im Jahresbericht 2023 wurde eine Empfehlung ausgesprochen, die 2025 umgesetzt werden sollte (Anhang 7.2). Nach Auffassung des Rechnungshofs ist diese Empfehlung umgesetzt worden.

**7.46.** Auf der Grundlage seiner Feststellungen und Schlussfolgerungen für 2025 unterbreitet der Rechnungshof folgende Empfehlung:

[7] Jahresbericht 2024, Anhang 7.2.

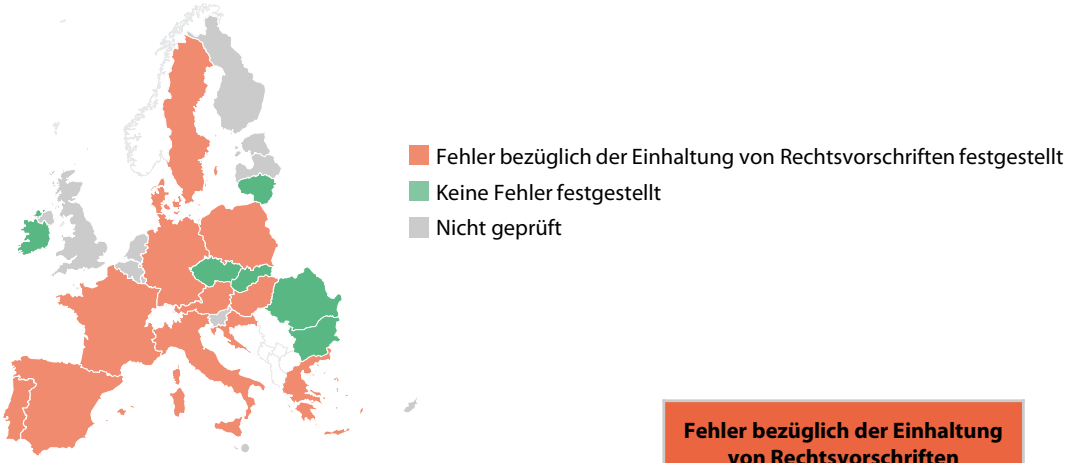
## Empfehlung 7.1 – Mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Kontrollen in Bezug auf Verfügungsberechtigungen über landwirtschaftliche Flächen zu verbessern

Vor dem Hintergrund der Planung der Umsetzung der GAP 2028–2034 sollte die Kommission mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um deren Kontrollsysteme zu verbessern, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Begünstigten rechtmäßig über die von ihnen gemeldeten Flächen verfügen.

**Zieldatum für die Umsetzung: 2027.**

# Anhänge

## Anhang 7.1 – Vom Rechnungshof gezogene Stichprobe von Vorgängen und Fehler bezüglich der Einhaltung von Rechtsvorschriften im Jahr 2025




| Mitgliedstaat | EU-Beitrag *(Millionen Euro)* | Geprüfte Vorgänge | Fehler bezüglich der Einhaltung von Rechtsvorschriften | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Quantifiziert | Nicht quantifiziert |
| Frankreich | 9 538 | 26 | 5 | 1 |
| Spanien | 7 361 | 24 | 4 | 3 |
| Italien | 6 457 | 17 | 1 | 1 |
| Deutschland | 6 296 | 24 | 5 | - |
| Polen | 5 301 | 24 | - | 1 |
| Rumänien | 3 123 | 13 | - | - |
| Griechenland | 2 609 | 12 | 3 | 3 |
| Ungarn | 1 725 | 8 | 2 | 2 |
| Irland | 1 466 | 5 | - | - |
| Bulgarien | 1 230 | 4 | - | - |
| Portugal | 1 220 | 6 | 2 | - |
| Österreich | 1 197 | 9 | 4 | - |
| Tschechien | 1 056 | 5 | - | - |
| Dänemark | 1 023 | 9 | 1 | 5 |
| Litauen | 946 | 9 | - | - |
| Schweden | 918 | 11 | - | 1 |
| Slowakei | 913 | 4 | - | - |
| Kroatien | 721 | 10 | 5 | - |
| Nicht geprüfte Mitgliedstaaten | 4 519 | n. z. | n. z. | n. z. |
| **GAP-Ausgaben** | 56 900 | **220** | **32** | **17** |
| **Sonstige Ausgaben** | 2 700 | **8** | **4** | **0** |
| **INSGESAMT** | 59 600 | **228** | **36** | **17** |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten der Kommission.

## Anhang 7.2 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt.

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|
| | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2023** | Empfehlung des Rechnungshofs an die Kommission:<br><br>**Empfehlung 7.1: Die Wirksamkeit der nationalen Regelungen zur Deckelung der EU-Unterstützung für große landwirtschaftliche Betriebe untersuchen**<br><br>Da die Mitgliedstaaten die Verantwortung dafür tragen, die Einkommensstützung auf diejenigen auszurichten, die sie am dringendsten benötigen, sollte die Kommission prüfen, ob die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Begrenzung der Direktzahlungen für große landwirtschaftliche Betriebe wirksam sind.<br><br>Zieldatum für die Umsetzung: 2025 | | Der Rechnungshof betrachtet diese Empfehlung als umgesetzt, da die Kommission im Zuge der Ausarbeitung ihrer Vorschläge für die GAP 2028–2034 die Verteilung der Einkommensstützung auf landwirtschaftliche Betriebe unterschiedlicher Größe in den Mitgliedstaaten untersucht hat. |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Kapitel 8

## Migration und Grenzmanagement
## Sicherheit und Verteidigung

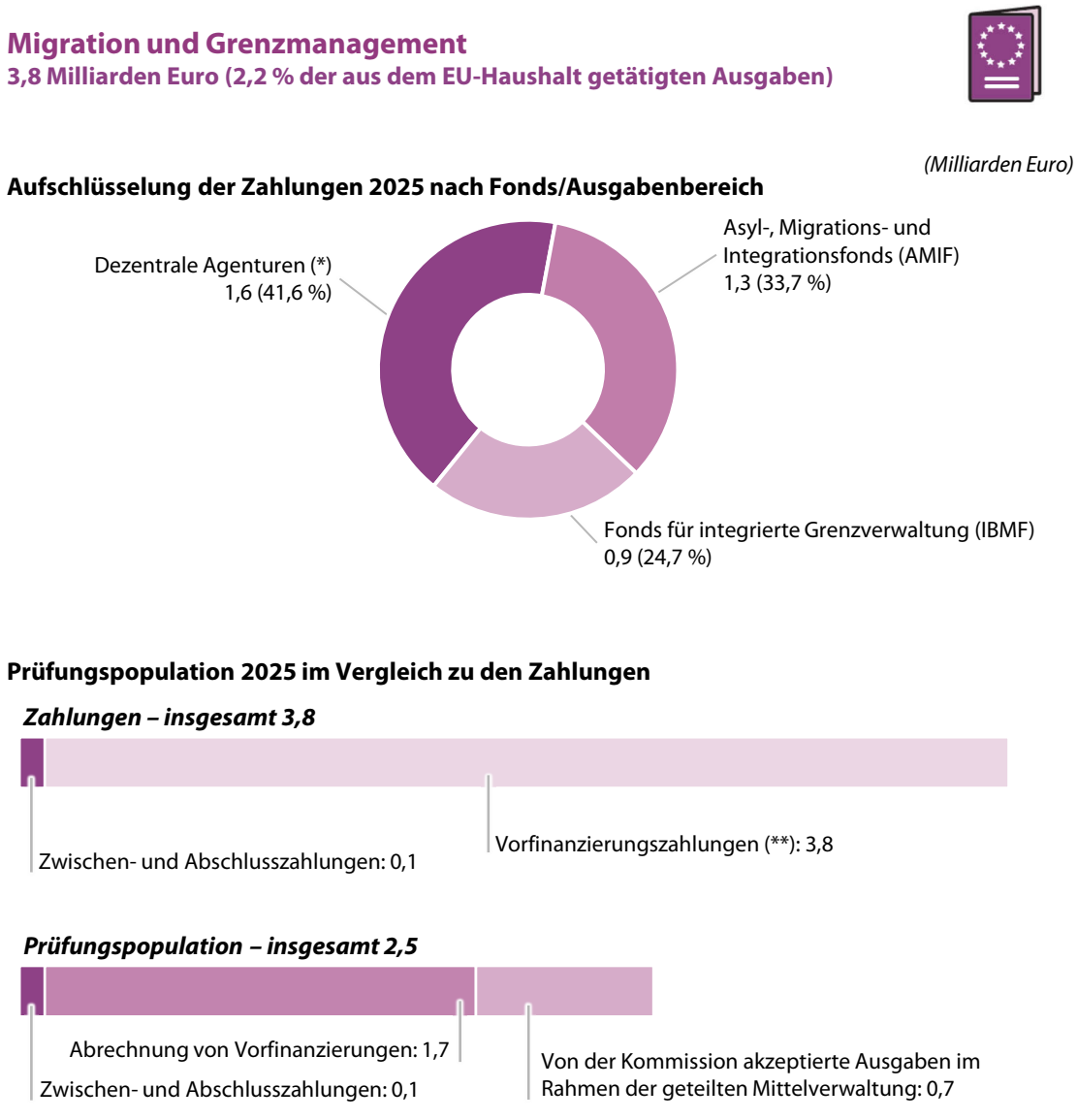
# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | 8.1. - 8.10. |
| Kurzbeschreibung | 8.2. - 8.6. |
| Prüfungsumfang und Prüfungsansatz | 8.7. - 8.10. |
| **Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge** | 8.11. - 8.12. |
| **Untersuchung von Elementen der internen Kontrollsysteme** | 8.13. - 8.16. |
| Überprüfung der Arbeit der Prüfbehörden | 8.13. - 8.15. |
| Überprüfung der Abschlussmaßnahmen der Kommission | 8.16. |
| **Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen** | 8.17. - 8.19. |
| **Schlussfolgerung und Empfehlungen** | 8.20. - 8.22. |
| Schlussfolgerung | 8.20. |
| Empfehlungen | 8.21. - 8.22. |
| **Anhang** | |
| Anhang 8.1 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen | |

# Einleitung

**8.1.** Dieses Kapitel enthält die Prüfungsergebnisse des Rechnungshofs zu Rubrik 4 "Migration und Grenzmanagement" und Rubrik 5 "Sicherheit und Verteidigung" des *MFR*. ***Abbildung 8.1*** und ***Abbildung 8.2*** geben einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten, die Ausgaben und die Prüfungspopulation in diesen Rubriken im Jahr 2025.

## Abbildung 8.1 – Zahlungen und Prüfungspopulation – Migration und Grenzmanagement

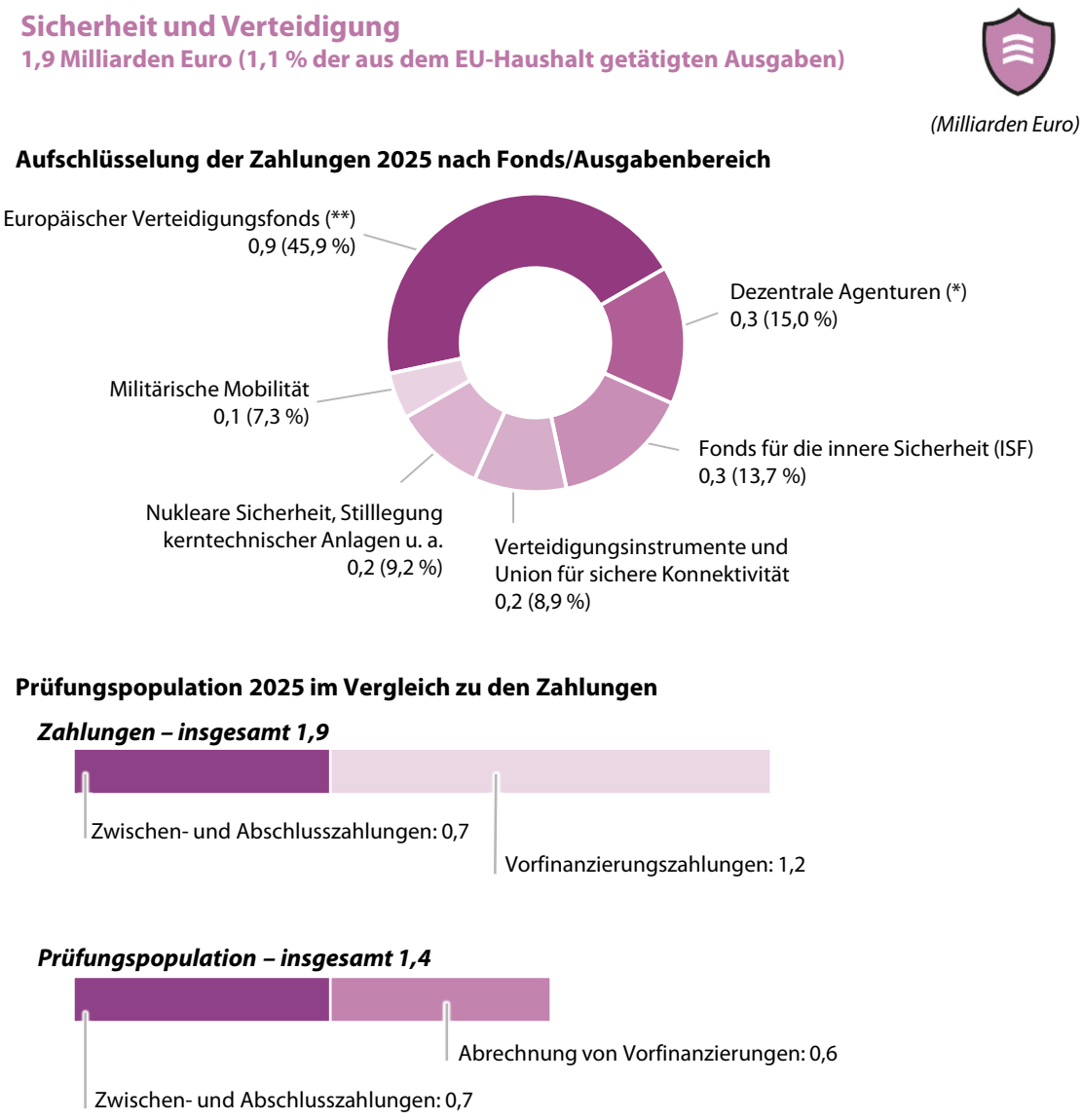



(*) Der Rechnungshof berichtet über die an die dezentralen Agenturen geleisteten Zahlungen in seinem Jahresbericht über die Agenturen der EU.

(**) Einschließlich der jährlichen Vorschüsse und Zwischenzahlungen im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung, die von der Kommission noch nicht akzeptiert wurden.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

## Abbildung 8.2 – Zahlungen und Prüfungspopulation – Sicherheit und Verteidigung




(*) Der Rechnungshof berichtet über die an die dezentralen Agenturen geleisteten Zahlungen in seinem Jahresbericht über die Agenturen der EU.
(**) Dies ist ein Ausgabenbereich, der die Finanzierung von Projekten aus verschiedenen Mitteln (Europäischer Verteidigungsfonds, Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich und Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion) umfasst.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus der konsolidierten Jahresrechnung 2025 der EU.

## Kurzbeschreibung

**8.2.** Die Ausgaben unter Rubrik 4 konzentrieren sich auf die Unterstützung der nationalen Behörden bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Migranten unmittelbar nach ihrer Ankunft, die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik und die Gewährleistung einer wirksamen Rückkehr. Sie decken auch die Unterstützung für die Grenzverwaltung und die Visumpolitik ab. Die Ausgaben unter Rubrik 5 umfassen *Programme* zur Stärkung der Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger, zur Verbesserung der Verteidigungskapazitäten der EU und zur Bereitstellung von Krisenreaktionsinstrumenten. ***Abbildung 8.3*** zeigt die politischen Ziele der Rubriken sowie der damit verbundenen Fonds und Instrumente.

## Abbildung 8.3 – Politische Ziele und Arten der Umsetzung

**MFR-Rubrik 4 – Migration und Grenzmanagement**



*Art der Mittelverwaltung*

**Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds**

Geteilt
**Direkt**
**Indirekt**

Unterstützung der Unterbringung und Aufnahme von Asylbewerbern, Informationsmaßnahmen in Nicht-EU-Ländern über legale Migrationswege, Sprachkurse, Unterstützung schutzbedürftiger Personen und Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten

**Fonds für integrierte Grenzverwaltung**

Unterstützung gemeinsamer Maßnahmen für eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen

Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik

Geteilt
**Direkt**
**Indirekt**

Gewährleistung einer integrierten europäischen Verwaltung der Außengrenzen bei gleichzeitiger Wahrung des freien Personenverkehrs innerhalb der EU, Achtung der Grundrechte und Leistung eines Beitrags zu einem hohen Maß an Sicherheit

Instrument für Zollkontrollausrüstung

**Direkt**

Unterstützung der Zollunion und der Zollbehörden beim Schutz der EU vor unlauterem und illegalem Handel und Gewährleistung der Sicherheit innerhalb der EU bei gleichzeitiger Erleichterung legaler Wirtschaftstätigkeiten

---

**MFR-Rubrik 5 – "Sicherheit und Verteidigung**



**Fonds für die innere Sicherheit**

Geteilt
**Direkt**
**Indirekt**

Unterstützung thematischer Netzwerke spezialisierter nationaler Stellen und einer wirksamen und koordinierten Krisenreaktion, Schulung von Personal und Experten sowie Bekämpfung der Cyberkriminalität

**Nukleare Sicherheit, Stilllegung kerntechnischer Anlagen u. a.**

Schutz der Umwelt und der Gesundheit durch den sicheren Rückbau von acht Kernreaktoren aus der Sowjetzeit sowie die Stilllegung veralteter kerntechnischer Anlagen der Gemeinsamen Forschungsstelle und Entsorgung der entsprechenden Abfälle

**Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich**

**Direkt**
**Indirekt**

Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Industrie und den Mitgliedstaaten, Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie und bessere Nutzung der Ergebnisse der Verteidigungsforschung

**Europäischer Verteidigungsfonds**

Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung und Erhöhung der Interoperabilität der Fähigkeiten der Mitgliedstaaten

**Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion**

Stärkung der Verteidigungsindustrie der EU, um die rechtzeitige Lieferung von Munition und Flugkörpern sicherzustellen

**Militärische Mobilität**

Entwicklung der strategischen Verkehrsinfrastruktur der EU zur Unterstützung der dualen Mobilität

**Direkt**

**Verteidigungsinstrumente und Union für sichere Konnektivität**

Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung, Gewährleistung des weltweiten Zugangs zu sicheren staatlichen Satellitenkommunikationsdiensten sowie Ermöglichung der Erbringung kommerzieller Dienste durch den Privatsektor in der gesamten EU

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**8.3.** Ein weiterer wichtiger Ausgabenbereich ist die Finanzierung der dezentralen Agenturen. Unter der MFR-Rubrik 4 sind dies die *Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)*, die *Asylagentur der Europäischen Union (EUAA)* und die *Agentur der Europäischen Union für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA)*. Unter der MFR-Rubrik 5 sind dies die *Drogenagentur der Europäischen Union (EUDA)*, die *Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)* und die *Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL)*.

**8.4.** Im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung setzen die Mitgliedstaaten mehrjährige Programme um, die von der Kommission genehmigt wurden. Dies gilt für die meisten Mittel des *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)*, des *Fonds für die innere Sicherheit – Grenzen und Visa* und des *Fonds für die innere Sicherheit – Polizei* für den Zeitraum 2014–2020 und von deren Nachfolgern, des AMIF, des *Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (BMVI*, vormals Fonds für die innere Sicherheit – Grenzen und Visa) und des *Fonds für die innere Sicherheit (ISF*, vormals Fonds für die innere Sicherheit – Polizei) für den Zeitraum 2021–2027. Hinsichtlich des Fonds für die innere Sicherheit – Grenzen und Visa und des BMVI betrifft dies auch die assoziierten Schengen-Länder Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz (für den Zeitraum 2021-2027 werden alle Mittel für Liechtenstein direkt von der Kommission ausgeführt). ***Abbildung 8.4*** enthält weitere Einzelheiten zur Funktionsweise der geteilten Mittelverwaltung.

**Abbildung 8.4 – Geteilte Mittelverwaltung: Kontrollverfahren und Verfahren für die Erlangung der Zuverlässigkeitsgewähr für den Programmplanungszeitraum 2021–2027 in den Bereichen Migration, Grenzmanagement und innere Sicherheit**

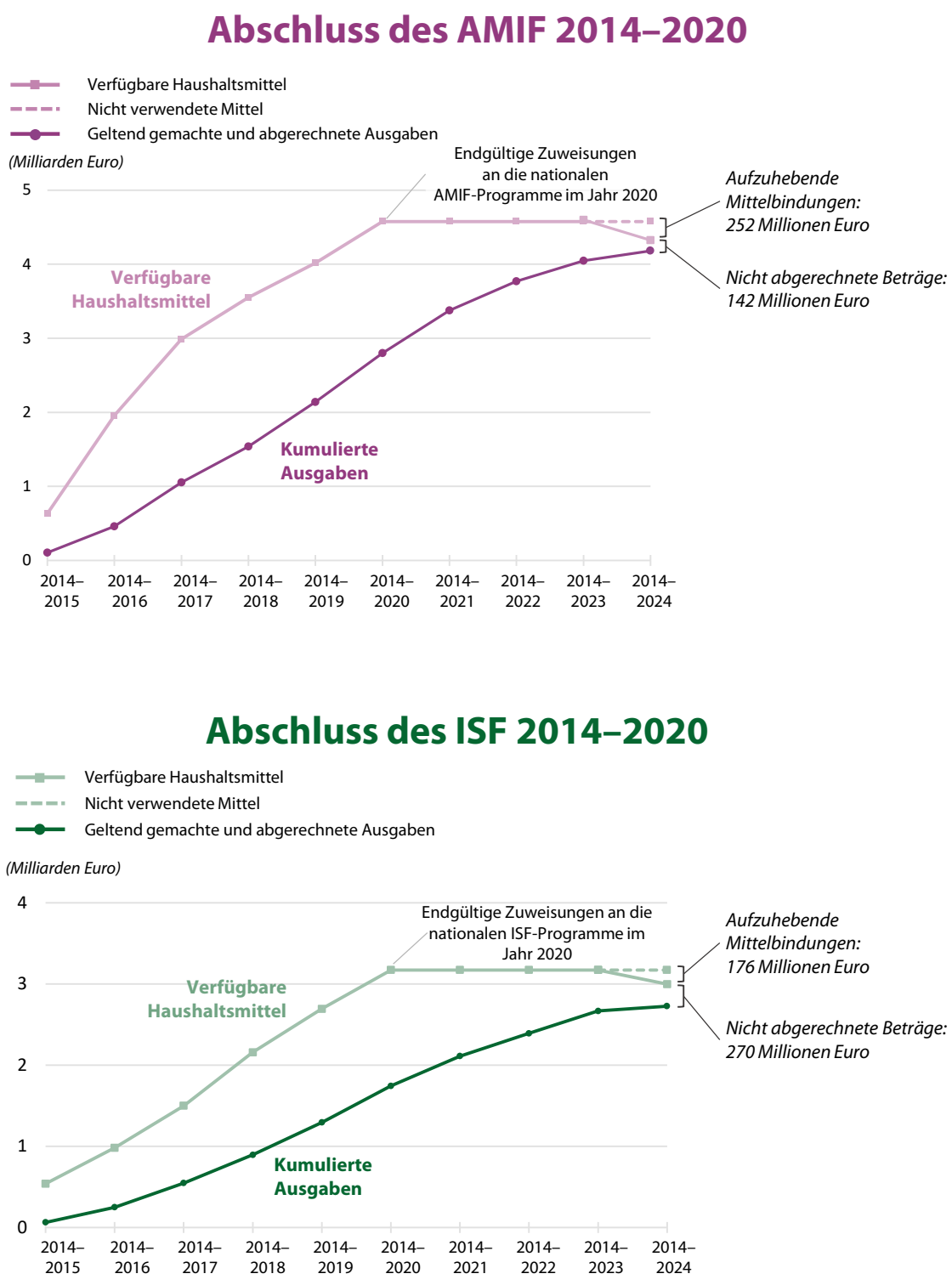



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**8.5.** Die endgültigen *Mittel* für die AMIF- und ISF-Programme 2014–2020 beliefen sich auf 4 576 Millionen Euro bzw. 3 172 Millionen Euro. Bis zum Programm*abschluss* hatten die Mitgliedstaaten kumulierte Ausgaben in Höhe von 4 324 Millionen Euro für den AMIF und 2 996 Millionen Euro für den ISF geltend gemacht. Mittel in Höhe von insgesamt 252 Millionen Euro (5,5 %) bzw. 176 Millionen Euro (5,5 %) wurden nicht in Anspruch genommen, weshalb die entsprechenden Mittelbindungen aufgehoben werden. Zum 31. Dezember 2025 hatte die Kommission kumulierte Ausgaben im Rahmen des AMIF und des ISF in Höhe von 4 182 Millionen Euro bzw. 2 726 Millionen Euro akzeptiert, wobei weitere 142 Millionen Euro (3,3 %) für den AMIF und 270 Millionen Euro (9,0 %) für den ISF noch abzurechnen waren. ***Abbildung 8.5*** zeigt die Ausgaben, die seit Beginn des *Programmplanungszeitraums*

2014–2020 von den Mitgliedstaaten bei der Kommission geltend gemacht wurden sowie den derzeitigen Stand des Abschlussverfahrens.

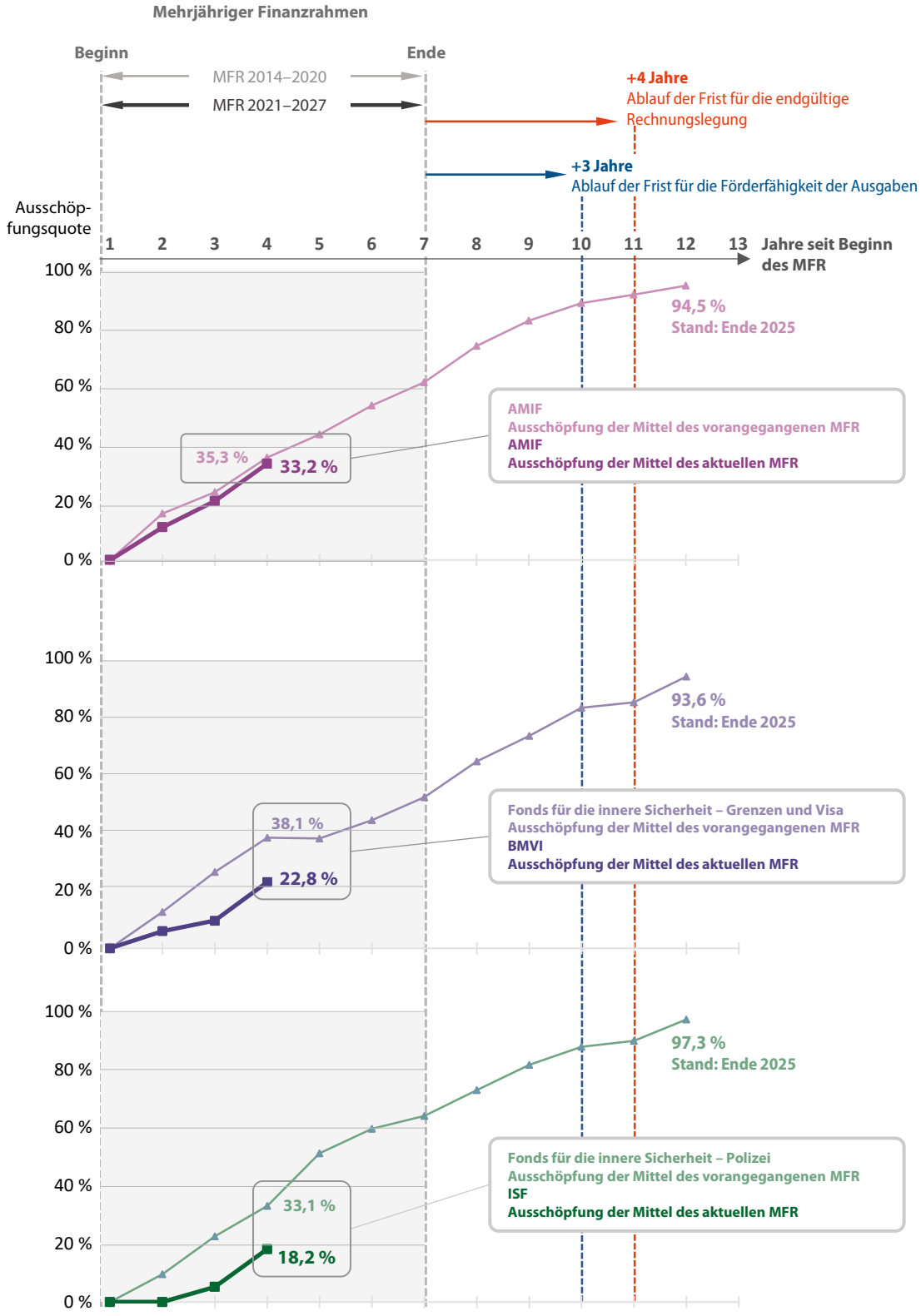
### Abbildung 8.5 – Fortschritte bei den AMIF- und ISF-Programmen 2014–2020 unter geteilter Mittelverwaltung




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten vorgelegten Jahresrechnungen 2024 und der Entscheidungen der Kommission über den Rechnungsabschluss (Stand: 31. Dezember 2025).

**8.6.** ***Abbildung 8.6*** zeigt die Ausgaben, deren Erstattung an die Mitgliedstaaten die Kommission seit Beginn des *Programmplanungszeitraums* 2021–2027 akzeptiert hat, sowie einen Vergleich der Mittelausschöpfung des aktuellen mit dem vorangegangenen Zeitraum bis zum Jahr N+4 der Durchführung (d. h. bis 2018 bzw. bis 2025). Die späte Annahme der Rechtsvorschriften und Programme für den Zeitraum 2021–2027 und die Verlängerung des Durchführungszeitraums für den Programmplanungszeitraum 2014–2020 gehören zu den Hauptgründen für die verzögerte Umsetzung. Informationen über die Durchführung dieser Programme mit geteilter Mittelverwaltung sind auch ***Ziffer 2.13*** zu entnehmen.

## Abbildung 8.6 – Fortschritte bei den AMIF-, BMVI- und ISF-Programmen 2021–2027 unter geteilter Mittelverwaltung im Vergleich zu den Fortschritten im vorangegangenen Zeitraum




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der von der Kommission akzeptierten Beträge gemäß den Daten des *SFC Support Portal* (Stand: 12. April 2026).

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**8.7.** Bei seiner Prüfung der MFR-Rubriken 4 und 5 betreffend das Jahr 2025 wandte der Rechnungshof den Prüfungsansatz und die Prüfungsmethoden gemäß ***Anhang 1.1*** an. Er untersuchte eine Stichprobe von 28 *Vorgängen*, die zu seiner Gesamt*zuverlässigkeitserklärung* beitrug. Diese Stichprobe ist jedoch nicht repräsentativ für die Ausgaben innerhalb dieser MFR-Rubriken und ermöglicht es dem Rechnungshof daher nicht, eine *Schätzung der Fehlerquote* für diese Rubriken vorzunehmen. Die Stichprobe umfasste

a) elf Vorgänge im Rahmen der *geteilten Mittelverwaltung* mit Mitgliedstaaten – Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Vereinigtes Königreich für die MFR-Rubrik 4 sowie Tschechien für die MFR-Rubrik 5;

b) 14 Vorgänge im Rahmen der *direkten Mittelverwaltung* durch die Kommission (vier für die MFR-Rubrik 4, neun für die MFR-Rubrik 5);

c) drei Vorgänge im Rahmen der *indirekten Mittelverwaltung* (zwei für die MFR-Rubrik 4, einer für die MFR-Rubrik 5).

**8.8.** Der Rechnungshof untersuchte auch ausgewählte Kontrollsysteme. Dazu überprüfte er

a) die *jährlichen Kontrollberichte* der nationalen *Prüfbehörden* Bulgariens, Tschechiens und Frankreichs, die zusammen mit der jährlichen Rechnungslegung 2024 für den ISF im Rahmen des MFR 2021–2027 vorgelegt wurden;

b) die Arbeit dieser Prüfbehörden im Hinblick auf die jährliche Rechnungslegung 2024 dieser Mitgliedstaaten für den ISF;

c) ob diese Prüfbehörden[1]

   i) angemessene Verfahren für die Erteilung zuverlässiger Bestätigungsvermerke und die Erstellung jährlicher Kontrollberichte eingerichtet hatten,

   ii) ein angemessenes Stichprobenverfahren angewandt hatten,

   iii) genügend Vorgänge in die Stichprobe aufgenommen hatten, um Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Gesamtpopulation ziehen zu können,

[1] Wie in der Verordnung (EU) 2021/1060 vorgesehen.

iv) die Fehlerquote korrekt berechnet hatten.

**8.9.** Der Rechnungshof untersuchte auch den Abschluss der AMIF-Programme 2014–2020 für die Niederlande und das Vereinigte Königreich und bewertete die Maßnahmen der Kommission zur Überprüfung der Förderfähigkeit der in der endgültigen Rechnungslegung geltend gemachten Ausgaben.

**8.10.** Darüber hinaus überprüfte er die Ordnungsmäßigkeit der in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* der Generaldirektion Migration und Inneres (GD HOME) und der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum (GD DEFIS) enthaltenen Angaben, die in die *jährliche Management- und Leistungsbilanz* der Kommission aufgenommen wurden.

# Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

**8.11.** Von den 28 vom Rechnungshof untersuchten Vorgängen wiesen 14 *Fehler* auf. Der Rechnungshof quantifizierte neun Fehler, die finanzielle Auswirkungen auf die dem EU-Haushalt angelasteten Beträge hatten. Diese Fehler betrafen Mängel bei den Verfahren zur Gewährung von Finanzhilfen und unzulässige Änderungen von Verträgen oder Finanzhilfevereinbarungen und andere Arten nicht förderfähiger Ausgaben. ***Kasten 8.1*** enthält Beispiele für vom Rechnungshof quantifizierte Fehler.

**Kasten 8.1**

**Beispiele für Mängel bei den Verfahren zur Gewährung von Finanzhilfen**

Der Rechnungshof prüfte zwei Projekte mit geteilter Mittelverwaltung im Rahmen des AMIF in Frankreich. Bei dem einen Projekt wurden verpflichtende Sprach- und Staatsbürgerkurse angeboten, beim anderen wurde Unterstützung bei der Erstaufnahme von Asylbewerbern geleistet. Der Rechnungshof überprüfte die Durchführung der im Jahr 2022 veröffentlichten offenen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die zur Gewährung dieser *Finanzhilfen* geführt hatte. Gemäß der Aufforderung sollten die Antragsteller Dienstleistungen zur Erleichterung der Integration von Drittstaatsangehörigen in Frankreich erbringen.

Der Rechnungshof stellte fest, dass die potenziellen Antragsteller nicht ordnungsgemäß über das Evaluierungsverfahren informiert worden waren. Die *Verwaltungsbehörde* wandte andere Evaluierungskriterien an als in der Aufforderung veröffentlicht (z. B. Einführung eines neuen Kriteriums und abweichende Punkteskala bei einem anderen Kriterium). Dies stellte einen Verstoß gegen den Grundsatz der Transparenz dar.

Der Rechnungshof betrachtete beide Projekte (mit akzeptierten Ausgaben in Höhe von insgesamt 34,7 Millionen Euro bzw. 43,1 Millionen Euro) als mit einem Fehler von 10 % behaftet.

### Beispiel für Vertragsänderungen ohne wettbewerbliches Verfahren

Der Rechnungshof prüfte ein Projekt im Rahmen des AMIF, auf das die geteilte Mittelverwaltung mit dem Vereinigten Königreich Anwendung fand. Das Projekt wurde von Februar 2021 bis Dezember 2023 von der zuständigen nationalen Behörde durchgeführt. Es umfasste die Beförderung unbegleiteter asylsuchender Kinder, Erwachsener und schutzbedürftiger Familien an verschiedene Orte im Vereinigten Königreich und ihre sichere Unterbringung im Rahmen des *National Transfer Scheme*.

Im November 2021 unterzeichnete der *Begünstigte* im Anschluss an ein öffentliches Vergabeverfahren einen Dienstleistungsvertrag über 3,3 Millionen GBP mit einem Verkehrsdienstleister. Der Rechnungshof stellte fest, dass der Begünstigte diesen Vertrag ohne ein wettbewerbliches Verfahren dreimal änderte und dabei seine Laufzeit verlängerte und den Umfang der zu erbringenden Dienstleistungen erweiterte, wodurch sich der Wert des Vertrags letztlich auf 9,7 Millionen GBP erhöhte. Diese wesentliche Vertragsänderung verstößt gegen die geltenden Vergabevorschriften.

Infolgedessen gelangte der Rechnungshof zu der Auffassung, dass 71 % der akzeptierten Ausgaben (in Höhe von insgesamt 1,3 Millionen GBP) nicht für eine EU-Förderung infrage kamen.

### Beispiel für eine wesentliche Änderung eines Vertrags über militärische Mobilität, die sich auf die Bedingungen der Auftragsvergabe auswirkt

Der Rechnungshof prüfte ein Verkehrsprojekt im Bereich der militärischen Mobilität, auf das die direkte Mittelverwaltung Anwendung fand. Das Projekt wurde von einer lettischen öffentlichen Einrichtung durchgeführt und bestand in der Anschaffung moderner Eisbrecherausrüstung für eine zivil-militärische Doppelnutzung im Rigaischen Meerbusen. Die Kommission akzeptierte alle Kosten mit Ausnahme der Abschlusszahlung, die außerhalb des Durchführungszeitraums erfolgte.

Der Rechnungshof stellte fest, dass der Begünstigte den Liefervertrag während des Projekts erheblich geändert und damit gegen die Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung verstoßen hat. Das wirtschaftliche Gleichgewicht des Vertrags verschob sich zugunsten des Lieferanten, da durch eine neue Zwischenzahlung drei Viertel der Abschlusszahlung um fünf Monate vorgezogen wurde, der Lieferzeitplan des Schiffes verlängert wurde und die ursprünglichen Vertragsstrafenklauseln für verspätete Lieferung nicht angewandt wurden.

Infolgedessen gelangte der Rechnungshof zu der Auffassung, dass 25 % der akzeptierten Ausgaben (in Höhe von insgesamt 10,1 Millionen Euro) nicht für eine EU-Förderung infrage kamen.

**8.12.** Der Rechnungshof stieß des Weiteren auf 17 Fälle, in denen rechtliche und finanzielle Bestimmungen nicht eingehalten wurden, was jedoch keine finanziellen Auswirkungen auf den EU-Haushalt hatte. Diese Fälle betrafen beispielsweise einen unzureichenden *Prüfpfad*, das Fehlen von Belegen für Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten und Mängel bei der Gestaltung von Finanzhilfen auf der Grundlage von *Pauschalbeträgen*. ***Kasten 8.2*** enthält Beispiele für die vom Rechnungshof festgestellten Fehler.

## Kasten 8.2

### Beispiel für einen unzureichenden Prüfpfad

Der Rechnungshof prüfte ein AMIF-Projekt in den Niederlanden, auf das die geteilte Mittelverwaltung Anwendung fand. Es wurde im Rahmen der FAST-CARE-Verordnung von Juni bis Dezember 2023 durchgeführt. Dabei wurden den niederländischen Behörden die Kosten für die Aufnahme und Unterbringung von Vertriebenen, die vorübergehenden Schutz vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine genießen, teilweise erstattet.

Der Rechnungshof forderte die zugrunde liegenden Aufzeichnungen für das Projekt an, um zu überprüfen, ob die Unterstützung aus dem EU-Haushalt mit Personen im Zusammenhang stand, die durch die militärische Aggression vertrieben wurden. Die niederländischen Behörden gewährleisteten jedoch keinen angemessenen Prüfpfad. Die Leitlinien der Kommission erforderten keine Gewährleistung eines Prüfpfads bis zum einzelnen Endempfänger, es sei denn, eine Risikobewertung hatte ein spezifisches Risiko für *Unregelmäßigkeiten* oder *Betrug* ergeben. Dies erschwerte die Überprüfung der in den EU-Rechtsvorschriften vorgesehenen Förderkriterien in Bezug auf die Zahl der Personen, denen Schutz gewährt wird, und die Dauer ihres Aufenthalts. Ohne einen entsprechenden Nachweis konnte der Rechnungshof nicht überprüfen, ob die geleisteten Ausgaben mit Personen, die durch die militärische Aggression vertrieben wurden, in Zusammenhang standen.

Er kam daher zu dem Schluss, dass das Projekt mit einem nicht quantifizierbaren Fehler behaftet war.

### Beispiele für die fehlende Dokumentation von Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Der Rechnungshof prüfte zwei AMIF-Projekte im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung mit Frankreich. Bei dem einen Projekt wurden verpflichtende Sprach- und Staatsbürgerkurse angeboten, beim anderen wurde Unterstützung bei der Erstaufnahme von Asylbewerbern geleistet.

Im Rahmen der beiden Projekte wurden Dienstleistungen für die Durchführung der Finanzhilfe im Wege zweier separater Ausschreibungen in Auftrag gegeben. Der Rechnungshof untersuchte diese Aufforderungen, um zu überprüfen, ob die Vergabe der Aufträge den Anforderungen an die *Vergabe öffentlicher Aufträge* entsprach.

Außerdem prüfte der Rechnungshof ein Verkehrsprojekt im Bereich der militärischen Mobilität, auf das die direkte Mittelverwaltung Anwendung fand. Das Projekt wurde von einer schwedischen öffentlichen Einrichtung durchgeführt und bestand im Bau eines neuen Tunnels mit zwei Gleisen für eine zivil-militärische Doppelnutzung.

Der Rechnungshof stellte fest, dass die von den Begünstigten durchgeführten Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge in allen drei Fällen keinen angemessenen Prüfpfad in Bezug auf die Identität der Mitglieder des Evaluierungsausschusses gewährleisteten. Darüber hinaus waren keine Erklärungen über Interessenkonflikte abgegeben worden. Daher konnte der Rechnungshof nicht überprüfen, dass kein Interessenkonflikt vorlag.

Er kam daher zu dem Schluss, dass die drei Projekte mit einem nicht quantifizierbaren Fehler behaftet waren.

### Beispiel für einen Mangel bei der Gestaltung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen durch die Kommission

Der Rechnungshof prüfte ein der direkten Mittelverwaltung unterliegendes Projekt im Rahmen der *Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP)*, mit dem der Ausbau der Produktionsanlagen eines privaten Verteidigungsunternehmens in Deutschland unterstützt werden soll. Zum Zeitpunkt der Prüfung des Rechnungshofs lief das Projekt bereits. Der Rechnungshof prüfte die erste Zwischenzahlung.

Das Projekt wird durch eine Finanzhilfe auf der Grundlage von Pauschalbeträgen finanziert, die basierend auf dem geschätzten Budget im Vorschlag des Antragstellers festgelegt wurde. Der Rechnungshof ist der Auffassung, dass das veranschlagte Budget nicht präzise genug war, da sich die notwendige Haushaltswahrheit erst im Laufe der Projektdurchführung ergeben sollte.

In mehreren Fällen waren die als Voraussetzung für die Zahlung zu erbringenden Leistungen nicht genau definiert. Infolgedessen konnte der Rechnungshof nicht überprüfen, ob die Unterlagen, die der Begünstigte der Kommission in Bezug auf diese Leistungen vorlegte, tatsächlich den Anforderungen entsprachen, die in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt waren.

Er kam daher zu dem Schluss, dass das Projekt mit einem nicht quantifizierbaren Fehler behaftet war.

# Untersuchung von Elementen der internen Kontrollsysteme

## Überprüfung der Arbeit der Prüfbehörden

**8.13.** Die drei vom Rechnungshof überprüften Prüfbehörden (siehe Ziffer ***8.8*** Buchstabe ***(a)***) hatten detaillierte Verfahren von ausreichender Qualität entwickelt und umgesetzt, um in den jährlichen Kontrollberichten über ihre Arbeiten Bericht zu erstatten.

**8.14.** Der Rechnungshof wählte sechs Akten dieser Prüfbehörden aus, um deren zugrunde liegende Prüfungsarbeit zu kontrollieren und festzustellen, ob sie drei spezifische Kernanforderungen (KA) abdeckte[2].

- KA12 – angemessene Systemprüfungen;
- KA13 – angemessene Vorhabenprüfungen;
- KA15 – angemessene Verfahren für die Erteilung eines zuverlässigen Bestätigungsvermerks und die Erstellung des jährlichen Kontrollberichts.

**8.15.** Insgesamt stellte der Rechnungshof fest, dass die Prüfbehörden über detaillierte Prüfungsprogramme und Checklisten zur Untermauerung ihrer Schlussfolgerungen verfügten. Bei einer Prüfbehörde stellte er jedoch einen Mangel fest, da ein Teil einer geprüften Kostenposition nicht durch Belege untermauert war (siehe ***Kasten 8.3***).

### Kasten 8.3

### Beispiel für einen Mangel bei der Arbeit einer Prüfbehörde

| Fonds | Mangel | Potenzielle Auswirkungen |
|---|---|---|
| ISF Tschechien | Die Prüfbehörde erhielt nicht alle erforderlichen Unterlagen, um zu überprüfen, ob bestimmte Ausgaben förderfähig waren. | Risiko, dass nicht förderfähige Ausgaben nicht aufgedeckt werden |

[2] Anhang XI der Verordnung (EU) 2021/1060.

## Überprüfung der Abschlussmaßnahmen der Kommission

**8.16.** Der Rechnungshof bewertete auch die Maßnahmen der Kommission zur Überprüfung der Förderfähigkeit der Ausgaben für zwei Mitgliedstaaten zum Abschluss des Programmplanungszeitraums 2014–2020. Er stellte einen Mangel beim Abschluss des Vereinigten Königreichs fest, da die Kommission einen Betrag, den der Rechnungshof zuvor als nicht förderfähig eingestuft hatte[3], nicht aus ihrer Abrechnung ausgeschlossen hatte.

[3] Jahresbericht 2023, Illustration 8.1.

# Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

**8.17.** Für das Haushaltsjahr 2025 überprüfte der Rechnungshof die jährlichen Tätigkeitsberichte der GD HOME und der GD DEFIS. Die Analyse des Rechnungshofs konzentrierte sich darauf, ob diese Generaldirektionen die Angaben zur Ordnungsmäßigkeit gemäß den Anweisungen der Kommission vorgelegt und die Methode zur Schätzung künftiger Korrekturen konsequent angewandt hatten.

**8.18.** Der Rechnungshof stellte fest, dass die Schätzungen der Generaldirektionen in Bezug auf das Gesamt*risiko bei Zahlung* und bei Abschluss gemäß der einschlägigen Methodik berechnet und in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz angegeben wurden. Bezogen auf die Ausgaben im Jahr 2025 (3 782,0 Millionen Euro) schätzte die GD HOME den Gesamtrisikobetrag bei Zahlung auf 40,3 Millionen Euro (1,1 %). Das Gesamtrisiko bei Abschluss schätzte sie unter Berücksichtigung ihrer geschätzten künftigen Berichtigungen auf 36,9 Millionen Euro (1,0 %). Die wichtigsten relevanten Ausgaben der GD DEFIS im Rahmen der MFR-Rubrik 5 im Jahr 2025 in Höhe von 490,7 Millionen Euro standen im Zusammenhang mit direkt und indirekt verwalteten Finanzhilfen im Rahmen der EU-Verteidigungsprogramme (d. h. des *Europäischen Verteidigungsfonds* und seiner Vorläuferprogramme, der ASAP und des Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung). Da keine Ergebnisse von Ex-post-Kontrollen vorliegen, liegen für diesen Bereich auch noch keine spezifischen Fehlerquoten vor. Daher entschied sich die GD DEFIS dafür, einen konservativen Ansatz zu wählen und im Hinblick auf das geschätzte Risiko bei Zahlung einen Pauschalsatz von 2,0 % zu melden.

**8.19.** Die Generaldirektoren der GD HOME und GD DEFIS erklärten, sie hätten hinreichende Sicherheit, dass die Ressourcen, die den im jährlichen Tätigkeitsbericht beschriebenen Tätigkeiten zugewiesen wurden, für ihren vorgesehenen Zweck und im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung verwendet worden seien, wobei die GD HOME einige *Vorbehalte* geltend machte. Da die Anzahl der vom Rechnungshof kontrollierten Vorgänge nur einen kleinen Teil der Vorgänge darstellt, die von diesen Generaldirektionen verwaltet werden, ist der Rechnungshof nicht in der Lage, diese Aussagen auf der Grundlage der Ergebnisse seiner Prüfungsarbeit zu bestätigen.

# Schlussfolgerung und Empfehlungen

## Schlussfolgerung

**8.20.** Bei seiner Untersuchung der Vorgänge und Systeme stellte der Rechnungshof drei Bereiche fest, in denen Verbesserungsbedarf besteht: angemessene Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten, angemessene Verwaltung öffentlicher Aufträge und Aufrechterhaltung eines angemessenen Prüfpfads. Auch wenn der Rechnungshof nicht genügend Vorgänge prüfte, um eine Schätzung der Fehlerquote für die MFR-Rubriken dieses Kapitels vornehmen zu können (siehe Ziffer ***8.7***), deuten seine Prüfungsergebnisse – aufgrund der Häufigkeit der von ihm festgestellten Fehler – darauf hin, dass das Fehlerrisiko in dieser Rubrik hoch ist. Die Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen tragen zur *Zuverlässigkeitserklärung* des Rechnungshofs bei.

## Empfehlungen

**8.21.** ***Anhang 8.1*** zeigt die Ergebnisse der vom Rechnungshof durchgeführten Weiterverfolgungsprüfung zu den beiden Empfehlungen, die er in seinem Jahresbericht 2023 ausgesprochen hatte, sowie zu der in seinem Jahresbericht 2024 enthaltenen Empfehlung, die alle bis Ende 2025 umzusetzen waren. Die Kommission hatte zwei Empfehlungen vollständig umgesetzt. Obwohl sie die dritte Empfehlung nicht akzeptiert hatte, hatte sie sie teilweise umgesetzt.

**8.22.** Auf der Grundlage seiner Feststellungen und Schlussfolgerungen für 2025 unterbreitet der Rechnungshof folgende Empfehlungen:

## Empfehlung 8.1 – Die Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten stärker für ihre Verpflichtungen sensibilisieren

Die Kommission sollte Maßnahmen ergreifen, um die Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten stärker für ihre Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Gewährung von Finanzhilfen und der Vergabe öffentlicher Aufträge zu sensibilisieren, insbesondere im Hinblick auf

a) die Maßnahmen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass kein Interessenkonflikt besteht, und deren ordnungsgemäße Dokumentation;

b) die möglichen Folgen eines Verstoßes gegen Vorschriften eines Mitgliedstaats oder der EU über die Änderung öffentlicher Aufträge;

c) die Verpflichtung der Begünstigten, ausreichende Unterlagen aufzubewahren, um die geltend gemachten Kosten zu belegen.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

## Empfehlung 8.2 – Die Kontrollen einer Überprüfung unterziehen

Bei Projekten unter direkter Mittelverwaltung sollte die Kommission diejenigen Kontrollen einer Überprüfung unterziehen und erforderlichenfalls verbessern, in deren Rahmen sie prüft, ob

a) die Begünstigten Maßnahmen ergriffen haben, um sicherzustellen, dass keine Interessenkonflikte bestehen, und diese Maßnahmen angemessen dokumentiert haben;

b) die Begünstigten die Vorschriften der Mitgliedstaaten und der EU über die Änderung öffentlicher Aufträge eingehalten haben;

c) die von den Begünstigten aufbewahrten Unterlagen ausreichen, um die geltend gemachten Kosten zu belegen.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

# Anhang

## Anhang 8.1 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert; keine Informationen.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2023** | Der Rechnungshof unterbreitet der Kommission die folgenden Empfehlungen:<br>**Empfehlung 1:**<br>Die Kommission sollte den Behörden der Mitgliedstaaten, die für die Ausführung der Mittel der GD HOME im Wege der geteilten Mittelverwaltung zuständig sind, weitere Leitlinien in Bezug auf Folgendes zur Verfügung stellen: | | | Die Empfehlung wurde vollständig umgesetzt.<br>Die Kommission veranstaltete im Juni 2024 ein Webinar mit den Behörden der Mitgliedstaaten, die für die Ausführung der Mittel der GD HOME zuständig sind, um Teil a der Empfehlung in Bezug auf die Verpflichtung zur Aufbewahrung geeigneter Belege, die im Falle von Kontrollen oder |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | a) die Einhaltung der Vorschriften über die Aufbewahrung geeigneter Belege, die im Fall von Kontrollen oder Prüfungen vorgelegt werden können;<br>b) die Beachtung der Verpflichtung, bei der Gewährung von Finanzhilfen im Anschluss an offene Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, die nationalen und EU-Vorschriften über Transparenz und Gleichbehandlung einzuhalten. | | | Prüfungen vorgelegt werden können, anzugehen.<br>Die Kommission ist Teil b der Empfehlung nachgekommen, indem sie am 27. Oktober 2025 eine Orientierungsveranstaltung für die nationalen Behörden organisiert hat, die für die Ausführung der Mittel der GD HOME im Wege der geteilten Mittelverwaltung zuständig sind. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die Mängel bei den Verfahren zur Gewährung von Finanzhilfen thematisiert, und es wurde erneut darauf hingewiesen, dass die Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung einzuhalten sind. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2023** | **Empfehlung 2:**<br><br>Die Kommission sollte im Zuge des Verfahrens zur Gewährung von Finanzhilfen die technischen Aspekte der Anträge auf Finanzhilfe für militärische Mobilität im Rahmen der Fazilität "Connecting Europe" sorgfältig prüfen und dokumentieren. Insbesondere sollte sie ermitteln, ob Infrastrukturprojekte mit Doppelnutzung die Förderfähigkeitsbedingungen erfüllen, und sicherstellen, dass die finanzielle Unterstützung durch die EU nicht über das hinausgeht, was zur Erreichung des Anforderungsniveaus für eine Doppelnutzung erforderlich ist. |  |  | Die Empfehlung wurde von der Kommission nicht akzeptiert.<br><br>Der Rechnungshof stellt jedoch fest, dass die Kommission den Begünstigten im Anschluss an die Prüfung aufgefordert hat, die bestehenden Infrastrukturelemente, die modernisiert oder ersetzt werden sollen, sowie die künftigen Parameter, die durch die Arbeiten erreicht werden sollen, genauer zu beschreiben, damit diese anhand der *TEN*-V/*CEF*-Anforderungen ordnungsgemäß bewertet werden können. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2024** | **Empfehlung 2:**<br><br>Die Kommission sollte den *Verwaltungsbehörden* der Mitgliedstaaten im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung weitere Leitlinien zu ihren Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Grundsätze der Gleichbehandlung und der Transparenz bei der Durchführung von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen an die Hand geben, um Mängel bei den Verfahren zur Gewährung von Finanzhilfen zu beheben. |  |  | Die Empfehlung wurde vollständig umgesetzt.<br><br>Die Kommission ist der Empfehlung nachgekommen, indem sie am 27. Oktober 2025 eine Orientierungsveranstaltung für die nationalen Behörden organisiert hat, die für die Ausführung der Mittel der GD HOME im Wege der geteilten Mittelverwaltung zuständig sind. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die Mängel bei den Verfahren zur Gewährung von Finanzhilfen thematisiert, und es wurde – wie oben erwähnt – erneut darauf hingewiesen, dass die Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung einzuhalten sind. |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Kapitel 9

## Nachbarschaft und die Welt

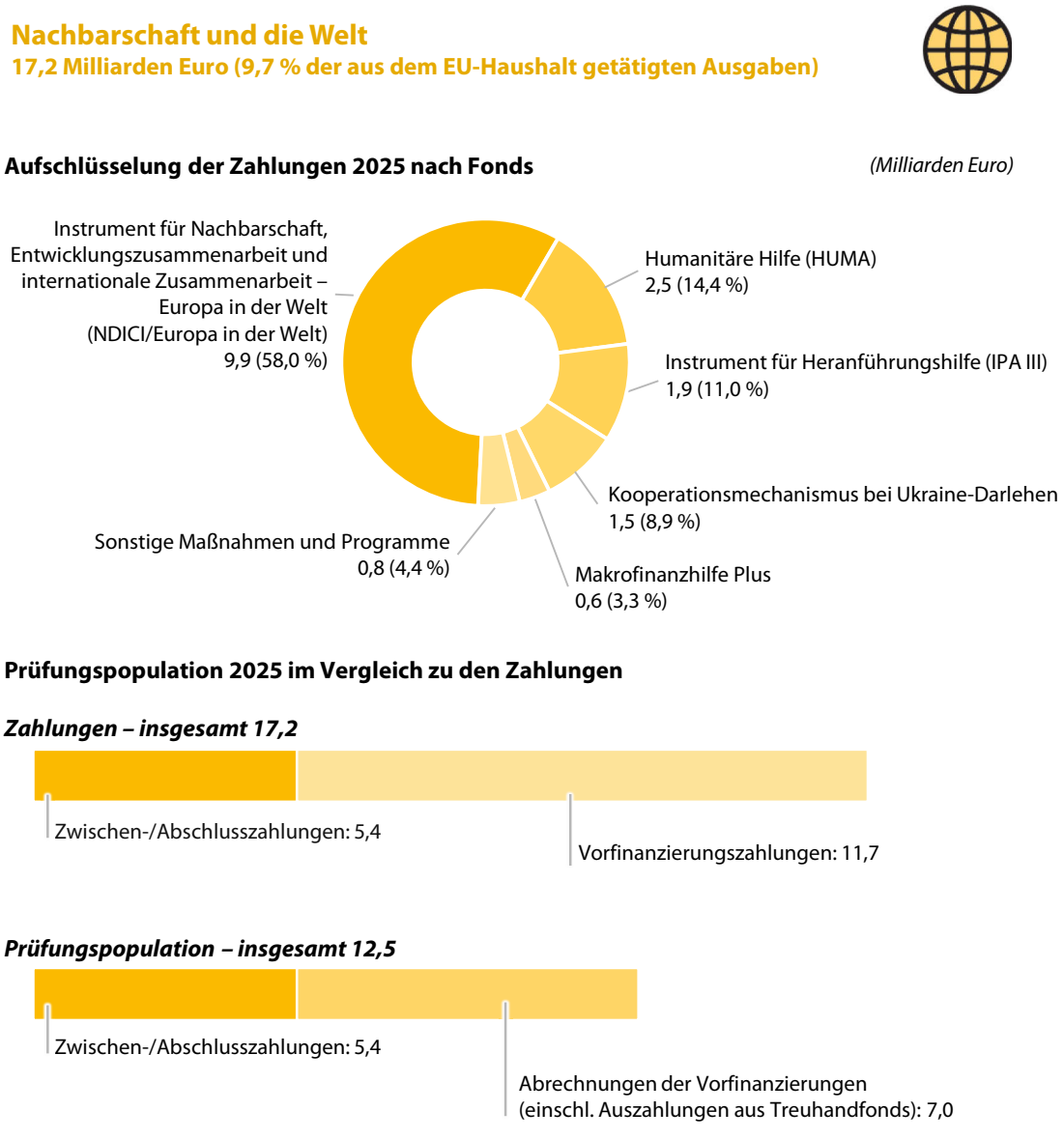
# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | 9.1. - 9.10. |
| Kurzbeschreibung | 9.2. - 9.8. |
| Prüfungsumfang und Prüfungsansatz | 9.9. - 9.10. |
| **Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge** | 9.11. - 9.23. |
| **Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen** | 9.24. - 9.29. |
| Jährlicher Tätigkeitsbericht der GD MENA | 9.24. - 9.27. |
| Jährlicher Tätigkeitsbericht der GD INTPA | 9.28. |
| Jährliche Management- und Leistungsbilanz | 9.29. |
| **Weitere Elemente** | 9.30. |
| **Schlussfolgerung und Empfehlungen** | 9.31. - 9.33. |
| Schlussfolgerung | 9.31. |
| Empfehlungen | 9.32. - 9.33. |
| **Anhänge** | |
| Anhang 9.1 – Zahlungen der GD INTPA, der GD ENEST und der GD MENA an einzelne Länder | |
| Anhang 9.2 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen | |

# Einleitung

**9.1.** Dieses Kapitel enthält die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofs zur Rubrik 6 "Nachbarschaft und die Welt" des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR). ***Abbildung 9.1*** gibt einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten und Ausgaben sowie die Prüfungspopulation in dieser Rubrik im Jahr 2025.

## Abbildung 9.1 – Zahlungen und Prüfungspopulation




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus der *konsolidierten Jahresrechnung* 2025 der Europäischen Union.

## Kurzbeschreibung

**9.2.** Die EU setzt Instrumente des auswärtigen Handelns in der ganzen Welt um, häufig in einem schwierigen geopolitischen und organisatorischen Umfeld. Diese Instrumente erstrecken sich auf verschiedene Regionen mit unterschiedlichen rechtlichen und institutionellen Rahmen, sodass es möglich sein muss, sie an die unterschiedlichen regulatorischen und operativen Bedingungen anzupassen. Die Ausgaben in diesem Bereich werden über mehrere Instrumente getätigt, insbesondere über das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt)[1], die Mittel für humanitäre Hilfe (HUMA) und das Instrument für Heranführungshilfe (IPA III)[2].

**9.3.** Das allgemeine Ziel von "NDICI/Europa in der Welt" besteht darin, die Werte, Grundsätze und grundlegenden Interessen der Union weltweit zu schützen und zu fördern sowie zur Förderung des Multilateralismus und engerer Partnerschaften mit Drittländern beizutragen.

**9.4.** Die EU leistet auch bedarfsorientierte humanitäre Hilfe für Menschen, die von vom Menschen verursachten Katastrophen und Naturkatastrophen betroffen sind, und zwar mit besonderem Schwerpunkt auf den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

**9.5.** Ziel des Instruments für Heranführungshilfe ist es, die *begünstigten* Länder bei der Annahme und Umsetzung der Reformen zu unterstützen, die diese vornehmen müssen, um mit Blick auf eine künftige Unionsmitgliedschaft den Werten der Union zu entsprechen und dadurch zu Stabilität, Sicherheit und Wohlstand der begünstigten Länder beizutragen.

**9.6.** Im Jahr 2025 umfasste die Rubrik 6 erstmals Zahlungen im Zusammenhang mit dem Kooperationsmechanismus bei Ukraine-Darlehen (ULCM)[3]. Im Rahmen des ULCM werden Einnahmen aus immobilisierten staatlichen Vermögenswerten Russlands verwendet, um von der EU und den G7-Ländern an die Ukraine vergebene Makrofinanzhilfedarlehen zu bedienen und zurückzuzahlen.

---

[1] Verordnung (EU) 2021/947 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit — Europa in der Welt.

[2] Verordnung (EU) 2021/1529 zur Schaffung des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III).

[3] Verordnung (EU) 2024/2773 zur Einrichtung des Kooperationsmechanismus bei Ukraine-Darlehen und zur Bereitstellung einer außerordentlichen Makrofinanzhilfe für die Ukraine.

**9.7.** Die wichtigsten im Jahr 2025 an der Umsetzung der Maßnahmen im Außenbereich beteiligten Generaldirektionen (GD) und Dienststellen waren die Generaldirektion Internationale Partnerschaften (GD INTPA), die Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST), die Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO), die Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golfregion (GD MENA) und der Dienst für außenpolitische Instrumente (FPI).

**9.8.** Im Jahr 2025 beliefen sich die Zahlungen für die Rubrik "Nachbarschaft und die Welt" auf 17,2 Milliarden Euro (Vorfinanzierungs-, Zwischen- und Abschlusszahlungen). Sie wurden über mehrere Instrumente (***Abbildung 9.1***) und Methoden für die Bereitstellung der Hilfen ausgeführt. Dazu gehören Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge, Zuschüsse, Sonderdarlehen, Darlehensgarantien und Finanzhilfen, *Budgethilfen* und sonstige spezifische Formen der budgetären Unterstützung in Drittländern (***Anhang 9.1***). Im Jahr 2024 beliefen sich die Gesamtzahlungen in dieser Rubrik auf 15,4 Milliarden Euro.

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**9.9.** Ziel der Prüfung des Rechnungshofs war es, die Fehlerquote für diese MFR-Rubrik zu schätzen und einen Beitrag zur *Zuverlässigkeitserklärung* zu leisten. Unter Anwendung seines Prüfungsansatzes und seiner Prüfungsmethoden (siehe ***Anhang 1.1***) untersuchte der Rechnungshof für diese MFR-Rubrik in Bezug auf das Jahr 2025 Folgendes:

a) eine statistisch repräsentative Stichprobe von 138 *Vorgängen*, die das gesamte Ausgabenspektrum innerhalb dieser MFR-Rubrik abdeckt. Diese Stichprobe umfasste 57 Vorgänge der GD INTPA, 30 Vorgänge der GD ENEST, 21 Vorgänge der GD ECHO, 13 Vorgänge des FPI, zwölf Vorgänge der GD MENA sowie fünf Vorgänge anderer Generaldirektionen (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN, zwei Vorgänge), Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur (GD EAC), Generaldirektion Handel und wirtschaftliche Sicherheit (GD TRADE) sowie Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA));

b) einen außerhalb der jährlichen MFR-Obergrenze finanzierten Vorgang im Zusammenhang mit der Ukraine-Fazilität[4]. Die Ergebnisse der Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs zu diesem Vorgang haben keine *Auswirkungen* auf die *geschätzte Fehlerquote* für die MFR-Rubrik 6, wohl aber auf die geschätzte Gesamtfehlerquote des Rechnungshofs.

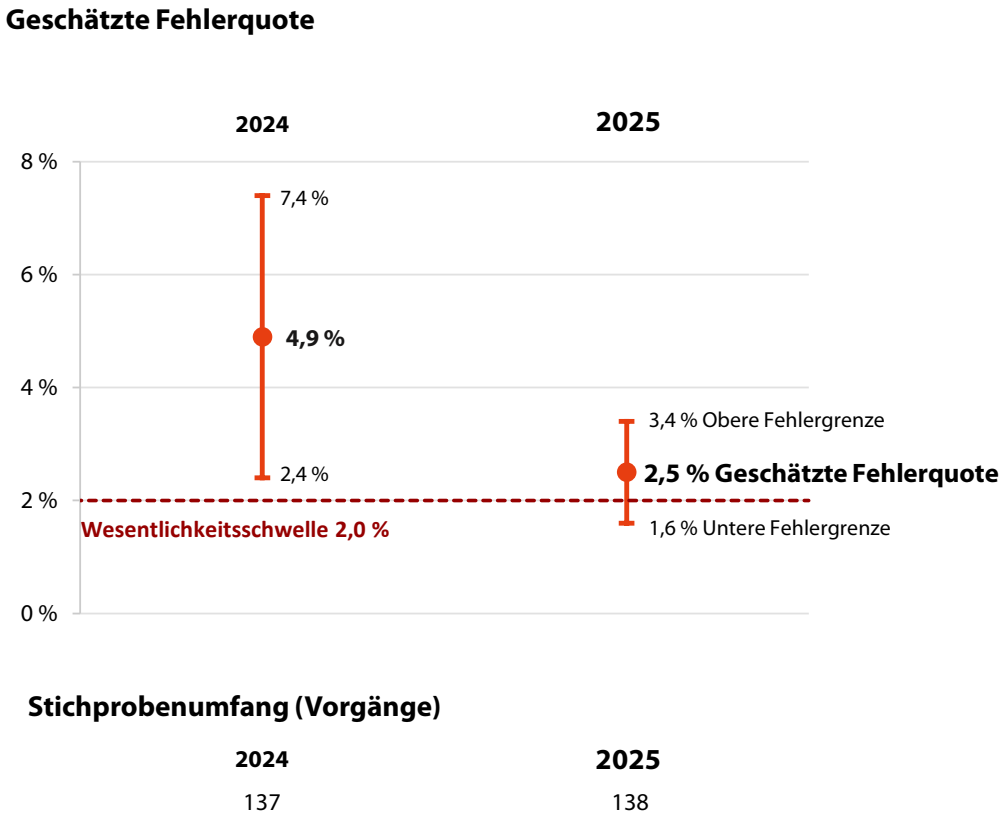
[4] Verordnung (EU) 2024/792 zur Einrichtung der Fazilität für die Ukraine.

**9.10.** Darüber hinaus untersuchte der Rechnungshof die in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* der GD MENA und der GD INTPA enthaltenen Angaben zur Ordnungsmäßigkeit, die in die *jährliche Management- und Leistungsbilanz* der Kommission aufgenommen wurden.

# Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

**9.11.** Von den 138 untersuchten Vorgängen wiesen 52 (37,7 %) Fehler auf. Die 43 vom Rechnungshof quantifizierten Fehler ergaben eine geschätzte Fehlerquote von 2,5 % (*Abbildung 9.2*).

### Abbildung 9.2 – Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen



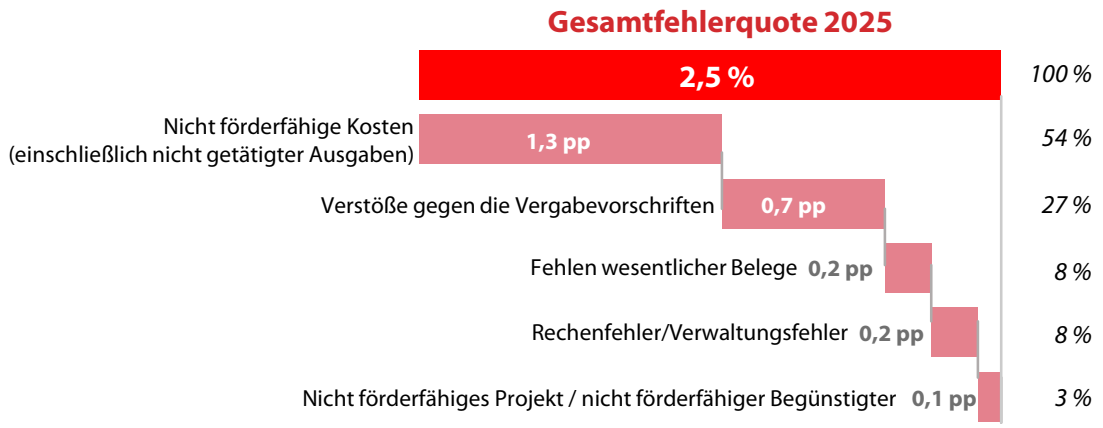

| Stichprobenumfang (Vorgänge) | |
|---|---|
| 2024 | 2025 |
| 137 | 138 |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**9.12.** Die Zahlungen im Zusammenhang mit dem ULCM beliefen sich auf 1,53 Milliarden Euro (12 % der Prüfungspopulation des Rechnungshofs, siehe *Abbildung 9.1*). Dieses Instrument ist befristet, und die damit verbundenen Vorgänge (Zahlungen von Zufallsgewinnen an die Ukraine) unterscheiden sich grundlegend von der übrigen Prüfungspopulation des Rechnungshofs in dieser Rubrik. Der Rechnungshof prüfte zwei Vorgänge im Zusammenhang mit dem ULCM, die einen Wert von insgesamt 1,23 Milliarden Euro hatten.

**9.13.** ***Abbildung 9.3*** enthält eine Aufschlüsselung der vom Rechnungshof für 2025 geschätzten Fehlerquote nach Fehlerart.

## Abbildung 9.3 – Aufschlüsselung der geschätzten Fehlerquote nach Fehlerart




**pp**: Prozentpunkte

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**9.14.** Der Rechnungshof ermittelte verschiedene Fehlerarten, die mehrere Vorgänge betrafen und sich über mehrere Prüfungsjahre hinweg wiederholt haben (***Kasten 9.1*** und ***Kasten 9.2***). Am häufigsten wurden folgende Fehlerarten festgestellt:

- Geltendmachung *indirekter Kosten* als *direkte Kosten* in den Lohn- und Gehaltskosten;
- Verstöße gegen die Vorschriften für die *Vergabe öffentlicher Aufträge*;
- Anwendung falscher Wechselkurse;
- überhöhte *Abrechnung* von Vorfinanzierungen.

**9.15.** Wie in den Vorjahren betrafen einige der vom Rechnungshof ermittelten Fehler Verträge, die von Einrichtungen, die einer *Bewertung auf Basis von Säulen* unterzogen wurden (internationale Organisationen, internationale Finanzinstitutionen und Agenturen der EU-Mitgliedstaaten), im Rahmen der *indirekten Mittelverwaltung* durchgeführt wurden. Bei solchen Verträgen akzeptierte die Kommission Ausgaben auf der Grundlage eines Finanzberichts und einer Verwaltungserklärung. Bei Letzterer handelt es sich um eine Eigenerklärung der einer Bewertung auf Basis von Säulen unterzogenen Einrichtung, in der bescheinigt wird, dass die vorgelegten Finanzinformationen ordnungsgemäß dargestellt, vollständig und sachlich richtig sind und gemäß den im Vertrag festgelegten Verpflichtungen erstellt wurden. Von den vom Rechnungshof quantifizierten 43 Fehlern (Ziffer ***9.11***) standen 14 im Zusammenhang mit solchen Verträgen; sie trugen 0,6 Prozentpunkte zur geschätzten Fehlerquote bei.

**9.16.** In diesem Jahr gewährten die betroffenen internationalen Organisationen dem Rechnungshof uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten, über die sie verfügten, um die geprüften Vorgänge zu belegen. Dies stellt eine Verbesserung gegenüber den Vorjahren dar, als der Zugang auf eine vorübergehende elektronische Konsultation (reiner Lesezugriff) beschränkt war, ohne dass die Dokumente übermittelt wurden, was die Planung und Umsetzung der Prüfung sowie die Qualitätskontrolle beeinträchtigte. Im vergangenen Jahr empfahl der Rechnungshof der Kommission, weitere Schritte zu ergreifen, um sicherzustellen, dass internationale Organisationen im Einklang mit dem AEUV dem Rechnungshof vollständigen, uneingeschränkten und zeitnahen Zugang zu den Unterlagen gewähren, die er zur Erfüllung seiner Aufgabe benötigt, und insbesondere sicherzustellen, dass die vertraglichen Vereinbarungen mit internationalen Organisationen klar sind und das Recht des Rechnungshofs, auf sein Ersuchen hin alle Unterlagen oder Informationen zu erhalten, die für die Wahrnehmung seiner Prüfungsaufgaben erforderlich sind, in vollem Umfang wahren[5]. Der Rechnungshof wird diesen Aspekt weiterhin beobachten und darüber Bericht erstatten.

**9.17.** Beispiele für einige der vom Rechnungshof quantifizierten Fehler sind ***Kasten 9.1*** zu entnehmen.

[5] Ziffer 8.13 und Empfehlung 8.1 des Jahresberichts 2024 über die Ausführung des EU-Haushaltsplans.

## Kasten 9.1

### Beispiel für einen Experten, der die Anforderungen in Bezug auf die Berufserfahrung nicht erfüllte

GD MENA

Der Rechnungshof prüfte eine Rechnung im Rahmen eines Vertrags über 1,88 Millionen Euro zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in einem nordafrikanischen Land.

Er überprüfte die Gebühren, die für einen Senior-Experten in Rechnung gestellt wurden, der für das Projekt tätig war. Der Rechnungshof kam zu dem Schluss, dass der Experte nicht die erforderliche Mindestberufserfahrung besaß, um als Senior-Experte im Sinne der Leistungsbeschreibung des Vertrags zu gelten. Ausgehend von der vorhandenen Berufserfahrung hätte er ordnungsgemäß als Junior-Experte eingestuft werden müssen. Darüber hinaus führten der Auftragnehmer und der öffentliche Auftraggeber kein ordnungsgemäßes Auswahl- und Zulassungsverfahren durch.

Daher betrachtete der Rechnungshof die Differenz zwischen den für einen Senior- und einen Junior-Experten anfallenden Gebühren als nicht förderfähig.

### Beispiel für indirekte Kosten, die in die Lohn- und Gehaltskosten aufgenommen wurden

GD INTPA

Der Rechnungshof prüfte eine Rechnung im Rahmen einer *Beitragsvereinbarung* über 7,94 Millionen Euro zur Förderung der regionalen wirtschaftspolitischen Steuerung durch eine internationale Organisation in einem westafrikanischen Land.

Bei der Durchsicht der Personalausgaben stellte er fest, dass diese Organisation auch indirekte Kosten – wie z. B. Kosten für die Verwaltung von Löhnen und Gehältern, für Sicherheit, für IT und für Schulungen – als direkte Kosten aufgeführt hatte. Die indirekten Kosten, die in der *Vergütung* der internationalen Organisation enthalten sind (bis zu 7 % der direkten Kosten), können nicht als direkte förderfähige Kosten geltend gemacht werden.

Darüber hinaus erhielt der Rechnungshof keine Belege, aus denen hervorginge, dass diese Kosten tatsächlich angefallen bzw. korrekt berechnet worden waren. Daher betrachtete er diese Kosten als nicht förderfähig.

Der Rechnungshof hat bereits in früheren Jahren ähnliche Probleme festgestellt (Kasten 9.3 seines Jahresberichts 2024).

### Beispiel für Transportkosten, die mangels Belegen nicht förderfähig sind

GD INTPA

Der Rechnungshof prüfte eine Rechnung im Rahmen einer EU-Beitragsvereinbarung über 19,20 Millionen Euro für Tätigkeiten im Bereich des Umweltschutzes in einem zentralafrikanischen Land.

Der Begünstigte stellte Transportkosten für die nach seinen Angaben im Zusammenhang mit dem EU-finanzierten Projekt zurückgelegten Kilometer in Rechnung. Während der Prüfung wurden dem Rechnungshof jedoch keine angemessenen Belege wie Dienstreiseaufträge, Fahrtenbücher oder Tätigkeitsprotokolle vorgelegt, mit denen hätte nachgewiesen werden können, dass diese Fahrten tatsächlich mit der Umsetzung der EU-Maßnahme im Zusammenhang standen.

Da keine zuverlässigen Nachweise für die Zuordnung dieser Kosten zum Projekt vorlagen, erachtete der Rechnungshof sie als nicht förderfähig.

### Beispiel für die Verwendung von Ausrüstungsgegenständen zu nicht vorgesehenen Zwecken bzw. für die unzureichende Nutzung solcher Gegenstände

GD INTPA

Der Rechnungshof prüfte eine Rechnung im Rahmen eines Zuschussvertrags über 2,56 Millionen Euro zur Förderung der Solarenergie in einem südostasiatischen Land.

Bei seinem Vor-Ort-Besuch untersuchte der Rechnungshof 15 Solarpaneele, die mit den Projektmitteln erworben worden waren. Diese Paneele waren zu Demonstrationszwecken aufgestellt worden, um kleinen Unternehmen praktische Solaranwendungen zu zeigen.

Die Prüfung des Rechnungshofs ergab, dass der Begünstigte die Paneele fünf Jahre lang aufbewahrt hatte, ohne sie zu verwenden. Danach hatte er die Paneele einer öffentlichen Sekundarschule gespendet, obwohl eine solche Verwendung im Vertrag nicht vorgesehen und auch nicht Gegenstand einer genehmigten Budgetänderung war. Daher betrachtete der Rechnungshof diese Kosten als nicht förderfähig.

Zudem stellte der Rechnungshof bei seinem Besuch in der Schule fest, dass nur zwei Solarpaneele verwendet wurden. Die übrigen dreizehn Paneele wurden noch ungenutzt gelagert.

### Beispiel für Bewertungskriterien, die nicht wie bekannt gegeben angewandt wurden

GD INTPA

Der Rechnungshof prüfte eine Rechnung im Rahmen eines Zuschussvertrags über 2,57 Millionen Euro, der mit einer Nichtregierungsorganisation (NRO) für COVID-19-Maßnahmen in einem südostasiatischen Land abgeschlossen worden war.

Er prüfte die Vergabe von Beratungsdienstleistungen durch die NRO im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens. Der Rechnungshof stellte fest, dass der Evaluierungsausschuss die in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Zuschlagskriterien und die darin vorgesehene Bewertungsmethode nicht angewandt hatte: Mehrere Qualifikationsanforderungen wurden nicht bewertet, es wurden zusätzliche Kriterien eingeführt, die in den Ausschreibungsunterlagen nicht vorgesehen waren, und es wurden abweichende Bewertungsskalen verwendet. Dies verstößt gegen die Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung.

Daher erachtete der Rechnungshof das Vergabeverfahren als vorschriftswidrig. Dies wirkte sich auf die Förderfähigkeit der Kosten aus.

**9.18.** In 19 Fällen quantifizierbarer Fehler, die auf die Endbegünstigten zurückzuführen waren, verfügte die Kommission über ausreichende Informationen, um die Fehler vor Anerkennung der Ausgaben zu verhindern bzw. aufzudecken und zu berichtigen. Hätte die Kommission alle ihr vorliegenden Informationen angemessen genutzt, wäre die für dieses Kapitel geschätzte Fehlerquote um 1,1 Prozentpunkte niedriger ausgefallen.

**9.19.** Der Rechnungshof stieß des Weiteren auf 33 Fälle, in denen rechtliche und finanzielle Bestimmungen nicht eingehalten wurden, was jedoch keine direkten finanziellen Auswirkungen auf den EU-Haushalt hatte. ***Kasten 9.2*** zeigt Beispiele für Fehler, die der Rechnungshof nicht quantifiziert hat.

## Kasten 9.2

### Beispiel für falsch berechnete Personalkosten

GD ECHO

Der Rechnungshof prüfte Ausgaben, die anhand von sieben verschiedenen Rechnungen im Rahmen von mit NRO abgeschlossenen Zuschussvereinbarungen mit direkter Mittelverwaltung geltend gemacht wurden.

Gemäß diesen Vereinbarungen sollten die Personalkosten entweder anhand von Tagessätzen berechnet werden, die auf der Grundlage der tatsächlichen jährlichen Kosten und einer im Voraus festgelegten Anzahl von Arbeitstagen ermittelt werden, oder anhand von Einheitskosten, die mit den etablierten Kostenrechnungsverfahren der NRO im Einklang stehen.

Bei keinem der geprüften Vorgänge waren die Personalkosten jedoch nach einer der beiden Methoden berechnet worden.

Der Rechnungshof war zwar der Auffassung, dass dieser Ansatz nicht mit den geltenden Vorschriften im Einklang steht, verfügte jedoch nicht über ausreichende Informationen, um den entsprechenden nicht förderfähigen Betrag zu berechnen.

### Beispiel für Wechselkursdifferenzen, die im Rahmen des Projekts geltend gemacht wurden

GD ENEST

Der Rechnungshof prüfte eine Rechnung im Rahmen einer Beitragsvereinbarung über 2,03 Millionen Euro zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in einem Land im Südkaukasus.

Nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung konnten Wechselkursschwankungen nur abgedeckt werden, wenn im Budget eine Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben vorgesehen war. Dies war jedoch nicht der Fall. Der Rechnungshof stellte fest, dass Währungsverluste und -gewinne trotzdem als Projektausgaben erfasst worden waren.

Er war zwar der Auffassung, dass dieser Ansatz nicht mit den geltenden Vorschriften im Einklang steht, verfügte jedoch nicht über ausreichende Informationen, um den entsprechenden nicht förderfähigen Betrag zu berechnen.

### Beispiel für die Nichteinhaltung der Sichtbarkeitsanforderungen der EU

GD ENEST

Der Rechnungshof prüfte eine Rechnung im Rahmen eines Zuschusses in Höhe von 1,0 Million Euro für die integrierte territoriale Entwicklung in einem Land im

Südkaukasus. Im Zuge der Prüfung wurden ausgewählte Arbeiten vor Ort überprüft.

Während seines Besuchs stellte der Rechnungshof fest, dass ein Sport- und Gesundheitszentrum und ein Außenbeleuchtungssystem, die im Rahmen des Projekts finanziert worden waren, keine sichtbaren Hinweise auf die finanzielle Unterstützung durch die EU aufwiesen.

Der Rechnungshof kam zu dem Schluss, dass dies einen Verstoß gegen die im Vertrag festgelegten Verpflichtungen im Hinblick auf die Sichtbarkeit darstellte, wonach die Begünstigten die EU-Finanzierung bekannt zu machen und das EU-Logo auf der finanzierten Infrastruktur anzubringen haben.

**9.20.** Im Laufe der Jahre stellte der Rechnungshof aufgrund der in zwei Ausgabenbereichen geltenden spezifischen Zahlungsbedingungen durchgängig weniger Fehler in diesen Bereichen fest. Bei diesen Bereichen handelt es sich um i) *Budgethilfe* und ii) Projekte, die der sogenannten *hypothetischen Strategie* unterliegen. Im Jahr 2025 prüfte der Rechnungshof vier Budgethilfevorgänge (im Jahr 2024 waren es drei) und zehn Vorgänge, bei denen die hypothetische Strategie angewandt wurde (dieselbe Anzahl an Vorgängen wie im Jahr 2024).

**9.21.** Budgethilfe ist ein Beitrag zum allgemeinen Haushalt eines Staates oder zu den vom betreffenden Land für eine spezifische Politik oder ein spezifisches Ziel bereitgestellten Mitteln. Im Jahr 2025 wurden aus dem Gesamthaushaltsplan der EU Budgethilfezahlungen in Höhe von 58 Millionen Euro finanziert. Der Rechnungshof untersuchte, ob die Kommission die Bedingungen für die Gewährung von Budgethilfezahlungen an die Partnerländer beachtet hatte und ob sie überprüft hatte, ob diese Länder die Fördervoraussetzungen (wie eine zufriedenstellende Verbesserung im Bereich des öffentlichen Finanzmanagements) erfüllten. Die Ordnungsmäßigkeitsprüfung des Rechnungshofs erstreckt sich nur bis zu dem Punkt, an dem die Kommission die Budgethilfemittel an das jeweilige Empfängerland auszahlt, da diese Mittel dann mit den Haushaltsmitteln des betreffenden Landes verschmelzen.

**9.22.** Im Rahmen der hypothetischen Strategie – wenn die Beiträge der Kommission zu von mehreren Gebern finanzierten Projekten mit den Beiträgen anderer Geber verschmelzen und nicht an spezifische identifizierbare Ausgaben gebunden sind – geht die Kommission davon aus, dass die Förderfähigkeitsregeln der EU bei den Ausgaben eingehalten wurden, solange der gemeinsam aufgebrachte Gesamtbetrag förderfähige Ausgaben abdeckt, die mindestens so hoch ausfallen wie der EU-Beitrag. Wo dies relevant war, hat der Rechnungshof diesen Ansatz bei seiner vertieften Prüfung berücksichtigt.

**9.23.** Bei der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge ermittelte der Rechnungshof auch Beispiele für wirksame Kontrollen durch die Kommission. Eines davon ist ***Kasten 9.3*** zu entnehmen.

## Kasten 9.3

### Beispiel für die wirksame Umsetzung von Zuschüssen

GD INTPA

Der Rechnungshof prüfte eine Rechnung, die einen mit einer NRO geschlossenen Zuschussvertrag mit einem Gesamtbudget von 0,65 Millionen Euro in einem westafrikanischen Land betraf. Ziel des Projekts war es, die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Integration und Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zu fördern.

Bei seinem Vor-Ort-Besuch überprüfte der Rechnungshof die Ausrüstung und Materialien, die in den Jahren 2022 und 2023 an mehrere Rehabilitationszentren geliefert worden waren. Der Rechnungshof inspizierte die beschafften Gegenstände und stellte fest, dass sie sich in einem ausgezeichneten Zustand befanden. Die Ausrüstung wurde aktiv genutzt und hatte die Kapazität der Zentren zur Erbringung von Rehabilitationsleistungen erheblich verbessert.

Die während der Prüfung erlangten Nachweise deuteten darauf hin, dass die Kontrollmechanismen der Kommission dazu beigetragen hatten sicherzustellen, dass die Mittel für den vorgesehenen Zweck verwendet wurden und dass die Maßnahme die erwarteten Outputs erbrachte.

# Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

## Jährlicher Tätigkeitsbericht der GD MENA

**9.24.** Der Rechnungshof überprüfte den jährlichen Tätigkeitsbericht der GD MENA für das Haushaltsjahr 2025. Schwerpunktmäßig befasste er sich mit der Frage, ob die GD MENA die Angaben zur Ordnungsmäßigkeit in ihrem jährlichen Tätigkeitsbericht gemäß den Anweisungen der Kommission vorgelegt und konsequent die Methode zur Schätzung künftiger Korrekturen und Wiedereinziehungen angewandt hatte.

**9.25.** Von den im Jahr 2025 akzeptierten Gesamtausgaben (1,15 Milliarden Euro) schätzte die GD MENA den Gesamtrisikobetrag zum Zeitpunkt der Zahlung auf 11,92 Millionen Euro (1,04 %). Der geschätzte Wert künftiger Korrekturen und Abzüge beläuft sich auf 0,01 % der gesamten betreffenden Ausgaben, während für das Risiko bei Abschluss ein Wert von 1,03 % berechnet wurde, was unter der *Wesentlichkeitsschwelle* liegt.

**9.26.** Das Risiko bei Abschluss für die GD MENA wurde auf der Grundlage einer von einem externen Auftragnehmer durchgeführten Analyse der *Restfehlerquote* ermittelt. Im Rahmen der Analyse wird die Quote der Fehler geschätzt, die die GD MENA bei ihren Verwaltungskontrollen in ihrem gesamten Zuständigkeitsbereich nicht aufgedeckt hat. Die Analyse dient als Grundlage für die Bewertung der Wirksamkeit dieser Kontrollen. Die Analyse der Restfehlerquote entspricht keinem *Auftrag zur Erlangung von Prüfungssicherheit* und stellt keine Prüfung dar. Für das Jahr 2025 wurde im Rahmen der Studie eine Stichprobe von 138 abgeschlossenen Verträgen untersucht.

**9.27.** Der Generaldirektor der GD MENA erklärte, dass die finanzielle Exposition der Generaldirektion unter der von der Kommission festgelegten Wesentlichkeitsschwelle von 2 % der akzeptierten Gesamtausgaben von 1,15 Milliarden Euro lag. Da die Anzahl der vom Rechnungshof kontrollierten Vorgänge nur einen kleinen Teil der Vorgänge darstellt, die von der GD MENA verwaltet werden (siehe Ziffer ***9.9***), ist der Rechnungshof nicht in der Lage, diese Aussage auf der Grundlage der Ergebnisse seiner Prüfungsarbeit zu bestätigen.

## Jährlicher Tätigkeitsbericht der GD INTPA

**9.28.** Die Einzelheiten der vom Rechnungshof in Bezug auf den jährlichen Tätigkeitsbericht 2025 der GD INTPA durchgeführten Arbeiten sind seinem Jahresbericht über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds zu entnehmen.

## Jährliche Management- und Leistungsbilanz

**9.29.** Der Rechnungshof überprüfte die in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2025 der Kommission enthaltenen Angaben zum geschätzten *Risiko bei Zahlung* für die Politikbereiche der Rubrik "Nachbarschaft und die Welt". Die Kommission gab für diese MFR-Rubrik kein Risiko bei Zahlung an.

# Weitere Elemente

**9.30.** Der Rechnungshof prüfte einen Vorgang, der Ausgaben außerhalb der jährlichen MFR-Obergrenzen betraf (siehe Ziffer ***9.9***). Der Vorgang bezog sich auf Zuschüsse, die im Rahmen der Ukraine-Fazilität gewährt wurden. Bei seiner Prüfung stellte der Rechnungshof keine Fehler fest. Da diese Ausgaben nicht unter die MFR-Rubrik 6 fallen, haben die entsprechenden Prüfungsergebnisse keine Auswirkungen auf die geschätzte Fehlerquote für diese Rubrik, wohl aber auf die vom Rechnungshof geschätzte Gesamtfehlerquote.

# Schlussfolgerung und Empfehlungen

## Schlussfolgerung

**9.31.** Insgesamt geht aus den vom Rechnungshof erlangten und in diesem Kapitel angeführten Prüfungsnachweisen hervor, dass die Ausgaben in der Rubrik "Nachbarschaft und die Welt" eine wesentliche Fehlerquote aufwiesen. Für diese MFR-Rubrik ergab die Prüfung von Vorgängen eine geschätzte Gesamtfehlerquote von 2,5 %.

## Empfehlungen

**9.32.** ***Anhang 9.2*** zeigt die Ergebnisse der vom Rechnungshof durchgeführten Weiterverfolgungsprüfung zu den vier Empfehlungen, die er in seinem Jahresbericht 2022 ausgesprochen hatte. In seinem Jahresbericht 2024 berichtete der Rechnungshof bereits über drei Empfehlungen. Die Kommission hatte sie vollständig umgesetzt. Eine vierte Empfehlung war nicht angenommen und daher überhaupt nicht umgesetzt worden.

**9.33.** Auf der Grundlage seiner Feststellungen und Schlussfolgerungen für 2025 unterbreitet der Rechnungshof folgende Empfehlungen:

### Empfehlung 9.1 – Das Verfahren für die Auswahl von Experten verbessern

Die Kommission sollte sicherstellen, dass im Rahmen ihres Verfahrens für die Zulassung von Experten bei Dienstleistungsaufträgen überprüft wird, ob die Berufserfahrung der Experten im Hinblick auf Dauer und Fachbereich der Leistungsbeschreibung entspricht.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

## Empfehlung 9.2 – Die Kontrollen verstärken, um zu verhindern, dass Vergütungskosten als direkte Kosten akzeptiert werden

Um das Risiko zu verringern, dass Kosten, die möglicherweise durch die Vergütung abgedeckt sind, im Rahmen von Beitragsvereinbarungen in den Lohn- und Gehaltskosten fälschlicherweise als direkte Kosten als akzeptiert werden, sollte die Kommission weitere Leitlinien bereitstellen, in denen präzisiert wird,

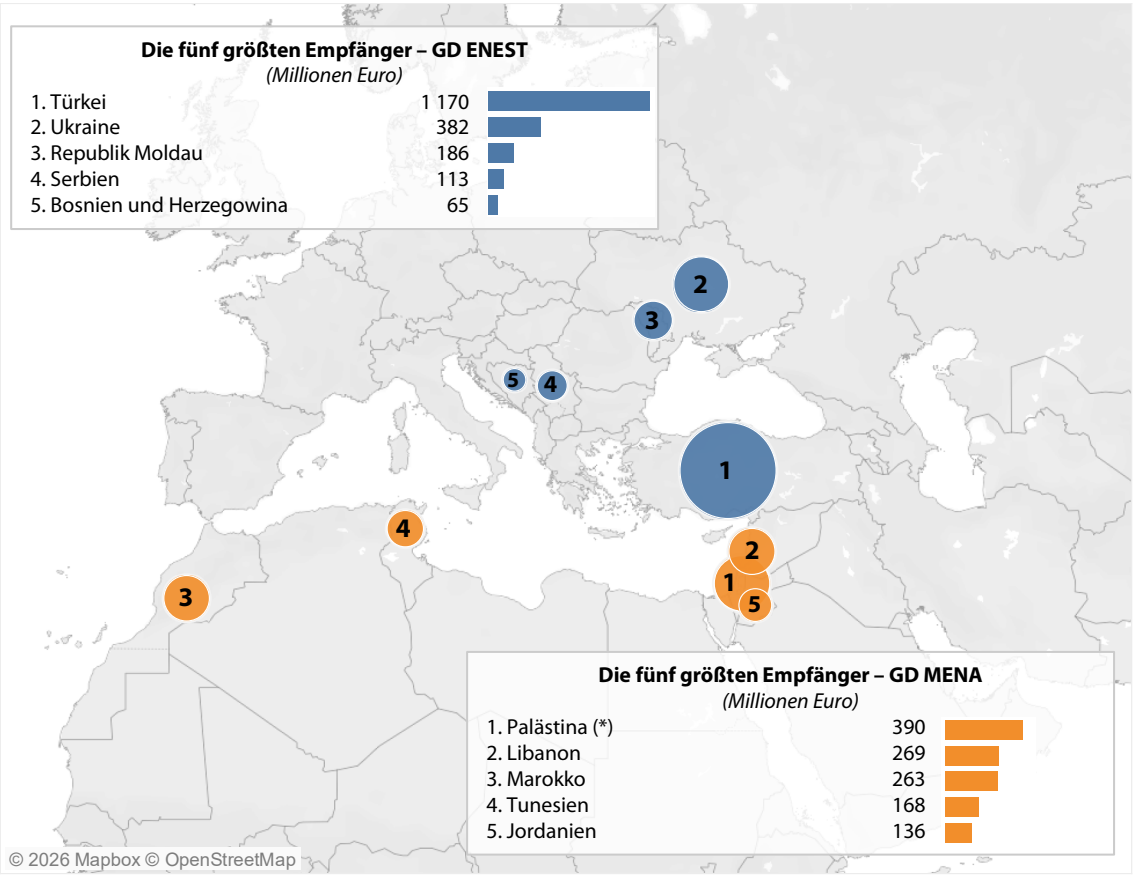
a) wie sich direkte Kosten und Vergütung voneinander unterscheiden;

b) dass in den geltend gemachten Lohn- und Gehaltskosten keine Ausgaben enthalten sein dürfen, bei denen es sich nicht um direkte förderfähige Kosten handelt und die möglicherweise bereits durch die Vergütung abgedeckt sind.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

# Anhänge

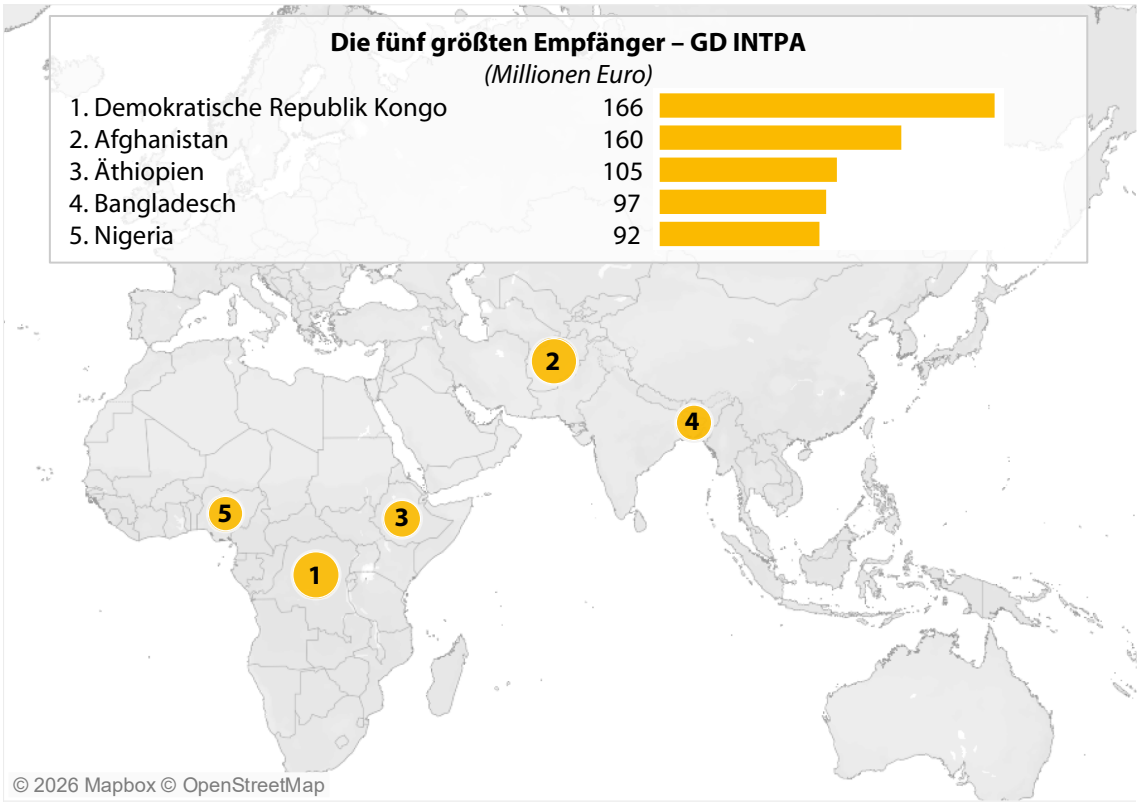
## Anhang 9.1 – Zahlungen der GD INTPA, der GD ENEST und der GD MENA an einzelne Länder




*Quelle:* Kartenhintergrund ©Mapbox und ©OpenStreetMap, lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 (CC BY-SA).

| GD NEAR[6]: Die fünf größten Mittelempfänger früherer Jahre *(in Millionen Euro)* | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **2021** | | **2022** | | **2023** | | **2024** | |
| Türkei | 127 | Ukraine | 714 | Türkei | 992 | Türkei | 1 077 |
| Moldau | 109 | Tunesien | 268 | Ukraine | 399 | Ukraine | 736 |
| Marokko | 106 | Ägypten | 124 | Serbien | 338 | Palästina (*) | 429 |
| Ägypten | 88 | Palästina (*) | 120 | Palästina (*) | 223 | Tunesien | 263 |
| Jordanien | 70 | Marokko | 102 | Marokko | 195 | Marokko | 228 |
| (*) Diese Bezeichnung ist nicht als Anerkennung eines Staates Palästina auszulegen und lässt die Standpunkte der einzelnen Mitgliedstaaten zu dieser Frage unberührt. | | | | | | | |

[6] Seit dem 1. Februar 2025 ist die GD NEAR in zwei getrennte Generaldirektionen aufgeteilt: die GD ENEST und die GD MENA.




*Quelle:* Kartenhintergrund ©Mapbox und ©OpenStreetMap, lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 (CC BY-SA).

Darüber hinaus leistete die GD INTPA Zahlungen an regionale Programme, die mehrere Länder abdeckten. Im Jahr 2025 beliefen sich diese Zahlungen auf 1,1 Milliarden Euro für Afrika, 197,1 Millionen Euro für Asien und 142,8 Millionen Euro für Nord-, Mittel- und Südamerika.

**GD INTPA: Die fünf größten Mittelempfänger früherer Jahre *(in Millionen Euro)***

| 2021 | | 2022 | | 2023 | | 2024 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bangladesch | 140 | Afghanistan | 200 | Afghanistan | 135 | Bangladesch | 166 |
| Irak | 103 | Dem. Rep. Kongo | 79 | Bangladesch | 120 | Afghanistan | 120 |
| Pakistan | 89 | Pakistan | 76 | Irak | 81 | Somalia | 88 |
| Nepal | 85 | Äthiopien | 76 | Pakistan | 79 | Sambia | 82 |
| Afghanistan | 77 | Jemen | 69 | Dem. Rep. Kongo | 76 | Nigeria | 7 |

# Anhang 9.2 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert; keine Informationen.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2022** | Der Rechnungshof unterbreitet der Kommission die folgende Empfehlung:<br>**Empfehlung 1:**<br>Die Kommission sollte die Kontrollen verstärken, um bei der Vergabe von Zuschüssen auf der Grundlage einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen rechtswidrige Abänderungen von Vorschlägen in der Phase der Auftragsvergabe zu verhindern.<br>Zieldatum für die Umsetzung: Juni 2024. | | | |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2022** | Der Rechnungshof unterbreitet der Kommission die folgende Empfehlung:<br>**Empfehlung 2:**<br>Die Kommission sollte gemäß dem Verfahrenshandbuch Risikobewertungen durchführen, um sicherzustellen, dass Vorfinanzierungen zwischen 60 000 Euro und 300 000 Euro nur dann ohne Bankgarantie ausgezahlt werden, wenn das Risiko als gering eingestuft wird.<br>Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2024. |  |  | |
| **2022** | Der Rechnungshof unterbreitet der Kommission die folgende Empfehlung:<br>**Empfehlung 3:**<br>Die Kommission sollte einen angemessenen Zeitrahmen festlegen, damit von Auftragnehmern für Zuschussverträge erstellte Ausgabenüberprüfungsberichte verfügbar sind, bevor Zahlungen abgewickelt oder Ausgaben abgerechnet werden.<br>Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2025. |  |  | |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2022** | Der Rechnungshof unterbreitete der Kommission (GD NEAR) die folgende Empfehlung:<br><br>**Empfehlung 4:**<br><br>Die Kommission sollte die Kontrollen verstärken, um Einziehungsanordnungen für nicht in Anspruch genommene Mittel aus Vorfinanzierungen von der Berechnung der *Korrekturkapazität* der GD NEAR auszunehmen.<br><br>Zieldatum für die Umsetzung: ab dem jährlichen Tätigkeitsbericht 2023. |  |  | |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Kapitel 10

## Europäische öffentliche Verwaltung

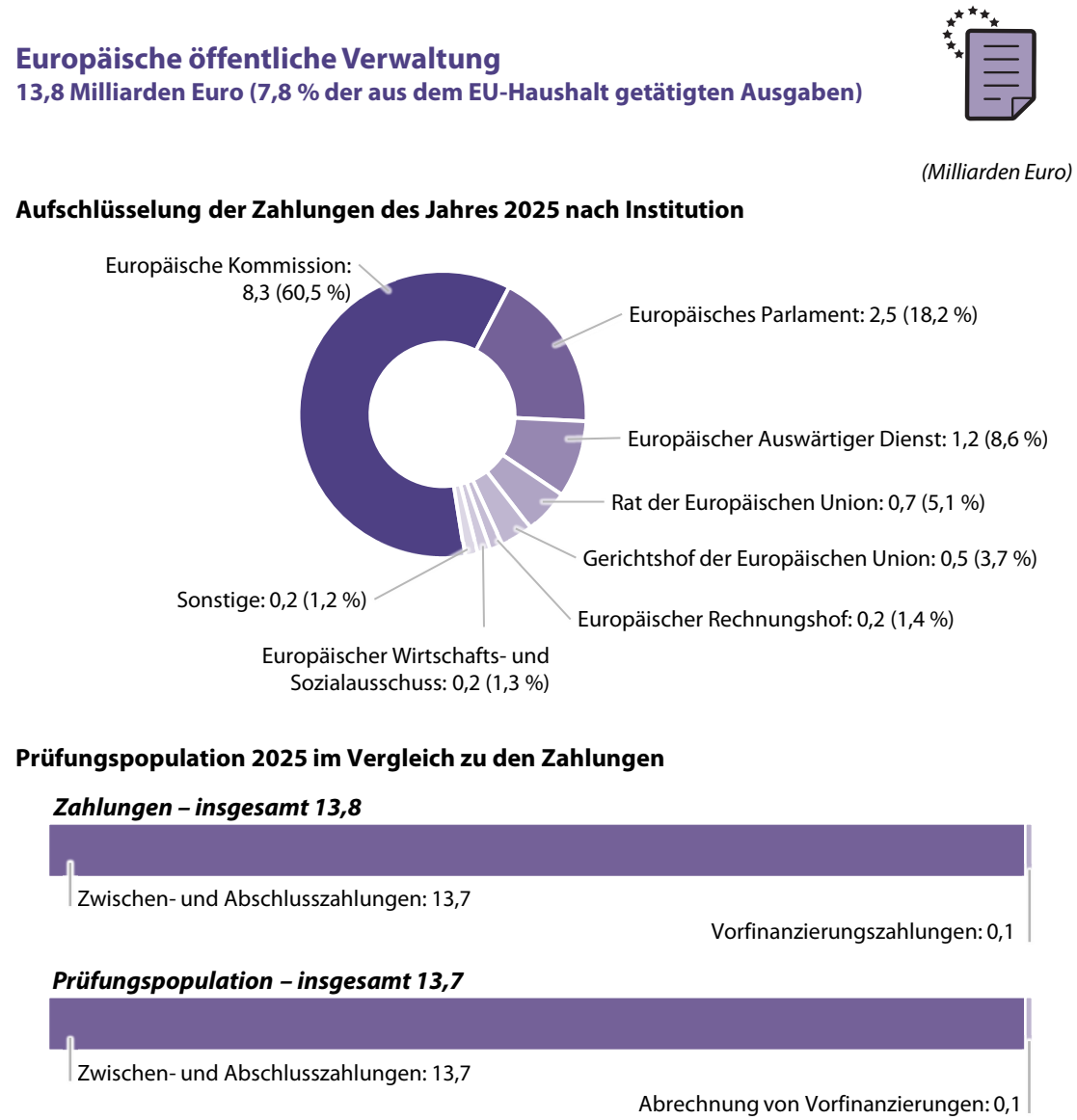
# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | **10.1. - 10.3.** |
| Kurzbeschreibung | 10.2. |
| Prüfungsumfang und Prüfungsansatz | 10.3. |
| **Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge** | **10.4. - 10.21.** |
| Europäisches Parlament | 10.7. - 10.9. |
| Rat der Europäischen Union | 10.10. - 10.11. |
| Europäische Kommission | 10.12. - 10.19. |
| Europäischer Rechnungshof | 10.20. |
| Europäischer Auswärtiger Dienst | 10.21. |
| **Untersuchung von Elementen der internen Kontrollsysteme** | **10.22. - 10.23.** |
| **Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen** | **10.24.** |
| **Schlussfolgerung und Empfehlungen** | **10.25. - 10.27.** |
| Schlussfolgerung | 10.25. |
| Empfehlungen | 10.26. - 10.27. |
| **Anhänge** | |
| Anhang 10.1 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen für die "Europäische öffentliche Verwaltung" | |

# Einleitung

**10.1.** Dieses Kapitel enthält die Feststellungen des Rechnungshofs zur MFR-Rubrik 7 "Europäische öffentliche Verwaltung". ***Abbildung 10.1*** gibt einen Überblick über die von den Organen und Einrichtungen der EU im Jahr 2025 unter dieser Rubrik getätigten Ausgaben.

## Abbildung 10.1 – Zahlungen und Prüfungspopulation




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus der *konsolidierten Jahresrechnung* 2025 der Europäischen Union.

## Kurzbeschreibung

**10.2.** Die Verwaltungsausgaben umfassen Ausgaben für Personal einschließlich Ruhegehälter, welche im Jahr 2025 rund 71 % der Gesamtausgaben ausmachten, sowie für Gebäude, Ausstattung, Kommunikation und Informationstechnologie. Seit vielen Jahren deutet die Arbeit des Rechnungshofs darauf hin, dass diese Ausgaben insgesamt mit einem geringen Risiko verbunden sind.

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**10.3.** Unter Anwendung seines Prüfungsansatzes und seiner Prüfungsmethoden (siehe ***Anhang 1.1***) untersuchte der Rechnungshof für diese MFR-Rubrik in Bezug auf das Jahr 2025 Folgendes:

a) eine statistisch repräsentative Stichprobe von 70 *Vorgängen*, die das gesamte Spektrum der Ausgaben innerhalb dieser Rubrik abdeckt und sich auf sämtliche Organe und Einrichtungen der EU erstreckt. Ziel des Rechnungshofs war es, die *Fehler*quote zu ermitteln und einen Beitrag zur *Zuverlässigkeitserklärung* zu leisten;

b) die Überwachungs- und Kontrollsysteme des Amts für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO), insbesondere die Umsetzung der Normen für die interne Kontrolle, das Risikomanagement und die Schlüsselkontrollen.

c) die Angaben zur *Ordnungsmäßigkeit*, die in den *jährlichen Tätigkeitsberichten* aller Organe und Einrichtungen der EU – einschließlich der für Verwaltungsausgaben primär zuständigen Generaldirektionen und Ämter der Europäischen Kommission[1] – enthalten sind und in die *jährliche Management- und Leistungsbilanz* der Kommission einfließen.

[1] Die Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit (GD HR), die Generaldirektion Digitale Dienste (GD DIGIT), das Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) und die Ämter für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel (OIB) und Luxemburg (OIL).

# Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

**10.4.** Von den 70 untersuchten Vorgängen wiesen 18 (26 %) Fehler auf. Die neun vom Rechnungshof quantifizierten Fehler ergaben eine geschätzte Fehlerquote unterhalb der *Wesentlichkeitsschwelle*.

**10.5.** Die vom Rechnungshof ermittelten *quantifizierbaren Fehler* betrafen die Ausgaben des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und des *Europäischen Auswärtigen Dienstes*. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Mängel im Zusammenhang mit der *Vergabe öffentlicher Aufträge*, wie z. B. fehlende wesentliche Unterlagen. Nicht quantifizierbare Fehler stellte der Rechnungshof beim Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, dem Gerichtshof der Europäischen Union und dem Europäischen Auswärtigen Dienst fest. Was den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen, den Europäischen Bürgerbeauftragten oder den Europäischen Datenschutzbeauftragten betrifft, so ermittelte er keine signifikanten Probleme. Der externe Prüfer des Europäischen Rechnungshofs berichtete über ein einziges Problem (siehe Ziffer ***10.20***). Über Fehler im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge berichtet der Rechnungshof in erster Linie im Abschnitt über das Organ, welches das betreffende Verfahren verwaltet hat.

**10.6.** Ein nicht quantifizierbarer Fehler betrifft alle Organe mit Sitz in Luxemburg. Dabei handelt es sich um eine Transportkostenzahlung an eine Elternvereinigung, die den Transport von Kindern zu den Europäischen Schulen in Luxemburg verwaltet. Der Rechnungshof stellte fest, dass hierfür ein schriftlicher vertraglicher Rahmen fehlte, in dem die Rechte und Pflichten der beteiligten Parteien festgelegt und die Bedingungen für die Berechnung, Prüfung und Leistung solcher Zahlungen aufgeführt sind. Dies führt zu Unsicherheit in Bezug auf die Zuständigkeiten und kann die Beilegung von Streitigkeiten oder die Behebung von Fehlern bei der Rechnungsstellung erschweren.

## Europäisches Parlament

**10.7.** Der Rechnungshof untersuchte 15 Vorgänge und stellte fest, dass zwei mit quantifizierbaren Fehlern behaftet waren. Ein Fehler betraf eine Zahlung an eine Fraktion. Bei einer Auftragsvergabe durch die Fraktion wurde nicht die gemäß den Vorschriften des Europäischen Parlaments erforderliche Anzahl an Angeboten eingeholt[2]. Dies schränkte den Wettbewerb ein. Bei einem anderen Vertrag im Zusammenhang mit dieser Zahlung gab es keine klare Unterscheidung zwischen Eignungs- und Zuschlagskriterien, und die Gewichtung der Zuschlagskriterien war nicht detailliert genug. Dies beeinträchtigte die Transparenz des Evaluierungsverfahrens.

**10.8.** Der andere Fehler betraf ein *Vergabeverfahren* mit einem IT-Rahmenvertrag mit einer Laufzeit von sechs Jahren, die nicht ausreichend begründet war. Gemäß der *Haushaltsordnung* darf die Laufzeit von Rahmenverträgen, außer in hinreichend begründeten Fällen, vier Jahre nicht überschreiten.

**10.9.** Darüber hinaus ermittelte der Rechnungshof einen mit einem nicht-quantifizierbaren Fehler behafteten Vorgang, im Zusammenhang mit dem die Europäische Kommission eine Zahlung geleistet hatte, wobei das entsprechende Vergabeverfahren vom Europäischen Parlament verwaltet worden war. Bei dem Verfahren fehlten in der Haushaltsordnung vorgeschriebene Unterlagen.

## Rat der Europäischen Union

**10.10.** Der Rechnungshof untersuchte vier Vorgänge und stellte fest, dass zwei mit quantifizierbaren Fehlern behaftet sind. Ein Fehler betraf eine Zahlung für IT-Dienstleistungen eines externen Dienstleisters, bei der ein Kriterium zur Festlegung des Stundensatzes eines Beraters nicht ordnungsgemäß angewandt wurde.

**10.11.** Der zweite quantifizierbare Fehler betraf einen von der Europäischen Kommission verwalteten Vertrag (siehe Ziffer ***10.16***).

---

[2] Regelung für den Haushaltsartikel 400 in ihrer zuletzt am 15. Juli 2024 geänderten Fassung.

## Europäische Kommission

**10.12.** Der Rechnungshof untersuchte 25 Vorgänge und stellte fest, dass drei mit quantifizierbaren Fehlern behaftet waren.

**10.13.** Einer dieser Fehler betraf die ungerechtfertigte Zahlung einer Wiedereinrichtungsbeihilfe an einen Ruhegehaltsempfänger. Der Rechnungshof kam zu dem Schluss, dass die bestehenden Kontrollen nicht ausreichten, um die fehlerhafte Feststellung der Ansprüche des Ruhegehaltsempfänger in diesem Fall zu verhindern.

**10.14.** Die anderen Fehler betrafen drei gebäudebezogene Vorgänge, die von Mängeln bei den Vergabeverfahren und dem Fehlen wesentlicher Unterlagen betroffen waren. Für den ersten dieser Vorgänge erlangte der Rechnungshof keine Nachweise dafür, dass wesentliche Unterlagen – wie eine Aufforderung zur Angebotsabgabe, die Spezifikationen der Ausschreibung oder die Bestätigung der Ernennung eines Eröffnungs- und Evaluierungsausschusses – verfügbar waren, wie dies in der Haushaltsordnung für Verhandlungsverfahren vorgeschrieben ist.

**10.15.** Der zweite gebäudebezogene Vorgang umfasste eine Zahlung für Ausstattungsarbeiten für ein Rechenzentrum, die mehr als 50 % der Gesamtkosten des Mietvertrags für dieses Zentrum ausmachte. Die Markterkundung, die dem Verhandlungsverfahren für den Mietvertrag vorausging, war im Wesentlichen unvollständig, da sie nur die Mietkosten, nicht aber die Ausstattungsarbeiten abdeckte. Folglich waren die Ausstattungsarbeiten weder Gegenstand einer unabhängigen Evaluierung noch eines wettbewerblichen Kostenvergleichs. Der Rechnungshof ist daher der Auffassung, dass das Verhandlungsverfahren nicht den Anforderungen der Haushaltsordnung entsprach. Der Rechnungshof stellte ferner fest, dass – ähnlich wie in den in Ziffer ***10.14*** genannten Fällen – wesentliche Unterlagen fehlten.

**10.16.** Darüber hinaus ermittelte der Rechnungshof quantifizierbare Fehler bei drei Vorgängen in der Stichprobe für andere Organe, bei denen die Vergabeverfahren von der Europäischen Kommission verwaltet wurden. Ein Vorgang, für den der Rat der Europäischen Union die Zahlung geleistet hat, betraf den Erwerb von Büroausstattung. Der entsprechende Rahmenvertrag enthielt eine Preisanpassungsklausel, die nicht mit dem EU-Vergaberecht im Einklang stand, da sie keinen Verweis auf einen unabhängigen Index, eine Formel oder einen überprüfbaren Referenzwert enthielt. Daher mangelte es dem Rahmenvertrag an der in der Haushaltsordnung vorgeschriebenen Objektivität und Transparenz.

**10.17.** Was den zweiten Vorgang betrifft, für den die Zahlung vom Europäischen Auswärtigen Dienst geleistet wurde, so enthielt die Aufforderung zur Angebotsabgabe keine Eignungs- und Zuschlagskriterien, wie dies in der Haushaltsordnung vorgeschrieben ist.

**10.18.** Der dritte Vorgang, für den die Zahlung durch den Europäischen Rechnungshof erfolgte, betraf einen Vertrag über den Erwerb von Ausrüstung und freiberuflichen Dienstleistungen. Die festgelegte Laufzeit des Vertrags von sechs Jahren war nicht ausreichend begründet. Dieser Fall ähnelt dem in Ziffer ***10.8*** beschriebenen Fall.

**10.19.** Ein weiterer gebäudebezogener Vorgang, bei dem ein nicht quantifizierbarer Fehler ermittelt wurde, betraf einen vom Europäischen Parlament verwalteten Vertrag (siehe Ziffer ***10.9***).

### Europäischer Rechnungshof

**10.20.** Der unabhängige externe Prüfer des Organs prüfte zwei Vorgänge und ermittelte einen quantifizierbaren Fehler im Zusammenhang mit einem von der Europäischen Kommission verwalteten Vertrag (siehe Ziffer ***10.18***).

### Europäischer Auswärtiger Dienst

**10.21.** Der Rechnungshof untersuchte 15 Vorgänge. Er stellte einen quantifizierbaren Fehler fest, der einen von der Europäischen Kommission verwalteten Vertrag betraf (siehe Ziffer ***10.17***).

# Untersuchung von Elementen der internen Kontrollsysteme

**10.22.** Der Rechnungshof untersuchte die Überwachungs- und Kontrollsysteme beim Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO), wie in Ziffer ***10.3*** Buchstabe ***(b)***dargelegt. Der Rechnungshof stellte fest, dass von den acht Referaten des Amtes nur eines kürzlich seine *sensiblen Stellen* überprüft hatte. Darüber hinaus war die Betrugsbekämpfungsstrategie 2022–2024 des PMO nicht aktualisiert worden, und es gab keine formelle, zeitnahe Evaluierung der Umsetzung der im zugehörigen Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen.

**10.23.** Seit 2019 automatisiert das PMO schrittweise seine Kontrollen, um zu überprüfen, ob die Ruhegehaltsempfänger weiterhin Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen haben. Bei der Überprüfung der Funktion zur Führung von Lebensnachweisen für Ruhegehaltsempfänger im IT-System des PMO stellte der Rechnungshof einige Mängel fest. Es fehlten:

a) regelmäßige Überprüfungen der Zugangsrechte der Nutzer;

b) ein Überwachungsprozess zur Ermittlung von Ruhegehaltsempfängern ohne Lebensnachweis und anschließende Folgemaßnahmen;

c) formelle Verfahren für Datenerfassungsbeauftragte und Validatoren betreffend die Bearbeitung der Lebensnachweise und die Überprüfung der Identität von Ruhegehaltsempfängern bei persönlichen Besuchen oder Telefongesprächen.

Dies kann die *Wirksamkeit* der automatisierten Kontrollen des PMO beeinträchtigen und das Risiko ungerechtfertigter Zahlungen sowie die Notwendigkeit ihrer Wiedereinziehung erhöhen.

# Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

**10.24.** Den vom Rechnungshof untersuchten jährlichen Tätigkeitsberichten zufolge wurden keine wesentlichen Fehlerquoten festgestellt; dies steht im Einklang mit den Prüfungsergebnissen des Rechnungshofs (siehe Ziffer ***10.4***).

# Schlussfolgerung und Empfehlungen

## Schlussfolgerung

**10.25.** Insgesamt geht aus den vom Rechnungshof erlangten und in diesem Kapitel dargelegten Prüfungsnachweisen hervor, dass die Ausgaben in der Rubrik "Europäische öffentliche Verwaltung" keine wesentliche Fehlerquote aufwiesen.

## Empfehlungen

**10.26.** ***Anhang 10.1*** zeigt die Weiterverfolgung der Empfehlung, die der Rechnungshof dem Europäischen Parlament in seinem Jahresbericht 2022 unterbreitet hat. Der Rechnungshof betrachtet diese Empfehlung als teilweise umgesetzt. Seine Prüfung in Bezug auf 2025 (siehe Ziffer ***10.7***) deutet darauf hin, dass diese Empfehlung nach wie vor relevant ist.

**10.27.** Auf der Grundlage seiner Prüfungsarbeit unterbreitet der Rechnungshof folgende Empfehlung:

### Empfehlung 10.1 – Die Kontrollen zur Überprüfung des Anspruchs von Ruhegehaltsempfängern auf fortgesetzte Ruhegehaltszahlungen verbessern

Das PMO sollte

a) seine Überwachungsprozesse stärken, um fehlende Lebensnachweise von Ruhegehaltsempfängern zu ermitteln und weiterzuverfolgen;

b) formelle Verfahren für die Bearbeitung von Lebensnachweisen in seinem IT-System und für die Überprüfung der Identität von Ruhegehaltsempfängern einführen.

**Zieldatum für die Umsetzung: Mitte 2027.**

# Anhänge

## Anhang 10.1 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen für die "Europäische öffentliche Verwaltung"

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert; keine Informationen.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2022** | Der Rechnungshof unterbreitet die folgende Empfehlung:<br><br>**Empfehlung 1:**<br><br>Die Verwaltung des Europäischen Parlaments sollte ihre Leitlinien bezüglich der Ausführung von Mitteln durch die europäischen Fraktionen verstärken und dem Präsidium des Parlaments Maßnahmen vorschlagen, um die Fraktionen zu verpflichten, die internen Vorschriften wirksam anzuwenden und die Einhaltung der Vergabeverfahren sicherzustellen.<br><br>Zieldatum für die Umsetzung: bis Ende 2024 | | | Die Verwaltung des Europäischen Parlaments hat daran gearbeitet, ihre Leitlinien bezüglich der Ausführung von *Mitteln* durch die europäischen Fraktionen zu verstärken, indem sie mehrere Schulungen organisiert und die Fraktionen bei der Anwendung der Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge unterstützt hat. Die Verwaltung hat jedoch dem Präsidium des Parlaments keine Maßnahmen vorgeschlagen, um die Fraktionen zu verpflichten, die internen Vorschriften des Parlaments wirksam anzuwenden und die Einhaltung der Vergabeverfahren sicherzustellen. |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Kapitel 11

## Aufbau- und Resilienzfazilität

# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | **11.1. - 11.10.** |
| **Kurzbeschreibung der ARF** | **11.1. - 11.5.** |
| Politische Ziele | 11.2. |
| Verwaltungs- und Kontrollrahmen | 11.3. - 11.4. |
| Stand der Durchführung | 11.5. |
| **Prüfungsumfang und Prüfungsansatz** | **11.6. - 11.10.** |
| **Bewertung der Erfüllung der Voraussetzungen für Zahlungen und für die Gewährung von Unterstützung** | **11.11. - 11.21.** |
| **Etappenziele und Zielwerte nicht zufriedenstellend erreicht** | **11.13. - 11.14.** |
| **Maßnahmen, die vor Beginn des Förderzeitraums auf den Weg gebracht wurden** | **11.15. - 11.17.** |
| **Doppelfinanzierung** | **11.18. - 11.21.** |
| **Untersuchung ausgewählter Überwachungs- und Kontrollsysteme** | **11.22. - 11.38.** |
| **Mängel bei der von der Kommission vorgenommenen vorläufigen Bewertung** | **11.22.** |
| **Zwar gibt es weniger noch nicht umgesetzte wichtige Empfehlungen aus den Prüfungen der Kommission, doch ist bei den meisten dieser Empfehlungen die Frist für die Umsetzung bereits abgelaufen** | **11.23. - 11.28.** |
| **Die Wirksamkeit der mitgliedstaatlichen Kontrollsysteme ist nach wie vor unzureichend** | **11.29. - 11.38.** |
| Es gibt nach wie vor Bedarf an Kontroll-Etappenzielen | 11.29. - 11.32. |
| Mängel in den Systemen einiger Mitgliedstaaten zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe und für staatliche Beihilfen | 11.33. - 11.37. |
| Mängel bei Zahlungsanträgen | 11.38. |

## Analyse der Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates 11.39. - 11.48.

Mehrere Durchführungsbeschlüsse des Rates wurden nach Einreichung des Zahlungsantrags geändert, um den tatsächlichen Ergebnissen Rechnung zu tragen 11.41. - 11.42.

Es wurde nicht immer hinreichend erklärt und häufig nicht durch geeignete Nachweise untermauert, dass objektive Umstände vorlagen 11.43. - 11.44.

Durch einige Änderungen wurden wichtige Durchführungsphasen aus der ARF-Maßnahme gestrichen 11.45.

Mängel in Bezug auf die Auswirkungen der Änderungen auf Kostenschätzungen 11.46. - 11.48.

## Probleme im Zusammenhang mit der Gestaltung von Maßnahmen, Etappenzielen und Zielwerten 11.49. - 11.53.

## Jährliche Tätigkeitsberichte und jährliche Management- und Leistungsbilanz 11.54. - 11.59.

## Schlussfolgerungen und Empfehlungen 11.60. - 11.62.

Schlussfolgerungen 11.60. - 11.61.

Empfehlungen 11.62.

## Anhänge

Anhang 11.1 – Prüfungsansatz und Prüfungsmethodik

Anhang 11.2 – Ergebnisse der Prüfung von Finanzhilfezahlungen an die Mitgliedstaaten

Anhang 11.3 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

# Einleitung

## Kurzbeschreibung der ARF

**11.1.** Die ARF wurde mit der Verordnung (EU) 2021/241 (nachfolgend "die Verordnung") eingerichtet, die am 19. Februar 2021 in Kraft trat. Die Verordnung wurde zweimal geändert: Zum ersten Mal im Februar 2023, um den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, ein "*REPowerEU*-Kapitel" in ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne aufzunehmen[1], und dann im Februar 2024[2], um den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, den Betrag, den sie zur Einrichtung der *Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP)* beigetragen haben, als geschätzte Kosten in ihre Aufbau- und Resilienzpläne aufzunehmen. Aus der ARF werden seit Beginn der COVID-19-Pandemie im Februar 2020 (im Falle von REPowerEU seit dem 1. Februar 2022) Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten unterstützt. Die ARF läuft bis 31. Dezember 2026.

### Politische Ziele

**11.2.** Das Hauptziel der ARF besteht darin, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie abzumildern und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu erhöhen und sie besser für künftige Herausforderungen zu rüsten, und zwar auch durch schnellere Fortschritte beim ökologischen und beim digitalen Wandel. Mit dem REPowerEU-Plan, der Antwort der EU auf die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verursachten Störungen auf dem globalen Energiemarkt, wurde ein weiteres Ziel hinzugefügt: durch die Umgestaltung des Energiesystems der EU deren Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu beenden.

---

[1] Verordnung (EU) 2023/435.

[2] Verordnung (EU) 2024/795.

## Verwaltungs- und Kontrollrahmen

**11.3.** Die Kommission führt die ARF im Wege der *direkten Mittelverwaltung* durch, was bedeutet, dass die Kommission unmittelbar für die Durchführung zuständig ist. Zahlungen im Rahmen der ARF erfolgen unter der Voraussetzung, dass die Mitgliedstaaten die *Etappenziele* und *Zielwerte* zufriedenstellend erreichen, die in den Anhängen der *Durchführungsbeschlüsse des Rates* zur Billigung ihrer nationalen Aufbau- und Resilienzpläne festgelegt sind[3]. Ferner dürfen Etappenziele oder Zielwerte, die zuvor bereits zufriedenstellend erreicht wurden, später nicht rückgängig gemacht werden, und es darf nicht gegen den Grundsatz der Vermeidung von Doppelfinanzierungen verstoßen werden. Zu den Voraussetzungen für die Gewährung von Unterstützung gehören gemäß der Verordnung die Einhaltung des Förderzeitraums, der Grundsatz der *Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen* und dass die Mittel (außer in hinreichend begründeten Fällen) nicht die wiederkehrenden nationalen Ausgaben ersetzen dürfen[4]. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass die Mittel im Einklang mit dem geltenden EU-Recht und dem geltenden nationalen Recht verwendet werden – insbesondere was die Prävention, Aufdeckung und Behebung von *Betrug*, Korruption und Interessenkonflikten betrifft. Die Mitgliedstaaten können bis zu zweimal jährlich Auszahlungsanträge einreichen, denen sie eine Zusammenfassung der Prüfungen sowie eine Verwaltungserklärung zu den bereitgestellten Informationen beifügen.

**11.4.** Wie in der Verordnung vorgeschrieben, überprüft die Kommission, ob die Etappenziele und Zielwerte zufriedenstellend erreicht wurden, was die Voraussetzung für Zahlungen im Rahmen der ARF ist. Die Einhaltung der EU- und der nationalen Vorschriften auf Ebene der Ausgaben gehört hingegen nicht zu den Voraussetzungen für den Erhalt von Zahlungen im Rahmen der ARF. Wie bereits in den Vorjahren berichtet, bedeutet dies, dass sich die Prüfungsarbeit des Rechnungshofs zur ARF erheblich von seiner Tätigkeit in Bezug auf andere Bereiche des EU-Haushalts unterscheidet[5], wo der Rechnungshof die Einhaltung aller einschlägigen EU- und nationalen Vorschriften bis zur Ebene der Endempfänger überprüft (z. B. Förderfähigkeit der angefallenen Kosten oder Einhaltung der für *staatliche Beihilfen* und die *öffentliche Auftragsvergabe* geltenden Vorschriften)[6].

---

[3] Artikel 24 Absatz 2 der "Verordnung" zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/241.

[4] Ebd., Artikel 5, Artikel 9, Artikel 17 Absatz 2 und Artikel 24 Absatz 3.

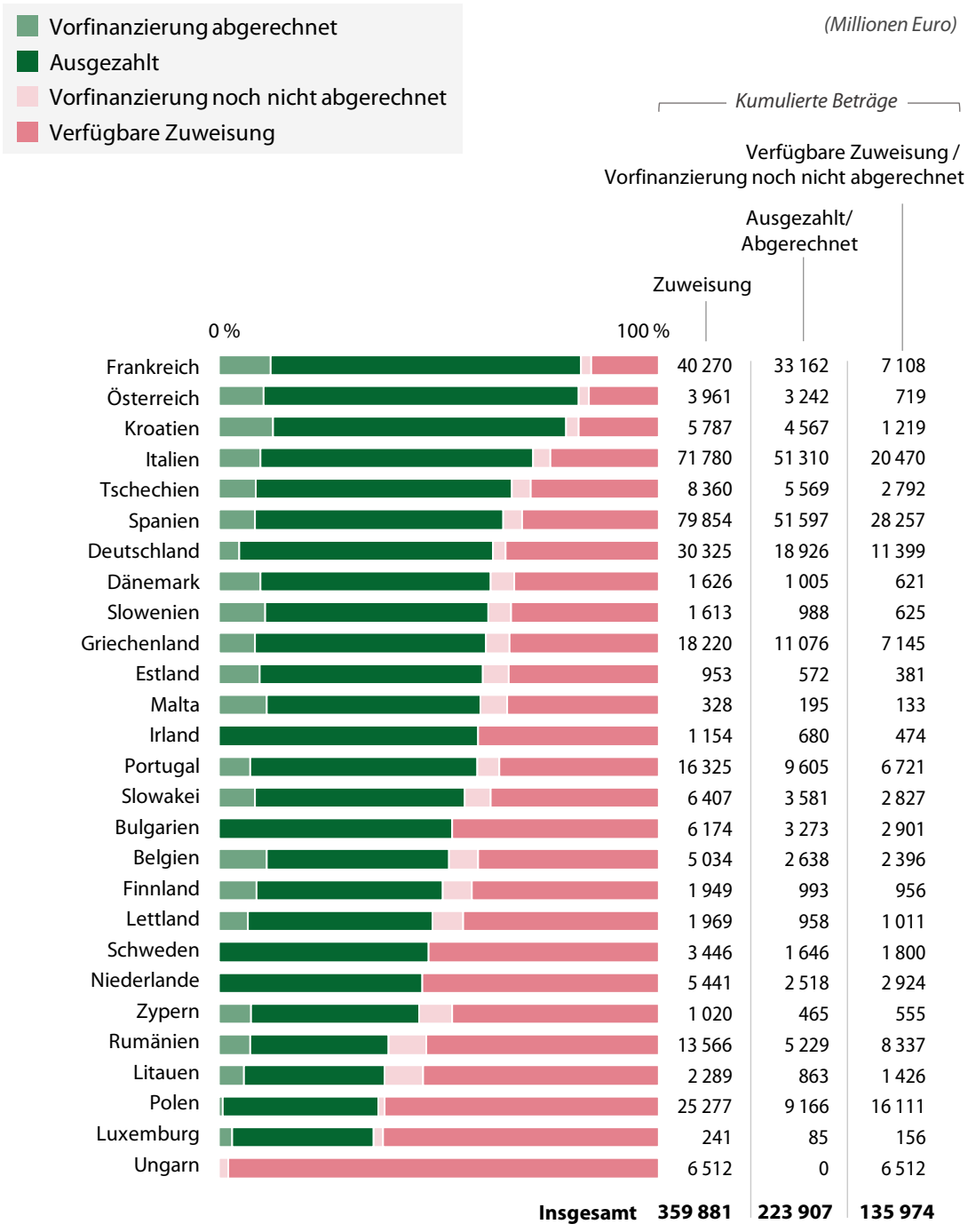
[5] Jahresbericht 2023, Ziffer XXXVIII.

[6] Ebd., Ziffer 11.13.

## Stand der Durchführung

**11.5.** Bis Ende 2025 hatte die Kommission 102 *Finanzhilfe*zahlungen (eine im Jahr 2021, 13 im Jahr 2022, 23 im Jahr 2023, 28 im Jahr 2024 und 37 im Jahr 2025) geleistet, und die Ausgaben beliefen sich auf insgesamt 223,9 Milliarden Euro. Das bedeutet, dass 38 % der insgesamt verfügbaren (Finanzhilfe-)Mittel im letzten Jahr der ARF noch für Auszahlungen zur Verfügung stehen (siehe ***Abbildung 11.1***). Der Rechnungshof stellt fest, dass Ungarn bis Ende 2025 noch keine Zahlungsanträge eingereicht hatte.

## Abbildung 11.1 – Fortschritte bei den Zahlungen der ARF-Finanzhilfen an die Mitgliedstaaten (Stand: 31. Dezember 2025)




| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Vorfinanzierung | 36 373 | 271 | 1 692 | 2 412 | 0 | **40 748** |
| Ausgezahlt | 10 000 | 46 897 | 46 326 | 53 484 | 40 078 | **196 785** |
| Abgerechnet | 1 494 | 6 803 | 7 150 | 6 370 | 5 305 | **27 122** |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**11.6.** Die ARF-Finanzhilfeausgaben beliefen sich 2025 auf insgesamt 45,4 Milliarden Euro, und die Prüfung des Rechnungshofs erstreckte sich auf alle 37 Finanzhilfezahlungen in Höhe von insgesamt 40,1 Milliarden Euro sowie die *Abrechnung* von Vorfinanzierungen in Höhe von insgesamt 5,3 Milliarden Euro.

**11.7.** Im Einklang mit seinem in ***Anhang 11.1*** beschriebenen Prüfungsansatz untersuchte der Rechnungshof zur Abgabe seines Prüfungsurteils über die Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben 2025 Folgendes:

a) 200 Etappenziele und 220 Zielwerte, die in den Anträgen für die 37 Finanzhilfezahlungen, die 2025 geleistet wurden, enthalten waren, um zu bewerten, ob die Voraussetzungen für Zahlungen und für die Gewährung von Unterstützung erfüllt waren (siehe ***Abbildung 11.2***). Der Rechnungshof deckt 40 % der Grundgesamtheit der Etappenziele und Zielwerte ab. Diese Bewertung umfasste

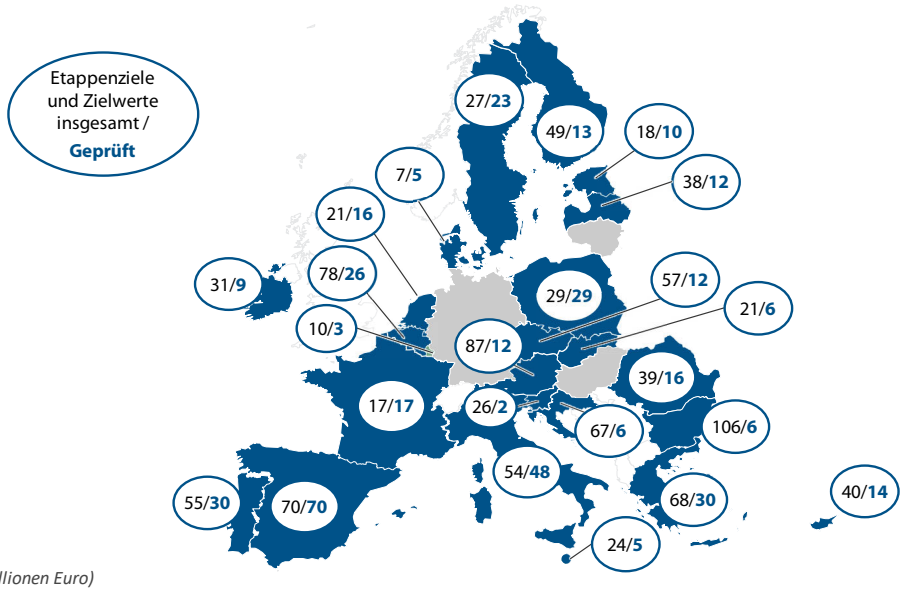
   i) eine Aktenprüfung der vorläufigen Bewertungen der Kommission sowie der acht Etappenziele im Zusammenhang mit den Prüfungs- und Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten;

   ii) Vor-Ort-Kontrollen betreffend 27 Etappenziele und Zielwerte in fünf Mitgliedstaaten (Belgien, Spanien, Lettland, Österreich und Polen);

b) die Berichte zu den Ex-post-Prüfungen der Kommission, um ihre Prüfungstätigkeit und die gemeldeten Feststellungen, einschließlich der Umsetzung der sich aus diesen Prüfungen ergebenden Empfehlungen, zu überprüfen;

c) die Berichterstattung der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) der Kommission zur Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben 2025 in ihrem *jährlichen Tätigkeitsbericht* sowie die Art und Weise, wie diese Informationen in der *jährlichen Management- und Leistungsbilanz* dargestellt werden.

## Abbildung 11.2 – Etappenziele und Zielwerte als Grundlage für die ARF-Ausgaben im Jahr 2025 (insgesamt und geprüft)




*(Millionen Euro)*

| | | Prüfungspopulation | | Prüfungsstichprobe | | Prozentsatz der geprüften Etappenziele und Zielwerte insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Mitgliedstaat** | **Ausgaben** | **Etappenziele insgesamt** | **Zielwerte insgesamt** | **Geprüfte Etappenziele** | **Geprüfte Zielwerte** | |
| Belgien (*) | 1 695 | 55 | 23 | **10** | **16** | 33 % |
| Bulgarien (*) | 1 904 | 96 | 10 | **2** | **4** | 6 % |
| Tschechien (*) | 2 003 | 31 | 26 | **2** | **10** | 21 % |
| Dänemark | 148 | 5 | 2 | **3** | **2** | 71 % |
| Estland | 143 | 13 | 5 | **6** | **4** | 56 % |
| Irland (*) | 356 | 19 | 12 | **2** | **7** | 29 % |
| Griechenland (*) | 3 997 | 58 | 10 | **20** | **10** | 44 % |
| Spanien (*) | 8 136 | 28 | 42 | **28** | **42** | 100 % |
| Frankreich | 3 776 | 7 | 10 | **7** | **10** | 100 % |
| Kroatien (*) | 1 204 | 29 | 38 | **2** | **4** | 9 % |
| Italien (*) | 8 836 | 31 | 23 | **25** | **23** | 89 % |
| Zypern (*) | 220 | 30 | 10 | **8** | **6** | 35 % |
| Lettland | 339 | 27 | 11 | **7** | **5** | 32 % |
| Luxemburg | 60 | 6 | 4 | **1** | **2** | 30 % |
| Malta | 57 | 12 | 12 | **3** | **2** | 21 % |
| Niederlande | 1 185 | 15 | 6 | **10** | **6** | 76 % |
| Österreich (*) | 2 438 | 63 | 24 | **6** | **6** | 14 % |
| Polen | 2 266 | 19 | 10 | **19** | **10** | 100 % |
| Portugal (*) | 2 176 | 31 | 24 | **6** | **24** | 55 % |
| Rumänien | 1 044 | 34 | 5 | **11** | **5** | 41 % |
| Slowenien | 463 | 20 | 6 | **1** | **1** | 8 % |
| Slowakei | 569 | 15 | 6 | **4** | **2** | 29 % |
| Finnland (*) | 720 | 39 | 10 | **7** | **6** | 27 % |
| Schweden | 1 646 | 14 | 13 | **10** | **13** | 85 % |
| **Insgesamt** | **45 383** | **697** | **342** | **200** | **220** | **40 %** |

(*) Im Jahr 2025 gab es mehr als eine Zahlung.
Zur Auswahl der Etappenziele und Zielwerte siehe ***Anhang 11.1***, Punkte ***(9)***–***(11)***. Der Umfang der Prüfungsarbeit des Rechnungshofs unterscheidet sich von Land zu Land, da sein Schwerpunkt auf Zahlungen von hohem Wert lag.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**11.8.** Die Prüfung des Rechnungshofs erstreckte sich weder auf die Ordnungsmäßigkeit der von den Endempfängern getätigten Ausgaben noch auf die ARF-Darlehenskomponente.

**11.9.** Angesichts der hohen Anzahl von Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates und deren Bedeutung für die wirksame Durchführung der ARF überprüfte der Rechnungshof darüber hinaus eine risikobasierte Stichprobe von 32 Änderungen (die im Zusammenhang mit 20 Etappenzielen und Zielwerten standen). Er untersuchte, inwieweit die Mitgliedstaaten begründeten, dass die jeweilige Änderung auf objektiven Umständen beruhte (Artikel 21 der Verordnung), sowie die anschließende Analyse durch die Kommission. Darüber hinaus untersucht der Rechnungshof derzeit im Rahmen einer gesonderten Prüfung, ob im Zuge der letzten Überarbeitungsrunden der Aufbau- und Resilienzpläne in den Jahren 2025/2026, wie sie von der Kommission bewertet und vom Rat genehmigt wurden, die ursprünglichen Ambitionen der Pläne insgesamt beibehalten wurden.

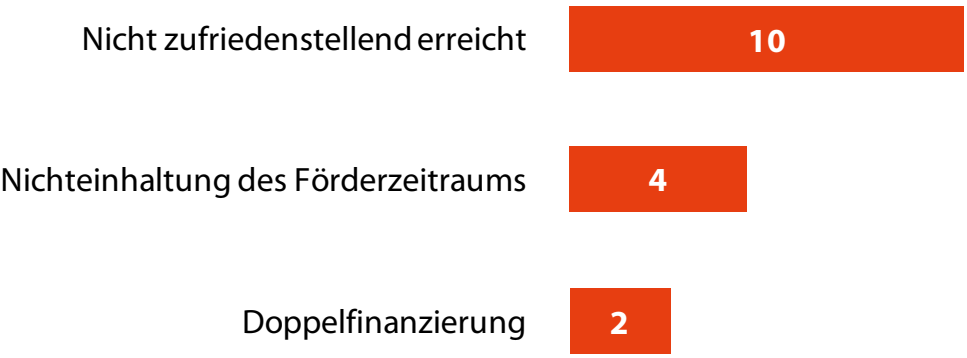
**11.10.** Der Rechnungshof untersuchte ferner eine risikobasierte Stichprobe von 20 öffentlichen Vergabeverfahren in fünf Mitgliedstaaten (Belgien, Spanien, Frankreich, Portugal und Rumänien) und zehn Fällen staatlicher Beihilfen in vier Mitgliedstaaten (Dänemark, Frankreich, Zypern und Schweden) im Zusammenhang mit im Jahr 2025 geleisteten ARF-Zahlungen. Ziel dieser Arbeiten war es festzustellen, ob die betreffenden Vorgänge im Einklang mit den EU-Vorschriften und den nationalen Vorschriften durchgeführt wurden.

# Bewertung der Erfüllung der Voraussetzungen für Zahlungen und für die Gewährung von Unterstützung

**11.11.** Der Rechnungshof gelangte bei 16 der untersuchten 420 Etappenziele und Zielwerte zu Feststellungen mit finanziellen *Auswirkungen* (siehe ***Anhang 11.2***). Diese betrafen neun der 37 ARF-Zahlungen (und damit verbundene Abrechnungen von Vorfinanzierungen) in neun Mitgliedstaaten. Der Rechnungshof kommt zu dem Schluss, dass die finanziellen Mindestauswirkungen dieser Feststellungen über seiner *Wesentlichkeitsschwelle* liegen.

**11.12.** Aufgrund der Art des Ausgabenmodells der ARF und da die Methode der Kommission zur Aussetzung von Zahlungen[7] auf zahlreichen Ermessensentscheidungen beruht, die zu unterschiedlichen Auslegungen führen können, legt der Rechnungshof keine *Fehler*quote vor, die mit anderen Ausgabenbereichen der EU vergleichbar wäre (siehe ***Anhang 11.1***). ***Abbildung 11.3*** sind die Arten von Feststellungen zu entnehmen, die finanzielle Auswirkungen haben.

**Abbildung 11.3 – Arten von Feststellungen, die finanzielle Auswirkungen haben**




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

[7] COM(2023) 99: Anhang II der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Zwei Jahre Aufbau- und Resilienzfazilität: Ein einzigartiges Instrument im Zentrum des ökologischen und digitalen Wandels in Europa.

## Etappenziele und Zielwerte nicht zufriedenstellend erreicht

**11.13.** Im Zuge seiner Prüfung ermittelte der Rechnungshof zehn Etappenziele und Zielwerte in sieben Mitgliedstaaten, die nicht zufriedenstellend erreicht wurden. Er stellte fest, dass nicht alle im Rahmen des Etappenziels oder Zielwerts erforderlichen Elemente erreicht wurden und dass diese fehlenden Elemente mehr als eine geringfügige, akzeptable Abweichung darstellten (siehe Beispiel in ***Kasten 11.1***). Dennoch hatte die Kommission die entsprechenden Zahlungen geleistet.

### Kasten 11.1

### Beispiel für ein Etappenziel, das nicht zufriedenstellend erreicht wurde

Polen – Beschreibung von Etappenziel B5G: "In der Verordnung werden Qualitätsstandards für feste Biomasse-Brennstoffe festgelegt, die für die Verwendung im Haushalt bestimmt sind, einschließlich Holzpellets."

Polen erließ im Mai 2025 eine Verordnung, in der Qualitätsstandards ausschließlich für Holzpellets (zwölf Standards) und -briketts (acht Standards) festgelegt wurden, welche für 14,9 % aller mit Biomasse befeuerten Heizungsanlagen in polnischen Haushalten verwendet werden. Die übrigen Arten von Biomasse (vor allem Brennholz), mit denen 85,1 % aller Heizanlagen befeuert werden, wurden im Rahmen der Verordnung nicht geregelt.

Die Kommission bewertete das Etappenziel als zufriedenstellend erreicht und stufte die Ausklammerung anderer Arten von Biomasse als "geringfügige Abweichung" ein. Die Kommission vertritt die Auffassung, die Festlegung von Qualitätsstandards sei für andere Arten von Biomasse nicht erforderlich gewesen, da diese den in "Anti-Smog"-Entschließungen festgelegten Standards unterliegen.

Bei den "Anti-Smog"-Entschließungen handelt es sich jedoch um regionale Rechtsakte und nicht – wie im Durchführungsbeschluss des Rates vorgeschrieben – um nationale Rechtsvorschriften. Darüber hinaus gibt es diese Entschließungen nur in 14 von 16 polnischen Regionen, und es wird nur ein Standard (maximale Luftfeuchtigkeit) für alle Arten von Biomasse, einschließlich Holzpellets und -briketts, festgelegt.

Der Rechnungshof erachtet die Abweichung nicht als geringfügig, da die überwiegende Mehrheit der in Haushalten verwendeten Biomasse-Brennstoffe nicht unter die im Rahmen dieses Etappenziels vorgesehene Verordnung fällt. Daher gelangte er zu dem Schluss, dass dieses Etappenziel nicht zufriedenstellend erreicht wurde.

Der Rechnungshof stellte ferner fest, dass auch bei den Zahlungen an Bulgarien, Irland, Griechenland, Spanien, Italien und Schweden bestimmte Etappenziele/Zielwerte nicht zufriedenstellend erreicht wurden.

**11.14.** Im vergangenen Jahr sah der Rechnungshof davon ab, eine Schlussfolgerung betreffend die zufriedenstellende Erreichung von zwei *Kontroll-Etappenzielen* im Rahmen der ersten Zahlung an Polen zu ziehen[8]. Mit diesen Etappenzielen, die eine Voraussetzung für jegliche ARF-Zahlungen an Polen darstellten, sollten die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte durch eine Reform der Disziplinarregelung für Richter gestärkt werden. Der Rechnungshof wies zwar auf schwerwiegende Mängel bei der Ernennung von Richtern hin, nahm aber keine abschließende Bewertung vor, da in der Rechtssache C-517/24 ein an den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) gerichtetes Vorabentscheidungsersuchen anhängig war, das diese Angelegenheit unmittelbar betraf. Der EuGH erklärte das Vorabentscheidungsersuchen später für unzulässig, da er sich nicht befugt sah, im Wege der Vorabentscheidung über das Ersuchen zu entscheiden. Folglich nahm der EuGH keine inhaltliche Prüfung der ihm von dem nationalen Gericht vorgelegten Fragen vor. Das Verfahren ist jedoch weiterhin vor dem nationalen Gericht anhängig. Der Rechnungshof weist allerdings darauf hin, dass weitere verbundene Rechtssachen, die mit diesen Etappenzielen in Zusammenhang stehen, nach wie vor vor dem EuGH anhängig sind (z. B. die Rechtssache C-555/24). Daher wartet er die endgültigen Urteile des EuGH in diesen Rechtssachen ab, bevor er abschließend bewertet, ob diese Etappenziele sowie ein weiteres damit zusammenhängendes Etappenziel zufriedenstellend erreicht wurden.

## Maßnahmen, die vor Beginn des Förderzeitraums auf den Weg gebracht wurden

**11.15.** In der Verordnung ist festgelegt, dass nur Maßnahmen, die ab dem 1. Februar 2020 begonnen haben[9], im Rahmen der ARF finanziert werden können. Die Verordnung enthält jedoch keine weiteren Kriterien dafür, was unter dem "Beginn" einer Maßnahme zu verstehen ist. Im Oktober 2024 veröffentlichte die Kommission Leitlinien[10], in denen klargestellt wird, dass sie den "Beginn" einer Maßnahme als Beginn der Umsetzung dieser Maßnahme vor Ort auslegt – den Zeitpunkt, zu dem Kosten anfallen.

---

[8] Jahresbericht 2024, Ziffer 11.16.

[9] Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung.

[10] COM(2024) 474: Anhang II des Berichts der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität.

**11.16.** Der Rechnungshof ist nach wie vor der Auffassung[11], dass als Beginn einer Maßnahme das Datum der ersten (rechtlichen) Verpflichtung (z. B. in Form eines Vertrags, Auftragsscheins oder eines Finanzierungsbeschlusses) zu betrachten ist, da dieser Zeitpunkt den Beginn der ersten Tätigkeit im Zusammenhang mit der Maßnahme darstellt. Ein solcher Vertrag oder Finanzierungsbeschluss begründet eine Verpflichtung, löst Wirtschafts- und Produktionstätigkeiten auf Ebene der Auftragnehmer und Unterauftragnehmer aus und führt zu Zahlungen.

**11.17.** Der Rechnungshof stellte fest, dass Projekte im Zusammenhang mit vier Zielwerten für zwei Zahlungen (Belgien und Schweden) vor Februar 2020 angelaufen waren. Daher hätten diese vier Projekte nicht aus der ARF finanziert werden dürfen.

## Doppelfinanzierung

**11.18.** Die Vermeidung von Doppelfinanzierung ist ein zentraler Grundsatz für die Förderfähigkeit von EU-Ausgaben[12] und für den Schutz der finanziellen Interessen der EU[13] von grundlegender Bedeutung.

**11.19.** In der Verordnung wird die herkömmliche kostenbasierte Definition von Doppelfinanzierung verwendet, auch wenn die Zahlungen aus der ARF keine Erstattung der entstandenen förderfähigen Kosten darstellen, sondern aufgrund der zufriedenstellenden Erreichung von Etappenzielen und Zielwerten erfolgen.
Der Rechnungshof ist der Auffassung, dass es im Rahmen der ARF zu Doppelfinanzierung kommt, wenn dieselben zugrunde liegenden Kosten eines Etappenziels oder Zielwerts zweimal finanziert und/oder wenn dieselben Leistungen zweimal geltend gemacht und somit zweimal finanziert werden. Folglich kann dieselbe Leistung nicht zweimal aus dem EU-Haushalt finanziert werden, auch wenn eines der betreffenden Finanzierungsinstrumente nicht kostenbasiert ist.

**11.20.** Der Rechnungshof kam in seinem Sonderbericht 22/2024 zu dem Schluss, dass die von der Kommission und den Mitgliedstaaten eingerichteten und umgesetzten Systeme nicht ausreichten, um das erhöhte Risiko einer Doppelfinanzierung durch die ARF und andere EU-Fonds angemessen zu mindern.

---

[11] Jahresbericht 2023, Ziffer 11.22.

[12] Artikel 191 Absatz 3 der Haushaltsordnung.

[13] Artikel 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 des Rates.

**11.21.** Der Rechnungshof stieß auf zwei Fälle von Doppelfinanzierung (siehe Beispiel in ***Kasten 11.2***), die nicht aus der ARF hätten finanziert werden dürfen.

**Kasten 11.2**

**Beispiel für ein Etappenziel, das aus der ARF und anderen EU-Fonds finanziert wurde**

Lettland – Beschreibung von Etappenziel 144: "*Die Bestandsaufnahme der Personalressourcen im Gesundheitswesen umfasst detaillierte Informationen über die Zahl der Angehörigen der Gesundheitsberufe, die in den verschiedenen Disziplinen im öffentlichen und privaten Sektor auf allen Ebenen der Gesundheitsversorgung tätig sind*."

Die Kommission ist der Auffassung, dass keine Doppelfinanzierung vorliegen kann, wenn aus der ARF nicht dieselben Kosten finanziert werden wie aus einem anderen Finanzierungsinstrument. Um dies zu überprüfen, stützt sie sich auf die von dem Mitgliedstaat im Aufbau- und Resilienzplan angegebenen Kosten.

Der Rechnungshof stellte fest, dass die für die Erreichung des Etappenziels zu erbringende Leistung – die Bestandsaufnahme der Personalressourcen im Gesundheitswesen – bereits vollständig im Rahmen eines aus dem EU-Instrument für technische Unterstützung geförderten Projekts finanziert, entwickelt und erbracht worden war.

Hierbei handelte es sich um einen der beiden in Lettland festgestellten Fälle von Doppelfinanzierung.

# Untersuchung ausgewählter Überwachungs- und Kontrollsysteme

## Mängel bei der von der Kommission vorgenommenen vorläufigen Bewertung

**11.22.** Bei zwölf der 16 Feststellungen mit finanziellen Auswirkungen stellte der Rechnungshof Mängel bei der von der Kommission vorgenommenen Bewertung fest. Darüber hinaus stieß der Rechnungshof auf weitere 28 Fälle von Mängeln bei der Bewertung der Kommission, die sich nicht auf die zufriedenstellende Erreichung des Etappenziels/Zielwerts auswirkten. In diesen Fällen führte die Kommission keine ausreichenden Kontrollen durch, um die Zuverlässigkeit der mit dem Zahlungsantrag vorgelegten Daten zu bewerten. Der Rechnungshof erhielt nähere Informationen von den Mitgliedstaaten (siehe Beispiel in ***Kasten 11.3***).

### Kasten 11.3

### Beispiel für einen Mangel bei der von der Kommission vorgenommenen vorläufigen Bewertung

Zypern – Beschreibung von Zielwert 193: "*Abbau des Verfahrensrückstaus bei der Ausstellung von Eigentumsurkunden … Von den insgesamt 20 000 ausstehenden Eigentumsurkunden werden 80 % entweder durch Ausstellung von Eigentumsurkunden oder durch Ablehnung des Falls abgewickelt.*"

Die Kommission stützte sich bei ihrer Bewertung auf einen von den zyprischen Behörden vorgelegten Fortschrittsbericht sowie auf eine aus der Ferne vorgenommene Systemüberprüfung. Allerdings überprüfte sie die Zuverlässigkeit der aggregierten Informationen nicht.

Insbesondere forderte die Kommission weder eine Liste der anhängigen oder abgeschlossenen Fälle an, noch überprüfte sie einzelne Anträge stichprobenartig, um die Richtigkeit der gemeldeten Zahlen zu verifizieren, wie in ihren Stichproben-Leitlinien vorgeschrieben.

Daher verfügte die Kommission nicht über ausreichende geeignete Belege, um zu bestätigen, ob 80 % des Rückstands der 20 000 ausstehenden Eigentumsurkunden abgebaut wurden.

## Zwar gibt es weniger noch nicht umgesetzte wichtige Empfehlungen aus den Prüfungen der Kommission, doch ist bei den meisten dieser Empfehlungen die Frist für die Umsetzung bereits abgelaufen

**11.23.** Nach Maßgabe der *Haushaltsordnung*[14] und der mit den Mitgliedstaaten unterzeichneten Finanzierungsvereinbarungen führt die Kommission Ex-post-Prüfungen durch, um Fehler bei bereits gebilligten Vorgängen festzustellen und zu korrigieren.

**11.24.** Seit 2021 hat die Kommission 37 abschließende Prüfungsberichte herausgegeben, die 852 Empfehlungen an 21 Mitgliedstaaten umfassten. Mit Stand vom 11. Mai 2026 war die Kommission der Auffassung, dass 758 Empfehlungen (89 %) umgesetzt worden waren und die Umsetzung der übrigen 94 (11 %) noch ausstand. Die Berichterstattung der Kommission gliedert sich in drei Hauptphasen (einen Kurzbericht, einen Berichtsentwurf und einen Abschlussbericht). Die Kommission setzt sich eine interne Frist von 40 Tagen nach Abschluss der Prüfungstätigkeit für die Fertigstellung des Prüfungsberichtsentwurfs. Der Rechnungshof stellte fest, dass sich Ende Mai 2026 34 Prüfungen bereits seit durchschnittlich neun Monaten nach Abschluss der Prüfungstätigkeit in der Phase des Kurzberichts befanden, was die Annahme möglicher Empfehlungen verzögert.

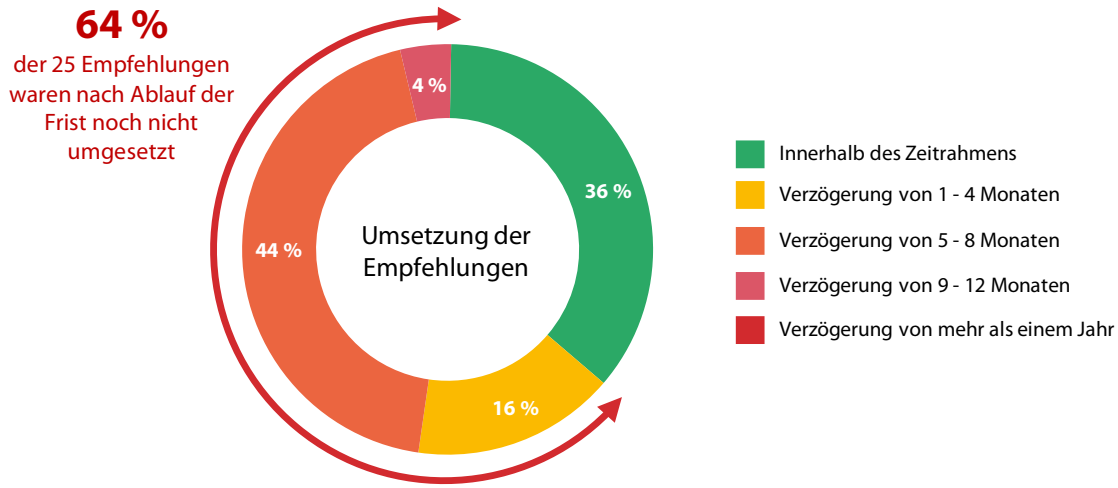
**11.25.** Die Kommission stuft ihre Feststellungen als kritisch, sehr wichtig, wichtig oder wünschenswert ein. Kritische oder sehr wichtige Feststellungen können zur Aufnahme von Kontroll-Etappenzielen (siehe Ziffer ***11.29***) oder zu einem *Vorbehalt* im jährlichen Tätigkeitsbericht der Kommission führen, wenn die Mitgliedstaaten die entsprechenden Empfehlungen noch nicht akzeptiert, sie abgelehnt oder sie nicht umgesetzt haben. Diese kritischen oder sehr wichtigen Feststellungen können auch einen gravierenden Verstoß gegen die Verpflichtungen aus der Finanzierungsvereinbarung bedeuten.

**11.26.** Die Anzahl der noch nicht umgesetzten Empfehlungen im Zusammenhang mit kritischen oder sehr wichtigen Feststellungen ist von 136 im Jahr 2025 auf 25 im Jahr 2026 zurückgegangen. Trotz dieser Verbesserung waren 64 % der letztgenannten Empfehlungen im letzten Jahr der ARF-Durchführung (mit Stand Dezember 2025) auch nach Ablauf der Frist noch nicht umgesetzt worden (siehe ***Abbildung 11.4***).

---

[14] Artikel 74 Absatz 6 der Haushaltsordnung.

**Abbildung 11.4 – Verzögerungen bei der Umsetzung von Empfehlungen im Zusammenhang mit kritischen und sehr wichtigen Feststellungen aus den Prüfungen der Kommission**




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**11.27.** ***Tabelle 11.1*** sind die Anzahl der Empfehlungen im Zusammenhang mit kritischen und sehr wichtigen Feststellungen in Bezug auf die Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten sowie Einzelheiten zu deren Umsetzung zu entnehmen.

## Tabelle 11.1 – Bei den meisten noch nicht umgesetzten Empfehlungen im Zusammenhang mit kritischen und sehr wichtigen Feststellungen ist die Frist bereits abgelaufen

| | Kritisch | | | Sehr wichtig | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Nicht umgesetzt | | Abgeschlossen | Nicht umgesetzt | | Abgeschlossen |
| | Nicht umgesetzt (Frist noch nicht abgelaufen) | Nicht umgesetzt (Frist abgelaufen) | | Nicht umgesetzt (Frist noch nicht abgelaufen) | Nicht umgesetzt (Frist abgelaufen) | |
| **Mängel in den Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten und beim Schutz der finanziellen Interessen der EU** | | | | | | |
| Mängel bei den Kontrollen in Bezug auf Interessenkonflikte, Doppelfinanzierung, Betrug und Korruption | - | 5 | 22 | - | 1 | 65 |
| Ungeeignete oder unzureichende Kontrollen der Einhaltung der EU- und nationalen Vorschriften (einschließlich bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und staatlicher Beihilfen) oder des Grundsatzes der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen | - | - | 8 | - | 4 | 43 |
| Mutmaßlicher Fall von Betrug | - | - | 2 | - | | 7 |
| Fehlende oder eingeschränkte Nutzung von Arachne als Instrument zur Risikoerkennung | - | - | - | 2 | - | 7 |
| **Mängel bei Zahlungsanträgen** | | | | | | |
| Nicht förderfähige Projekte oder Posten | - | - | 2 | - | - | 3 |
| Mängel bei den Prüfungen der nationalen Prüfstellen (z. B. fehlerhafte Bewertung, methodische Mängel) | - | - | - | 6 | - | 26 |
| Ungeeigneter oder unzureichender *Prüfpfad* oder Datenverwaltungsprozess | - | - | 43 | - | 1 | 78 |

| **Sonstige Mängel** | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Unzureichende Datenerhebung entgegen Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung | - | - | 14 | - | 4 | 27 |
| Fehlende Verwaltungskapazität / fehlende Schulungen oder fehlende klare Organisationsstruktur | - | - | 1 | - | - | 28 |
| Nichteinhaltung der Publizitätsvorschriften | - | - | 4 | 1 | 1 | 43 |
| **Insgesamt** (Anzahl der Empfehlungen / Mitgliedstaaten) | **-** | **5/2** | **96/12** | **9/1** | **11/6** | **327/19** |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**11.28.** Der Rechnungshof prüfte im Rahmen seiner Stichprobe acht abgeschlossene kritische und sehr wichtige Empfehlungen, um zu überprüfen, ob diese umgesetzt wurden. Er stellte fest, dass die Kommission zwei Empfehlungen abgeschlossen hatte, ohne dass entsprechende Nachweise vorgelegen hätten. In diesen beiden Fällen zielten die Empfehlungen darauf ab, dass bisher nicht angewandte Verfahren zum Schutz der finanziellen Interessen der Union künftig angewendet werden. Aus den vorgelegten Nachweisen ging nicht hervor, dass diese Verfahren tatsächlich angewendet wurden.

## Die Wirksamkeit der mitgliedstaatlichen Kontrollsysteme ist nach wie vor unzureichend

### Es gibt nach wie vor Bedarf an Kontroll-Etappenzielen

**11.29.** Stellt die Kommission bei ihren Prüfungen Mängel im Kontrollsystem eines Mitgliedstaats fest, so kann sie bei der Überarbeitung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans dieses Landes *Kontroll-Etappenziele* in den Plan aufnehmen. Durch die Aufnahme von Kontroll-Etappenzielen werden alle künftigen ARF-Zahlungen blockiert, bis der Mitgliedstaat die Etappenziele zufriedenstellend erfüllt. Der Rechnungshof betrachtet das Vorhandensein von Kontroll-Etappenzielen als positiven Schritt zur Verbesserung der Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten[15]. Die Erforderlichkeit von Kontroll-Etappenzielen deutet jedoch auch darauf hin, dass die Systeme der Mitgliedstaaten nicht vollständig wirksam sind.

**11.30.** Im Rahmen der Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs wird kein Urteil zur allgemeinen *Wirksamkeit* der Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten abgegeben. Dennoch kann der Rechnungshof anhand seiner Bewertung der zufriedenstellenden Erreichung der Kontroll-Etappenziele zentrale Komponenten dieser Systeme bewerten. Im Jahr 2025 (dem vorletzten Jahr der ARF) waren die Mitgliedstaaten noch mit der Umsetzung der Kontroll-Etappenziele beschäftigt, um sicherzustellen, dass ihre Kontrollsysteme auf die Durchführung der ARF vorbereitet sind. Insgesamt gelangt der Rechnungshof zu dem Schluss, dass alle acht Kontroll-Etappenziele im Zusammenhang mit den ARF-Finanzhilfezahlungen im Jahr 2025 zufriedenstellend erreicht wurden.

**11.31.** Bei den Mitgliedstaaten, bei denen die zweite oder eine spätere Zahlung vom Erreichen von Kontroll-Etappenzielen abhing, stellen die Mängel in ihren Kontrollsystemen bis zum Erreichen der Etappenziele ein Risiko für den Schutz der finanziellen Interessen der EU dar, was sich möglicherweise auf die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben auswirken könnte. Der Rechnungshof stellte fest, dass von den acht genannten Kontroll-Etappenzielen fünf (zwei betreffend Belgien und jeweils eines betreffend Irland, Österreich und Finnland) den zweiten Zahlungsantrag betrafen, während sich die übrigen drei (alle betreffend Schweden) auf den ersten Zahlungsantrag bezogen.

---

[15] Analyse 02/2025: "Leistungsorientierung, Rechenschaftspflicht und Transparenz: Lehren aus den Schwachstellen der ARF", Ziffer 63.

## Die Kontrollsysteme einiger Mitgliedstaaten weisen anhaltende Mängel auf

**11.32.** Auf der Grundlage der Analyse der Prüfungsberichte der Kommission sowie der Überprüfung der Umsetzung der einschlägigen Empfehlungen stellte der Rechnungshof Folgendes fest:

- Mit Blick auf Probleme im Zusammenhang mit Doppelfinanzierung wird im Bericht der Kommission über den *Schutz der finanziellen Interessen der EU* eine äußerst wichtige Feststellung zu Kontrollen in Bezug auf das Risiko von Doppelfinanzierung getroffen, wovon ein erheblicher Teil des Kontrollsystems eines Mitgliedstaats betroffen ist. Es besteht somit keine Gewähr dafür, dass dieser Mitgliedstaat seinen nationalen Aufbau- und Resilienzplan zwischen dem Zeitpunkt der Prüfungsfeststellung (Dezember 2023) und dem Zeitpunkt des Abschlusses der Empfehlung im Januar 2025 mit angemessenen Vorkehrungen zur Vermeidung von Doppelfinanzierung umsetzte.

- Darüber hinaus enthalten die Ex-post-Prüfungsberichte der Kommission sehr wichtige Feststellungen zu Interessenkonflikten in zwei Mitgliedstaaten. Somit besteht – zumindest seit (im August 2023 bzw. Mai 2024) die Prüfungsfeststellungen getroffen wurden – keine Gewähr dafür, dass die beiden Mitgliedstaaten ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne mit angemessenen Schutzvorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten umsetzten. Die Feststellungen waren zum Zeitpunkt der Kontrollen des Rechnungshofs noch offen. Darüber hinaus stellte die Kommission (im Oktober 2023 und August 2024) erhebliche Mängel (kritische und sehr wichtige Feststellungen) in den Kontrollsystemen eines anderen Mitgliedstaats fest. Somit besteht – zumindest im Zeitraum zwischen den Prüfungsfeststellungen und dem Abschluss der Empfehlungen im November 2025 – keine Gewähr dafür, dass dieser Mitgliedstaat seinen nationalen Aufbau- und Resilienzplan mit angemessenen Schutzvorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten umsetzte.

Der Rechnungshof kann die betroffenen Mitgliedstaaten nicht nennen, da die Kommission die oben genannten Prüfungsberichte bis zum Abschluss des Verfahrens zur Weiterverfolgung all ihrer Empfehlungen als vertraulich betrachtet.

## Mängel in den Systemen einiger Mitgliedstaaten zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe und für staatliche Beihilfen

**11.33.** Obwohl die Einhaltung der Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und für staatliche Beihilfen keine Voraussetzung für die Zahlung von ARF-Mitteln an die Mitgliedstaaten ist, müssen die Mitgliedstaaten zum Schutz der finanziellen Interessen der EU sicherstellen, dass ARF-Projekte mit diesen Vorschriften im Einklang stehen. Als die für den Haushaltsvollzug letztlich verantwortliche Stelle muss die Kommission sicherstellen, dass die Systeme der Mitgliedstaaten zweckmäßig funktionieren. In seinem Sonderbericht 09/2025[16] stellte der Rechnungshof Mängel in Bezug auf die Systeme der Mitgliedstaaten zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe und für staatliche Beihilfen fest. Er stellt fest, dass Verstöße gegen diese Vorschriften ein dauerhaftes Problem bei den Kohäsionsausgaben und in sonstigen Bereichen der Haushaltsausgaben sind.

**11.34.** Der Rechnungshof stellte folgende Verstöße gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge fest:

a) In zwei Fällen (in Spanien und Rumänien) begründete der öffentliche Auftraggeber seine Entscheidung, die Aufträge nicht in Lose aufzuteilen, nicht.

b) In einem Fall in Rumänien wandte der öffentliche Auftraggeber entgegen den Rechtsvorschriften ein vereinfachtes Verfahren an und stellte die ordnungsgemäße Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung nicht sicher.

c) In einem Fall in Rumänien wandte der öffentliche Auftraggeber entgegen den Rechtsvorschriften ein Verhandlungsverfahren ohne vorherige Veröffentlichung an.

**11.35.** Der Rechnungshof stellte weitere Probleme bei der Einhaltung von Rechtsvorschriften fest, die die Ordnungsmäßigkeit der betreffenden Verfahren insgesamt jedoch nicht beeinträchtigen. Zu diesen Problemen gehörten fehlende Kontrollen zur Vermeidung/Aufdeckung von Interessenkonflikten (vier Fälle in Belgien und Frankreich) sowie die nicht erfolgte Veröffentlichung der Vergabebekanntmachung (vier Fälle in Frankreich).

---

[16] Sonderbericht 09/2025: "Systeme zur Sicherstellung der Übereinstimmung der ARF-Ausgaben mit den Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe und für staatliche Beihilfen: Verbesserungen zu verzeichnen, Systeme aber noch immer unzureichend".

**11.36.** In Bezug auf die Vorschriften über staatliche Beihilfen stellte der Rechnungshof die folgenden Unregelmäßigkeiten fest:

a) künstliche Aufteilung von Projekten zur Vermeidung der Anmeldeschwellen[17] (siehe Beispiel in ***Kasten 11.4***) und fehlerhafte Berechnung der förderfähigen Kosten (zwei Fälle/Projekte in Schweden);

b) Nichteinhaltung der Ausschlusskriterien (vier Fälle/Projekte in Frankreich) und verspätete Veröffentlichung von Transparenzinformationen (ein Fall/Projekt in Frankreich);

c) Mängel bei der Bewertung der Einhaltung der De-minimis-Schwellenwerte[18] (zwei Fälle/Projekte in Dänemark).

[17] Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mit ihren späteren Änderungen – konsolidierte Fassung, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 1. Juli 2023 (AGVO) (in der geänderten Fassung).

[18] Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen.

## Kasten 11.4

### Beispiel für einen Verstoß gegen die Vorschriften über staatliche Beihilfen

Schweden Zielwert 1 – "Vergabe von Projekten zur Verringerung der Kohlendioxidemissionen um voraussichtlich 300 000 t"

Am 9. Dezember 2021 gewährte das schwedische Amt für Umweltschutz demselben begünstigten Unternehmen durch 24 separate Finanzhilfebeschlüsse staatliche Beihilfen[19]. Die förderfähigen Gesamtkosten beliefen sich für alle 24 Beschlüsse auf 506,9 Millionen SEK (das entspricht 49,5 Millionen Euro) und die im Rahmen aller 24 Beschlüsse gewährten Beihilfen auf insgesamt 354,9 Millionen SEK (bzw. 34,6 Millionen Euro).

Der Rechnungshof stellte fest, dass alle Beschlüsse demselben Empfänger im Rahmen derselben Regelung Beihilfen gewährten und von derselben Bewilligungsbehörde am selben Tag genehmigt wurden. Aus den Einzelheiten des Antrags des einzigen Empfängers und der Fortschrittsberichte geht die Absicht hervor, dass ein Netz von Wasserstofftankstellen aufgebaut werden soll.

Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen ist der Rechnungshof der Auffassung, dass sich die 24 Finanzhilfebeschlüsse auf ein einziges Projekt beziehen. Da die förderfähigen Gesamtkosten und die insgesamt gewährten Beihilfen oberhalb der Anmeldeschwellen[20] liegen, hätten die Beihilfen nicht gewährt werden dürfen, ohne bei der Kommission angemeldet zu werden.

Der Rechnungshof stellt fest, dass 13 der 24 Finanzhilfebeschlüsse später annulliert und 192,3 Millionen SEK wieder eingezogen wurden.

**11.37.** Der Rechnungshof stellte darüber hinaus weitere Probleme bei der Einhaltung von Rechtsvorschriften fest, die die Ordnungsmäßigkeit der betreffenden Verfahren oder Fälle insgesamt jedoch nicht beeinträchtigen. Dabei handelte es sich um unwesentliche Verstöße gegen die AGVO in Bezug auf die Einstufung als "kleines oder mittleres Unternehmen"[21] (ein Fall/Projekt in Frankreich) und Mängel in Bezug auf die Aufzeichnungspflicht für De-minimis-Beihilfen (zwei Fälle/Projekte in Dänemark).

---

[19] Gemäß Artikel 56 AGVO.

[20] Gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe cc AGVO.

[21] Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (Text von Bedeutung für den EWR) (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 1422) (2003/361/EC).

### Mängel bei Zahlungsanträgen

**11.38.** Der Rechnungshof stellte Unstimmigkeiten in den Zahlungsanträgen von vier Mitgliedstaaten (Italien, Polen, Slowakei und Schweden) fest. In zwei Fällen (Italien und Schweden) stellte der Rechnungshof Probleme bezüglich der Verwaltungserklärungen fest. Diese Erklärungen sollen die Gewähr bieten, dass die mit dem Zahlungsantrag übermittelten Angaben vollständig, sachlich richtig und verlässlich sind[22]. In ihren an die Kommission gerichteten Verwaltungserklärungen sollten die Mitgliedstaaten erforderlichenfalls *Vorbehalte* geltend machen, um auf fehlende Belege hinzuweisen. Der Rechnungshof stellte fest, dass diesen beiden Mitgliedstaaten bei der Einreichung des Zahlungsantrags bekannt war, dass nur unzureichende Nachweise für die zufriedenstellende Erreichung einiger Etappenziele und Zielwerte vorlagen. Keiner dieser beiden Mitgliedstaaten machte jedoch in seiner Verwaltungserklärung einen Vorbehalt geltend, der darauf hingewiesen hätte, dass ein Etappenziel/Zielwert zum Zeitpunkt des Zahlungsantrags nur teilweise erreicht war.

[22] Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung.

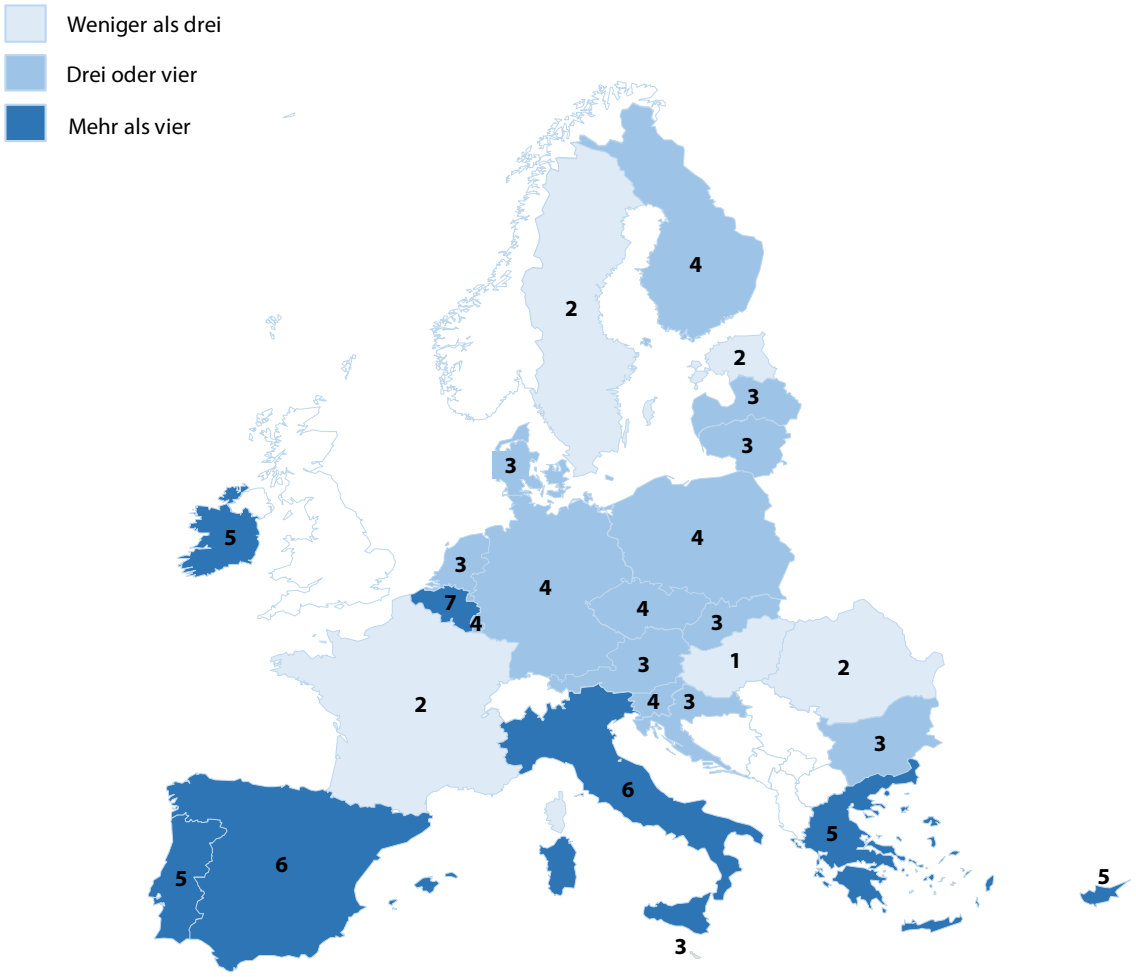
# Analyse der Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates

**11.39.** Die Mitgliedstaaten können eine Änderung ihres nationalen Aufbau- und Resilienzplans beantragen[23], wenn ein oder mehrere Etappenziele und Zielwerte aufgrund objektiv vorliegender Umstände nicht mehr erreicht werden können. Im Falle einer positiven Bewertung der Kommission legt diese dem Rat einen Vorschlag zur Änderung des Durchführungsbeschlusses vor, der vom Rat angenommen wird. Im Juni 2025 legte die Kommission eine Mitteilung vor[24], in der sie den Mitgliedstaaten Möglichkeiten aufzeigt, wie sie ihre Aufbau- und Resilienzpläne straffen können und dabei gleichzeitig ihre Mittelzuweisung für die Pläne sichern und gewährleisten, dass alle in der Verordnung festgelegten Bewertungskriterien erfüllt werden. Im Zeitraum vom Beginn der ARF bis Ende Dezember 2025 nahm der Rat 99 Änderungen an, wobei die Zahl der Änderungen von einer in Ungarn bis zu sieben in Belgien reichte (siehe ***Abbildung 11.5***). Im Rahmen seiner Arbeit deckte der Rechnungshof Etappenziele und Zielwerte von 18 Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates ab.

[23] Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung.

[24] COM(2025) 310 final/2 – Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – NextGenerationEU – Der Weg bis 2026.

## Abbildung 11.5 – Bis Ende 2025 angenommene Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates




*Stand 31.12.2025*

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten des ARF-Scoreboards.

**11.40.** Der Rechnungshof prüfte 32 Änderungen von 20 Etappenzielen und Zielwerten in acht Mitgliedstaaten[25], die auf 18 Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates zurückzuführen waren. Er analysierte, ob die Mitgliedstaaten angemessen begründeten, dass objektive Umstände für die Beantragung einer Änderung der Durchführungsbeschlüsse des Rates vorlagen. Darüber hinaus untersuchte der Rechnungshof, ob die Kommission die Änderungen auf der Grundlage hinreichender Nachweise für die von den Mitgliedstaaten vorgebrachte Begründung bewertete.

[25] Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Lettland, Niederlande, Polen und Slowakei.

### Mehrere Durchführungsbeschlüsse des Rates wurden nach Einreichung des Zahlungsantrags geändert, um den tatsächlichen Ergebnissen Rechnung zu tragen

**11.41.** Der Rechnungshof stellte fest, dass bei 13 analysierten Etappenzielen und Zielwerten (die 13 der 32 Änderungen betrafen) die Anforderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates für diese Etappenziele und Zielwerte geändert wurden, nachdem die Mitgliedstaaten die betreffenden Zahlungsanträge bei der Kommission eingereicht hatten (siehe Beispiel in ***Kasten 11.5***). In neun Fällen wurde der Antrag auf Änderung des Durchführungsbeschlusses des Rates erst nach Einreichung des Zahlungsantrags gestellt. Die Durchführungsbeschlüsse des Rates wurden während der vorläufigen Bewertung der zufriedenstellenden Erreichung angenommen und auf die tatsächlich erzielten *Outputs* abgestimmt, was die Zahlung ermöglichte.

**11.42.** In der Verordnung ist keine Frist für die Beantragung von Änderungen festgelegt. Nach Auffassung des Rechnungshofs schmälert die Praxis, die Anforderungen für Etappenziele und Zielwerte, für die eine Zahlung beantragt wurde, zu ändern, die finanzielle Hebelwirkung der EU und sendet die Botschaft, dass eine nicht zufriedenstellende Erreichung vermieden werden kann, indem ein Durchführungsbeschluss des Rates geändert wird, um die Zahlung freizugeben.

### Es wurde nicht immer hinreichend erklärt und häufig nicht durch geeignete Nachweise untermauert, dass objektive Umstände vorlagen

**11.43.** Die Mitgliedstaaten müssen eine angemessene Begründung vorlegen und nachweisen, dass es einen eindeutigen kausalen Zusammenhang zwischen den objektiven Umständen und der Tatsache gibt, dass die Maßnahme nicht mehr wie geplant durchführbar ist oder der Verwaltungsaufwand verringert werden muss[26]. Die Mitgliedstaaten sollten zur Untermauerung der genannten Umstände Nachweise vorlegen.

[26] Leitlinien für die Aufbau- und Resilienzpläne im Kontext von REPowerEU (2023/C 80/01); Leitlinien zu den Aufbau- und Resilienzplänen (C/2024/4618).

**11.44.** Der Rechnungshof stellte fest, dass bei 17 der 32 Änderungen die objektiven Umstände hinreichend beschrieben, aber nicht durch ausreichende Nachweise untermauert wurden. Bei zwölf weiteren stellte er fest, dass die Mitgliedstaaten weder hinreichend erläuterten noch hinreichend belegten, dass objektive Umstände vorlagen (siehe Beispiel in ***Kasten 11.5***).

## Durch einige Änderungen wurden wichtige Durchführungsphasen aus der ARF-Maßnahme gestrichen

**11.45.** Der Rechnungshof stellte fest, dass bei fünf Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates der Teil der Maßnahme, der sich auf die Durchführungsphase bezog, entweder ganz oder teilweise gestrichen wurde. So wurde zum Beispiel die konkrete Erbringung von Outputs durch vorbereitende Schritte ersetzt. Durch die überarbeiteten Etappenziele und Zielwerte werden die Zahlungen an *Inputs* oder Prozesse geknüpft, während die Erbringung wesentlicher Outputs erst nach dem Durchführungszeitraum der ARF erfolgt. Diese Fälle zeigen, dass mit einigen Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates nicht bloß Zeitpläne und technische Spezifikationen geändert wurden, sondern Outputs ganz oder teilweise gestrichen wurden, die ursprünglich zentrale Elemente für den Abschluss der Maßnahmen darstellten. In den Leitlinien[27] der Kommission wird betont, dass die gemäß Artikel 21 vorgenommenen Änderungen die Ambitionen der Aufbau- und Resilienzpläne insgesamt nicht schmälern sollten. Allerdings wird in den Leitlinien auf die in diesem Absatz beschriebenen Situationen nicht explizit Bezug genommen.

[27] C/2024/4618 – Leitlinien zu den Aufbau- und Resilienzplänen (Leitlinien 2024).

### Mängel in Bezug auf die Auswirkungen der Änderungen auf Kostenschätzungen

**11.46.** Der Rechnungshof stellte fest, dass zehn von 32 Änderungen, die neun von 20 Etappenzielen/Zielwerten betrafen, zu einer Überarbeitung der Kostenschätzungen führten. Die Kommission überprüfte die von den Mitgliedstaaten vorgelegten detaillierten Kostenerklärungen. Es wurden zwar detaillierte Begründungen vorgelegt, jedoch beschränkten sich die Belege häufig auf beschreibende Berechnungen, ohne Primärdokumentation. Auch wenn die Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung nicht verpflichtet sind, solche Nachweise systematisch vorzulegen, schwächt das Fehlen von zugrunde liegenden Daten und Nachweisen aus erster Hand den Prüfpfad und verringert die Gewähr dafür, dass die überarbeiteten Kostenschätzungen solide sind.

**11.47.** In seinem Sonderbericht 14/2026 über die Transparenz und Rückverfolgbarkeit der ARF stellte der Rechnungshof ferner fest, dass einige Mitgliedstaaten Daten zu den tatsächlichen Kosten verwenden, um Kostenschätzungen zu aktualisieren und Mittel im Falle von Kosteneinsparungen umzuschichten, dass es jedoch keinen einheitlichen Ansatz zwischen den Mitgliedstaaten gibt und die Kommission solche Informationen nicht systematisch anfordert, selbst wenn sie auf nationaler Ebene verfügbar sind. Der Rechnungshof gelangte zu dem Schluss, dass Einschränkungen bei der Verfügbarkeit der zugrunde liegenden Daten, der tatsächlichen Kosten und der Belegunterlagen zu einer geringeren Transparenz und Prüfungssicherheit in Bezug auf die Verwendung von EU-Mitteln führten.

**11.48.** Im Gegensatz zu kostenbasierten Maßnahmen, bei denen sich geringere Outputs in einer Anpassung der geschätzten Kosten widerspiegeln müssen, stellen Änderungen von Null-Kosten-Reformen keine Änderung der geschätzten Gesamtkosten dar und wirken sich auch nicht auf die damit verbundenen Zahlungsbeträge (siehe Beispiel in ***Kasten 11.5***) aus, sofern die Bewertungskriterien für die Pläne erfüllt werden. Dies kann die Anreize dafür schwächen, den ursprünglichen Umfang und die ursprünglichen Ambitionen von Reformen beizubehalten.

## Kasten 11.5

### Beispiel für Mängel bei den Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates

Die Reform 2.7 des irischen nationalen Aufbau- und Resilienzplans besteht aus einer Maßnahme zur Erhöhung der Zahl der Absolventen mit IKT-Kompetenzen auf hohem Niveau. Nach der ersten Änderung im Jahr 2024 mussten zur Erfüllung des entsprechenden Zielwerts (75) mindestens 12 450 IKT-Lernende im Jahr 2021 ihren Abschluss gemacht haben.

Irland reichte am 23. Dezember 2024 einen Zahlungsantrag mit der Verwaltungserklärung ein, der zufolge zusätzliche Nachweise für Zielwert 75 erhoben und vorgelegt würden. Am 31. Januar 2025 beantragte Irland jedoch eine Änderung seines nationalen Aufbau- und Resilienzplans, mit der Zielwert 75 zum zweiten Mal geändert wurde: Der Zielwert von 12 450 Absolventen wurde um rund 12,5 % auf 10 900 gesenkt. Irland führte diese Änderung auf ungerechtfertigten Verwaltungsaufwand zurück; die Kommission genehmigte den Antrag. Infolgedessen wurde der Zielwert 2025 geändert, als die zufriedenstellende Erreichung dieses Zielwerts bewertet wurde, und die Kommission führte die entsprechende Zahlung durch.

Für das Vorliegen objektiver Umstände wurden keine Nachweise vorgelegt, die belegt hätten, dass durch den ursprünglichen Zielwert ein ungerechtfertigter Verwaltungsaufwand verursacht wurde und wie dieser Aufwand durch die Änderung vermieden wurde. Die Änderung von 2025 wurde auf der Grundlage von Unterlagen genehmigt, die die zufriedenstellende Erreichung des überarbeiteten Zielwerts, nicht jedoch die Gründe für die Änderung belegen. Es bestand die Gefahr, dass der Zielwert nicht erreicht werden würde. Dies wurde während der von der Kommission durchgeführten Bewertung durch die Änderung des Durchführungsbeschlusses des Rates verhindert. Darüber hinaus war für die Maßnahme (eine "Null-Kosten-Maßnahme") im Rahmen des nationalen Aufbau- und Resilienzplans keine Kostenschätzung vorgenommen worden. Daher hatte die Reduktion des quantitativen Indikators keine Auswirkungen auf die Gesamtkosten des Plans und somit auch keine finanziellen Folgen für den Mitgliedstaat.

# Probleme im Zusammenhang mit der Gestaltung von Maßnahmen, Etappenzielen und Zielwerten

**11.49.** In diesem Teil des Kapitels werden Fragen behandelt, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Zuverlässigkeitserklärung des Rechnungshofs stehen. Stattdessen werden Mängel bei der Gestaltung von Maßnahmen, Etappenzielen und Zielwerten hervorgehoben. Die bisherigen Sonderberichte sowie die Analyse[28] des Rechnungshofs geben einen umfassenderen Überblick über die Aspekte der *Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung* im Zusammenhang mit der ARF.

**11.50.** Anhand von Etappenzielen und Zielwerten sollten die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Durchführung der in ihren nationalen Aufbau- und Resilienzplänen enthaltenen Investitionen und Reformen – und damit auch bei der Erreichung der Ziele der ARF – gemessen werden. Um sicherzustellen, dass diese Etappenziele und Zielwerte aussagekräftig sind und mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung im Einklang stehen, ist es wichtig, dass sie alle zentralen Elemente der zugrunde liegenden Reform oder Investition – und insbesondere ihren Abschluss – abdecken[29].

**11.51.** Der Rechnungshof ermittelte sieben Fälle von Reformen oder Investitionen, bei denen entweder nicht alle Elemente durch Etappenziele oder Zielwerte abgedeckt wurden oder der Abschluss nicht durch ein Etappenziel oder einen Zielwert erfasst wurde. Ähnliche Fälle wurden in den Vorjahren[30] festgestellt.

---

[28] Analyse 02/2025.

[29] Sonderbericht 26/2023: "Der Leistungsüberwachungsrahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität: Fortschritte bei der Durchführung werden gemessen, zur Erfassung der Leistung reicht der Rahmen aber nicht aus", Ziffern 30–32.

[30] Jahresbericht 2022, Ziffer 11.36, Jahresbericht 2023, Ziffern 11.44–11.46, und Jahresbericht 2024, Ziffern 11.50–11.52.

**11.52.** Darüber hinaus wurde in Schweden ein bestehendes Kontroll-Etappenziel geändert, um den sehr wichtigen und kritischen Feststellungen Rechnung zu tragen, die im Rahmen der 2023 von der Kommission durchgeführten Prüfung zum Schutz der finanziellen Interessen der EU getroffen wurden. Das Etappenziel weist jedoch einen Konzeptionsmangel auf, da es nicht sicherstellt, dass die erforderlichen Verfahren eingerichtet und von den Durchführungsstellen wirksam angewendet werden (siehe ***Kasten 11.6***).

**Kasten 11.6**

**Beispiel für einen Konzeptionsmangel bei einem Kontroll-Etappenziel**

Der schwedische nationale Aufbau- und Resilienzplan enthält drei Kontroll-Etappenziele, darunter das Etappenziel 41, das die Regierung verpflichtet, den zuständigen Behörden Mandate zu erteilen, um die wirksame Umsetzung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans zu gewährleisten. Dieses Etappenziel wurde geändert, nachdem bei einer Prüfung der Kommission wichtige Feststellungen getroffen wurden.

Im Zuge der vorläufigen Bewertung dieses Etappenziels gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass das Etappenziel zufriedenstellend erreicht worden war, da Regierungsmandate erteilt wurden, in deren Rahmen die Durchführungsstellen die erforderlichen Verfahren im Zusammenhang mit Betrug, Korruption, Interessenkonflikten, Doppelfinanzierung und der Erhebung von Daten einzurichten haben. Der Rechnungshof erkennt an, dass die Regierung diese Mandate formell erteilt hat, stellt jedoch fest, dass das Etappenziel einen Konzeptionsmangel aufweist, da nur vorgegeben ist, dass die Regierung die Mandate/Zuweisungen formell zu erteilen/vorzunehmen hat, nicht jedoch, dass die Durchführungsstellen die erforderlichen Verfahren auch einrichten und wirksam anwenden müssen.

Somit werden mit dem Etappenziel die Ursachen für die Prüfungsfeststellungen der Kommission, die zu der Änderung führten, nicht behoben. Die entscheidenden Prüfungsempfehlungen sind noch nicht umgesetzt worden, und bei einer späteren Kommissionsprüfung wurden dieselben Probleme festgestellt.

**11.53.** Des Weiteren stellte der Rechnungshof sechs Fälle fest, in denen die Etappenziele oder Zielwerte nur vage definiert wurden. Der Rechnungshof stellt fest, dass solche Etappenziele und Zielwerte das Risiko für eine auf Ermessen beruhende Bewertung der zufriedenstellenden Erreichung dieser Etappenziele und Zielwerte erhöhen.

# Jährliche Tätigkeitsberichte und jährliche Management- und Leistungsbilanz

**11.54.** Die jährlichen Tätigkeitsberichte sind das wichtigste Instrument, mit dem die Generaldirektionen der Kommission darüber Bericht erstatten, ob sie hinreichende Gewähr dafür bieten können, dass durch die Kontrollverfahren die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben sichergestellt ist.

**11.55.** Die Kommission nimmt keine Schätzung eines quantifizierbaren *Risikos bei Zahlung* vor, sondern weist jeder ARF-Zahlung ein Risikoniveau (gering, mittel, hoch) mit Blick auf die Ordnungsmäßigkeit zu. Die Kommission stufte die Zahlung an Polen als mit einem hohen Risiko verbunden ein. Daher machte der Generaldirektor der GD ECFIN im Rahmen seiner Zuverlässigkeitserklärung einen finanziellen Vorbehalt geltend. Eine Zahlung an Italien wurde als mit einem mittleren Risiko verbunden eingestuft, und die übrigen 35 Zahlungen wurden als mit einem niedrigen Risiko verbunden eingestuft. Insgesamt steht diese Einschätzung nicht mit den Feststellungen des Rechnungshofs im Einklang.

**11.56.** Um jeder ARF-Zahlung ein Risikoniveau zuzuordnen, nutzt die Kommission unter anderem Informationen aus ihren Ex-post-Prüfungsberichten. Dabei berücksichtigt sie je nach Stand der zum Zeitpunkt der Bewertung vorliegenden Feststellungen auch ihre Kurzberichte und Berichtsentwürfe. Für ihren jährlichen Tätigkeitsbericht 2025 stufte die Kommission alle Zahlungen im Zusammenhang mit den 24 Kurzberichten als mit einem niedrigen Risiko verbunden ein, obwohl neun dieser Berichte Hinweise darauf enthalten, dass die Ordnungsmäßigkeit der betroffenen Zahlungen beeinträchtigt sein könnte. Der Rechnungshof nimmt zur Kenntnis, dass dieser Ansatz es der Kommission ermöglicht, alle verfügbaren Informationen zu berücksichtigen, doch fällt dadurch die Risikoeinstufung für diese neun Zahlungen möglicherweise zu niedrig aus. Im Jahr 2023 legte die Kommission beispielsweise einen Kurzbericht zu einem Besuch in einem Mitgliedstaat vor, der eine Feststellung zur Ordnungsmäßigkeit der betreffenden Zahlung enthielt, und bewertete diese Zahlung in ihrem jährlichen Tätigkeitsbericht 2023 als mit einem geringen Risiko verbunden. Im abschließenden Ex-post-Prüfungsbericht von 2026 stellte sie jedoch fest, dass ein Etappenziel nicht erreicht worden war und folglich das mit der Zahlung verbundene Risiko ursprünglich zu niedrig eingestuft wurde.

**11.57.** Mit Blick auf die Zuverlässigkeitsgewähr im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe und der staatlichen Beihilfen stufte die Kommission zwölf Zahlungen als mit einem mittleren Risiko verbunden ein. In Bezug auf diese Fälle wurden im Rahmen der Prüfungen der Kommission kritische oder sehr wichtige Feststellungen für mehr als eine Durchführungsstelle getroffen, und es lagen keine Belege dafür vor, dass der Mitgliedstaat die empfohlenen Abhilfemaßnahmen ergriffen hat. Der Ansatz, der verfolgt wird, um zu einer Schlussfolgerung über die Risikobewertung zu gelangen, steht nicht im Einklang mit der früheren Empfehlung[31] des Rechnungshofs und dürfte zu einer zu niedrigen Einschätzung des Risikoniveaus führen, da es keine Gewähr dafür gibt, dass die Mitgliedstaaten Korrekturmaßnahmen ergreifen werden.

**11.58.** Der Rechnungshof empfahl[32] der Kommission außerdem, den Umfang ihrer Kontrollen, d. h. den Anteil der Durchführungsstellen mit vergabe- und beihilferelevanten Investitionen, die in den einzelnen Mitgliedstaaten Gegenstand ihrer Prüfungen waren, offenzulegen. Die Kommission hat diese Empfehlung nicht akzeptiert. Daher werden entsprechende Informationen im jährlichen Tätigkeitsbericht nicht offengelegt.

**11.59.** Was schwerwiegende, von den Mitgliedstaaten nicht berichtigte Unregelmäßigkeiten betrifft, so macht der Generaldirektor der GD ECFIN im Rahmen seiner Zuverlässigkeitserklärung finanzielle Vorbehalte geltend, die zwei Zahlungen an Tschechien betrafen, bei denen es zu zwei separaten Fällen von Interessenkonflikten gekommen war. Darüber hinaus bewertete die Kommission 25 Zahlungen als mit einem mittleren Risiko und zehn Zahlungen als mit einem geringen Risiko verbunden. Da der Ansatz für die Risikobewertung dem Ansatz für die Kontrolle der öffentlichen Auftragsvergabe und der staatlichen Beihilfen ähnelt, ist der Rechnungshof der Auffassung, dass auch bei diesem Ansatz das Risikoniveau zu niedrig eingestuft wird.

---

[31] Sonderbericht 09/2025.

[32] Ebd.

# Schlussfolgerungen und Empfehlungen

## Schlussfolgerungen

**11.60.** Die Vorschriften für die ARF-Ausgaben unterscheiden sich erheblich von denjenigen, die für Ausgaben im Rahmen des Gesamthaushaltsplans der EU gelten. Im Rahmen der ARF ist die Ordnungsmäßigkeit der von den Endempfängern getätigten Ausgaben keine Voraussetzung dafür, dass die Kommission Zahlungen an die Mitgliedstaaten leistet. Dies wirkt sich auf den Umfang der Ordnungsmäßigkeitsprüfung des Rechnungshofs und der Prüfungssicherheit aus, die der Rechnungshof liefern kann. Insgesamt geht aus den vom Rechnungshof im Rahmen seiner Arbeit erlangten und in diesem Kapitel angeführten Prüfungsnachweisen Folgendes hervor:

a) 16 der 420 vom Rechnungshof untersuchten Etappenziele und Zielwerte entsprachen nicht den Voraussetzungen für Zahlungen und für die Gewährung von Unterstützung. Diese betreffen neun Zahlungen an neun Mitgliedstaaten (siehe Ziffern ***11.13***–***11.21***). Die finanziellen Mindestauswirkungen der 16 Feststellungen liegen über der *Wesentlichkeitsschwelle* des Rechnungshofs.

b) Der Rechnungshof stellte Mängel bei der Ex-ante-Bewertung durch die Kommission fest. In 40 Fällen stützte sich die Kommission auf Informationen und Kontrollen der Mitgliedstaaten, ohne alle Anforderungen des Durchführungsbeschlusses des Rates in ausreichendem Maße zu prüfen (siehe Ziffer ***11.22***).

c) Die Zahl der noch nicht umgesetzten Ex-post-Prüfungsempfehlungen der Kommission im Zusammenhang mit kritischen und sehr wichtigen Feststellungen ist zurückgegangen, aber bei den meisten (64 %) dieser Empfehlungen sind die vereinbarten Fristen bereits abgelaufen (siehe Ziffern ***11.23***–***11.27***).

d) Im vorletzten Durchführungsjahr der ARF weisen die Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten nach wie vor Mängel auf, darunter Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei staatlichen Beihilfen (siehe Ziffern ***11.33***–***11.37***).

e) Die Informationen, die die Mitgliedstaaten in ihre Zahlungsanträge aufgenommen haben, waren nicht immer zuverlässig (siehe Ziffer ***11.38***).

f) Es gab sieben Reformen und Investitionen, bei denen die entsprechenden Etappenziele/Zielwerte nicht alle Elemente der Maßnahme abdeckten, weshalb die Ergebnisse, die mit der ARF im Rahmen dieser Maßnahmen erzielt werden konnten, beschränkt waren (siehe Ziffer ***11.51***).

g) Es gab sechs Fälle vage definierter Etappenziele/Zielwerte. Diese vage Definition erhöht das Risiko für eine auf Ermessen beruhende Bewertung der zufriedenstellenden Erreichung der Etappenziele/Zielwerte (siehe Ziffer ***11.53***).

h) Die Erklärung des Generaldirektors der GD ECFIN steht nicht im Einklang mit den Feststellungen und Schlussfolgerungen des Rechnungshofs (siehe Ziffern ***11.54***–***11.59***).

**11.61.** Bis Ende 2025 hatte der Rat 99 Änderungen der in seinen Durchführungsbeschlüssen enthaltenen Maßnahmen angenommen. Mehrere Etappenziele und Zielwerte wurden während der vorläufigen Bewertung der Kommission überarbeitet und an die tatsächlichen Ergebnisse angeglichen, wodurch ARF-Zahlungen erleichtert wurden. Die Analyse des Rechnungshofs zu den geänderten Etappenzielen und Zielwerten zeigt, dass Änderungen häufig ohne ausreichende Erklärung oder geeignete Nachweise der objektiven Umstände – wie eigentlich in Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung vorgeschrieben – vorgenommen wurden. Durch einige Änderungen wurden wichtige Durchführungsphasen aus den ARF-Maßnahmen gestrichen und die Zahlungen dadurch manchmal an vorbereitende Inputs oder Prozesse anstatt an die ursprünglich erwarteten Outputs geknüpft. Des Weiteren stellte der Rechnungshof fest, dass es nicht zwangsläufig zu finanziellen Auswirkungen kommt, wenn Null-Kosten-Reformen nach unten korrigiert werden (siehe Ziffern ***11.39***–***11.48***).

## Empfehlungen

**11.62.** ***Anhang 11.3*** zeigt die Ergebnisse der vom Rechnungshof durchgeführten Weiterverfolgungsprüfung zu den Empfehlungen, die er in den Jahresberichten ***2022***, ***2023*** und ***2024*** ausgesprochen hatte. Die Kommission hat eine Empfehlung vollständig und drei weitgehend umgesetzt, fünf Empfehlungen sind noch nicht umgesetzt worden oder wurden nicht akzeptiert. Da die Durchführung der ARF im Dezember 2026 endet, spricht der Rechnungshof keine zusätzlichen Empfehlungen aus. Der Rechnungshof hat jedoch in einer Reihe von Stellungnahmen zu den Legislativvorschlägen der Kommission zum MFR 2028–2034[33] dargelegt, wie er die Verwendung von nicht mit Kosten verknüpften Finanzierungen und die mit solchen Instrumenten verbundenen Risiken bewertet.

[33] EU-Haushalt 2028–2034 – Einschätzung des Europäischen Rechnungshofs: Viele Änderungen bedeuten nicht unbedingt eine Verbesserung.

# Anhänge

## Anhang 11.1 – Prüfungsansatz und Prüfungsmethodik

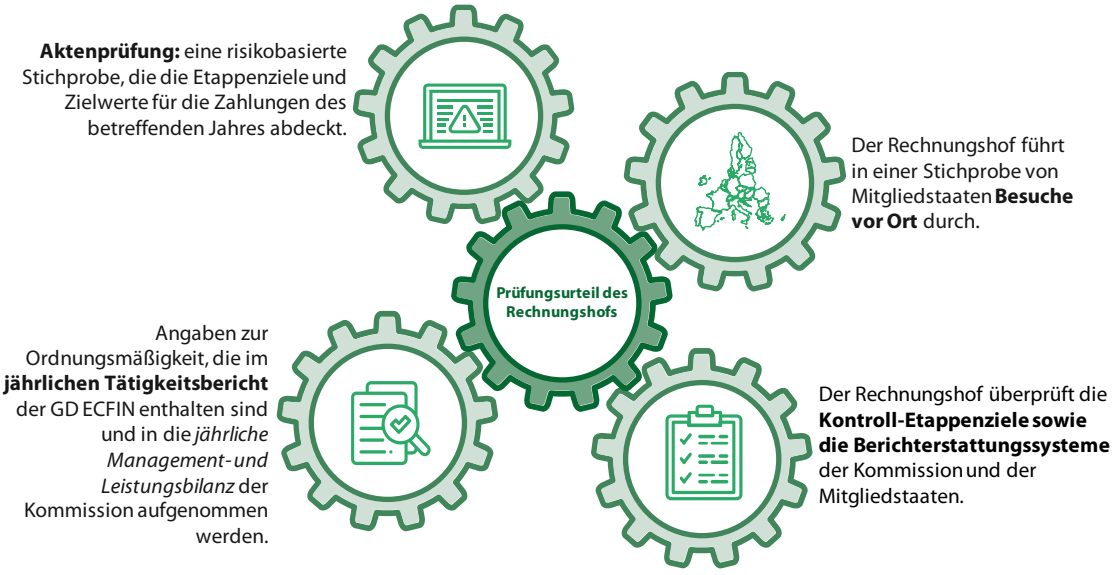
### Allgemeines

1) In diesem Anhang werden der Ansatz und die Methodik für die Erstellung der Zuverlässigkeitserklärung in Bezug auf die Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben dargelegt.

2) Im Rahmen seiner Zuverlässigkeitserklärung zur Ausführung des EU-Haushaltsplans legt der Rechnungshof ein gesondertes Prüfungsurteil über die Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben vor, da das Umsetzungsmodell der ARF nach Auffassung des Rechnungshofs anders gestaltet ist und es sich bei der ARF um ein befristetes Instrument handelt. Mit seinem Prüfungsurteil will der Rechnungshof hinreichende Gewähr in Bezug auf die Zahlungen bieten; auf der Grundlage dieses Prüfungsurteils möchte er in der Zuverlässigkeitserklärung detaillierte Informationen bereitstellen.

3) Der Rechnungshof erlangt Prüfungssicherheit vor allem aus aussagebezogenen Prüfungshandlungen und der Bewertung der Überwachungs- und Kontrollsysteme. Dazu kommen die jährlichen Tätigkeitsberichte und die jährliche Management- und Leistungsbilanz sowie die Berichte des Internen Auditdienstes (siehe ***Abbildung 11.1***).

### Abbildung 11.1 – Prüfungsurteil




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

4) Die Arbeit des Rechnungshofs entspricht den International Standards on Auditing und stellt sicher, dass seine Prüfungsurteile durch ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise gestützt werden.

5) Was die Prüfungshandlungen des Rechnungshofs im Zusammenhang mit Betrug betrifft, so wird der in ***Anhang 1.1*** Teil 3 beschriebene Ansatz verfolgt.

## Ordnungsmäßigkeit der *Vorgänge*

**Wie der Rechnungshof zugrunde liegende Vorgänge definiert und prüft**

6) Die für die Zuverlässigkeitserklärung des Rechnungshofs zur ARF relevanten Vorgänge sind Finanzhilfezahlungen an die Mitgliedstaaten und/oder die Abrechnung früherer Vorfinanzierungen. Anders als bei den meisten anderen Ausgaben im Rahmen des *mehrjährigen Finanzrahmens* werden die Zahlungsanträge im Rahmen der ARF nicht durch angefallene Kosten, sondern durch die zufriedenstellende Erreichung von Etappenzielen und Zielwerten begründet. Da Darlehen im Rahmen der ARF in der Rechnungsführung der EU nicht als Ausgaben gelten, werden sie in der Prüfung des Rechnungshofs nicht berücksichtigt.

7) In den aussagebezogenen Prüfungen des Rechnungshofs wird vor allem untersucht, ob bei den Zahlungen aus der ARF die in der Verordnung[34] festgelegten Zahlungsbedingungen erfüllt wurden. Nach Möglichkeit prüft der Rechnungshof auch, ob abgeschlossene Maßnahmen später nicht rückgängig gemacht wurden und keine Doppelfinanzierung vorlag. Außerdem bewertet er die Erfüllung anderer Voraussetzungen für die Gewährung von Unterstützung (z. B. kein Ersetzen wiederkehrender nationaler Haushaltsausgaben, Einhaltung des Förderzeitraums und des Grundsatzes der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen)[35].

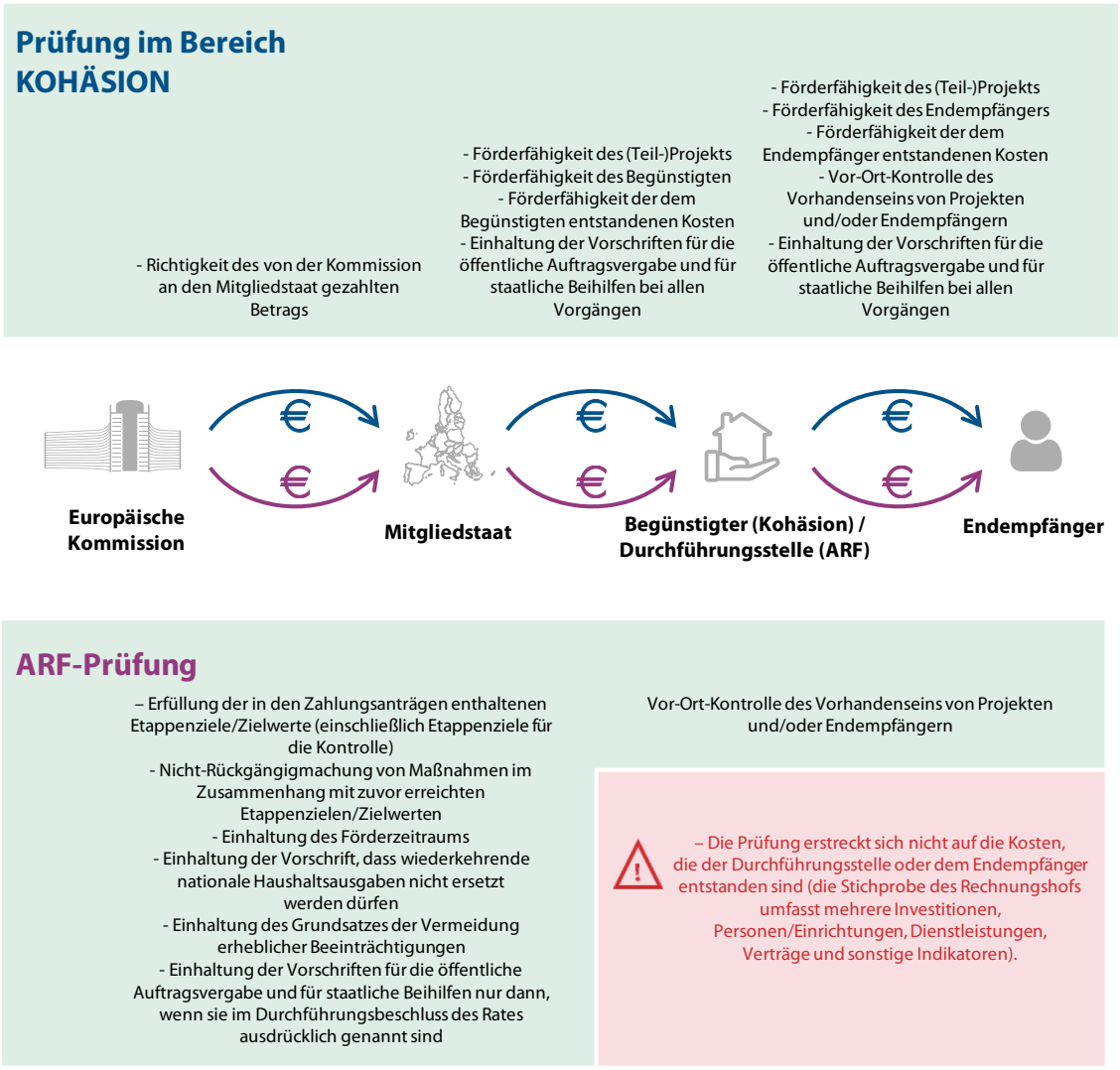
---

[34] Artikel 24 Absatz 3 der Verordnung.

[35] Ebd., Artikel 5, Artikel 9 und Artikel 17 Absatz 2.

8) Der Schwerpunkt der Prüfung des Rechnungshofs zur Ordnungsmäßigkeit der aus der ARF getätigten Finanzhilfezahlungen an die Mitgliedstaaten liegt auf der Frage, ob die vorab festgelegten Etappenziele und Zielwerte zufriedenstellend erreicht wurden und ob die in der Verordnung festgelegten Voraussetzungen für die Gewährung von Unterstützung erfüllt waren. Dies stellt einen erheblichen Unterschied zu der Prüfungsarbeit des Rechnungshofs in anderen Bereichen des EU-Haushalts dar, wo der Rechnungshof die Einhaltung aller einschlägigen EU- und nationalen Vorschriften bis zur Ebene der Endempfänger bewertet (z. B. Förderfähigkeit der angefallenen Kosten und Einhaltung der Vorschriften bezüglich staatlicher Beihilfen und der öffentlichen Auftragsvergabe). ***Abbildung 11.2*** enthält einen Vergleich der Arbeit des Rechnungshofs in Bezug auf die Kohäsionsausgaben und die ARF. So werden die Unterschiede der Prüfungsarbeit des Rechnungshofs in diesen beiden Bereichen vor Augen geführt.

## Abbildung 11.2 – Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs zur Ordnungsmäßigkeit der Kohäsionsausgaben und der ARF-Ausgaben




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

9) Um zu seiner Schlussfolgerung zu gelangen, prüfte der Rechnungshof zunächst anhand einer risikobasierten Stichprobe, ob die Kommission im Rahmen ihrer vorläufigen Bewertungen ausreichende und angemessene Nachweise zur Untermauerung ihrer Bewertung der zufriedenstellenden Erreichung eingeholt hatte. Wenn der Rechnungshof der Auffassung ist, dass die in den Unterlagen der Kommission enthaltenen Nachweise nicht ausreichen, um zu seiner Schlussfolgerung zu gelangen, fordert er bei dem Mitgliedstaat direkt weitere Nachweise an. Außerdem führt er in einer Stichprobe von Mitgliedstaaten Besuche vor Ort durch.

10) Zunächst wählt er Kontroll-Etappenziele und Etappenziele im Zusammenhang mit der *allgemeinen Konditionalitätsregelung* zum Schutz des Haushalts der Union[36] aus. Danach wählt er anhand einer Reihe von Risikokriterien die übrigen Elemente der Stichprobe aus.

11) Die Bewertung, ob einzelne Etappenziele und Zielwerte zufriedenstellend erreicht wurden, nimmt der Rechnungshof anhand des Rahmens der Kommission[37] vor. Im Einklang mit diesem Rahmen akzeptiert der Rechnungshof geringfügige inhaltliche, formale und zeitliche Abweichungen, wenn eine Bewertung auf der Grundlage quantitativer Elemente aufgrund der Art des Etappenziels (und ggf. des Zielwerts) nicht möglich ist. Bei Etappenzielen und Zielwerten, die auf der Grundlage quantitativer Elemente bewertet werden können, akzeptiert der Rechnungshof Abweichungen von weniger als 5 %.

12) Möglicherweise stellt der Rechnungshof Fälle von Betrug, Korruption, Interessenkonflikten, Doppelfinanzierung oder Verstößen gegen die Finanzierungsvereinbarung (z. B. Nichtverfügbarkeit von Angaben zu Endempfängern und Fälle von Finanzierung aus anderen EU-Fonds) fest. In solchen Fällen bewertet er (soweit möglich), wie sich diese "gravierenden Unregelmäßigkeiten" auf die Rechtmäßigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben auswirken.

**Wie bewertet der Rechnungshof die Ergebnisse der Prüfung von *Vorgängen*?**

13) Der Rechnungshof bestimmt die Art jeder Feststellung:

14) Quantitative Feststellungen betreffen Fälle der Nichterfüllung der Voraussetzungen für Zahlungen und für die Gewährung von Unterstützung gemäß der Verordnung, d. h. die nicht zufriedenstellende Erreichung von Etappenzielen und Zielwerten, eine Rückgängigmachung von Maßnahmen im Zusammenhang mit zuvor erreichten Etappenzielen und Zielwerten, die Nichteinhaltung des Förderzeitraums sowie Verstöße gegen den Grundsatz der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen und gegen das Verbot einer Doppelfinanzierung.

---

[36] Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092.

[37] COM(2023) 99.

Gemäß den Prüfungsnormen sollte der Prüfer in Betracht ziehen, vorhandene Kriterien anzuwenden[38]. Infolge seiner entsprechenden Abwägungen stützt sich der Rechnungshof bei der Quantifizierung der finanziellen Auswirkungen dieser Feststellungen auf die Methodik der Kommission zur Aussetzung von Zahlungen[39]. Nach dieser Methodik wird der auszusetzende Betrag in drei Stufen ermittelt:

i) Bestimmung des Einheitswerts eines im Plan enthaltenen Etappenziels oder Zielwerts;

ii) Korrektur der Einheitswerte durch Anwendung eines Koeffizienten;

iii) Anpassung der korrigierten Einheitswerte.

Der Rechnungshof nimmt nicht systematisch eine Schätzung der finanziellen Auswirkungen vor, wenn das Etappenziel oder der Zielwert innerhalb von sechs Monaten[40] nach der Zahlung und innerhalb des in der Prüfung berücksichtigten Jahres zufriedenstellend erreicht wird.

15) Feststellungen im Zusammenhang mit einem Verdacht auf Betrug, Korruption und Interessenkonflikten werden nur dann quantifiziert, wenn es hinreichende Belege dafür gibt, dass sie sich auf die Erreichung eines Etappenziels oder Zielwerts auswirken (d. h. im Falle eines Betrugs, bei dem fraglich ist, ob die betreffenden Elemente vorhanden sind, oder wenn keinerlei Vergabeverfahren durchgeführt wurde).

16) Feststellungen ohne finanzielle Auswirkungen sind qualitative Feststellungen.

---

[38] ISSAI 4000.

[39] COM(2023) 99, Anhang II.

[40] Artikel 24 Absatz 8 der Verordnung.

## Untersuchung der Überwachungs- und Kontrollsysteme

17) Bei der vom Rechnungshof vorgenommenen Untersuchung der Überwachungs- und Kontrollsysteme kann Folgendes festgestellt werden:

i) Mängel hinsichtlich der Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Kommission und der Mitgliedstaaten, mit denen die Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben und der Schutz der finanziellen Interessen der EU sichergestellt werden sollen;

ii) Mängel in Bezug auf die Verfügbarkeit der Liste von Endempfängern, Auftragnehmern, Unterauftragnehmern und wirtschaftlichen Eigentümern;

iii) Mängel betreffend die Verfügbarkeit von Angaben zu einer Maßnahme und zu den gesamten dafür verwendeten öffentlichen Mitteln;

iv) Mängel bei der Führung von Aufzeichnungen.

18) Solche Mängel können die Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben auf Ebene des Mitgliedstaats beeinträchtigen und eine Wiedereinziehung zur Folge haben (d. h. eine Reduzierung des Gesamtbetrags des Plans), nachdem die Zahlung der Kommission an den Mitgliedstaat erfolgt ist. Die Finanzierungsvereinbarungen sehen bei gravierenden Verstößen pauschale Korrekturen unter Berücksichtigung der Häufigkeit und des Ausmaßes der Verstöße vor. Der Rechnungshof betrachtet bei seiner Bewertung Systemmängel und Verstöße gegen die Finanzierungsvereinbarungen als qualitative Feststellungen.

19) Der Rechnungshof bewertet auch die Ex-post-Prüfungen der Kommission. Im Rahmen dieser Prüfungen werden Etappenziele und Zielwerte möglicherweise als nicht zufriedenstellend erreicht angesehen. Nach Möglichkeit berücksichtigt der Rechnungshof bei der Abgabe seines Prüfungsurteils Feststellungen von Unzulänglichkeiten, die im Jahr der Zahlung nicht beseitigt wurden.

## Abgabe des Prüfungsurteils

20) Wesentlichkeit ist ein grundlegendes Konzept, weil damit der Grad der Abweichung festgelegt ist, der nach Einschätzung des Rechnungshofs die Entscheidungen der Interessenträger beeinflussen dürfte.

21) Der Rechnungshof definiert Wesentlichkeit sowohl auf quantitativer als auch auf qualitativer Basis.

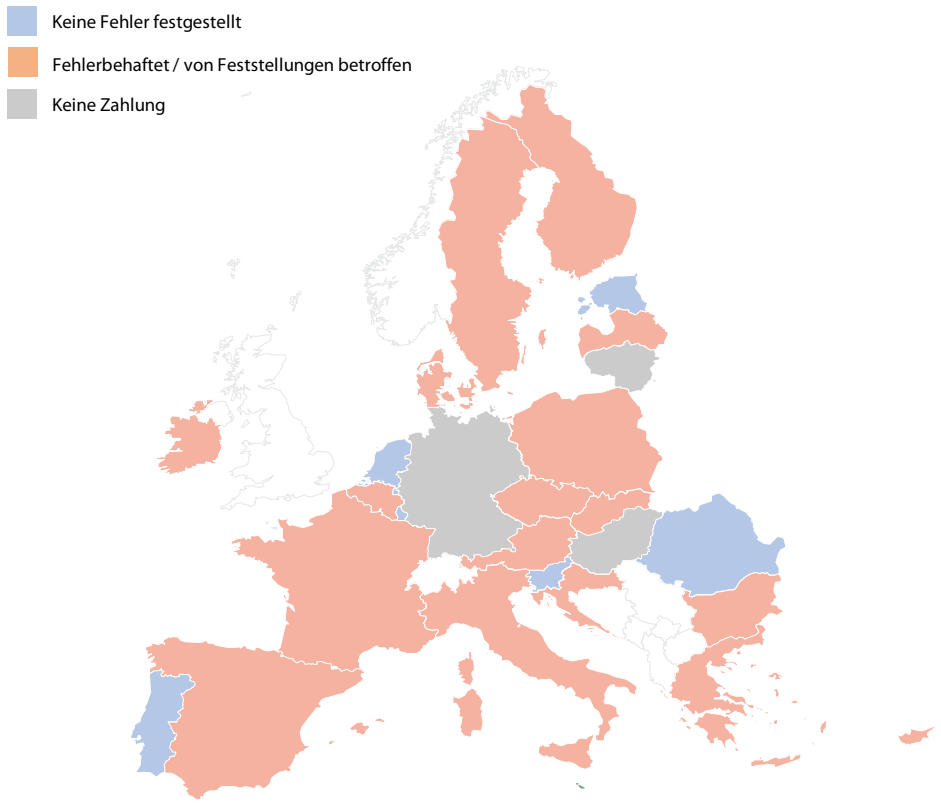
22) Analog zu anderen Prüfungen legt er bei seinem Prüfungsurteil eine Wesentlichkeitsschwelle von 2 % zugrunde und berücksichtigt zudem Art, Höhe und Hintergrund der festgestellten Fehler sowie sonstige verfügbare Informationen.

23) Die quantitativen Feststellungen fließen in erheblichem Maße in die Schlussfolgerung des Rechnungshofs ein. Zur Bewertung der Ordnungsmäßigkeit der ARF-Ausgaben ermittelt der Rechnungshof auf der Grundlage der quantitativen Feststellungen, wie nah der geschätzte Fehlerbetrag an der Wesentlichkeitsschwelle liegt. Bei der Berechnung der Gesamtauswirkungen der quantitativen Feststellungen (einschließlich derer, die ursprünglich die Kommission in ihren Ex-post-Prüfungen ermittelt hat) legt der Rechnungshof die Methodik der Kommission zur Aussetzung von Zahlungen zugrunde.

24) Des Weiteren berücksichtigt der Rechnungshof die Auswirkungen der qualitativen Feststellungen und der Systemmängel. Neben dem prüferischen Ermessen des Rechnungshofs kommen auch die Anzahl dieser Feststellungen und die Wesentlichkeit der betroffenen Zahlungen zum Tragen.

25) Im Prüfungsurteil des Rechnungshofs wird kein Fehlerbetrag/keine Fehlerquote ausgewiesen. Aufgrund des Ausgabenmodells der ARF ist es nicht möglich, eine Fehlerquote zu bestimmen, die den Quoten in den Kapiteln zum MFR vergleichbar wäre. Grund dafür ist der fehlende Zusammenhang zwischen den Zahlungen aus der ARF und den bei den Endempfängern anfallenden Kosten. Hinzu kommt, dass die Art der Etappenziele und Zielwerte und risikobasierte Stichproben keine Hochrechnung der Ergebnisse des Rechnungshofs zulassen. Daher besteht das Ergebnis der vom Rechnungshof vorgenommenen Prüfung nur in einer Schätzung des Mindestfehlerbetrags.

# Anhang 11.2 – Ergebnisse der Prüfung von Finanzhilfezahlungen an die Mitgliedstaaten




| Mitgliedstaat | Geprüfte Etappenziele und Zielwerte insgesamt | Etappenziele und Zielwerte mit Feststellungen | Quantitative Feststellungen | Mängel bei der von der Kommission durchgeführten Ex-ante-Bewertung | Vage definierte Etappenziele und Zielwerte | Systemmängel | Gesamtzahl der Feststellungen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Belgien (*) | 26 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | **3** |
| Bulgarien (*) | 6 | 3 | 1 | 2 | 1 | 0 | **4** |
| Tschechien (*) | 12 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | **1** |
| Dänemark | 5 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | **2** |
| Estland | 10 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| Irland (*) | 9 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | **3** |
| Griechenland (*) | 30 | 6 | 3 | 5 | 1 | 0 | **9** |
| Spanien (*) | 70 | 3 | 1 | 3 | 0 | 1 | **5** |
| Frankreich | 17 | 3 | 0 | 3 | 0 | 0 | **3** |
| Kroatien (*) | 6 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | **1** |
| Italien (*) | 48 | 7 | 1 | 6 | 0 | 1 | **8** |
| Zypern (*) | 14 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | **1** |
| Lettland | 12 | 2 | 2 | 2 | 0 | 0 | **4** |
| Luxemburg | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| Malta | 5 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| Niederlande | 16 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| Österreich (*) | 12 | 4 | 0 | 4 | 1 | 0 | **5** |
| Polen | 29 | 6 | 2 | 4 | 0 | 3 | **9** |
| Portugal (*) | 30 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| Rumänien | 16 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| Slowenien | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| Slowakei | 6 | 3 | 0 | 2 | 2 | 1 | **5** |
| Finnland (*) | 13 | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 | **2** |
| Schweden | 23 | 4 | 3 | 2 | 0 | 2 | **7** |
| **Insgesamt** | **420** | **51** | **16** | **40** | **6** | **10** | **72** |

(*) Im Jahr 2025 gab es mehr als eine Zahlung.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Anhang 11.3 – Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert; keine Informationen.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2022** | **Empfehlung 1 Buchstabe a:**<br>Im Rahmen ihrer vorläufigen Bewertungen und Ex-post-Prüfungen sollte die Kommission die Einhaltung des Förderzeitraums sowie des Grundsatzes prüfen, dass es sich beim Einsatz der Mittel um keine Ersatzfinanzierung für wiederkehrende nationale Haushaltsausgaben handelt. | | | Die vorläufigen Bewertungen und Ex-post-Prüfungen der Kommission umfassen einige Kontrollen der Einhaltung des Förderzeitraums, nicht aber Kontrollen bezüglich des Verbots der Verwendung der Mittel als Ersatzfinanzierung für wiederkehrende nationale Ausgaben. Als Kriterium, das die Kommission für die Bewertung des Beginns einer Maßnahme verwendet, wird jedoch der Beginn der physischen Arbeiten und nicht die Unterzeichnung der ersten rechtlichen Verpflichtung herangezogen. |
| | **Empfehlung 1 Buchstabe b:**<br>Die Kommission sollte ihre Ex-post-Prüfungsverfahren überarbeiten, sodass sie Kontrollen vorsehen, anhand deren überprüft werden kann, ob die geprüften und zuvor als erreicht bewerteten Zielwerte nach erfolgter Zahlung nicht wieder rückgängig gemacht wurden. | | | Die Kommission hat die Ex-post-Prüfungsstrategie aktualisiert, um Kontrollen bezüglich der Rückgängigmachung aufzunehmen. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 2:**<br>Auf der Grundlage der bei der Durchführung der ARF gesammelten Erfahrungen sollte die Kommission sicherstellen, dass in den überarbeiteten Plänen alle Etappenziele und Zielwerte klar definiert und für alle wichtigen Elemente einer Maßnahme Etappenziele und Zielwerte festgelegt wurden. | ✓ | ▨ | Bei seiner Prüfung des Haushaltsjahrs 2025 stellte der Rechnungshof sechs Fälle vage definierter Etappenziele/Zielwerte fest. Diese vage Definition erhöht das Risiko für eine auf Ermessen beruhende Bewertung der zufriedenstellenden Erreichung der Etappenziele/Zielwerte (siehe Ziffer ***11.53***).<br>Ferner ermittelte der Rechnungshof sieben Fälle von Reformen oder Investitionen, bei denen entweder nicht alle Elemente durch Etappenziele oder Zielwerte abgedeckt waren oder deren Abschluss nicht durch ein Etappenziel oder einen Zielwert erfasst wurde (siehe Ziffer ***11.51***). |
| **2023** | **Empfehlung 1:**<br>Strengere Kriterien für die Bewertung der Einhaltung des Förderzeitraums anwenden. | ✗ | ✗ | Weder akzeptiert noch umgesetzt. |
| | **Empfehlung 2:**<br>Spezifische Kriterien dafür festlegen, was als Ersetzen wiederkehrender nationaler Haushaltsausgaben zu bewerten ist. | ✓ | ▨ | Anhang III des Jahresberichts 2024 zur Aufbau- und Resilienzfazilität enthält die Kriterien, die die Kommission verwendet, um das Ersetzen wiederkehrender nationaler Haushaltsausgaben zu bewerten. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 3:**<br>Die verbleibenden Schwachstellen in den Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten beheben. |  |  | Die Anzahl der noch nicht umgesetzten Empfehlungen im Zusammenhang mit kritischen oder sehr wichtigen Feststellungen ist von 136 im Jahr 2025 auf 25 im Jahr 2026 zurückgegangen (siehe Ziffer ***11.26***).<br>Der Rechnungshof berichtete jedoch, dass die Kontrollsysteme einiger Mitgliedstaaten, beispielsweise die Systeme, mit denen die Einhaltung der EU- und der nationalen Vorschriften sichergestellt wird, anhaltende Mängel aufweisen (siehe Ziffern ***11.32***–***11.37***). |
| | **Empfehlung 4:**<br>Gewähr für das wirksame Funktionieren der mitgliedstaatlichen Kontrollsysteme bieten. |  |  | Weder akzeptiert noch umgesetzt. |
| **2024** | **Empfehlung 1:**<br>Den Erfassungsbereich der im Rahmen der vorläufigen Bewertungen durchgeführten Kontrollen ausweiten. |  |  | Bei seiner Prüfung zum Haushaltsjahr 2025 stellte der Rechnungshof 40 Fälle fest, in denen die Kommission begrenzte Kontrollen durchgeführt hatte (siehe Ziffer ***11.22***). |
| | **Empfehlung 2:**<br>Gegen die Verzögerungen der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission angehen. |  |  | Die Gesamtzahl der sehr wichtigen Empfehlungen, die noch nicht umgesetzt wurden, ist zurückgegangen. Bei 64 % der noch nicht umgesetzten Empfehlungen im Zusammenhang mit kritischen und sehr wichtigen Feststellungen zu den Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten wurde jedoch die Frist überschritten (siehe Ziffer ***11.26***). |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Kapitel 12

## Weiterverfolgung der vom Rechnungshof in seinen Sonderberichten von 2022 unterbreiteten Empfehlungen

# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | 12.1. - 12.3. |
| Kurzbeschreibung | 12.1. |
| Prüfungsumfang und Prüfungsansatz | 12.2. - 12.3. |
| **Bemerkungen** | 12.4. - 12.17. |
| Der Anteil der vollständig oder weitgehend umgesetzten Empfehlungen ist im Großen und Ganzen konstant geblieben | 12.4. - 12.5. |
| Von den an die Europäische Kommission gerichteten Empfehlungen wurden 74 % vollständig oder weitgehend umgesetzt | 12.6. - 12.10. |
| Von den an die übrigen geprüften Stellen gerichteten Empfehlungen wurden 78 % vollständig oder weitgehend umgesetzt | 12.11. - 12.13. |
| Der Anteil der fristgerecht umgesetzten Empfehlungen ist leicht gestiegen | 12.14. - 12.15. |
| Die Empfehlungen, die sich auf die Gestaltungsphase von Strategien oder *Programmen* beziehen, weisen den höchsten Umsetzungsgrad und Fristeinhaltungsgrad auf | 12.16. - 12.17. |
| **Schlussfolgerungen** | 12.18. |
| **Anhänge** | |
| Anhang 12.1 – Weiterverfolgung der Empfehlungen aus den Sonderberichten von 2022 – Europäische Kommission | |
| Anhang 12.2 – Weiterverfolgung der Empfehlungen aus den Sonderberichten von 2022 – Sonstige geprüfte Stellen | |

# Einleitung

## Kurzbeschreibung

**12.1.** Der Rechnungshof überprüft jedes Jahr, inwieweit die von ihm geprüften Stellen Maßnahmen zur Umsetzung der von ihm drei Jahre zuvor unterbreiteten Empfehlungen getroffen haben. Diese Weiterverfolgung ist ein wichtiger Schritt im Prüfungszyklus. Sie gestattet es dem Rechnungshof, Rückmeldung dazu zu erhalten, ob die von ihm empfohlenen Maßnahmen von den geprüften Stellen umgesetzt und die aufgezeigten Probleme angegangen wurden. Auch mit Blick auf die Konzeption und Planung der künftigen Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs und um Risiken im Auge zu behalten, ist die Weiterverfolgung wichtig.

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**12.2.** Gegenstand der diesjährigen Untersuchung des Rechnungshofs waren Empfehlungen aus allen 28 seiner im Jahr 2022 veröffentlichten Sonderberichte. Insgesamt verfolgte der Rechnungshof 226 Empfehlungen weiter. Davon richteten sich 194 (86 %) an die Europäische Kommission. Die übrigen 32 Empfehlungen (14 %) waren an das Europäische Parlament, den Rat der Europäischen Union, den Gerichtshof der Europäischen Union, das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde, die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit und das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum gerichtet.

**12.3.** Die Weiterverfolgungsarbeiten wurden im Wege von Aktenprüfungen und Befragungen der geprüften Stellen vorgenommen. Um für eine faire und ausgewogene Überprüfung zu sorgen, übermittelte der Rechnungshof den geprüften Stellen anschließend seine Feststellungen und berücksichtigte ihre Antworten in seiner endgültigen Analyse. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden die Empfehlungen unter der geprüften Stelle aufgeführt, an die sie sich hauptsächlich richteten. Die Ergebnisse der Arbeit des Rechnungshofs spiegeln die Situation im April 2026 wider.

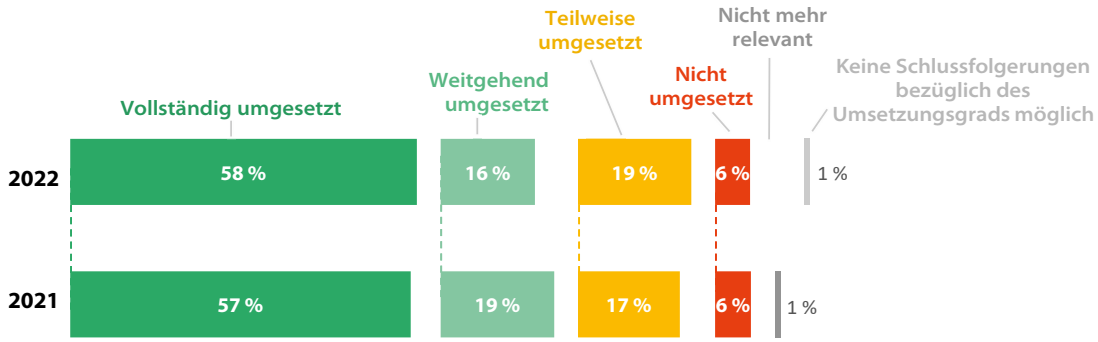
# Bemerkungen

## Der Anteil der vollständig oder weitgehend umgesetzten Empfehlungen ist im Großen und Ganzen konstant geblieben

**12.4.** Die Umsetzung von vier der 226 vom Rechnungshof weiterverfolgten Empfehlungen war zum Zeitpunkt der Weiterverfolgungsprüfung noch nicht fällig. Von den übrigen 222 Empfehlungen haben die geprüften Stellen 165 (74 %) vollständig oder weitgehend umgesetzt (siehe ***Abbildung 12.1***). Dieser Anteil blieb im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant (76 %).

**12.5.** Der Anteil der nicht umgesetzten Empfehlungen lag bei 6 % und blieb somit stabil. Setzten die geprüften Stellen die Empfehlungen des Rechnungshofs nicht um, so war dies in rund einem Drittel der Fälle darauf zurückzuführen, dass sie sie nicht akzeptiert hatten. In zwei Fällen (1 %) konnte der Rechnungshof keine Schlussfolgerung ziehen, da die in den Empfehlungen beschriebenen Umstände noch nicht eingetreten waren[1]. ***Anhang 12.1*** zeigt den Stand der Umsetzung der an die Kommission gerichteten Empfehlungen, ***Anhang 12.2*** den Stand der Umsetzung der an andere geprüfte Stellen gerichteten Empfehlungen. Die Anhänge enthalten auch kurze Beschreibungen der Verbesserungen und der noch bestehenden Schwachstellen.

### Abbildung 12.1 – Umsetzung der in den Sonderberichten von 2022 und 2021 ausgesprochenen Empfehlungen des Rechnungshofs durch die geprüften Stellen




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

[1] Siehe ***Anhang 12.1*** für Informationen zu Empfehlung 1 Buchstabe a und Empfehlung 2 Buchstabe b des Sonderberichts 25/2022.

## Von den an die Europäische Kommission gerichteten Empfehlungen wurden 74 % vollständig oder weitgehend umgesetzt

**12.6.** Von den 194 Empfehlungen, die der Rechnungshof im Jahr 2022 an die Kommission gerichtet hatte, waren vier zum Zeitpunkt der Weiterverfolgungsprüfung noch nicht fällig. Von den übrigen 190 Empfehlungen hat die Kommission 110 (58 %) vollständig (siehe Beispiel in ***Kasten 12.1***) und weitere 30 (16 %) weitgehend umgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr ging der Gesamtanteil der vollständig oder weitgehend umgesetzten Empfehlungen von 77 % auf 74 % zurück.

### Kasten 12.1

### Beispiel für eine Empfehlung, die von der Kommission vollständig umgesetzt wurde

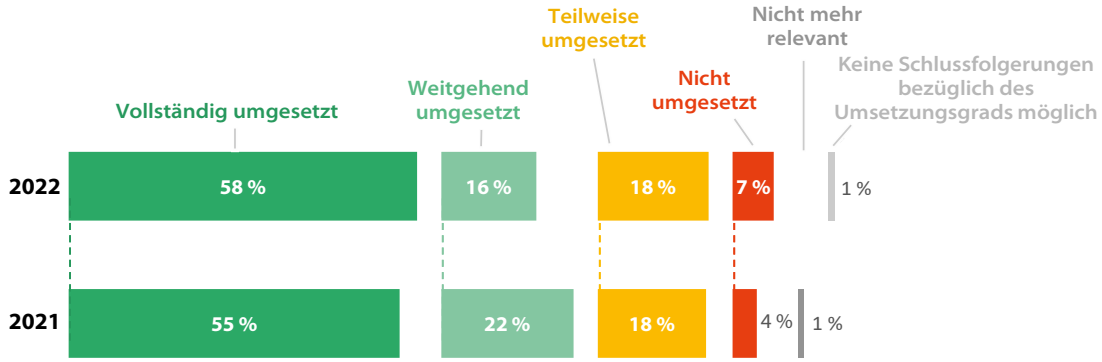
In seinem Sonderbericht 01/2022 über die EU-Unterstützung für die Rechtsstaatlichkeit in den Staaten des westlichen Balkans empfahl der Rechnungshof der Kommission, der Zivilgesellschaft und den unabhängigen Medienunternehmen in dieser Region dabei zu helfen, maßgeschneiderte Instrumente zur Überwachung der Entwicklung der Korruption zu entwickeln. Diese Empfehlung wurde von der Kommission akzeptiert; in der Folge unterstützte die Kommission regionale Initiativen zur Bekämpfung der Korruption, beispielsweise im Rahmen des Vertrags "Integrity Watch in the Western Balkans and Turkey: civil society combating corruption with political integrity data". Diese Unterstützung wird den Kontrollinstanzen – seien es staatliche Behörden, Zivilgesellschaft oder Medien – dabei helfen, Risiken politischer Korruption mithilfe offener Daten zu verhüten und offenzulegen.



*Quelle*: © Proxima Studio, stock.adobe.com.

**12.7.** Außerdem setzte die Kommission 35 Empfehlungen (18 %) teilweise und 13 Empfehlungen (7 %) gar nicht um (***Abbildung 12.2***). Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der nicht umgesetzten Empfehlungen von 4 % auf 7 %.

**Abbildung 12.2 – Umsetzung der in den Sonderberichten von 2022 und 2021 an die Kommission gerichteten Empfehlungen des Rechnungshofs**

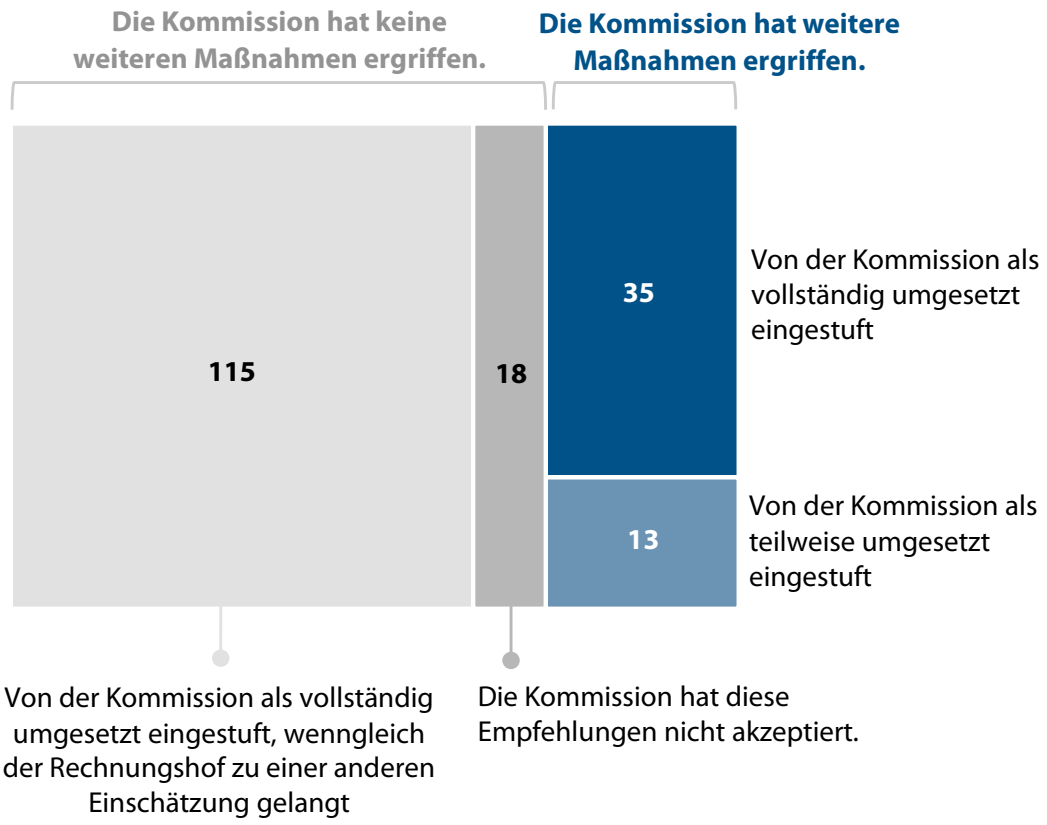



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**12.8.** Der Rechnungshof misst den Umsetzungsgrad auf der Grundlage der von ihm unterbreiteten Empfehlungen, während die Kommission dies auf der Grundlage der von ihr akzeptierten Empfehlungen tut. Daher weicht die Einschätzung der Kommission, ob und in welchem Umfang die Empfehlungen umgesetzt wurden, zuweilen von der des Rechnungshofs ab. Betrachtet die Kommission eine Empfehlung als vollständig umgesetzt, verfolgt sie sie in der Regel nicht weiter, auch wenn der Rechnungshof den Grad der Umsetzung anders bewertet. Der Rechnungshof setzte die Weiterverfolgung der noch ausstehenden Empfehlungen aus seinen beiden vorangegangenen Weiterverfolgungsverfahren (betreffend seine Sonderberichte aus den Jahren 2020 und 2021) in Form der Analyse von Daten der Kommission fort, d. h., er nahm keine Untersuchungen im Detail vor.

**12.9.** Dies betraf 89 Empfehlungen aus seinen Sonderberichten von 2020 und 92 Empfehlungen aus seinen Sonderberichten von 2021, die der Rechnungshof im Rahmen seiner Weiterverfolgungsverfahren der Jahre 2023 und 2024 als noch ausstehend bewertet hatte[2]. Aus der Datenbank der Kommission ging hervor, dass die Kommission hinsichtlich 133 dieser 181 Empfehlungen keine weiteren Maßnahmen ergriffen hat (***Abbildung 12.3***). Die Kommission hatte im Rahmen ihrer Antworten auf die Sonderberichte 18 dieser 133 Empfehlungen nicht akzeptiert. Ihrer Ansicht nach waren die übrigen 115 Empfehlungen zum Zeitpunkt der in den vergangenen zwei Jahren durchgeführten Weiterverfolgung vollständig umgesetzt, auch wenn der Rechnungshof zu einer anderen Einschätzung gelangt war.

**Abbildung 12.3 – Weiterverfolgung der in den Sonderberichten von 2020 und 2021 ausgesprochenen Empfehlungen, die von der Kommission zum Zeitpunkt der vom Rechnungshof in den vergangenen zwei Jahren durchgeführten Weiterverfolgung nicht vollständig umgesetzt worden waren**




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

[2] Jahresbericht 2023, Ziffern 3.73–3.76, und Jahresbericht 2024, Ziffern 12.10–12.12.

**12.10.** Die Kommission ergriff weitere Maßnahmen in Bezug auf die übrigen 48 Empfehlungen, die nicht vollständig umgesetzt worden waren. Ihrer Ansicht nach hat sie seitdem die Umsetzung von 35 dieser 48 Empfehlungen abgeschlossen.

## Von den an die übrigen geprüften Stellen gerichteten Empfehlungen wurden 78 % vollständig oder weitgehend umgesetzt

**12.11.** Die Sonderberichte 04/2022, 05/2022, 06/2022, 13/2022 und 18/2022 enthielten insgesamt 32 Empfehlungen, die an andere geprüfte Stellen als die Europäische Kommission gerichtet waren (Ziffer ***12.2***).

**12.12.** Diese geprüften Stellen setzten 20 Empfehlungen (62 %) vollständig (siehe Beispiel in ***Kasten 12.2***), weitere fünf Empfehlungen (16 %) weitgehend und sieben Empfehlungen (22 %) teilweise um.

## Kasten 12.2

### Beispiel für eine Empfehlung, die von anderen geprüften Stellen vollständig umgesetzt wurde

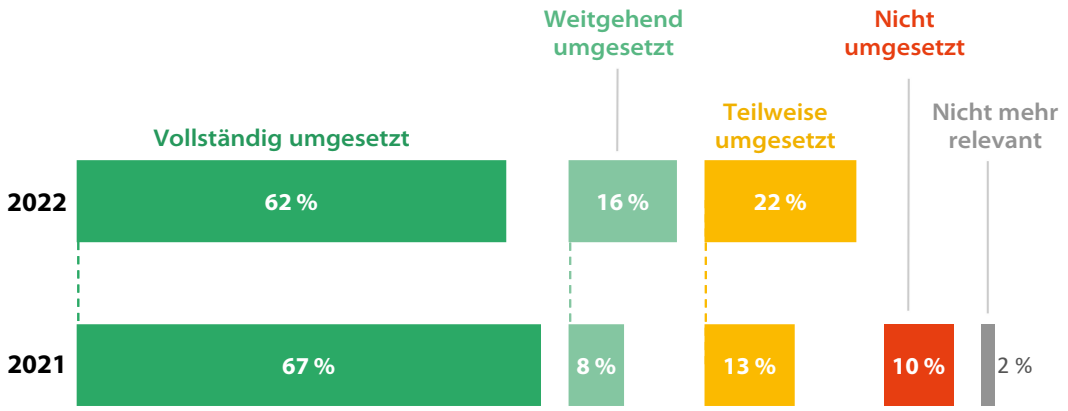
In seinem Sonderbericht 18/2022 über die Reaktion der EU-Organe auf COVID-19 empfahl der Rechnungshof dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union, der Kommission und dem Gerichtshof der Europäischen Union, die Einführung papierloser Arbeitsabläufe fortzusetzen und die Anwendung der elektronischen Signatur auszuweiten. Diese Empfehlung wurde von allen Organen akzeptiert und führte zu einer deutlichen Zunahme der Anwendung qualifizierter elektronischer Signaturen mithilfe von EU Sign. Das Europäische Parlament verwendet EU Sign nicht, doch werden seit 2022 in großem Umfang fortgeschrittene elektronische Signaturen verwendet, und die Einführung qualifizierter elektronischer Signaturen im Jahr 2023 wird die digitalen Verfahren weiter verbessern.



*Quelle*: © WrightStudio, stock.adobe.com.

**12.13.** Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Gesamtanteil der vollständig oder weitgehend umgesetzten Empfehlungen von 75 % auf 78 %, während der Gesamtanteil der teilweise umgesetzten oder nicht umgesetzten Empfehlungen leicht sank, nämlich von 23 % auf 22 % (***Abbildung 12.4***).

**Abbildung 12.4 – Umsetzung der an andere geprüfte Stellen als die Kommission gerichteten Empfehlungen des Rechnungshofs aus den Sonderberichten von 2022 und 2021**



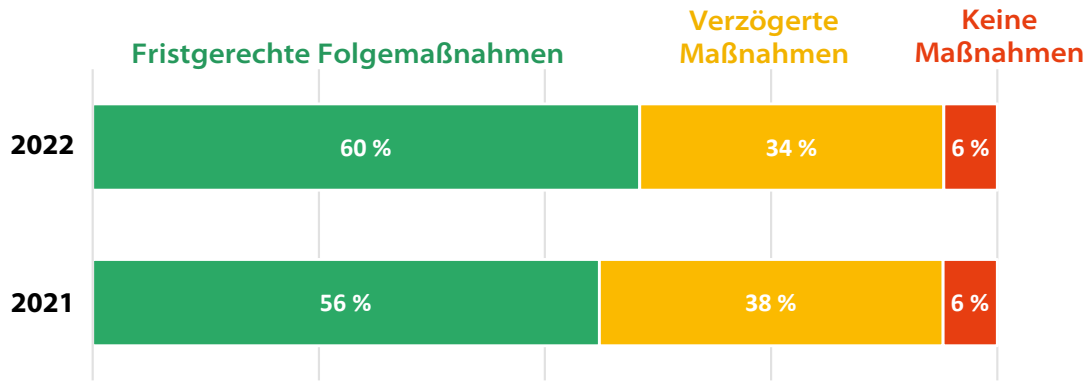

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Der Anteil der fristgerecht umgesetzten Empfehlungen ist leicht gestiegen

**12.14.** Die Fristen für die Umsetzung der Empfehlungen werden mit der geprüften Stelle erörtert und abgestimmt und in den Sonderberichten des Rechnungshofs angegeben.

**12.15.** Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der fristgerecht umgesetzten Empfehlungen von 56 % auf 60 % gestiegen, während der Anteil der Empfehlungen, deren Umsetzung sich verzögert hat, von 38 % auf 34 % sank (***Abbildung 12.5***).

**Abbildung 12.5 – Fristeinhaltung bei den von den geprüften Stellen ergriffenen Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofs aus den Sonderberichten von 2022 und 2021**



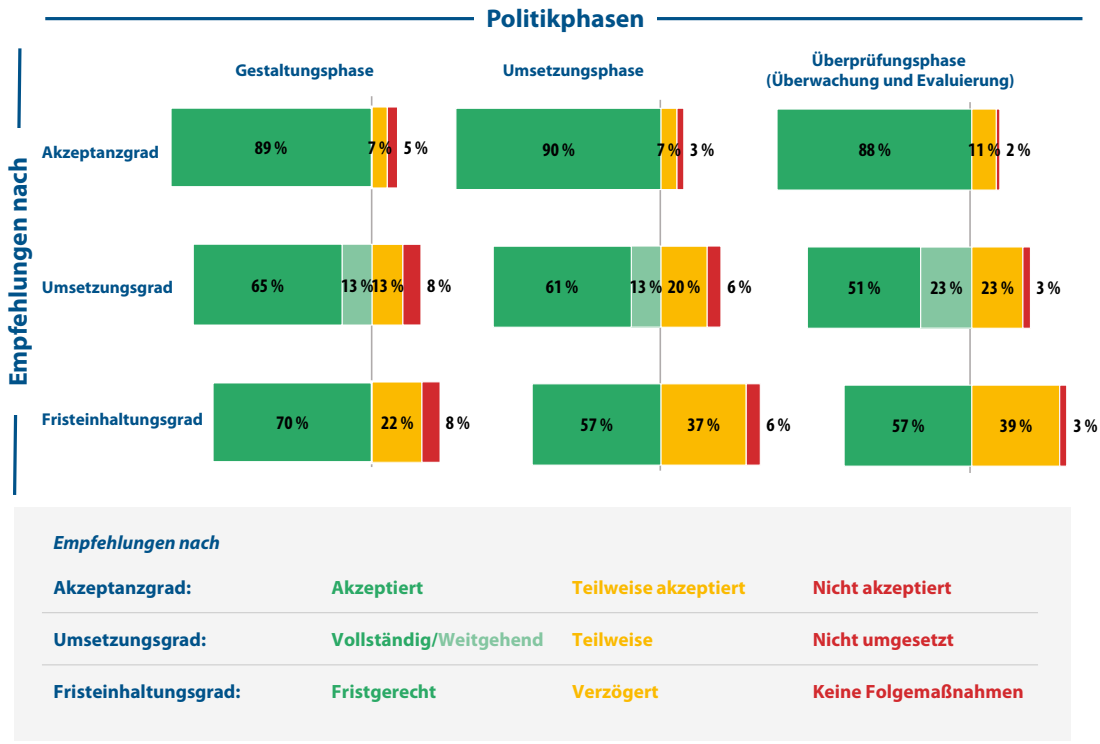

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Die Empfehlungen, die sich auf die Gestaltungsphase von Strategien oder *Programmen* beziehen, weisen den höchsten Umsetzungsgrad und Fristeinhaltungsgrad auf

**12.16.** Der Rechnungshof hat seine Empfehlungen aus den Sonderberichten von 2022 nach der Phase des Politikzyklus klassifiziert, die sie in erster Linie betreffen: Gestaltungsphase, Umsetzungsphase oder Überprüfungsphase (Überwachung und Evaluierung). Anhand dieser Klassifizierung konnte der Rechnungshof analysieren, ob es Unterschiede zwischen den drei Politikphasen gab, was den Akzeptanzgrad, den Umsetzungsgrad und den Fristeinhaltungsgrad der als Reaktion auf seine Empfehlungen ergriffenen Abhilfemaßnahmen angeht.

**12.17.** Was die Politikphasen anbelangt, so betrifft etwa die Hälfte der Empfehlungen des Rechnungshofs (45 %) Mängel in der Umsetzungsphase, rund ein Viertel (27 %) Mängel in der Gestaltungsphase und gut ein weiteres Viertel (28 %) Mängel in der Überprüfungsphase. Der Akzeptanzgrad war über alle Politikphasen hinweg in etwa gleich (er lag zwischen 95 % und 98 %). Der Anteil der vollständig oder weitgehend umgesetzten Empfehlungen war in Bezug auf die Gestaltungsphase am höchsten (78 %). Die Fristen für die von den geprüften Stellen zur Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofs ergriffenen Maßnahmen wurden bei Empfehlungen betreffend die Umsetzungs- und Überprüfungsphase deutlich seltener (in jeweils 57 % der Fälle) eingehalten als bei Empfehlungen betreffend die Gestaltungsphase (70 %). Die Ergebnisse der Analyse des Rechnungshofs sind in ***Abbildung 12.6*** im Detail dargestellt.

## Abbildung 12.6 – Akzeptanzgrad, Umsetzungsgrad und Fristeinhaltungsgrad nach Phase des Politikzyklus




*Hinweis:* Zur besseren Lesbarkeit werden die Zahlen ohne Nachkommastellen dargestellt, wodurch sich Rundungsdifferenzen ergeben können.

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Schlussfolgerungen

**12.18.** Der Rechnungshof gelangt zu der Schlussfolgerung, dass 74 % der in seinen Sonderberichten von 2022 veröffentlichten Empfehlungen vollständig oder weitgehend umgesetzt wurden (im vergangenen Jahr waren es 76 %). Der Anteil der fristgerecht umgesetzten Empfehlungen stieg von 56 % im vergangenen Jahr auf 60 % in diesem Jahr. Etwa die Hälfte der Empfehlungen des Rechnungshofs (45 %) bezieht sich auf die Umsetzungsphase von Strategien oder Programmen. Der jeweils höchste Grad der Umsetzung (78 %) und der Fristeinhaltung (70 %) betrifft Empfehlungen, die sich auf die Gestaltungsphase von Strategien oder Programmen beziehen.

# Anhänge

## Anhang 12.1 – Weiterverfolgung der Empfehlungen aus den Sonderberichten von 2022 – Europäische Kommission

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

Fristeinhaltungsgrad: fristgerecht; verzögert; Frist noch nicht verstrichen; keine Folgemaßnahmen; keine Bewertung der Fristeinhaltung.

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 01/2022: "EU-Unterstützung für die Rechtsstaatlichkeit in den Staaten des westlichen Balkans: trotz Bemühungen bestehen weiterhin grundlegende Probleme" | 1 | 72 | | | | |
| | 2 a) | 75 | | | | |
| | 2 b) | 75 | | | Die Kommission unterstützt Organisationen der Zivilgesellschaft und Medienunternehmen über die EU-Fazilität für die Zivilgesellschaft und das Medienprogramm für den Westbalkan und die Türkei. Die Gesamtmittelausstattung der Fazilität ist erheblich gestiegen, und zwar von 48,1 Millionen Euro pro Jahr im Zeitraum 2014–2020 auf 70,18 Millionen Euro pro Jahr im Zeitraum 2021–2027. Die Kommission hat | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Leitlinien für die EU-Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Erweiterungsregion (2021–2027) herausgegeben, um die EU-Bediensteten bei der Gestaltung und Umsetzung der EU-Unterstützung für die Zivilgesellschaft zu unterstützen. Diese Leitlinien werden jedes Jahr einer Bewertung unterzogen. Trotz der erhöhten finanziellen Unterstützung geht aus den vorgelegten Nachweisen nicht hervor, dass es sich bei dieser Unterstützung um langfristige finanzielle Unterstützung für Organisationen der Zivilgesellschaft und unabhängige Medienunternehmen handelt, die nicht ausschließlich auf der Finanzierung von Projekten beruht. | |
| | 2 c) | 75 | | | | |
| | 2 d) | 75 | | | | |
| | 3 | 77 | | | | |
| | 4 a) | 80 | | | | |
| | 4 b) | 80 | | | | |
| | 4 c) | 80 | | | | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 02/2022: "Energieeffizienz in Unternehmen: Gewisse Energieeinsparungen, aber Schwachstellen bei der Planung und Projektauswahl" | 1 a) | 125 |  |  | Es gibt noch immer keine systematische Bewertung des potenziellen Beitrags von EU-Mitteln zur Energieeffizienz in Unternehmen in der Programmplanungsphase, und es gibt auch keine strukturierte Verknüpfung zwischen den Mittelzuweisungen im Rahmen der Kohäsionspolitik und dem in den nationalen Energie- und Klimaplänen ermittelten Finanzierungsbedarf. Infolgedessen stützen sich die Programmplanungsentscheidungen weiterhin in erster Linie auf die Begründungen der Mitgliedstaaten, ohne dass auf EU-Ebene bewertet wird, ob Umfang und Gestaltung der geplanten Energieeffizienzinvestitionen in Unternehmen dem ermittelten Bedarf angemessen Rechnung tragen. |  |
| | 1 b) | 125 |  |  | |  |
| | 2 | 134 |  |  | |  |
| SB 03/2022: "5G-Einführung in der EU: Verzögerungen beim Auf- und Ausbau der Netze und ungelöste Sicherheitsprobleme" | 1 a) | 83 |  |  | Die Kommission hat erste Schritte unternommen, aber es gibt immer noch keine gemeinsame EU-weite Definition des erwarteten Niveaus der Dienstqualität von 5G-Netzen, die Aspekte wie die Mindestgeschwindigkeit oder die maximale Latenz abdeckt. |  |
| | 1 b) | 83 |  |  | |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 1 c) | 83 | ✓ | | | |
| | 2 a) | 91 | ✓ | | | |
| | 2 b) | 91 | ✓ | | | |
| | 2 c) | 91 | ✓ | | Die Kommission hat gemeinsam mit den Mitgliedstaaten bewertet, welche Aspekte der Sicherheit von 5G-Netzen durchsetzbare Anforderungen erfordern. Anfang 2026 schlug die Kommission einen überarbeiteten Rechtsakt zur Cybersicherheit vor, in dem ein Mechanismus zur Bewältigung strategischer Risiken in den Lieferketten der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) vorgesehen ist. Die Kommission beabsichtigt, Durchführungsrechtsakte zu veröffentlichen, in denen durchsetzbare Anforderungen festgelegt sind; diese Durchführungsrechtsakte stehen jedoch noch aus. | |
| | 3 a) | 93 | ✓ | | Die Kommission hat die von den Mitgliedstaaten angenommenen oder vorgeschlagenen Rechtsrahmen, mit denen den Mobilfunknetzbetreibern Zeit für den Austausch der von Hochrisikoanbietern bezogenen Ausrüstung eingeräumt wird, regelmäßig überwacht und darüber Bericht erstattet. In der *Folgenabschätzung* zum überarbeiteten Rechtsakt zur Cybersicherheit wurden die Kosten des Austauschs von 5G-Ausrüstung von Hochrisikoanbietern analysiert. Es | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | besteht ein Mangel an Informationen, da nicht alle Mitgliedstaaten Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Fragen ergriffen haben und keine spezifischen Informationen darüber vorliegen, wie die Kosten der Mobilfunknetzbetreiber für den Austausch von 5G-Ausrüstung, die von Hochrisikoanbietern bezogen wurde, zu behandeln sind. | |
| | 3 b) | 93 |  |  | |  |
| SB 04/2022: "Investmentfonds: Die Maßnahmen der EU haben noch nicht zu einem echten Binnenmarkt zum Vorteil der Anleger geführt" | 1 a) | 129 |  |  | Die Kommission führte eine gezielte Konsultation durch, um Rückmeldungen von Interessenträgern zu den Hindernissen für die Integration der Finanzmärkte in der EU einzuholen. Am 4. Dezember 2025 legte die Kommission das Paket zur Europäischen Spar- und Investitionsunion vor, mit dem die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds und die Richtlinie über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren teilweise geändert werden sollen und das insbesondere in den Bereichen grenzüberschreitender Vertrieb und aufsichtliche *Konvergenz* Verbesserungen bietet. Der jüngste Kompromiss zur Strategie für Kleinanleger-Produkte wurde durch drei weitere Folgenabschätzungen untermauert. Die gezielte Konsultation befasst sich mit den spezifischen Hindernissen für grenzüberschreitende Tätigkeiten, die sich aus dem nicht vollständig harmonisierten Rechtsrahmen |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | ergeben. Strukturelle Faktoren – wie Nachfrage, Verteilernetze und Aufsichtssysteme – wurden entweder nicht oder nur teilweise berücksichtigt. Das Paket zur Europäischen Spar- und Investitionsunion trägt nur teilweise dazu bei, die Ziele eines Binnenmarkts für Investmentfonds wirksamer zu erreichen, da es die strukturellen Faktoren für die Konzentration der Fondsdomizile wie Aufsichtssysteme oder Cluster für Fondsdienstleistungen nicht angeht. Darüber hinaus beruhen viele *Bestimmungen* nach wie vor auf Richtlinien und nicht auf Verordnungen. | |
| | 1 b) | 129 |  |  | Die Kommission hat die Indikatoren zur Messung der *Leistung* von Investmentfonds im Managementplan 2025 der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (GD FISMA) nicht verbessert. Der einzige neue Indikator in dem Plan bietet keinen Mehrwert im Hinblick auf die Bewertung, ob mit dem Rechtsrahmen der Kommission die angestrebten Ziele im Investmentfondssektor erreicht wurden. |  |
| | 2 a) | 132 |  |  | |  |
| | 3 a) | 134 |  |  | Der Vorschlag der Kommission für die Strategie für Kleinanleger-Produkte enthielt Verbesserungen hinsichtlich der Informationen über Kosten und hinsichtlich der Transparenz. Er zielte darauf ab, |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Anreize zu begrenzen, und stärkte den bereits bestehenden Grundsatz des Handelns "im bestmöglichen Interesse des Kunden". Beim "Payment for Order Flow" (PFOF) wurden Anreize verboten, was vor allem für Unternehmen relevant ist, die nur Aufträge ausführen ("execution only"). Beratende Broker können auch weiterhin Produkte mit hohen Gebühren verkaufen. In ihrem Vorschlag empfahl die Kommission auch, Anreize in bestimmten Kanälen zu verbieten und strengere Verpflichtungen im Hinblick auf das Handeln im bestmöglichen Interesse des Kunden aufzuerlegen, während die beiden gesetzgebenden Organe in der vorläufigen Einigung über die Strategie eine neue Prüfung der Anreize vorgesehen haben und Anreize weiterhin erlauben wollen, wenn sie gerechtfertigt sind (greifbarer Vorteil). | |
| | 5 a) | 138 |  |  | |  |
| | 5 b) | 138 |  |  | |  |
| | 1 a) | 98 |  |  | |  |
| | 1 b) | 98 |  |  | |  |
| | 1 c) | 98 |  |  | |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 05/2022: "Cybersicherheit: Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU sind insgesamt nicht ausreichend gegen Bedrohungen gewappnet" | 1 d) | 98 |  |  | |  |
| | 1 e) | 98 |  |  | |  |
| | 1 f) | 98 |  |  | |  |
| | 1 g) | 98 |  |  | |  |
| | 2 a) | 99 |  |  | |  |
| | 2 b) | 99 |  |  | |  |
| | 2 c) | 99 |  |  | |  |
| SB 06/2022: "Rechte des geistigen Eigentums in der EU: solider Schutz mit kleinen Schwächen" | 1 a) | 96 |  |  | |  |
| | 1 b) | 96 |  |  | Die Kommission weitete den Anwendungsbereich der Rechte im Zusammenhang mit eingetragenen Mustern auf gefälschte Waren aus, die durch das Gebiet der EU befördert werden oder Zollverfahren unterliegen. Sie hat jedoch weder – wie empfohlen – eine Interventionsschwelle für die Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden eingeführt noch die Definition von Kleinsendungen erweitert. |  |
| | 2 | 97 |  |  | Die Kommission hat keine Nachweise dafür vorgelegt, dass sie im Rahmen ihrer Bewertung nach Artikel 210 der Verordnung (EU) 2017/1001 die Governance-Regelungen und das Fehlen einer klaren |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Methodik für die Festlegung von Gebühren bewertet hat. | |
| | 4 | 100 |  |  | |  |
| | 5 a) | 101 |  |  | Im Hinblick auf die Umsetzung der Empfehlung hat die Kommission mehrere Studien in Auftrag gegeben, Arbeitsgruppen eingesetzt und Evaluierungen in die Wege geleitet. Die *Ergebnisse* werden in künftige Rechtsvorschriften einfließen. Der Entwurf eines Vorschlags für eine Kontrollstrategie auf Grundlage des Risikomanagements für Rechte des geistigen Eigentums steht jedoch noch aus. |  |
| | 5 b) | 101 |  |  | |  |
| | 5 c) | 101 |  |  | Die Kommission hat eine Studie zur Standardisierung der einschlägigen Berichterstattungstätigkeiten in Auftrag gegeben, der Bericht liegt jedoch noch nicht vor, und die Kommission hat das Gesetzgebungsverfahren noch nicht eingeleitet. |  |
| | 1 a) | 90 |  |  | |  |
| | 1 b) | 90 |  |  | |  |
| | 1 c) | 90 |  |  | |  |
| | 1 d) | 90 |  |  | |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 07/2022: "Instrumente zur Internationalisierung von KMU: viel Unterstützung, die aber weder ganz kohärent noch koordiniert genug ist" | 2 a) | 90 |  |  | |  |
| | 2 b) | 90 |  |  | |  |
| | 2 c) | 90 |  |  | |  |
| | 2 d) | 90 |  |  | |  |
| | 3 a) | 90 |  |  | Für Projekte im Rahmen der Initiative "Startup Europe" wurden *zentrale Leistungsindikatoren* (KPI) festgelegt. Das Fehlen kohärenter Verfahren für die Berichterstattung über die KPI und das Fehlen einer langfristigen Überwachung erschwert jedoch die Bewertung von Start-up-Unternehmen auf Projektebene sowie die Bewertung der allgemeinen *Wirksamkeit* und Nachhaltigkeit der Initiative "Startup Europe". |  |
| | 3 b) | 90 |  |  | |  |
| | 3 c) | 90 |  |  | Kriterien zur Messung des Beitrags von Start-ups zum Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU wurden als Auswahlkriterien in die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen aufgenommen. Derzeit fehlen jedoch Kriterien, mit denen gemessen wird, inwieweit ein vorgeschlagenes Start-up von der Teilnahme an dem geförderten Projekt profitieren würde – insbesondere im Hinblick auf die vollständige |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Entwicklung seines Potenzials und seiner Wettbewerbsfähigkeit. | |
| SB 08/2022: "EFRE-Mittel zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU: Konzeptionsmängel beeinträchtigen eine wirksame Förderung" | 1 a) | 80 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 1 b) | 80 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 1 c) | 80 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 2 a) | 80 | ✗ | ✗ | Die Kommission hat diese Empfehlung nicht akzeptiert. Sie hat die Mitgliedstaaten weder aufgefordert, die Auswahlverfahren des *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung* (EFRE) – insbesondere bezüglich der Finanzierung von Zuschüssen – zu überarbeiten, um zu erreichen, dass Projekte nur dann im Rahmen eines nicht wettbewerbsorientierten Verfahrens ausgewählt werden, wenn dies hinreichend begründet ist, noch hat sie die Mitgliedstaaten dabei unterstützt. | ✗ |
| | 2 b) | 80 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 3 a) | 80 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 3 b) | 80 | ✓ | ▬ | | ✓ |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 09/2022: "Klimaschutz im EU-Haushalt 2014–2020: weniger Ausgaben als gemeldet" | 1 | 58 |  |  | Im Januar 2026 veröffentlichte die Kommission eine Studie zur Verfolgung des Beitrags der Gemeinsamen Agrarpolitik zum Klimaschutz. Obwohl aus der Studie hervorgeht, dass bei Anwendung der derzeitigen Methodik zur Verfolgung klimabezogener Ausgaben der Beitrag um 24 % höher eingeschätzt wird als bei Anwendung der im Rahmen der Studie entwickelten Methodik, beschloss die Kommission, keine Anpassungen vorzunehmen. |  |
| | 2 a) | 60 |  |  | Die Empfehlung, die EU-Ausgaben mit potenziellen negativen Klima*auswirkungen* zu ermitteln und darüber Bericht zu erstatten, wurde von der Kommission weder akzeptiert noch umgesetzt. |  |
| | 2 b) | 60 |  |  | |  |
| | 2 c) | 60 |  |  | |  |
| | 3 | 63 |  |  | In ihren *jährlichen Management- und Leistungsbilanzen* 2023 und 2024 legte die Kommission Zahlen in Bezug auf Indikatoren für Einsparungen durch Energieeffizienz, vermiedene Emissionen und installierte Kapazitäten für erneuerbare Energien vor. Die Gemeinsame Agrarpolitik – ein zentrales Element der EU-Klimaausgaben – wird jedoch bei keiner der in den jährlichen Management- und Leistungsbilanzen gemeldeten Zahlen berücksichtigt. Auch die negativen |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Klimaauswirkungen der EU-Ausgaben werden nicht berücksichtigt. | |
| SB 10/2022: "LEADER und von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung: Lokales Engagement wird gefördert, doch Zusatznutzen ist noch immer nicht ausreichend nachgewiesen" | 1 a) | 84 |  |  | |  |
| | 1 b) | 84 |  |  | |  |
| | 1 c) | 84 |  |  | |  |
| | 1 d) | 84 |  |  | |  |
| | 1 e) | 84 |  |  | Im Jahr 2023 veröffentlichte die Kommission eine Studie zur Unterstützung der Evaluierung der Kosten und des Nutzens der Umsetzung von LEADER. LEADER ist ein Ansatz, bei dem lokale Gemeinschaften in die Gestaltung und Umsetzung von Strategien und die Zuweisung von Ressourcen für die Entwicklung ländlicher Gebiete einbezogen werden. Obwohl in der Scoping-Phase der Evaluierung festgelegt wurde, dass bewertet werden soll, in welchem Umfang mit LEADER-Mitteln die gesetzlichen Aufgaben von EU-, nationalen, regionalen oder lokalen Stellen finanziert wurden, erfolgte dies nicht systematisch oder quantitativ, da hinreichend detaillierte und vergleichbare Daten nur begrenzt vorlagen. |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 2 | 84 | ✓ | | Die Kommission hat zwei Evaluierungen auf den Weg gebracht: eine betreffend die Kohäsionspolitik und eine betreffend den *Europäischen Meeres- und Fischereifonds* (EMFF). Auf der Grundlage der verfügbaren Unterlagen (z. B. Veröffentlichung der Evaluierung der Kohäsionspolitik und Mandat der Kohäsionspolitik sowie Veröffentlichungen des Netzes für die Überwachung, Evaluierung und lokale Unterstützung der Fischerei und Aquakultur (FAMENET) für die Evaluierung des EMFF) decken die Evaluierungen nur einige der in den Buchstaben a bis e von Empfehlung 1 aufgeführten Aspekte ab.<br>Die Veröffentlichung der Evaluierung des EMFF steht noch aus. | |
| SB 11/2022: "Schutz des EU-Haushalts: Möglichkeiten schwarzer Listen besser nutzen" | 1 | 90 | ✓ | | | |
| | 2 (1) | 93 | ✓ | | | |
| | 2 (2) | 93 | ✓ | | Die Kommission hat dadurch Fortschritte bei der Verbesserung der institutionellen Aufsicht im Rahmen des Früherkennungs- und Ausschlusssystems (EDES) erzielt, dass sie Überwachungsmechanismen für vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) erhaltene Informationen eingerichtet und durch eine Änderung der internen Vorschriften die zentralen Kontrollen formalisiert hat. Die Einbeziehung der | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Aufsicht in die internen Vorschriften stellt eine erhebliche Verbesserung dar, da damit Rechenschaftspflicht und Kohärenz bei Ausschlussentscheidungen sichergestellt werden. Die Einrichtung von Überwachungssystemen für die Empfehlungen sowohl des OLAF als auch der EUStA gewährleistet einen systematischeren und faktengestützten Weiterverfolgungsprozess. Trotz dieser Verbesserungen bestehen nach wie vor erhebliche Mängel. Insbesondere hat die Kommission in Bezug auf keine der in der Empfehlung ausdrücklich genannten wichtigen Datenquellen – darunter die Aufzeichnungen im Berichterstattungssystem für Unregelmäßigkeiten (IMS), endgültige Prüfungsergebnisse, Wettbewerbsentscheidungen und Meldungen der Durchführungspartner – eine Überwachung auf Kommissionsebene nachgewiesen. Die Kommission erklärte, dass die Nutzung dieser Quellen im Einklang mit der dezentralen Verwaltung des EU-Haushalts in erster Linie in die Zuständigkeit der *Anweisungsbefugten* falle, hat jedoch nicht nachgewiesen, wie ihre Nutzung auf Kommissionsebene überwacht wird, um eine einheitliche Ermittlung potenzieller EDES-Fälle über alle Dienststellen hinweg zu gewährleisten. Diese Lücken beeinträchtigen die Fähigkeit der Kommission, potenzielle Ausschlussfälle ordnungsgemäß zu ermitteln, und stellen einen grundlegenden Mangel | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | bei der Umsetzung von Empfehlung 2 (2) dar. Darüber hinaus wurde vor Kurzem zwar der EUStA-Überwachungsrahmen eingerichtet und im Jahr 2025 wurden erste Erhebungen durchgeführt, seine Wirksamkeit in der Praxis wurde jedoch noch nicht nachgewiesen. | |
| | 2 (3) | 93 |  |  | Die Anforderung, die EDES-Datenbank in mehreren Phasen der Auftragsvergabe zu überprüfen, sowie die integrierten Warnhinweise im Rechnungsführungssystem *ABAC* (und später in *SUMMA*) spiegeln einen systematischen Ansatz zur Minderung der Risiken von vertraglichen Vereinbarungen mit ausgeschlossenen Stellen wider. Der Verweis auf detaillierte interne Leitlinien belegt die Institutionalisierung dieser Kontrollen. Obwohl diese Schutzmechanismen nun in den aktualisierten Leitlinien verankert und in das neue SUMMA-System eingebettet sind, hat die Kommission keine wesentlichen neuen Ex-post-Überprüfungen eingeführt, die über die zum Zeitpunkt der Prüfung des Rechnungshofs bereits bestehenden Kontrollen hinausgehen. Die Kommission hat zwar einen Webdienst entwickelt, der externen Systemen den Zugang zur EDES-Datenbank erleichtern soll, diese Funktion ist jedoch in der Praxis nicht einsatzbereit. Außerdem erfolgten noch keine verstärkten analytischen Prüfungen und keine wirksamen |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Verknüpfungen mit anderen kommissionsinternen Instrumenten. | |
| | 2 (4) | 93 |  |  | Die Kommission hat Leitlinien zur Unterstützung des Einsatzes des EDES ausgearbeitet und den Anweisungsbefugten klarere Unterstützung bereitgestellt, insbesondere in Bezug auf OLAF-bezogene Verfahren. Mit den Leitlinien für die Verwendung von OLAF-Berichten aus dem Jahr 2024 soll eine kohärente und transparente Behandlung der auf EU-Ebene erhaltenen Informationen durch die Anweisungsbefugten sichergestellt werden. Zusammengenommen verbessern diese Maßnahmen die allgemeine Governance und die Rechenschaftspflicht des Systems und stellen bedeutende Fortschritte in dem von der Empfehlung abgedeckten Bereich dar. Trotz dieser Erfolge ist der Anwendungsbereich der formellen Leitlinien nach wie vor größtenteils auf OLAF-bezogene Verfahren innerhalb des EDES beschränkt. Hinsichtlich der übrigen Datenquellen auf EU-Ebene (z. B. Aufzeichnungen im IMS, EUStA-Fälle, Prüfungsfeststellungen, Wettbewerbsfälle oder Meldungen von Durchführungspartnern) stützt sich die Kommission auf bereits bestehende Ad-hoc-Vereinbarungen, die nicht in Form eines kohärenten Rahmens standardisiert wurden. Somit wurde das Ziel der Empfehlung, umfassende |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Standardverfahren für Datenquellen auf EU-Ebene sicherzustellen, noch nicht vollständig erreicht. | |
| | 2 (5) | 93 |  |  | Die Kommission hat Fortschritte bei der kommissionweiten Sensibilisierung für das EDES erzielt. Die Einrichtung eines jährlichen EDES-Workshops und der EDES-Expertenplattform markiert den Übergang von Ad-hoc-Sensibilisierungsinitiativen zu einem strukturierteren, nachhaltigeren und kooperativeren Ansatz für die intern Beteiligten. Zwar sind innerhalb der Kommission erhebliche Fortschritte erzielt worden, doch sind für die Durchführungspartner im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung keine Sensibilisierungsmaßnahmen dokumentiert, und für die Behörden der Mitgliedstaaten waren solche Maßnahmen nur begrenzt verfügbar. Da diese Gruppen erhebliche Teile des EU-Haushalts verwalten, stellt ihr vollständiger oder teilweiser Ausschluss von Sensibilisierungsmaßnahmen einen grundlegenden Mangel bei der Umsetzung der Empfehlung dar. |  |
| | 3 | 95 |  |  | Durch die Aktualisierung des Musters für die Verwaltungserklärung und der Muster für die *Beitragsvereinbarung* hat die Kommission den formellen Rahmen gestärkt und sichergestellt, dass die Partner an ihre Verpflichtung erinnert werden, Fälle von *Betrug*, Unregelmäßigkeiten und |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Ausschlusssituationen zu melden. Die Kommission stützt sich auf die Verwaltungsautonomie der Partner und hat diesen Ansatz nicht durch Überwachungs- oder Überprüfungstätigkeiten ergänzt, um dafür Sorge zu tragen, dass die Partner ihrer Verpflichtung zur Meldung von Ausschlusssituationen nachkommen. | |
| | 4 | 96 | ✓ | | Mit dem Vorschlag der Kommission für die Überarbeitung der *Haushaltsordnung* wurde der Empfehlung Rechnung getragen, indem das EDES auf die *geteilte Mittelverwaltung* und auf Mittel ausgeweitet wurde, die in direkter Mittelverwaltung in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten ausgeführt werden. Der diesbezügliche endgültige Anwendungsbereich der angenommenen Haushaltsordnung ist jedoch aufgrund von Kompromissen, die im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens mit den beiden gesetzgebenden Organen eingegangen wurden, enger. | |
| | 5 (1) | 97 | ✓ | | | |
| | 5 (2) | 97 | ✓ | | | |
| | 5 (3) | 97 | ✓ | | Gemäß der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 müssen alle Stellen, die den EU-Haushalt ausführen, relevante Daten in das Instrument zur Datenauswertung und Risikobeurteilung einspeisen, | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | um die Fähigkeit der Kommission zur Ermittlung von Risiken und zum Schutz des EU-Haushalts zu stärken. Ferner ist vorgesehen, dass im Rahmen des neuen Instruments eine moderne IT-Architektur eingeführt wird, die eine Hebelwirkung im Hinblick auf *Interoperabilität* und künstliche Intelligenz entfaltet und mit der die Finanzverwaltungs- und Aufsichtsmechanismen in der gesamten EU modernisiert werden. Die Kommission hat die Entwicklung des gemeinsamen Instruments zur Datenauswertung und Risikobeurteilung noch nicht abgeschlossen. Da das Instrument außerdem auf freiwilliger Basis eingesetzt wird, könnte seine Wirksamkeit begrenzt sein, bis im Rahmen der vorgeschlagenen Überprüfung im Jahr 2027 das Potenzial für die Durchsetzung einer obligatorischen Anwendung bewertet wird. Die vollständige Interoperabilität mit den nationalen Systemen wird bis 2028 erwartet. | |
| | 5 (4) | 97 |  |  | Die Kommission hat Schritte unternommen, um die Koordinierung des Datenaustauschs auf Kommissionsebene zu fördern, unter anderem durch regelmäßige Arbeitsgruppensitzungen und gezielte Veranstaltungen wie den *Arachne*-Workshop 2025. Diese Initiativen haben die Sensibilisierung für Arachne erhöht und den Generaldirektionen ein Forum für den Austausch von Informationen über den Bedarf und die |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Entwicklungen im Zusammenhang mit Daten geboten. Trotz dieser Bemühungen ist das zentrale Instrument zur Datenauswertung und Risikobeurteilung, das die Verfügbarkeit und den Austausch von Daten auf Kommissionsebene fördert, in Bezug auf fortgeschrittene Funktionen und Interoperabilität noch nicht vollständig ausgereift. Daher ist die Inanspruchnahme durch die Generaldirektionen nach wie vor uneinheitlich, und der Datenaustausch erfolgt noch nicht systematisch oder vollständig. Diese Einschränkungen sind von grundlegender Bedeutung, da sie sich aus den in Empfehlung 5 (3) genannten umfassenderen Herausforderungen ergeben und die allgemeine Fähigkeit der Kommission beeinträchtigen, eine umfassende Verfügbarkeit und einen umfassenden Austausch von Daten auf Kommissionsebene sicherzustellen. | |
| | 5 (5) | 97 |  |  | Die (neu gefasste) Haushaltsordnung bietet einen Rechtsrahmen, der die Bemühungen der Kommission um die Verbesserung des Zugangs zu Daten, ihrer Integration und der Mechanismen zur Risikobeurteilung bei allen von der EU finanzierten Programmen stärkt. Die kontinuierliche Weiterentwicklung von Arachne, das nun zusätzliche Merkmale und Indikatoren aufweist, zeigt ein klares Engagement für die Modernisierung der Finanzaufsicht auf der Grundlage von Daten. Mit der (neu gefassten) |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Haushaltsordnung wurde zwar ein Rahmen für die Unterstützung der Nutzung digitaler, zugänglicher und interoperabler Daten geschaffen, doch hat die Kommission noch keine umfassende Strategie entwickelt, um sicherzustellen, dass nationale und EU-Daten über EU-Vertragspartner wie empfohlen standardisiert und interoperabel sind. Der Rahmen enthält noch keine spezifischen Mechanismen oder Governance-Regelungen zur Koordinierung der Vereinheitlichung der Daten zwischen den Mitgliedstaaten. Ob das Interoperabilitätsziel erreicht wird, hängt daher weiterhin zum Teil davon ab, inwieweit die Mitgliedstaaten ihre nationalen Systeme angleichen und einschlägige Daten in einem kompatiblen Format austauschen. | |
| SB 12/2022: "Dauerhaftigkeit im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums: Die meisten Projekte sind im erforderlichen Zeitraum in Betrieb, doch könnten längerfristige Ergebnisse erzielt werden" | 1 | 69 | ✓ | | | |
| | 2 a) | 69 | ✓ | | | |
| | 2 b) | 69 | ✓ | | | |
| | 3 a) | 70 | ✓ | | Die Kommission befragte die Mitgliedstaaten, um relevante Informationsquellen über den andauernden Betrieb von EU-finanzierten Projekten zu ermitteln. Im Rahmen der Maßnahmen der Kommission wurden jedoch keine relevanten Informationsquellen über deren Betrieb nach Ablauf des rechtlich vorgeschriebenen Dauerhaftigkeitszeitraums ermittelt. | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Kein Mitgliedstaat hat Angaben zu solchen Quellen gemacht. | |
| | 3 b) | 70 |  |  | Die Umsetzung von Empfehlung 3 Buchstabe a (d. h. die Ermittlung relevanter Informationsquellen über den andauernden Betrieb von EU-finanzierten Projekten) ist eine Voraussetzung für die Umsetzung von Empfehlung 3 Buchstabe b (d. h. die Nutzung dieser Informationen zur Erstellung einer Liste von Risikofaktoren). Da Empfehlung 3 Buchstabe a nur teilweise umgesetzt wurde, konnte die Kommission keine Liste von Risikofaktoren auf der Grundlage von Beispielen für weniger dauerhafte Projekte erstellen. |  |
| SB 13/2022: "Freizügigkeit in der EU während der COVID-19-Pandemie: Begrenzte Prüfung der Kontrollen an den Binnengrenzen und unkoordinierte Maßnahmen der Mitgliedstaaten" | 1 a) | 80 |  |  | |  |
| | 1 b) | 80 |  |  | |  |
| | 1 c) | 80 |  |  | |  |
| | 1 d) | 80 |  |  | |  |
| | 1 e) | 80 |  |  | Die Kommission hat diese Empfehlung nicht akzeptiert und hat auch keinen klaren Ansatz entwickelt, um die Bewertung der Einhaltung der Vorschriften zu verbessern und Sanktionen zu verhängen. |  |
| | 2 | 82 |  |  | |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 3 a) | 83 | ✓ | | | |
| | 3 b) | 83 | ✓ | | | |
| SB 14/2022: "Reaktion der Kommission auf Betrug im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik: Es ist an der Zeit, das Problem an der Wurzel anzugehen" | 1 a) | 112 | ✓ | | | |
| | 1 b) | 112 | ✓ | | | |
| | 1 c) | 112 | ✓ | | | |
| | 2 a) | 112 | ✓ | | | |
| | 2 b) | 112 | ✓ | | | |
| | 2 c) | 112 | ✓ | | Die Kommission hat verschiedene Gespräche mit den Mitgliedstaaten zum Thema künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen organisiert, auch wenn diese in einem allgemeinen Kontext (d. h. nicht spezifisch im Hinblick auf die *Gemeinsame Agrarpolitik* (GAP)) stattfanden. Im spezifischen Kontext der GAP hat die Kommission eine horizontale Bewertung des Betrugsrisikos eingeleitet, die sich unter anderem auf den Einsatz künstlicher Intelligenz und anderer fortschrittlicher Instrumente auf der Ebene der *Zahlstellen* erstreckt. Die Kommission muss die horizontale Bewertung des Betrugsrisikos noch abschließen und verbreiten. Das Arbeitsprogramm der Kommission zur Betrugsbekämpfung für 2024 umfasste Mittel für *technische Hilfe* zur Unterstützung | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | des Erwerbs von Systemen der künstlichen Intelligenz und Instrumenten zur Datenauswertung durch die nationalen oder regionalen Behörden. Der Rechnungshof fand jedoch keine Belege dafür, dass die Mittel für technische Hilfe zur Finanzierung von Projekten im Rahmen der GAP verwendet wurden. | |
| SB 15/2022: "Maßnahmen zur Ausweitung der Beteiligung an *Horizont 2020* sind zwar gut konzipiert, doch hängen nachhaltige Änderungen vor allem von den nationalen Behörden ab" | 1 a) | 90 |  |  | |  |
| | 1 b) | 90 |  |  | |  |
| | 2 | 92 |  |  | |  |
| | 3 | 94 |  |  | Die Kommission hat eine Bekanntmachung über Synergien zwischen EFRE-Programmen und *Horizont Europa* angenommen, in der ein integrierter Ansatz gefördert und die Synergien zwischen Horizont Europa und dem EFRE gestärkt werden, um die Auswirkungen der Finanzierung von Forschung und Innovation zu erhöhen. In Bezug auf die ergänzende Finanzierung von Projekten im Rahmen von "Teaming for Excellence" wird in der Bekanntmachung über Synergien klargestellt, dass die Kofinanzierung solcher Projekte von der Pflicht zur Anmeldung *staatlicher Beihilfen* bei der Kommission ausgenommen ist. Außerdem wird eine einzige Bewertung des Projektvorschlags eingeführt, die beide Teile des Projekts abdeckt (d. h. den Teil von Horizont Europa und den Teil, der sich auf die gewählte ergänzende |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Finanzierungsquelle bezieht, z. B. ein kohäsionspolitisches Programm). Die Bekanntmachung über Synergien enthält weder Einzelheiten dazu, wie die einzigen Evaluierungen in der Praxis durchgeführt werden sollten, noch Präzisierungen hinsichtlich der Zuständigkeiten. Ferner ist darin nicht festgelegt, wie die nationalen Ressourcen den Projekten der Komponente "Ausweitung der Beteiligung und Verbreitung von Exzellenz" zugewiesen werden können. Andere von der Kommission genannte Dokumente – wie das neue Muster für die Erklärung der ergänzenden Finanzierung für die "Teaming"-Projekte des Jahres 2025, das Dokument über den Stand der "Teaming"-Projekte und die neuen Muster für Durchführungsberichte – betreffen die Überwachung und Sicherstellung der Einhaltung von Verpflichtungen; sie zielen nicht in erster Linie darauf ab, wie empfohlen die *Verwaltungsbehörden* zu ermutigen, einen vereinfachten Ansatz für die Gewährung von *Finanzhilfen* zu verfolgen. | |
| | 4 a) | 96 |  |  | |  |
| | 4 b) | 96 |  |  | |  |
| | 4 c) | 96 |  |  | Dadurch, dass die Kommission die Projektergebnisse auf der Horizont-Ergebnisplattform regelmäßig aktualisiert und dafür sorgt, dass sie öffentlich |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | zugänglich sind, hat sie die Sichtbarkeit von Projekten auf EU-Plattformen verbessert. Die über die "widerAdvance Facility" unterstützten *Begünstigten* werden aufgefordert, ihre Ergebnisse über solche Instrumente öffentlich zugänglich zu machen. Das Projekt "widerAdvance Facility" wurde im Januar 2025 auf den Weg gebracht, sodass es noch zu früh ist, um seine allgemeinen Auswirkungen auf die Sichtbarkeit von Projekten zu bewerten. In seinem Sonderbericht gelangte der Rechnungshof zu dem Schluss, dass die Informationen über die Ergebnisse von Ausweitungsprojekten in der Datenbank des Informationsdienstes der Gemeinschaft für Forschung und Entwicklung (CORDIS) nicht hinreichend aktualisiert und nur teilweise zuverlässig waren. Die Kommission hat seither keine Informationen über Änderungen vorgelegt. | |
| | 5 a) | 99 |  |  | Der Rechnungshof empfahl der Kommission, spezifische Ziele und auf Maßnahmenebene geeignete KPI festzulegen, um die Ausweitungsmaßnahmen und ihre Auswirkungen wirksam zu überwachen. Er nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission die Muster für den "Teaming"-Umsetzungsbericht aktualisiert und bessere KPI ermittelt hat. Die Kommission hat jedoch keine Nachweise dafür vorgelegt, dass sie Ziele festgelegt und deren Erreichung auf Maßnahmenebene – d. h. inwieweit die Maßnahmen "Teaming" und |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | "EFR-Lehrstühle" die Leistung von Forschung und technologischer Entwicklung in den an Ausweitungsprojekten teilnehmenden Ländern gesteigert haben – überwacht hat. | |
| | 5 b) | 99 |  |  | Die Kommission hat zur Umsetzung dieser Empfehlung nur eine einzige Maßnahme ergriffen: eine "Teaming"-Umfrage, zu der von 25 % der "Teaming"-Projekte Rückmeldungen eingingen. Die Umfrage ergab, dass ihrer Selbsteinschätzung zufolge nur bei 38 % der "Teaming for Excellence"-Projekte davon ausgegangen wird, dass sie langfristige Nachhaltigkeit erreicht haben, und dass Finanzierung und finanzielle Stabilität nach Angaben von 50 % der Teilnehmer an der Umfrage die Haupthindernisse für langfristige Nachhaltigkeit sind. Die Kommission hat keinen systematischen Ansatz entwickelt, um nach Ablauf des Finanzierungszeitraums Ex-post-Informationen über "Teaming"-Projekte zu erheben, was für die Bewertung ihrer mittel- bis langfristigen Auswirkungen jedoch erforderlich ist. |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 16/2022: "Daten in der Gemeinsamen Agrarpolitik: Potenzial von Big Data wird für die Zwecke der Politikbewertung nicht voll ausgeschöpft" | 1 | 87 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 2 a) | 87 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 2 b) | 87 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 2 c) | 87 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| SB 17/2022: "Externe Berater bei der Europäischen Kommission: Reformbedarf vorhanden" | 1 a) | 87 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 1 b) | 87 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 1 c) | 87 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 2 a) | 89 | ✓ | ▬ | | ! |
| | 2 b) | 89 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 2 c) | 89 | ✓ | ▬ | | ! |
| | 2 d) | 89 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 3 a) | 90 | ✓ | ▬ | | ! |
| | 3 b) | 90 | ✓ | ▬ | | ! |
| | 3 c) | 90 | ✓ | ▬ | | ✓ |
| | 4 | 91 | ✓ | ▬ | | ✓ |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 18/2022: "Die EU-Organe und COVID-19: Schnelle Reaktion, aber es bleibt noch viel zu tun, um die krisenbedingte Innovation und Flexibilität bestmöglich zu nutzen" | 1 | 96 | | | | |
| | 2 a) | 99 | | | | |
| | 2 b) | 99 | | | | |
| | 3 a) | 101 | | | | |
| | 3 b) | 101 | | | | |
| | 3 c) | 101 | | | | |
| | 3 d) | 101 | | | | |
| SB 19/2022: "Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen durch die EU: Nach anfänglichen Herausforderungen ausreichend Dosen gesichert, Leistungsfähigkeit des Verfahrens aber nicht ausreichend bewertet" | 1 | 78 | | | | |
| | 2 a) | 81 | | | Die Erstellung von Beschaffungsleitlinien für Krisen umfasst Elemente einer Risikobewertung. Die Kommission hat jedoch noch keine Risikobewertung des Beschaffungskonzepts der EU durchgeführt oder geeignete Maßnahmen zur Behebung der festgestellten Mängel vorgeschlagen. | |
| | 2 b) | 81 | | | Die Kommission hat den einzigen Rahmenvertrag unterzeichnet; dieser ist für die Durchführung der Stresstests und Simulationen erforderlich. Die Kommission hat noch nicht damit begonnen, zur Ermittlung von Schwachstellen und Bereichen mit Verbesserungspotenzial alle Teile ihres aktualisierten | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Beschaffungsrahmens für Pandemiefälle einschließlich der Sammlung von Informationen und Erkenntnissen Tests zu unterziehen. | |
| SB 20/2022: "EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei – Kontrollsysteme sind vorhanden, werden aber durch uneinheitliche Kontrollen und Sanktionen der Mitgliedstaaten beeinträchtigt" | 1 a) | 98 |  |  | |  |
| | 1 b) | 98 |  |  | Die Kommission änderte die Risikokriterien und Berichterstattungspflichten, die mit der Verordnung (EG) Nr. 1010/2009 der Kommission über die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei eingeführt wurden, durch Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2025/1522 der Kommission. Dadurch sollte die einheitliche Anwendung der Risikokriterien durch die Mitgliedstaaten gewährleistet und die Kommission in die Lage versetzet werden zu überwachen, ob die Kontrollen und Überprüfungen mit den geänderten Kriterien im Einklang stehen. Ob sich die Kontrollen und Überprüfungen der Mitgliedstaaten auf die überarbeiteten Risikokriterien konzentriert haben, kann die Kommission erst nach Eingang der ersten Zweijahresberichte der Mitgliedstaaten im Jahr 2028, die den Zeitraum 2026–2027 abdecken werden, überwachen. |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 1 c) | 98 |  |  | Die Kommission veröffentlichte einen Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates auf der Grundlage ihrer Analyse der von den Mitgliedstaaten vorgelegten Berichte des Zeitraums 2018–2021 und leitete gegen einen Mitgliedstaat ein *Vertragsverletzungsverfahren* ein. Die Kommission hat die Analyse der Berichte der Mitgliedstaaten über die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei für den Zeitraum 2022–2023 noch nicht abgeschlossen. Erst wenn dies erfolgt ist, wird sie in der Lage sein, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und Mängel zu beheben. |  |
| | 2 a) | 103 |  |  | |  |
| | 2 b) | 103 |  |  | |  |
| | 2 c) | 103 |  |  | |  |
| | 2 d) | 103 |  |  | |  |
| SB 21/2022: "Bewertung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne durch die Kommission: insgesamt angemessen, doch bleiben | 1 a) | 113 |  |  | Mit den im Jahr 2023 aktualisierten Leitlinien für *REPowerEU* und der Aktualisierung der Leitlinien im Jahr 2024 wurden zusätzliche Kriterien für die Bewertung von Änderungen der *nationalen Aufbau- und Resilienzpläne* eingeführt, um den Ansatz in allen Ländern zu vereinheitlichen. In diesem Sinne sind in diesen Leitlinien gemeinsame |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| Durchführungsrisiken bestehen" | | | | | Bewertungskriterien für alle Überarbeitungen der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne festgelegt. Die aktualisierte interne Leitlinie von 2024 enthält einen Anhang IIA und einen Anhang IIB, die als abzuarbeitende Checklisten für die qualitative Bewertung der Überarbeitungen der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne angesehen werden können. Der Rechnungshof hält dies für eine wichtige Verbesserung. Bei geänderten Plänen enthält die *Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen*, die dem Vorschlag der Kommission zur Änderung des *Durchführungsbeschlusses des Rates* beigefügt ist, die Ergebnisse der Bewertungen der Kommission, die sich an der Struktur der Bewertungskriterien gemäß Anhang IIA und Anhang IIB orientieren. Was das Ausfüllen von Anhang IIA und Anhang IIB bei geänderten Plänen betrifft, so stellte der Rechnungshof Unterschiede hinsichtlich Qualität und Vollständigkeit fest. In einigen Fällen ist die Begründung für die Bewertungen unzureichend und/oder es fehlen die zugrunde liegenden Nachweise. | |
| | 1 b) | 113 | ✓ | ✗ | Die Kommission hat die Art und Weise, wie sie die Bewertung der Überarbeitung von nationalen Aufbau- und Resilienzplänen dokumentiert, und das Verfahren für den Abruf von Belegen nicht geändert oder verbessert. Daher bestehen nach wie vor | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | dieselben Schwierigkeiten hinsichtlich der Rückverfolgung und des raschen Abrufs wichtiger Dokumente. | |
| | 2 | 114 |  |  | |  |
| | 3 a) | 116 |  |  | |  |
| | 3 b) | 116 |  |  | Insgesamt bieten die von den Mitgliedstaaten für den Zyklus des Europäischen Semesters erstellten Berichte der Kommission ausreichenden *Input*, um die Umsetzung der Maßnahmen der *Aufbau- und Resilienzfazilität* (ARF) und deren Relevanz für bestimmte Unterpunkte von länderspezifischen Empfehlungen zu verfolgen. Die unterschiedlichen Ansätze und der Ermessensspielraum der Länderteams führen jedoch dazu, dass nicht gewährleistet ist, dass alle Länderberichte eine klare und vollständige Liste enthalten, aus der hervorgeht, welche ARF-Maßnahmen zu den Fortschritten bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen beigetragen haben. Außerdem geht aus den Berichten nicht hervor, inwieweit diese Maßnahmen eine wichtige Rolle für die Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen in den einzelnen Mitgliedstaaten gespielt haben. |  |
| | 4 a) | 117 |  |  | |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 4 b) | 117 | | | | |
| | 5 a) | 119 | | | | |
| | 5 b) | 119 | | | Die Kommission versuchte, dieser Empfehlung im Zuge des Verfahrens der Genehmigung der Überarbeitung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne Rechnung zu tragen, und präzisierte eine Reihe vage definierter oder unvollständiger *Etappenziele* und *Zielwerte*. Im Rahmen seiner *Compliance*- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen ermittelt der Rechnungshof nach wie vor Maßnahmen mit Etappenzielen und Zielwerten, die wichtige Teile der Durchführungsphase oder wesentliche Elemente einer Maßnahme, insbesondere in Bezug auf ihren Abschluss, nicht vollständig abdecken. Darüber hinaus hat der Rechnungshof Fälle ermittelt, in denen die Kommission hinsichtlich der Etappenziele und Zielwerte ähnlicher Arten von Maßnahmen je nach Mitgliedstaat unterschiedlich vorgegangen ist. | |
| | 6 a) | 121 | | | | |
| | 6 b) | 121 | | | | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 22/2022: "EU-Förderung für Kohleregionen: Begrenzte Ausrichtung auf den sozioökonomischen und energiewirtschaftlichen Übergang" | 2 | 63 |  |  | Die Verordnung (EU) 2024/1787 über die Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor wurde angenommen. Im Einklang mit ihren Bestimmungen wurde eine Sachverständigengruppe eingesetzt, die sich darauf verständigte, bewährte Verfahren für die Messung und das Management von Methanemissionen aus stillgelegten oder aufgegebenen Kohlebergwerken zu erörtern. Es ist unklar, wann die Sachverständigengruppe tatsächlich zusammentreten wird, um Beispiele für bewährte Verfahren auszutauschen. |  |
| SB 23/2022: "Synergien zwischen Horizont 2020 und den *europäischen Struktur- und Investitionsfonds* werden noch nicht voll ausgeschöpft" | 1 a) | 80 |  |  | |  |
| | 1 b) | 80 |  |  | |  |
| | 2 a) | 83 |  |  | |  |
| | 2 b) | 83 |  |  | Mit der Einführung des Dashboards für das Exzellenzsiegel des Europäischen Innovationsrats (EIC) und der Einrichtung der neuen EFR-Forum-Untergruppe "Zugang zu Exzellenz" – Netz der Verwaltungsbehörden für FuI und den Zusammenhalt (RIMA) lieferte die Kommission Beispiele für die Instrumente, die sie nutzt, um bestehende Synergien zu überwachen und Beispiele für bewährte Verfahren zu ermitteln und zu fördern. Dennoch gewährleisten das neu entwickelte Modul |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | des Dashboards für das EIC-Exzellenzsiegel sowie das Mining-Tool CORTEX nur eine teilweise Abdeckung der Mittel und Synergien. Das Dashboard für das EIC-Exzellenzsiegel deckt nur die Synergien bei der alternativen Finanzierung ab, während CORTEX nach wie vor auf die EU-Mittel im Rahmen der *direkten Mittelverwaltung* beschränkt ist. Die von der Kommission durchgeführte Arbeit zu *eGrants* war eine einmalige Maßnahme, und es gibt keine Belege dafür, dass die Ergebnisse genutzt wurden, um den Behörden der Mitgliedstaaten Beispiele für bewährte Verfahren zu geben. | |
| | 3 a) | 89 |  |  | |  |
| | 3 b) | 89 |  |  | |  |
| | 3 c) | 89 |  |  | Die Kommission finanzierte das Projekt "widerAdvance Facility" im Rahmen der Aufforderung "Förderprogramm für die Verbreitung und Verwertung (HORIZON-WIDERA-2023-ACCESS-05)". Ferner nahm sie den Strategieplan für Horizont Europa für den Zeitraum 2025–2027 an. Dies sind zwei Beispiele für von der Kommission ergriffene Maßnahmen, die einen guten Anfang darstellen, aber der Empfehlung 3 Buchstabe c nur teilweise Rechnung tragen. Es sei darauf hingewiesen, dass das Projekt "widerAdvance Facility" erst im Januar 2025 angelaufen ist, sodass es |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | noch zu früh ist, als dass der Rechnungshof dessen allgemeine Auswirkungen bewerten könnte. Ferner ist der geografische Anwendungsbereich des Projekts auf Ausweitungsländer beschränkt. Zwar erhalten diese Länder in der Regel erhebliche Mittel aus den Strukturfonds, doch sind die meisten Horizont-Begünstigten (auf die die Empfehlung des Rechnungshofs in erster Linie abzielt) in Nicht-Ausweitungsländern ansässig. Außerdem existiert der Strategieplan für Horizont Europa für den Zeitraum 2025–2027 derzeit nur auf dem Papier und hat noch nicht zu konkreten Maßnahmen geführt. Darüber hinaus kann die Horizont-Ergebnisplattform zwar als Informationsquelle für (potenzielle) EFRE-Begünstigte dienen, es bleibt jedoch unklar, wie diese Plattform den Begünstigten von Horizont Europa Informationen über EFRE-Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen würde, was der wichtigste Punkt der Empfehlung des Rechnungshofs war. | |
| | 4 | 90 | ✓ | | | |
| | 1 a) | 93 | ✓ | | | |
| | 1 b) | 93 | ✓ | | | |
| | 1 c) | 93 | ✓ | | | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| SB 24/2022: "Elektronische Behördendienste für Unternehmen: Maßnahmen der Kommission zwar umgesetzt, doch E-Government in der EU noch immer in unterschiedlichem Maße verfügbar" | 2 | 97 |  |  | Die Kommission hat aufgrund der Annahme der Verordnung für ein interoperables Europa sowie durch die Schaffung eines Governance-Rahmens und der Einrichtung eines zentralen Zugangsportals, das sich hauptsächlich an Referenten, die betreffenden Beamten des öffentlichen Dienstes, Dateningenieure, IT-Spezialisten und Geschäftsarchitekten richtet und Zugang zu einer Reihe von Einrichtungen und Instrumenten (z. B. Schulungen, Konferenzen, Dashboards, quelloffene Software) bietet, einige Fortschritte erzielt. Die Kommission hat die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten auf unterschiedliche Weise weiter gefördert (z. B. durch Sachverständigengruppen, Plattformen, Workshops, Seminare). Sie hat jedoch keine umfassende Strategie vorgelegt, um die verfügbaren elektronischen Behördendienste bei den wichtigsten Endnutzern (Unternehmen oder Bürgern) auf EU-Ebene stärker bekannt zu machen und die Dienste mit den von den Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen zu koordinieren. Unter den Endnutzern wurden keine spezifischen Umfragen durchgeführt, um den Bekanntheitsgrad der Dienste zu bewerten. Darüber hinaus enthalten die nationalen strategischen Fahrpläne für die digitale Dekade nicht systematisch |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | ähnliche Verbreitungsmaßnahmen zur Umsetzung durch die Mitgliedstaaten. | |
| SB 25/2022: "Überprüfung des *Bruttonationaleinkommens* für die Zwecke der Finanzierung des EU-Haushalts: Risiken bei der Erstellung der Daten insgesamt gut berücksichtigt, doch bedarf es einer besseren Priorisierung bei der Vorgehensweise" | 1 a) | 106 |  |  | Der Rechnungshof empfahl Eurostat, bei einer hohen Anzahl zu behandelnder übergreifender Punkte diejenigen davon vorrangig zu bearbeiten, die in den meisten Mitgliedstaaten aller Wahrscheinlichkeit nach sehr große Auswirkungen haben werden. Aufgrund der geringen Anzahl von Punkten (drei), die Eurostat für den Überprüfungszyklus 2025–2029 ermittelt hat, war jedoch keine Priorisierung erforderlich, da alle Punkte angegangen werden. Der Rechnungshof war daher nicht in der Lage, die empfohlene Priorisierung der Arbeit zu bewerten. |  |
| | 1 b) | 106 |  |  | |  |
| | 1 c) | 106 |  |  | |  |
| | 1 d) | 106 |  |  | |  |
| | 2 a) | 107 |  |  | |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 2 b) | 107 |  |  | Der Rechnungshof empfahl Eurostat, eine solide Kosten-Nutzen-Analyse auf der Grundlage ausreichender quantitativer oder qualitativer Informationen und des spezifischen Risikos in jedem betroffenen Mitgliedstaat durchzuführen, wenn beschlossen werden muss, die Geltungsdauer künftiger *Vorbehalte* einzuschränken. Er kann jedoch noch nicht beurteilen, inwieweit diese Empfehlung umgesetzt wurde, da die Beschlüsse zur Einschränkung der Geltungsdauer von Vorbehalten auf spezifischen technischen Aspekten beruhten und keine Kosten-Nutzen-Analyse erforderten. |  |
| | 3 a) | 109 |  |  | |  |
| | 3 b) | 109 |  |  | |  |
| | 3 c) | 109 |  |  | |  |
| SB 26/2022: "Europäische Statistiken: Qualität könnte weiter verbessert werden" | 1 | 92 |  |  | Die Kommission hat keine Schritte unternommen, um eine ausgewogenere Vertretung aller Nutzer im Europäischen Beratenden Ausschuss für Statistik zu gewährleisten. |  |
| | 2 a) | 93 |  |  | |  |
| | 2 b) | 93 |  |  | |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 3 a) | 98 | | | | |
| | 3 b) | 98 | | | | |
| | 4 a) | 100 | | | Die Kommission hat die Empfehlung, die Notwendigkeit und den zusätzlichen Nutzen der Gewährung von Vorabzugang zu prüfen, weder akzeptiert noch umgesetzt. | |
| | 4 b) | 100 | | | | |
| | 5 | 103 | | | Die Kommission hat die Empfehlung, zu prüfen, ob es praktikabel und angemessen ist, das derzeitige Mandat des Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance so zu erweitern, dass es auch Entscheidungen über alle Schlüsselelemente des Peer-Review-Verfahrens umfasst, weder akzeptiert noch entsprechende Maßnahmen ergriffen. | |
| SB 27/2022: "EU-Unterstützung für die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Nachbarländern: Wertvolle Unterstützung, jedoch sehr späte Umsetzung und | 1 a) | 91 | | | | |
| | 1 b) | 91 | | | | |
| | 2 | 92 | | | | |
| | 3 | 95 | | | | |
| | 4 | 99 | | | | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| Probleme bei der Koordinierung" | 5 | 101 |  |  | |  |
| | 6 | 102 |  |  | |  |
| SB 28/2022: "*Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE)*: Die SURE-Finanzierung leistete während der COVID-19-Krise einen Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen, ihre vollständigen Auswirkungen lassen sich jedoch nicht ermitteln" | 1 | 70 |  |  | |  |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Anhang 12.2 – Weiterverfolgung der Empfehlungen aus den Sonderberichten von 2022 – Sonstige geprüfte Stellen

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

Fristeinhaltungsgrad: fristgerecht; verzögert; Frist noch nicht verstrichen; keine Folgemaßnahmen; keine Bewertung der Fristeinhaltung.

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) | | | | | | |
| SB 04/2022: "Investmentfonds: Die Maßnahmen der EU haben noch nicht zu einem echten Binnenmarkt zum Vorteil der Anleger geführt" | 2 b) | 132 | | | | |
| | 2 c) | 132 | | | Was Peer-Reviews betrifft, so hat die ESMA die beobachteten Praktiken der zuständigen nationalen Behörden erfasst und mit den Erwartungen verglichen. Auch die strategischen Aufsichtsprioritäten der Union (USSP) und die gemeinsamen Aufsichtsmaßnahmen (CSA) können Einblicke in den Konvergenzgrad der zuständigen nationalen Behörden geben. Die ESMA hat damit begonnen, die Praktiken und Verbesserungen der zuständigen nationalen Behörden auf Ebene von Instrumenten oder Themen zu erfassen (z. B. Peer-Reviews, Erörterungen von Aufsichtsfällen, USSP-Bestandsaufnahmen). Es gibt keinen umfassenden Plan, wie und in welchen Bereichen voneinander | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | abweichende Verfahren bei anderen Instrumenten und Themen systematisch erfasst werden können. Die ESMA hat noch nicht nachgewiesen, dass sie ihr Wissen aus anderen Tätigkeiten als Peer-Reviews und USSP genutzt hat, um den Konvergenzgrad systematisch zu erfassen und Divergenzen weiterzuverfolgen. Sie hat ihre zentralen Leistungsindikatoren (KPI) nicht darauf zugeschnitten, die unterschiedlichen Verfahren der zuständigen nationalen Behörden und die allgemeine Konvergenz zu bewerten. Zwar hat die ESMA ihre KPI verbessert, um die Entwicklung der Aufsichtsrisiken zu messen, doch misst sie in ihrem Leistungsrahmen nach wie vor nicht den Konvergenzgrad. Stattdessen erfolgt die entsprechende Bewertung auf Ad-hoc-Basis im Zusammenhang mit den USSP in ausgewählten Bereichen. | |
| | 3 b) | 134 |  |  | |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 3 c) | 134 | | | Die ESMA hat sich aktiv für die Schaffung eines Instruments für den Kostenvergleich eingesetzt und zum entsprechenden Gesetzgebungsverfahren beigetragen. Eine nähere Analyse ergab, dass für die Entwicklung des Instruments Änderungen der Rechtsvorschriften erforderlich wären. Die Idee wurde in die Verhandlungsposition zu der von der Kommission vorgeschlagenen Strategie für Kleinanleger-Produkte aufgenommen. Das Instrument existiert noch nicht. Das Mandat für seine Entwicklung liegt in den Händen der beiden gesetzgebenden Organe. | |
| | 4 | 136 | | | Die ESMA und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) haben messbare Fortschritte hin zum Aufbau einer kohärenten *Stresstest*-Architektur im gesamten Investmentfondssektor erzielt. Der jährliche Stresstest-Zyklus des Geldmarktfonds ist zur festen Praxis geworden. Im Hinblick auf Artikel 25 der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds wurde ein Verfahren zur regelmäßigen Überwachung eingeführt. Der gemeinsame sektorübergreifende Stresstest für Fonds, den der Internationale Währungsfonds und die ESMA im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors im Euro-Währungsgebiet (FSAP) durchgeführt haben, hat die analytische Tiefe verbessert. Die Entwicklung eines sektorübergreifenden Top-down-Modells durch den ESRB ist ein wichtiger Schritt hin zu einem kohärenten EU-weiten | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | makroprudenziellen Rahmen. Trotz der greifbaren Fortschritte bestehen nach wie vor mehrere grundlegende Mängel. Es gibt keinen harmonisierten EU-weiten Rahmen, in dem festgelegt ist, für welche Fondsarten aufsichtliche Stresstests erforderlich sind. Die Fragmentierung der Daten über Sektoren hinweg und begrenzte Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung von Daten beeinträchtigen nach wie vor die vollständige Umsetzung systemweiter Modelle. Diese Fragen sind Teil der Konsultationen der Kommission zu einem makroprudenziellen Rahmen für Finanzinstitute des Nichtbankensektors. Es besteht nach wie vor Unsicherheit hinsichtlich der aufsichtlichen Nutzung von Value-at-Risk-Metriken bei hoch fremdfinanzierten Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren. Darüber hinaus verringert die unvollständige Veröffentlichung der Ergebnisse von Stresstests die Transparenz und beeinträchtigt die Marktdisziplin. | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) | | | | | | |
| SB 05/2022: "Cybersicherheit: Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU sind insgesamt nicht ausreichend gegen Bedrohungen gewappnet" | 3 a) | 100 | ✓ | | | |
| | 3 b) | 100 | ✓ | | | |
| Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) | | | | | | |
| SB 06/2022: "Rechte des geistigen Eigentums in der EU: solider Schutz mit kleinen Schwächen" | 3 a) | 99 | ✓ | | | |
| | 3 b) | 99 | ✓ | | | |
| | 3 c) | 99 | ✓ | | | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) | | | | | | |
| SB 13/2022: "Freizügigkeit in der EU während der COVID-19-Pandemie: Begrenzte Prüfung der Kontrollen an den Binnengrenzen und unkoordinierte Maßnahmen der Mitgliedstaaten" | 4 | 86 | ✓ | ▨ | | ✓ |
| Europäisches Parlament | | | | | | |
| SB 18/2022: "Die EU-Organe und COVID-19: Schnelle Reaktion, aber es bleibt noch viel zu tun, um die krisenbedingte Innovation und Flexibilität bestmöglich zu nutzen" | 1 | 96 | ✓ | ▨ | | ! |
| | 2 a) | 99 | ✓ | ▨ | | ✓ |
| | 2 b) | 99 | ✓ | ▨ | | ✓ |
| | 3 a) | 101 | ✓ | ▨ | | ✓ |
| | 3 b) | 101 | ✓ | ▨ | | ✓ |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | 3 c) | 101 | | | Über die Ergebnisse der neuen Arbeitsformen wird in den jährlichen Umwelterklärungen Bericht erstattet, wobei der Schwerpunkt auf Umweltaspekten wie dem Wasserverbrauch oder dem Verbrauch an Büropapier liegt. Die Auswirkungen der neuen Arbeitsformen wurden nicht in Geldbeträgen quantifiziert, weshalb die finanziellen Folgen der neuen Arbeitsformen nur bedingt bewertet werden können. | |
| | 3 d) | 101 | | | | |
| Rat der Europäischen Union | | | | | | |
| SB 18/2022: "Die EU-Organe und COVID-19: Schnelle Reaktion, aber es bleibt noch viel zu tun, um die krisenbedingte Innovation und Flexibilität bestmöglich zu nutzen" | 1 | 96 | | | Was die interinstitutionelle Zusammenarbeit betrifft, so haben die EU-Organe die Geschäftsordnung des *Comité de préparation pour les questions statutaires* (Vorbereitungsausschuss für statutarische Fragen) aktualisiert, um diesen Ausschuss damit beauftragen zu können, die Zusammenarbeit zwischen den Organen im Krisenfall sicherzustellen. Die Notfallpläne enthalten einen neuen Abschnitt über die Zusammenarbeit zwischen den EU-Organen im Falle langfristiger Störungen sowie über Maßnahmen im Zusammenhang mit kurzfristigen Störungen. Zwar akzeptierte das Generalsekretariat des Rates die Empfehlung und antwortete, dass die Notfallpläne im Hinblick auf längerfristige Krisen aktualisiert würden, doch enthalten die Pläne keine Maßnahmen in Bezug auf langfristige | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | Störungen. | |
| | 2 a) | 99 | ✓ | | | |
| | 2 b) | 99 | ✓ | | | |
| | 3 a) | 101 | ✓ | | | |
| | 3 b) | 101 | ✓ | | | |
| | 3 c) | 101 | ✓ | | In einer vom beratenden Verwaltungsrat des Rates im Jahr 2022 durchgeführten Studie wurden die potenziellen Einsparungen bei verschiedenen Szenarien mit unterschiedlichem Ausmaß an Telearbeit bewertet. In den Berichten der Jahre 2023 und 2024 über den $CO_2$-Fußabdruck des Rates sind das Pendeln vom Zuhause zum Arbeitsplatz (d. h. die täglichen Fahrten des Personals zum Büro und zurück) und die Mobilität als Emissionsquellen aufgeführt. Die Emissionen aus der Telearbeit sind in den entsprechenden Zahlen enthalten. Die vom beratenden Verwaltungsrat im Jahr 2022 durchgeführte Studie basiert auf Szenarien und nicht auf tatsächlichen Daten. In den beiden genannten Berichten werden die Zahlen weder nach Art des Verbrauchs (z. B. Wärme-, Strom-, Wasser- oder Papierverbrauch) aufgeschlüsselt noch in Geldbeträgen ausgedrückt. Somit wurden die tatsächlichen Auswirkungen der neuen Arbeitsformen nicht in Geldbeträgen quantifiziert, weshalb die finanziellen Folgen der neuen Arbeitsformen | |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| | | | | | nur bedingt bewertet werden können. | |
| | 3 d) | 101 |  |  | In der vom beratenden Verwaltungsrat des Rates im Jahr 2022 durchgeführten Studie wurden die potenziellen $CO_2$-Emissionen und die potenzielle Verringerung des $CO_2$-Fußabdrucks bei verschiedenen Szenarien mit unterschiedlichem Ausmaß an Telearbeit bewertet. In den Berichten der Jahre 2023 und 2024 über den $CO_2$-Fußabdruck des Rates sind das Pendeln vom Zuhause zum Arbeitsplatz (d. h. die täglichen Fahrten des Personals zum Büro und zurück) und die Mobilität als Emissionsquellen aufgeführt. Die Emissionen aus der Telearbeit sind in den entsprechenden Zahlen enthalten. In beiden Berichten ist auch eine Zahl betreffend den zusätzlichen Gas- und Stromverbrauch der Bediensteten, die von zu Hause aus Telearbeit leisten, angegeben. Die vom beratenden Verwaltungsrat im Jahr 2022 durchgeführte Studie basiert auf Szenarien und nicht auf tatsächlichen Daten. In den beiden genannten Berichten sind die Emissionen aus der Telearbeit in Form einer einzigen Zahl angegeben, die den zusätzlichen Gas- und Stromverbrauch in den Wohnungen der Bediensteten darstellt. Es erfolgt keine Aufschlüsselung nach Art des Verbrauchs (z. B. Wärme-, Wasser- oder Papierverbrauch am Arbeitsplatz), die eine Bewertung der Umweltauswirkungen der neuen Arbeitsformen ermöglichen würde. |  |

| Nummer und Titel des Berichts | Nr. | Ziffer im SB | Akzeptanzgrad | Analyse des Rechnungshofs zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen | Fristeinhaltungsgrad |
| Gerichtshof der Europäischen Union | | | | | | |
| SB 18/2022: "Die EU-Organe und COVID-19: Schnelle Reaktion, aber es bleibt noch viel zu tun, um die krisenbedingte Innovation und Flexibilität bestmöglich zu nutzen" | 1 | 96 | ✓ | | | |
| | 2 a) | 99 | ✓ | | | |
| | 2 b) | 99 | ✓ | | | |
| | 3 a) | 101 | ✓ | | | |
| | 3 b) | 101 | ✓ | | | |
| | 3 c) | 101 | ✓ | | | |
| | 3 d) | 101 | ✓ | | | |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Anhang

## Berichterstattung

## (gemäß Artikel 92 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 806/2014)

## über alle Eventualverbindlichkeiten, die daraus resultieren, dass die Kommission und der Rat ihre Aufgaben nach dieser Verordnung wahrnehmen, für das Haushaltsjahr 2025

# Einleitung

## Rechtsgrundlage

**01** Gemäß Artikel 92 Absatz 4 der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) berichtet der Europäische Rechnungshof über alle Eventualverbindlichkeiten (für den Einheitlichen Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB), den Rat, die Kommission oder sonstige), die daraus resultieren, dass der SRB, der Rat und die Kommission ihre Aufgaben nach dieser Verordnung wahrnehmen. In diesem Anhang werden die im Zusammenhang mit dem SRM bestehenden Eventualverbindlichkeiten der Kommission und des Rates behandelt. Die Eventualverbindlichkeiten des SRB hingegen werden im Jahresbericht des Rechnungshofs über die EU-Agenturen für das Haushaltsjahr 2025 behandelt. Ferner wird auf die im Zusammenhang mit dem SRM bestehenden Eventualverbindlichkeiten der Kommission und des Rates auch im Rahmen unseres Prüfungsurteils über die Zuverlässigkeit der konsolidierten Jahresrechnung der Europäischen Union eingegangen (siehe Ziffer II der dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegten Zuverlässigkeitserklärung des Europäischen Rechnungshofs – Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers).

## Eventualverbindlichkeiten: Definition und Ansatzkriterien

**02** Eine Eventualverbindlichkeit ist definiert als

- eine mögliche Verpflichtung, die aus vergangenen Ereignissen resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle der Europäischen Union stehen, erst noch bestätigt wird,

- oder eine gegenwärtige Verpflichtung, die auf vergangenen Ereignissen beruht, jedoch nicht erfasst wurde, weil ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen oder Nutzungspotenzial mit Blick auf die Erfüllung dieser Verpflichtung nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

**03** Um zu ermitteln, ob eine Eventualverbindlichkeit anzugeben oder eine Rückstellung zu erfassen ist, muss die Wahrscheinlichkeit eines Abflusses

wirtschaftlicher Ressourcen (im Allgemeinen von Kassenmitteln) bewertet werden. Gilt ein künftiger Abfluss von Ressourcen als

- wahrscheinlich, muss eine Rückstellung erfasst werden;
- möglich, muss eine Eventualverbindlichkeit angegeben werden;
- gänzlich unwahrscheinlich, ist keine Angabe erforderlich.

## Hintergrundinformationen zu Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus

**04** Im Rahmen der Ausübung ihrer Aufgaben gemäß der SRM-Verordnung können dem SRB, dem Rat und der Kommission Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit (vor EU- oder nationalen Gerichten) anhängigen Gerichtsverfahren entstehen. Diese Verfahren können Folgendes zum Gegenstand haben:

- **die vom SRB, vom Rat oder von der Kommission getroffenen Abwicklungsbeschlüsse bzw. Beschlüsse gegen eine Abwicklung** – in seinem Urteil vom 18. Juni 2024 (Rechtssache C-551/22 P) stellte der Gerichtshof fest, dass allein die Billigungsbeschlüsse der Kommission vor EU-Gerichten anfechtbar sind. Sowohl Beschlüsse, Abwicklungsinstrumente anzuwenden, als auch Beschlüsse, solche Instrumente nicht anzuwenden, können vor Gericht angefochten werden;
- **den Grundsatz "keine Schlechterstellung von Gläubigern"** – gemäß der SRM-Verordnung darf zur Wahrung grundlegender Eigentumsrechte kein Gläubiger unter Abwicklungsbedingungen schlechter gestellt werden als im Wege eines regulären Insolvenzverfahrens. Gemäß diesem Grundsatz müssen Gläubiger, die im Wege eines regulären Insolvenzverfahrens besser behandelt worden wären, aus dem einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) entschädigt werden. Zur Einschätzung der Behandlung von Gläubigern und Anteilseignern muss eine Bewertung dahin gehend durchgeführt werden, ob Unterschiede in der Behandlung bestehen.

# Bemerkungen

## Teil I: Eventualverbindlichkeiten der Kommission

**05** ***Tabelle 1*** enthält die Anzahl der Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem SRM, die die Kommission aufgrund der Tatsache potenziell betreffen, dass sie ihre Aufgaben nach der SRM-Verordnung wahrnimmt, sowie die diesbezüglichen in der Jahresrechnung der Kommission angegebenen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 0 Euro und die ebenfalls in dieser Jahresrechnung erfassten diesbezüglichen Rückstellungen in Höhe von 0 Euro.

**Tabelle 1 – Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem SRM, die die Kommission potenziell betreffen, sowie diesbezügliche Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen**

| Rechtssachen betreffend | Anzahl der bei EU-Gerichten anhängigen Rechts-sachen | Damit zusammen-hängende Eventualver-bindlichkeiten in der Jahresrechnung der Kommission *(in Millionen Euro)* | In der Jahresrechnung der Kommission erfasste diesbezügliche Rückstellungen *(in Millionen Euro)* |
|---|---|---|---|
| | (Die in Klammern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Angaben aus dem Jahresbericht 2024 des Rechnungshofs.) | | |
| **Abwicklungsbeschlüsse und Beschlüsse gegen eine Abwicklung** | **2 (6)** | **0 (0)** | **0 (0)** |
| *Abwicklung der Banco Popular Español S.A. (BPE)* | *0 (4)* | *0 (0)* | *0 (0)* |
| *Abwicklung der Sberbank d.d. und der Sberbank banka d.d. sowie Nichtabwicklung der Sberbank Europe AG* | *2 (2)* | *0 (0)* | *0 (0)* |
| **Beschlüsse betreffend den Grundsatz "keine Schlechterstellung von Gläubigern"** | **2 (2)** | **0 (nicht zutreffend)** | **0 (nicht zutreffend)** |
| **INSGESAMT** | **4 (8)** | **0 (0)** | **0 (0)** |

*Quelle:* Jahresrechnung 2025 der Kommission, zusätzliche von der Kommission vorgelegte Informationen sowie Informationen von curia.europa.eu.

**06** Am 7. Juni 2017 billigte die Kommission den Beschluss des SRB, die **Banco Popular Español S.A.** (BPE) abzuwickeln. Mitte 2026 war keine der Rechtsstreitigkeiten mehr anhängig, während in diesem Zusammenhang Mitte 2025 bei den EU-Gerichten dazu noch vier[1] die Kommission betreffende Rechtssachen anhängig gewesen waren.

[1] Rechtssachen T-678/17, T-600/17, T-499/17 und T-498/17.

In all diesen Rechtssachen wies das Gericht die Klagen mit Beschluss vom 21. Juli 2025 als offensichtlich unbegründet ab.

**07** Am 1. März 2022 billigte die Kommission den Beschluss des SRB, die **Sberbank banka d.d.** und die **Sberbank d.d.** abzuwickeln. Am selben Tag beschloss der SRB, die **Sberbank Europe AG** nicht abzuwickeln. In seinem Jahresbericht 2024 stellte der Rechnungshof fest, dass Mitte 2025 dazu zwei[2] die Kommission betreffende Rechtssachen bei den EU-Gerichten anhängig waren. In diesen Rechtssachen wies das Gericht die von den Klägern erhobene Klage mit seinem Urteil vom 26. November 2025 ab. Anschließend wurden im Februar 2026 zwei Rechtsmittel[3] gegen das Urteil des Gerichts vom 26. November 2025 in den Rechtssachen T-523/22 und T-524/22 eingelegt, die Mitte 2026 noch anhängig sind.

**08** Im März 2025 wurden zwei Klagen[4] im Zusammenhang mit Beschlüssen des SRB betreffend den Grundsatz "keine Schlechterstellung von Gläubigern" in Bezug auf die Sberbank banka d.d. und die Sberbank d.d. eingereicht. Sie sind Mitte 2026 weiterhin anhängig. Die Kommission tritt als Streithelferin bei, um die Rechtmäßigkeit der SRM-Verordnung und der Beschlüsse des SRB zu verteidigen.

**09** Die Kommission betrachtete die Wahrscheinlichkeit eines negativen Ausgangs dieser Rechtssachen als "gänzlich unwahrscheinlich" und erfasste daher keinerlei Eventualverbindlichkeiten oder Rückstellungen.

## Teil II: Eventualverbindlichkeiten des Rates

**10** ***Tabelle 2*** enthält die Anzahl der Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem SRM, die den Rat aufgrund der Tatsache potenziell betreffen, dass er seine Aufgaben nach der SRM-Verordnung wahrnimmt, sowie die diesbezüglichen in der Jahresrechnung des Rates angegebenen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 0 Euro und die ebenfalls in dieser Jahresrechnung erfassten diesbezüglichen Rückstellungen in Höhe von 0 Euro.

---

[2] Rechtssachen T-523/22 und T-524/22.

[3] Rechtssachen C-61/26 P und C-62/26 P.

[4] Rechtssachen T-147/25 und T-149/25.

**Tabelle 2 – Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem SRM, die den Rat potenziell betreffen, sowie diesbezügliche Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen**

| Rechtssachen betreffend | Anzahl der bei EU-Gerichten anhängigen Rechtssachen | Damit zusammenhängende Eventualverbindlich-keiten in der Jahresrechnung des Rates (*in Millionen Euro*) | In der Jahres-rechnung des Rates erfasste diesbezügliche Rück-stellungen (*in Millionen Euro*) |
|---|---|---|---|
| | (Die in Klammern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Angaben aus dem Jahresbericht 2024 des Rechnungshofs.) | | |
| **Abwicklungsbeschlüsse und Beschlüsse gegen eine Abwicklung** | **0 (0)** | **Nicht zutreffend** | |
| **Beschlüsse betreffend den Grundsatz "keine Schlechterstellung von Gläubigern"** | **0 (0)** | **Nicht zutreffend** | |
| INSGESAMT | 0 (0) | 0 (0) | 0 (0) |

*Quelle:* Jahresrechnung 2025 des Rates, zusätzliche vom Rat vorgelegte Informationen sowie Informationen von curia.europa.eu.

**11** Der Rat hat keine Eventualverbindlichkeiten angegeben (und keine Rückstellungen erfasst), die daraus resultieren, dass er seine Aufgaben nach der SRM-Verordnung wahrnimmt, da es keine bei EU-Gerichten anhängigen Rechtssachen gibt, in denen der Rat der Beklagte ist und die zu Eventualverbindlichkeiten führen könnten.

# Antworten der Organe auf den Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025

# Inhalt


| | | Seite |
|---|---|---|
| Kapitel 1 | Zuverlässigkeitserklärung und zugehörige Ausführungen | |
| | Antworten der Europäischen Kommission | 494 |
| Kapitel 2 | Haushaltsführung und Finanzmanagement | |
| | Antworten der Europäischen Kommission | 507 |
| Kapitel 3 | EU-Haushalt und Ergebniserbringung | |
| | Antworten der Europäischen Kommission | 513 |
| Kapitel 4 | Einnahmen | |
| | Antworten der Europäischen Kommission | 522 |
| Kapitel 5 | Binnenmarkt, Innovation und Digitales | |
| | Antworten der Europäischen Kommission | 528 |
| Kapitel 6 | Zusammenhalt, Resilienz und Werte | |
| | Antworten der Europäischen Kommission | 537 |
| Kapitel 7 | Natürliche Ressourcen und Umwelt | |
| | Antworten der Europäischen Kommission | 555 |
| Kapitel 8 | Migration und Grenzmanagement Sicherheit und Verteidigung | |
| | Antworten der Europäischen Kommission | 561 |

| | | |
|---|---|---|
| **Kapitel 9** | **Nachbarschaft und die Welt** | |
| | **Antworten der Europäischen Kommission** | **566** |
| **Kapitel 10** | **Europäische öffentliche Verwaltung** | |
| | **Antworten des Europäischen Parlaments** | **570** |
| | **Antworten des Rates der Europäischen Union** | **573** |
| | **Antworten der Europäischen Kommission** | **574** |
| | **Antworten des Gerichtshofs der Europäischen Union** | **578** |
| | **Antworten des Europäischen Rechnungshofs** | **579** |
| **Kapitel 11** | **Aufbau- und Resilienzfazilität** | |
| | **Antworten der Europäischen Kommission** | **581** |
| **Kapitel 12** | **Weiterverfolgung der vom Rechnungshof in seinen Sonderberichten von 2022 unterbreiteten Empfehlungen** | |
| | **Antworten des Europäischen Parlaments** | **594** |
| | **Antworten der Europäischen Kommission** | **595** |
| | **Antworten der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA)** | **622** |

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 1: Zuverlässigkeitserklärung

# I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

## 1. Zuverlässigkeit der Rechnungsführung

Die Kommission erkennt die Gültigkeit der in Kapitel 1 dargelegten umfassenden Feststellungen des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung an. Die Kommission hat bereits Schritte unternommen oder nimmt derzeit Änderungen vor, um vielen dieser Bemerkungen Rechnung zu tragen.

Die Kommission hat in der abschließenden Jahresrechnung alle wesentlichen Fehler berichtigt, die in den an die Kommissionsmitglieder gerichteten Schreiben zur Sachverhaltsklärung in Bezug auf die unter ihrer Verantwortung durchgeführten Vorgänge und Programme ausgewiesen wurden. Dies gilt insbesondere für Fehler im Zusammenhang mit mehrjährigen Programmen, bei denen die erforderlichen rechtlichen Verpflichtungen in der vorläufigen Jahresrechnung nicht ordnungsgemäß erfasst wurden, sowie für die Berichtigung der Fehler in der endgültigen Jahresrechnung. Die Kommission wird systematische Kontrollen einführen, um zu verhindern, dass sich die Fehler in den entsprechenden Programmen wiederholen.

Die Kommission möchte hervorheben, dass sich viele der auf der IT-Prüfung von SUMMA basierenden Bemerkungen des EuRH aus den außergewöhnlichen und zeitlich begrenzten Rahmenbedingungen ergeben, unter denen SUMMA im Jahr 2025 betrieben wurde. Der Umstand, dass das Jahr 2025 ein Übergangsjahr war, schmälert in keiner Weise die Relevanz der Feststellungen des EuRH, denen sich die Kommission entschlossen widmen wird. Die Kommission möchte jedoch kurz daran erinnern, dass die Umsetzung einer weitreichenden Änderung ihres Finanzberichtssystems zwangsläufig Anpassungen erforderlich machen wird.

Im Vorgriff auf die Herausforderungen, die sich unweigerlich aus einer solch weitreichenden Systemumstellung ergeben würden, führte die Kommission systematische und verstärkte Kontrollen ein, um die Zuverlässigkeit der ersten, auf den über SUMMA gemeldeten Finanzinformationen basierenden Jahresrechnung sicherzustellen.

In den ersten Monaten nach der Inbetriebnahme von SUMMA wurde eine große Zahl von Fehlern und Vorfällen gemeldet, da sich eine große Zahl von Mitarbeitenden der Finanz- und Rechnungsführungsteams der Kommission und der Exekutivagenturen mit den durch SUMMA eingeführten neuen Abläufen vertraut machen mussten. Diese Situation stellte hohe Anforderungen an den Endnutzersupport und führte sowohl zu längeren Reaktionszeiten als auch zu einem erhöhten Bedarf an Unterstützung der Nutzer bei der Umsetzung von Workarounds.

Wo erste Erfahrungen die Notwendigkeit von Korrekturen an den SUMMA-Konfigurationen erkennen ließen, nahm das SUMMA-Implementierungsteam, sofern möglich, umgehend gezielte Anpassungen vor. Auch die Dokumentation der Prozessänderungen verzögerte sich in diesem anspruchsvollen und dynamischen Umfeld.

Die mit der Übergangsphase verbundenen Probleme werden schrittweise überwunden; im Laufe des Jahres 2026 wird sich die Lage durch die kontinuierliche Einführung von Erweiterungen und Upgrades für SUMMA verbessern. Im Einklang mit der Empfehlung des EuRH werden im Laufe des Jahres 2026 weitere Maßnahmen ergriffen, um die Datenqualität, das System SUMMA und seine Architektur, die unterstützenden IT-Prozesse und die Betriebskontinuität zu verbessern.

## 2. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist, hat die Kommission weiterhin vorrangig dafür gesorgt, dass das Geld der Steuerzahler bestmöglich verwendet und der EU-Haushalt verantwortungsvoll und ordnungsgemäß ausgeführt wird. Insgesamt bemüht sich die Kommission um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer niedrigen Fehlerquote, schnellen Zahlungen, angemessenen Kontrollkosten und zeitnaher Umsetzung aller ihrer politischen Ziele.

Im Rahmen ihrer Kontrollstrategien führen die Kommission und die Mitgliedstaaten jedes Jahr Tausende von Kontrollen innerhalb des internen Kontrollrahmens durch, um Fehler und Schwachstellen in den Verwaltungs- und Kontrollsystemen für die Ausführung des EU-Haushalts zu verhindern, aufzudecken und zu beheben. Alle durchgeführten Kontrollen und Prüfungen haben der Kommission detaillierte und solide Belege für das differenzierte Risikoniveau für die Ausgaben und Einnahmen des EU-Haushalts geliefert. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass der EU-Haushalt im Jahr 2025 insgesamt gut geschützt war. Dies wird auch durch die Gesamtschlussfolgerung des Internen Prüfers bestätigt.

Die Kommission nimmt die vom EuRH geschätzte Fehlerquote (3,8 %) bei den Ausgaben zur Kenntnis (siehe ***Abschnitt II.2***). Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH, dass die Fehlerquote bei den Einnahmen und Verwaltungsausgaben wie in den Vorjahren nicht wesentlich war.

**Der Ansatz der Kommission als Verwalterin des EU-Haushalts unterscheidet sich ferner von jenem, den der EuRH in seiner Funktion als externer Prüfer befolgt**.

Als unabhängiger Prüfer der EU hat der EuRH die Aufgabe, einmal jährlich auf der Grundlage einer statistischen Stichprobe (siehe **Ziffer 1.22**) eine Fehlerquote in Bezug auf alle zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgewiesenen EU-Ausgaben zu schätzen.

Die **Kommission und die Mitgliedstaaten** führen den Haushaltsplan im Einklang mit den in der Haushaltsordnung der EU festgelegten Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung in Bezug auf EU-Mittel aus. Zum Schutz der finanziellen Interessen der Union richtet die Kommission Verwaltungs- und Kontrollsysteme ein, um Unregelmäßigkeiten und Betrug zu verhindern, aufzudecken und zu beheben. Da aus dem EU-Haushalt finanzierte Programme und Maßnahmen **auf mehrere Jahre ausgelegt** sind, kann es vorkommen, dass Korrekturmaßnahmen erst ein oder mehrere Jahre nach Eintritt und Aufdeckung eines Risikos einer Unregelmäßigkeit oder eines Betrugs ergriffen werden. Daher legt die Kommission Fehlerquoten zur Quantifizierung des Risikos bei Zahlung (und bei Abschluss) als eines der Verwaltungsinstrumente zur Verhinderung vorschriftswidriger Ausgaben fest.

**Seit 2024** hat die Kommission ihre Schlussfolgerung zum Schutz des EU-Haushalts auf der Ebene der Rubriken des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) vorgelegt. Dies ist auf den Übergang zu stärker leistungsbasierten Umsetzungsmodellen in der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2023-2027 und – seit 2025 – bei den Fazilitäten für die Ukraine, den Westbalkan und Moldau zurückzuführen, bei denen die Kommission nicht mehr das quantitative Risiko bei Zahlung (und bei Abschluss) ermitteln kann. Im Fall der **Rubriken „Natürliche Ressourcen und Umwelt“** und **„Nachbarschaft und die Welt“** hat dies zur Verwendung eines neuen Indikators geführt: **Anteil der Ausgaben, der als mit**

**einem geringen Risiko verbunden eingestuft wird**. Dieser Indikator basiert auf der Einstufung „niedrig – mittel – hoch“ für leistungsbasierte Ausgaben. Für **alle anderen MFR-Rubriken** wird das **Risiko bei Zahlung und bei Abschluss** weiterhin quantifiziert. Es sei darauf hingewiesen, dass im Jahr 2025 erstmals seit Beginn des Programmplanungszeitraums 2021-2027 die diesen Programmplanungszeitraum betreffenden Zahlungen höher waren als die den Zeitraum 2014-2020 betreffenden Zahlungen.

Im Jahr 2025 lag das **Risiko bei Abschluss** bei allen MFR-Rubriken, für die das **quantitative Risiko bei Zahlung und bei Abschluss** ermittelt wird, **weiterhin unter der Wesentlichkeitsschwelle von 2 %**. Die Kommission ermittelt für alle MFR-Rubriken, für die das quantitative Risiko bei Zahlung ermittelt wird, das **Risiko bei Abschluss**, das ein Maß für die nach Durchführung aller Ex-post-Kontrollen und Korrekturen verbleibende Fehlerquote darstellt. Dies steht im Einklang mit dem **mehrjährigen Charakter der Ausgaben der Kommission** und ihren differenzierten Kontrollstrategien. Dabei unternimmt die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung erhebliche Anstrengungen, um im Anschluss an die Zahlungen und bis zum Ende des Programmplanungszyklus Kontrollen durchzuführen und Korrekturen vorzunehmen. Die Kommission betrachtet das Risiko bei Abschluss als den repräsentativsten Indikator für die von ihr selbst und von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen. **Das Risiko bei Zahlung lag weiterhin unter 2 %, mit Ausnahme der Rubriken „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“** und **„Binnenmarkt, Innovation und Digitales“**.

Es bestehen nach wie vor Unterschiede zwischen der vom EuRH geschätzten Fehlerquote und dem von der Kommission ermittelten Risiko bei Zahlung (**Ziffer 1.42**). So quantifiziert der EuRH beispielsweise Fehler, wenn die Zahlungsbedingungen betroffen sind, unabhängig davon, ob nach der geltenden Verordnung eine Finanzkorrektur anwendbar oder die Wiedereinziehung möglich ist oder nicht (**Ziffer 1.43**). Im Fall von Unregelmäßigkeiten, die auf einen Mangel in ihren eigenen Verfahren zurückzuführen sind, nimmt die Kommission keine Wiedereinziehungen vor; bei schwerwiegenden Verfahrensfehlern bei der Auftragsvergabe wird der Fehler jedoch quantifiziert und in das Risiko bei Zahlung einbezogen. Diese unterschiedliche Art der Quantifizierung von Fehlern wirkt sich weiterhin auf die Rubrik „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“ aus, zusätzlich zu den spezifischen Merkmalen der Prüfungspopulation im Bereich Kohäsion im Jahr 2025 – und damit der Stichprobe des EuRH (**Ziffern 6.14** und **6.15**). Schließlich ist die Kommission der Auffassung, dass eine weitere Zusammenarbeit mit dem EuRH bei der Auslegung der geltenden Vorschriften und bei den methodischen Ansätzen erforderlich ist, da die Kommission bei der Bewertung einiger vom EuRH geprüfter Einzelfälle erneut zu anderen Schlussfolgerungen gelangt ist.

In der Rubrik „**Natürliche Ressourcen und Umwelt**“ lag der Anteil der mit einem geringen Risiko verbundenen Ausgaben bei 64 % und damit innerhalb der Spanne von 50,6 % bis 77,6 % der Jahre 2020-2024. In der Rubrik „**Nachbarschaft und die Welt**“ lag der Anteil der mit einem geringen Risiko verbundenen Ausgaben bei 89,6 % und damit ebenfalls innerhalb der Spanne von 76,6 % bis 100 % der Jahre 2020-2024.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EuRH

## 1. Zuverlässigkeit der Rechnungsführung

### *Das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres ist negativ, das Haushaltsergebnis hingegen positiv*

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der EuRH die haushaltsmäßige Behandlung der im Rahmen von NextGenerationEU (NGEU) aufgenommenen Beträge als „ungewöhnlich" einstuft. NGEU war eine außergewöhnliche Reaktion auf vorübergehende, aber extreme Umstände und stellte im Einklang mit Artikel 5 des Beschlusses (EU, Euratom) 2020/2053 außerordentliche und zeitlich befristete zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Krise bereit. NGEU wurde aufgrund der dringenden Notwendigkeit eingerichtet, die Krise und ihre wirtschaftlichen Folgen zu bewältigen, und zwar unter uneingeschränkter Einhaltung der Vorschriften des AEUV, die eben die Bewältigung solcher außergewöhnlichen Situationen und Krisen ermöglichen.

Der vom EuRH in **Ziffer 1.6** erwähnte Unterschied zwischen dem Haushaltsergebnis und dem wirtschaftlichen Ergebnis ist eine normale Folge der unterschiedlichen konzeptionellen Grundsätze, die der Haushaltsbuchführung und der periodengerechten Rechnungsführung zugrunde liegen. Während bei der Haushaltsbuchführung die Mittelzu- und -abflüsse im Haushaltsjahr ausgeglichen sind, begründet der Finanzhilfeanteil (der im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität nicht rückzahlbar ist) bei der periodengerechten Rechnungsführung – und auf der Grundlage international anerkannter Rechnungslegungsgrundsätze – keinen Anspruch auf einen Vermögenswert und erhöht somit das negative Nettovermögen (d. h. Verbindlichkeiten, die noch nicht durch den Haushalt gedeckt sind).

Wie der EuRH feststellt, sieht die Rechtsgrundlage vor, dass im Rahmen von NGEU aufgenommene Beträge, die für NGEU-Finanzhilfen und -Aufstockungen von EU-Programmen verwendet werden, als externe zweckgebundene Einnahmen behandelt werden, die zusätzlich zum jährlichen Haushalt veranschlagt werden. Die periodengerechte Rechnungsführung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Realität, wonach aufgenommene und als nicht rückzahlbare Unterstützung ausgezahlte Beträge ein negatives Nettovermögen entstehen lassen, das aus künftigen Haushalten zu finanzierende Beträge darstellt.

### *Bemerkungen zur konsolidierten Jahresrechnung 2025 und zum entsprechenden Rahmen für die interne Kontrolle*

Die konsolidierte Jahresrechnung 2025 ist die erste Jahresrechnung, die mithilfe von SUMMA erstellt wurde, und bei einem derart groß angelegten Projekt können Übergangsprobleme auftreten, wie der EuRH in **Ziffer 1.11** hervorgehoben hat.

Wie der EuRH in **Ziffer 1.12** feststellt, war der Gesamtwert der rechtlichen Verpflichtungen für mehrjährige Verträge in SUMMA im Allgemeinen nicht verfügbar, und zwar weder für Verträge, die von ABAC zu SUMMA migriert wurden, noch für Verträge, die in SUMMA neu erstellt wurden. Infolgedessen mussten die im Rahmen des Jahresabschlusses buchhalterisch erfassten antizipativen Passiva für die abschließende Jahresrechnung berichtigt werden. Die Kommission hat eine technische Lösung zur Behebung dieses Problems der in SUMMA fehlenden Informationen gefunden, die derzeit

implementiert wird. Die Kommission arbeitet außerdem daran, die Dienststellen (Generaldirektionen, Ämter und Exekutivagenturen) mit dieser Lösung vertraut zu machen und Anweisungen für deren ordnungsgemäße Anwendung zu erteilen. Damit soll verhindert werden, dass dieses Problem in Zukunft erneut auftritt.

Das Problem bei der Übertragung von Rechnungen von eGrants auf SUMMA (**Ziffer 1.13**) wurde von der Kommission dank der Robustheit des internen Kontrollsystems der Kommission bereits frühzeitig im Jahr 2025 und noch vor Abschluss der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2025 festgestellt. Dadurch konnten die Dienststellen rechtzeitig angewiesen werden, den Betrag der fehlenden Rechnungen im Jahresabschluss zu berücksichtigen. Im Februar 2026 wurde mit der GD RTD ein Aktionsplan vereinbart, um das in der Bemerkung des EuRH angesprochene Problem zu lösen. Daher können die korrekten Rechnungsbeträge seit Mai 2026 in SUMMA eingegeben werden.

Die Kommission räumt ein, dass eine fehlerhafte Parametrierung (**Ziffer 1.14**) des Tools von SUMMA für die Konzernberichterstattung dazu führte, dass ein unwesentlicher Betrag als Saldo Dritter und nicht als konzerninterner Saldo ausgewiesen wurde. Dieser Parametrierungsfehler wurde umgehend korrigiert. Es wurden zusätzliche Kontrollen eingeführt, um zu verhindern, dass ähnliche Probleme erneut auftreten.

In Bezug auf die Bemerkung des EuRH in **Ziffer 1.15** zur umfassenden Validierung der lokalen Rechnungsführungssysteme der Kommission möchte die Kommission betonen, dass der Rechnungsführer gemäß der Haushaltsordnung nicht verpflichtet ist, alle lokalen Rechnungsführungssysteme umfassend zu validieren.

Im Einklang mit der Haushaltsordnung wurden alle bestehenden lokalen Systeme validiert, als sie entwickelt und in ABAC implementiert wurden, und die Arbeit der Kommission wurde vom EuRH in den letzten zehn Jahren positiv bewertet. Da sich die Einführung von SUMMA auf die Art der Übermittlung der Finanzinformationen von lokalen Rechnungsführungssystemen an das zentrale Rechnungsführungssystem der Kommission (an SUMMA statt an ABAC) auswirkte, unternahm der Rechnungsführer die erforderlichen Schritte, um sowohl vor als auch nach der Inbetriebnahme von SUMMA für ein angemessenes Maß an Sicherheit zu sorgen.

Um die Risiken während des Übergangs zu mindern und sicherzustellen, dass die lokalen Systeme ordnungsgemäß funktionieren, waren alle für solche Systeme zuständigen Generaldirektionen verpflichtet, vor der Einführung von SUMMA vertiefte Prüfungen durchzuführen und die Ergebnisse dem Rechnungsführer vorzulegen. Dieser Prozess war integraler Bestandteil der Dokumentation der Inbetriebnahmeentscheidung, und alle zugehörigen Prüfunterlagen sind verfügbar.

Um die Risiken weiter zu verringern, führten die Dienststellen des Rechnungsführers im Jahr 2025 gezielte Überprüfungen der drei wichtigsten mit SUMMA integrierten Systeme (die mehr als 90 % der Zahlungen der Kommission im Jahr 2025 abdecken) durch, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf den sich aus der Einführung von SUMMA ergebenden Risiken lag. Die Kommission teilt die Auffassung, dass eine umfassende Validierung aller lokalen Rechnungsführungssysteme von Vorteil wäre. Die – auf der Grundlage eines risikobasierten Ansatzes – unternommenen Schritte reichten jedoch aus, um die Risiken für die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung zu mindern.

Beim Übergang zu einem neuen Rechnungsführungssystem ist aufgrund der außergewöhnlichen und zeitlich begrenzten Rahmenbedingungen, unter denen SUMMA im Jahr 2025 betrieben wurde, ein erhöhtes Fehleraufkommen unvermeidlich, wie der EuRH in **Ziffer 1.16** festgestellt hat. Im allerersten Jahr der Nutzung von SUMMA musste sich eine große Zahl von Mitarbeitern der Finanz- und Rechnungsführungsteams der Dienststellen mit SUMMA vertraut machen. Gleichzeitig hatte das SUMMA-Implementierungsteam bereits zahlreiche gezielte Anpassungen vorgenommen, um wiederkehrende Probleme zu lösen und die Funktionsweise des Systems zu verbessern. Die

Kommission wird sich weiterhin mit diesen Problemen befassen, um die Fehlerhäufigkeit zu verringern und die Fehler schließlich vollständig zu beseitigen.

### *Bemerkungen infolge der vom Rechnungshof vorgenommenen IT-Prüfung von SUMMA*

Wie der EuRH in **Ziffer 1.18** festgestellt hat, konzentrierte sich die Kommission bei der Einführung von SUMMA Anfang 2025 auf die Kernfunktion, wodurch die mit einer derart groß angelegten Einführung verbundenen Risiken minimiert wurden. Mehrere nicht wesentliche Funktionen wurden dann erst im Laufe des Jahres 2025 schrittweise freigegeben. Dies ist eine übliche Verfahrensweise bei der Einführung von IT-Großsystemen. Ziel ist es, das Betriebsrisiko und Beeinträchtigungen des laufenden Betriebs zu minimieren, indem der Umfang der ersten Einführung so weit wie möglich begrenzt und ihr Schwerpunkt auf die Kernfunktionen gelegt wird.

Seit der Einführung von SUMMA hat die Kommission daran gearbeitet, das System durch die Einführung neuer Elemente zur Steigerung der Effizienz der Finanzprozesse der Kommission weiter zu verbessern. Die im Übergangszeitraum erforderliche Verwendung von Workarounds wird bis 2027 schrittweise eingestellt.

Indessen werden die Kontrollen im Hinblick auf das technische Zugangsmanagement und das IT-Change-Management verbessert. Um die Risiken zu begrenzen, wurden im Laufe des Jahres 2025 – noch vor Abschluss der Jahresrechnung 2025 – Risikominderungsmaßnahmen, ein Dashboard-gestütztes Monitoring und ein Releasemanagement-Prozess eingeführt sowie der Änderungskontrollausschuss als operatives Leitungsgremium eingesetzt. Für die Genehmigungen galt das Vier-Augen-Prinzip, wonach mindestens zwei verschiedene Organisationseinheiten beteiligt sein mussten; im Berichtsjahr wurde keine unzulässige Implementierung von Änderungen festgestellt. Den vom EuRH festgestellten Mängeln beim Management der Bewältigung von Vorfällen (**Ziffer 1.19**) wurde durch einen umfassenden Endnutzersupport begegnet, der durch erfolgreich etablierte Kanäle für die regelmäßige Kommunikation ergänzt wurde.

In diesem Zusammenhang wurden mehrere Unterstützungsmaßnahmen ergriffen: Alle Tickets wurden in einem eigens dafür vorgesehenen Tool erfasst. Außerdem wurde ein Netzwerk lokaler SUMMA-Koordinatoren und SUMMA-Fachleute in den Dienststellen eingerichtet, das diesen über eigens eingerichtete Kanäle – darunter moderierte Chaträume und gezielte Schulungen – direkten Zugang zur GD BUDG gewährt. Zudem wurde eine umfassende Endnutzersupportstruktur eingerichtet, bei der die wöchentliche Berichterstattung an die höhere Führungsebene der GD BUDG vorgesehen ist. Mindestens einmal wöchentlich wurden Endnutzersupport-Sitzungen durchgeführt, bei denen Fachleute der GD BUDG im Sinne einer Politik der offenen Tür für die Unterstützung der Nutzer zur Verfügung standen. Schließlich wurden zusätzliche Schulungen für einen erweiterten Nutzerkreis zu bestimmten Themen, wie etwa dem Rechnungsabschluss am Jahresende, aber auch zu allen Funktionen veranstaltet, im Hinblick auf die in der Nutzergemeinschaft ein allgemeiner Unterstützungsbedarf bestand. Ein Vergleich dieser Phase mit den gängigen Verfahren zur Bewältigung von Vorfällen bei einem stabilen System wird weder den tatsächlichen Gegebenheiten einer komplexen Situation noch den ergriffenen Abhilfemaßnahmen gerecht.

## 2. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

### Einnahmen

In Bezug auf die Einnahmenseite des EU-Haushalts begrüßt die Kommission die Feststellung des EuRH, dass die Einnahmen keine wesentlichen Fehler aufweisen und die Systeme zur Verwaltung der Einnahmen im Allgemeinen wirksam waren (**Ziffer 1.24 Buchstabe a**).

Die Kommission ist nach wie vor fest entschlossen, die noch offenen Fragen in den Bereichen MwSt.-Eigenmittel und traditionelle Eigenmittel anzugehen und zu lösen. Im ersten Quartal 2026 hat die Kommission den ersten Kontrollzyklus für Einnahmen auf der Grundlage nicht recycelter Verpackungsabfälle aus Kunststoff abgeschlossen und verfolgt die dabei festgestellten Probleme gemeinsam mit den Mitgliedstaaten eng weiter (siehe auch die ***ausführliche Antwort auf Kapitel 4***).

## Ausgaben

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass sich die vom EuRH für 2025 geschätzte Gesamtfehlerquote gegenüber dem Jahr 2024 von 3,6 % auf 3,8 % (**Ziffer 1.24 Buchstabe b**) erhöht hat. Insgesamt liegt die vom EuRH geschätzte Fehlerquote, die mit den Vorschriften, Systemen und Durchführungsstellen der Ausgaben im Rahmen des derzeitigen MFR zusammenhängt, auf dem Niveau der Vorjahre (siehe **Abbildung 1.7** „Geschätzte Fehlerquote (2021-2025)“).

Was den Bereich „**Zusammenhalt, Resilienz und Werte**“ (**Ziffer 1.27**) angeht, weist die Kommission darauf hin, dass die vom EuRH berechnete Fehlerquote auf einer Prüfungsstichprobe beruht, die die Besonderheiten einer atypischen und wesentlich kleineren Prüfungspopulation als in den Vorjahren widerspiegelt, wie der EuRH in **Kapitel 6** (**Ziffern 6.8-6.15**) erläutert. Dies schränkt die Möglichkeit eines direkten Vergleichs mit den in den Vorjahren gemeldeten Ergebnissen ein.

Darüber hinaus kehrte der EuRH zu seinem Prüfungsansatz aus der Zeit vor 2017 zurück, bei dem Vorgänge direkt aus der vollständigen Prüfungspopulation (von den Mitgliedstaaten vorgelegte und von der Kommission angenommene Rechnungslegungen) ausgewählt wurden, anstatt ausschließlich Vorgänge zu prüfen, die zuvor von den Prüfbehörden geprüft worden waren. Infolgedessen wurden die Verwaltungsbehörden (anstelle der Prüfbehörden) zu den wichtigsten Ansprechpartnern bei den geprüften Vorgängen, die jedoch nicht immer in der Lage waren, alle vom EuRH angeforderten Prüfungsnachweise rechtzeitig vorzulegen (**Ziffer 6.14**). Die Kommission ist der Auffassung, dass dies Einfluss auf die vom EuRH berechnete Fehlerquote gehabt haben könnte. Die Kommission wird sich darum bemühen, die Verwaltungsbehörden für den neuen Ansatz sowie die im Rahmen der ersten Anwendung dieses neuen Ansatzes gewonnenen Erkenntnisse zu sensibilisieren, damit sie künftig besser in der Lage sind, Auskunftsersuchen der Prüfer des Europäischen Rechnungshofs zu beantworten.

Diese vom EuRH vorgenommene Berechnung einer Gesamtfehlerquote für die jährlichen Kohäsionszahlungen weicht vom Ansatz der Kommission ab, nach dem die Bewertung Programm für Programm vorgenommen wird. Die Berechnung der Kommission beruht auf einer Aggregation aller von den Prüfbehörden gemeldeten programmspezifischen Fehlerquoten, die sich aus ihren Prüfungen von mehr als 9 000 (Teilen von) Vorhaben als Teil repräsentativer Stichproben ergeben, die je Programm (oder Programmgruppe) ausgewählt wurden. Ziel des von der Kommission angewandten Ansatzes der „Einzigen Prüfung“ ist es, den Verwaltungsaufwand zu verringern und durch gründliche Überprüfungen der nationalen Prüfergebnisse und Stellungnahmen, die jedes Jahr für alle Programme vorgelegt werden, – ergänzt durch die risikobasierten Prüfungen der Kommission selbst – eine angemessene Gewähr zu erlangen.

Wie jedes Jahr wird die Kommission alle vom EuRH gemeldeten Fehler ordnungsgemäß weiterverfolgen und Korrekturmaßnahmen oder Finanzkorrekturen verlangen, sofern dies als notwendig und rechtlich machbar erachtet wird. Die Kommission wird den betreffenden Verwaltungsbehörden außerdem empfehlen, die Verwaltungs- und Kontrollsysteme im Hinblick auf die Umsetzung im Zeitraum 2021-2027 erforderlichenfalls weiter zu verbessern (siehe auch die ***Antworten auf Kapitel 6***).

Im Hinblick auf den Bereich „**Natürliche Ressourcen und Umwelt**“ (**Ziffer 1.30**) nimmt die Kommission die Feststellungen des EuRH zu der **Bedingung, dass die betreffenden Flächen dem Begünstigten zur Verfügung stehen müssen**, zur Kenntnis, bei der es sich um eine wichtige Voraussetzung für die Förderung durch Direktzahlungen handelt. Ihre Überprüfung ist aufgrund ihrer Bedeutung für den Schutz der finanziellen Interessen der EU und die Gewährleistung, dass die Unterstützung im Einklang mit den geltenden Vorschriften gewährt wird, ein fester Bestandteil der Prüfungen der Kommission und der bescheinigenden Stellen. Die Kommission führt derzeit Konformitätsverfahren durch, um Schwachstellen in den die verfügbaren Flächen betreffenden Kontrollsystemen in denjenigen Mitgliedstaaten zu beheben, in denen der EuRH Fehler festgestellt hat. Diese Konformitätsverfahren wurden vor den Prüfbesuchen des EuRH eingeleitet. In Bezug auf die Öko-Regelungen und die Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen steht die Bewertung des EuRH im Einklang mit der eigenen Bewertung der Kommission, in der ebenfalls ein höheres Fehlerrisiko bei diesen Maßnahmen festgestellt wird, da sie komplex sind und unterschiedliche Fördervoraussetzungen vorsehen sowie – im Fall der Öko-Regelungen – erst kürzlich im Rahmen der GAP 2023-2027 eingeführt wurden. Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten weiterhin durch Leitlinien, die Weitergabe bewährter Verfahren sowie Empfehlungen, um ihnen dabei zu helfen, diese Maßnahmen und Fördervoraussetzungen wirksam zu gestalten, zu kontrollieren und umzusetzen. Zugleich geht sie, wo erforderlich, ermittelten Risiken im Wege von Konformitätsverfahren nach, um den EU-Haushalt zu schützen (siehe auch die ***Antworten auf Kapitel 7***).

Die Kommission teilt die Auffassung des EuRH, dass sich der Auszahlungsmodus der Mittel auf das Fehlerrisiko auswirkt (**Ziffer 1.28**), und insbesondere, dass anspruchsbasierte Zahlungen, für die die Begünstigten bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen (wie Erasmus+-Finanzhilfen), mit einem geringeren Fehlerrisiko behaftet sind. Bei den meisten Zahlungen aus dem EU-Haushalt handelt es sich jedoch um **erstattungsbasierte Zahlungen**, für die die Begünstigten die Einhaltung der **Förderfähigkeitsregeln** und gegebenenfalls der Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge oder für staatliche Beihilfen nachweisen müssen. Diese Zahlungen sind fehleranfällig (**Ziffern 1.32-1.35**), da die zum Zweck der Umsetzung der Programmziele anwendbaren Förderfähigkeits- und Erstattungsregeln oft komplex sind.

Die Kommission setzt sich weiterhin für die Anwendung von Regelungen ein, die zu einer einfacheren Umsetzung der EU-Finanzierung beitragen und so das Fehlerrisiko verringern. Dazu gehört unter anderem die Förderung vereinfachter Kostenoptionen und nicht an Kosten geknüpfter Finanzierungen. Infolgedessen kommen in verschiedenen Politikbereichen zunehmend vereinfachte Finanzierungsprogramme zur Anwendung, einschließlich der Verwendung von Pauschalbeträgen bei **Forschungs- und Gesundheitsinitiativen**. Was die **Kohäsionspolitik** betrifft, so setzte die Kommission die Förderung der Nutzung vereinfachter Kostenoptionen bzw. nicht an Kosten geknüpfter Finanzierungen in den Programmen für den Zeitraum 2021-2027 fort. Zudem steht der Übergang ab 2026 zu stärker leistungsbasierten (GAP 2023-2027, Fazilitäten im Bereich der Außenmaßnahmen oder Klima-Sozialfonds) im Einklang mit diesem Trend hin zu schlankeren Finanzierungsansätzen.

Im Hinblick auf den Bereich „**Binnenmarkt, Innovation und Digitales**“ räumt die Kommission ein, dass **nicht förderfähige Personalkosten** nach wie vor die Hauptfehlerquelle waren, was zu erwarten war, da diese Kosten weiterhin den größten Anteil der von den Begünstigten im Rahmen von Horizont Europa geltend gemachten Gesamtkosten ausmachen. Die Kommission ist nach wie vor fest entschlossen, die Vorschriften und Verfahren durch verstärkten Rückgriff auf Pauschalbeträge und Einheitskosten weiter zu vereinfachen, um sowohl den Verwaltungsaufwand für die Begünstigten als auch das Fehlerrisiko zu verringern. Bei anderen direkten Kosten – wie bei Fehlern bei den Personalkosten – mindert die Kommission weiterhin das Fehlerrisiko durch Kontaktaufnahme zu den Begünstigten über Kommunikationsveranstaltungen und Webinare, durch Bereitstellung von Leitlinien in der kommentierten Musterfinanzhilfevereinbarung für Horizont 2020 und der kommentierten Finanzhilfevereinbarung für „Horizont Europa“ sowie durch die Förderung der

Inanspruchnahme des Auskunftsdienst für den Bereich Forschung (siehe auch die ***Antworten auf Kapitel 5***).

Darüber hinaus begrüßt die Kommission den **differenzierteren** und **verhältnismäßigeren Ansatz** des EuRH zur **Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge** (**Ziffer 1.36**), der mit dem Ansatz der Kommission und der Mitgliedstaaten bei der geteilten Mittelverwaltung (insbesondere im Bereich der Kohäsion, wo er zu einem erheblichen Rückgang der vom EuRH gemeldeten entsprechenden Fehler geführt hat), im Einklang steht.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der EuRH diese Methodik seit 2025 auch **bei anderen MFR-Rubriken und allen Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Gewährung von Finanzhilfen** anwendet. Bei einigen MFR-Rubriken, insbesondere bei der Rubrik „Europäische öffentliche Verwaltung“ (**Abbildung 1.14**), führte der neue Ansatz zu einem Anstieg der Fehlerquote aufgrund von Fehlern in Vorgängen, die in der Vergangenheit nicht als quantifizierbar angesehen wurden (wie verfahrenstechnische Probleme bei gebäudebezogenen Vergabeverfahren, siehe die ***Antworten zu Kapitel 10***). Daher führt die allgemeine Anwendung der neuen Methode durch den EuRH zur Quantifizierung von Verfahrensfehlern bei der Auftragsvergabe, die zu keinem Verlust für den EU-Haushalt geführt haben.

# Angaben der Kommission zur Ordnungsmäßigkeit

## Bewertung des Risikos bei den Ausgaben durch die Kommission

Die Kommission stützt ihre **Zuverlässigkeitsgewähr** auf einen maßgeschneiderten Bottom-up-Ansatz, d. h. auf der Ebene der einzelnen Programme oder anderer relevanter Ausgabensegmente, da die Umsetzung nicht über alle Programme und Mitgliedstaaten hinweg homogen ist. Anhand der Tausenden von Kontrollen, die jedes Jahr von der Kommission und den Mitgliedstaaten im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung durchgeführt werden, werden die **Risiken bei Zahlung** und die **Risiken bei Abschluss** sowie der **Anteil der Ausgaben mit niedrigem, mittlerem und hohem Risiko** ermittelt. Hierbei handelt es sich um die bestmögliche Schätzung des Fehlerrisikos durch die Kommissionsdienststellen.

Die auf diese Weise gewonnenen zuverlässigen, überprüften und evidenzbasierten Informationen ermöglichen der Kommission zudem den Nachweis, dass nicht alle erstattungsbasierten Zahlungen mit einem hohen Risiko behaftet sind und dass das Risikoniveau nicht einheitlich ist und innerhalb desselben Politikbereichs und sogar innerhalb desselben Ausgabenprogramms variieren kann.

So kann die Kommission die einschlägigen Ausgaben in drei Risikokategorien einteilen:

- **geringeres Risiko:** Ausgaben, bei denen das Risiko bei Zahlung unter 2 % liegt oder bei denen die Qualitätsbewertung (Ausgaben im Rahmen der GAP 2023-2027 und der Fazilitäten im Bereich der Außenmaßnahmen) ein „geringes Risiko“ ergeben hat und auf die ein Anteil von **58,6 %** der gesamten EU-Haushaltsausgaben im Jahr 2025 entfällt (gegenüber 54,7 % im Jahr 2024);

- **mittleres Risiko:** Ausgaben mit einem Risiko bei Zahlung zwischen 2 % und 2,5 % oder in der Kategorie „mittleres Risiko“, auf die **25,2 %** der Gesamtausgaben entfallen (gegenüber 24,5 % im Jahr 2024); und

- **höheres Risiko:** Ausgaben mit einem Risiko bei Zahlung von mehr als 2,5 % oder in der Kategorie „hohes Risiko“, auf die **16,2 %** der Gesamtausgaben entfallen (gegenüber 20,8 % im Jahr 2024).

Der Rückgang des Anteils der mit einem höheren Risiko verbundenen Ausgaben im Vergleich zu 2024 lässt sich hauptsächlich wie folgt erklären: i) durch einen Rückgang der Programme mit mit einem hohen Risiko verbundenen Ausgaben im Bereich Kohäsion, und zwar sowohl im Zeitraum 2014-2020, für die die abschließende Jahresrechnung mit vielen von den Mitgliedstaaten im Voraus vorgenommenen Korrekturen vorgelegt wurde, als auch im Zeitraum 2021-2027, in dem die Fehlerquote zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach wie vor niedriger ist als im vorangegangenen Programmplanungszeitraum, und ii) durch einen Rückgang der mit einem hohen Risiko verbundenen Ausgaben in der Landwirtschaft.

### Die leistungsbasierten Bewertungen der Kommission

In der **jährlichen Management- und Leistungsbilanz** werden die Kontrollergebnisse nach Rubrik ohne quantitativen Indikator für die Kommission insgesamt dargestellt (**Ziffer 1.40**). Aufgrund der Einführung leistungsbasierter Instrumente gibt es für die Rubrik „**Natürliche Ressourcen und Umwelt**“ seit 2024 und für die Rubrik „**Nachbarschaft und die Welt**“ seit 2025 **keine quantitative Schätzung des Risikos bei Zahlung und bei Abschluss** (siehe die jährliche Management- und Leistungsbilanz 2025, Band I, S. 22, Band II, Anhang 2, S. 23f.).

### Bewertung der Kommission in Bezug auf die Rubrik „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“

In Bezug auf die **Kohäsionspolitik** nimmt die Kommission die Bewertung des EuRH zur Fehlerquote der Kommission (**Ziffer 1.40** und **Abbildung 1.15**) und die Feststellung zur Kenntnis, dass die **Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten** nicht immer wirksam sind, wenn es darum geht, alle Unregelmäßigkeiten zu verhindern oder aufzudecken (**Ziffern 1.47 und 1.48**). Auf der Grundlage aller verfügbaren Prüfungsergebnisse, einschließlich ihrer eigenen Prüfungen, gelangte die Kommission zu der Einschätzung (die auch in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten enthalten ist), dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme bei 85 % der Programme des Zeitraums 2014-2020 und bei 92 % der Programme des Zeitraums 2021-2027 gut funktionierten bzw. funktionieren. Gestützt auf ihren gezielten Prüfungsansatz für jedes Programm hat sie die erforderlichen Verbesserungen bei allen Programmen oder Programmteilen eingefordert, bei denen schwerwiegende Mängel festgestellt wurden. Die Kommission ist zuversichtlich, dass die mehrjährige Korrekturkapazität der Kohäsionspolitik es ermöglichen wird, das Risiko bei Abschluss unter die Wesentlichkeitsschwelle zu senken. Nach Umsetzung aller Korrekturmaßnahmen gelangte die Kommission in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten zu der Einschätzung, dass das Risiko bei Abschluss zum gegenwärtigen Zeitpunkt für alle Geschäftsjahre bis 2024 unter 2 % liegt. Indessen kommen nach wie vor weitere Korrekturmaßnahmen im Rahmen der Bewertung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit beim Abschluss zur Anwendung, wenn dies für notwendig erachtet wird.

Aufbauend auf ihren eigenen Feststellungen und Empfehlungen und denen des EuRH aus den letzten Jahren hat sich die Kommission Ende 2024 mit den nationalen Prüf- und Verwaltungsbehörden auf einen Aktionsplan verständigt, um deren Fähigkeit zur Aufdeckung von Fehlern weiter zu stärken und noch offene Probleme vor Abschluss des Programmplanungszeitraums 2014-2020 zu beheben. Positive Entwicklungen, die sich aus der Umsetzung des Aktionsplans ergeben, werden regelmäßig überwacht und in den jährlichen Tätigkeitsberichten ausgewiesen (weitere Einzelheiten sind den ***Antworten zu Kapitel 6 Abschnitt II.2*** zu entnehmen).

Die Kommission hat auch ihre Prüfstrategie überarbeitet, i) um weitere Compliance-Prüfungen durchzuführen und die Arbeit der Prüfbehörden zu einem früheren Zeitpunkt des Programmplanungszeitraums nachzuvollziehen, wobei bis Ende 2026 alle wichtigen Prüfbehörden einer solchen Prüfung unterzogen werden sollen; und ii) um die von den Prüfbehörden für den Zeitraum 2021-2027 verwendeten Prüfungschecklisten präventiv zu überprüfen. Auf Ebene der Prüfbehörden sind erste Ergebnisse erkennbar, insofern die von den Prüfbehörden gemeldete

Fehlerquote bei den Mitteln der GD EMPL und der GD REGIO erstmals bei 3,9 % bzw. 3,7 % liegt, was eine verbesserte Wirksamkeit belegt.

Die Kommission ist dennoch der Auffassung, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Zuverlässigkeit und Rückverfolgbarkeit risikobasierter Verwaltungsüberprüfungen sicherzustellen. Sie hat kürzlich eine Ausschreibung für den Aufbau von Verwaltungskapazitäten für die künftige Kohäsionspolitik veröffentlicht, um die Ursachen der häufigsten Fehler und Umsetzungsprobleme zu analysieren und daraus Prioritäten für den Kapazitätsaufbau abzuleiten.

Die Kommission hat alle gewonnenen Erkenntnisse in die Gestaltung des Programmplanungszeitraums nach 2027 einbezogen und ein zielorientiertes Zahlungsmodell und ein einfacheres, robusteres Assurance-Modell vorgeschlagen, um sicherzustellen, dass die Kommission weiterhin eine starke Aufsichtsfunktion ausübt und die geltend gemachten Ausgaben mit dem geltenden Recht im Einklang stehen.

Die Kommission ergreift weiterhin Maßnahmen, um die Wirksamkeit der Ex-post-Prüfungen zu verbessern. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Kontrollen zielgerichtet und risikobasiert sein müssen, um kosteneffizient zu bleiben, und dass entsprechend den Forderungen der Programmbehörden und Begünstigten nach Vereinfachung und Verringerung des Prüfungsaufwands die Verhältnismäßig des Prüfungsansatzes gewahrt werden muss.

## 3. Meldung von Betrugsverdachtsfällen

Die Kommission weist darauf hin, dass nur eine geringe Zahl der Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die Vorschriften einen Betrug darstellen.

Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH in Kapitel 6 (**Ziffer 1.55**), dass die Empfehlung 5.2 aus dem Jahresbericht 2020 (betreffend die Verfolgung des Betrugsrisikos bei den Prüfungen von Vorhaben durch die Prüfbehörden) und die Empfehlung 6.6 aus dem Jahresbericht 2022 (betreffend die Stärkung des Bewusstseins der Verwaltungsbehörden für Betrugsrisiken) vollständig umgesetzt wurden.

In Bezug auf den Sonderbericht über die **EU-Einrichtungen zur Betrugsbekämpfung** (**Ziffer 1.56**) begrüßt die Kommission die Feststellung des EuRH, dass die Mandate der jeweiligen EU-Akteure im Bereich der Betrugsbekämpfung eindeutig festgelegt sind und sich nicht überschneiden (**Ziffer 3.25**), und räumt zugleich ein, dass der Informationsaustausch verbessert und die Aufsicht durch die Kommission gestärkt werden können, um eine kohärentere Betrugsbekämpfungsarchitektur sicherzustellen. Die Kommission hat die diesbezüglichen Empfehlungen des EuRH angenommen, wie in den ***Antworten auf Kapitel 3*** (*Teil 1 – Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsprüfungen des EuRH: Kernaussagen*) im Einzelnen dargelegt wird, und wird sich weiterhin mit den entsprechenden Folgemaßnahmen befassen.

Im Sonderbericht 06/2026 des EuRH wird anerkannt, dass die Kommission Schritte unternommen hat, um den **Rahmen für die Betrugsbekämpfung im Zusammenhang mit der ARF** zu verbessern (**Ziffer 1.57**), und dass die Prüfungen der Kommission zu Verbesserungen der nationalen Betrugsbekämpfungssysteme beigetragen haben. In Bezug auf die Bemerkungen des EuRH zur Aufdeckung, Meldung und Behebung von Betrug weist die Kommission darauf hin, dass gemäß Artikel 22 der ARF-Verordnung in erster Linie die Mitgliedstaaten für die Verhinderung, Aufdeckung und Behebung von Betrug verantwortlich sind und dass die ARF-Verordnung es den Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre üblichen nationalen Systeme der Haushaltsverwaltung zu nutzen, was selbstverständlich zu einer Vielfalt von Ansätzen führen kann. Die Kommission hat die

angenommenen Empfehlungen im Zusammenhang mit der ARF bereits umgesetzt, ihre Leitlinien[1] aktualisiert und detaillierte Anweisungen zu den Verpflichtungen der Mitgliedstaaten nach dem Ende der ARF veröffentlicht, auch zu den Berichterstattungspflichten in Betrugsverdachtsfällen[2].

Daher ist die Vielfalt der Ansätze bei der Meldung von Betrugsfällen eine logische Folge des Rechtsrahmens der ARF. Die Mitgliedstaaten sind am besten in der Lage, die wirksamsten und geeignetsten Maßnahmen zur Verhinderung und Aufdeckung von Betrug in ihrem spezifischen Kontext und im Einklang mit dem geltenden nationalen Rechtsrahmen zu bestimmen. Stellt ein Mitgliedstaat jedoch spezifische Unregelmäßigkeiten fest, so muss er Maßnahmen ergreifen, um diese zu beheben, und die Kommission davon in Kenntnis setzen, insbesondere in der Verwaltungserklärung.

Die Kommission ihrerseits überprüft, ob die nationalen Systeme wirksam funktionieren und den wesentlichen Anforderungen des Rechtsrahmens genügen, überwacht die Umsetzung und ergreift gegebenenfalls Korrektur- oder Wiedereinziehungsmaßnahmen, wenn dies zum Schutz des Unionshaushalts erforderlich ist.

Was den **Sonderbericht über die Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission** betrifft, bleibt die Kommission bei ihrer Auffassung, dass diese Strategie ein angemessenes Ambitionsniveau widerspiegelt und zukunftsorientierte Betrugsbekämpfungsmaßnahmen umfasst. Dennoch wird die Kommission den Bericht nutzen, um die Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission und die von den Kommissionsdienststellen und Exekutivagenturen angenommenen Betrugsbekämpfungsstrategien weiter zu stärken. Die Kommission betont, dass ihre kommissionsübergreifende Betrugsrisikobewertung auf einem umfassenden Prozess beruht, der robuste und relevante Informationen umfasst und eine wirksame kommissionsübergreifende Aufsicht über Betrugsrisiken unterstützt. Dies wird durch die Kombination verschiedener Informationsquellen für die Ermittlung von kommissionsübergreifenden Betrugsrisiken sichergestellt. Schließlich erkennt die Kommission die Bedeutung gemeinsamer Ergebnisindikatoren für die Ergebnisüberwachung an und wird in der nächsten Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission eine Reihe einschlägiger Indikatoren festlegen.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 1.1 – Funktionale Lücken schließen und die SUMMA-Kontrollen stärken

**Auf der Grundlage seiner IT-Prüfungsarbeit in Bezug auf SUMMA empfiehlt der Rechnungshof der Kommission,**

**a) die verbleibenden funktionalen Lücken zu ermitteln, deren Schließung auf der Grundlage ihrer potenziellen Auswirkungen auf die Zuverlässigkeit von Finanzvorgängen zu priorisieren und diejenigen Lücken zu schließen, bei denen dies besonders dringend ist;**

[1] Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Erstellung der Zusammenfassung der Prüfungen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität; Leitlinien für die Bewertung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität eingerichteten internen Kontrollsysteme.

[2] Leitlinien für die Mitgliedstaaten zu operativen Aspekten im Zusammenhang mit der letzten Phase und dem Abschluss der Aufbau- und Resilienzfazilität.

**b) sicherzustellen, dass die temporären Workarounds wirksam sind, die zur Vermeidung finanzieller Fehler erforderlichen Kontrollen umfassen und genau überwacht werden und dass es einen diesbezüglichen Plan für den rechtzeitigen Abschluss dauerhafter Lösungen gibt;**

**c) die Mängel bei den internen Kontrollen im Zusammenhang mit der Einführung und dem Betrieb von SUMMA zu priorisieren und zu beheben.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2026.**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlungen 1.1 Buchstaben a, b und c **an**.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 2: HAUSHALTSFÜHRUNG UND FINANZMANAGEMENT

## I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Im Jahr 2025 trug der EU-Haushalt erneut in entscheidendem Maße zur **Umsetzung der politischen Prioritäten** der EU bei. Neben seinem Beitrag zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts sowie zur Unterstützung der Landwirte und zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität trug er auch zur Stärkung der Außengrenzen und der Verteidigungsfähigkeiten der EU bei, half bei der Bewältigung des Migrationsdrucks und ermöglichte die unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine – um nur einige Prioritäten zu nennen.

Wie auch der EuRH festgestellt hat (**Ziffer 2.25**-**Ziffer 2.29**), sind die **noch abzuwickelnden Mittelbindungen** (RAL, reste à liquider) auch im Jahr 2025 weiterhin rückläufig. Mehr als die Hälfte der verbleibenden RAL (ohne die aus dem Programm NextGenerationEU (NGEU) bereitgestellten Mittel) steht im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik, wobei die Kommission die Mitgliedstaaten beim Ausbau der Verwaltungskapazitäten und bei der Beseitigung von Investitionsengpässen unterstützt. Die Kommission wird **die Umsetzung** der EU-Programme und -Instrumente **weiterhin überwachen** und Informationen zu den jährlichen Prognosen für den Haushaltsvollzug sowie einen Fortschrittsbericht über die noch abzuwickelnden Mittelbindungen veröffentlichen.

Was die **RAL** im Rahmen von **NGEU** betrifft, so haben viele Mitgliedstaaten ihre Aufbau- und Resilienzpläne (RRP) überarbeitet, Mittel auf fortgeschrittenere Projekte umgeschichtet, Etappenziele und Zielwerte angepasst und Verzögerungen bei der Umsetzung behoben, ohne die ursprünglichen Ziele der Pläne zu ändern. Zweck der **Überarbeitungen** war die Anpassung an neue Gegebenheiten und die Sicherstellung des rechtzeitigen Abschlusses der Zahlungen aus der ARF bis Ende 2026.

Im Juli 2025 legte die Kommission ihren Vorschlag für einen ehrgeizigen, flexiblen und zukunftsorientierten **mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034** vor. Er baut auf den Stärken und Grundprinzipien des derzeitigen MFR und den aus ihm gewonnenen Erkenntnissen auf, wird aber einfacher, flexibler und wirkungsvoller sein. Die Kommission arbeitet eng mit dem Parlament und dem Rat zusammen, um eine ehrgeizige, ausgewogene und zeitnahe Einigung über den nächsten MFR und die sektoralen Programme zu erzielen.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EuRH

## 1. Haushaltsführung im Jahr 2025

### *Ausführung des EU-Haushaltsplans*

Die Kommission betont, dass die **Mittel aus NGEU** von den Mitteln aus dem verabschiedeten Haushaltsplan unterschieden werden sollten. Aufgrund der Art der NGEU-Gutschriften (externe zweckgebundene Einnahmen, die übertragen werden können) sollte jeder Vergleich zwischen der Verwendung von Mitteln für Verpflichtungen und der Verwendung von Mitteln für Zahlungen mit Vorsicht interpretiert werden.

Was die **Fonds der Kohäsionspolitik** betrifft, so wird die **Verwendung** der Nettobeträge aus Gründen der Transparenz und der genauen finanziellen Überwachung regelmäßig auf der offenen Datenplattform veröffentlicht.

Die Kommission stellt fest, dass der EuRH alle Arten von Mitteln in die Analyse einbezogen hat (**Ziffern 2.2-2.9**). Was die Analyse der **endgültigen Ausführungsquoten des EU-Haushaltsplans** betrifft, so weist die Kommission darauf hin, dass die Haushaltsordnung und einige der Rechtsgrundlagen **die Möglichkeit vorsehen**, Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen, die zum Jahresende noch nicht ausgeführt wurden, auf das folgende Jahr **zu übertragen**. Dies ist insbesondere bei den zweckgebundenen Einnahmen üblich.

Wie der EuRH ebenfalls feststellt (**Ziffer 2.6**), wurden etwa 1,9 Mrd. EUR an **Mitteln für Verpflichtungen** übertragen. Unter Berücksichtigung dieser Mittelübertragungen erreichte die **Ausführung bei den bewilligten Mittel für Verpflichtungen 99,4 %**. Rund 100 Mio. EUR der nicht ausgeführten Mittel für Verpflichtungen verfielen zum Jahresende, von denen nur 50 Mio. EUR aus dem Einzelplan Kommission stammten (13,8 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, die nicht in Anspruch genommen wurden; der verbleibende Betrag war auf die begrenzten Beträge zurückzuführen, die nach Abschluss von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge oder Finanzhilfeverfahren nicht verwendet wurden).

Mit Blick auf die **Mittel für Zahlungen** (**Ziffern 2.7 und 2.8**) möchte die Kommission hinzufügen, dass die Ausführungsquote aufgrund der Übertragung von Mitteln von 2025 auf 2026 99,9 % der insgesamt verfügbaren Mittel für Zahlungen erreichte. 111 Mio. EUR der bewilligten Mittel für Zahlungen waren daher zum Jahresende nicht in Anspruch genommen worden, und nur 55,4 Mio. EUR stammen aus dem Einzelplan Kommission.

### *Haushaltsvollzug bei Fonds mit geteilter Mittelverwaltung im Rahmen der Dachverordnung 2021-2027*

In Bezug auf die Ausschöpfungsquote (**Ziffern 2.13-2.17, Abbildungen 2.7-2.9**) erinnert die Kommission daran, dass die Programme für den Zeitraum 2021-2027 aufgrund externer Faktoren **sieben Monate später angenommen wurden** als die Programme für den Programmplanungszeitraum 2014-2020. Außerdem hatte die ARF auch Auswirkungen auf den Beginn der Umsetzung der Kohäsionspolitik 2021-2027, da sie einen Teil der in der Pipeline befindlichen kohäsionspolitischen Investitionen umgeleitet und zusätzlichen administrativen Druck

auf die Durchführungsstellen ausgeübt hat und weil ARF-Investitionen aufgrund der früheren Umsetzungsfrist häufig priorisiert wurden.

Was die **hohe Zahl** der zum Jahresende eingereichten und noch ausstehenden **Zahlungsanträge** betrifft, so ist dies ein positives Signal dafür, dass sich die Programmdurchführung aufgrund des zunehmenden Tempos der Projektauswahl deutlich beschleunigt hat. Der Zahlungsrückstand Ende 2025 war in der Tat auf den **unerwartet hohen Umsetzungsgrad** und das massive Aufkommen an Zahlungsanträgen kurz vor Jahresende zurückzuführen. Ein Rekordanteil von 32 % der gesamten Zahlungsanträge im Rahmen sämtlicher **kohäsionspolitischer** Fonds gemäß der Dachverordnung (im Umfang von **rund** 14 Mrd. EUR) wurde in den letzten beiden Dezemberwochen 2025 eingereicht. Dabei handelt es sich typischerweise um Zahlungsanträge, deren Begleichung im Rahmen des Haushalts des folgenden Jahres zu erwarten ist.

Ein Faktor, der zu einer solchen **späten Einreichung von Zahlungsanträgen** führt, ist möglicherweise die Bestimmung in Artikel 91 Absatz 1 der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (Dachverordnung), die die Zahl der Zahlungsanträge begrenzt, die jedes Jahr pro Programm eingereicht werden dürfen. Dies kann dazu führen, dass **Zahlungsanträge** bis zum Ende des jeweiligen Einreichungszeitraums **zurückgehalten werden**, was dann zu einem erhöhten Aufkommen an Einreichungen von Zahlungsanträgen im letzten Quartal des Jahres führt.

### *Ausführung von ARF-Finanzhilfen und NGEU*

Die Kommission nimmt die Bemerkungen des EuRH zur **Ausschöpfung bei den ARF-Finanzhilfezahlungen** zur Kenntnis (**Ziffern 2.19-2.24**). Nach der letztjährigen Mitteilung der Kommission[1] haben alle Mitgliedstaaten ihre Aufbau- und Resilienzpläne im Sinne einer erfolgreichen Umsetzung bis Ende 2026 überarbeitet. Die Kommission **arbeitet eng mit den Mitgliedstaaten zusammen**, um dieses Ziel zu erreichen, und ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um die verbleibenden ARF-Zahlungen im Jahr 2026 abzuwickeln.

## 2. Finanzmanagement im Jahr 2025

Die Kommission nimmt die Bemerkung des EuRH zum **Anstieg des Werts der ausstehenden EU-Anleihen** zur Kenntnis (**Ziffern 2.30-2.47**). Dies steht insbesondere im Einklang mit dem Profil von **NextGenerationEU**, für das die **Rückzahlung 2028 beginnen wird**, und mit in den letzten Jahren angenommenen neuen Programmen, die durch Anleihen finanzierte Darlehen bereitstellen. Wie im Bericht des EuRH betont wird, erstreckt sich die Fälligkeitsstruktur über einen langen Zeitraum, um zu vermeiden, dass große Mengen an Anleihen in einzelnen Jahren fällig werden.

In Bezug auf die Bemerkungen des EuRH in **Ziffer 2.43**, einschließlich derjenigen zum Fehlen veröffentlichter Informationen über die Auswirkungen bestimmter Ereignisse – wie des Konflikts im Nahen Osten oder des Krieges in der Ukraine – auf die **Finanzierungskosten des Aufbauinstruments der EU**, betont die Kommission, dass sie die Auswirkungen ihrer Marktemissionen auf den Haushalt kontinuierlich überwacht, und zwar nicht nur im Hinblick auf ein bestimmtes Ereignis, sondern auch im Hinblick auf die allgemeinen Marktbedingungen. Dies wird dann in Haushaltsvorschläge umgesetzt und kann zu Änderungen führen, wenn sich ein Ereignis erheblich auf die **prognostizierten Fremdkapitalkosten** auswirken würde. Die Kommission betont ferner, dass es eine zeitliche Verzögerung zwischen einem Marktereignis und seinem Niederschlag in Finanzierungskosten gibt. Die Finanzierungskosten entsprechen den

[1] Mitteilung COM(2025) 310 final/2.

Marktbedingungen zum Zeitpunkt der Finanzierung der Unterstützung, und die Kommission verfolgt eine **Strategie der kontinuierlichen Emission**, die den einzelfallspezifischen Einfluss einzelner Ereignisse auf ihre durchschnittlichen Fremdkapitalkosten begrenzt. Die Auswirkungen des Konflikts im Nahen Osten auf die Finanzierungskosten dürften sich daher hauptsächlich im nächsten MFR und nur teilweise im Jahr 2027 bemerkbar machen.

Die Kommission betont, dass die **Höhe der voraussichtlichen NGEU-Anleihekosten** für den derzeitigen MFR von den tatsächlichen NGEU-Auszahlungen bis zum Ende des dritten Quartals 2026 abhängen wird. Wie in den vergangenen Jahren festgestellt wurde, ist es recht schwierig, die Beträge vorherzusagen, die bis zum Ende des dritten Quartals des Haushaltsjahres ausgezahlt werden. Darüber hinaus ist die Entwicklung der **Zinssätze** ungewiss. Die Kommission **beobachtet den Markt aufmerksam** und passt ihre Prognosen auf der Grundlage zukunftsgerichteter Parameter an. Sie wird im Wege ihrer Berichterstattung über Anleihe- und Darlehenstransaktionen[2] **weiterhin regelmäßig aktuelle Informationen** über Auszahlungen und Zinskosten **bereitstellen**.

Die Kommission nimmt ferner die Bewertung der durch den **Handlungsspielraum des EU-Haushalts** garantierten Risikopositionen durch den EuRH zur Kenntnis (**Ziffern 2.60-2.65**) und erinnert daran, dass sie die **Tragfähigkeit** der durch den Handlungsspielraum abgedeckten **Eventualverbindlichkeiten** regelmäßig bewertet und darüber in einem Jahresbericht gemäß Artikel 256 der Haushaltsordnung Bericht erstattet. Wenn ein neues Programm eingeführt wird, unterzieht die Kommission die Tragfähigkeit des Handlungsspielraums einer weiteren Bewertung, auch unter ungünstigen Szenarien.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 2.1 – Das Risiko eines Zahlungsrückstands bei den Fonds der Kohäsionspolitik verringern

**Die Kommission sollte zusammen mit den Mitgliedstaaten zeitnahe Maßnahmen ergreifen, um im Rahmen des jährlichen Haushalts und im Einklang mit den MFR-Obergrenzen den Zahlungsbedarf angemessen zu planen und umzusetzen, wobei ein besonderer Fokus auf die Fonds der Kohäsionspolitik gelegt werden sollte. Ziel sollte sein, jedes Risiko von Rückständen aufgrund unzureichender Mittel für Zahlungen im jährlichen Haushalt zu verringern, um den Zahlungsdruck in künftigen Haushaltsjahren zu begrenzen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2026.**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung **an** und hat bereits mit deren Umsetzung begonnen.

Während die Einreichung von Zahlungsanträgen kurz vor Jahresende normal ist und erwartet wurde, war der Anstieg der Zahlungsanträge in der zweiten Dezemberhälfte des Jahres 2025

[2] https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/eu-borrower-investor-relations/analyses-and-reports_en#report.

deutlich höher als üblich. Dieser unerwartet hohe Rückstand bei der Kohäsion Ende 2025 setzte den Haushalt 2026 unter Druck. Die Kommission hat daher bereits am 9. Juni 2026 einen Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans vorgelegt, um den Kohäsionshaushalt 2026 aufzustocken und die fristgerechte Begleichung der von den Mitgliedstaaten eingereichten Zahlungsanträge sicherzustellen. Die Kommission wird die Lage weiterhin aufmerksam verfolgen und erforderlichenfalls auf der Grundlage der aktualisierten Vorausschätzungen der Mitgliedstaaten tätig werden.

## Empfehlung 2.2 – Strategien für das Passivmanagement und die Rückzahlung von NGEU entwickeln

**Die Kommission sollte eine Strategie für das Passivmanagement und die Rückzahlung der mit NGEU verbundenen Verbindlichkeiten für den Rückzahlungszeitraum bis 2058 entwickeln, wobei makroökonomische und finanzielle Risiken, einschließlich Rollover-, Zins-, Liquiditäts- und Marktrisiken, berücksichtigt werden sollten. Im Hinblick auf den aktuellen und künftige MFR sollte den geltenden Haushaltszwängen wie der jährlichen Obergrenze für die Rückzahlung des Kapitalbetrags und den verfügbaren Mitteln für Zahlungen Rechnung getragen werden. Im Hinblick auf nicht rückzahlbare Unterstützung, bei der die damit verbundenen Finanzierungskosten vom EU-Haushalt getragen werden, sollte die Kommission die Kriterien und Prioritäten für die Entscheidung darüber festlegen, in welchem Umfang fällig werdende Verbindlichkeiten refinanziert werden, um die Finanzierungskosten zu begrenzen und gleichzeitig einen effizienten Marktzugang und operationelle Flexibilität sicherzustellen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung **an**.

Die Kommission **teilt die Auffassung**, dass es wichtig ist, bei der Planung neuer Anleihen den Tilgungsverfahren der verschiedenen Programme Rechnung zu tragen, und bestätigt, dass dies bereits bei ihren halbjährlichen Finanzierungsplänen berücksichtigt wird. In Bezug auf die mit der nicht rückzahlbaren NGEU-Unterstützung verbundenen Verbindlichkeiten enthält der Vorschlag der Kommission für den MFR 2028-2034 Bestimmungen über einen festen jährlichen Betrag von 24 Mrd. EUR zu jeweiligen Preisen für den Schuldendienst im Rahmen von NGEU zwischen 2028 und 2034 (einschließlich Zinsen und Kapitalbetrag) innerhalb der Obergrenzen des MFR. Dieser Vorschlag spiegelt eine stetige und vorhersehbare Verringerung der Verbindlichkeiten wider und bietet Vorhersehbarkeit für die Haushaltsplanung und für die Beiträge der Mitgliedstaaten zum Haushalt unter Berücksichtigung der Zinsrisiken. Die Kommission wird ihre Vorschläge für die Rückzahlung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit nicht rückzahlbarer Unterstützung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen weiter ausarbeiten. Die Haushaltsbehörde entscheidet über die zurückzuzahlenden Beträge. Die Bedingungen für die Rückzahlung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Darlehen im Rahmen von NGEU sind in den jeweiligen Darlehensvereinbarungen festgelegt.

Die Kommission **teilt die Auffassung**, dass es wichtig ist, die Finanzierungskosten zu begrenzen und gleichzeitig einen effizienten Marktzugang und operationelle Flexibilität sicherzustellen. Der derzeit geltende Rechtsrahmen bildet den Rahmen für die Rückzahlung der zur Finanzierung von NGEU begebenen Verbindlichkeiten. Was die Darlehen im Rahmen der ARF betrifft, so stellt der mit den betreffenden Mitgliedstaaten vereinbarte Rückzahlungsplan sicher, dass die Darlehen bis spätestens 2058 an die EU zurückgezahlt werden. Die der nicht rückzahlbaren NGEU-Unterstützung entsprechenden Verbindlichkeiten müssen im Einklang mit den Beschlüssen der Haushaltsbehörde kontinuierlich und vorhersehbar aus dem EU-Haushalt zurückgezahlt werden, wobei die vollständige Rückzahlung bis Ende 2058 erfolgen muss. Über die Beträge, die im nächsten MFR den NGEU-Finanzierungskosten zugewiesen werden sollen, wird derzeit im Zusammenhang mit dem oben

genannten Vorschlag der Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt für 2028-2034 verhandelt. Die Kommission betont, dass der vorgeschlagene Ansatz eine natürliche Absicherung bieten würde: Wenn die Zinssätze in einem bestimmten Jahr höher sind als zum Zeitpunkt der Annahme des MFR prognostiziert, wird die tatsächliche Rückzahlung in diesem Jahr etwas niedriger ausfallen, sodass eine höhere Refinanzierung erforderlich ist, während die tatsächliche Rückzahlung höher ausfallen wird, wenn die Fremdkapitalkosten niedriger sind als erwartet.

Die Kommission wird ihre halbjährliche Mitteilung über ihre Finanzierungspläne auf strukturierte und transparente Weise fortsetzen. Diese Mitteilung sorgt für Planbarkeit für Investoren, wodurch die Finanzierungskosten begrenzt und gleichzeitig ein effizienter Marktzugang und operationelle Flexibilität im Einklang mit der Empfehlung des EuRH sichergestellt werden.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 3: EU-Haushalt und Ergebniserbringung

## TEIL 1 – ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTLICHKEITSPRÜFUNGEN DES EuRH: KERNAUSSAGEN

Die in Kapitel 3 Teil 1 dargelegten Schlussfolgerungen beruhen auf den Sonderberichten des Europäischen Rechnungshofes (EuRH), die im Jahr 2025 veröffentlicht wurden. Diese Sonderberichte waren im Einklang mit den Anforderungen der Haushaltsordnung Gegenstand umfangreicher Abrechnungsverfahren und kontradiktorischer Verfahren. Die ausführlichen Antworten der Kommission, in denen der Standpunkt der Kommission zu den Sonderberichten und den darin enthaltenen Empfehlungen dargelegt wird, wurden zusammen mit den Berichten veröffentlicht und sind öffentlich zugänglich.

Die Kommission nimmt die Zusammenfassungen des EuRH zu den Erklärungen des Europäischen Parlaments und des Rates zur Kenntnis, die nach der Veröffentlichung der in Kapitel 3 Teil 1 aufgeführten Sonderberichte im Jahr 2025 abgegeben wurden.

Die Kommission betont, dass die im Jahr 2025 ausgesprochenen Empfehlungen des EuRH ganz überwiegend angenommen wurden (94 % der Empfehlungen wurden vollständig oder teilweise angenommen), wie aus Teil 1 (**Ziffer 3.4**) hervorgeht; dies zeigt, dass die Kommission die vom EuRH festgestellten Probleme auf konstruktive Weise angeht. Nur 6 % der Empfehlungen des EuRH wurden von der Kommission nicht angenommen.

Insbesondere möchte die Kommission erneut auf ihren Standpunkt zu bestimmten Sonderberichten hinweisen, auf die der EuRH in Kapitel 3 Teil 1 Bezug nimmt.

**Sonderbericht 11/2025: Transparenz der EU-Finanzierung für nichtstaatliche Organisationen**[1]

In Bezug auf Empfehlung 1 erklärte sich die Kommission[2] bereit, zu prüfen, ob diese jüngste Definition von nichtstaatlichen Organisationen (NRO) weiter präzisiert werden könnte. Gleichzeitig wurde betont, dass weder der Verwaltungsaufwand für NRO erhöht noch ihr Zugang zu EU-Mitteln eingeschränkt werden darf, da es keine Hinweise darauf gibt, dass das Risiko für den EU-Haushalt im Falle von NRO höher ist als im Falle anderer Arten von Einrichtungen. Außerdem ist der NRO-Status in der Regel keine Voraussetzung für den Erhalt von EU-Mitteln. Im Jahr 2025 prüfte die Kommission, ob eine weitere Klärung der derzeitigen Definition von NRO – insbesondere des Begriffs „staatliche Unabhängigkeit“ – und der Frage, ob eine NRO die geschäftlichen Interessen ihrer Mitglieder verfolgen darf, möglich ist. Sie kam zu dem Schluss, weitere Präzisierungen formulieren zu können. Die Leitlinien werden derzeit fertiggestellt und in Kürze veröffentlicht.

[1] Siehe die Antworten der Kommission auf den Sonderbericht 11/2025: Transparenz der EU-Finanzierung für nichtstaatliche Organisationen des EuRH, COM-Replies-SR-2025-11_DE.pdf.

In Bezug auf Empfehlung 2 wird die Kommission prüfen, ob die Häufigkeit der Aktualisierungen beim Finanztransparenzsystem schrittweise erhöht werden kann. Darüber hinaus wird die Kommission im Einklang mit Artikel 38 und Artikel 277 Absatz 6 der Haushaltsordnung Informationen über Empfänger von EU-Mitteln im Wege aller Arten der Mittelverwaltung im Finanztransparenzsystem zu Verfügung stellen, und zwar in Bezug auf im Rahmen mehrjähriger Rahmen nach 2027 angenommene und finanzierte Programme.

In Bezug auf Empfehlung 3 möchte die Kommission betonen, dass der Prüfbericht keine Belege für Verletzungen der Werte der Union enthält. Dennoch erklärte sich die Kommission bereit, die Durchführbarkeit der Einführung weiterer Risikoindikatoren zu prüfen, um die Kontrolle der Einhaltung der EU-Werte zu verbessern, sofern dies technisch möglich ist und mit den geltenden Vorschriften im Einklang steht.

**Sonderbericht 12/2025: Die Strategie der EU im Bereich Mikrochips[3]**

Die Kommission nimmt die Bewertung des EuRH in Bezug auf die Herausforderungen im Hinblick auf die Verwirklichung des Ziels der digitalen Dekade, einen EU-Anteil von 20 % am weltweiten Halbleitermarkt zu erreichen, zur Kenntnis (**Ziffer 3.17**). Gleichwohl hat das Chip-Gesetz bereits bedeutende Ergebnisse erzielt: Es wurden mehr als 80 Mrd. EUR an angekündigten Investitionen mobilisiert und die Umsetzung in jeder seiner drei Säulen wurde beschleunigt. Diese Investitionen stärken das europäische Halbleiter-Ökosystem, erhöhen die Resilienz und stärken die Wettbewerbsposition der EU auf einem äußerst dynamischen Weltmarkt.

Im Einklang mit der zweiten Empfehlung des EuRH hat die Kommission am 3. Juni 2026 auf der Grundlage der bei der Umsetzung des Chip-Gesetzes gewonnenen Erfahrungen und nach umfassenden Konsultationen der Interessenträger, unterstützenden Studien, Evaluierungsarbeiten und Folgenabschätzungen eine überarbeitete Halbleiterstrategie („Chip-Gesetz 2.0“) angenommen. Dieser Vorschlag trägt den sich wandelnden Marktbedingungen und geopolitischen Rahmenbedingungen Rechnung, baut auf den gewonnenen Erkenntnissen auf und zielt darauf ab, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und technologische Führungsrolle des europäischen Halbleiter-Ökosystems weiter zu stärken.

**Sonderbericht 9/2025: ARF-Kontrollsysteme[4]**

Der EuRH stellte fest, dass die Kommission keine ausreichende Gewähr dafür liefern konnte, ob die Mitgliedstaaten über wirksame Kontrollsysteme verfügten, um sicherzustellen, dass die Ausgaben im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) den Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen und für staatliche Beihilfen entsprachen (**Ziffer 3.8**). Die Kommission teilt nicht die Auffassung des EuRH hinsichtlich des Bestehens einer Lücke auf EU-Ebene bezüglich der Gewähr der Einhaltung der EU- und nationalen Vorschriften durch die Mitgliedstaaten. Die Kommission ist der Auffassung, dass sie seit Beginn der Umsetzung der Fazilität hinreichende Gewähr dafür hat, dass die Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung nachkommen, die Einhaltung der Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge und über staatliche Beihilfen regelmäßig zu überprüfen.

In der ARF-Verordnung ist eindeutig festgelegt, dass die Hauptverantwortung für die Einhaltung des EU-Rechts und des nationalen Rechts, insbesondere der Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge und über staatliche Beihilfen, bei den Mitgliedstaaten liegt. Die Kommission führt Prüfungen durch, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen. Die

[3] Siehe die Antworten der Kommission auf den Sonderbericht 12/2025: Die Strategie der EU im Bereich Mikrochips | Europäischer Rechnungshof des EuRH, COM-Replies-SR-2025-12_DE.pdf.

[4] Siehe die Antworten der Kommission auf den Sonderbericht 09/2025: Systeme zur Sicherstellung der Übereinstimmung der ARF-Ausgaben mit den Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe und für staatliche Beihilfen | Europäischer Rechnungshof des EuRH, COM-Replies-SR-2025-09_DE.pdf.

Kommission weist zudem darauf hin, dass die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der ARF-Zahlungen an die Mitgliedstaaten ausschließlich darauf beruhen, dass Etappenziele und Zielwerte zufriedenstellend erreicht werden. Von Anfang an hat die Kommission berücksichtigt, ob die Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten die Einhaltung des nationalen und des EU-Rechts gewährleisten.

Im Anschluss an frühere Empfehlungen des EuRH hat die Kommission alle angenommenen Empfehlungen im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge und staatlichen Beihilfen umgesetzt. Die Kommission hat ihre Prüfungstätigkeit intensiviert. Im Jahr 2023 hat sie ihre Prüfstrategie aktualisiert, um bei allen Arten von Prüfungen systematisch zu überprüfen, ob die Mitgliedstaaten die Einhaltung der Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und für staatliche Beihilfen regelmäßig kontrollieren und sich auch der Wirksamkeit dieser Kontrollen versichern. Auf der Grundlage dieser erweiterten Prüfungstätigkeit hat die Kommission hinreichende Gewähr dafür erlangt, dass die Mitgliedstaaten ihrer rechtlichen Verpflichtung nachkommen, die Einhaltung der Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge und über staatliche Beihilfen regelmäßig zu kontrollieren und sich auch der Wirksamkeit dieser Kontrollen zu versichern.

**Sonderbericht 18/2025: Flexibilität des EU-Haushalts[5]**

Auf die Empfehlung 1, wonach die Kommission zusätzliche Informationen zur Unterstützung der Konzeption des Flexibilitätsrahmens für den künftigen MFR bereitstellen sollte, ist die Kommission bereits in der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zum Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2025 eingegangen. Die Empfehlung 2, in der eine Vereinfachung des Flexibilitätsrahmens für den nächsten MFR vorgeschlagen wird, wurde im Juli 2025, also vor dem Zieldatum 2026, durch den Vorschlag für den MFR 2028-2034 vollständig umgesetzt. Was schließlich die Empfehlung 3 betrifft, so hat die Kommission ihr internes Verfahren überarbeitet, um klar und strukturierter darzulegen, dass sie vor der Nutzung besonderer Instrumente stets die Möglichkeiten für Umschichtungen und die Neufestsetzung von Prioritäten prüft, wenn sich neue Bedürfnisse ergeben. Zugleich weist die Kommission darauf hin, dass Umschichtungen häufig Änderungen der politischen Prioritäten Rechnung tragen und daher nicht immer dokumentiert werden können, da sie auf politischen Entscheidungen und Kompromissen beruhen können, die auf politischer Ebene (beispielsweise durch den Europäischen Rat) beschlossen werden.

**Sonderbericht 26/2025: Einrichtungen der EU für die Betrugsbekämpfung[6]**

Die Kommission begrüßt die Schlussfolgerung des EuRH, dass die Mandate der jeweiligen EU-Akteure im Bereich der Betrugsbekämpfung eindeutig festgelegt sind und sich nicht überschneiden (**Ziffer 3.25**). Die Kommission erkennt ferner an, dass mehrere Bereiche des Zyklus der Betrugsbekämpfung im Interesse einer kohärenteren Betrugsbekämpfungsarchitektur gestärkt werden können. Die Kommission räumt ein, dass die Verfahren zur Unterstützung der Konsultation und des Informationsaustauschs über Betrugsverdachtsfälle zwischen dem OLAF und der EUStA komplex sind. Sie begrüßt daher die Empfehlung 1 bezüglich der Einrichtung eines interoperablen IT-Systems für die Betrugsbekämpfung zum Zweck des effizienten Austauschs von Informationen über Betrugsverdachtsfälle. Der Empfehlung 2 folgend wird die Kommission die Unterschiede bei der Betrugsmeldung durch die Mitgliedstaaten sowie die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU analysieren und dabei die inhärenten Gründe berücksichtigen, die die Unterschiede in der Anzahl der Meldungen erklären könnten. Die Kommission hat die Empfehlung 3 hinsichtlich der Entwicklung einer kohärenten Methode angenommen, mit der alle Beträge jener Betrugsfälle oder Unregelmäßigkeiten ermittelt werden sollen, die auf EU-Ebene sowie auf nationaler Ebene

[5] Siehe die Antworten der Kommission auf den Sonderbericht 18/2025: Flexibilität des EU-Haushalts | Europäischer Rechnungshof des EuRH, COM-Replies-SR-2025-18_DE.pdf.

[6] Siehe die Antworten der Kommission auf den Sonderbericht 26/2025: Einrichtungen der EU für die Betrugsbekämpfung | Europäischer Rechnungshof des EuRH, COM-Replies-SR-2025-26_DE.pdf.

festgestellt, verhindert und infolge von Verwaltungs- und Strafverfahren tatsächlich wieder eingezogenen wurden; dabei soll auf bestehenden Systemen aufgebaut werden.

**Sonderbericht 22/2025: Finanzkorrekturen in der Kohäsionspolitik**[7]

Diesem Sonderbericht kommt eine hohe Bedeutung zu, da er die Korrekturkapazität der Kommission im Rahmen der Kohäsionspolitik betrifft. Im Bericht des EuRH wird die Auffassung vertreten, dass nur Nettofinanzkorrekturen eine abschreckende Wirkung zum Schutz des EU-Haushalts haben und dass jede Finanzkorrektur zum Verlust des EU-Beitrags hätte führen müssen, um den betreffenden Mitgliedstaat zu „bestrafen“ (**Ziffer 3.36**). Nichtsdestoweniger ist die Kommission der Auffassung, dass alle Arten von Finanzkorrekturen, nicht nur Nettofinanzkorrekturen, dem Schutz des EU-Haushalts dienen. Der EU-Haushalt ist unabhängig davon geschützt, ob die Finanzkorrekturen von der Kommission oder den Mitgliedstaaten vorgenommen werden oder ob sie zu einer Kürzung des EU-Beitrags führen oder nicht, da die vorschriftswidrigen Ausgaben vom EU-Haushalt ausgeschlossen sind.

Zudem hat die Kommission trotz der strengen Voraussetzungen des Rechtsrahmens für Nettofinanzkorrekturen im Zeitraum 2014-2020 im September 2025 ihren ersten Beschluss über eine Nettofinanzkorrektur angenommen; drei weitere Verfahren laufen derzeit.

In dem Bericht wird zwar anerkannt, dass die eigenen Kontrollen der Kommission zu einem erheblichen Umfang an Finanzkorrekturen (über 1,578 Mrd. EUR bis April 2026) geführt haben, doch bleibt die beispiellose Korrekturkapazität der Mitgliedstaaten unerwähnt, die selbst 22,9 Mrd. EUR aus den Jahresrechnungen herausgenommen haben (einschließlich 3,4 Mrd. EUR an endgültigen Korrekturen). Somit haben die Rechtsvorschriften über Finanzkorrekturen, die den EU-Haushalt schützen, eine präventive Wirkung, und die Möglichkeit von Nettofinanzkorrekturen hat eine abschreckende Wirkung und stärkt die Aufdeckungs- und Korrekturkapazität.

Schließlich wird mit dem Rechtsrahmen 2021-2027 die sofortige Anwendung von Nettofinanzkorrekturen vereinfacht und gestrafft, unabhängig davon, ob ein schwerwiegender Mangel im System nachgewiesen wird oder nicht, wodurch die Anreize für robuste nationale Kontrollverfahren zunächst einmal erhöht werden. Zudem hat die Kommission bereits interne Leitlinien ausgearbeitet und ihr Konzept für die sorgfältige Anwendung dieser Bestimmungen für den Zeitraum 2021-2027 aktualisiert.

Der EuRH hat in seinem Bericht vier Empfehlungen ausgesprochen, von denen drei vollständig und eine teilweise von der Kommission angenommen wurden und derzeit umgesetzt werden.

[7] Siehe die Antworten der Kommission auf den Sonderbericht 22/2025: Finanzkorrekturen in der Kohäsionspolitik | Europäischer Rechnungshof des EuRH, COM-Replies-SR-2025-22_DE.pdf.

**Sonderbericht 16/2025: EU-Mittel zur Bekämpfung von Waldbränden[8]**

Die Kommission begrüßt den Sonderbericht des EuRH über EU-Mittel zur Bekämpfung von Waldbränden (**Ziffer 3.29**). Hinsichtlich des unvollständigen Überblicks über die EU-Ausgaben für Maßnahmen im Zusammenhang mit Waldbränden weist die Kommission darauf hin, dass sich das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union auf eine begrenzte Anzahl von Indikatoren für in geteilter Mittelverwaltung umgesetzte Mittel geeinigt haben. Die Feststellung des EuRH zur Zuweisung der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)[9] stützt sich auf eine begrenzte Zahl von Fällen, die nicht als repräsentativ für alle einschlägigen ARF-Maßnahmen angesehen werden können. Der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Festlegung eines Ausgabenverfolgungs- und Leistungsrahmens für den Haushalt umfasst den Interventionsbereich 276 „Präventionsmaßnahmen zur Minderung des Risikos von Waldbränden“ mit spezifischen Output- und Ergebnisindikatoren.

Die Kommission hat alle Empfehlungen des EuRH angenommen und wird empfehlenswerte Verfahren zum Zweck der Ausrichtung auf die Projekte mit den größten potenziellen Auswirkungen fördern. In der Praxis bedeutet dies, klare und aktuelle Risikokarten zu verwenden, die langfristige Nachhaltigkeit zu berücksichtigen sowie geografische Abdeckung und risikobasierte Kriterien komplementär miteinander zu kombinieren.

Die Kommission hat 2026 eine neue Mitteilung über integriertes Waldbrandrisikomanagement veröffentlicht, in der ein ganzheitlicher Ansatz der EU für Prävention, Vorsorge, Reaktion und Erholung mit von der Kommission und den Mitgliedstaaten durchzuführenden Maßnahmen dargelegt wird.

[8] Siehe die Antworten der Kommission auf den Sonderbericht 16/2025: EU-Mittel zur Bekämpfung von Waldbränden | Europäischer Rechnungshof des EuRH, COM-Replies-SR-2025-16_DE.pdf.
[9] Siehe die Zwischenüberschrift des EuRH vor der Ziffer 29, Ziffern 10 und 32 sowie die Kästen 2 und 3.

# TEIL 2 – LEISTUNG DER PROGRAMME IN RUBRIK 2 DES MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMENS

## *Rahmen für die Leistungsberichterstattung*

Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH, dass die Leistungsberichterstattung der Kommission für die MFR-Rubrik 2 in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2024 gemäß den kommissionsinternen Anweisungen erfolgte und dass bei den gemeldeten Mittelbindungen oder Zahlungen keine wesentlichen Fehler festgestellt wurden (**Ziffern 3.45 und 3.46**).

## *Leistungsindikatoren*

Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH, dass die für die Zeiträume 2014-2020 und 2021-2027 ausgewiesenen Leistungsindikatoren weitgehend nach dem SMART-Prinzip festgelegt wurden (**Ziffern 3.50**).

Bei den zentralen Leistungsindikatoren, die in den Berichten über die Programmleistung (Anhang 4 der Management- und Leistungsbilanz) ausgewiesen werden, handelt es sich um diejenigen, die in den jeweiligen vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommenen programmspezifischen Rechtsrahmen, wie dem Leistungsrahmen für die Kohäsionspolitik, festgelegt sind.

Die Kommission ist der Auffassung, dass im Zusammenhang mit der jährlichen Überwachung und Berichterstattung über die Leistung der EU-Haushaltsprogramme Outputs und Ergebnisse die am besten geeigneten und nützlichsten Indikatoren für die Leistungsbewertung sind. Diese Indikatoren ermöglichen eine zeitnahe Überwachung der Fortschritte bei der Umsetzung und können direkt EU-finanzierten Interventionen zugeordnet werden (**Ziffern 3.52-3.54**).

Die Kommission teilt die Auffassung, dass es wichtig ist, die Auswirkungen der EU-Finanzierung im Rahmen der Evaluierungen zu bewerten. Wie jedoch im Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung anerkannt wird, unterliegt die Verwendung von Auswirkungsindikatoren bei der jährlichen Überwachung erheblichen methodischen Einschränkungen. Zu nennen sind insbesondere die Schwierigkeit, Verknüpfungen zwischen finanzierten Tätigkeiten und beobachteten Veränderungen herzustellen, und die unvermeidliche zeitliche Verzögerung bis zum Eintritt messbarer Wirkungen. Diese Einschränkung ist insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung sowie soziale Inklusion von Bedeutung. Bei auf Einzelpersonen ausgerichteten Interventionen erfordert eine zuverlässige Messung der Auswirkungen in der Regel kontrafaktische Folgenabschätzungen sowie den Rückgriff auf Kontrollgruppendaten und fortgeschrittene Analysemethoden.

Der Leistungsrahmen 2021-2027 trug den aus dem vorangegangenen Programmplanungszeitraum gewonnenen Erkenntnissen Rechnung und behob festgestellte Einschränkungen, einschließlich der begrenzten Verfügbarkeit von Ergebnisindikatoren im Rahmen für die Kohäsionspolitik 2014-2020.

## *Auswahl von Leistungsindikatoren in den Berichten über die Programmleistung*

Die Berichte über die Programmleistung enthalten eine Auswahl von bis zu neun Leistungsindikatoren aus den zentralen Leistungsindikatoren, die in den jeweiligen Programmverordnungen festgelegt sind. Diese Auswahl beruht in erster Linie darauf, wie sachdienlich die Indikatoren sind und inwieweit sie eine aussagekräftige Abdeckung der Programmziele ermöglichen. Zudem bleibt der vollständige Satz der zentralen Leistungsindikatoren in einer speziellen PDF-Datei öffentlich zugänglich, die auf der Website mit den Berichten über die Programmleistung veröffentlicht wird.

Für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds (KF) wurden die Indikatoren auf der Grundlage der Häufigkeit ihrer Verwendung in den Mitgliedstaaten und ihres Beitrags zu den einschlägigen politischen Zielen der EU ausgewählt. Infolgedessen bieten die ausgewiesenen Werte einen repräsentativen Überblick über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der EU-Programme.

## *Abschnitt „Konkrete Beispiele für Erreichtes“*

Die Berichte über die Programmleistung enthalten mehrere sich ergänzende Abschnitte mit Informationen über die Programmleistung (**Ziffer 3.49**). Einer dieser Abschnitte ist der Abschnitt „Konkrete Beispiele für Erreichtes“, der anschauliche Beispiele für die Programmdurchführung und -ergebnisse enthält. Je nach Art des Programms und seiner Durchführungsphase können sich diese Beispiele entweder auf bereits vor Ort erzielte Ergebnisse oder auf andere relevante Etappenziele für die Durchführung beziehen, einschließlich der Outputs und Ergebnisse, die von ausgewählten Vorhaben erwartet werden. Dies gilt insbesondere für Programme mit längeren Durchführungszyklen wie den EFRE und den Kohäsionsfonds. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Beschreibungen machen in transparenter Weise deutlich, welcher Art die gemeldeten Errungenschaften sind und in welchem Stadium sie sich befinden.

## *Bewertung der Fortschritte bei der Erreichung der Indikatorziele*

Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH, dass die Tatsache, dass die Methode zur Bewertung der Fortschritte bei der Erreichung der Indikatorziele unverändert geblieben ist, dem Leistungsrahmen insgesamt Stabilität verliehen hat (**Ziffer 3.78**).

Die Kommission räumt ein, dass sich die Urteile des EuRH und der Kommission darüber, ob die Leistungsindikatoren auf gutem Weg sind, ihre Ziele zu erreichen, in manchen Fällen unterscheiden. Diese Unterschiede ergeben sich aus der Anwendung unterschiedlicher methodischer Ansätze, die zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führen können. Die Kommission berücksichtigt bei der Bewertung nicht nur in der Vergangenheit gemeldete Ergebnisse, sondern auch zusätzliche einschlägige Informationen, einschließlich des aktuellen Stands ausgewählter und durchgeführter Vorhaben, der finanziellen Abwicklung sowie der aus früheren Programmplanungszeiträumen gewonnenen Erkenntnisse.

In Bezug auf die begrenzte Anzahl von Etappenzielen für den EFRE und den KF weist die Kommission darauf hin, dass die derzeitige Gestaltung des Leistungsüberwachungssystems in vollem Einklang mit dem geltenden, vom Europäischen Parlament und vom Rat festgelegten Rahmen steht.

Was die Indikatoren für Erasmus+ betrifft, spiegelt die frühzeitige Erreichung bestimmter Zielvorgaben den Kontext wider, in dem sie festgelegt wurden. Einige Zielwerte wurden zu Beginn des Programms auf der Grundlage vorsichtiger Annahmen in einer Zeit festgelegt, die von der Wiederbelebung der Lernmobilität nach der COVID-19-Pandemie geprägt war, die schneller voranschritt als ursprünglich erwartet. Die Kommission wird die Zielwerte für den verbleibenden Durchführungszeitraum gegebenenfalls überprüfen.

Die Kommission betont ferner, dass eine umfassende Bewertung der Programmleistung eine kombinierte Analyse von Indikatordaten zusammen mit anderen quantitativen und qualitativen Nachweisen erfordert.

## *Rückverfolgbarkeit der gemeldeten Daten*

Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH, dass die meisten quantitativen Aussagen in Bezug auf die Programme auf einschlägigen Belegen beruhten und dass die Rückverfolgbarkeit der gemeldeten Leistungsdaten gut war (**Ziffern 3.47 und 3.55-3.57**).

Im Hinblick auf die Indikatoren für Erasmus+ begrüßt die Kommission die Einschätzung des EuRH, dass das Programm ein Beispiel für bewährte Verfahren bei der Leistungsüberwachung und -evaluierung ist (**Ziffer 3.76**). In diesem Zusammenhang begrüßt die Kommission die positive Bewertung des Rechnungshofes hinsichtlich der Überwachung der Leistungsindikatoren und bekräftigt ihre Absicht, deren Fortschritte auch in künftigen Berichtszyklen weiterhin aufmerksam zu verfolgen und dabei die vollständige Übereinstimmung mit den Vorgaben für die jährliche Management- und Leistungsbilanz sicherzustellen (**Ziffer 3.55 und 3.76**).

Die Kommission ist der Auffassung, dass die Sicherstellung der Zuverlässigkeit, Kohärenz und Qualität der Leistungsdaten für eine solide Überwachung und Berichterstattung über die Programmdurchführung von entscheidender Bedeutung ist. Diesem Aspekt widmet sie während des gesamten Zyklus der Leistungsberichterstattung besondere Aufmerksamkeit.

## Empfehlung 3.1 – Die Leistungsberichterstattung verbessern

**Die Kommission sollte**

**a) Auswirkungsindikatoren bestimmen, um die Bewertung der langfristigen Leistung der Programme zu erleichtern, die dann in die Ex-post-Bewertungen des MFR 2021-2027 einfließt,**

**b) die Zielwerte für Erasmus+ auf der Grundlage des bisher Erreichten und des verbleibenden Durchführungszeitraums aktualisieren.**

**Zieldatum für die Umsetzung: jährliche Management- und Leistungsbilanz 2026.**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung 3.1 Buchstabe a **nicht an**.

Die Kommission ist der Auffassung, dass sich die Leistungsüberwachung hauptsächlich auf Output- und Ergebnisindikatoren stützen sollte, die in direktem Zusammenhang mit den finanzierten Interventionen stehen und zeitnah gemessen werden können. Andererseits können die Auswirkungen in den meisten Bereichen nur anhand von Evaluierungen sinnvoll bewertet werden, die gemäß dem Rahmen für eine bessere Rechtsetzung durchgeführt werden und häufig spezielle Analysen auf der Grundlage fortgeschrittener Methoden, einschließlich kontrafaktischer Folgenabschätzungen, erfordern. Diese analytische Arbeit stützt sich häufig auf mehrere Datenquellen und wird durch zusätzliche Informationen, darunter qualitative Daten sowie eigens durchgeführte Studien, ergänzt. Darüber hinaus könnte die Veröffentlichung solcher Indikatoren im Rahmen der jährlichen Haushaltsberichterstattung den Eindruck erwecken, dass zwischen Veränderungen dieser Indikatoren und den entsprechenden Finanzmitteln ein enger Zusammenhang besteht. Die Festlegung von Auswirkungsindikatoren in diesem Zusammenhang birgt die Gefahr, dass Parameter eingeführt werden, die die Kausaleffekte nicht sinnvoll widerspiegeln, und kann zu einer übermäßigen Vereinfachung der Bewertungen führen.

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung 3.1 Buchstabe b **an**.

## Empfehlung 3.2 – Die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Programms verbessern

**Die Kommission sollte unter der einleitenden Überschrift „Konkrete Beispiele für Erreichtes“ der Berichte über die Programmleistung nur tatsächlich Erreichtes ausweisen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: jährliche Management- und Leistungsbilanz 2026.**

Die Kommission **nimmt** diese Empfehlung teilweise **an**.

Die Kommission stimmt zu, dass die Informationen unter der einleitenden Überschrift, die konkrete Beispiele darlegen, tatsächlich Erreichtes betreffen sollten. Bei bestimmten Programmen mit geteilter Mittelverwaltung ist die Berichterstattung über ausgewählte, in Durchführung befindliche Projekte nach wie vor von Bedeutung, da sich viele Investitionen über mehrere Jahre erstrecken und ihre Umsetzung viel Zeit in Anspruch nimmt. Die Kommission wird weiterhin für eine transparente Berichterstattung in Anhang 4 der jährlichen Management- und Leistungsbilanz sorgen, indem sie klar ausweist, wo sich die gemeldeten Zahlen auf ausgewählte oder laufende Projekte beziehen, die noch nicht vollständig umgesetzt wurden. Mit fortschreitender Umsetzung wird sich die Berichterstattung zunehmend auf die tatsächlichen Umsetzungswerte und -ergebnisse stützen.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 4: EINNAHMEN

# I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Die Kommission begrüßt die Feststellung des Europäischen Rechnungshofes (EuRH), dass die Einnahmenvorgänge nach wie vor frei von wesentlichen Fehlern sind und dass die von ihm untersuchten einnahmenbezogenen Systeme insgesamt wirksam waren. Die Kommission wird die vom EuRH festgestellten Probleme auch im Zuge ihrer eigenen Prüf- und Kontrolltätigkeit weiterverfolgen.

Hinsichtlich der **auf Bruttonationaleinkommen (BNE) basierenden Eigenmittel** legt die Kommission großen Wert auf die aufmerksame Überwachung der zeitnahen Bearbeitung der BNE-Vorbehalte durch die Mitgliedstaaten. Die Kommission hat ein System zur Überwachung der Einhaltung der rechtlichen Anforderungen durch die Mitgliedstaaten eingerichtet und unterrichtet die Beteiligten auf transparente Weise über den Stand der Vorbehalte.

In Bezug auf die **MwSt.-Eigenmittel** begrüßt die Kommission die Bemerkung des EuRH, dass die Zahl der MwSt.-Vorbehalte erheblich zurückgegangen ist und dass bei der Aufhebung von seit mehr als fünf Jahren bestehenden Vorbehalten Fortschritte erzielt wurden. Die Kommission setzt ihre Bemühungen fort, offene Vorbehalte auszuräumen. Die Kommission ist nach wie vor fest entschlossen, die noch bestehenden Probleme anzugehen und zu lösen.

Im Hinblick auf die **traditionellen Eigenmittel (TEM)** wird die Kommission die Überwachung der offenen TEM-Punkte fortsetzen und hat in das Kontrollprogramm 2026 für 19 Mitgliedstaaten die Prüfung der normalen und der getrennten Buchführung als sekundäres Thema aufgenommen.

Was die **Einnahmen der EU aus nicht recycelten Verpackungsabfällen aus Kunststoff** betrifft, hat die Kommission im ersten Quartal 2026 den ersten Kontrollzyklus dieser neuen Eigenmittel abgeschlossen. Die Kommission hat Vorbehalte gegenüber Mitgliedstaaten geltend gemacht, die nicht die beiden Erfassungsmethoden anwenden, sowie in Bezug auf andere Fälle, in denen Schwachstellen festgestellt wurden.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EuRH

## Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

Die Kommission begrüßt die Bewertung des EuRH (**Ziffer 4.8**) einer Stichprobe von 65 Einziehungsanordnungen, wonach keine der Einziehungsanordnungen quantifizierbare Fehler aufwies.

# 1. Untersuchung von Elementen der Verwaltungs- und Kontrollsysteme

## *Verzug bei der Ausräumung der BNE-Vorbehalte durch die Mitgliedstaaten*

Die Kommission legt großen Wert auf die aufmerksame Überwachung der zeitnahen Bearbeitung der BNE-Vorbehalte durch die Mitgliedstaaten (**Ziffern 4.10 und 4.11**). Die Kommission hat ein System zur Überwachung der Einhaltung der diesbezüglichen rechtlichen Anforderungen durch die Mitgliedstaaten eingerichtet (das ggf. die Versendung von Mahnschreiben und die Erhebung von Verzugszinsen vorsieht) und unterrichtet die Beteiligten auf transparente Weise über den Stand der Vorbehalte.

## *Einschränkungen bei der Erhebung von Zinsen im Zusammenhang mit BNE-Vorbehalten*

In Bezug auf die Bemerkungen des EuRH zur Erhebung von Verzugszinsen (**Ziffern 4.12, 4.13 und 4.15**) widerspricht die Kommission der Feststellung, sie mache von diesem Rechtsinstrument nur in begrenztem Umfang Gebrauch.

Wie bereits in ihrer Antwort auf den Bericht des EuRH von 2023[1] erwähnt, möchte die Kommission betonen, dass sie in Bezug auf alle aufgehobenen Vorbehalte geprüft hat, ob die Rechtsvorschriften über Verzugszinsen anwendbar waren. Im Jahr 2025 hob die Kommission 19 Vorbehalte in zehn Mitgliedstaaten auf und erhob Zinsen für die beiden Vorbehalte, für die Verzugszinsen fällig waren.

Die Kommission schließt sich der Bemerkung des EuRH (**Ziffer 4.16**) an, dass Verzugszinsen einen Anreiz für die Mitgliedstaaten darstellen, Vorbehalte rechtzeitig auszuräumen. Die Kommission stellt klar, dass alle Mitgliedstaaten gleich behandelt werden. In den Fällen, in denen sich die Auswirkungen der mit Zinsen verbundenen Vorbehalte quantifizieren lassen, werden Verzugszinsen ausnahmslos und ohne jede Diskriminierung von allen Mitgliedstaaten erhoben.

## *Vereinfachung des MwSt.-basierten Eigenmittelsystems*

Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH (**Ziffer 4.17**), dass die Vereinfachung der MwSt.-basierten Eigenmittel für den MFR 2021-2027 zu einer erheblichen Verringerung der Anzahl der MwSt.-Vorbehalte geführt hat.

## *TEM-Verwaltung und -Buchführung der Mitgliedstaaten*

Was die Weiterverfolgung der offenen TEM-Punkte betrifft (**Ziffer 4.18**), betont die Kommission, dass der Anstieg (14 %) der Anzahl der zum Jahresende 2025 offenen TEM-Punkte hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass im Jahr 2025 infolge der Einführung der neuen Anwendung TORMIS doppelt so viele Kontrollberichte wie im Jahr 2024 herausgegeben wurden, was die Kommission in die Lage versetzte, mehr Berichte bereits im Jahr der jeweiligen Kontrolle abzuschließen. Die gestiegene Anzahl der Berichte führte 2025 zu mehr als doppelt so vielen neuen Punkten wie 2024.

[1] Jahresberichte 2023 über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 und über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für das Haushaltsjahr 2023.

Im Hinblick auf den Rückgang der Anzahl der im Jahr 2025 aufgehobenen Punkte gegenüber 2024 und die seit Langem bestehenden offenen TEM-Punkte (**Ziffer 4.19**) möchte die Kommission hervorheben, dass die Komplexität und Verschiedenartigkeit der offenen TEM-Punkte eine Einzelfallprüfung erfordern. In den meisten Fällen betreffen diese offenen Punkte sehr komplexe Sachlagen oder hängen vom Ausgang noch anhängiger Gerichtsverfahren in den Mitgliedstaaten bzw. von Änderungen der internen Verfahren, der IT-Systeme oder der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten ab.

## *Mitgliedstaatliche Daten zum Kunststoff und damit zusammenhängende Vorbehalte*

Wie auch in ihrer Antwort auf den Sonderbericht 16/2024 (COM-Replies-SR-2024-16_DE.pdf) dargelegt, überprüft die Kommission bei ihren Kontrollen die Quelldaten für die Berechnung der nicht recycelten Verpackungsabfälle aus Kunststoff (**Ziffern 4.25-4.27**), um sicherzustellen, dass die Daten geeignet und von ausreichender Qualität sind, einen ausreichenden Erfassungsbereich aufweisen und in geeigneter Weise erhoben werden, dass die Methoden zur Berechnung nicht recycelter Verpackungsabfälle aus Kunststoff solide und nachverfolgbar sind und dass die Ergebnisse kohärent sind. Wurden Schwachstellen festgestellt, hat die Kommission, wann immer dies erforderlich war, Vorbehalte eingelegt und Fristen festgelegt, innerhalb derer die Vorbehalte ausgeräumt werden sollten. Stand Juni 2026 hat die Kommission auf der Grundlage der bisher durchgeführten Kontrollen 52 Vorbehalte geltend gemacht, die sich unter anderem auf die Berechnung der anfallenden Verpackungsabfälle aus Kunststoff und die beiden für ihre Schätzung verwendeten Methoden beziehen. Im ersten Quartal 2026 hat die Kommission den ersten Kontrollzyklus für diese neuen Eigenmittel abgeschlossen, indem sie die verbleibenden fünf Mitgliedstaaten besuchte. Die Kommission bekräftigt die Bedeutung des Mechanismus der Vorbehalte im Hinblick auf die Datenverbesserung und ist zuversichtlich, dass das erforderliche Maß an Qualität, Genauigkeit und Konformität der Daten erreicht wird, bevor die Vorbehalte aufgehoben werden.

## *EU-Zollbehörde und EU-Zolldatenplattform*

Laut dem Bericht des EuRH hat die Kommission erste Schritte im Vergabeverfahren für die Auswahl des Entwicklers der E-Commerce-Phase der EU-Zolldatenplattform unternommen (**Ziffern 4.28-4.30**). Im Zeitraum vom zweiten bis zum vierten Quartal 2025 wurde ein erster Prototyp entwickelt, um die wesentlichen Grundbausteine der EU-Zolldatenplattform zu modellieren und ihre Umsetzbarkeit nachzuweisen. Parallel dazu wurde die Übergangslösung für die Abschaffung der Geringfügigkeitsschwelle für Sendungen mit geringem Wert im elektronischen Handel und die Erhebung des Zolls von 3 EUR und der Bearbeitungsgebühr entwickelt, die derzeit für den operativen Einsatz bereitgestellt wird (ab dem 1. Juli 2026 für den Zoll von 3 EUR und ab dem 1. November 2026 für die Bearbeitungsgebühr).

Am 8. Juni 2026 wurde eine vollständige Ausschreibung für die Beschaffung der Datenplattform für den elektronischen Handel im Wege eines wettbewerblichen Dialogs veröffentlicht.

Parallel dazu hat die Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit den Mitgliedstaaten seit dem vierten Quartal 2025 in verschiedenen Sitzungen die Arbeit der Kommission einer Peer-Review unterzogen und Anmerkungen eingearbeitet. Ähnliche parallele Gespräche fanden auch mit den großen E-Commerce-Anbietern statt. Das Ausschreibungsverfahren wird voraussichtlich bis zum ersten Quartal 2027 abgeschlossen sein. Damit blieben ein Jahr und ein Quartal, um die EU-Zolldatenplattform für den elektronischen Handel zu entwickeln, zu testen und einzuführen, bevor sie am 1. Juli 2028 den Betrieb aufnimmt. Angesichts der einem solchen Projekt innewohnenden Komplexität besteht stets das Risiko geringfügiger Verzögerungen. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Zollgebühr von 3 EUR für Sendungen mit geringem Wert (ab dem 1. Juli 2026) und die EU-Bearbeitungsgebühr für den elektronischen Handel (ab dem 1. November 2026) nicht Gegenstand dieses Vertrags sind und zu den vorgesehenen Terminen wirksam werden.

Aufbauend auf den Erfahrungen mit der Datenplattform für den elektronischen Handel wird die vollständige EU-Zolldatenplattform unter der Leitung der EU-Zollbehörde entwickelt, die förmlich eingerichtet wird. Die vollständige EU-Datenplattform soll bis 2030 betriebsbereit sein, also vor 2031, wenn die einschlägigen Bestimmungen in Kraft treten (Kombination der Artikel 39 und 208 der endgültigen Vereinbarung[2]).

### *Übergang zu einer digitalen und interoperablen EU-Zollumgebung*

Die Kommission stimmt zu, dass der volle Nutzen der derzeitigen Digitalisierung des Zollkodex der Union (UZK) erst dann vollständig zum Tragen kommt, wenn alle Mitgliedstaaten die Einführung der einschlägigen Systeme abgeschlossen haben und der Kommission vollständige Datensätze übermitteln (**Ziffern 4.31-4.34**). Diese Einführung wird die rasche Integration aller IT-Systeme des EU-Zolls erleichtern und privaten Unternehmen und Interessenträgern eine in sich stimmige IT-Umgebung bieten.

Die Kommission weist darauf hin, dass insgesamt die Einführung der elektronischen Umgebung für den UZK erheblich vorangeschritten ist und dass die meisten der im UZK-Arbeitsprogramm vorgesehenen Systeme betriebsbereit sind. Die Mitgliedstaaten arbeiten in einer vollständig integrierten digitalen UZK-Umgebung und können die mit dem Zollkodex der Union verbundenen realen Vorteile nutzen. In einer begrenzte Zahl von Mitgliedstaaten kommt es weiterhin zu Verzögerungen, in manchen Fällen treten diese nur in den letzten Phasen der Migration auf die neuen Systeme auf. Stand heute sind 100 % aller Zentralsysteme und 97 % aller nationalen Systeme in Betrieb genommen worden. Die dezentralen transeuropäischen Systeme sind zu 93 % fertiggestellt; in fünf Mitgliedstaaten kommt es noch zu Verzögerungen bei einer oder mehreren nicht zentralen Funktionen des AES (Automatisiertes Ausfuhrsystem), elf Mitgliedstaaten haben das Projekt für die zentrale Zollabwicklung bei der Einfuhr noch nicht vollständig umgesetzt und in drei Mitgliedstaaten kommt es zu Verzögerungen bei der nationalen Komponente des Systems zur Verwaltung von Sicherheitsleistungen. Die anderen transeuropäischen Systeme, die Entwicklungen auf nationaler Ebene erfordern, wurden inzwischen eingeführt. Dazu zählen das Einfuhrkontrollsystem 2 (ICS2), Release 1-2-3, das neue EDV-gestützte Versandverfahren (NCTS), Phasen 5 und 6, das Automatisierte Ausfuhrsystem (AES), Stufe 1 oder zentrale Funktionalitäten, sowie das System für den Nachweis des Unionscharakters (PoUS), Phasen 1 und 2 (wobei Letzteres noch nicht die Schnittstelle zum europäischen Umfeld zentraler Meldeportale für den Seeverkehr umfasst, wofür bis zum 1. März 2027 eine Ausnahmeregelung gewährt wurde).

Im Jahr 2025 wurden Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten eingeleitet, die ihren Verpflichtungen zur Inbetriebnahme des nationalen Einfuhrsystems und des Systems für die vorübergehende Verwahrung im Luftverkehr (TS Air) sowie zur Übermittlung der Surveillance-III-

[2] Politische Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat vom 26. März 2026 über den Vorschlag der Kommission von 2023 für eine umfassende Reform der EU-Zollunion: https://taxation-customs.ec.europa.eu/customs/eu-customs-reform_en.

Daten noch nicht nachgekommen waren. Gegen jeweils acht Mitgliedstaaten wurden Vertragsverletzungsverfahren wegen Verzögerungen bei der Implementierung des nationalen Einfuhrsystems bzw. des Systems für die vorübergehende Verwahrung im Luftverkehr eingeleitet. Mehrere Mitgliedstaaten haben nach dem Eingreifen der Kommission bereits für die Einhaltung der Vorschriften gesorgt, und die Kommission geht davon aus, dass die Vertragsverletzungsverfahren in naher Zukunft eingestellt werden. Derzeit schließen mehrere andere Mitgliedstaaten die Einführung ab und haben sich verpflichtet, im Laufe des Jahres 2026 – unter aufmerksamer Beobachtung der Kommission – die vollständige Einhaltung der Vorschriften zu erreichen. Im Zusammenhang mit dem nationalen Einfuhrsystems und dem System für die vorübergehende Verwahrung im Luftverkehr müssen nur noch in sehr wenigen Fällen weitere Schritte im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet werden.

Im Zusammenhang mit dem Automatisierten Ausfuhrsystem (AES) läuft derzeit ein Vertragsverletzungsverfahren, und die Kommissionsdienststellen überprüfen die Einhaltung der Vorschriften im Falle einiger weiterer Mitgliedstaaten, an die Verwaltungsschreiben gerichtet werden. Je nach den Antworten kann die Kommission in naher Zukunft beschließen, weitere Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten.

Ebenso wurden im Zusammenhang mit Surveillance III Vertragsverletzungsverfahren gegen 13 Mitgliedstaaten eingeleitet, die nicht den vollständigen Datensatz gemäß Anhang 21-03 übermittelt hatten. Nach der Einleitung dieser Verfahren haben mehrere Mitgliedstaaten die Einhaltung der Vorschriften erreicht, und es wurde nun die Einstellung der entsprechenden Vertragsverletzungsverfahren vorgeschlagen. In den übrigen Fällen haben sich die anderen Mitgliedstaaten verpflichtet, die Umstellung auf den vollständigen Datensatz im ersten Halbjahr 2026 abzuschließen, und es wurden bereits erhebliche technische Fortschritte erzielt. Die Kommission verfolgt diese Verpflichtungen aufmerksam und ist bereit, erforderlichenfalls weitere Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Kommission ist daher der Auffassung, dass sich die Vertragsverletzungsverfahren als wirksames Instrument erwiesen haben, um die Einhaltung der Vorschriften schneller zu bewirken. In Bezug auf laufende Vertragsverletzungsverfahren deuten die derzeitigen Pläne zu Einführung darauf hin, dass die vollständige Einhaltung der Vorschriften in den meisten Fällen erreicht werden könnte, bevor die nächste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens erforderlich wird.

Die Kommission wird die Implementierung aller elektronischen Systeme des UZK weiterhin genau überwachen und die Mitgliedstaaten bei Bedarf unterstützen.

Bis Ende 2026 dürfte die prognostizierte Gesamterfüllungsrate bei der Digitalisierung des UZK bei ~99 % liegen. Die Inbetriebnahme transeuropäischer Systeme dürfte 99,3 % und die Betriebsbereitschaft der nationalen Systeme 98,5 % erreichen. Einige Verzögerungen werden sich voraussichtlich über 2026 hinaus hinziehen; sie sind bekannt, wurden ermittelt und werden angegangen. Mitgliedstaaten, deren Fertigstellungstermine nach 2026 liegen, werden aufgefordert, diese Termine soweit wie möglich vorzuziehen.

Die Kommission wird die vollständige Umsetzung des UZK-Arbeitsprogramms weiterverfolgen und erforderlichenfalls alle verfügbaren Durchsetzungsinstrumente nutzen, einschließlich der Anrufung des Gerichtshofs, um die einheitliche Umsetzung des Zollrechts der Union sicherzustellen.

## 2. Jährliche Tätigkeitsberichte

Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH (**Ziffern 4.35 und 4.36**), wonach die Feststellungen und Schlussfolgerungen des Hofes durch die Angaben zur Ordnungsmäßigkeit der

Eigenmittel in den von der GD Haushalt und Eurostat veröffentlichten jährlichen Tätigkeitsberichten 2025 generell bekräftigt wurden.

## 3. Schlussfolgerung und Empfehlungen

Siehe die Antwort der Kommission in Abschnitt III zu **Ziffer 4.41**, Empfehlung 4.1.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 4.1 – Klarere Regeln für die Erhebung von Verzugszinsen vorschlagen

**Die Kommission sollte in ihrem Vorschlag für eine BNE-Eigenmittel betreffende Bereitstellungsverordnung eindeutige und vollständige Vorschriften über Verzugszinsen präzise festlegen, sodass Zinsen erhoben werden, wenn die Mitgliedstaaten die erforderlichen Informationen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist übermitteln.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung 4.1 **teilweise an**.

Die Kommission prüft systematisch die Erhebung von Zinsen, wenn die Mitgliedstaaten die erforderlichen Informationen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist übermitteln, und sie erhebt Zinsen in allen Fällen, in denen die Voraussetzungen für die Berechnung der Zinsen erfüllt sind.

Die Kommission beabsichtigt, in ihrem bevorstehenden Vorschlag für die Bereitstellungsverordnung, der derzeit intern erörtert wird, die Erhebung von Zinsen auf verspätete Zahlungen von BNE-Eigenmitteln in Fällen, in denen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Informationen nicht bereitstellen, zu vereinfachen und zu harmonisieren. Die Kommission weist jedoch darauf hin, dass sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder hinsichtlich möglicher Legislativvorschläge noch im Hinblick auf den Ausgang der Gesetzgebungsverhandlungen mit dem Parlament und dem Rat auf konkrete Zusagen festlegen kann.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 5: Binnenmarkt, Innovation und Digitales

## I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Die Zahlungen im Jahr 2025 im Rahmen der Rubrik 1 „Binnenmarkt, Innovation und Digitales“ des mehrjährigen Finanzrahmens erstrecken sich auf mehrere Programme wie Horizont Europa, das derzeitige Leitprogramm für Forschung und Innovation in der Europäischen Union, sein Vorgängerprogramm Horizont 2020 und die Fazilität „Connecting Europe“. Aufgrund der üblicherweise mehrjährigen Laufzeit von Forschungsprojekten bezogen sich zwei Drittel der geprüften Forschungszahlungen im Jahr 2024 noch auf Horizont 2020.

Die Kommission nimmt die vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) berechnete Fehlerquote (siehe **Ziffer 5.11**), die innerhalb der in den letzten Jahren festgestellten Spanne liegt, jedoch etwas niedriger als im Jahr 2024 ist, zur Kenntnis.

Die Art und Weise, wie Mittel ausgezahlt werden, wirkt sich unmittelbar auf das Fehlerrisiko aus, und durch die Vereinfachung der Vorschriften kann dieses Risiko verringert werden. Die Kommission weist zudem darauf hin, dass im Rahmen von Horizont Europa bereits für alle EU-Förderprogramme die Musterfinanzhilfevereinbarung gemäß dem Anhang der Geschäftsordnung der Kommission verwendet wird, eine umfassende Nutzung von vereinfachten Kostenoptionen (Einheitskosten, Pauschalsätzen und Pauschalbeträgen) vorgesehen ist und in geeigneten Bereichen von einfacheren Kostenerstattungssystemen Gebrauch gemacht wird. Weitere Hinweise zur Musterfinanzhilfevereinbarung finden sich in der kommentierten Finanzhilfevereinbarung. Die Kommission ist nach wie vor fest entschlossen, die Vorschriften und Verfahren weiter zu vereinfachen, um sowohl das Fehlerrisiko als auch den Aufwand für die Begünstigten zu verringern.

In diesem Zusammenhang ist es das Ziel der Kommission, bis 2027 rund 50 % der vorgesehenen Mittel in veröffentlichten Arbeitsprogrammen in Form von Pauschalbeträgen bereitzustellen. Die Kommission ist entschlossen, die Verwendung von Pauschalbeträgen kontinuierlich zu überwachen und zu bewerten, um Qualität und Integrität zu wahren, und aktualisiert ihre Leitlinien in diesem Bereich regelmäßig.

Die Analyse einer Stichprobe von Finanzhilfen durch die Kommission (120 Pauschalbeträge aus Säule II von Horizont Europa) zeigt, dass beim Vergleich von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen mit Finanzhilfen auf der Grundlage tatsächlicher Kosten kein wesentlicher Unterschied zwischen den Personalkosten insgesamt als Anteil an den Gesamtkosten besteht. Die Analyse der Kommission liefert zudem keine Hinweise darauf, dass die Personalkostensätze bei der Verwendung von Pauschalbeträgen systematisch höher ausfallen.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EURH

## 1. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

Die Kommission nimmt die vom EuRH berechnete Fehlerquote von 2,9 % zur Kenntnis (siehe **Ziffer 5.11**) und wird die vom EuRH festgestellten Probleme (siehe **Ziffern 5.11 bis 5.27**) weiterverfolgen, wie im nachstehenden Abschnitt dargelegt.

Ferner nimmt die Kommission die vom EuRH gemeldeten quantifizierbaren Fehler zur Kenntnis, um weitere Maßnahmen zu ergreifen.

### *Personalkosten sind am stärksten fehlerbehaftet*

Die Kommission räumt ein, dass Personalkosten nach wie vor die Hauptfehlerquelle sind (siehe **Ziffer 5.16**), was eine logische Folge davon ist, dass diese Kosten den größten Teil der von den Begünstigten im Rahmen von Horizont Europa geltend gemachten Gesamtkosten ausmachen. Die Kommission nimmt ferner zur Kenntnis, dass zwei nicht quantifizierbare Fehler auf die fehlerhafte Anwendung der Vorschriften für die Berechnung der Personalkosten bei Projekten von Horizont Europa zurückzuführen sind.

#### Geltendmachung von Kosten für Arbeitszeit, die nicht für das Projekt aufgewendet wurde

In Bezug auf die Bemerkung in **Ziffer 5.17** nimmt die Kommission die Feststellung zur Kenntnis, wonach bei einigen Projekten der geltend gemachte Zeitaufwand für die Maßnahme fehlerhaft war. Tatsächlich müssen bei Finanzhilfen auf der Grundlage tatsächlicher Kosten die für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen Personalkosten direkt erfasst werden. Dazu ist es erforderlich, die tatsächliche Anzahl der Stunden (im Rahmen von Horizont 2020) bzw. Tage (im Rahmen von Horizont Europa), die für die Durchführung der Maßnahme aufgewendet wurden, anhand zuverlässiger Zeiterfassungssysteme zu erfassen.

Dieser zentrale Aspekt wurde bei vergangenen und aktuellen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen immer wieder betont. Dies gilt insbesondere für die kürzlich ins Leben gerufenen nationalen Veranstaltungen zur Umsetzung von Horizont Europa im Jahr 2026 („tour de capitales“), die in den verschiedenen EU-Ländern stattfinden und bei denen ein besonderer Schwerpunkt auf der Vermeidung von Fehlern bei den geltend gemachten Kosten, einschließlich Fehlern bei den Personalkosten, liegt.

Die Kommission überwacht kontinuierlich die Umsetzung der EU-Finanzierungsprogramme und zieht daraus Lehren, um unter Berücksichtigung der politischen Ziele und Prioritäten und innerhalb der Grenzen des geltenden Rechtsrahmens die am besten geeigneten Finanzierungsmodelle zu ermitteln. Was die spezifischen Bemerkungen in **Kasten 5.1** betrifft, so erkennt die Kommission an, wie wichtig es ist sicherzustellen, dass das Finanzierungsmodell weiterhin zweckmäßig ist, und wird dessen praktische Auswirkungen auf den betreffenden Begünstigten prüfen.

#### Fehlerhafte Berechnung von Stunden- oder Tagessätzen

In Bezug auf die Bemerkungen in **Ziffer 5.19** und **Ziffer 5.20** nimmt die Kommission die Feststellung zur Kenntnis, wonach bei einigen Projekten der Stundensatz (für Horizont 2020) bzw. der Tagessatz (für Horizont Europa) falsch berechnet wurden. In der Tat müssen die Begünstigten ihre Personalkosten nach den anwendbaren Formeln berechnen, die sich aus den geltenden

Finanzhilfevereinbarungen im Rahmen von Horizont 2020 und Horizont Europa ergeben und in der kommentierten Musterfinanzhilfevereinbarung für Horizont 2020 und in der kommentierten Finanzhilfevereinbarung der Kommission, die auch für Horizont Europa gilt, näher ausgeführt und erläutert werden.

Im Rahmen von Horizont 2020 gab es tatsächlich mehrere Optionen zur Bestimmung der produktiven Stunden, die für die korrekte Berechnung des Stundensatzes zugrunde zu legen sind. Im Gegensatz dazu kommt bei Horizont Europa eine einheitliche Berechnungsmethode zur Anwendung, die für die meisten EU-Programme dieses mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) gilt und auf einer vereinfachten Berechnung des Tagessatzes auf der Grundlage von 215 Tagen basiert, die entsprechend der Dauer des Berichtszeitraums anteilig angesetzt werden.

In Bezug auf die spezifischen Bemerkungen in **Kasten 5.2** zu *nicht förderfähigen Kosten, die in den geltend gemachten Personalkosten enthalten waren*, nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass einige Kosten nicht endgültig von den Begünstigten getragen wurden, da sie über die nationalen Sozialversicherungssysteme erstattet wurden. Wie zu Recht erwähnt, müssen die tatsächlichen Kosten gemäß den allgemeinen Fördervoraussetzungen für Kosten tatsächlich und endgültig von den Begünstigten getragen worden sein.

Im Rahmen vergangener und aktueller öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen, u. a. während der kürzlich ins Leben gerufenen nationalen Veranstaltungen zur Umsetzung von Horizont Europa im Jahr 2026 („tour de capitales“), hat die Kommission den Schwerpunkt immer wieder auf die korrekte Berechnung und die in diesem Zusammenhang anzuwendenden Formeln gelegt.

### *Geltendmachung sonstiger direkter Kosten, die für die Maßnahme nicht erforderlich waren*

In Bezug auf die Bemerkungen in **Ziffer 5.21** nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass es Fälle gegeben hat, in denen gewisse Kosten für die Durchführung der Maßnahme nicht als notwendig erachtet wurden. Dies ist eine der allgemeinen Voraussetzung für die Förderfähigkeit von Kosten, die pauschal für alle Kostenkategorien gelten und von den Begünstigten einzuhalten sind (Artikel 6.1 der geltenden Musterfinanzhilfevereinbarung).

In diesem Zusammenhang hat die Kommission bei vergangenen und aktuellen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen sowie in den Antworten auf Fragen, die von Begünstigten – beispielsweise über den Helpdesk des Research Enquiry Service (Auskunftsdienst zur Forschung)– eingereicht wurden, immer wieder betont, wie wichtig es ist, sowohl die allgemeinen als auch die spezifischen Bedingungen für die Förderfähigkeit von Kosten einzuhalten.

### *Mängel bei der Verwendung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen*

## Antwort zu Kasten 5.3

**Beispiele für Mängel bei der Zahlung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen**

Fehlende Belege für eine solide Ex-ante-Bewertung des Budgets

Die Kommission weist darauf hin, dass das Ziel der Konsenssitzungen, aus denen der zusammenfassende Bewertungsbericht hervorgeht, darin besteht, unter den bewertenden

Sachverständigen zu einer gemeinsamen Sichtweise und Einschätzung zu gelangen. Im Rahmen dieser Sitzungen werden die individuellen Ansichten der Sachverständigen auf den Prüfstand gestellt und können sich ändern. Es ist daher nicht ungewöhnlich, dass Bedenken, die im individuellen Bewertungsbericht eines Sachverständigen geäußert wurden, im abschließenden zusammenfassenden Bewertungsbericht nicht berücksichtigt werden. In Fällen, in denen unter den bewertenden Sachverständigen kein Konsens besteht, können die Sachverständigen Minderheitsmeinungen oder abweichende Meinungen im Konsensbericht festhalten. In keinem der drei geprüften Fälle wurde eine solche Minderheitsmeinung festgehalten, was darauf hindeutet, dass die anfänglichen Bedenken einiger Sachverständiger während der Konsenssitzungen einstimmig ausgeräumt wurden.

Was die Bemerkung des EuRH anbelangt, wonach es keine Belege dafür gab, dass die vorgeschlagenen Personalkosten mit verfügbaren Referenzdaten verglichen wurden, so weist die Kommission darauf hin, dass Organisationen, die an mehreren Projekten im Rahmen von Horizont Europa beteiligt sind, häufig sehr unterschiedliche Personalkostensätze und Gesamtpersonalkosten in den verschiedenen Projekten veranschlagen. Dies kann beispielsweise an der unterschiedlichen Art dieser Projekte liegen oder daran, dass verschiedene Abteilungen innerhalb der Organisation daran beteiligt sind.

Das Dashboard für die Bewertung von Pauschalbeträgen im Rahmen von Horizont Europa beruht auf den durchschnittlichen Personalkostensätzen aus früheren Finanzhilfen auf der Grundlage tatsächlicher Kosten. Es ist daher normal, dass die für leitende Mitarbeiter veranschlagten Sätze über diesen Durchschnittswerten liegen, auch über dem 80. Perzentil. Die Sachverständigen werden ausdrücklich angewiesen, dies als Grund für höhere Personalkosten zu akzeptieren, sofern sie der Ansicht sind, dass das Qualifikationsniveau der leitenden Mitarbeiter angemessen und erforderlich ist. Ebenso dürften die für die kommenden Jahre veranschlagten Personalkosten angesichts der Lohnerhöhungen und der Inflation über den historischen Werten liegen.

Im Hinblick auf die drei geprüften Finanzhilfen hält es die Kommission für gerechtfertigt, die zum Zeitpunkt der Bewertung veranschlagten Beträge zu akzeptieren.

Unklare Definition der zu erbringenden Leistungen und unzureichende Umsetzung der Arbeitspakete

Bei der Abnahme der Arbeitspakete werden Pauschalzuschüsse ausgezahlt, sofern das Projekt gemäß der Beschreibung der Maßnahme in Anhang 1 der kommentierten Finanzhilfevereinbarung durchgeführt wird[1]. Im Rahmen von Horizont Europa werden Arbeitspakete auf der Grundlage der durchgeführten Tätigkeiten bewertet, unabhängig von den erzielten Ergebnissen oder erreichten Zielen. Es sollte keine Abweichung von dem Grundsatz geben, dass Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen im Rahmen von Horizont Europa tätigkeitsbezogen sind und nicht auf Ergebnissen oder Erfolgen beruhen.

Nichtsdestoweniger müssen die Begünstigten nicht nur die Tätigkeiten durchführen, sondern auch einen Mindestqualitätsstandard gewährleisten, damit die Tätigkeiten als abgeschlossen anerkannt werden können. Es besteht die Verpflichtung zur „ordnungsgemäßen Durchführung“, d. h. die Arbeiten müssen ordnungsgemäß (d. h. in guter Qualität und unter Einhaltung der für den jeweiligen Bereich geltenden Standards) sowie fristgerecht ausgeführt werden[2].

[1] Siehe die Leitlinien der Kommission zu Pauschalbeträgen „EU grants: How to manage your lump sum grants“ (externe Leitlinien) und „Lump sum guide A-Z“ (interne Leitlinien).
[2] Kommentierte Finanzhilfevereinbarung ‚Artikel 11.

Der anzuwendende Mindestqualitätsstandard muss für alle Horizont-Europa-Projekte einheitlich sein, unabhängig davon, ob die tatsächlichen Kosten zugrunde gelegt werden oder vereinfachte Kostenoptionen zum Einsatz kommen.

Die Kommission ist der Auffassung, dass bei einer der drei geprüften Finanzhilfen die Maßnahme in der Beschreibung des Arbeitspakets genauer hätte beschrieben werden können. Dennoch ist die Kommission der Ansicht, dass das Konsortium im Rahmen jedes Arbeitspakets ein akzeptables Maß an Tätigkeiten durchgeführt und über diese Tätigkeiten Bericht erstattet hat, sodass das jeweilige Arbeitspaket als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Darüber hinaus wurden die Vorschläge, die den vom EuRH geprüften Finanzhilfen zugrunde lagen, im Jahr 2022 bewertet. Seither hat die Kommission den Durchführungsdiensten und den Sachverständigen ausführlichere Leitlinien an die Hand gegeben, sowohl hinsichtlich der Bewertung des Pauschalbudgets und der entsprechenden Dokumentation in den Bewertungsberichten als auch hinsichtlich der Beurteilung des Abschlusses von Arbeitspaketen zur Auslösung von Zahlungen. Ferner wurden die Muster für Vorschläge im Rahmen von Horizont Europa im April 2024 hinsichtlich des Detaillierungsgrads bei der Beschreibung von Arbeitspaketen und Aufgaben aktualisiert.

Insgesamt ist die Kommission der Auffassung, dass ihre Finanzierung auf der Grundlage von Pauschalbeträgen im Rahmen von Horizont Europa auf einem soliden Ansatz beruht, der die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung gewährleistet und gleichzeitig den Finanzhilfeempfängern erhebliche Vereinfachungen bietet. Die Kommission ist jedoch weiterhin fest entschlossen, die Förderung auf der Grundlage von Pauschalbeträgen genau zu überwachen, und wird die Leitlinien und die Methodik bei Bedarf anpassen. Dieser Prozess der kontinuierlichen Verbesserung trägt den Empfehlungen des EuRH sowie den aus Rückmeldungen der Nutzer, Daten über die Durchführung und Überprüfungsergebnissen gewonnenen Erkenntnissen Rechnung.

In Bezug auf die Bemerkung in **Ziffer 5.25** erkennt die Kommission an, dass die Leitlinien zur Bewertung der teilweisen Durchführung von Arbeitspaketen und der damit verbundenen finanziellen Auswirkungen weiter präzisiert werden können, insbesondere in Bezug auf Abschlusszahlungen, um dem Ansatz Rechnung zu tragen, der bereits in den Leitlinien für technische Ex-post-Überprüfungen und Finanzhilfekürzungen dargelegt wurde. Gleichzeitig ist die Kommission der Ansicht, dass der Grad des Abschlusses eines Arbeitspakets von den mit der Überprüfung beauftragten Sachverständigen bewertet wird und dass im Falle eines teilweisen Abschlusses der entsprechende Prozentsatz, um den die Finanzhilfe gekürzt werden soll, stets im Einzelfall unter Berücksichtigung der Besonderheiten der jeweiligen Finanzhilfe für Forschung und Innovation zu ermitteln ist.

### *Begünstigte außerhalb der EU sowie kleine und mittlere Unternehmen sind stärker von Fehlern betroffen*

Die Kommission teilt die Einschätzung des EuRH, dass neue Begünstigte und KMU am stärksten von Fehlern betroffen sind. Ihre Teilnahme wird für den Erfolg des Programms jedoch als entscheidend erachtet und in jeder Hinsicht gefördert.

Um das Fehlerrisiko zu mindern, unterstützt die Kommission Antragsteller und Begünstigte durch online verfügbare Informations- und Kommunikationskampagnen sowie Workshops zur Vermeidung von Fehlern bei der Geltendmachung von Kosten. Diese Maßnahmen zielen auf die Einrichtungen ab, die anfälliger für Fehler sind.

Die Kommission nimmt die Feststellungen des EuRH zu Begünstigten außerhalb der EU zur Kenntnis. Da die Kommission noch dabei ist, Nachweise zusammenzutragen und auszuwerten, kann sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bestätigen, dass Begünstigte außerhalb der EU fehleranfälliger sind.

Die Kommission wird die Konformität der Tätigkeiten und Vorgänge mit Begünstigten aus Drittländern weiterhin aktiv überwachen, um etwaige zusätzliche Risiken zu ermitteln.

### Antwort zu Kasten 5.4

**Beispiele für Begünstigte aus Nicht-EU-Ländern, die nicht förderfähige Kosten geltend gemacht haben**

Die Kommission erkennt an, dass die in Kasten 5.4 genannten Kosten nicht förderfähig sind. Es gibt bereits klare Leitlinien der Kommission für Begünstigte, in denen dargelegt wird, dass diese Art von Ausgaben nicht förderfähig ist; diese werden den Begünstigten erneut mitgeteilt. Die Kommission hat die Begünstigten über die Feststellungen des EuRH informiert und wird die nicht förderfähigen Beträge zurückfordern.

## 2. Die Kontrollsysteme der Kommission zur Verhinderung von Plagiarismus und Doppelfinanzierung im Rahmen von Horizont Europa

Die Kommission erkennt die Mängel an, die in Bezug auf die Kontrollsysteme zur Verhinderung von Plagiarismus und Doppelfinanzierung im Rahmen von Horizont Europa festgestellt wurden (siehe **Ziffer 5.32**), und plant, die Verfahren zu stärken, indem das Validierungs- und Genehmigungsverfahren für die Festlegung eines Ähnlichkeitsindexes formalisiert wird und abgelehnte Vorschläge aus der Datenbank entfernt werden. Was den zuletzt festgestellten Mangel betrifft, so weist die Kommission darauf hin, dass dieser nur dann auftritt, wenn sich die verglichenen Vorschläge in ihrer Länge erheblich unterscheiden – insbesondere wenn das Ausgangsdokument wesentlich länger ist als das Dokument, anhand dessen es bewertet wird. In der Praxis weisen jedoch nur sehr wenige Vorschläge solche großen Unterschiede in der Länge auf. Darüber hinaus entspricht das Verhalten des Systems SIMBA (SIMilarity-Based Analysis) dem anderer kommerzieller Plagiarismus-Kontrollsysteme.

## 3. Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

Die Kommission begrüßt die Einschätzung des EuRH, wonach die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) und die Europäischen Exekutivagentur für die Forschung (REA) in ihren Tätigkeitsberichten eine angemessene Bewertung des Finanzmanagements betreffend die Ordnungsmäßigkeit der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Vorgänge abgegeben haben.

In Bezug auf Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen wird die Kommission den erwarteten Anstieg des Anteils solcher Finanzhilfen im Rahmen von Horizont Europa berücksichtigen und basierend auf den Ergebnissen der Ex-post-Überprüfungen der entsprechenden Vorgänge ihren mehrjährigen Prüfplan aktualisieren, um weiterhin hinreichende Gewähr hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen im Rahmen von Horizont Europa auf Programmebene zu bieten.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 5.1 – Den Kontrollrahmen für Finanzierungen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen im Forschungsbereich verbessern

**Die Kommission sollte den Kontrollrahmen für Finanzierungen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen im Forschungsbereich verbessern und insbesondere**

**a) sicherstellen, dass die Sachverständigen, die die Ex-ante-Bewertung der Budgetvorschläge vornehmen, die erforderlichen Kontrollen konsequent durchführen;**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** Teil a der Empfehlung 5.1 **an**.

**b) klare Kriterien definieren sowie Sätze festlegen, die bei möglichen Kürzungen von Finanzhilfen anzuwenden sind für den Fall, dass Arbeitspakete nur teilweise abgeschlossen sind;**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** Teil b der Empfehlung 5.1 **an**.

Die Kommission weist darauf hin, dass in ihren Leitlinien und Mustern für technische Ex-post-Überprüfungen bereits einige allgemeine Grundsätze enthalten sind und dass darin dargelegt wird, wie die finanziellen Auswirkungen etwaiger negativer Feststellungen im Rahmen einer solchen Überprüfung zu berechnen sind. Darüber hinaus enthalten die internen Leitlinien der Kommission zu Finanzhilfekürzungen Anweisungen dazu, wie die finanziellen Auswirkungen im Falle der Nichteinhaltung nichtfinanzieller Verpflichtungen zu berechnen sind.

Die Kommission wird diese internen Leitlinien hinsichtlich der Bewertung der teilweisen Durchführung von Arbeitspaketen und der damit verbundenen finanziellen Auswirkungen zum Zeitpunkt der

Abschlusszahlung für Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen weiter aktualisieren, um klare Kriterien und Spannen für die bei der Kürzung der Finanzhilfe anzuwendenden Sätze festzulegen. Die Aktualisierung der Leitlinien wird auch anschauliche Beispiele für die Anwendung von Kriterien und Sätzen auf Arbeitspakete enthalten, die mehreren Projekten gemeinsam sind.

Nichtsdestoweniger ist die Kommission der Auffassung, dass der Grad des Abschlusses eines Arbeitspakets stets im Einzelfall bewertet werden muss.

In diesem Zusammenhang erinnert die Kommission daran, dass Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen nicht strenger beurteilt werden als Finanzhilfen auf der Grundlage tatsächlicher Kosten. Es gelten dieselben Standards.

Den eigenen Daten der Kommission zufolge sind rund 4 % der Projekte auf der Grundlage von Pauschalbeträgen nicht vollständig abgeschlossen und daher nicht vollständig bezahlt. Dies ist viel mehr als bei Finanzhilfen auf der Grundlage tatsächlicher Kosten, was darauf hindeutet, dass bei Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen der Schwerpunkt stärker auf Forschungstätigkeiten und deren Qualität gelegt wird.

c) **die Anzahl ihrer technischen Ex-post-Überprüfungen so festlegen, dass eine angemessene Darstellung der Pauschalbeträge innerhalb der statistisch repräsentativen Stichprobe auf Programmebene gewährleistet wird. Der mehrjährige Prüfplan sollte entsprechend aktualisiert werden.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** Teil c der Empfehlung 5.1 **an**.

## Empfehlung 5.2 – – Die Verfahren bezüglich der Kontrollen zur Verhinderung von Plagiarismus und Doppelfinanzierung (in SIMBA) formalisieren

**Die Kommission sollte**

a) **die gewählte Höhe des Schwellenwerts für den Ähnlichkeitsindex dokumentieren und förmlich genehmigen und dabei auch entsprechend begründen;**

b) **das Verfahren für die Genehmigung und Umsetzung künftiger Änderungen des Indexschwellenwerts, u. a. in Bezug auf Mindestkontrollregelungen und den Prüfpfad, festlegen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Mitte 2027.**

Die Kommission **nimmt** Teil a der Empfehlung 5.2 („die gewählte Höhe des Schwellenwerts für den Ähnlichkeitsindex dokumentieren und förmlich genehmigen und dabei auch entsprechend begründen“) **an**.

Die Kommission **nimmt** Teil b der Empfehlung 5.2 („das Verfahren für die Genehmigung und Umsetzung künftiger Änderungen des Indexschwellenwerts, u. a. in Bezug auf Mindestkontrollregelungen und den Prüfpfad, festlegen“) **an**.

# Weiterverfolgung der Empfehlungen aus früheren Jahren

(**Ziffer 5.43, Anhang 5.1**)

**Teil a der Empfehlung 1 aus dem Jahr 2022**: Die Kommission begrüßt die Einschätzung, dass die Empfehlung vollständig umgesetzt wurde.

Angesichts der Verfügbarkeit von mehr Daten und der zunehmenden Erfahrungen mit der Finanzierung auf der Grundlage von Pauschalbeträgen wird die Kommission die Eignung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen für verschiedene Arten von Projekten und Begünstigten weiter prüfen.

**Empfehlung 2 aus dem Jahr 2023**:

Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Empfehlung **vollständig umgesetzt** wurde.

Die Vorschriften der Musterfinanzhilfevereinbarung der Kommission zu den tatsächlichen Personalkosten bedürfen weiterer praktischer Einzelheiten, um spezifische Parameter und individuelle Situationen abzudecken, wie beispielsweise die tatsächliche Dauer des Berichtszeitraums, die Beschäftigungsdauer des Arbeitnehmers und das Arbeitsmuster während dieses Zeitraums. Dementsprechend enthält die kommentierte Finanzhilfevereinbarung zusätzliche Leitlinien dazu, wie diese Elemente bei der Berechnung der förderfähigen tatsächlichen Personalkosten zu berücksichtigen sind.

In diesem Zusammenhang werden in der kommentierten Finanzhilfevereinbarung sowohl die empfohlene Standardmethode zur Berechnung des Tagessatzes im Berichtszeitraum als auch eine alternative Methode pro Kalenderjahr (auf der Grundlage der Monate eines Kalenderjahres, die in einen Berichtszeitraum fallen) genauer ausgeführt. Die Möglichkeit, diese alternative Berechnungsmethode zu anzuwenden, wurde durch eine spezielle Fußnote in der Version 1.0 vom 1. April 2023 förmlich eingeführt.

Die neueste Version der kommentierten Finanzhilfevereinbarung (Version 2.0 vom 1. April 2025) enthält nun mehr als 20 Seiten, auf denen die Vorschriften für Personalkosten dargelegt sind. Sie enthält die notwendigen und detaillierten Leitlinien für die Berechnung dieser Kosten und die Ermittlung der Tagessätze, ergänzt durch praktische Beispiele. Darüber hinaus wurden die rechtlichen Vorschriften immer wieder im Rahmen von Webinaren, Schulungen, Helpdesks, nationalen Kontaktstellen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen (einschließlich der nationalen Veranstaltungen zur Umsetzung von Horizont Europa im Jahr 2026) sowie im Rahmen des Austauschs mit den Interessenträgern erläutert, sodass die Begünstigten die Bestimmungen der Kommission zum Tagessatz besser verstehen und in allen Projekten und Organisationen einheitlich anwenden können.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 6: Zusammenhalt, Resilienz und Werte

## I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Im Jahr 2025 spielte die Kohäsionspolitik weiterhin eine Schlüsselrolle bei der **Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts** zum Nutzen aller Regionen, wie die Ex-post-Bewertung für den Zeitraum 2014-2020 und die Halbzeitüberprüfung für den Zeitraum 2021-2027 bestätigen[1]. Die im September 2025 angenommene **Verordnung über die Halbzeitüberprüfung** ermöglichte es, die Kohäsionspolitik zu modernisieren und die Durchführung der Programme 2021-2027 mit Unterstützung der Mitgliedstaaten neu auf die **strategischen Prioritäten der EU** auszurichten, und zwar Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und zivile Vorsorge der EU, erschwinglicher und nachhaltiger Wohnraum, Wasserresilienz und Energiewende. Im Bereich Beschäftigung und Soziales hat die Kommission ihre ehrgeizige Agenda zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts in Europa weiter umgesetzt, indem sie die Menschen und Unternehmen mit den Kompetenzen und Bedingungen ausstattet, die es ihnen ermöglichen, in der sich wandelnden Arbeitswelt erfolgreich zu sein, das europäische Sozialmodell stärkt und zu einem weltoffenen Europa beiträgt, das die Sozial- und Arbeitnehmerrechte weltweit fördert.

Die Mittel für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU werden im Rahmen eines Systems der **geteilten Mittelverwaltung zwischen der Europäischen Kommission und den nationalen Behörden ausgegeben**. Die Mitgliedstaaten sind dafür verantwortlich, Verwaltungs- und Kontrollsysteme einzurichten, die geeignet sind, die vereinbarten Ziele zu erreichen und Unregelmäßigkeiten bei den geltend gemachten Ausgaben zu verhindern, aufzudecken und zu berichtigen. Für die Programme des Zeitraums 2021-2027 ähnelt das Verfahren zur Erlangung von Zuverlässigkeitsgewähr dem des Zeitraums 2014-2020, wobei jedoch mehrere Änderungen eingeführt wurden, die auf eine Vereinfachung abzielen, ohne dabei die Zuverlässigkeit des Kontrollsystems zu beeinträchtigen. Die Umsetzung unterliegt nach wie vor einer engen Überwachung und Prüfungen durch die Kommission in Zusammenarbeit mit den Programmbehörden, wobei aus den gesammelten Erfahrungen und Prüfungsergebnissen im Zeitraum 2014-2020 Lehren gezogen werden. Im Einklang mit ihrer Prüfstrategie **überwacht und bewertet die Kommission die wirksame Funktion** dieser Systeme auf der Grundlage aller verfügbaren Prüfergebnisse und gibt Empfehlungen für Verbesserungen ab. Darüber hinaus strebt die Kommission jährlich hinreichende Gewähr dafür an, dass die Fehlerquote für jedes Programm unter der Wesentlichkeitsschwelle von 2 % liegt, erforderlichenfalls nach Einleitung von Finanzkorrekturverfahren, die über die von den Mitgliedstaaten bereits angewandten Verfahren hinausgehen können.

Im Rahmen der geteilten Verantwortung sind **in erster Linie die Prüfbehörden der Mitgliedstaaten verantwortlich für die Durchführung** von Prüfungen der Kohäsionsausgaben und die Berichterstattung an die Kommission. Um den Prüfungsaufwand für die Begünstigten und

[1] SWD_2025_299_F1_SWD_EVALUATION_EN_V3_P1_4373705.pdf.

Verwaltungen zu verringern und ihre Ressourcen effizient einzusetzen, wendet die Kommission den **Ansatz der Einzigen Prüfung** an, der zum Ziel hat, eine hinreichende Gewähr durch gründliche Prüfungen der nationalen Prüfungsergebnisse und der Stellungnahmen, die jährlich für alle Programme vorgelegt werden, ergänzt durch risikobasierte Prüfungen, zu erreichen. Letztere umfassen die erneute Durchführung der Kontrolltätigkeit der Programmbehörden, um die Zuverlässigkeit ihrer Berichterstattung zu bewerten. Durch die kontinuierliche Bewertung der Qualität des Verwaltungs- und Kontrollsystems jedes Programms und das Nachvollziehen der von den Programmbehörden durchgeführten Überprüfungen oder Prüfungen kann die Kommission die Programme oder Programmteile ermitteln, die Mängel aufweisen, und somit die Anwendung gezielter Korrekturmaßnahmen verlangen, um frühere Ausgaben zu korrigieren, wenn dies für notwendig erachtet wird, und die Systeme für die Zukunft verbessern. Sie kann ferner bewerten, ob diese Mängel oder Unregelmäßigkeiten in anderen Teilen des Programms, in anderen Programmen desselben Mitgliedstaats oder in anderen Mitgliedstaaten aufgetreten sind, um ihre Prüfungstätigkeiten und Korrekturmaßnahmen gezielter auszurichten.

Der Prüfungsansatz wird außerdem durch **Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau** ergänzt, darunter der Austausch gemeinsamer Methoden, empfohlene Korrekturmaßnahmen, die Förderung des Peer-to-Peer-Austauschs und Rückmeldungen zu festgestellten Fehlern, um die Fähigkeit zur Fehlererkennung auf allen Ebenen zu verbessern, wo dies erforderlich ist. Im Anschluss an die Empfehlungen aus den Prüfungen des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) und der Kommission einigte sich die Kommission im Dezember 2024 mit den Mitgliedstaaten auf einen **Aktionsplan zur Verbesserung der Aufdeckungskapazitäten der Programmbehörden**. Dieser Aktionsplan zielt darauf ab, die festgestellten Mängel bei der Fehlererkennung zu beheben, das Risiko verbleibender wesentlicher Fehler beim Abschluss zu verringern und die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Zeitraum 2021-2027 zu verbessern. Die Kommission überwachte die Umsetzung des Aktionsplans im Laufe des Jahres 2025, und in den Jährlichen Tätigkeitsberichten 2025 wurde über die erzielten Ergebnisse berichtet. Erste Auswirkungen zeigten sich in der höheren Fehlerquote, die in den im Jahr 2026 eingegangenen Gewährpaketen gemeldet wurde.

Im Jahr 2025 war die **Grundgesamtheit an Ausgaben im Rahmen der Kohäsionspolitik atypisch** und deutlich kleiner als in den Vorjahren, wobei die Zahl der bei der Kommission eingereichten Rechnungslegungen ungewöhnlich niedrig war. Zwar begann der Abschluss der Programme für den Zeitraum 2014-2020 offiziell im Berichtsjahr, doch nutzten über 80 % der Programme die in der STEP-Verordnung[2] vorgesehene Möglichkeit, diesen auf Februar 2026 zu verschieben. Gleichzeitig hat die Umsetzung für den Zeitraum 2021-2027 in Form von Zahlungen begonnen, allerdings nicht bei allen Programmen.

Auf der Grundlage der verfügbaren Ergebnisse der nationalen und der von der Kommission durchgeführten Prüfungen kam die Kommission 2025 in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten und in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz zu dem Schluss, dass das **Risiko bei den Zahlungen** im Rahmen der Kohäsionspolitik insgesamt **weiterhin wesentlich** (über der Schwelle von 2 %) war, **jedoch auf einem niedrigeren Niveau** als vom EuRH berichtet. Die Bewertung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben in Gewährpaketen, die im Februar 2026 für den Abschluss eingegangen sind, ist noch nicht abgeschlossen und wird in künftigen Schlussfolgerungen zur Zuverlässigkeit berücksichtigt. Die in diesen Gewährpaketen gemeldeten Prüfungsergebnisse spiegeln unter anderem die kontinuierliche Umsetzung von Maßnahmen wider,

[2] Verordnung (EU) 2024/795.

die darauf abzielen, die Aufdeckung und Meldung von Fehlern durch die Programmbehörden zu verbessern[3].

Die Kommission erinnert daran, dass die von ihr gemeldete Fehlerquote aus den in Abschnitt II dargelegten Gründen und aus den vom EuRH in seinem Jahresbericht (**Ziffern 1.41-1.44 und 6.47**) dargelegten Gründen **nicht direkt mit der vom EuRH berechneten Fehlerquote verglichen** werden kann. Insbesondere in diesem Jahr spiegelt sich die **atypische Grundgesamtheit** der Rechnungslegung und der von der Kommission akzeptierten Ausgaben automatisch in der Prüfungsstichprobe des EuRH wider, die kleiner ist als in den Vorjahren und besondere Merkmale aufweist, insbesondere eine **Konzentration in drei Mitgliedstaaten**: Tschechien, Deutschland und Vereinigtes Königreich (**Ziffer 6.15**). Sie verdeutlicht ferner die **Änderung des Prüfungsansatzes des EuRH**. Der EuRH kehrte zu seinem Prüfungsansatz aus der Zeit vor 2017 zurück, bei dem eine direkte Auswahl von Vorgängen aus der gesamten Prüfungspopulation (von den Mitgliedstaaten vorgelegte und von der Kommission akzeptierte Rechnungslegung) vorgesehen ist, anstatt ausschließlich Vorgänge zu prüfen, die zuvor von den Prüfbehörden geprüft wurden. Infolgedessen wurden die Verwaltungsbehörden (anstelle der Prüfbehörden) zum wichtigsten Lieferanten von Informationen über die geprüften Vorgänge, waren jedoch nicht immer gut auf diese Aufgabe vorbereitet, d. h. sie waren nicht immer in der Lage, rechtzeitig alle angeforderten Prüfungsnachweise vorzulegen, wie es der EuRH erwartet, um für jeden ausgewählten Vorgang belastbare Nachweise zu erhalten, manchmal viele Jahre nach der Durchführung der Tätigkeit (**Ziffer 6.29**). Die Kommission ist der Auffassung, dass sich dies **auf die vom EuRH berechnete Fehlerquote ausgewirkt haben könnte**.

Die Kommission begrüßt, dass der EuRH die von ihm festgestellten **Fehler bei der Vergabe öffentlicher Aufträge** erstmals **anhand des bei der geteilten Mittelverwaltung angewandten eigenen Quantifizierungsrasters der Kommission** quantifiziert hat, was zu einer besseren Abstimmung mit dem Ansatz der Kommission und der Mitgliedstaaten und zu einer geringeren Auswirkung der festgestellten Fehler bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geführt hat.

Die Ergebnisse der Analyse der einzelnen Programme durch die Kommission zeigen, dass die Situation je nach Mitgliedstaat und Programm unterschiedlich ist: Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die **Verwaltungs- und Kontrollsysteme bei 85 %** der 441 kohäsionspolitischen Programme für den Zeitraum 2014-2020 und bei 92 % der 380 Programme für den Zeitraum 2021-2027 **gut funktionieren**. Die Kommission stellte ferner fest, dass Fehler von einigen Prüfbehörden nicht aufgedeckt oder nicht angemessen gemeldet wurden[4]. Die Kommission hat die erforderlichen Verbesserungen für alle Programme oder Programmteile, bei denen Mängel festgestellt wurden, angefordert, auch im Rahmen des oben genannten Aktionsplans. Sie unterbrach die Zahlungen und wird zusätzliche (Netto-)Finanzkorrekturen verlangen, wenn sie dies für erforderlich hält.

Die Kommission ist zuversichtlich, dass es durch die **mehrjährige Korrekturkapazität des Kohäsionsfonds** möglich ist, das Risiko bei Abschluss unter die Wesentlichkeitsschwelle zu senken, unter anderem durch Ersatz unregelmäßiger oder zurückgezogener Ausgaben durch andere als förderfähig angesehene Ausgaben, wie dies in der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (Dachverordnung) vorgesehen ist. Tatsächlich nehmen die Programmbehörden jedes Jahr zuvor gemeldete Beträge in erheblicher Höhe, bei denen festgestellt wurde, dass sie unregelmäßig oder risikobehaftet sind, aus der bescheinigten Rechnungslegung heraus. Beim Abschluss korrigierten die Mitgliedstaaten in der bis zum 15. Februar 2026 eingegangenen Rechnungslegung einen

[3] Die Prüfbehörden meldeten eine Gesamtfehlerquote von 3,7 % für REGIO-Programme und von 3,9 % für EMPL-Programme im Vergleich zu niedrigeren Quoten in den Vorjahren. Siehe Jährliche Tätigkeitsberichte, Seiten 34 und 33, für REGIO bzw. EMPL.

[4] 21 Prüfbehörden für den Zeitraum 2014-2020 und sechs Prüfbehörden für den Zeitraum 2021-2027.

beispiellosen Gesamtbetrag von EU-Mitteln in Höhe von 6,5 Mrd. EUR, was zeigt, wie gewissenhaft beim Abschluss daran gearbeitet wurde, die verbleibenden Fehler in den Programmen zu beheben. Seit Beginn des Programmplanungszeitraums 2014-2020 beliefen sich diese Rücknahmen der Mitgliedstaaten für die Kohäsionsfonds auf insgesamt 22,9 Mrd. EUR. Im gleichen Zeitraum **forderte die Kommission** im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit und ihrer Aufsichtsfunktion sowie im Anschluss an die Empfehlungen des EuRH und des OLAF **zusätzliche Finanzkorrekturen in Höhe von über 1,58 Mrd. EUR** in Bezug auf die Fonds, die die Programmbehörden im Rahmen der Dachverordnung wiederverwenden konnten. Die Kommission kann auch Nettofinanzkorrekturen vornehmen, die zu einem direkten Verlust der Mittel für den Mitgliedstaat führen, wenn die rechtlichen Bedingungen und die damit verbundenen strengen Kriterien erfüllt sind. Sie hat bislang fünf Nettofinanzkorrekturverfahren für Multifonds-Programme und Programme des EFRE und des Kohäsionsfonds eingeleitet: Ein Beschluss wurde 2025 angenommen, drei Verfahren befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium und ein Verfahren wurde aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage eingestellt. Nach der Umsetzung aller Korrekturmaßnahmen **berichtete die Kommission in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten, dass das Risiko beim Abschluss** zum gegenwärtigen Zeitpunkt für alle Geschäftsjahre bis 2024 **unter 2 % liegt**, während bei der Bewertung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Programme beim Abschluss weitere Korrekturmaßnahmen angewandt werden, wenn dies für notwendig erachtet wird.

Die Kommission kam daher zu dem Schluss, dass sie **hinreichende Gewähr dafür hat**, dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme im Allgemeinen gut funktionieren, um sicherzustellen, dass die zugrunde liegenden Vorgänge rechtmäßig und ordnungsgemäß sind, **außer bei den Programmen, für die sie einen Vorbehalt geltend gemacht hat**, und dass bei Feststellung von Systemmängeln im Einklang mit dem Rechtsrahmen verhältnismäßige und wirksame Abhilfemaßnahmen ergriffen werden, wenn Verstöße gegen die geltenden Vorschriften festgestellt werden, die die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge gefährden.

Vor diesem Hintergrund und auf der Grundlage der Prüfungsergebnisse des EuRH und der Kommission aus den vergangenen Jahren kam die Kommission zu dem Schluss, dass das **derzeitige Umsetzungsmodell** für die Kohäsionspolitik, das nach wie vor hauptsächlich auf der Kostenerstattung in Verbindung mit komplexen und detaillierten Förderfähigkeitsregeln beruht, den Ansatz für die nationalen Verwaltungen und Begünstigten **fehleranfällig und schwierig zu handhaben** macht. Im Zeitraum 2021-2027 arbeitet die Kommission weiterhin mit den Mitgliedstaaten zusammen, um die Einführung **alternativer, weniger fehleranfälliger vereinfachter Erstattungsregelungen** (vereinfachte Kostenoptionen oder nicht an Kosten geknüpfte Finanzierungen) zu fördern, indem sie aktiv gegen Überregulierung vorgeht und erforderlichenfalls Instrumente zur Stärkung der Verwaltungskapazitäten bereitstellt. Für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen hat die Kommission den beiden gesetzgebenden Organen ein **neues, zielorientiertes Modell** für EU-Zahlungen vorgeschlagen, das mit einem einfacheren und robusten Zuverlässigkeitssystem verbunden ist, das die kontinuierliche Einhaltung des geltenden Rechts und einen starken Schutz der finanziellen Interessen der EU gewährleistet.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EURH

## 1. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

*Ergebnisse der Prüfungen von Vorgängen durch den EuRH*

Die Kommission stellt fest, dass die vom EuRH für die MFR-Rubrik 2 gemeldete Fehlerquote (**Ziffern 6.18-6.19**) auf einer Prüfungsstichprobe beruht, die die Besonderheiten der atypischen Grundgesamtheit der in diesem Jahr akzeptierten Rechnungslegung widerspiegelt (siehe oben sowie **Abbildungen 6.4 und 6.5** des Jahresberichts des EuRH). Dies **erschwert einen direkten Vergleich** mit den in den Vorjahren gemeldeten Ergebnissen. Daher ist bei der Interpretation solcher Vergleiche Vorsicht geboten.

Darüber hinaus war im Gegensatz zu den Vorjahren ein großer Teil der vom EuRH geprüften Vorgänge ausschließlich von den Verwaltungsbehörden und **nur 27 % auch von den Prüfbehörden** überprüft worden. Wie bereits erwähnt, waren die Verwaltungsbehörden, die nun direkt geprüft werden und auf die sich die vorläufigen Feststellungen des EuRH beziehen (anstelle der Prüfbehörden in den Vorjahren), in diesem ersten Jahr der Übergangsphase **nicht immer gut darauf vorbereitet**, alle angeforderten Prüfungsnachweise rechtzeitig vorzulegen, um den Erwartungen des EuRH gerecht zu werden, solide Nachweise für jeden ausgewählten Vorgang zu erhalten, **mitunter viele Jahre nach** der Durchführung der Tätigkeit (**Ziffer 6.29**). Dies könnte sich auf die Fehlerquote ausgewirkt haben. Die **Kommission wird** mit dem EuRH zusammenarbeiten, um die **Verwaltungsbehörden** für diesen Ansatz sowie für die aus diesem Jahr gewonnenen Erkenntnisse **zu sensibilisieren**, damit sie besser gerüstet sind, um den Gesuchen der Prüfer des EuRH in den kommenden Jahren nachzukommen. Darüber hinaus können einige Fehler, die in der Prüfungsstichprobe des EuRH für das betreffende Geschäftsjahr festgestellt wurden, trotz der durchgeführten jährlichen Kontrollen (**Ziffer 6.13**) bei nachfolgenden Verwaltungsüberprüfungen oder Prüfungen in den folgenden Geschäftsjahren oder beim Abschluss während der noch ausstehenden Bewertung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit durch die Kommission als Teil des **vollständigen** Pakets von **Zuverlässigkeitsmechanismen**, die normalerweise in die Kohäsionsverwaltungs- und kontrollsysteme eingebettet sind, **und der mehrjährigen Korrekturkapazität** der Politik noch aufgegriffen werden.

Für 2025 schätzte die Kommission das **Risiko bei Zahlung** für den Zeitraum 2014-2020 weiterhin als wesentlich ein, bis zu maximal 3,2 % für alle Kohäsionsfonds. Dies stellt einen leichten Anstieg gegenüber den in den Vorjahren gemeldeten Sätzen dar, liegt jedoch unter dem vom EuRH berechneten Wert. Gemäß der Methode der Kommission und im Einklang mit den Verpflichtungen der Generaldirektoren, die als bevollmächtigte Anweisungsbefugte fungieren, um auf der Ebene jedes einzelnen Programms, für das im Laufe des Jahres Zahlungen geleistet wurden, eine Zuverlässigkeitsgewähr zu geben, beruht diese Schätzung auf einer **umfassenden Überprüfung aller von den Programmprüfbehörden gemeldeten Prüfungsbeurteilungen und Fehlerquoten**, die von der Kommission gegebenenfalls im Anschluss an ihre eigene Bewertung und unter Berücksichtigung der Prüfungsergebnisse des EuRH angepasst werden. Mit ihrem Ansatz kann die Kommission Schlussfolgerungen zu den Risiken auf der Ebene der Mitgliedstaaten und sogar auf der Ebene einzelner Programme ziehen und so für jedes Programm eine differenzierte Situation darstellen.

Mehrere Faktoren erklären, dass die **Fehlerquoten** der Kommission und des EuRH **nicht direkt verglichen werden können**, insbesondere nicht in diesem Jahr mit einer atypischen

Grundgesamtheit, auf die sich die Stichprobe des EuRH bezieht. Die Kommission verweist auf Kapitel 1 des Berichts (**Ziffern 1.42-1.44**) und die darin enthaltenen Antworten, um den Unterschied zwischen den von den beiden Organen gemeldeten Fehlerquoten zu erläutern und zu erklären, warum die Kommission nicht in allen vom EuRH gemeldeten Fehlerfällen Finanzkorrekturen vornehmen kann.

Der EuRH stellte klar, dass die Grundgesamtheit der Vorgänge in der von der Kommission akzeptierten Rechnungslegung in diesem Jahr **relativ klein und** für die MFR-Rubrik 2 **atypisch** war (**Ziffer 6.15**). Die Stichprobe des EuRH, die folglich auch kleiner war als üblich, bestand aus einer Mischung aus Vorgängen der Zeiträume 2014-2020 und 2021-2027, wobei die Gesamtfehlerquote beide Zeiträume abdeckte. Die Kommission meldete in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten zwei Fehlerquoten, eine für den Zeitraum 2014-2020 auf der Grundlage der von den Prüfbehörden gemeldeten Fehlerquoten und eine weitere für den Zeitraum 2021-2027 auf der Grundlage einer vorsichtigen pauschalen Schätzung, aufgrund des unterschiedlichen Risikoprofils für erste Zahlungen, die häufig Vorschusszahlungen umfassen (siehe Ziffer 6.53).

Ein weiteres besonderes Merkmal in diesem Jahr, das auch auf die vom EuRH geprüfte ungewöhnlich kleine Grundgesamtheit zurückzuführen ist, war die vom EuRH gemeldete **Konzentration der in die Stichprobe einbezogenen Vorgänge auf einige wenige Länder** (**Ziffer 6.15**). Insbesondere prüfte der EuRH eine relativ hohe Zahl von Programmen im Vereinigten Königreich, da **nach dem Brexit** alle **Programme des Vereinigten Königreichs im Jahr 2025 vorzeitige Abschlussrechnungen vorlegten**. Aufgrund des Abbaus der für die Kohäsionsprogramme zuständigen Behörden und der Neuzuweisung erfahrener Mitarbeiter und Aufgaben an die nationalen Verwaltungen nach dem Brexit erwies es sich in einigen Fällen, in denen der EuRH Bedenken geäußert hatte (insbesondere bei einer Reihe von öffentlichen Ausschreibungsverfahren oder während der Unwägbarkeiten der Brexit-Gespräche, was sich stark auf die Fehlerquote auswirkte, insbesondere bei Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge), als schwierig, innerhalb der vorgeschriebenen Frist Prüfungsnachweise für geprüfte Programme im Vereinigten Königreich zu erhalten. Spezifische Themen im Zusammenhang mit der Lage im Vereinigten Königreich sind nicht unbedingt repräsentativ für die Lage in den Mitgliedstaaten.

Schließlich sieht die Kommission Spielraum für einen **kontinuierlichen Dialog mit den Dienststellen des EuRH**, insbesondere bei der rechtlichen Auslegung bestimmter Anforderungen (wie der nach Artikel 13 Absatz 5 der ESF-Verordnung gebotenen Möglichkeit), was die Kommission dazu veranlasst hat, bei der Bewertung einiger vom EuRH in diesem Jahr geprüfter Fälle zu **anderen Schlussfolgerungen** zu gelangen. In Bezug auf die Definition vereinfachter Kostenoptionen nimmt die Kommission beispielsweise die **Erwartung des EuRH** zur Kenntnis, **solide zugrunde liegende Nachweise** zu erhalten, um die auf der Ebene der Mitgliedstaaten festgelegte Methode gemäß der Verordnung überprüfen zu können, manchmal mehr als 15 Jahre nach Festlegung der Methode (**Ziffer 6.29**). Nach **Auffassung der Kommission** und unter Berücksichtigung des **Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit** könnten für Methoden, die in früheren Programmplanungszeiträumen festgelegt und verwendet und in aufeinanderfolgenden Programmplanungszeiträumen wiederverwendet wurden, wie in der Dachverordnung genehmigt, weniger strenge Anforderungen gelten, da solche **vereinfachten Kosten** über die Jahre verschiedenen Überprüfungen durch das angewandte Verwaltungs- und Kontrollsystem unterzogen wurden. Die Kommission teilt die Auffassung, dass die Aktualisierung solcher Methoden ein bewährtes Verfahren ist, das es auch ermöglichen würde, den Zeitraum zu verkürzen, der für die Aufbewahrung der zugrunde liegenden Unterlagen zur Unterstützung der Einrichtung solcher Methoden (und für die Archivierung alter Daten) erforderlich ist. In Bezug auf die Förderfähigkeit bestimmter Kategorien von Teilnehmern, z. B. derjenigen, die schutzbedürftigen Gruppen angehören (die dieses Jahr in Schweden und Deutschland ermittelt wurden), hat die Kommission **Leitlinien** für die Mitgliedstaaten zu dem verhältnismäßigen Prüfungsansatz **herausgegeben**, der für solche Vorhaben im Bereich des sozialen Zusammenhalts

anzuwenden ist, wobei die besonderen Merkmale und die Sensibilität der betroffenen sozialen Gruppen berücksichtigt werden.

Auch wenn nicht alle vom EuRH angesprochenen Fälle Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Dachverordnung darstellen, wie im kontradiktorischen Verfahren zu Einzelfällen mit dem EuRH klargestellt wurde, wird die **Kommission alle vom EuRH gemeldeten Fehler ordnungsgemäß weiterverfolgen** und **Korrekturmaßnahmen oder Finanzkorrekturen verlangen**, sofern dies für notwendig und rechtlich machbar erachtet wird. Die Kommission wird den betreffenden Programmbehörden ferner empfehlen, die Verwaltungs- und Kontrollsysteme mit Blick auf die Durchführung im Zeitraum 2021-2027 erforderlichenfalls weiter zu verbessern.

## *Zusammenhalt – geteilte Mittelverwaltung*

Zusätzlich zu den bereits in den jährlichen Tätigkeitsberichten gemeldeten Fällen **berücksichtigt** die Kommission die vom EuRH gemeldeten Schwachstellen bei der Arbeit der Verwaltungs- und Prüfbehörden (**Ziffern 6.20-6.38**). Die Kommission ist jedoch der Auffassung, dass **einige** der **Feststellungen auch Unterschiede bei den Prüfungserwartungen** in Bezug auf Art, Detaillierungsgrad und Verfügbarkeit der Belege widerspiegeln und **keine Mängel**, die die Programmbehörden bei der Durchführung der Vorhaben zwangsläufig hätten erkennen können. Die Erwartungen in Bezug darauf, was als wesentliche Prüfungsdokumentation anzusehen ist, können sich zwischen den Mitgliedstaaten und dem EuRH unterscheiden (siehe Abschnitt „Verfügbarkeit wesentlicher Belege“). Die Kommission betont in diesem Zusammenhang, dass die Erwartung, manchmal mehr als zehn Jahre nach Abschluss eines Programms Prüfungsunterlagen zu erhalten, nicht unbedingt mit den täglichen administrativen Zwängen vereinbar ist, mit denen die Programmbehörden konfrontiert sind, und **zu einer unverhältnismäßigen Belastung** sowohl für die Verwaltungsbehörden als auch für die Begünstigten **führen kann**, was sich abschreckend auf die Attraktivität der EU-Mittel auswirkt.

Die Kommission nimmt dennoch zur Kenntnis, dass der EuRH bestimmte systembedingte Probleme festgestellt hat. Sie wird im Rahmen des Ende 2024 mit allen Programmbehörden vereinbarten Aktionsplans weiter daran arbeiten, **die Kapazitäten der Programmbehörden zur Fehlererkennung weiter zu verbessern**. Im Jahr 2025 befragte die Kommission die Verwaltungs- und Prüfbehörden, um die allgemeine Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu bewerten, und die Fortschritte bei der Umsetzung des **Aktionsplans** wurden in einschlägigen Sitzungen zwischen den Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten und der Kommission erörtert. Die Ergebnisse der Umfrage deuteten auf bereits bestehende positive Entwicklungen hin, auch wenn kontinuierliche Anstrengungen in Bereichen wie **Unterstützung der Begünstigten**, **risikobasierte Verwaltungsüberprüfungen**, **Wissensmanagement, Einsatz künstlicher Intelligenz**/verfügbare Datenbanken bei der Kontrolltätigkeit und **Zusammenarbeit** zwischen Verwaltungs- und Prüfbehörden nach wie vor von wesentlicher Bedeutung sind. Weitere Einzelheiten zu den Ergebnissen dieser Umfragen sind den jeweiligen jährlichen Tätigkeitsberichten der Generaldirektionen EMPL und REGIO zu entnehmen (Abschnitt „Wirksamkeit der Kontrollen“).

Hinsichtlich der **Fehlerarten** haben die Kommission und die Prüfbehörden auf der Grundlage einer gemeinsamen Typologie in der Regel Fehler aus denselben Kategorien von Unregelmäßigkeiten ermittelt wie der EuRH, nämlich: **nicht förderfähige Ausgaben, Prüfpfad, Vergabe öffentlicher Aufträge** und in geringerem Umfang (im Einklang mit den Vorjahren) staatliche Beihilfen. Diese **Konvergenz** bestätigt, dass die wichtigsten Fehlerquellen auf allen Ebenen des Zuverlässigkeitsrahmens gut ermittelt werden und weiterhin im Mittelpunkt von Präventiv- und Korrekturmaßnahmen stehen. Die Kommission wird weiterhin mit den zuständigen Programmbehörden zusammenarbeiten, **um ihre Kapazitäten zur besseren Prävention und Aufdeckung solcher Unregelmäßigkeiten zu stärken**. Sie wird auch weiterhin die Vereinfachung

und die Verwendung weniger fehleranfälliger Regelungen fördern, insbesondere **vereinfachte Kostenoptionen** und **nicht mit Kosten verknüpfte Finanzierungen**, und zwar über ihre speziellen transnationalen Netzwerke, die es Vertretern der Koordinierungsstellen, Verwaltungsbehörden und Prüfbehörden aller Mitgliedstaaten sowie den Kommissionsdienststellen ermöglichen, an der Festlegung solcher Regelungen zu arbeiten und bewährte Verfahren und Erfahrungen auszutauschen.

Schließlich ist die Kommission der Auffassung, dass die vom EuRH gemeldeten Fehler, die mitunter darauf zurückzuführen sind, dass die Verwaltungsbehörden oder die Begünstigten die **komplexen Vorschriften** nicht vollständig verstanden oder Fehler gemacht haben oder dass Belege fehlen oder unzureichend sind, die **Ergebnisse oder die Auswirkungen der kofinanzierten Projekte** für die angestrebten politischen Ziele nicht infrage stellen (siehe die in den Kästen in Kapitel 6 oder in den Antworten der Kommission in den folgenden Abschnitten beschriebenen Beispiele).

### Nicht förderfähige Kosten und Projekte

**Nicht förderfähige Ausgaben** (**Ziffern 6.23-6.25**) sind **nach wie vor die häufigste Fehlerart**, die von den Prüfbehörden und der Kommission festgestellt wurde. Dies deutet nach wie vor darauf hin, dass die Arbeit der Verwaltungsbehörden in diesem Bereich **kontinuierlich verbessert werden muss**, und zwar nach einem Modell, das nach wie vor mehrheitlich auf der Erstattung der von den Begünstigten geltend gemachten tatsächlichen Kosten beruht. Sie wird im Rahmen des derzeit mit den Programmbehörden laufenden **Aktionsplans** und des verfeinerten Angebots der Kommission für den Kapazitätsaufbau gegenüber den Programmbehörden auf der Grundlage von Umsetzungserfahrungen und Prüfungsergebnissen berücksichtigt. Angesichts der entscheidenden Rolle der Verwaltungsbehörden bei der Vermeidung und Aufdeckung von Fehlern und der Notwendigkeit, die Aufdeckungskapazitäten auf der Ebene der Verwaltungsüberprüfungen zu stärken, **ermutigt die Kommission sie, vereinfachte Kostenoptionen oder nicht mit Kosten verknüpfte Finanzierungen zu verwenden**, um Ausgaben geltend zu machen und die Komplexität der Begründung tatsächlicher Kosten zu vermeiden. Darüber hinaus werden die **Ursachen von Fehlern**, die von den Programmbehörden nicht aufgedeckt wurden, kontinuierlich analysiert. Diese Analyse fließt in die jährliche Risikobewertung der Kommission für ihre risikobasierten Prüfungen ein und wird den Programmbehörden übermittelt, damit diese ihre eigenen Risikobewertungen und Prüfungsansätze anpassen können. Die Kommission fordert die Prüfbehörden ferner auf, über ihre **detaillierten Prüfergebnisse Bericht zu erstatten** und diese mit den Verwaltungsbehörden zu erörtern. Dazu gehören insbesondere Fehler, die auf der ersten Ebene nicht aufgedeckt wurden, um die Präventions- und Aufdeckungskapazitäten der ersten Ebene zu verbessern, z. B. durch die Einführung weiterer Leitlinien und/oder Schulungen sowohl für das Personal der Verwaltungsbehörden als auch für die Begünstigten und die entsprechende **Aktualisierung der Risikobewertungen**, die den risikobasierten Verwaltungsüberprüfungen zugrunde liegen.

Die Kommission erkennt einige der vom EuRH aus diesem Grund quantifizierten Fehler an, aber nicht alle. Beispielsweise teilt die Kommission in Bezug auf das in **Kasten 6.1** dargestellte deutsche ESF-Vorhaben (bei dem es um die Umwandlung von Schulungszentren in digitale Schulungszentren infolge der COVID-19-Pandemie ging) nicht die Auffassung des EuRH, die IT-Ausrüstung (als nicht förderfähig) abzulehnen, die der Begünstigte den Schulungszentren über die ursprünglich im vorläufigen Fragebogen des Begünstigten angegebenen Mengen hinaus zur Verfügung gestellt hat, da der EuRH argumentiert, dass der Begünstigte nicht nachgewiesen habe, dass diese erhöhten Mengen tatsächlich erforderlich waren. Ziel des Vorhabens war es nicht nur, den Schulungszentren IT-Ausrüstung zur Verfügung zu stellen, sondern ihnen auch dabei zu helfen, ihren Bedarf zu ermitteln, um sie vollumfänglich für das neue digitale Schulungskonzept auszustatten. Daher waren die endgültigen Ausrüstungsbestellungen bei einigen Zentren höher als ursprünglich von den Zentren selbst geschätzt, während sie bei anderen (sowohl außerhalb als auch in der Teilstichprobe des EuRH)

niedriger waren als ursprünglich geschätzt. Darüber hinaus stellt die Kommission fest, dass durch **regelmäßige Überprüfungen des geschätzten Bedarfs** auf globaler und individueller Ebene, die der Begünstigte während der Durchführung des Vorhabens unter Aufsicht der Verwaltungsbehörde durchführte (durch vier Sachverständigensitzungen und individuelle kundenspezifische Anleitungen für jedes Schulungszentrum), auch die Gleichbehandlung aller Schulungszentren und die Anpassung ihres geäußerten Bedarfs sichergestellt wurde. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass die bestellten Mengen **den Programmvorschriften entsprachen**, da sie den vom Begünstigten auf der Grundlage der Umfragen, individuellen Leitlinien und seines fachlichen Urteils sowie der Verwendung des von ihm entwickelten und von einem Universitätsexperten validierten Algorithmus ermittelten Bedarf deckten.

### Verfügbarkeit wesentlicher Belege

In Bezug auf die **Ziffern 6.26-6.29** stimmt die Kommission zu, dass wesentliche Belege erforderlich sind, um einen angemessenen Prüfpfad für die für jedes Vorhaben gemeldeten Ausgaben im Einklang mit Artikel 72 Buchstabe g der Dachverordnung für den Zeitraum 2014-2020 und bis zum Ende des **Aufbewahrungszeitraums für Unterlagen** zu gewährleisten, da andernfalls die Förderfähigkeit des geförderten Vorhabens nicht belegt werden kann. Die Kommission stellt fest, dass fehlende unterstützende Informationen oder Belegunterlagen nach wie vor sowohl von den **Prüfbehörden als auch von den Prüfern der Kommission** im Programmplanungszeitraum 2014-2020 als **dritthäufigste Fehlerquelle** genannt werden.

Die von den Begünstigten und Programmbehörden angeforderten Informationen sollten jedoch in jedem Fall **verhältnismäßig bleiben**, wobei die Auswirkungen und Verwaltungskosten von Auskunftsersuchen, Aufforderungen an Interessenträger und die Bemühungen im Rahmen der Agenda der Kommission zur weiteren Vereinfachung der Verwendung von EU-Mitteln zu berücksichtigen sind. Im Jahr 2019 erstellte die Kommission zusammen mit den Prüfbehörden ein **Reflexionspapier, um die Prüfdokumentation zu verbessern**, Mindestempfehlungen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Verhältnismäßigkeit der Verwaltungskosten zu wahren. Der EuRH meldete dies in seinem Jahresbericht 2019 als positiven Schritt (**Kasten 5.8**). Die Kommission verweist auch auf ihre Antworten oben zu **Ziffer 6.26**.

Die Kommission unternimmt auch in anderen Bereichen ähnliche Anstrengungen zur Dokumentation des Prüfpfads. Beispielsweise veröffentlichte die Kommission in Bezug auf die **ESF+-Ausgaben** angesichts der entscheidenden Bedeutung von Vorhaben zur Unterstützung benachteiligter und/oder schutzbedürftiger Gruppen im Rahmen des Ziels der sozialen Inklusion einen **methodischen Vermerk** darüber, was sie für einen **verhältnismäßigen und ausgewogenen Prüfungsansatz** für diese Zielgruppe im Rahmen der sozialen Inklusion hält, und übermittelte ihn den Mitgliedstaaten. Die Prüfungsanforderungen können nicht dieselben sein wie bei anderen Arten von Vorhaben und müssen dem spezifischen Kontext Rechnung tragen, in dem solche Vorhaben durchgeführt werden, wobei spezialisiertes und professionelles Personal zuständig ist und sowohl die Verhältnismäßigkeit als auch die Würde der schutzbedürftigen Gruppen oder Einzelpersonen, die von solchen Maßnahmen betroffen sind, zu achten sind. Eigenerklärungen, die von engagierten Sozialarbeitern bestätigt werden, können ein ausreichender Beleg auf der Ebene der Verwaltungsüberprüfungen sein (sofern die Prüfbehörden zusätzliche Kontrollen für die Zwecke ihrer Prüfungen repräsentativer Stichproben von Vorhaben durchführen). Die Kommission ist der Auffassung, dass bei einigen der vom EuRH gemeldeten Fehler wegen fehlender wesentlicher Belege eine solche **besondere Situation** und die Zuverlässigkeit der Arbeit spezialisierter Sozialarbeiter, die formell für solche Gruppen in den betroffenen Mitgliedstaaten zuständig sind, nicht ausreichend berücksichtigt wurden (siehe das in **Kasten 6.3** zitierte ESF+-Beispiel in Schweden).

Allerdings wird die Kommission die Verwaltungsbehörden **weiterhin dafür sensibilisieren**, **wie ein angemessener Prüfpfad** für alle von ihnen durchgeführten Verwaltungsüberprüfungen gewahrt werden kann, insbesondere in Bezug auf die Förderfähigkeit der Teilnehmer zu einem bestimmten Zeitpunkt.

### Einhaltung der Binnenmarktvorschriften in Bezug auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und staatliche Beihilfen

Die Kommission stellt fest, dass die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge (**Ziffern 6.30-6.36**) nach wie vor eine Fehlerquelle darstellen, wie vom EuRH gemeldet. Sie begrüßt, dass der **EuRH seinen Ansatz** für die Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an die Leitlinien der Kommission **angepasst hat**. Diese Entwicklung trägt zu **mehr Kohärenz und Verhältnismäßigkeit** bei der Bewertung bei (**Ziffern 1.36** und **1.37** sowie **Abbildung 1.14**). Die Kommission stellt jedoch fest, dass die Programme des Vereinigten Königreichs in diesem Jahr aufgrund des Brexit erheblich zu dieser Art von Fehlern beitragen (wie oben im Abschnitt „*Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen durch den EuRH*“ erläutert). Die Kommission teilt nicht unbedingt die Bewertung des EuRH in Bezug auf alle Fehler, die sie aufgrund der Nichteinhaltung von EU- oder nationalen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge quantifiziert hat (z. B. in einem im Vereinigten Königreich verwendeten dynamischen Beschaffungssystem), oder ist der Auffassung, dass bei der Bewertung des Verstoßes **besondere Umstände** berücksichtigt werden müssen, z. B. in dem in **Kasten 6.4** beschriebenen Beispiel, dass die Verlängerung des Vertrags im Jahr 2018 für wirklich unvorhersehbare Umstände erfolgte, die nach der Vergabe der Aufträge vor dem Hintergrund der durch den Brexit verursachten Unsicherheit eingetreten sind. Diese Verlängerung ermöglichte die Verwendung der verbleibenden ESF-Mittelzuweisungen vor dem Ende des britischen Programms.

In Bezug auf die im Rahmen der direkten Mittelverwaltung gemeldeten Fälle stimmt die Kommission zumindest in zwei Fällen (**Ziffern 6.32** – Tschechien und **6.39** – CINEA) ebenfalls nicht zu, dass eine Nichteinhaltung der EU- oder nationalen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge in Form wesentlicher Änderungen des ursprünglichen Vertrags vorlag. In beiden Fällen verfügt die Kommission über keine ausreichende Rechtsgrundlage, um die Änderungen als Fehler zu quantifizieren, und die damit verbundenen Kosten wurden nie für eine EU-Kofinanzierung geltend gemacht.

Die Kommission stellt fest, dass die Nichteinhaltung der Vorschriften über staatliche Beihilfen in diesem Jahr keine Quelle quantifizierter Fehler war.

### Vereinfachte Kostenoptionen

In der Dachverordnung ist die Möglichkeit einer verstärkten Nutzung **vereinfachter, nicht mit den tatsächlichen Kosten zusammenhängender Finanzierungsregelungen** vorgesehen, wie vereinfachte Kostenoptionen und nicht mit Kosten verknüpfte Finanzierungen (**Ziffern 6.37-6.38**). Auf der Grundlage der Erfahrungen und wie vom EuRH in früheren Berichten dargelegt, sind solche Regelungen weniger fehleranfällig, und die Kommission ermutigt nachdrücklich zu ihrer Verwendung (die sogar für kleinere Vorhaben im Rahmen der Dachverordnung obligatorisch ist), indem sie die Verwaltungs- und Prüfbehörden mobilisiert, solche Regelungen im Rahmen ihrer Programme zu konzipieren.

Die Kommission räumt ein, dass im Zusammenhang mit der Nutzung dieser Regelungen nach wie vor Fehler auftreten können, wie aus ihren eigenen Prüfungen oder den Prüfungen der Prüfbehörden hervorgeht (siehe Jährlicher Tätigkeitsbericht EMPL 2025– Anhang 7L). Dies zeigt, dass die Umsetzung vereinfachter Regelungen **kontinuierlich überwacht** werden muss.

Die Kommission stimmt jedoch nicht allen Feststellungen zu, die der EuRH in Bezug auf die Berechnungsmethoden für vereinfachte Kostenoptionen quantifiziert hat. In Bezug auf die beiden in **Kasten 6.6** genannten Fälle von Pauschalsätzen für indirekte Kosten betont die Kommission, dass sie die Übertragung dieser Pauschalsätze vom Programmplanungszeitraum 2007-2013 auf die nachfolgenden Programmplanungszeiträume genehmigt hatte. Diese Möglichkeit ist in der Dachverordnung ausdrücklich vorgesehen und spiegelt sich in den Leitlinien der Kommission zu vereinfachten Kostenoptionen wider. Die Programmbehörden sind rechtlich nicht verpflichtet, zuvor genehmigte Methoden zu aktualisieren, wenn die Bedingungen für ihre Anwendung unverändert bleiben, obwohl die Kommission die Auffassung teilt, dass regelmäßige Anpassungen in der Tat ein bewährtes Verfahren sind (wie in ihren Leitlinien für solche vereinfachten Kostenoptionen empfohlen). In einem Fall legte die Verwaltungsbehörde im Anschluss an die Prüfung des EuRH Belege vor, um die Methode 2007-2013 und die Anwendung eines Pauschalsatzes von 20 % für indirekte Kosten zu rechtfertigen. Darüber hinaus leitete die Verwaltungsbehörde parallel dazu eine neue Studie auf der Grundlage der genehmigten Jahresabschlüsse für die Jahre 2023 und 2024 von 21 akkreditierten Ausbildungszentren ein, aus denen hervorgeht, dass die 20 % nach wie vor ein zufriedenstellender Pauschalsatz für die Schätzung der indirekten Kosten für die akkreditierten Ausbildungszentren sind. Die Kommission ist der Auffassung, dass die für diesen Fall vorgelegten **Elemente keine quantifizierte Unregelmäßigkeit belegen**. Im anderen Fall stimmt die Kommission mit dem EuRH darin überein, dass die für das Projekt verwendeten standardisierten Einheitskosten, die vor 12 Jahren auf der Grundlage von mehr als 500 im Zeitraum 2007-2013 durchgeführten Vorhaben berechnet wurden, Ungenauigkeiten enthielten, die zu diesem Zeitpunkt nicht aufgedeckt wurden und die sich laut Berechnungen auf rund 4 % belaufen.

### *Resilienz und Werte – von der Kommission verwaltet*

In Bezug auf die in **Ziffer 6.39** genannten Feststellungen verweist die Kommission auf ihre Antworten im Abschnitt „Einhaltung der Binnenmarktvorschriften in Bezug auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und staatliche Beihilfen“ (**Ziffern 6.30-6.36**) in Bezug auf die Fehler, die im Rahmen von Projekten gemeldet wurden, die von der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) unterstützt wurden.

Die Kommission teilt die in **Kasten 6.7** dargelegte Feststellung nicht und verweist auf ihre **Leitlinien zur Verwaltung von Finanzhilfen in Form von Pauschalbeträgen**, in denen eindeutig festgelegt ist, dass es dem Konsortium freisteht, den Pauschalbetrag nach eigenem Ermessen zu verwenden, sofern das Projekt wie in der Fördervereinbarung beschrieben durchgeführt wird. Die Kommission kann zwar zustimmen, dass eine Änderung eine bewährte Praxis darstellen mag, sieht darin jedoch keinen Verstoß gegen die Fördervoraussetzungen der Finanzhilfevereinbarung.

## 2. Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

### *Von der Kommission im Jahr 2025 vorgenommene Bewertung*

#### Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten

Die Kommission berichtete in den **jährlichen Tätigkeitsberichten 2025 der GD EMPL und der GD REGIO**, dass die **Verwaltungs- und Kontrollsysteme** der Mitgliedstaaten (**Ziffern 6.40-6.41**) **bei fast 15 % der Programme** sowohl für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 als auch für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 nicht gut funktionierten.

Alle diese Programme überwacht die Kommission mit **erhöhter** Vorsicht **und arbeitet eng mit den Programmbehörden zusammen, um die ermittelten Risiken zu mindern**. In den Fällen, in denen die Kriterien für einen Vorbehalt erfüllt waren, **schränkte die Kommission ihre Zuverlässigkeitserklärungen für 2025** in den jeweiligen jährlichen Tätigkeitsberichten **entsprechend ein**.

Vorbehalte werden erst aufgehoben, wenn die Programmbehörden ausreichende Korrekturmaßnahmen ergriffen haben. Die Tatsache, dass zwischen 25 % (für REGIO) und 33 % (für EMPL) der letztjährigen Vorbehalte aufgehoben werden, zeigt, dass die betreffenden Mitgliedstaaten bereits wirksame Korrekturmaßnahmen ergriffen haben, wodurch die Wirksamkeit der bestehenden Systeme verbessert und somit das Risiko verringert wird, dass für die betreffenden Programme vorschriftswidrige Ausgaben gemeldet werden.

## Umfang der vorschriftswidrigen Ausgaben in der Rechnungslegung im Bereich der Kohäsionspolitik

In Bezug auf die Bemerkung des EuRH in den **Ziffern 6.42-6.49** wird betont, dass die Bewertung für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 die besonderen Umstände des Programmabschlusses widerspiegelt, die durch ein **hohes Volumen und einen hohen Wert der in der endgültigen Rechnungslegung geltend gemachten Ausgaben** gekennzeichnet sind (**Ziffer 6.16**). Auf der Grundlage der jüngsten **Gewährpakete**, die für 2014-2020 vorgelegt wurden, kamen die Generaldirektoren in ihren jeweiligen jährlichen Tätigkeitsberichten zu dem Schluss, dass es bei den Ausgaben, die der Kommission in der 2025 angenommenen Rechnungslegung bescheinigt wurden, nach wie vor wesentliche Unregelmäßigkeiten gibt, wie dies auch im vergangenen Jahr der Fall war. Zur Bestimmung des **Risikos bei Zahlung (zentraler Leistungsindikator, KPI)** verwendete die Kommission Fehlerquoten, die von den Mitgliedstaaten gemeldet wurden, zu denen sie bisher nur Aktenprüfungen durchgeführt hat, und keine „bestätigten" Fehlerquoten auf der Grundlage ihres vollständigen Prüfungszyklus, wie dies in den Vorjahren der Fall war. Dies spiegelt die Situation wider, dass im Jahr 2026 etwa 80 % der Gewährpakete für das letzte Geschäftsjahr 2014-2020 eingegangen sind. Es ermöglichte auch eine repräsentative Bewertung der damit verbundenen Risiken, auch für die 20 % der im Jahr 2025 eingereichten Abschlüsse. Mit Blick auf die Zukunft wird der umfassende **Prüfungsplan 2026 der Kommission** – einschließlich der Überprüfung vor Ort, wenn dies für notwendig erachtet wird – **eine Bewertung der KPI** ermöglichen und es ermöglichen, sicherzustellen, dass etwaige Abweichungen ermittelt und behoben werden. Dieser **zweistufige Validierungsprozess** stärkt das Vertrauen in die Integrität der gemeldeten Ausgaben und ermöglicht gleichzeitig zeitnahe Anpassungen auf der Grundlage detaillierter Prüfungsfeststellungen.

Um möglichen zusätzlichen Risiken Rechnung zu tragen, **berichtet die Kommission** zudem über eine **vorsichtige Schätzung des maximalen Risikos bei Zahlung**, wobei sie für einige einzelne Programme je nach deren spezifischer Situation Pauschalsätze verwendet. Gemäß der Empfehlung des EuRH[5] umfasst der Höchstwert auch einen konservativen Ansatz, um potenzielle Fehler bei den nicht geprüften Ausgaben zu berücksichtigen, beispielsweise in Fällen, in denen lediglich eine Aktenprüfung durchgeführt wurde oder im Rahmen laufender kontradiktorischer Verfahren noch zusätzliche Prüfungstätigkeiten erforderlich sind, und/oder um den Prüfungsergebnissen der Vorjahre Rechnung zu tragen, aus denen sich mögliche verbleibende Risiken bei den geprüften Ausgaben ergeben.

Im Anschluss an diese programmspezifische Bewertung konnte die Kommission feststellen, in welchen (Teilen von) Programmen **schwerwiegende Mängel** bestehen (siehe Anhang 7.F der

[5] Siehe Sonderbericht 26/2021, Empfehlung 3a und Analyse Nr. 03/2024, Schlussfolgerung, S. 23.

jeweiligen jährlichen Tätigkeitsberichte) und **für welche dieser Mängel Abhilfemaßnahmen verlangt** und über die Finanzkorrekturen Bericht erstattet wurden, die zur Behebung der in den Vorjahren festgestellten Unregelmäßigkeiten vorgenommen wurden.

Für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 nahm die Kommission angesichts des geringen Umfangs der gemeldeten Vorgänge eine vorsichtige Schätzung von 2 % für das Risiko bei Zahlung an.

### Risikobewertung für Interreg-Programme

Im Zeitraum 2021-2027 werden Interreg-Programme (**Ziffern 6.50-6.51**) von den betreffenden Programmprüfbehörden im Rahmen einer **einzigen Prüfungsstichprobe** geprüft, die von der Kommission für alle zusammengefassten **ETZ-Programme** gezogen wird. Dies stellt eine **erhebliche Vereinfachung** und Verringerung des Prüfaufwands für Interreg-Programme dar, die auf der Grundlage der gemeldeten Fehlerquoten der einzelnen Interreg-Programme im Zeitraum 2014-2020 traditionell geringere Risiken aufweisen als Mainstream-Programme. Für die Rechnungslegung 2024-2025 liegt die **Gesamtfehlerquote** für die Interreg-Stichprobe, die 48 Programme umfasst, **unter 1 %** (ähnlich wie im Vorjahr), was ein niedriges Risikoprofil dieser Programme und die Wirksamkeit des gemeinsamen Prüfungsansatzes bestätigt.

Die Kommission nimmt die Fehler zur Kenntnis, die der EuRH bei den drei Interreg-Programmen festgestellt hat, die er in diesem Jahr geprüft hat, und wird, soweit dies für notwendig und rechtlich machbar erachtet wird, Folgemaßnahmen ergreifen. Die Kommission wird die möglichen Auswirkungen der im Rahmen der Prüfungen des EuRH und der Kommission festgestellten Probleme auf ihren Prüfungsansatz für die betreffenden Programme während der Durchführung 2021-2027 weiterhin überwachen und bewerten.

## 3. Abschluss der Programme 2014-2020

Die **Verwaltungsfristen für den Abschluss** wurden von den beiden gesetzgebenden Organen **bis Februar 2026 verlängert**[6], damit die Programmbehörden alle Sorgfaltsprüfungen und Kontrollen durchführen können, bevor sie die endgültigen Ausgaben geltend machen.

**Der Abschluss** der Programme 2014-2020 **umfasst zwei Schritte** auf Kommissionsebene: die **Annahme der Rechnungslegung für das Programm und des entsprechenden abschließenden Durchführungsberichts** mit der entsprechenden Finanztransaktion (Zahlung des Restbetrags des letzten Geschäftsjahres oder Rückforderung), gefolgt von einer **schriftlichen Bestätigung an den Mitgliedstaat, ob alle Fragen im Zusammenhang mit der Recht- und Ordnungsmäßigkeit als angemessen behandelt gelten**. Erst dann gilt der Abschluss als abgeschlossen.

Wie in der Dachverordnung (EU) Nr. 1303/2013 für den Zeitraum 2014-2020 festgelegt, muss die Annahme der Rechnungslegung durch die Kommission unabhängig von der Bewertung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit erfolgen. Daher wird die Kommission weiterhin **alle Programme gründlich auf ihre Recht- und Ordnungsmäßigkeit prüfen**, auch nach Zahlung des Restbetrags (oder Rückforderung) beim Abschluss. Dadurch wird sichergestellt, dass vor Abschluss des Abschlussverfahrens kein noch offenes Prüfungsproblem ungelöst bleibt. Die Kommission kann ein Programm nur dann endgültig abschließen, wenn sie sich vergewissert hat, dass die **geschätzte verbleibende Gesamtfehlerquote für jedes Geschäftsjahr des betreffenden**

[6] Verordnung (EU) 2024/795 – von den beiden gesetzgebenden Organen am 29. Februar 2024 angenommen – zur Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP).

**Programmplanungszeitraums 2 %** nicht übersteigt und dass alle festgestellten Unregelmäßigkeiten und Risiken von den Programmbehörden angemessen angegangen wurden. Die Kommission hat begonnen, in ihren jährlichen Tätigkeitsberichten für 2025 über die Fortschritte beim Abschluss des Programmplanungszeitraums 2014-2020 zu berichten. Bis Ende Mai 2025 waren 73 REGIO- und 56 EMPL-Programme abgeschlossen, von denen 21 bzw. 13 „vollständig" abgeschlossen waren, d. h. auch unter dem Gesichtspunkt der Recht- und Ordnungsmäßigkeit.

Um den Stand der Vorbereitung auf den Abschluss der Programmbehörden zu überprüfen, führte die Kommission in den Jahren 2024 und 2025 **präventive Prüfungen** für eine Stichprobe von als risikobehaftet geltenden Programmen durch, um sicherzustellen, dass die betreffenden Behörden alle erforderlichen Überprüfungen im Einklang mit den Leitlinien der Kommission für den Abschluss rechtzeitig durchführten, auch um verbleibende Unregelmäßigkeiten zu verhindern und zu korrigieren und alle gemeldeten Prüfergebnisse bis zum Abschluss angemessen weiterzuverfolgen. Weitere Einzelheiten zu diesen Prüfungen sind in den Anhängen 7I der jährlichen Tätigkeitsberichte 2024 der GD REGIO und der GD EMPL enthalten.

**Der Abschluss stellt eine wichtige Garantie innerhalb des Zuverlässigkeitsrahmens** für die Kohäsionspolitik zum Schutz des EU-Haushalts dar. Beim Abschluss meldeten die Mitgliedstaaten im Februar 2026 Finanzkorrekturen in der Rekordhöhe von 6,5 Mrd. EUR, deutlich mehr als in den Vorjahren. Wenn die gemeldeten Restfehlerquoten immer noch über 2 % liegen (oder wenn die Kommission nach ihrer Bewertung des Abschlusspakets oder infolge ihrer Prüfungen solche Quoten von über 2 % neu berechnet hat), wendet die Kommission Finanzkorrekturen an, um sicherzustellen, dass die Risiken für alle Programme unter der Wesentlichkeitsschwelle bleiben, bevor sie ein Programm endgültig abschließt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Restrisiken vor dem endgültigen Abschluss des Programms unter die Wesentlichkeitsschwelle gesenkt und vorschriftswidrige Ausgaben ordnungsgemäß aus dem EU-Haushalt ausgeschlossen werden.

## 4. Programmplanungszeitraum 2021-2027

Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten dabei, **ihre Verwaltungskapazitäten zu stärken**, **die Umsetzung zu verbessern und zu beschleunigen und Investitionsengpässe** auf vielfältige Weise zu beseitigen. Sie hat in den letzten Jahren mehrere Vorschläge vorgelegt, darunter die kürzlich angenommene **Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik**, die ihnen dabei helfen soll, die sich abzeichnenden Prioritäten anzugehen und gleichzeitig die verfügbare Flexibilität zu erhöhen, und weitere Vereinfachungsmaßnahmen einzuführen. Da die **Projektauswahl** vor Ort **rund 65 %** der für die Kohäsionsprogramme 2021-2027 verfügbaren Mittel ausmachte, beschleunigte sich die finanzielle Durchführung im Jahr 2025 erheblich, und viele Mitgliedstaaten reichten Zahlungsanträge ein, die weit über ihrem n+3-Ziel für die Aufhebung von Mittelbindungen lagen. Die Kommission ist der Auffassung, dass die im Zeitraum 2021-2027 an der Konzeption und Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems vorgenommenen Änderungen die **Wirksamkeit der Kontrollen erhöhen** können (**Ziffer 6.12**). Die Verwaltungsbehörden sind nun verpflichtet, ihre Anstrengungen und Ressourcen auf die fehleranfälligsten Bereiche zu konzentrieren, und zwar durch **risikobasierte Verwaltungsüberprüfungen** im Anschluss an eine vorsichtige Risikobewertung, bei der die Ergebnisse aller durchgeführten Überprüfungen und Prüfungen kontinuierlich berücksichtigt werden müssen. Im Jahr 2025 wendeten die meisten Programme in den Mitgliedstaaten solche risikobasierten Überprüfungen tatsächlich an, während bei anderen Programmen aus Gründen der Vorsicht weiterhin ein 100-%-Ansatz für Überprüfungen angewandt wurde. Bei **Prüfungen** (von Prüfbehörden und der Kommission) wird kontinuierlich überprüft, ob die Verwaltungsbehörden die Risiken in ihren Programmen wirksam bewerten und gegebenenfalls risikobasierte Verwaltungsüberprüfungen durchführen, **um eine höhere Effizienz und bessere Kapazitäten zur Aufdeckung von Fehlern sicherzustellen**. Um den Prüfungsaufwand zu verringern, wenn sich anhand von Erfolgsbilanzen herausstellt, dass die Systeme gut funktionieren, ist es den Programmen

nach der Verordnung darüber hinaus gestattet, „**verbesserte angemessene Regelungen**“ anzuwenden, die eine Reihe von Flexibilitäten und Vereinfachungen bei Überprüfungen und Prüfungen bieten. Wenn Nachweise für eine Verschlechterung der Lage vorliegen, kann die Kommission den Mitgliedstaat auffordern, für das/die betreffende(n) Programm(e) wieder vollständige Kontrollen einzuführen.

Trotz des bislang geringen Umsetzungsgrads funktioniert die **mehrjährige Korrekturkapazität** bereits für die Programme des Zeitraums 2021-2027: Die Mitgliedstaaten haben bereits 1 Mrd. EUR aus der Jahresrechnung für den Zeitraum 2021-2027 gestrichen. Darüber hinaus wurde die Anwendung von Nettofinanzkorrekturen, die als Anreiz für solide Kontrollverfahren dienen, gestrafft. Auf der Grundlage der Empfehlungen des EuRH und der Bestimmungen der Dachverordnung leitet die Kommission nun unverzüglich Verfahren in den Fällen ein, in denen festgestellt wird, dass Ausgaben in der akzeptierten Rechnungslegung vorschriftswidrig sind und von den Mitgliedstaaten nicht aufgedeckt und gemeldet wurden.

## 5. Schlussfolgerungen des EuRH-Berichts

Die Kommission ist zuversichtlich, dass ihre Berechnungen des **Risikos bei Zahlung** einschließlich des maximalen Risikos, bei dem die Ergebnisse des EuRH ohne Extrapolation, aber nach sorgfältiger Prüfung, ob andere Programme betroffen sein könnten, berücksichtigt werden, eine **angemessene Darstellung der Realität** vor Ort unter Berücksichtigung der für jedes Programm ermittelten Risiken **darstellen**.

Die Tatsache, dass das von der Kommission berechnete Risiko bei Zahlung für den Zeitraum 2014-2020 jedoch **immer noch über der Wesentlichkeitsschwelle** lag, auch wenn es aus den im vorstehenden Abschnitt II.1 genannten Gründen nicht auf dem vom EuRH gemeldeten Niveau lag, deutet jedoch darauf hin, **dass bei einigen Programmen anhaltende Probleme hinsichtlich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit bestehen, die eine genaue Überwachung erfordern**.

In den letzten Jahren hat die Kommission, ebenfalls unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen und Empfehlungen des EuRH, ihr **Aufsichtssystem erheblich gestärkt**, insbesondere durch eine verstärkte Aufsicht über die Programmbehörden durch einen gezielten Aktionsplan, der Ende 2024 einvernehmlich vereinbart wurde, um die sowohl vom EuRH als auch von der Kommission festgestellten Schwachstellen bei den Aufdeckungskapazitäten zu beheben. Die **Kommission hat** auch **ihre Prüfstrategie überprüft**, um zu einem früheren Zeitpunkt des Programmplanungszeitraums mehr Prüfungen der Einhaltung durchzuführen, um die Arbeit der Prüfbehörden nachzuvollziehen, und zwar mindestens einmal bis Ende 2026, und um die von den Prüfbehörden für den Zeitraum 2021-2027 verwendeten Prüfchecklisten präventiv zu überprüfen.

Auf der Ebene der Prüfbehörden konkretisieren sich die Ergebnisse langsam, da die von **den Prüfbehörden gemeldete Fehlerquote** für die Mittel der GD EMPL und der GD REGIO erstmals bei 3,9 % bzw. 3,7 % liegt, was eine **verbesserte Wirksamkeit belegt**. Darüber hinaus werden die bilateral vereinbarten Aktionspläne zur Verbesserung der Aufdeckungskapazitäten der Programmbehörden jährlich mit allen Mitgliedstaaten überprüft, um sicherzustellen, dass Probleme unverzüglich angegangen werden, um die Umsetzung zu straffen. Die Kommission ist der Auffassung, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Zuverlässigkeit und Rückverfolgbarkeit risikobasierter Verwaltungsüberprüfungen zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang hat sie kürzlich auch eine Ausschreibung für den **Aufbau von Verwaltungskapazitäten für die künftige Kohäsionspolitik** zur Behebung von Fehlern, von Herausforderungen bei der Umsetzung und von sich abzeichnendem Kapazitätsbedarf veröffentlicht. Um sicherzustellen, dass die Bemühungen um den Kapazitätsaufbau zu spürbaren Verbesserungen führen, ist es von entscheidender Bedeutung,

die Unterstützungsdienste mit den Erkenntnissen zu verknüpfen, die aus den Erfahrungen mit der Umsetzung und den Prüfungsergebnissen gewonnen wurden. Durch die Analyse der Ursachen der häufigsten Fehler und Umsetzungsprobleme und deren Umsetzung in Prioritäten für den Kapazitätsaufbau kann die Kommission ihr Angebot für den Kapazitätsaufbau anpassen und verfeinern. Dieser **evidenzbasierte Ansatz** trägt dazu bei, dass die von der Kommission angebotenen Instrumente, Schulungen und Leitlinien direkt bei den praktischen Herausforderungen ansetzen, mit denen die Programmbehörden konfrontiert sind.

Die Kommission hat all diese **Erfahrungen** und ihre Ergebnisse in die **Gestaltung des Programmplanungszeitraums nach 2027** einbezogen und ein ergebnisbasiertes Zahlungssystem vorgeschlagen, bei dem die gewonnenen Erkenntnisse genutzt werden, um ein einfacheres und robusteres Zuverlässigkeitsmodell zu entwickeln, das eine weiterhin starke Aufsichtsfunktion für die Kommission und die Übereinstimmung der geltend gemachten Ausgaben mit dem geltenden Recht gewährleistet. Ziel ist es, das **Fehlerrisiko weiter zu verringern** und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung auf allen Ebenen aufrechtzuerhalten.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 6.1 – Wahl und Begründung vereinfachter Kostenoptionen verbessern

**Die Kommission sollte**

**a) die Nutzung der in der Dachverordnung und den damit verbundenen fondsspezifischen Verordnungen vorgesehenen standardmäßigen vereinfachten Kostenoptionen durch die Verwaltungsbehörden fördern,**

**b) die Verwaltungsbehörden daran erinnern, dass die Unterlagen, mit denen vereinfachte Kostenoptionen begründet wurden, die in früheren Programmplanungszeiträumen gewählt wurden und nach wie vor in Kraft sind, aufbewahrt und angemessen aktualisiert werden müssen, und**

**c) die Mitgliedstaaten weiter beim Wissenserwerb zu vereinfachten Kostenoptionen unterstützen, in dem sie den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Verwaltungsbehörden betreffend die Einführung und Anwendung vereinfachter Kostenoptionen fördert, wobei besonders darauf geachtet werden sollte, die Komplexität für Begünstigte und Endempfänger möglichst gering zu halten.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlungen 6.1a, 6.1b und 6.1c **an**.

Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten kontinuierlich bei der Annahme und Nutzung vereinfachter Kostenoptionen durch ein breites Spektrum von Initiativen, unter anderem durch die transnationalen ESF+- und REGIO-Netzwerke zur Vereinfachung, Workshops für mehrere Länder und nationale Veranstaltungen. Die Kommission wird den Wissensaustausch und den Informationsaustausch mit den betreffenden Programmbehörden der Mitgliedstaaten über diese Foren und Veranstaltungen weiter fördern.

Insbesondere **wird die Kommission die Vereinfachung weiter fördern, indem sie den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten erleichtert**. Die Vereinfachung kann je nach den spezifischen Bedürfnissen des Mitgliedstaats auf unterschiedliche Weise erreicht werden. Für Programme mit besonderen Bedürfnissen und erweitertem Fachwissen kann eine Vereinfachung erreicht werden, indem spezifische Methoden für vereinfachte Kostenoptionen konzipiert und umgesetzt werden, während es für andere einfacher ist, die standardisierten vereinfachten Kostenoptionen zu verwenden, die in der Dachverordnung und den einschlägigen fondsspezifischen Verordnungen sowie den von der Kommission in den delegierten Verordnungen erlassenen Verordnungen vorgesehen sind. Die **Kommission wird die Mitgliedstaaten dazu anhalten, ihre Nutzung vereinfachter Kostenoptionen je nach Bedarf der Programme anzupassen**.

In Bezug auf die Verwendung vereinfachter Kostenoptionen aus früheren Programmplanungszeiträumen veröffentlichte die Kommission Auslegungsfragen zu diesem Thema und erläuterte die Bedingungen, unter denen dies möglich ist, im Leitfaden zur Nutzung vereinfachter Kostenoptionen (C/2024/7467, Abschnitt 3.2.6). Die Kommission fördert auch weiterhin bewährte Verfahren zur Aktualisierung von Daten, die für ältere Methoden verwendet werden. Die Informationen wurden im Rahmen eines Webinars zu vereinfachten Kostenoptionen, das am 26. März 2026 von der GD EMPL, der GD REGIO und der Gemeinsamen Prüfdirektion organisiert wurde, und der Sitzung der Sachverständigengruppe für die Dachverordnung am 17. Juni 2026 an die Mitgliedstaaten weitergegeben.

Für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 **wird die Kommission weiterhin spezifische Sitzungen der Nutzung vereinfachter Kostenoptionen widmen**, einschließlich der Nutzung aus früheren Programmplanungszeiträumen, wobei der Schwerpunkt bei den nächsten Treffen der beiden transnationalen Netzwerke zur Vereinfachung, bei länderübergreifenden Workshops und bei nationalen Veranstaltungen auf der Vereinfachung für die Begünstigten liegen wird.

## Empfehlung 6.2 – Aktualisierung der Risikobewertung für Interreg-Programme

**Die Kommission sollte ihre Risikobewertung für die Interreg-Programme unter Berücksichtigung der in diesem Jahr vom Hof aufgedeckten Fehler sowie der Ergebnisse ihrer Prüftätigkeit bewerten und erforderlichenfalls aktualisieren und entsprechend darauf reagieren.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung 6.2 **an**.

Die **Kommission wird ihre Risikobewertung für die Interreg-Programme 2021-2027** unter Berücksichtigung der festgestellten Fehler **kontinuierlich bewerten und erforderlichenfalls aktualisieren**. Die Ergebnisse der Prüfungen der jährlichen Stichprobe von Interreg-Programmen werden überwacht, um sicherzustellen, dass die ermittelten Risiken angemessen gemindert werden. Der beschlossene Prüfungsansatz für den Zeitraum 2021-2027, der auf der von den beiden gesetzgebenden Organen vereinbarten Rechtsgrundlage beruht, ermöglicht es, spezifische Risiken, die während der Durchführung ermittelt werden können, zu berücksichtigen und Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen (z. B. Erhöhung der Zahl der Treffer im Rahmen spezifischer Programme, die als stärker gefährdet gelten).

Die **Kommission wird die im Rahmen der Interreg-Stichprobe geleistete Arbeit weiter nachvollziehen**. Nach Erhalt der Ergebnisse der nächsten (und dritten) Prüfung wird **die**

**Kommission eine Bestandsaufnahme vornehmen** und **entscheiden, ob zusätzliche Prüftätigkeiten** erforderlich sind.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 7: Natürliche Ressourcen und Umwelt

## I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Die Rubrik 3 „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) umfasst die Ausgaben der EU für i) die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), ii) den Fonds für einen gerechten Übergang, iii) die Meeres- und Fischereipolitik und iv) das LIFE-Programm für die Umwelt- und Klimapolitik.

Mit der GAP werden gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und den GAP-Verordnungen folgende Ziele verfolgt: i) Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, ii) Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für die landwirtschaftliche Bevölkerung, iii) Stabilisierung der Märkte, iv) Sicherstellung der Versorgung und v) Gewährleistung der Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen. Darüber hinaus werden im Rahmen der GAP Investitionen zur Modernisierung der Landwirtschaft, zur Verbesserung der umwelt- und klimabezogenen Nachhaltigkeit und zur Entwicklung des ländlichen Raums unterstützt.

Die GAP 2023-2027 markierte einen Übergang von einem auf die Einhaltung von Vorschriften ausgerichteten Ansatz zu einem leistungsorientierten Modell, das den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Ausgestaltung ihrer GAP-Strategiepläne einräumt, mit maßgeschneiderten Interventionen, die auf ihre spezifischen Bedürfnisse zugeschnitten sind. In einem Bericht der Kommission aus dem Jahr 2025[1] über die Umsetzung dieser Pläne wurde bestätigt, dass die meisten in diesen Strategieplänen festgelegten umwelt- und klimabezogenen Etappenziele im Jahr 2024 im Durchschnitt übertroffen worden waren.

Die GAP wird im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung durchgeführt und durch ein umfassendes Verwaltungs- und Kontrollsystem unterstützt. Dieser robuste und vielschichtige Zuverlässigkeitsrahmen umfasst Kontrollen auf nationaler Ebene, unabhängige Prüfungen und die Aufsicht durch die Kommission sowie alle zwei Jahre stattfindende Leistungsüberprüfungen. Er hat erfolgreich dazu beigetragen, den Schutz der finanziellen Interessen der EU zu gewährleisten.

Die Kommission konzentriert sich auf die Leistungsergebnisse und das ordnungsgemäße Funktionieren der Verwaltungssysteme der Mitgliedstaaten und gewährleistet dabei sowohl die Qualität der Leistungsergebnisse als auch die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge. Dementsprechend sind die Mitgliedstaaten im Gegensatz zum vorangegangenen GAP-Programmplanungszeitraum 2014-2022 nun nicht mehr verpflichtet, detaillierte Kontrollstatistiken auf Ebene der Begünstigten zu melden. Stattdessen müssen sie auf der Grundlage von Output- und Ergebnisindikatoren über die Leistung der Politik berichten. Daher berechnet die

[1] COM(2026) 37 (EUR-Lex - 52026DC0037 - DE - EUR-Lex).

Kommission für Ausgaben im Rahmen der GAP-Strategiepläne keine Fehlerquote bzw. kein Risiko bei Zahlung mehr[2].

Die Kommission begrüßt die vergleichsweise niedrigere geschätzte Fehlerquote bei den Direktzahlungen (ausgenommen Öko-Regelungen), wodurch die wichtige Rolle des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, einschließlich des zugehörigen Systems zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen, bei der Vermeidung und Verringerung des Fehlerrisikos erneut bekräftigt wird.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EURH

## 1. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

### *Ergebnisse der Prüfungen von Vorgängen*

Im Rahmen der GAP gibt es ein Planungs-, Prüfungs- und Korrektursystem, das sich über mehrere Jahre erstreckt. Die Kommission begrüßt, dass der EuRH in **Ziffer 7.18** sowie in **Kasten 7.2** und **Kasten 7.3** anerkennt, dass die Kommission in sechs Fällen (betreffend zur Verfügung stehende Flächen in Kroatien (siehe **Kasten 7.3**) und in Frankreich sowie die Nichteinhaltung der Anforderung des Vorliegens einer landwirtschaftlichen Tätigkeit in Griechenland (siehe **Kasten 7.2**)) bei ihren eigenen Prüfungen in diesen Mitgliedstaaten ähnliche Feststellungen getroffen hat, und zwar unabhängig von – und noch vor – den Prüfungen des EuRH. Die Konformitätsverfahren für diese Prüfungen laufen derzeit noch, und das Risiko für die Fonds wird durch die vorgeschlagene Finanzkorrektur abgedeckt, sofern sich im Rahmen des Verfahrens bestätigen sollte, dass tatsächlich schwerwiegende Mängel vorliegen.

Diese sechs Fälle entsprechen einer Fehlerquote von 1,1 % (Kategorie „nicht beihilfefähige gemeldete Flächen“ in **Abbildung 7.4**), was bedeutet, dass die vom EuRH geschätzte Fehlerquote bei Ausschluss dieser Fälle um 1,1 Prozentpunkte niedriger gewesen wäre.

Ein wesentliches Element des Kontrollrahmens für flächen- und tierbezogene Interventionen im Rahmen der GAP ist das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem, das im Jahr 2025 66 % der GAP-Ausgaben im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung abdeckte und damit weiterhin eine sehr wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Finanzaufsicht spielte.

Wie in **Ziffer 7.20** des Berichts des EuRH festgestellt, verfügten die Behörden der Mitgliedstaaten in 19 Fällen quantifizierbarer Fehler über die erforderlichen Informationen, um Fehler zu verhindern oder zu berichtigen, wodurch sich die geschätzte Fehlerquote um 2,4 Prozentpunkte hätte verringern können. Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten aktiv dabei, Fehler zu reduzieren, indem sie die Vorschriften vereinfacht, Instrumente wie vereinfachte Kostenoptionen fördert und Technologien wie Copernicus-Sentinel-Daten und das Flächenüberwachungssystem nutzt. Zusätzliche Leitlinien,

[2] Anstatt eine Fehlerquote und ein Risiko bei Zahlung zu ermitteln, teilt die Kommission die Ausgaben im Rahmen der GAP 2023-2027 auf der Grundlage der endgültigen angepassten Bewertung der von den Mitgliedstaaten eingerichteten Governance-Systeme in drei Risikokategorien (niedrig, mittel und hoch) ein. Die Bescheinigenden Stellen legen diese Einstufung jährlich im Wege von Bewertungen des ordnungsgemäßen Funktionierens der eingerichteten Governance-Systeme für jede Intervention und jede Zahlstelle fest, wobei die Kommission unter Berücksichtigung ihrer eigenen Prüfungsfeststellungen und der Feststellungen des Rechnungshofes im Einzelfall Anpassungen vornehmen kann.

der Aufbau von Kapazitäten und der Austausch bewährter Verfahren tragen dazu bei, die Verhinderung bzw. Aufdeckung von Fehlern weiter zu verbessern.

Die Kommission ist der Auffassung, dass ihrer eigenen Bewertung zufolge die vom EuRH geschätzte Fehlerquote zur Hälfte auf Fehler im Zusammenhang mit nicht beihilfefähigen gemeldeten Flächen, einschließlich zur Verfügung stehender Flächen, und der Nichteinhaltung von Verpflichtungen im Rahmen von Agrarumwelt- und Öko-Regelungen zurückzuführen ist.

Die Kommission stimmt der Bewertung des EuRH in Bezug auf zwei Vorgänge nicht zu, von denen einer das Fehlen wesentlicher Belege betrifft, da das Vorliegen von Belegen ihrer Ansicht nach kein Kriterium für die Förderfähigkeit für diesen bestimmten Vorgang ist.

## *Direktzahlungen*

Die Kommission begrüßt die Schlussfolgerung des EuRH, wonach der Bereich der Direktzahlungen (ausgenommen Öko-Regelungen) eine geringere Fehlerquote aufwies (siehe **Ziffer 7.17**).

## *Verfügbare Flächen*

Für den Erhalt von Direktzahlungen müssen die Betriebsinhaber die rechtliche Voraussetzung erfüllen, dass ihnen die Flächen zur Verfügung stehen. Die Überprüfung dieser Voraussetzung ist wichtig, um Unregelmäßigkeiten vorzubeugen und die finanziellen Interessen der EU zu schützen.

Bereits im Jahr 2021 richtete die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 und des Urteils des Gerichtshofs in der Rechtssache C-216/19[3] eine Mitteilung[4] an die Mitgliedstaaten. Durch die geltende Verordnung (EU) 2021/2115 hat sich diese Anforderung nicht geändert, und die Rechtsprechung wurde durch das Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-434/24[5] weiterentwickelt. In den Leitlinien der Kommission für die Mitgliedstaaten werden die vier nachstehend aufgeführten Hauptpunkte erläutert.

- Der Betriebsinhaber muss über die rechtmäßige und tatsächliche Nutzung der Flächen verfügen, die auf einer Rechtsgrundlage nach geltendem nationalen Recht festgelegt ist.
- Die Mitgliedstaaten sollten jede Art von Vereinbarung oder Rechtstitel anerkennen, durch die die Nutzung der Flächen nach ihrem nationalen Recht „rechtmäßig“ wird. So etwa können die Mitgliedstaaten die Erfüllung der Voraussetzung der Verfügbarkeit der Flächen auf eine zwischen dem Nutzer und dem Eigentümer der Fläche vereinbarte tatsächliche Beziehung, z. B. eine mündliche Vereinbarung, stützen oder einen förmlichen Pachtvertrag verlangen.
- Auch die Möglichkeit der Annahme, dass die Flächen dem Betriebsinhaber zur Verfügung stehen, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, liegt im Ermessen des Mitgliedstaats.
- Die Mitgliedstaaten sind grundsätzlich verpflichtet, systematische Kontrollen durchzuführen, die nicht auf Doppelanträge beschränkt sind. Die Mitgliedstaaten können unter Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten und im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit über den Umfang dieser Kontrollen entscheiden. Die Mitgliedstaaten können zudem entscheiden, zu welchem Zeitpunkt die Betriebsinhaber nachweisen müssen, dass sie über die Flächen verfügen: zum Zeitpunkt der Antragstellung, während der Vor-Ort-Kontrollen, während der Verwaltungskontrollen usw.

Im Rahmen ihrer Prüfungen befassen sich die Kommission und die Bescheinigenden Stellen systematisch mit der Überprüfung der Anforderung der Verfügbarkeit der Flächen. Dies umfasst

---

3 Land Berlin – ECLI:EU:C:2020:1046.
4 Anmerkung zur Anforderung „beihilfefähige Hektarflächen, die dem Betriebsinhaber zur Verfügung stehen“.
5 APIA – Centrul Județean Bistrița-Năsăud – ECLI:EU:C:2026:247.

gezielte Prüfungen der von den Zahlstellen eingerichteten Kontrollsysteme, um die Einhaltung dieser Fördervoraussetzung sicherzustellen. Verfügbare Flächen werden in der Arbeitsunterlage der Kommission über gravierende Mängel[6] ausdrücklich genannt, da sie das Potenzial bergen, die finanziellen Interessen der EU und die Ziele der GAP zu gefährden. Aus diesem Grund gilt für sie bei der Prüfung der Kontrollsysteme eine geringere Toleranzgrenze für die Fehlerquote, was ihrer entscheidenden Bedeutung Rechnung trägt.

Werden Mängel festgestellt, greift die Kommission im Rahmen des Konformitätsverfahrens ein und nimmt gegebenenfalls Finanzkorrekturen zum Schutz des Haushalts vor. Die Bescheinigenden Stellen orientieren sich ferner an der Leitlinie Nr. 2 (Haushaltsjahr 2025)[7], wonach sie der Prüfung der Kontrollsysteme im Zusammenhang mit zur Verfügung stehenden Flächen neben anderen Hochrisikobereichen wie Interessenkonflikten und Doppelfinanzierung Vorrang einräumen sollten. Dadurch werden eine solide Aufsicht und Korrekturmaßnahmen zur Eindämmung systemischer Risiken gewährleistet.

## *Bestimmte Mitgliedstaaten*

Die Kommission ist sich der seit Langem bestehenden Lage in Griechenland bewusst und verfolgt diese seit mehreren Jahren. In der Vergangenheit wurden Finanzkorrekturen in beträchtlicher Höhe vorgenommen, und derzeit laufen neue Konformitätsverfahren. Eines dieser Verfahren bezieht sich auf die Mängel bei der Überprüfung der Einhaltung der Anforderung des Vorliegens einer landwirtschaftlichen Tätigkeit, auf die der EuRH in **Kasten 7.2** Bezug nimmt.

## *Öko-Regelungen und Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen*

Öko-Regelungen und Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sind zentrale Instrumente der GAP 2023-2027, die darauf abzielen, landwirtschaftliche Verfahren mit den Umwelt- und Klimazielen der EU in Einklang zu bringen. Öko-Regelungen wurden als freiwilliges Instrument im Rahmen der Direktzahlungen eingeführt und belohnen Betriebsinhaber, die nachhaltige Verfahren übernehmen (z. B. Anbaudiversifizierung, Verbesserung der Bodengesundheit oder Verringerung des Einsatzes chemischer Mittel), die die biologische Vielfalt fördern, die Ressourceneffizienz verbessern und die Kohlenstoffbindung steigern. Indes unterstützen Öko-Regelungen und Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums) längerfristige agrarökologische Verpflichtungen, die auf Herausforderungen wie Wasserschutz, Erhaltung von Lebensräumen und Klimaresilienz ausgerichtet sind. Beide Instrumente verkörpern das doppelte Engagement der GAP für Nachhaltigkeit und Produktivität, wobei sichergestellt wird, dass der Landwirtschaftssektor in der EU auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig bleibt und gleichzeitig öffentliche Güter bereitstellt. Die Ambitionen und die Anpassungsfähigkeit der Regelungen bergen eine inhärente Komplexität. Um die Wirksamkeit zu gewährleisten, muss ihre Gestaltung den unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten, Betriebsstrukturen und Umweltprioritäten Rechnung tragen und mit klaren Förderfähigkeitsregeln einhergehen.

Die Kommission erkennt die vom EuRH festgestellten Fehler bei Öko-Regelungen (siehe **Ziffer 7.22**) und bei den Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen (siehe **Ziffer 7.24**) an. Die Fehler lassen sich, wie bereits erwähnt, auf die inhärente Komplexität dieser Regelungen zurückführen. Denn aufgrund ihres freiwilligen und innovativen Charakters müssen diese Regelungen an unterschiedliche regionale Gegebenheiten, detaillierte Förderkriterien und unterschiedliche Betriebsstrukturen angepasst werden. Da es sich bei den Öko-Regelungen um ein neues Instrument im Rahmen der GAP-

[6] Arbeitsunterlage „Identifying potential serious deficiencies for the purpose of DG AGRI Assurance and audit Directorate's mission to provide assurance".

[7] „Guideline on the annual certification audit EAGF/EAFRD expenditure", financial year (FY) 2025".

Strategiepläne handelt, traten bei einigen Regelungen zudem Herausforderungen bei der Umsetzung auf, insbesondere dort, wo die Mitgliedstaaten neuartige oder gezielt zugeschnittene Maßnahmen eingeführt haben. Um diese Probleme anzugehen, hat die Kommission den Mitgliedstaaten erhebliche Unterstützung geleistet, u. a. in Form von Leitlinien zu bewährten Verfahren für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen sowie Empfehlungen zur Verbesserung der Kontrollsysteme. Darüber hinaus sind durch die jüngste Vereinfachung der Verfahren zur Änderung der nationalen GAP-Strategiepläne schnellere Anpassungen möglich, um die Programme attraktiver zu gestalten und die Einhaltung der Vorschriften zu verbessern. Etwaige Risiken für den Fonds werden weiterhin im Rahmen von Konformitätsverfahren überwacht, während die laufende Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten darauf abzielt, eine einheitliche und wirksame Umsetzung zu gewährleisten.

## 2. Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

### *Berichterstattung der GD AGRI und der GD MARE über die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben*

Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, der Kommission jedes Jahr ihre „Gewährpakete“, einschließlich der neuen jährlichen Leistungsberichte sowie der Stellungnahme und der Berichte der bescheinigenden Stelle, zu übermitteln. Die Kommission nutzt diese Informationen, die Ergebnisse ihrer eigenen Prüfungen sowie die Ergebnisse der Prüfungen des EuRH, um Schlussfolgerungen zur Zuverlässigkeit der GAP-Ausgaben zu ziehen.

Bei den GAP-Ausgaben (einschließlich der leistungsbasierten und der Compliance-basierten Zahlungen) werden 64 % von der Kommission als mit geringem Risiko behaftet, 20 % als mit mittlerem Risiko behaftet und 16 % als mit hohem Risiko behaftet geschätzt.

Diese Ergebnisse sind nicht direkt mit der vom EuRH geschätzten Fehlerquote vergleichbar, da die Risikoeinstufung der Kommission auf Bewertungen der Funktionsweise der Governance-Systeme der Mitgliedstaaten und nicht auf statistischen Fehlermessungen beruht. Dennoch zeugen die Ergebnisse weiterhin von einem hohen Maß an Zuverlässigkeit, was zum einen auf die Wirksamkeit der Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten aufgrund verbesserter Bewertungen und der daraus resultierenden Einstufung der Systeme durch die Bescheinigenden Stellen und zum anderen auf die Maßnahmen der Kommission zum kontinuierlichen Schutz des EU-Haushalts zurückzuführen ist.

Der Rückgang der geschätzten Ausgaben im Niedrigrisikosegment von 77 % im Jahr 2024 auf 64 % im Jahr 2025 spiegelt in erster Linie eine strengere Prüfung durch die Bescheinigenden Stellen wider, insbesondere in Ausgabenbereichen wie Einkommensgrundstützung, gekoppelte Einkommensstützung und Öko-Regelungen, und nicht einen tatsächlichen Anstieg der zugrunde liegenden Risiken. Diese Anpassung spiegelt die verbesserten Aufdeckungskapazitäten und die Auswirkungen des Abschlusses der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2014-2022 wider, bei denen die Mitgliedstaaten ihre Ausgaben vorgezogen haben, um die Mittelausschöpfung zu maximieren und die Aufhebung von Mittelbindungen zu vermeiden. Zusammengenommen bestätigen diese Faktoren, dass die Kontrollsysteme wie vorgesehen funktionieren.

Die GD AGRI arbeitet fortwährend mit den Mitgliedstaaten zusammen, um die wichtigsten Herausforderungen bei der Umsetzung der GAP durch verschiedene Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und die Förderung bewährter Verfahren anzugehen. Gegebenenfalls werden Konformitätsverfahren eingeleitet, um Ausgaben, die nicht im Einklang mit den EU-Vorschriften getätigt wurden, von der EU-Finanzierung auszuschließen und so den EU-Haushalt vor Ausgaben zu schützen, die ihm nicht hätten angelastet werden dürfen.

*Überprüfung der Leistungsberichterstattung im Rahmen der GAP 2023-2027*

Die Kommission nimmt die Bemerkungen des EuRH zur Kenntnis, worin die Wirksamkeit ihrer eigenen Verfahren zur Gewährleistung der Richtigkeit der Leistungsberichterstattung im Rahmen der GAP bestätigt wird. Die Kommission begrüßt, dass der EuRH anerkennt, dass die Kontrollen und Ausgabenanpassungen der Kommission ordnungsgemäß durchgeführt wurden.

Wie der EuRH feststellt, wurde das Leistungsabschlussverfahren ab dem Haushaltsjahr 2025 eingestellt, da bei diesem Verfahren ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Ergebnis bestand und zudem eine Vereinfachung der Verfahren angestrebt wurde. Die Kommission setzt sich weiterhin uneingeschränkt für die Beibehaltung solider Zuverlässigkeitsmechanismen im Rahmen der GAP ein.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 7.1 – Mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Kontrollen in Bezug auf zur Verfügung stehende Flächen zu verbessern

**Im Rahmen der Planung der Umsetzung der GAP 2028-2034 sollte die Kommission mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um ihre Kontrollsysteme zu verbessern und so sicherzustellen, dass die gemeldeten Flächen den Begünstigten rechtmäßig zur Verfügung stehen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: 2027´.**

Die Kommission **nimmt** diese Empfehlung **an**.

Zwar müssen die Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten über offensichtliche Fälle hinausgehen, doch erinnert die Kommission daran, dass der Gerichtshof den Ermessensspielraum der Mitgliedstaaten bei der Gestaltung verhältnismäßiger und effizienter Kontrollen, die auf ihre nationalen Besonderheiten zugeschnitten sind, bestätigt hat.

Um die Mitgliedstaaten zu unterstützen, arbeitet die Kommission daran, bewährte Verfahren und Beispiele für den Umgang mit schwierigen Situationen (z. B. wenn keine schriftliche Vereinbarung über die Nutzung der Flächen vorliegt) auszutauschen, und betont, dass die Kontrollen über die Überprüfung von Doppelanträgen hinausgehen müssen, um die Wirksamkeit zu gewährleisten, ohne den Betriebsinhabern oder den Verwaltungen unangemessene Belastungen aufzuerlegen.

## Weiterverfolgung der Empfehlungen aus früheren Jahren

Die Kommission begrüßt die Bewertung des EuRH (siehe **Ziffer 7.45, Anhang 7.2**), dass die Empfehlung 7.1 aus dem Jahresbericht 2023 (zur Untersuchung der nationalen Regelungen zur Deckelung der EU-Unterstützung , die bis Ende 2025 umgesetzt werden sollte) erfolgreich umgesetzt worden ist.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 8: MIGRATION UND GRENZMANAGEMENT, SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG

# I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Um das Fehlerrisiko in Zukunft zu verringern, wird die Kommission ihre Bemühungen in den Bereichen fortsetzen, in denen Mängel festgestellt wurden.

Die Kommission begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rechnungshofes, wonach 1) die besuchten Prüfbehörden detaillierte Verfahren entwickelt und umgesetzt hatten, die es ihnen ermöglichen, in den jährlichen Kontrollberichten über ihre Arbeiten Bericht zu erstatten, und 2) die besuchten Prüfbehörden insgesamt über detaillierte Prüfungsprogramme und Checklisten zur Untermauerung ihrer Schlussfolgerungen verfügten.

Die Kommission schätzt das Gesamtrisiko bei Zahlung auf weniger als 2 % (siehe **Ziffer 8.20**). Dieser Schätzung liegen die Kontrollen und Prüfungen zugrunde, die von der Kommission und den Mitgliedstaaten durchgeführt wurden. Es wurden zahlreiche Vorgänge geprüft.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EURH

## 1. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

Was die untersuchten Vorgänge anbelangt, die Fehler aufwiesen (siehe **Ziffer 8.11**), so wird die Kommission die festgestellten Probleme angehen, indem sie gegebenenfalls die Leitlinien verschärft, um die Zahl der Fehler in Zukunft zu verringern.

### Antwort zu Kasten 8.1

**Beispiele für Mängel bei den Verfahren zur Gewährung von Finanzhilfen**

Die Kommission nimmt die Bemerkungen des EuRH zur Kenntnis und wird diese gemeinsam mit Frankreich weiter untersuchen.

Die Kommission möchte darauf hinweisen, dass im Anschluss an die Empfehlungen des EuRH aus den Jahren 2023 und 2024 in einer Sitzung am 27. Oktober 2025 weitere Leitlinien für die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten zu den Verfahren zur Gewährung von Finanzhilfen bereitgestellt wurden. Besonderes Augenmerk wurde auf die Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung in allen Phasen des Verfahrens gelegt, und die vom EuRH festgestellten häufigsten Fehler wurden vorgestellt. Die Kommission geht davon aus, dass sich dies auf künftige

Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen auswirken wird, die von den nationalen Behörden organisiert werden.

**Beispiel für Vertragsänderungen ohne wettbewerbliches Verfahren**

Die Kommission nimmt die Bemerkungen des EuRH zur Kenntnis und wird diese gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich weiter untersuchen.

**Beispiel für eine wesentliche Änderung eines Vertrags über militärische Mobilität, die sich auf die Bedingungen der Auftragsvergabe auswirkt**

Was das unter direkter Verwaltung stehende Verkehrsprojekt im Bereich der militärischen Mobilität in Lettland betrifft, so nimmt die Kommission die Bemerkungen des EuRH zu den Vertragsänderungen zur Kenntnis. Die Kommission ist jedoch der Auffassung, dass diese Vertragsänderungen keinen Verstoß gegen die Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung darstellten.

## Antwort zu Kasten 8.2

**Beispiel für einen unzureichenden Prüfpfad**

Die Kommission ist der Auffassung, dass der Prüfpfad der niederländischen Behörden mit dem Prüfpfad gemäß den FAST-CARE-Leitlinien im Einklang steht und daher ausreichend erscheint, um Schlussfolgerungen zur Berechnungsmethode zu ziehen. Darüber hinaus ist die Kommission der Ansicht, dass keine Gefahr für den EU-Haushalt bestand. Dieser Ansatz setzt auf Verhältnismäßigkeit bei der Berichterstattung, Bewertung, Verwaltung und Kontrolle.

**Beispiele für die fehlende Dokumentation von Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten**

In Bezug auf die beiden Projekte des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung mit Frankreich betont die Kommission, wie wichtig solide Verfahrensgarantien (einschließlich eines risikobasierten Überprüfungsmechanismus) sind, um die Integrität der Bewertungen von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen sicherzustellen. In diesem Zusammenhang hat die Kommission in den methodischen Hinweisen zur Bewertung von Verwaltungs- und Kontrollsystemen Leitlinien zu Interessenkonflikten bereitgestellt. In diesen Leitlinien wird die Verpflichtung zur Meldung potenzieller Konflikte präzisiert. Diese Verpflichtung unterliegt der Überprüfung durch die Prüfbehörden im Rahmen ihrer Systemprüfungen sowie im Rahmen der Prüfungen der Kommission (sofern zutreffend).

Die Kommission nimmt die Bemerkungen des EuRH zur Kenntnis und wird diese gemeinsam mit Frankreich weiter untersuchen.

**Beispiel für einen Mangel bei der Gestaltung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Pauschalbeträgen durch die Kommission**

Bei der Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion handelt es sich um ein kurzfristiges Instrument, das als Reaktion auf die durch die groß angelegte Invasion Russlands in die Ukraine

ausgelöste Notlage geschaffen wurde. Diese Verordnung zielt darauf ab, die Kapazitäten für die Munitionsproduktion in der gesamten EU zu erhöhen, indem Hersteller von Verteidigungsgütern unterstützt werden. Ziel ist es, eine dringende Anpassung der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung zu ermöglichen. Die rasche Umsetzung des Programms wird – wie in den Erwägungsgründen der Verordnung erwähnt – von den beiden gesetzgebenden Organen ausdrücklich gefordert. Diese Dringlichkeit hat zu erheblichem Druck geführt, die Fristen für die Ausarbeitung und Einreichung von Vorschlägen sowie für die Ausarbeitung und Unterzeichnung von Finanzhilfevereinbarungen zu verkürzen.

Die Kommission ist der Auffassung, dass das veranschlagte Budget hinreichend präzise war. Die vorgelegten Angaben zum Budget spiegelten den Informationsstand zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorschlags wider, wobei die Komplexität und die frühe Entwicklungsphase des Projekts berücksichtigt wurden. Die Kommission führte im Rahmen der Vorbereitung der Finanzhilfevereinbarung eine Bewertung durch, um weitere Einzelheiten zum vorgeschlagenen Budget und den zugrunde liegenden Annahmen zu erhalten und sich so eine hinreichende Gewissheit über die Höhe der zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Ausgaben zu verschaffen.

Die Kommission wird die ausführlichen Bemerkungen des EuRH zur Definition der zu erbringenden Leistungen weiter prüfen und daraus Lehren für künftige Projekte ziehen. Die Kommission erhielt jedoch während der Durchführung des Projekts ausreichende Informationen und Zugang zu einschlägigen Unterlagen in einer gesicherten Umgebung, sodass sie überprüfen konnte, ob die Arbeiten so voranschritten, dass die in der Finanzhilfevereinbarung festgelegte wesentliche Steigerung der Produktionsziele erreicht werden konnte.

## 2. Untersuchung von Elementen der internen Kontrollsysteme

### *Überprüfung der Arbeit der Prüfbehörden*

### Antwort zu Kasten 8.3

**Beispiel für einen Mangel bei der Arbeit einer Prüfbehörde**

Die Kommission nimmt die potenziellen Auswirkungen[1] des in Bezug auf Tschechien festgestellten Mangels zur Kenntnis. Diese Auswirkungen traten nicht ein, da die Prüfbehörde anschließend eine Überprüfung durchführte und vom Begünstigten die vollständigen Unterlagen einholte.

Die Prüfbehörde hat die Feststellung angenommen und wird ihre Prüfungskontrollverfahren durch die Anpassung der internen Checklisten stärken. Sie wird die Vollständigkeit der Buchführungsunterlagen überprüfen.

### *Überprüfung der Abschlussmaßnahmen der Kommission*

Was den Verweis auf den Mangel beim Abschluss des Programmplanungszeitraums 2014-2020 für das Vereinigte Königreich (siehe **Ziffer 8.16)** anbelangt, so sind der Mitgliedstaat und die

[1] Risiko, dass nicht förderfähige Ausgaben nicht aufgedeckt werden

Kommission, wie in der Antwort der Kommission auf Kasten 8.1 des Jahresberichts 2023 erläutert, der Auffassung, dass 1) hinsichtlich der betreffenden Beträge ausreichende Nachweise vorgelegt wurden und 2) der Betrag daher nicht von der endgültigen Abrechnung ausgeschlossen wurde. Die Kommission ist der Auffassung, dass beim Abschluss kein Mangel vorlag.

## 3. Jährliche Tätigkeitsberichte und sonstige Governance-Regelungen

Die Kommission erinnert daran, dass die Gesamtzuverlässigkeitserklärungen der Generaldirektoren auf der Prüfung verschiedener Informationen aus unterschiedlichen Quellen beruhen (z. B. Selbstbewertungen, Ex-post-Kontrollen, Berichte des Internen Auditdienstes oder des EuRH) , wodurch die Zuverlässigkeit dieser Erklärungen im Einklang mit den Anweisungen der Kommission gewährleistet wird(siehe **Ziffer 8.19**).

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 8.1 – Die Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten stärker für ihre Verpflichtungen sensibilisieren

**Die Kommission sollte Maßnahmen ergreifen, um die Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten stärker für ihre Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Gewährung von Finanzhilfen und der Vergabe öffentlicher Aufträge zu sensibilisieren, insbesondere in Bezug auf**

**a) die Maßnahmen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass kein Interessenkonflikt besteht, und deren ordnungsgemäße Dokumentation;**

**b) die möglichen Folgen eines Verstoßes gegen Vorschriften eines Mitgliedstaats oder der EU über die Änderung öffentlicher Aufträge;**

**c) die Verpflichtung der Begünstigten, ausreichende Unterlagen aufzubewahren, um die geltend gemachten Kosten zu belegen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission**nimmt** die Teile a, b und c der Empfehlung 8.1**an**.

## Empfehlung 8.2 – Die Kontrollen überprüfen

**Bei Projekten unter direkter Mittelverwaltung sollte die Kommission die Kontrollen überprüfen und erforderlichenfalls verbessern, in deren Rahmen sie überprüft, ob**

**a) die Begünstigten Maßnahmen ergriffen haben, um sicherzustellen, dass keine Interessenkonflikte bestehen, und diese Maßnahmen angemessen dokumentiert haben;**

**b) die Begünstigten die Vorschriften der Mitgliedstaaten und der EU über die Änderung öffentlicher Aufträge eingehalten haben;**

c) **die von den Begünstigten aufbewahrten Unterlagen ausreichen, um die geltend gemachten Kosten zu belegen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** Teil a der Empfehlung 8.2 unter der Voraussetzung **an**, dass diese Kontrollen auch nachträglich durchgeführt werden können.

Die Kommission **nimmt** Teil b der Empfehlung 8.2 **nicht an**, da sie der Feststellung betreffend wesentliche Änderungen eines Auftrags nicht zustimmt.

Die Kommission **nimmt** Teil c der Empfehlung 8.2 unter der Voraussetzung **an**, dass diese Kontrollen auch nachträglich durchgeführt werden können.

## Weiterverfolgung der Empfehlungen aus früheren Jahren

(**Ziffer 8.21** und **Anhang 8.1**)

Die Kommission begrüßt die Analyse des EuRH und die Anerkennung der vollständigen Umsetzung 1) einer der beiden im Jahresbericht 2023 ausgesprochenen Empfehlungen und 2) einer der drei im Jahresbericht 2024 ausgesprochenen Empfehlungen, die bis Ende 2025 umgesetzt werden sollte.

Die Kommission nimmt die sachlich zutreffende Anmerkung zu **Empfehlung 2 aus dem Jahr 2023** zur Kenntnis, die teilweise umgesetzt wurde, obwohl die Kommission diese Empfehlung nicht angenommen hatte.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 9: NACHBARSCHAFT UND DIE WELT

## I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Rubrik 6 „Nachbarschaft und die Welt“ des EU-Haushalts umfasst mehrere Finanzierungsinstrumente, insbesondere das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt), das Instrument für Heranführungshilfe (IPA III), das Bewerberländer auf ihrem Weg zum Beitritt begleitet, und die Mittel für humanitäre Hilfe (HUMA) sowie andere gezielte Programme (z. B. das Europäische Instrument für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit). Im Rahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ will die EU mit Partnerländern zusammenarbeiten, mit dem Ziel, mittel- und langfristige Entwicklungsherausforderungen zu bewältigen, die Werte und Interessen der EU zu fördern und gleichzeitig den dringenden und unmittelbaren Bedarf zu decken. Das Instrument „NDICI/Europa in der Welt“ wird im Wege der direkten Mittelverwaltung (durch die Kommission und die EU-Delegationen in Drittländern) sowie im Wege der indirekten Mittelverwaltung (durch Einrichtungen wie Agenturen der EU-Mitgliedstaaten, internationale Organisationen oder Partnerländer) durchgeführt. Um die Wirkung der Unionsfinanzierung zu maximieren, kann die Unterstützung in Form von Finanzhilfen, öffentlichen Aufträgen, Budgethilfe, Haushaltsgarantien, Mischfinanzierungsmaßnahmen und finanziellem Beistand geleistet werden. Die Mittel für humanitäre Hilfe dienen dem Mandat, Leben zu retten und zu erhalten, menschliches Leid zu verhindern und zu lindern und die Integrität und Würde der Bevölkerungsgruppen, die von Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Krisen betroffen sind, selbst unter den schwierigsten Umständen zu wahren.

Die Kommission weist darauf hin, dass die Umsetzung des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“, des IPA III und der Mittel für humanitäre Hilfe häufig in einem risikobehafteten, komplexen und sich immer rasanter entwickelnden Umfeld stattfindet. Charakteristisch dabei ist die Vielfalt in Bezug auf

- die geografische Streuung und Abgelegenheit, was im Falle des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ und des IPA III viele EU-Delegationen weltweit betrifft;
- die Durchführungsstellen und Partnerländer mit ihren unterschiedlichen Verwaltungs- und Kontrollkapazitäten, die von kleinen lokalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) bis zu internationalen Organisationen und staatlichen Stellen reichen;
- die EU-Unterstützung für Begünstigte, die im Wege verschiedener Durchführungsmethoden bereitgestellt wird, die vom traditionellen Projektansatz bis hin zu innovativen Formen von Mischfinanzierungsmaßnahmen, Beiträgen zu globalen Instrumenten und sektorübergreifender humanitärer Hilfe reichen.

Die Kommission begrüßt die vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) gemeldeten positiven Ergebnisse, insbesondere die Tatsache, dass die geschätzte Fehlerquote für Rubrik 6 im Vergleich zum Vorjahr erheblich zurückgegangen ist, und zwar von 4,9 % auf 2,5 % (siehe **Ziffer 9.11**). Dieser erhebliche Rückgang der Fehlerquote ist auf die Verbesserung der Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge sowie auf die anhaltenden Bemühungen der Kommission zurückzuführen, ihre Verwaltungs- und Kontrollsysteme zu stärken (wie vom EuRH in **Kasten 9.3** dargelegt, wobei auf die wirksame Durchführung von Finanzhilfen durch die Kommission hingewiesen wird) und den Empfehlungen des EuRH nachzukommen. Die Kommission nimmt ferner mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der EuRH bei der Prüfung von Vorgängen mit internationalen Organisationen eine Verbesserung des Zugangs zu Dokumenten festgestellt hat. In den letzten Jahren hat die Kommission Fälle begrenzten Zugangs zu Dokumenten aufmerksam verfolgt und die Kommunikation mit den Empfängern von EU-Mitteln verbessert, um die vom EuRH in den Vorjahren festgestellten Einschränkungen abzumildern.

Des Weiteren nimmt die Kommission die Feststellungen des EuRH gebührend zur Kenntnis und ist entschlossen, geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, einschließlich gegebenenfalls der Einziehung nicht förderfähiger Ausgaben.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EURH

## 1. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

Die Kommission nimmt die vom EuRH geschätzte Fehlerquote von 2,5 % (siehe **Ziffer 9.11**) zur Kenntnis. Die Kommission wird die vom EuRH festgestellten Fehler durch geeignete Folgemaßnahmen mit den Empfängern von EU-Mitteln beheben.

In Reaktion auf einige Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der geprüften Vorgänge erläutert die Kommission die in diesem Kapitel des Jahresberichts des EuRH gemeldeten Fehler.

Für das Jahr 2025 liegen die von der Generaldirektion für internationale Partnerschaften (GD INTPA), der Generaldirektion Erweiterung und Östliche Nachbarschaft (GD ENEST), der Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golfregion (GD MENA) und der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO) sowie vom Dienst für außenpolitische Instrumente (FPI) berechneten Restfehlerquoten weiterhin unter der Wesentlichkeitsschwelle von 2 %. Die Bewertung der Höhe des Risikos erfolgt nach der Methodik der Kommission und wird in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz der Kommission für 2025 offengelegt.

In der jährlichen Fehlerquote des EuRH werden Fehler in Verträgen erfasst, die noch in den folgenden Geschäftsjahren von der Kommission kontrolliert und korrigiert werden können. Im Rahmen der Analyse der Restfehlerquote schätzt die Kommission die Fehlerquote auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe abgeschlossener Verträge, für die bereits alle Kontrollen durchgeführt wurden, und ermittelt so Fehler, die bei früheren Kontrollen möglicherweise übersehen wurden. Aufgrund dieses methodischen Unterschieds sind die vom EuRH ermittelte Fehlerquote und die von der GD INTPA, der GD ENEST, der GD MENA, der GD ECHO und dem FPI für das Jahr 2025 ermittelten Restfehlerquoten, auf die der überwiegende Teil der Ausgaben unter Rubrik 6 entfällt, nicht vergleichbar.

### Antwort auf Kasten 9.1

**Beispiel für indirekte Kosten, die in die Lohn- und Gehaltskosten aufgenommen wurden**

Die Kommission räumt ein, dass der EuRH bestimmte Personalkosten möglicherweise eher als mit der allgemeinen Funktionsweise der Organisation als mit der konkreten Maßnahme in Verbindung stehend ansieht. Die Kommission teilt die Auffassung, dass Personalkosten und sonstige Kosten, die eindeutig und ausschließlich einer bestimmten Maßnahme zuzuordnen sind, tatsächlich angefallen sind und ordnungsgemäß in der Buchführung des Begünstigten erfasst wurden (einschließlich angemessen aufgeteilter Kosten) und nicht bereits durch den Pauschalsatz für indirekte Kosten/Vergütungen abgedeckt sind, als direkte förderfähige Kosten behandelt werden sollten.

### Antwort auf Kasten 9.2

**Beispiel für falsch berechnete Personalkosten**

Die Kommission wird weiterhin Sensibilisierungsmaßnahmen für NRO durchführen, um sicherzustellen, dass die beiden in der einschlägigen Vereinbarung festgelegten Kostenberechnungsmethoden zur Ermittlung der Personalkosten auf der Grundlage von Einheitskosten strikt angewandt werden.

**Beispiel für Wechselkursdifferenzen, die dem Projekt angelastet wurden**

Die Kommission wird in ihren Leitlinien die Auslegung der geltenden Vorschriften für Verluste aufgrund von Wechselkursschwankungen präzisieren, um ein erneutes Auftreten dieser Art von Fehlern zu vermeiden.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 9.1 – Das Verfahren für die Auswahl von Sachverständigen verbessern

**Die Kommission sollte sicherstellen, dass im Rahmen ihres Verfahrens für die Zulassung von Sachverständigen bei Dienstleistungsaufträgen überprüft wird, ob die Berufserfahrung der Sachverständigen im Hinblick auf Dauer und Fachbereich der Leistungsbeschreibung entspricht.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** diese Empfehlung **an**.

Das Verfahren zur Überprüfung der Profile von Schlüsselexperten ist im Handbuch für Vergabeverfahren im Rahmen von EU-Außenmaßnahmen (PRAG) festgelegt. Um zu verhindern, dass

sich Fehler in diesem Bereich wiederholen, wird die Kommission die Anwendung dieses Verfahrens stärker in den Fokus rücken. Die Kommission wird auch überprüfen, ob das Genehmigungsverfahren für Sachverständige, die keine Schlüsselexperten sind, die Überprüfung ihrer Profile angemessen abdeckt.

## Empfehlung 9.2 – Die Kontrollen verstärken, um zu verhindern, dass Vergütungskosten als direkte Kosten akzeptiert werden

**Um das Risiko zu verringern, dass Kosten, die möglicherweise durch die Vergütung abgedeckt sind, fälschlicherweise als direkte Kosten im Rahmen der Lohn- und Gehaltskosten gemäß den Beitragsvereinbarungen anerkannt werden, sollte die Kommission weitere Leitlinien bereitstellen, in denen Folgendes klargestellt wird:**

**(a) die Unterscheidung zwischen direkten Kosten und Vergütung und**

**(b) das Erfordernis, dass in den geltend gemachten Lohn- und Gehaltskosten keine Ausgaben enthalten sind, bei denen es sich nicht um direkte förderfähigen Kosten handelt, die aber möglicherweise bereits durch die Vergütung abgedeckt sind.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** die Teile a und b der Empfehlungen 9.2 **an**.

## Weiterverfolgung früherer Empfehlungen

Was die Weiterverfolgung früherer Empfehlungen an die Kommission in diesem Kapitel betrifft (siehe **Ziffer 9.32, Anhang 9.2**), wurden drei Empfehlungen aus dem Jahresbericht 2022 als vollständig umgesetzt bewertet; eine dieser Empfehlungen (Empfehlung 3) wurde von der Kommission nicht angenommen, sodass keine Maßnahmen zu ihrer Umsetzung ergriffen wurden.

Европейски парламент Parlamento Europeo Evropský parlament Europa-Parlamentet Europäisches Parlament
Euroopa Parlament Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο European Parliament Parlement européen Parlaimint na hEorpa
Europski parlament Parlamento europeo Eiropas Parlaments Europos Parlamentas Európai Parlament
Parlament Ewropew Europees Parlement Parlament Europejski Parlamento Europeu Parlamentul European
Európsky parlament Evropski parlament Euroopan parlamentti Europaparlamentet

# ANTWORTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS

## KAPITEL 10: EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

## ANTWORTEN DES PARLAMENTS AUF DIE BEMERKUNGEN

### Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

**10.6.** Das Parlament nimmt die Bemerkungen des Rechnungshofs zur Kenntnis.

Wenngleich das Parlament keine förmliche Vereinbarung oder Absichtserklärung mit dem Verein Association Transport Scolaire de l'École Européenne (ATSEE) geschlossen hat, gibt es ein klares Verfahren, um sicherzustellen, dass alle übernommenen Kosten angemessen geprüft werden.

Der ATSEE legt eine Liste von Schülerinnen und Schülern vor, die die von ihr organisierte Schülerbeförderung nutzen und deren Eltern angegeben haben, dass sie für das Parlament arbeiten. Die Dienststelle des Parlaments, die für die Erstattung von Bildungskosten auf der Grundlage von Anhang VII Artikel 3 des Statuts zuständig ist, prüft, ob der betreffende Elternteil Bediensteter des Organs ist und Anspruch auf Erstattung der Bildungskosten für das in der Liste aufgeführte Kind hat. Etwaige Abweichungen werden dem ATSEE vor Ausstellung der Rechnung mitgeteilt. Dieses Verfahren kommt einmal pro Quartal eines jeden Schuljahres zur Anwendung.

Erfordert die Änderung einer Personalakte die Korrektur einer bereits ausgestellten Rechnung, stellt der ATSEE eine Gutschrift aus, die mit der nächsten Rechnung verrechnet wird. Bislang ist es zu keinen Streitigkeiten gekommen.

Angesichts der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Europäische Schule des Typs I besuchen, führt die direkte Zahlung der Beförderungskosten zu erheblichen Einsparungen von Verwaltungskosten und Haushaltsmitteln.

Um den vom Rechnungshof geäußerten Bedenken Rechnung zu tragen, wird das Parlament Maßnahmen ergreifen, um das Verfahren in einer schriftlichen Vereinbarung mit dem ATSEE zu formalisieren.

**10.7.** Das Parlament nimmt die Bemerkungen des Rechnungshofs zur Kenntnis.

Gemäß Artikel 1.4 der Haushaltsartikel-400-Regelung sind die Fraktionen gegenüber dem Parlament für die Verwendung der Mittel im Rahmen der Befugnisse, die ihnen zur Anwendung dieser Regelung vom Präsidium übertragen werden, verantwortlich. Sie sorgen dafür, dass die Mittel unter Beachtung dieser Bestimmungen verwendet werden, und treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Ausgaben zu unterbinden, die nicht der Regelung entsprechen.

Die Verwaltung des Parlaments hat die Fraktionen dennoch weiterhin bei der Verbesserung ihrer internen Haushaltsführung unterstützt, indem sie im November 2025 eine neue Schulung zur Auftragsvergabe durchgeführt hat, bei der es zusätzlich um die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und Interessenkonflikte ging. Auf Ersuchen der Fraktionen bieten die zuständigen Dienststellen des Parlaments jederzeit eine maßgeschneiderte Beratung zu allgemeinen Fragen und zu Einzelfällen. Die Verwaltung des Parlaments wird für die Fraktionen weiterhin Leitlinien bereitstellen und spezifische Schulungen anbieten.

**10.8.** Das Parlament nimmt die Bemerkungen des Rechnungshofs zur Kenntnis.

Damit der Auftragnehmer die vertraglich vereinbarten Dienstleistungen auf dem erforderlichen Niveau ausführen kann, ist aufgrund der technischen und organisatorischen Komplexität dieses Dienstleistungsrahmenvertrags ein langer Übergangszeitraum vonnöten, damit sich der Auftragnehmer die notwendigen Kenntnisse der IKT-Infrastruktur des Parlaments aneignen kann. In der Praxis handelt es sich bei diesem unverzichtbaren Lernprozess um eine Übernahmephase; gleichzeitig gibt es einen abschließenden Übergabezeitraum, in dem der neue und der scheidende Auftragnehmer den Auftrag parallel ausführen.

Daher ist es sinnvoll, dass die Möglichkeit besteht, einen Vertrag über „langfristige Dienstleistungen“ abzuschließen, bei dem der öffentliche Auftraggeber die Leistungen des Auftragnehmers länger als vier Jahre in Anspruch nehmen kann.

Folglich kann die maximale Laufzeit des Rahmenvertrags von sechs Jahren mit dem langen Zeitraum und der Schwierigkeit für den Auftragnehmer begründet werden, sich ein grundlegendes Verständnis der IKT-Infrastruktur des Parlaments anzueignen, was die Notwendigkeit einer anfänglichen Einführungsphase und eines abschließenden Übergangszeitraums aufzeigt.

Im Zusammenhang mit den vorstehenden Ausführungen ist das Parlament der Ansicht, dass eine Laufzeit des Rahmenvertrags von höchstens sechs Jahren rechtmäßig ist.

Dennoch räumt das Parlament ein, dass die für die längere Laufzeit dieses Rahmenvertrags vorgebrachte Begründung noch verbessert werden kann. Daher werden die Erläuterungen zu möglichen künftigen Rahmenverträgen mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren ausführlicher ausfallen.

**10.9.** Das Parlament nimmt die Bemerkungen des Rechnungshofs zum Mietvertrag für die Räumlichkeiten der Vertretung der Europäischen Kommission in Madrid zur Kenntnis.

Das Parlament hat seit dem im Jahr 2011 untersuchten Verfahren seinen internen Rahmen für Immobilienverträge, die nach Sondierung des lokalen Markts ausgehandelt werden, weiter gestärkt.

Es wurden spezielle schriftliche Leitlinien angenommen und die Dokumentationsanforderungen verschärft, um eine systematischere Erfassung der verschiedenen Phasen von Verhandlungsverfahren im Zusammenhang mit Immobilienverträgen zu gewährleisten.

Das Parlament ist weiterhin vollends bestrebt, sowohl die Einhaltung der Haushaltsordnung als auch die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung der Union sicherzustellen.

**10.26.** Das Parlament nimmt die Bemerkungen des Rechnungshofs zur Kenntnis.

Die Verwaltung des Parlaments ist der Ansicht, dass der bestehende Rechtsrahmen den Fraktionen bereits eindeutig die Verantwortung dafür überträgt, die wirksame Anwendung der internen Vorschriften und die Einhaltung der Vergabeverfahren sicherzustellen. Die Verwaltung des Parlaments bekräftigt, dass sie bereit ist, die einheitliche Umsetzung des geltenden Rahmens zu unterstützen, unter anderem durch Leitlinien, Schulungen und gegebenenfalls Ad-hoc-Klärung.

ANTWORT DES RATS DER EUROPÄISCHEN UNION
AUF DEN JAHRESBERICHT DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS FÜR DAS JAHR 2025
KAPITEL 10: EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG, PUNKT 10.10

Nach drei erfolglosen Versuchen, eine Bewerberin oder einen Bewerber mit einem bestimmten IT-Profil im Rahmen eines „Kaskaden“-Rahmenvertrags einzustellen, wurde beschlossen, von einem der vorab festgelegten Kriterien zur Berechnung der Jahre an Berufserfahrung abzuweichen, um eine vierte Bewerbung mit dem vorgesehenen höheren Profil zuzulassen. Diese Entscheidung war für die Institution wirtschaftlich von Vorteil, da alternative Möglichkeiten für eine Zulassung dieser Bewerbung ein anderes Profil mit höheren Kosten erfordert hätten. Mit dem Beschluss wurde auch sichergestellt, dass dringende und komplexe Arbeit durchgeführt werden konnte, wodurch dem weitreichenderen Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Leistungsorientierung Vorrang eingeräumt wurde.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 10: EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

# I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Die Kommission nimmt die Schlussfolgerung des EuRH zur Kenntnis, dass die geschätzte Fehlerquote bei den Ausgaben unter der Rubrik 7 „Europäische öffentliche Verwaltung“ unter der Wesentlichkeitsschwelle bleibt. Die Kommission ist der Auffassung, dass ihre Kontroll- und Überwachungssysteme hinreichende Gewähr für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge boten.

Mehrere Bemerkungen beziehen sich auf verfahrenstechnische Probleme im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge, die zu keinen tatsächlichen finanziellen Verlusten für den EU-Haushalt führen. Weitere Hintergrundinformationen und Erläuterungen liefert die Kommission in den nachstehenden ausführlichen Antworten.

Die Kommission setzt sich weiterhin für eine wirtschaftliche Haushaltsführung ein und hat Maßnahmen ergriffen, um die Governance im Beschaffungswesen zu stärken, die Überwachung der pensionsbezogenen Verfahren zu verbessern und ihre internen Kontrollstrukturen weiter auszubauen.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EuRH

## 1. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

In Bezug auf die Bemerkung zum Fehlen eines schriftlichen vertraglichen Rahmens für die Transportkostenzahlung in Luxemburg (Ziffer **10.6**) möchte die Kommission daran erinnern, dass sie den Beschluss C(2013) 8971 mit allgemeinen Durchführungsvorschriften zur Gewährung der Erziehungszulage anwendet. In Artikel 4 Absatz 2 dieses Beschlusses sind die Bedingungen für die Berechnung der Kosten je Schüler festgelegt.

Die Kommission möchte insbesondere zwei Punkte hervorheben. Erstens stellen die Elternvereinigungen den einzelnen Organen oder Einrichtungen der EU separate Rechnungen aus. Zweitens bearbeitet das Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) der Kommission nur die Rechnungen von Elternvereinigungen, die Kommissionsbedienstete betreffen. Die Kommission gleicht die von den Elternvereinigungen übermittelten Aufstellungen mit ihren internen Datenbeständen (Sysper) ab, um festzustellen, ob ein Anspruch auf die Erziehungszulage besteht. Diese *nachträglichen* Kontrollen führen zu Finanzkorrekturen bei den anschließend von den Elternvereinigungen vorgelegten Rechnungen (sowohl in Luxemburg als auch in Brüssel). Dieses System hat bisher gut funktioniert und es gab keine Streitigkeiten. Was die Kommission angeht, ist somit das vom EuRH angesprochene Risiko bisher nicht eingetreten. Dennoch hält es die Kommission

für zweckmäßig, das Verfahren in einer schriftlichen Vereinbarung mit der Association Transports de l'École Européenne (ATSEE) zu formalisieren; derzeit laufen Gespräche mit den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Europäischen Union (EUIBA) mit Sitz in Luxemburg, um einen koordinierten Ansatz sicherzustellen.

In Bezug auf die Bemerkung zur ungerechtfertigten Zahlung einer Wiedereinrichtungsbeihilfe an einen Ruhegehaltsempfänger (Ziffer **10.13**) räumt die Kommission den vom EuRH festgestellten Fehler im Hinblick auf einen Vorgang ein. Die Vorabkontrollen wurden seitdem durch Sensibilisierungsmaßnahmen und eine verbesserte Checkliste verstärkt.

Nach Dafürhalten der Kommission betreffen die Feststellungen zum Vorliegen wesentlicher Unterlagen (Ziffer **10.14**) und zu den Eignungs- und Zuschlagskriterien (Ziffer **10.17**) verfahrenstechnische Probleme. Die Kommission weist darauf hin, dass die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um das gebäudebezogene Vergabeverfahren weiter zu verbessern. Die standardmäßige Bearbeitung von Immobiliendossiers stellt nun dokumentierte Erkundungs-, Verwaltungs- und Validierungsschritte sicher. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese verfahrenstechnischen Probleme weder zu einem tatsächlichen finanziellen Verlust noch zu einem messbaren Schaden für den EU-Haushalt führen.

In Bezug auf die Bemerkung zu dem Vorgang im Zusammenhang mit einem gebäudebezogenen Vergabeverfahren unter der Verantwortung des Europäischen Parlaments (Ziffern **10.9** und **10.19**) hält es die Kommission für wichtig, die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit dieser konkreten Zahlung gesondert von früheren Verfahrensmängeln zu beurteilen. Der Zahlungsvorgang 2025 wurde in voller Übereinstimmung mit dem geltenden Mietvertrag, den geltenden vertraglichen Verpflichtungen und den vorherrschenden Marktbedingungen ausgeführt.

Die Kommission war zu keinem Zeitpunkt in der Lage, die Mängel im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren zu beheben oder erneut zu prüfen, da dieses außerhalb ihrer Zuständigkeit und ihres Einflussbereichs lag.

Dank der internen Kontrollsysteme der Kommission wurde das in der Feststellung zur Anwendung des Verhandlungsverfahrens (**Ziffer 10.15**) angesprochene Problem ermittelt und angegangen. Die Kommission hat dieses Problem unabhängig vom EuRH erkannt und gemeldet und in den jährlichen Tätigkeitsbericht 2025 des Amts für Gebäude, Anlagen und Logistik - Brüssel (OIB) der Kommission aufgenommen. Die Tatsache, dass das Problem erkannt und intern behoben wurde, zeigt, dass die internen Kontrollsysteme der Kommission wirksam funktionierten. In Bezug auf die Feststellung zur Preisanpassung (Ziffer **10.16**) stellt die Kommission fest, dass die Preisanpassungsklausel des Rahmenvertrags im Einklang mit der Haushaltsordnung objektiv, transparent und überprüfbar war. Die Kommission teilt daher nicht die Einschätzung des EuRH.

Die Feststellung in Ziffer **10.18** ergibt sich aus der Prüfung eines vom EuRH durchgeführten Vorgangs. Sie betrifft die Dauer der verlängerten Laufzeit des zugehörigen von der Kommission verwalteten Rahmenvertrags. Zu diesem Rahmenvertrag wurde bereits im Jahresbericht 2024 des EuRH (Ziffer **10.16**) dieselbe Bemerkung gemacht. Die Kommission weist erneut darauf hin, dass die Überschreitung der Vierjahresgrenze ordnungsgemäß begründet wurde und die (in der Haushaltsordnung festgelegten) rechtlichen Anforderungen vollständig und nachweislich erfüllt wurden. Die in den Auftragsunterlagen angegebene Begründung für die Verlängerung der Höchstlaufzeit des Rahmenvertrags über vier Jahre hinaus ist umfassend, wohlerwogen und verhältnismäßig. Durch die verlängerte Vertragslaufzeit sollten günstige Bedingungen für einen wirksamen Wettbewerb geschaffen – wie die Bestimmungen der Ausschreibungsunterlagen und der Ausgang des Verfahrens veranschaulichen – und die Kontinuität kritischer Infrastrukturen sichergestellt werden. Die Haushaltsordnung schreibt eine Begründung für Rahmenverträge mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren vor, doch verlangt sie keine Begründung für jedes weitere Jahr, das

über die Vierjahresgrenze hinausgeht. Die angegebene Fehlerquote entspricht weder dem tatsächlichen finanziellen Verlust noch ist sie ein Maß für den tatsächlichen Schaden.

## 2. Untersuchung von Elementen der internen Kontrollsysteme

Was die Bemerkung zur Ermittlung sensibler Stellen innerhalb des PMO (**Ziffer 10.22 Buchstabe a)** angeht, wurden sensible Stellen in allen Referaten des PMO ermittelt. Die Bewertung muss jedoch überprüft werden, insbesondere im Hinblick auf technologische Entwicklungen und eingebettete Kontrollen. Diese Überprüfung wurde bereits für ein Referat abgeschlossen und die Überprüfung eines zweiten Referats steht kurz vor dem Abschluss. Es handelt sich um einen fortlaufenden Prozess, der sich auf alle Referate des PMO erstrecken wird.

Was die Bemerkung zur Betrugsbekämpfungsstrategie und dem zugehörigen Aktionsplan (Ziffer **10.22 Buchstabe b**) betrifft, so wurden in den Entwurf der Betrugsbekämpfungsstrategie Anmerkungen und Empfehlungen des OLAF aufgenommen; er wird derzeit einer Peer-Review unterzogen.

In Bezug auf die Bemerkungen zu den automatisierten Kontrollen des Anspruchs von Ruhegehaltsempfängern auf fortgesetzte Ruhegehaltszahlungen, einschließlich der Überwachung und der Bearbeitung von Lebensnachweisen (Ziffer **10.23**), bekräftigt die Kommission ihre Zusage, die Compliance- und Überwachungsverfahren innerhalb des PMO zu verstärken. Derzeit läuft eine groß angelegte Maßnahme (die sich auf fast 600 Ruhegehaltsempfänger erstreckt) zur Überprüfung und Rückverfolgung fehlender Lebensnachweise. Ein formelles Verfahren zur Bearbeitung von Lebensnachweisen und zur Überprüfung der Identität von Ruhegehaltsempfängern wird derzeit ausgearbeitet. Zur Information: Die Überprüfung der Zugangsrechte wurde abgeschlossen und wird künftig von den zuständigen Dienststellen jährlich durchgeführt.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 10.1 – Die Kontrollen zur Überprüfung des Anspruchs von Ruhegehaltsempfängern auf fortgesetzte Ruhegehaltszahlungen verbessern

**Das PMO sollte**

**a) seine Überwachungsprozesse stärken, um fehlende Lebensnachweise von Ruhegehaltsempfängern zu ermitteln und weiterzuverfolgen, und**

**b) formelle Verfahren für die Bearbeitung von Lebensnachweisen in seinem IT-System und für die Überprüfung der Identität von Ruhegehaltsempfängern einführen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Mitte 2027.**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung 10.1 Buchstabe a **an**. Die Kommission verstärkt die Compliance- und Überwachungsverfahren innerhalb des PMO. Derzeit läuft eine groß angelegte

Maßnahme (die sich auf fast 600 Ruhegehaltsempfänger erstreckt) zur Überprüfung und Rückverfolgung fehlender Lebensnachweise.

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung 10.1 Buchstabe b **an**. Ein formelles Verfahren zur Bearbeitung von Lebensnachweisen und zur Überprüfung der Identität von Ruhegehaltsempfängern wird derzeit ausgearbeitet.

Diese Maßnahmen sind Teil der umfassenderen Bemühungen der Kommission, die Compliance- und Überwachungsverfahren innerhalb des PMO zu stärken.

# ANTWORTEN DES GERICHTSHOFS DER EUROPÄISCHEN UNION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS KAPITEL 10: EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

**10.6.**

Zu der Feststellung, dass ein schriftlicher Vertragsrahmen für die Zahlung von Beförderungskosten in Luxemburg fehle (Abschnitt 10.6.), möchte der Gerichtshof darauf hinweisen, dass der für ihn bestehende allgemeine Rahmen, der über die letzten 20 Jahre unverändert geblieben ist, auf dem Beschluss des Verwaltungsausschusses des Gerichtshofs vom 12. Mai 2004 über die allgemeinen Durchführungsbestimmungen zu Art. 3 des Anhangs VII des Statuts (im Folgenden: Beschluss) beruht.

Art. 4 Abs. 2 des Beschlusses regelt den speziellen Fall des von einer Elternvereinigung (ATSEE) organisierten Schultransports und ist von der Verwaltung des Gerichtshofs stets als Rechtsgrundlage der Zahlungen angesehen worden. Nach unserer Kenntnis stellt sich die Situation bei den anderen Unionsorganen, die ähnliche Durchführungsbestimmungen erlassen haben, ebenso dar.

Die derzeitige Vorgehensweise beruht auf einem pragmatischen Mechanismus, bei dem die Verwaltungen der Unionsorgane als Vermittler zwischen ihren Bediensteten und der Vereinigung ATSEE handeln. Nach dem bestehenden System entrichtet jedes Organ die Zahlungen an ATSEE im Namen seiner Bediensteten auf der Grundlage der von diesen eingereichten Ausbildungsnachweise. Mit anderen Worten sind die Zahlungen des Gerichtshofs an ATSEE nach unserer Auffassung schlicht Zahlungen, die auf der Grundlage von Art. 3 des Anhangs VII des Statuts (indirekt) an die Eltern geleistet werden.

Der Gerichtshof vergleicht die von ATSEE vorgelegten Listen mit seinen internen Datenquellen (Sysper), um festzustellen, ob ein Anspruch auf die Erziehungszulage besteht. Diese nachträgliche Kontrolle führt zu finanziellen Berichtigungen in späteren von ATSEE gestellten Rechnungen. Trotz des Fehlens einer förmlichen Vereinbarung mit ATSEE hatte der Gerichtshof bisher weder Streitigkeiten noch Schwierigkeiten bei der Berichtigung von Fehlern bei der Rechnungstellung.

Gleichwohl hält es der Gerichtshof für nützlich, das Verfahren durch eine schriftliche Vereinbarung mit ATSEE zu formalisieren, um die Verantwortlichkeiten aller Beteiligten besser festzulegen; derzeit laufen Gespräche mit anderen Unionsorganen, die ihren Sitz in Luxemburg haben, um eine koordinierte Vorgehensweise sicherzustellen.

# ANTWORTEN DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS

# KAPITEL 10: EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

## Ziffern 10.5, 10.18 und 10.20

Das Vergabeverfahren für diesen Rahmenvertrag wurde nicht von den Verwaltungsdienststellen des Europäischen Rechnungshofs verwaltet.

Der Vertrag umfasst Ausrüstung und freiberufliche Dienstleistungen zur Unterstützung der kritischen IKT-Infrastruktur des Organs, wo Kontinuität, Stabilität und langfristige Unterstützung von wesentlicher Bedeutung sind. Bei den betreffenden Technologien handelt es sich nicht um Alltagswaren, sondern um Schlüsselkomponenten betriebskritischer Systeme, deren Austausch oder Migration erhebliche technische, operationelle und finanzielle Risiken mit sich bringt.

Daher könnte es unverhältnismäßig sein, solche Technologien alle vier Jahre zu ersetzen. Der Rechnungshof verfügt nur über begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen, um wiederkehrende groß angelegte technologische Erneuerungen dieser Art durchzuführen. Ein solcher Ansatz würde erhebliche Übergangskosten verursachen, die operationellen Risiken erhöhen und möglicherweise die Kontinuität wesentlicher Dienstleistungen gefährden.

Dieselben Erwägungen gelten für die vom Vertrag abgedeckten freiberuflichen Dienstleistungen. Angesichts der begrenzten Zahl an internem Unterstützungspersonal sind die Kontinuität des Fachwissens und die Aufrechterhaltung der Kenntnisse des technischen Umfelds von entscheidender Bedeutung. Häufige Wechsel von Auftragnehmern würden zu Wissensverlusten, zusätzlichen Einarbeitungs- und Schulungsmaßnahmen sowie einem erhöhten operationellen Risiko führen.

Ferner muss die Marktstruktur für die betreffenden Lösungen berücksichtigt werden. Die verlängerte Laufzeit kann ein ausreichendes Marktinteresse und eine angemessene Beteiligung gewährleisten, ohne die die Verfügbarkeit technischer Lösungen und spezialisierter Unterstützungsdienste, die für die Aufrechterhaltung kritischer Infrastrukturen erforderlich sind, beeinträchtigt werden könnte.

Darüber hinaus garantierte der Rahmenvertrag den Auftragnehmern nicht, dass sie tatsächlich Aufträge erhalten, da für die meisten Aufträge ein erneuter Aufruf zum Wettbewerb erforderlich war. Die verlängerte Laufzeit verschaffte daher keinem Anbieter eine Alleinstellung auf dem Markt, sondern gewährleistete vielmehr die Kontinuität wettbewerblicher Anforderungen bei der Auftragsvergabe.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 11: Aufbau- und Resilienzfazilität

## I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Die Europäische Kommission nimmt das Kapitel 11 des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) zur Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zur Kenntnis.

Im Jahr 2025 bewertete die Kommission 37 Zahlungsanträge, die 1 174 Etappenziele und Zielwerte betrafen, von denen 11 für nicht zufriedenstellend erreicht befunden wurden. 87,3 Mrd. EUR an Finanzhilfen und Darlehen wurden auf der Grundlage von 1 163 zufriedenstellend erreichten Etappenzielen und Zielwerten ausgezahlt, darunter fünf im Zusammenhang mit der Aufhebung der 2025 vorgenommenen Aussetzungen. Der EuRH überprüfte 420 Etappenziele und Zielwerte, die sämtliche Zahlungen von Finanzhilfen abdeckten. Davon ermittelte der EuRH lediglich für 16 Etappenziele und Zielwerte im Zusammenhang mit neun Zahlungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität an neun Mitgliedstaaten Feststellungen „mit finanziellen Auswirkungen“. Bei den übrigen 404 geprüften Etappenzielen und Zielwerten, die 96 % der geprüften Grundgesamtheit ausmachen, stellte der EuRH keine finanziellen Probleme fest.

In Bezug auf die Einhaltung der Voraussetzungen für Zahlungen und für die Gewährung von Unterstützung weist die Kommission darauf hin, dass die 16 Feststellungen des EuRH mit finanziellen Auswirkungen (**Ziffer 11.11**) 1,5 % der von der Kommission im Jahr 2025 bewerteten Etappenziele und Zielwerte im Zusammenhang mit Finanzhilfen ausmachen.

Die zehn Feststellungen des EuRH, bei denen dieser mit der Bewertung der Kommission hinsichtlich der „zufriedenstellenden Erreichung von Etappenzielen und Zielwerten“ nicht einverstanden ist, sind auf fallspezifische Unterschiede in der Auslegung entweder der vom Rat festgelegten rechtlichen Anforderungen oder der vom betreffenden Mitgliedstaat zum Nachweis der Erfüllung dieser Anforderungen vorgelegten Nachweise durch den EuRH zurückzuführen. Die Kommission hat die Analysen und Schlussfolgerungen des EuRH für die einzelnen Fälle sorgfältig geprüft und blieb bei ihrer Auffassung, dass die Etappenziele und Zielwerte in fast allen von ihr im Jahr 2025 positiv bewerteten Fällen zufriedenstellend erreicht wurden. In Bezug auf ein Etappenziel hat die Kommission auf der Grundlage der vom EuRH ermittelten Fakten dem betreffenden Mitgliedstaat den Entwurf eines Überprüfungsberichts übermittelt, in dem sie gemäß Artikel 12 der ARF-Finanzierungsvereinbarung zusätzliche Informationen und Nachweise für die zufriedenstellende Erreichung dieses Etappenziels anforderte. Die Kommission ist auf der Grundlage der vom Mitgliedstaat vorgelegten zusätzlichen Nachweise der Auffassung, dass das Etappenziel zufriedenstellend erreicht wurde. In diesem Zusammenhang dankt die Kommission dem EuRH für seine sorgfältige Analyse. Die Kommission weist ferner darauf hin, dass sie für den Fall, dass sie den Feststellungen des EuRH zugestimmt hätte, die von ihr veröffentlichte Methode zur Aussetzung[1] in

[1] COM(2023) 99 final vom 21.2.2023: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Zwei Jahre Aufbau- und Resilienzfazilität: Ein einzigartiges Instrument im Zentrum des ökologischen und digitalen Wandels in Europa.

manchen Fällen anders angewandt hätte, um den Fortschritten bei der Umsetzung und/oder der Bedeutung der Maßnahme in vollem Umfang Rechnung zu tragen.

Die übrigen vier Feststellungen des EuRH zum Förderzeitraum der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie die zwei Feststellungen des EuRH zur „Doppelfinanzierung" beruhen auf Unterschieden bei der Auslegung der Rechtsvorschriften der ARF-Verordnung. Diese Unterschiede in der Auslegung haben in den vergangenen Jahren zu ähnlichen Feststellungen des EuRH geführt, und es ist zu erwarten, dass sich dieses Muster über die gesamte Laufzeit der Aufbau- und Resilienzfazilität fortsetzen wird. Nach den Empfehlungen des EuRH veröffentlichte die Kommission Leitlinien zur Doppelfinanzierung und Förderfähigkeit[2]. Gleichwohl vertritt der EuRH in beiden Fragen (Doppelfinanzierung und Förderfähigkeit) eine andere Auffassung als die Kommission und die Mitgliedstaaten. Die Kommission hält daran fest, dass ihre Auslegung der Rechtsvorschriften voll und ganz im Einklang mit dem geltenden Rechtsrahmen steht, und weist darauf hin, dass sie die Differenzen in dieser Phase der Durchführung angesichts des Auslaufens der Aufbau- und Resilienzfazilität im Dezember 2026 nicht mehr ausräumen kann. Darüber hinaus erinnert die Kommission daran, dass Feststellungen zur Förderfähigkeit aus ihrer Sicht keinen Einfluss auf die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität haben. Wie in den Antworten der Kommission auf die Jahresberichte 2022, 2023 und 2024 des EuRH dargelegt, entscheidet der Rat auf Basis der von der Kommission im Rahmen der Bewertung der Aufbau- und Resilienzpläne durchgeführten Prüfung der Förderfähigkeit von Maßnahmen im Wege eines Durchführungsbeschlusses des Rates darüber, ob eine Maßnahme förderfähig ist oder nicht. Die Kommission kann sich in der Zahlungsphase in der Frage, ob eine Maßnahme förderfähig ist oder nicht, nicht über den Rat hinwegsetzen. Die Kommission erinnert daran, dass sie prüft, ob die Nachweise dem Konzept des Beginns der Förderfähigkeit entsprechen, das sowohl von ihr selbst als auch von den Mitgliedstaaten angewandt wird, bestätigt jedoch, dass sie nicht überprüft, ob der Auslegung des EuRH entsprochen wird.

Wie schon in den Vorjahren enthält der Bericht des EuRH Feststellungen zu „Schwachstellen" bezüglich der vorläufigen Bewertung der Kommission (**Ziffer 11.22**), zur Dokumentation der Mitgliedstaaten bei der Einreichung von Zahlungsanträgen (**Ziffer 11.38**) und zur Gestaltung von Maßnahmen im Durchführungsbeschluss des Rates (**Ziffer 11.51**). Die Kommission weist darauf hin, dass der EuRH in vielen Fällen mehrere Feststellungen auf der Grundlage eines einzigen Falls trifft. Dies gilt beispielsweise für den Fall, dass der EuRH feststellt, dass ein Zielwert nicht zufriedenstellend erreicht wurde, und, da die Kommission zu einer anderen Schlussfolgerung gelangt ist, zugleich eine „Schwachstelle bei der Bewertung der Kommission" feststellt. Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der EuRH in Bezug auf mehr als der Hälfte der Etappenziele oder Zielwerte, bei denen er Probleme feststellt, zwei oder mehr Feststellungen trifft. Die Kommission ist daher der Auffassung, dass die Anzahl der Etappenziele und Zielwerte, in Bezug auf die der EuRH Feststellungen ermittelt, einen genaueren Hinweis auf die Anzahl der verschiedenen Probleme liefert als die Gesamtzahl der Feststellungen, da sich mehrere Feststellungen auf dasselbe Etappenziel oder denselben Zielwert beziehen können.

Die Kommission begrüßt, dass der EuRH die Fortschritte bei der Umsetzung der Prüfungsempfehlungen anerkennt. Dieses Ergebnis wurde durch eine klar definierte Methodik, eine kontinuierliche und enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sowie eine rigorose Weiterverfolgung durch die Kommission erzielt. Die letzte Phase und der Abschluss der Aufbau- und Resilienzfazilität bedeuten nicht das Ende der Weiterverfolgung der Prüfungsempfehlungen; die Kommission wird vielmehr deren Umsetzung in dieser Zeit streng überwachen und hat entsprechend

[2] COM(2024) 474, Anhang II „*Förderfähigkeit von Maßnahmen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität – Beginn förderfähiger Maßnahmen*" und Anhang IV „*Das Konzept der Doppelfinanzierung im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität*".

angekündigt, dass sie ihre die Aufbau- und Resilienzfazilität betreffende Prüfungstätigkeit im Jahr 2027 und darüber hinaus fortsetzen wird.

Was die Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung der Einhaltung der Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und für staatliche Beihilfen betrifft, nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass der EuRH einige Unregelmäßigkeiten bei den Vergabe- und Beihilfeverfahren ermittelt hat. Die Kommission wird über die angemessenen Folgemaßnahmen zu diesen Feststellungen im Hinblick auf die betroffenen Mitgliedstaaten entscheiden. Diese Unregelmäßigkeiten stellen jedoch die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen nicht infrage, da die Leistung von Zahlungen an die Mitgliedstaaten auf EU-Ebene ausschließlich auf der zufriedenstellenden Erreichung der einschlägigen Etappenziele und Zielwerte beruht. Im Hinblick auf staatliche Beihilfen teilt die Kommission insbesondere nicht die Auslegung des EuRH, dass in Dänemark gegen die De-minimis-Verordnung verstoßen wurde. Im Hinblick auf einen anderen Mitgliedstaat (Frankreich) sind die Feststellungen des EuRH nach dem Verständnis der Kommission verfahrenstechnischer Natur (z. B. Fehlen eines Prüfpfads) (**Ziffer 11.37**). Ganz allgemein erinnert die Kommission daran, dass es im Falle staatlicher Beihilfen nach wie vor in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt, die Einhaltung der geltenden Vorschriften sicherzustellen, und dass die Mitgliedstaaten der Kommission alle staatlichen Beihilfemaßnahmen melden müssen, die nicht unter Freistellungsverordnungen für staatliche Beihilfen fallen.

Der EuRH berichtet auch über einen neuen Prüfungsschwerpunkt, der die Analyse von Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates betrifft. Die ARF-Verordnung räumt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein, zur Lösung von Problemen bei der Umsetzung eine Änderung der Durchführungsbeschlüsse des Rates zu beantragen, wenn *„der Aufbau- und Resilienzplan einschließlich der relevanten Etappenziele und Zielwerte … teilweise oder vollständig nicht mehr durchzuführen“*[3] ist. Die Kommission bewertet jeden Antrag auf der Grundlage einer detaillierten Analyse im Einklang mit den in der ARF-Verordnung[4] festgelegten Kriterien. Im Falle einer positiven Bewertung veröffentlicht die Kommission einen Vorschlag für einen neuen Durchführungsbeschluss zur Prüfung durch den Rat, der den endgültigen Beschluss fasst. Im Einklang mit der gesetzgeberischen Intention, dass Etappenziele und Zielwerte erreichbar sein sollten, können die Mitgliedstaaten beispielsweise beantragen, den Umfang einer Maßnahme und die dafür veranschlagten Kosten entsprechend zu verringern (solange die geschätzten Gesamtkosten noch der Zuweisung entsprechen) oder unnötige Zwischenziele zur Verringerung des Verwaltungsaufwands zu streichen. Die Kommission nimmt die Bedenken des EuRH hinsichtlich der internen Führung von Aufzeichnungen zur Kenntnis, ist jedoch der Auffassung, dass alle Änderungen im Einklang mit der Rechtsgrundlage erfolgt sind.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der EuRH angesichts des Auslaufens der ARF im Dezember 2026 keine weiteren Empfehlungen zur ARF ausspricht (**Ziffer 11.62**), und begrüßt diesen pragmatischen Ansatz. In Bezug auf die Empfehlungen in den Jahresberichten 2022, 2023 und 2024 des EuRH ist die Kommission der Auffassung, dass alle Empfehlungen in dem Umfang umgesetzt wurden, in dem sie in ihren ursprünglichen Antworten angenommen wurden.

[3] Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF-Verordnung), Artikel 21 Absatz 1.
[4] ARF-Verordnung, Artikel 22 und Anhang V.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EuRH

## 1. Bewertung der Einhaltung der Voraussetzungen für Zahlungen und für die Gewährung von Unterstützung

### *Erreichung von Etappenzielen und Zielvorgaben*

Um eine ARF-Zahlung zu erhalten, muss der Mitgliedstaat eine Reihe vorab festgelegter Etappenziele (qualitative Indikatoren) und Zielwerte (quantitative Indikatoren) erreichen, anhand derer die Fortschritte bei der Durchführung der Reformen und Investitionen im Aufbau- und Resilienzplan gemessen werden. Gemäß der ARF-Verordnung muss die Kommission bewerten, ob die einzelnen Etappenziele und Zielwerte „zufriedenstellend erreicht" wurden. Im Februar 2023 veröffentlichte die Kommission einen Rahmen, in dem sie darlegt, wie sie bewertet, ob ein Etappenziel oder Zielwert im Einklang mit der Rechtsgrundlage zufriedenstellend erreicht wurde[5]. Die Kommission prüft für jedes Etappenziel bzw. jeden Zielwert alle von den Mitgliedstaaten vorgelegten Nachweise und legt ihre Analyse in einer öffentlichen „vorläufigen Bewertung" dar[6]. Bevor die Kommission einen Beschluss annimmt und eine Zahlung leistet, erhält sie vom Wirtschafts- und Finanzausschuss und von einem speziellen Ausschuss von Sachverständigen der Mitgliedstaaten[7] jeweils eine Stellungnahme zur vorläufigen Bewertung. In Bezug auf die **Ziffern 11.13** und **11.14** ist die Kommission daher der Auffassung, dass jede Zahlungsentscheidung sowohl transparent ist als auch einer strengen Kontrolle unterliegt.

Von den 420 Etappenzielen und Zielwerten, die er überprüft hat, kam der EuRH in zehn Fällen zu einem anderen Ergebnis als die Kommission. In allen diesen Fällen war dies – wie in den Vorjahren – entweder auf eine andere Auslegung der Anforderungen oder auf ein anderes Urteil in der Frage zurückzuführen, ob die vorgelegten Nachweise belegen, dass diese Anforderungen erfüllt sind.

In Bezug auf die Erreichung des polnischen Etappenziels B5G „Inkrafttreten der Verordnung zur Festlegung von Qualitätsstandards für feste Biomasse-Brennstoffe" (**Kasten 11.1**) vertrat die Kommission die Auffassung, dass das Etappenziel B5G das Inkrafttreten einer Verordnung zur Festlegung von Qualitätsstandards für Holzpellets und -briketts (und nicht für alle Arten von zur Verwendung in Haushalten bestimmter Biomasse) verlangte (unter Ausschluss insbesondere auch von Anti-Smog-Verordnungen). Diese Auslegung wird unter anderem durch die Beschreibung der Maßnahme im Durchführungsbeschluss des Rates (Nachweise aus der Zeit vor der Annahme des ursprünglichen ARP) sowie durch die Tatsache gestützt, dass der polnische Rechtsrahmen zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des ARP keine angemessenen Qualitätsstandards für Holzpellets umfasste. Demgegenüber gab es bereits geeignete Qualitätsstandards für andere Arten fester Biomasse-Brennstoffe sowie insbesondere auch regionale Anti-Smog-Verordnungen. Daher teilt die Kommission nicht die Auffassung des EuRH, dass das Etappenziel nicht zufriedenstellend erreicht wurde. Zudem weist die Kommission darauf hin, dass die Maßnahme, würde man der Auslegung der Anforderungen des Etappenziels durch den EuRH (wonach die Erreichung des Etappenziels auch

[5] COM(2023) 99, Anhang I – Rahmen für die Bewertung der Etappenziele und Zielwerte gemäß der ARF-Verordnung.

[6] Alle Unterlagen sind über die länderspezifischen Websites der Aufbau- und Resilienzfazilität abrufbar; https://commission.europa.eu/business-economy-euro/economic-recovery/recovery-and-resilience-facility/country-pages_en.

[7] Ausschuss für die Aufbau- und Resilienzfazilität; alle Sitzungsunterlagen sind abrufbar unter https://ec.europa.eu/transparency/comitology-register/screen/committees/C102400/consult?lang=de.

andere Arten fester Biomasse wie Brennholz hätte umfassen müssen) folgen, als nicht im Rahmen der ARF förderfähig statt als nicht zufriedenstellend erreicht angesehen worden wäre. Und zwar deshalb, weil diese Qualitätsstandards in Polen vor dem 1. Februar 2020 angenommen und umgesetzt wurden.

In Bezug auf die beiden das Justizsystem betreffenden Meilensteine in Polen (**Ziffer 11.14**) hält die Kommission an ihren Antworten[8] auf den Jahresbericht 2024 des EuRH fest. Die Kommission weist darauf hin, dass sie bereits 2024 Mittel für diese Etappenziele ausgezahlt hat. Der EuRH legt im Jahresbericht 2025 aktuelle Informationen zu diesem Fall aus dem Jahr 2024 vor, verzichtet jedoch vorerst auf eine Schlussfolgerung anhand der ihm zur Verfügung stehenden Informationen. Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der EuRH die künftigen Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union abwartet, bevor er eine Schlussfolgerung zieht. Die Kommission weist darauf hin, dass sie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der polnischen Kammer für Berufshaftpflicht im Jahr 2024 auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Bewertung bestehenden Rechtsprechung überprüfen musste und bei der Feststellung, ob die Etappenziele zufriedenstellend erreicht wurden, keine Urteile heranziehen konnte, die Jahre später ergangen sind. Wie in der einschlägigen vorläufigen Bewertung[9] erläutert, hält die Kommission an ihrer Bewertung der Etappenziele fest.

## *Förderzeitraum der Aufbau- und Resilienzfazilität*

Was die vier Feststellungen zum Förderzeitraum der Aufbau- und Resilienzfazilität betrifft, bestehen, wie auch der EuRH festgestellt hat (**Ziffern 11.15** bis **11.17**), zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten einerseits und dem EuRH andererseits nach wie vor Differenzen bei der Auslegung im Hinblick auf den „Beginn" einer Maßnahme. In diesem Zusammenhang verweist die Kommission auf ihre Antworten[10] auf die Jahresberichte 2023 und 2024 des EuRH.

Als Reaktion auf eine frühere Empfehlung des EuRH[11] veröffentlichte die Kommission im Oktober 2024 zusätzliche Leitlinien[12], in denen sie die beiden Tests darlegte, die sie zur Gewährleistung eines kohärenten Ansatzes durchgeführt hatte: 1) *„Hat die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahme erst am oder nach dem 1. Februar begonnen?"* und 2) *„Sind die Kosten für diese Durchführung erst am oder nach dem 1. Februar entstanden? Sind die gesamten Kosten (gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010)) nach dem 1. Februar 2020 erfasst worden?"* Die Kommission weist darauf hin, dass die Maßnahmen, für die der EuRH diese Art von Feststellung meldet, beide Tests bestanden haben.

## *Doppelfinanzierung*

Wie in den Antworten[13] auf die Jahresberichte 2022 und 2024 des EuRH sowie in der Antwort auf einen speziellen Sonderbericht des EuRH zu diesem Thema dargelegt, wendet der EuRH ein anderes Konzept der „Doppelfinanzierung" an als die Kommission und die Mitgliedstaaten. Der EuRH vertritt die Ansicht, dass eine *„Doppelfinanzierung vorliegt, wenn dieselben zugrunde liegenden Kosten eines Etappenziels oder Zielwerts zweimal finanziert und/oder wenn dieselben Leistungen zweimal geltend gemacht und somit zweimal finanziert werden"* (**Ziffer 11.19**). Im Gegensatz dazu folgt die

[8] Antworten der Kommission auf Kapitel 11 des Jahresberichts 2024 des EuRH, Seite 485f.
[9] Siehe „Positive preliminary assessment of the satisfactory fulfilment of milestones and targets related to the first payment request", vorgelegt von Polen am 15. Dezember 2023, von der Kommission an den Wirtschafts- und Finanzausschuss übermittelt (52bd45c7-da37-4ba0-b623-95da8cdad7f9_en)
[10] Antworten der Kommission auf Kapitel 11 des Jahresberichts 2023 des EuRH, Seite 485.
[11] Antworten der Kommission auf Kapitel 11 des Jahresberichts 2023 des EuRH, Seite 491.
[12] COM (2024) 474, Anhang II: *„Förderfähigkeit von Maßnahmen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität – Beginn förderfähiger Maßnahmen"*.
[13] Antworten der Kommission auf Kapitel 11 des Jahresberichts 2022 des EuRH, S. 453; Antworten der Kommission auf Kapitel 11 des Jahresberichts 2024 des EuRH, Seite 486.

Kommission dem in der ARF-Verordnung festgelegten Konzept der Doppelfinanzierung: Demnach wird „*die Unterstützung im Rahmen der Fazilität […] zusätzlich zu der Unterstützung aus anderen Programmen und Instrumenten der Union gewährt. Reformen und Investitionsvorhaben können aus anderen Programmen und Instrumenten der Union unterstützt werden, sofern mit dieser Unterstützung nicht dieselben Kosten gedeckt werden*“. Dies bedeutet, dass die Unterstützung der EU für eine einzelne Maßnahme aus mehreren Instrumenten stammen kann, sofern mit diesen „*nicht dieselben Kosten gedeckt werden*“. In diesem Zusammenhang ist das Konzept der Doppelfinanzierung jedoch sowohl in der Haushaltsordnung als auch in der ARF-Verordnung an die Kosten geknüpft. Die Kommission hat Leitlinien[14] bereitgestellt, in denen erläutert wird, wie das kostenbasierte Konzept der Doppelfinanzierung auf die leistungsbasierte Umsetzungslogik der Aufbau- und Resilienzfazilität anzuwenden ist.

Die Kommission weist zudem darauf hin, dass die Aufnahme in die Aufbau- und Resilienzpläne von Reformen, die größtenteils keine Kosten verursachen, eine wesentliche Voraussetzung für eine positive Bewertung dieser Pläne durch die Kommission ist und daher in der ARF-Verordnung ausdrücklich vorgesehen und sogar vorgeschrieben ist. In verschiedenen Erwägungsgründen der ARF-Verordnung sind mögliche Reformmaßnahmen aufgeführt, die wahrscheinlich keine direkten Kosten verursachen, wie z. B. Reformen zur Stärkung des sozialen Dialogs oder zur Minimierung des Verwaltungsaufwands. Damit wird deutlich, dass das Europäische Parlament und der Rat erwartet und sogar gefordert haben, dass Null-Kosten-Maßnahmen in die Aufbau- und Resilienzpläne aufgenommen werden. Da mit der Umsetzung dieser Reformen in vielen Fällen keine Kosten verbunden sind, gibt der Mitgliedstaat in der Kostenschätzung, die bei der Ausarbeitung des Aufbau- und Resilienzplans vorgelegt wird, „keine Kosten“ an. Gemäß seinem Konzept betrachtet der EuRH Maßnahmen, zu deren Durchführung mit anderen Mitteln als den ARF-Mitteln sich die Mitgliedstaaten verpflichtet haben, als „finanziert“ oder als „doppelfinanziert“, sofern ein Beitrag aus anderen EU-Fonds geleistet wird.

Die im Bericht des EuRH enthaltene Feststellung zur „Doppelfinanzierung“ in Bezug auf das lettische Etappenziel 144 „*Annahme der Personalkartierung im Gesundheitswesen*“ (**Kasten 11.2**) zeigt dieses Problem auf. Während der EuRH erklärt, dass die „*‚Bestandsaufnahme von Angehörigen der Gesundheitsberufe‘ bereits vollständig aus dem EU-Instrument für technische Unterstützung finanziert worden war*“, ist die Kommission der Auffassung, dass in diesem Fall per definitionem keine Doppelfinanzierung vorliegen kann, da der Mitgliedstaat keine Kosten in Bezug auf dieses Etappenziel geltend gemacht hat. Außerdem stellt das Instrument für technische Unterstützung dem Mitgliedstaat keine Mittel zur Verfügung, sondern verpflichtet ihn, Personal und Ressourcen zur Unterstützung der Projektdurchführung zur Verfügung zu stellen. Dieselben Kosten konnten daher unmöglich sowohl durch die Aufbau- und Resilienzfazilität als auch durch das Instrument für technische Unterstützung gedeckt werden. Darüber hinaus weist die Kommission darauf hin, dass das Instrument für technische Unterstützung unabhängig von jeder geleisteten Unterstützung selbst keine „Annahme“ einer solchen Strategie gewährleisten kann, die von den Maßnahmen und der Unterstützung der nationalen Behörden abhängt.

## 2. Untersuchung ausgewählter Überwachungs- und Kontrollsysteme

### *Schwachstellen im Zusammenhang mit der Bewertung des Zahlungsantrags*

Der EuRH weist auf 40 Fälle von „Schwachstellen bezüglich der Bewertung durch die Kommission“ hin (**Ziffer 11.22**). Diese Fälle betreffen ein breites Spektrum von Feststellungen, die beispielsweise

[14] COM(2024) 474, Anhang IV: „*Das Konzept der Doppelfinanzierung im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität*“.

das Fehlen spezifischer Unterlagen oder die Tatsache betreffen, dass die Kommission ein Element nicht eigens überprüft hat, das nach Ansicht des EuRH hätte geprüft werden müssen. Die Kommission erkennt einige dieser Feststellungen an, ist jedoch mit den meisten von ihnen nicht einverstanden.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der EuRH in Bezug auf Feststellungen mit finanziellen Auswirkungen 12 „Schwachstellen bezüglich der Bewertung der Kommission“ (**Ziffer 11.22**) ermittelt hat. In Fällen, in denen der EuRH der Auffassung ist, dass ein Etappenziel oder Zielwert nicht erreicht wurde, die Kommission aber zu einer anderen Schlussfolgerung gelangt ist, weist der EuRH diese Schlussfolgerung ebenfalls als „Schwachstelle“ aus. Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der EuRH in einigen Fällen im Fall eines einzelnen Etappenziels oder Zielwerts mehrere Schwachstellen ohne finanzielle Auswirkungen (z. B. „ein vage definiertes Etappenziel oder einen vage definierten Zielwert“ (**Ziffer 11.53**) zusammen mit einer „Schwachstelle bezüglich der Bewertung der Kommission“ ausweist. Die Kommission ist daher der Auffassung, dass die Anzahl der Etappenziele und Zielwerte, für die der EuRH Feststellungen ermittelt, einen genaueren Hinweis auf die Anzahl der einzelnen Probleme liefert als die Gesamtzahl der Feststellungen.

In Bezug auf den Zielwert 193 „Abbau des Rückstaus für die Ausstellung von Eigentumsurkunden … entweder durch Ausstellung von Eigentumsurkunden oder durch Ablehnung des Falls“ (**Kasten 11.3**) vertritt der EuRH die Auffassung, dass die Kommission weitere Überprüfungen hätte durchführen müssen. Die Kommission vertritt jedoch den Standpunkt, dass ihre Bewertung angemessen war, und weist darauf hin, dass der EuRH Primärnachweise auf Stichprobenbasis angefordert und überprüft hat und keine Abweichungen festgestellt hat, was die Bewertung der zufriedenstellenden Erreichung bestätigt.

Der EuRH berichtet ferner über vier „Mängel bei Zahlungsanträgen“, da er der Auffassung ist, dass die Verwaltungserklärungen teilweise unrichtige Informationen enthielten (**Ziffer 11.38**). Die Kommission nimmt die Feststellungen zur Kenntnis, ist jedoch nicht in allen Fällen einverstanden und erinnert daran, dass die nationalen Behörden die Verwaltungserklärung auf der Grundlage ihres eigenen Urteils und der zum Zeitpunkt der Vorlage verfügbaren Informationen vorlegen. Die Kommission erinnert daran, dass der Verwaltungserklärung umfangreiche Unterlagen beigefügt sind und sie daher nicht alle detaillierten Angaben enthalten muss. Zudem bietet das Bewertungsverfahren der Kommission hinreichend Gelegenheit, zusätzliche Informationen oder Klarstellungen anzufordern, und den Verwaltungsbehörden, diese vorzulegen. Die Kommission ist der Auffassung, dass in allen vom EuRH ermittelten Fällen, in denen in der Verwaltungserklärung keine Vorbehalte in Bezug auf einschlägige Angaben geltend gemacht wurden, diese Angaben in der vollständigen Dokumentation des Zahlungsantrags enthalten waren.

## *Prüfungsempfehlungen der Kommission*

Der EuRH erkennt die Fortschritte der Kommission bei der Umsetzung der Prüfungsempfehlungen an (**Ziffer 11.26**), stellt jedoch fest, dass die Umsetzung einiger „kritischer“ und „sehr wichtiger“ Empfehlungen im letzten Jahr der Durchführung der ARF noch ausstand.

Seit dem Beginn der Fazilität hat die Kommission in allen 27 Mitgliedstaaten mehr als 2 700 Prüfungsempfehlungen ausgesprochen. Bis zum 28. Mai 2026 war die überwiegende Mehrheit dieser Empfehlungen (91 %) entweder bereits abgeschlossen oder von der Kommission vorläufig als abgeschlossen bewertet worden. Dieses Ergebnis wurde durch eine klar definierte Methodik erreicht. Die Kommission verfolgt einen konservativen Ansatz und schließt Prüfungsempfehlungen nur ab, wenn die Mitgliedstaaten ausreichende, zuverlässige und angemessene Nachweise für die Umsetzung vorlegen. Dieses Ergebnis ist auch ein Beleg für die kontinuierliche und enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sowie die strenge Überwachung durch die Kommission. Es zeigt die greifbaren Fortschritte auf, die bei den internen Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten erzielt wurden.

Die Kommission wird die Umsetzung ihrer nach dem 31. Dezember 2026 ausgesprochenen Empfehlungen sowie der vor diesem Datum ausgesprochenen Empfehlungen, deren Umsetzung noch aussteht[15], weiterhin genau überwachen. Sie wird auch weiterhin ihr Recht ausüben, sich in den Fällen, die im Rahmen für die „Kürzung und Einziehung von Mitteln im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität“[16] festgelegt sind, an der Einziehung von Mitteln zu beteiligen. Der EuRH legt Daten zur Anzahl der noch offenen „kritischen“ und „sehr wichtigen“ Empfehlungen in Bezug auf 37 ausgewählte abschließende Prüfberichte vor, die zwischen dem Beginn der Fazilität und dem Stichtag 11. Mai 2026 erstellt wurden (**Abbildung 11.4**). In diesem Zusammenhang betont die Kommission, dass von den insgesamt 448 Empfehlungen im Zusammenhang mit „kritischen“ und „sehr wichtigen“ Feststellungen, die in diesen in die Stichprobe einbezogenen abschließenden Prüfberichten ausgesprochen wurden, nur 25 noch „offen“ sind, was 5,6 % dieser Gesamtzahl entspricht. Bei neun dieser Empfehlungen war die Frist für die Antwort des Mitgliedstaats noch nicht abgelaufen. In den übrigen Fällen waren die Antworten der Mitgliedstaaten übermittelt worden. 12 Empfehlungen werden als abgeschlossen bewertet; die entsprechenden Folgeschreiben werden derzeit ausgearbeitet. Im Hinblick auf die übrigen vier Empfehlungen verfolgt die Kommission die entsprechenden Fälle aufmerksam, um sicherzustellen, dass Korrekturmaßnahmen ergriffen werden.

Was die beiden Prüfungsempfehlungen betrifft, die nach Ansicht des EuRH ohne ausreichende Nachweise abgeschlossen wurden (**Ziffer 11.28**), trägt die Schlussfolgerung des EuRH nicht dem vollen Umfang der von der Kommission zum Abschluss dieser beiden Prüfungsempfehlungen herangezogenen Beweisgrundlage Rechnung. Die Kommission weist darauf hin, dass der Abschluss einer Empfehlung nicht nur auf Nachweisen beruht, die der Mitgliedstaat im Rahmen des förmlichen Follow-up-Verfahrens vorgelegt hat; im Einklang mit der gängigen Prüfungspraxis berücksichtigt die Kommission auch Informationen aus anderen Prüfungen, Prüfungszusammenfassungen und Daten, die vermittels IT-Instrumenten wie Arachne verfügbar sind.

## *Wirksamkeit der Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten*

Die Kommission begrüßt, dass der EuRH die Etappenziele für Prüfungen und Kontrollen als positiven Schritt zur Stärkung der Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten anerkennt. Die Kommission widerspricht jedoch der Feststellung „*Bei den Mitgliedstaaten, deren zweite oder spätere Zahlung vom Erreichen von Etappenzielen für die Kontrolle abhing, stellen die Schwachstellen in ihren Kontrollsystemen bis zum Erreichen der Etappenziele ein Risiko für den Schutz der finanziellen Interessen der EU dar, was sich möglicherweise auf die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben auswirken könnte*“ (**Ziffer 11.31**). Die Kommission hat die Angemessenheit der von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Kontrollsysteme systematisch jedes Mal gemäß Kriterium 2.10 in Anhang V der ARF-Verordnung neu bewertet, wenn die Mitgliedstaaten Anträge auf Überarbeitung ihrer Aufbau- und Resilienzpläne eingereicht haben. Im Sinne einer dynamischen Überwachung geschieht dies auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Informationen, ergänzt durch zusätzliche von der Kommission eingeholte Nachweise, einschließlich Prüfungsfeststellungen. Die Kommission ist der Auffassung, dass ihre zunehmende Prüftätigkeit spezifische Schwachstellen aufgedeckt hat, die durch ein Etappenziel für Prüfungen und Kontrollen behoben werden können, ohne dass die Angemessenheit der Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten infrage gestellt wird. In diesem Zusammenhang liegt der Schwerpunkt der Etappenziele für Prüfungen und Kontrollen auf den Vorkehrungen, die der Mitgliedstaat zu treffen hat, um den einschlägigen Prüfungsfeststellungen Rechnung zu tragen. Folglich haben die nachfolgenden Verbesserungen der nationalen Kontrollsysteme durch die Mitgliedstaaten das Maß an Sicherheit weiter erhöht. Daher sollte die Einführung von Etappenzielen für Prüfungen und Kontrollen nicht dahin gehend ausgelegt werden, dass die Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten bis zu diesem Zeitpunkt nicht für die Durchführung der ARF geeignet waren. Darüber

[15] C(2026) 2647, *Leitlinien für die Mitgliedstaaten zu operativen Aspekten im Zusammenhang mit der letzten Phase und dem Abschluss der Aufbau- und Resilienzfazilität* (Abschnitt 6.3).
[16] C/2024/4990, Bekanntmachung der Kommission – Leitlinien zu den Aufbau- und Resilienzplänen, Anhang IV.

hinaus erinnert die Kommission daran, dass die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen der ARF ausschließlich von der zufriedenstellenden Erreichung der Etappenziele und Zielwerte abhängt, die sowohl Ex-ante- als auch Ex-post-Kontrollen unterliegt.

Der EuRH berichtet von „anhaltenden Mängeln" bei den Kontrollsystemen von vier Mitgliedstaaten während des Zeitraums, in dem die Umsetzung spezifischer Prüfungsempfehlungen der Kommission an diese Mitgliedstaaten noch ausstand (**Ziffer 11.32**). Die Kommission weist darauf hin, dass sich die ausgewiesenen Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen auf Mängel bei der Durchführung der Kontrollen und nicht auf die Gestaltung des internen Kontrollsystems des Mitgliedstaats beziehen. Diese Feststellungen wurden von den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß akzeptiert, und alle Empfehlungen wurden seitdem von der Kommission im Rahmen der Folgemaßnahmen als angemessen umgesetzt bewertet. Die Kommission ist der Auffassung, dass keine dieser Prüfungsfeststellungen die von den Kontrollsystemen dieser Mitgliedstaaten gebotenen allgemeinen Garantien infrage stellte und daher die Einführung eines Prüf- und Kontroll-Etappenziels nicht gerechtfertigt war. Daher hält die Kommission daran fest, dass die Zahlungen an diese Mitgliedstaaten erfolgten, als diese über angemessene Kontrollregelungen verfügten.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der EuRH im Rahmen seiner Prüfungen eine Reihe möglicher Unregelmäßigkeiten bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge in zwei Mitgliedstaaten und mögliche Unregelmäßigkeiten bei den Verfahren für staatliche Beihilfen in drei Mitgliedstaaten festgestellt hat. Die Kommission wird über die angemessenen Folgemaßnahmen zu diesen Feststellungen im Hinblick auf die betroffenen Mitgliedstaaten entscheiden. Diese Fälle haben jedoch keine Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit oder Ordnungsmäßigkeit der entsprechenden Zahlungen, da die Auszahlung der Mittel ausschließlich auf der zufriedenstellenden Erreichung der einschlägigen Etappenziele und Zielwerte beruht. Die Kommission ihrerseits erweiterte ihren Prüfungsumfang im Anschluss an den Jahresbericht 2023 des EuRH und aktualisierte ihre Prüfstrategie, um im Rahmen aller Arten von Prüfungen systematisch zu überprüfen, ob die Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung gemäß Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe a der ARF-Verordnung nachkommen. In diesem Zusammenhang wird gegebenenfalls auch überprüft, ob die Mitgliedstaaten regelmäßig kontrollieren, ob die bereitgestellten Finanzmittel im Einklang mit allen geltenden EU- und nationalen Vorschriften, insbesondere in den Bereichen Vergabe öffentlicher Aufträge und staatliche Beihilfen, ordnungsgemäß verwendet werden; außerdem wird die Wirksamkeit dieser Kontrollen überprüft. Diese Überprüfungen erfolgten mithilfe des erweiterten Instrumentariums der Kommission, zu dem auch umfassende Checklisten gehören.

## 3. Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates

Als besonderen Prüfungsschwerpunkt des diesjährigen Verfahrens der Zuverlässigkeitserklärung analysierte der EuRH Änderungen an den Durchführungsbeschlüssen des Rates und überprüfte 32 Änderungen von Etappenzielen und Zielwerten in acht Mitgliedstaaten (**Ziffer 11.9**). Die Kommission weist darauf hin, dass jeder Mitgliedstaat gemäß der ARF-Verordnung eine Änderung oder Ersetzung des Durchführungsbeschluss des Rates zur Billigung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans beantragen kann, wenn „*der Aufbau- und Resilienzplan einschließlich der relevanten Etappenziele und Zielwerte von dem betreffenden Mitgliedstaat aufgrund objektiver Umstände teilweise oder vollständig nicht mehr durchzuführen*"[17] ist. Die Kommission erkennt an, dass es allein Sache des EuRH ist, über den Prüfungsumfang zu entscheiden, weist aber darauf hin, dass der Prüfungsumfang nur Änderungen von Etappenzielen und Zielwerten umfasst, für die eine Zahlung geleistet wurde. Der Prüfungsumfang erstreckt sich somit nicht auf Fälle, in denen die Kommission dem Rat keine Änderung des Durchführungsbeschlusses des Rates vorgeschlagen hat, obwohl solche Fälle im Hinblick auf Schlussfolgerungen zur Wechselwirkung zwischen Änderungen der Durchführungsbeschlüsse des Rates und Zahlungsanträgen gleichermaßen von Bedeutung sind. Die

[17] Artikel 21 Absatz 1 der ARF-Verordnung.

resultierenden Schlussfolgerungen und insbesondere die Feststellung, dass dies „*die finanzielle Hebelwirkung der EU [verringert] und … die Botschaft [sendet], dass eine nicht zufriedenstellende Erreichung vermieden werden kann, indem ein Durchführungsbeschluss des Rates geändert wird, um die Zahlung freizugeben*“ (**Ziffer 11.42**), ergeben sich aus diesem Prüfungsumfang. Die Kommission teilt diese Auffassung nicht und hebt die ausdrückliche Rechtsvorschrift hervor, nach der eine Überarbeitung gerechtfertigt ist, wenn ein Etappenziel oder Zielwert „*nicht mehr durchzuführen*“ ist. Die Kommission stellt daher fest, dass sich die gesetzgebenden Organe ausdrücklich dafür entschieden haben, die Überarbeitung von Etappenzielen und Zielwerten zuzulassen, wenn objektive Umstände ihre Erreichung verhindern, sofern der Aufbau- und Resilienzplan insgesamt weiterhin alle anderen Kriterien erfüllt.

In Bezug auf die Feststellungen des EuRH zur Begründung und zum Nachweis objektiver Umstände (**Ziffer 11.43** und **Ziffer 11.44**) stellt der EuRH fest, dass die Kommission in den Jahren 2023, 2024 (**Ziffer 11.43**) und 2025 (**Ziffer 11.39**) Leitlinien für Änderungen bereitgestellt hat. Diese Leitlinien bieten zwar einen Rahmen, doch muss die Bewertung aufgrund der Vielfalt möglicher objektiver Umstände, die eine Überarbeitung rechtfertigen können, nach wie vor Fall für Fall vorgenommen werden. Da ihre Bewertungen qualitative Beurteilungen umfassen, erkennt die Kommission an, dass der EuRH die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Begründungen und Nachweise möglicherweise anders beurteilt. Die Kommission hält jedoch daran fest, dass ihre Bewertungen fundiert waren und auf Unterlagen sowie auf eingehenden Gesprächen mit den Mitgliedstaaten beruhten. Die Kommission hat die Gründe für ihre Standpunkte in den Vorschlägen zur Änderung der Durchführungsbeschlüsse des Rates transparent dargelegt.

Die Kommission nimmt die Bemerkung des EuRH zur Kenntnis, dass mit einigen Änderungen Teile bestimmter Phasen einer Maßnahme aus den Aufbau- und Resilienzplänen gestrichen wurden (**Ziffer 11.45**), weist jedoch darauf hin, dass solche Änderungen gemäß der ARF-Verordnung zulässig sind, wie oben erläutert. Die Kommission weist darauf hin, dass sie bewertet, ob der überarbeitete ARP die in der Verordnung vorgesehenen Bewertungskriterien erfüllt, und diese Bewertung in ihren Vorschlägen für einen überarbeiteten Durchführungsbeschluss des Rates niederlegt. Dieser transparente Ansatz zeigt, dass die Kommission sicherstellt, dass alle Änderungen so vorgenommen werden, dass die Einhaltung der ARF-Verordnung sichergestellt ist. Führen Änderungen des Umfangs einer Maßnahme dazu, dass die geschätzten Gesamtkosten des ARP unter die einem Mitgliedstaat zugewiesenen Finanzmittel sinken, verlangt die Kommission von diesem Mitgliedstaat, entweder den Umfang einer anderen Maßnahme entsprechend zu erweitern oder die beantragte Zuweisung von Finanzmitteln zu verringern. Im Einklang mit den Leitlinien der Kommission, nach denen die Anpassung der geschätzten Kosten proportional erfolgen sollte, wenn sich die Änderung nur auf den Umfang der Maßnahme bezieht[18], erfordert eine solche Änderung keine neue Begründung der geschätzten Kosten.

Nehmen die Mitgliedstaaten eine Reform mit einer Null-Kosten-Schätzung in ihren ARP auf, zieht das weder eine Erhöhung noch eine Verringerung der Mittelzuweisung nach sich. Daher bestätigt die Kommission die sich aus der Rechtsgrundlage der ARF ergebende Feststellung des EuRH (**Ziffer 11.48**), dass die Änderung einer solchen Maßnahme keine direkten finanziellen Auswirkungen hat. Die Kommission berücksichtigt jedoch die Auswirkungen einer solchen Änderung auf den ARP insgesamt, insbesondere auf die Erfüllung aller gesetzlich festgelegten Bewertungskriterien. In diesem Zusammenhang weist die Kommission die Aussage des EuRH entschieden zurück, dass Änderungen an Null-Kosten-Maßnahmen „*die Anreize dafür schwächen [können], den ursprünglichen Umfang und die ursprünglichen Ambitionen von Reformen beizubehalten*“, da die RRF-Verordnung strenge Schutzvorkehrungen vorsieht, die von der Kommission und dem Rat in transparenter und

[18] C/2024/4618, Abschnitt II.IV.

öffentlich kontrollierbarer Weise angewandt werden, um sicherzustellen, dass alle ARP, einschließlich der darin vorgesehenen Reformen, stets mit dem Rechtsrahmen der ARF im Einklang stehen.

Dies wird am Beispiel der irischen Reform 2.7 „Überwindung der digitalen Kluft und Verbesserung der digitalen Kompetenzen“ (**Kasten 11.5**) gut deutlich. Als eines von vier Elementen der Reform, die vollständig mit nationalen Mitteln finanziert und umgesetzt wurde, verpflichtete sich Irland, Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl von IKT-Absolventen zu ergreifen, und schlug zunächst einen Zielwert zur Messung der *Auswirkungen* dieser Maßnahme vor. Da es sich dabei um einen Zielwert im Rahmen einer unkritischen Null-Kosten-Reform handelte, fragte Irland an, ob es den Zielwert durch einen besser geeigneten alternativen Zielwert ersetzen könne, der es ermögliche, den Verwaltungsaufwand zu verringern und gleichzeitig die Ziele der betreffenden Maßnahme zu erreichen. Die Kommission schlug eine Änderung des Durchführungsbeschlusses des Rates entsprechend dem Antrag Irlands vor und der Rat stimmte dem zu. Zwar wurde mit dieser Änderung der Zielwert zur Messung der Auswirkungen der Reform gesenkt (um 12 %), doch ändert sich dadurch weder etwas am politischen Ziel noch an seiner Umsetzung durch den Mitgliedstaat, d. h. der Umsetzung von Reformen im Bereich der digitalen Kompetenzen. Sowohl vor als auch nach der Überarbeitung werden alle Lernenden weiterhin vollständig aus nationalen Mitteln finanziert, sodass die Mittelzuweisung aus der Aufbau- und Resilienzfazilität von dieser Änderung nicht betroffen war.

## 4. Gestaltung von Maßnahmen, Etappenzielen und Zielwerten

Wie in den Vorjahren[19] stellt der EuRH fest, dass Etappenziele und Zielwerte „*alle zentralen Elemente der zugrunde liegenden Reform oder Investition – und insbesondere ihren Abschluss – abdecken*“ (**Ziffer 11.50**). Die Kommission erkennt an, dass eine gute Verknüpfung der Reformen und Investitionen mit Etappenzielen und Zielwerten von entscheidender Bedeutung ist, um deren Fortschritte zu messen. Sie ist der Ansicht, dass dies bei allen Aufbau- und Resilienzplänen der Fall ist. Sie weist jedoch darauf hin, dass Etappenziele und Zielwerte in der ARF-Verordnung ausdrücklich als „Fortschrittsmaßstäbe“[20] definiert werden.

In Bezug auf das Beispiel des schwedischen Prüf- und Kontroll-Etappenziels 41 „*M 1: Regierungsbeschlüsse zur Gewährleistung einer wirksamen und effizienten Umsetzung des Aufbau- und Resilienzplans, einschließlich der Prüf- und Kontrollstruktur*“ (**Kasten 11.6**) weist die Kommission darauf hin, dass mit den Etappenzielen für Prüfungen und Kontrollen Mängel bei der Gestaltung der in den ARP festgelegten Kontrollregelungen behoben werden sollen, um die Einhaltung von Artikel 22 der ARF-Verordnung sicherzustellen. Die Kommission hat dieses Etappenziel, dessen Schwerpunkt auf der Gestaltung und Umsetzung des erforderlichen Kontrollsystems auf nationaler Ebene in Schweden liegt, eingeführt und außerdem verlangt, dass ein klarer Rahmen vorhanden ist, der allen Durchführungsstellen im schwedischen nationalen Kontrollsystem rechtliche Verpflichtungen auferlegt. Probleme im Zusammenhang mit der Umsetzung solcher Regelungen auf der Ebene der einzelnen Durchführungsstellen – die in keiner Weise das Kontrollsystem in dem Land insgesamt infrage stellen – werden anschließend im Rahmen eingehender Prüftätigkeiten der Kommission, einschließlich Kontrollen vor Ort, weiterverfolgt und untersucht. Dieser Ansatz, der den Schutz der finanziellen Interessen der Union sowohl auf oberster Ebene durch Etappenziele für Prüfungen und Kontrollen als auch auf unterster Ebene durch die eingehende Überprüfung einzelner

[19] Jahresbericht 2024 des EuRH, Ziffer 11.51, und Jahresbericht 2023 des EuRH, Ziffer 11.45.

[20] Artikel 2 Nummer 4 der ARF-Verordnung: „‚Etappenziele und Zielwerte' [bezeichnet] Fortschrittsmaßstäbe für die Verwirklichung einer Reform oder Investition, wobei die Etappenziele qualitative und die Zielwerte quantitative Ergebnisse sind“. Siehe auch die Antworten der Kommission auf Kapitel 11 des Jahresberichts 2024 des EuRH, S. 493.

Durchführungsstellen sicherstellen soll, gewährleistet – im Gegensatz zu einem zeitgebundenen und dokumentenbasierten Zahlungsantragsverfahren – einen wirksamen und umfassenden Schutz der finanziellen Interessen der Union.

## 5. Jährliche Tätigkeitsberichte und jährliche Management- und Leistungsbilanz

Im jährlichen Tätigkeitsbericht der GD ECFIN (**Ziffern 11.54** bis **11.59**) wird erläutert, wie die Kommission hinreichende Gewähr hinsichtlich i) der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen, ii) der Systeme der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der öffentlichen Auftragsvergabe und staatlichen Beihilfen sowie iii) der Korrekturen gemäß Artikel 22 Absatz 5 der ARF-Verordnung erlangt hat, und zugleich wird das für jeden Mitgliedstaat im Hinblick auf diese Aspekte erwartete Risikoniveau transparent dargelegt. Im Laufe des Jahres 2025 hat die Kommission mehr Ex-ante- und Ex-post-Kontrollen im Zusammenhang mit Zahlungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität durchgeführt als in allen Vorjahren. Die Ergebnisse dieser Kontrollen werden zusammen mit der Arbeit des EuRH und des OLAF bei der Bestimmung des zutreffenden Risikoniveaus berücksichtigt.

Während der gesamten Laufzeit der ARF hat die Kommission im Rahmen der Umsetzung früherer Empfehlungen des EuRH ihre Risikobewertungsmethode im Hinblick auf die Wesentlichkeit aktualisiert[21]. Dazu gehörte auch die Berücksichtigung von Kurzberichten aus Prüfungen vor Abschluss der Arbeiten; die Kommission begrüßt in diesem Zusammenhang die Feststellung des EuRH, dass dieser Ansatz die Kommission in die Lage versetzt, sämtliche verfügbaren Informationen zu berücksichtigen (**Ziffer 11.56**). Die Kommission ist der Auffassung, dass die Vorteile, die sich für die Transparenz rund um Risiken daraus ergeben, dass die neuesten verfügbaren Informationen berücksichtigt werden, die etwaigen damit verbundenen Nachteile überwiegen.

Die Kommission ist der Auffassung, dass die sich aus der überarbeiteten Risikobewertungsmethode ergebenden Ergebnisse hinreichende Gewähr für das jedem Mitgliedstaat zugewiesene Risiko bieten. Insoweit teilt die Kommission – wie bereits in den Vorjahren – nicht die Auffassung des EuRH, dass bei diesem Ansatz das Risikoniveau wahrscheinlich unterschätzt wird.

## 6. Empfehlungen

Während der gesamten Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität hat die Kommission bei ihrer Zusammenarbeit mit dem EuRH einen konstruktiven und proaktiven Ansatz beibehalten. Sie hat die meisten Empfehlungen angenommen, die der EuRH im Rahmen von die ARF betreffenden Prüfungen ausgesprochen hat, und wird ihren Kontrollrahmen weiter stärken, indem sie bis zum Abschluss der ARF auf die Feststellungen und Empfehlungen des EuRH zurückgreift. Die Kommission weist darauf hin, dass der EuRH keine weiteren Empfehlungen ausspricht, da die Durchführung der ARF im Dezember 2026 endet (**Ziffer 11.62**). Die Kommission begrüßt diesen pragmatischen Ansatz. Die Vorschläge der Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 bauen auf den Erkenntnissen auf, die aus den im Rahmen des derzeitigen MFR durchgeführten Programmen gewonnen wurden, sowie auf den Empfehlungen des EuRH. Die Kommission hat die Stellungnahmen des EuRH zu ihren Vorschlägen gebührend zur Kenntnis genommen.

Von den neun Empfehlungen in den Jahresberichten 2022, 2023 und 2024 des EuRH hat die Kommission sieben ganz oder teilweise angenommen. Die Kommission ist der Auffassung, dass sie

[21] Siehe Anhang 5 der jährlichen Tätigkeitsberichte 2024 und 2025 der GD ECFIN.

die akzeptierten Elemente aller sieben Empfehlungen im Einklang mit ihren ursprünglichen Antworten vollständig umgesetzt hat.

Die Kommission weist darauf hin, dass der EuRH den Umsetzungsgrad gegenüber den von ihm ausgesprochenen Empfehlungen bewertet, unabhängig davon, ob diese Empfehlungen von der Kommission vollständig angenommen wurden oder nicht. Die Kommission hingegen bewertet den Grad der Umsetzung gegenüber den Verpflichtungen, die sie in ihren Antworten auf die Sonderberichte eingegangen ist. Daher vertritt der EuRH in einigen Fällen die Auffassung, dass die Empfehlungen nur teilweise umgesetzt wurden, während die Kommission sie als vollständig umgesetzt betrachtet.

Die Kommission nimmt die die Empfehlung 3 betreffende Bewertung durch den EuRH im Jahresbericht 2023 des EuRH zur Kenntnis. Die Kommission ist jedoch der Auffassung, dass ein umfassendes Paket von Maßnahmen ergriffen wurde, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten unverzüglich Abhilfemaßnahmen ergreifen, um verbleibende Mängel bei den Kontrollsystemen, auch in den Bereichen Vergabe öffentlicher Aufträge und staatliche Beihilfen, zu beheben. Zu diesen Maßnahmen gehören umfassende Kontrollen bei allen Arten von Prüfungen, die Einführung von Etappenzielen für Prüfungen und Kontrollen, wenn systemische Schwachstellen festgestellt werden, und die strenge Überwachung der Folgemaßnahmen zu den Prüfungsempfehlungen.

Европейски парламент Parlamento Europeo Evropský parlament Europa-Parlamentet Europäisches Parlament
Euroopa Parlament Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο European Parliament Parlement européen Parlaimint na hEorpa
Europski parlament Parlamento europeo Eiropas Parlaments Europos Parlamentas Európai Parlament
Parlament Ewropew Europees Parlement Parlament Europejski Parlamento Europeu Parlamentul European
Európsky parlament Evropski parlament Euroopan parlamentti Europaparlamentet

# ANTWORTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS

## KAPITEL 12: WEITERVERFOLGUNG DER EMPFEHLUNGEN AUS UNSEREN SONDERBERICHTEN AUS DEM JAHR 2022

## ANTWORTEN DES PARLAMENTS AUF DIE WEITERBEHANDLUNG DES SONDERBERICHTS 18/2022:
„Die EU-Organe und COVID-19: Schnelle Reaktion, aber es bleibt noch viel zu tun, um die krisenbedingte Innovation und Flexibilität bestmöglich zu nutzen“

### Anhang 12.2 – Weiterverfolgung der Empfehlungen aus den Sonderberichten von 2022 – Sonstige geprüfte Stellen

Das Parlament nimmt die Analyse der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofs (EuRH) zur Kenntnis.

Nach der COVID-19-Pandemie hat das Parlament keine umfassende neue Arbeitsweise eingeführt, die sich auf seine Gebäudepolitik auswirkt. Vielmehr hat sie ihre bestehende Strategie gestärkt und gleichzeitig ihren derzeitigen Gebäudebestand beibehalten. Bei diesem Modell steht die umfassende Optimierung bestehender Vermögenswerte im Vordergrund, weshalb es keine besonderen Auswirkungen auf den Haushalt im Bereich der Gebäudepolitik hat.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass das Parlament die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) bei der Wahrnehmung ihrer täglichen Aufgaben direkt, persönlich und kontinuierlich unterstützt. Dies erfordert eine kontinuierliche Betreuung vor Ort, standortnahe Dienstleistungen, sichere Tagungsräume und einen unterbrechungsfreien Dauerbetrieb – Faktoren, die den Ansatz des Parlaments bei der Verwaltung der für seine Bediensteten erforderlichen Bürogebäude beeinflussen und seinen Infrastrukturbedarf bestimmen. Die Einsparungen im Haushalt sind zwar überschaubar, dafür sind die durch Telearbeit erzielten Auswirkungen auf die Umwelt umso beträchtlicher.

Daher ist das Parlament der Auffassung, dass die Empfehlung 3c nicht anwendbar ist.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES – KAPITEL 12: Weiterverfolgung der vom Rechnungshof in seinen Sonderberichten von 2022 unterbreiteten Empfehlungen

Was die an die Kommission gerichteten Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) (**Ziffern 12.6-12.10**) betrifft, **so misst die Kommission der Umsetzung aller angenommenen Empfehlungen größte Bedeutung bei**. Die Kommission überwacht die Maßnahmen, zu deren Umsetzung sie sich verpflichtet hat und die in ihren Aufgabenbereich fallen. Der Europäische Rechnungshof (EuRH) bewertet den Grad der Umsetzung einer von ihm formulierten Empfehlung unabhängig davon, ob diese Empfehlung von der Kommission vollständig angenommen wurde oder nicht. Die Kommission hingegen bewertet den Grad der Umsetzung anhand der Verpflichtung, die sie in den Antworten auf die Sonderberichte eingegangen ist. Daher ist der EuRH in einigen Fällen der Auffassung, dass die Empfehlungen nur teilweise umgesetzt wurden, während die Kommission sie als vollständig umgesetzt betrachtet.

In diesem Zusammenhang nimmt die Kommission die Einschätzung des EuRH zur Kenntnis, dass der **Grad der Umsetzung der an die Kommission gerichteten Empfehlungen** in Bezug auf vollständig oder weitgehend umgesetzte Empfehlungen 74 % **erreicht hat** (ein leichter Rückgang gegenüber 77 % bei der Weiterverfolgung der Empfehlungen des EuRH aus dem Jahr 2021) (**Ziffer 12.6**). Die Kommission bestätigt, dass es Unterschiede bei der Bewertung des Umfangs geben kann, in dem die Empfehlungen umgesetzt wurden (**Ziffer 12.8**). Die Kommission legt zwar fest, wann eine Empfehlung vollständig umgesetzt wurde, ist aber nach wie vor entschlossen, dafür zu sorgen, dass die zugrunde liegenden Ziele aller Empfehlungen wirksam erreicht werden.

Allgemein hat der Anteil der im Jahr 2022 nicht angenommenen Empfehlungen in Bezug auf den Akzeptanzgrad der Empfehlungen im Vergleich zum Jahr 2021 leicht zugenommen (etwa 4 % der im Jahr 2022 abgegebenen Empfehlungen gegenüber 2 % im Jahr 2021). Im Jahr 2022 hat die Kommission neun Prozent der Empfehlungen des EuRH teilweise angenommen. **Werden Empfehlungen nicht oder teilweise angenommen**, kann das mehrere Gründe haben, darunter Folgende: i) die durch den bestehenden Rechtsrahmen vorgegebenen Grenzen und/oder die Schwierigkeit, künftigen EU-Rechtsvorschriften vorzugreifen, ii) den Aufgabenbereich und die Zuständigkeiten (einschließlich der Verantwortlichkeiten und der Regelungen zur Rechenschaftspflicht) zwischen den verschiedenen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und den Interessenträgern, iii) die Komplementarität mit politischen Maßnahmen, Rechtsvorschriften und Programmen, iv) die Bewertung der Durchführbarkeit der Empfehlungen und/oder der Auswirkungen auf die Ressourcen und den Zeitplan durch die Kommission.

Hinsichtlich der **fristgerechten Umsetzung der Empfehlungen** (**Ziffer 12.18**) begrüßt die Kommission die Schlussfolgerung des EuRH, dass der Anteil der von der Kommission fristgerecht umgesetzten Empfehlungen in diesem Jahr weiter gestiegen ist. In diesem Zusammenhang stellt die Kommission fest, dass die fristgerechte Umsetzung der Folgemaßnahmen auch in Verbindung mit dem Grad der Annahme der Empfehlungen zu betrachten ist. Die Kommission ist nach wie vor fest entschlossen, alle angenommenen Empfehlungen innerhalb der in den Sonderberichten des EuRH festgelegten Fristen umzusetzen. Dies gilt jedoch nicht für Empfehlungen, die die Kommission aus den in den veröffentlichten Antworten auf den betreffenden Sonderbericht dargelegten Gründen von vornherein nicht angenommen hat.

In einigen Fällen können Folgemaßnahmen aufgrund der Komplexität der Maßnahmen, legislativer oder politischer Entwicklungen, knapper Ressourcen, externer Faktoren oder der Notwendigkeit, andere Organe oder Einrichtungen einzubeziehen, mehr Zeit in Anspruch nehmen als anfangs erwartet. Der Umstand, dass eine Empfehlung bis zum ursprünglich erwarteten Abschlusstermin noch nicht vollständig umgesetzt wurde, bedeutet nicht, dass diese Empfehlung nicht später noch umgesetzt wird. Veränderte Umstände oder Änderungen im strategischen oder politischen Kontext können oftmals dazu führen, dass Maßnahmen neu priorisiert werden.

Der Anhang enthält die Antworten der Kommission auf 53 Empfehlungen, die der Bewertung des EuRH zufolge teilweise oder noch nicht umgesetzt wurden. Davon nahm die Kommission sieben Empfehlungen nicht am, betrachtet 33 Empfehlungen als umgesetzt und verfolgt weiterhin 13 Empfehlungen, die Ende Mai 2026 noch nicht abgeschlossen waren.

# Anhang – Weiterverfolgung der Empfehlungen aus den Sonderberichten von 2022 – Europäische Kommission

**Sonderbericht 01/2022: EU-Unterstützung für die Rechtsstaatlichkeit in den Staaten des westlichen Balkans: trotz Bemühungen bestehen weiterhin grundlegende Probleme.**

*Antwort auf Empfehlung 2 b, Ziffer 75*. Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) haben die Empfehlung 2 b teilweise angenommen und sind der Auffassung, dass sie in Bezug auf die angenommenen Elemente umgesetzt wurde.

Die Kommission hält die Projektfinanzierung für die am besten geeignete Form der Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft, da organisatorische oder zentrale Unterstützung naturgemäß riskant ist, da sie Abhängigkeiten erzeugt. Bei Maßnahmen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit wird die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft gebührend berücksichtigt. Im Programmplanungsrahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) wird die Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Medien als eine der Prioritäten für die Verbesserung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit betrachtet. Die Kommission ist der Auffassung, dass ein Schlüsselfaktor für Fortschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit bei den betreffenden Empfängern von Heranführungshilfe darin besteht, die aktive Rolle von Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Politikgestaltung und Entscheidungsfindung, bei der Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Korruptionsbekämpfung, der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung, des Schutzes der Menschenrechte und in ihrer Rolle als Wächter zu unterstützen. So gewährt die Kommission beispielsweise finanzielle Unterstützung für Projekte, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt werden, die im Bereich der Korruptionsbekämpfung tätig sind. Diese Unterstützung umfasst derzeit Projekte zum Aufbau regionaler Benchmarking-Instrumente zur Aufdeckung von Korruption. Im Einklang mit den Empfehlungen des EuRH bot das zivilgesellschaftliche Mehrländerprogramm erhebliche Unterstützung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Region (218,5 Mio. EUR im Zeitraum 2021-2023). Im Rahmen des Programms IPA III wurde im April 2022 eine regionale Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Zivilgesellschaft veröffentlicht, in der es speziell um verantwortungsvolle Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung ging. Im Jahr 2024 wurde eine weitere Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, die auch auf relevante Themen wie Medienfreiheit und Meinungsfreiheit, Rahmenbedingungen für Organisationen der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung sowie verantwortungsvolle Staatsführung und wirtschaftliche Entwicklung abzielte. Nach einer breit angelegten Konsultation der Zivilgesellschaft in den Staaten des westlichen Balkans hat die Kommission im Juni 2022 ihre Leitlinien für die EU-Unterstützung der Zivilgesellschaft in den Erweiterungsländern überarbeitet. Die Leitlinien beruhen auf einem soliden Paket von Standards, insbesondere auf dem EU-Besitzstand im Bereich der Rechtsstaatlichkeit (Kapitel 23 „Justiz und Grundrechte“ und Kapitel 24 „Recht, Freiheit und Sicherheit“). Darüber hinaus stehen sie im Einklang mit Empfehlungen, Stellungnahmen und Leitlinien internationaler Organisationen und zwischenstaatlicher Foren.

Die Finanzmittel für Organisationen der Zivilgesellschaft und Medienorganisationen wurden im Rahmen des Programms IPA III erheblich aufgestockt. Die Kommission hat Schritte unternommen, um dort „Kernfinanzierungen“ bereitzustellen, wo dies als relevant und möglich erachtet wurde. Weitere Fortschritte in diese Richtung werden erwartet. Im Rahmen strategischer Partnerschaften prüft die Kommission Möglichkeiten, um Kontinuität und eine längerfristige Perspektive für die Tätigkeiten unabhängiger Organisationen der Zivilgesellschaft, Mediennetzwerke und Organisationen in der Region zu gewährleisten, insbesondere in den Ländern, in denen es immer schlechter um den zivilgesellschaftlichen Raum bestellt ist. Darüber hinaus passt die Kommission derzeit ihre Unterstützung für Organisationen der Zivilgesellschaft an die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft an. Schließlich baut die Kommission ihre Rolle als Geberkoordinator weiter aus, um die Unterstützung

gezielt auf Organisationen der Zivilgesellschaft und die Medien auszurichten und so der Bedrohung durch einen schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum entgegenzuwirken.

Der EAD beteiligt sich zwar nicht an der Programmplanung, der Umsetzung oder der Ergebnisüberwachung für die finanzielle Unterstützung im Rahmen des IPA, auf die im Bericht des EuRH eingegangen wird, stellt jedoch Folgendes zur Verfügung: a) Unterstützung durch politische Botschaften über die Bedeutung der Zivilgesellschaft und der Medien bei der Bewältigung von Problemen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, b) Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft und Medien bei der Bekämpfung von Desinformation (in Einklang mit dem Aktionsplan gegen Desinformation und dem Europäischen Aktionsplan für Demokratie) und c) Informationen für Organisationen der Zivilgesellschaft und Medien in den Staaten des westlichen Balkans über das Engagement der EU, einschließlich des EU-Integrationsprozesses.

**Sonderbericht 02/2022: Energieeffizienz in Unternehmen: Gewisse Energieeinsparungen, aber Schwachstellen bei der Planung und Projektauswahl**

*Antwort auf Empfehlung 1 a, Ziffer 125*. Die Kommission nahm die Empfehlung nicht an.

Die Kommission hat bei ihrer Bewertung der Programme 2021-2027 geprüft, ob die geplante Finanzierung für Energieeffizienz im Einklang mit den Zielen und Prioritäten der EU sowie den nationalen, regionalen und lokalen Bedürfnissen und Sachzwängen den bestmöglichen Mehrwert erbringen kann. Ferner wurde bewertet, ob die „grundlegende Voraussetzung" im Zusammenhang mit den nationalen Energie- und Klimaplänen erfüllt ist.

**Sonderbericht 03/2022: 5G-Einführung in der EU: Verzögerungen beim Auf- und Ausbau der Netze und ungelöste Sicherheitsprobleme**

*Antwort auf Empfehlung 1 a, Ziffer 83*. Im Anschluss an die öffentliche Konsultation zum zweiten Entwurf der Methodik zur Erfassung der Dienstqualität in 5G-Netzen hat die Kommission die Entwicklung einer gemeinsamen EU-Methodik zur Unterstützung der künftigen Einführung neuer wesentlicher Leistungsindikatoren für die 5G-Dienstqualität (QoS) im Rahmen der Digitalen Dekade und der Berichterstattung darüber erheblich vorangebracht. Aufbauend auf den Ergebnissen des Prozesses der öffentlichen Konsultation und des Austauschs mit dem Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation und den Mitgliedstaaten hat sich der Schwerpunkt der Arbeit seit Anfang 2026 auf technische Konsultationen mit einschlägigen Anbietern von Funkanlagen und Netzplanungsinstrumenten verlagert. So soll sichergestellt werden, dass die Methodik mithilfe der bestehenden Instrumente der Betreiber in der Praxis umgesetzt werden kann, wobei die Vergleichbarkeit, Verhältnismäßigkeit und Überprüfbarkeit in allen Mitgliedstaaten gewahrt bleiben. Ziel dieser Arbeit ist es, über den bestehenden Ansatz der reinen Signalabdeckung hinauszugehen, indem künftig harmonisierte Indikatoren für die 5G-Dienstqualität nach einer gemeinsamen Methodik gemeldet werden können. Insbesondere orientiert sich der neu entstehende Rahmen an schwellenwertbasierten Indikatoren, die aus harmonisierten Outputs abgeleitet werden. Diese werden im Rahmen eines gemeinsamen Referenzszenarios mit hohem Aufkommen und eines Referenzprofils für die Nutzerausrüstung erstellt, sodass die Ergebnisse auf nationaler und EU-Ebene einheitlich aggregiert, gemeldet und überprüft werden können. Ein unverhältnismäßig hoher Berichterstattungsaufwand, künstliche Modellierungsannahmen und die unnötige Veröffentlichung sensibler Geschäftsdaten sollen dabei vermieden werden.

*Antwort auf Empfehlung 2 c, Ziffer 91*. Die Kooperationsgruppe für Netz- und Informationssysteme erörterte die Notwendigkeit, durchsetzbare Anforderungen festzulegen. Die Ergebnisse wurden in den

zweiten Bericht über die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des EU-Instrumentariums für die 5G-Cybersicherheit in Abschnitt 4 „Umsetzung der Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs“ (S. 21-22) aufgenommen. Darüber hinaus kündigte die Kommission in ihrer Mitteilung vom 15. Juni 2023 über die Umsetzung des Instrumentariums (C(2023) 4049 final) an, dass sie im Rahmen ihrer institutionellen Cybersicherheitspolitik und im Einklang mit dem EU-Instrumentarium Maßnahmen ergreifen wird, um zu vermeiden, dass ihre institutionelle Kommunikation über Mobilfunknetze läuft, in denen Hochrisikoanbieter als Lieferanten zum Einsatz kommen. Teil dieser Maßnahmen ist es, im Einklang mit den einschlägigen Sicherheitsauflagen keine neuen Konnektivitätsdienste zu beschaffen, die auf Ausrüstung dieser Anbieter zurückgreifen. Die Kommission setzt diesen Beschluss zudem im Rahmen ihrer Zuständigkeiten gemäß den jeweiligen Verwaltungsvorschriften auch in allen einschlägigen EU-Finanzierungsprogrammen und -instrumenten um.

Die Kommission hat auch einen Rechtsrahmen für die Sicherheit der Lieferketten in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) vorgeschlagen, der auch 5G-Netze umfasst. Sie folgt damit der Empfehlung des EuRH, Rechtsvorschriften zur 5G-Cybersicherheit auf den Weg zu bringen. Mit dem Vorschlag für die Cybersicherheitsverordnung 2 (CSA2), der am 20. Januar 2026 veröffentlicht wurde, wird ein Rahmen für vertrauenswürdige IKT-Lieferketten festgelegt, um strategische, nicht technische Risiken in IKT-Lieferketten anzugehen. Insbesondere für 5G-Netze ist in der vorgeschlagenen CSA2 ein Verbot der Verwendung von IKT-Komponenten von Hochrisikoanbietern bei wichtigen IKT-Anlagen vor. Sobald die Cybersicherheitsverordnung und der einschlägige Durchführungsrechtsakt zur Benennung von Drittländern, die Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit aufwerfen, in Kraft treten und die Liste der Hochrisikoanbieter vorgelegt wird, hätten Mobilfunknetzbetreiber 36 Monate Zeit, um die Verwendung von Ausrüstung von Hochrisikoanbietern in wichtigen IKT-Anlagen schrittweise einzustellen. Mit dem Vorschlag der Kommission würde die Empfehlung des 5G-Instrumentariums zu Hochrisikoanbietern in eine verbindliche Anforderung umgewandelt. Die Durchführungsrechtsakte würden erlassen, sobald die CSA2 in Kraft tritt.

*Antwort auf Empfehlung 3 a, Ziffer 93*. Die Empfehlung wurde im zweiten Fortschrittsbericht über die Umsetzung des 5G-Instrumentariums berücksichtigt, der am 15. Juni 2023 veröffentlicht wurde. Das Instrumentarium enthält Informationen über den Umgang der Mitgliedstaaten mit Kosten der Mobilfunknetzbetreiber für den Austausch von 5G-Ausrüstung, die von Hochrisikoanbietern erworben wurde (Abschnitt 2.1.3 über Beschränkungen für Hochrisikoanbieter). Darin ist festgelegt, dass in zwölf Mitgliedstaaten in den angenommenen oder vorgeschlagenen Rechtsrahmen Übergangsfristen festgelegt sind, entweder mit bestimmten Daten (z. B. 2025) oder mit einer Anzahl von Jahren nach Inkrafttreten der Maßnahmen, sodass die Mobilfunknetzbetreiber Zeit haben, Ausrüstung von Hochrisikoanbietern zu ersetzen.

In der Folgenabschätzung zum überarbeiteten Rechtsakt zur Cybersicherheit wurden die wirtschaftlichen Kosten des Austauschs von 5G-Ausrüstung von Hochrisikoanbietern analysiert. Die Folgenabschätzung befasst sich auch mit den strategischen Risiken, die sich aus der Präsenz von Hochrisikoanbietern ergeben und Kosten für die Sicherheit der EU mit sich bringen.

**Sonderbericht 04/2022: Investmentfonds: Die Maßnahmen der EU haben noch nicht zu einem echten Binnenmarkt zum Vorteil der Anleger geführt.**

*Antwort auf Empfehlung 1 a, Ziffer 129*. Die Kommission nimmt die Empfehlung 1 a nicht an.

Nach Ansicht der Kommission ist der Rechtsrahmen der EU für die Vermögensverwaltung insgesamt geeignet und wirksam, um die angestrebten Ziele eines wirksamen Binnenmarktes zu erreichen. Der Rechtsrahmen wird regelmäßig überprüft, um Mängel zu ermitteln und zu beheben. Zwischen 2022 und 2023 wurden die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (im Folgenden

„AIFM-Richtlinie“) und die Verordnung über europäische langfristige Investmentfonds überprüft, um sie an die vom Parlament und vom Rat vereinbarten Marktentwicklungen und Branchenpraktiken anzupassen. Sie sind in Kraft getreten und gehen nun mit den erforderlichen Durchführungsmaßnahmen einher. Die Auswirkungen der vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen müssen beobachtet und nach den Grundsätzen der besseren Rechtsetzung bewertet werden. Die Kommission ist der Auffassung, dass die nächste Bewertung dieser Änderungen des Rechtsrahmens der EU für die Vermögensverwaltung frühestens fünf Jahre nach Abschluss der Umsetzung möglich und angemessen sein wird.

Darüber hinaus nahm die Kommission am 4. Dezember 2025 einen Vorschlag zur Verbesserung der Funktionsweise und der EU-weiten Marktintegration des Vermögensverwaltungssektors (im Folgenden „SIU-MISP-Vorschlag“) an; dieser zielt darauf ab, Hindernisse, die sich sowohl aus dem EU-Recht als auch aus nationalem Recht ergeben, durch Änderungen der Richtlinie über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, der AIFM-Richtlinie und der Verordnung über den grenzüberschreitenden Vertrieb von Fonds zu beseitigen. Mit dem Vorschlag wird die grenzüberschreitende Bereitstellung von Fonds gestrafft, die Tätigkeit von Vermögensverwaltern vereinfacht, ein Pass für Verwahrstellen eingeführt und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit gestärkten Befugnissen im Bereich der Konvergenz ausgestattet. Angesichts der umfassenden und ehrgeizigen Beseitigung von Hindernissen ist die Kommission der Auffassung, dass mit dem Vorschlag die strukturellen Faktoren für die Konzentration der Fondsdomizile angegangen und die Befugnisse der ESMA im Bereich der Aufsichtskonvergenz erweitert werden. Über sie wird derzeit zwischen Parlament und Rat verhandelt.

Schließlich arbeitet die Kommission derzeit an der Annahme der EU-Initiative für Risiko- und Wachstumskapitalfonds. Ziel der Initiative ist es, die Rahmenbedingungen für Verwalter von Risiko- und Wachstumskapitalfonds in der EU zu verbessern und sie wettbewerbsfähiger zu machen, um die EU-Wirtschaft und innovative Unternehmen stärker zu unterstützen. Mit dieser Initiative sollen die Vorschriften für Verwalter von Risiko- und Wachstumskapitalfonds in der EU einfacher, verhältnismäßiger und kosteneffizienter gestaltet werden, um die Ausübung und Skalierung ihrer Geschäftstätigkeit zu erleichtern und so mehr Finanzierungsmöglichkeiten in der EU zu erschließen. Je nach Ergebnis der laufenden politischen Arbeiten, der Folgenabschätzung und anderer Faktoren kann die Reform möglicherweise zu technischen Änderungen der AIFM-Richtlinie, insbesondere in Bezug auf die Tätigkeit von Verwaltern alternativer Investmentfonds unterhalb des Schwellenwerts und von kleinen und mittleren Verwaltern alternativer Investmentfonds, die gemäß der AIFM-Richtlinie zugelassen sind, sowie zu technischen Verbesserungen der Verordnung über Europäische Risikokapitalfonds führen.

*Antwort auf Empfehlung 1 b, Ziffer 129*. Die Kommission hat die Empfehlung 1 b teilweise angenommen und mehrere einschlägige Maßnahmen ergriffen, um der Empfehlung des EuRH nachzukommen.

Wie in der Antwort auf Empfehlung 1 a betont wird, hat die Kommission am 4. Dezember 2025 den SIU-MISP-Vorschlag angenommen. Die Leistungsmessungs- und Überwachungstätigkeiten gehen über die zwangsläufig begrenzten Indikatoren im Managementplan der GD FISMA hinaus. Die Kommission veröffentlicht jährlich eine Liste von Indikatoren, um die Entwicklung der Kapitalmärkte nachzuverfolgen und die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Kapitalmarktunion zu überwachen, darunter auch Indikatoren zu Investmentfonds. Darüber hinaus werden die Überarbeitungen der AIFM-Richtlinie und der aufsichtlichen Meldevorschriften für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren gemäß der Richtlinie (EU) 2024/927 ab 2027 die Verfügbarkeit und Qualität von Daten über Investmentfonds und ihre Verwalter verbessern und damit die Überwachung der Leistung dieser Marktteilnehmer erleichtern.

Darüber hinaus führt die ESMA kontinuierliche Risikobewertungen und Risikoüberwachungen für den Investmentfondssektor durch, die in einer Reihe von Berichten wie den Berichten über Trends, Risiken

und Schwachstellen, dem Risiko-Dashboard und den Marktberichten veröffentlicht werden. In diesem Zusammenhang entwickelt die ESMA die strukturellen Marktindikatoren über Trends, Risiken und Schwachstellen, die Strukturindikatoren für Investmentfonds für den Europäischen Wirtschaftsraum, die EU und die Mitgliedstaaten sowie Daten aus den von der ESMA geführten Registern liefern. Nach Überprüfung des Rahmens ist die Kommission daher der Auffassung, dass die derzeitigen Indikatoren und Veröffentlichungskanäle einen geeigneten Rahmen darstellen.

*Antwort auf Empfehlung 3 a, Ziffer 134*. Die Kommission nahm die Empfehlung 3 a teilweise an und ist der Auffassung, dass sie in Bezug auf die angenommenen Aspekte umgesetzt wurde. Am 24. Mai 2023 veröffentlichte die Kommission ihren Vorschlag für eine Strategie der Union für Kleinanleger mit dem Ziel, Kleinanleger zu stärken und sicherzustellen, dass sie angemessen geschützt und ermutigt werden, an den Kapitalmärkten zu investieren. Die Strategie deckt ein breites Spektrum von Themen ab, einschließlich der Bewältigung potenzieller Interessenkonflikte von Finanzmittlern aufgrund von Anreizen. Das Parlament und der Rat haben am 18. Dezember 2025 eine vorläufige politische Einigung erzielt.

Mit der erzielten Einigung werden Maßnahmen eingeführt, die das Vertrauen der Kleinanleger erhöhen und es ihnen erleichtern, an den Finanzmärkten zu interagieren. Insbesondere geht es dabei um Folgendes:

- Verschärfung der Vorschriften für die Produktgestaltung, sodass Kleinanlegern keine Produkte angeboten oder verkauft werden, die kein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis bieten,
- Beitrag zur Minderung potenzieller Interessenkonflikte beim Vertrieb von Anlageprodukten durch die Einführung strengerer Schutzvorkehrungen und Transparenzmaßnahmen in Fällen, in denen Anreize zulässig sind, unter anderem durch eine Prüfung der Anreize,
- Erleichterung des Zugangs zu nicht komplexen, breit gestreuten und kosteneffizienten Produkten für Kleinanleger,
- Bereitstellung klarer, standardisierter Informationen über Anlageprodukte für Kleinanleger und Anpassung der Offenlegungsvorschriften an das digitale Zeitalter,
- Förderung der Verwendung einer standardisierten Terminologie und Darstellungsform von Kosten, um sie transparent und vergleichbar zu machen und Anleger dabei zu unterstützen, den Wert eines Anlageprodukts einzuschätzen,
- Gewährleistung, dass alle Kleinanleger jährlich eine Übersicht über die Wertentwicklung ihres Portfolios erhalten,
- Schutz der Kleinanleger vor irreführenden Marketingpraktiken, indem sichergestellt wird, dass Unternehmen in vollem Umfang für ihre Marketing-Mitteilungen verantwortlich sind, auch wenn diese über soziale Medien oder über Prominente oder andere Dritte, die dafür eine Vergütung oder Anreize von den Unternehmen erhalten, verbreitet werden,
- Abbau des Verwaltungsaufwands und Verbesserung der Zugänglichkeit von Produkten und Dienstleistungen für erfahrene Kleinanleger, indem die Kriterien für die Anerkennung als professioneller Anleger verhältnismäßiger gestaltet werden,
- Ausbau der aufsichtlichen Zusammenarbeit zwischen den Behörden der EU und der Mitgliedstaaten, damit Vorschriften in der gesamten EU korrekt und wirksam umgesetzt und Betrug und missbräuchliche Praktiken besser bekämpft werden können.

Nach der förmlichen Annahme der vorläufigen Einigung durch das Parlament und den Rat dürfte durch die Strategie der Union für Kleinanleger der Schutz von Kleinanlegern gestärkt und der Zugang von Kleinanlegern zu den Kapitalmärkten verbessert werden.

**Sonderbericht 06/2022: Rechte des geistigen Eigentums in der EU: solider Schutz mit kleinen Schwächen**

*Antwort auf Empfehlung 1 b, Ziffer 96*. Die Kommission hat mehrere Maßnahmen ergriffen, um der Empfehlung des EuRH nachzukommen: Die Neufassung der Richtlinie (EU) 2024/2823 vom 23. Oktober 2024 über den rechtlichen Schutz von Designs und die Verordnung (EU) 2024/2822 vom 23. Oktober 2024 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2246/2002 der Kommission über die an das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum zu entrichtenden Gebühren, traten am 9. Dezember 2024 in Kraft.

Was das Markenrecht der Union betrifft, so wird sowohl durch Artikel 16 Absatz 3 der Neufassung der Richtlinie als auch durch den neuen Artikel 19 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster in der durch die Verordnung (EU) 2024/2822 geänderten Fassung der Anwendungsbereich der durch eingetragene Muster und Modelle verliehenen Rechte erweitert, um gegen gefälschte Waren vorzugehen, die sich auf der Durchfuhr durch die EU oder in einer anderen zollrechtlichen Situation befinden. Während die Neufassung der Richtlinie von den Mitgliedstaaten bis zum 9. Dezember 2027 noch in nationales Recht umgesetzt werden muss, ist die Bestimmung im neuen Artikel 19 Absatz 3 der EU-Designverordnung in der geänderten Fassung bereits seit dem 1. Mai 2025 in Kraft. Was die Interventionsschwelle und die Definition von Kleinsendungen betrifft, so legte die Kommission im September 2022 nach einer gründlichen Analyse den Zollbehörden der Mitgliedstaaten, Rechteinhabern und Vertretern einen Vorschlag zur Überarbeitung der Definition des Begriffs „Kleinsendungen“ (im Wege eines delegierten Rechtsakts gemäß der Verordnung (EU) Nr. 608/2013) zur Stellungnahme vor. Angesichts der Bedenken und Zweifel, die sowohl von den Zollbehörden der Mitgliedstaaten als auch von den Rechteinhabern in Bezug auf die Anhebung der Schwellenwerte geäußert wurden, beschloss die Kommission, diesen Vorschlag zurückzuziehen. Einige Mitgliedstaaten sprachen sich für eine radikalere Änderung des Verfahrens für Kleinsendungen aus, anstatt lediglich die Schwellenwerte für die Mengen anzuheben. Das Verfahren für Kleinsendungen ist Teil der laufenden Bewertung der Verordnung (EU) Nr. 608/2013. Interventionsschwellen werden in der geltenden Verordnung nicht angegeben, sind aber Teil der oben genannten Bewertung.

*Antwort auf die Empfehlung 2, Ziffer 97*. Die Kommission hat mehrere Maßnahmen ergriffen, um der Empfehlung des EuRH nachzukommen, und ist der Auffassung, dass die Umsetzung dieser Empfehlung im Gange ist.
Die Kommission leitete das Bewertungsverfahren auf der Grundlage von Artikel 210 der Verordnung über die Unionsmarke (UMV) im Jahr 2022 ein. Ein externer Auftragnehmer legte eine Studie zur Unterstützung der Bewertung vor, die von der Kommission am 17. November 2024 vorbehaltlich der Entscheidung über die Veröffentlichung der Studie angenommen wurde. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf der Bewertung der durch die UMV seit 2017 eingeführten Änderungen sowie auf der allgemeinen Wirksamkeit und Kosteneffizienz des Verfahrens zur Erteilung von Unionsmarken. Die analytische Arbeit, die der Bewertung der Governance-Regelungen und -Merkmale im Zusammenhang mit dem Gebührenrahmen zugrunde liegt, wird ebenfalls im Rahmen dieses Prozesses durchgeführt. Die Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zur Bewertung der Verordnung über die UMV gemäß Artikel 210 der UMV wird derzeit von der Kommission ausgearbeitet, wobei die Studie zur Unterstützung die Grundlage für die Bewertung bildet. Darüber hinaus wird die Kommission aufgrund der Rückmeldungen der Nutzer des Markensystems und der Mitgliedstaaten wahrscheinlich in Erwägung ziehen, bestimmte wesentliche Bestimmungen der UMV in die Bewertung aufzunehmen. Dies dient der Vereinfachung, damit das Bewertungsergebnis alle möglichen Aspekte für eine mögliche Überarbeitung der UMV erfasst.

*Antwort auf Empfehlung 5 a, Ziffer 101*. Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Empfehlung vollständig umgesetzt wurde.

Die Kommission hat zusammen mit neun freiwillig teilnehmenden Mitgliedstaaten eine Untergruppe der Sachverständigengruppe für Zollfragen – Fachbereich Kontrollen und Risikomanagement

eingesetzt, um gemeinsame Risikokriterien für Rechte des geistigen Eigentums zu entwickeln und zu prüfen, ob diese effizient und wirksam umgesetzt werden könnten. Die Untergruppe erstellte den Entwurf eines Rechtstextes (Durchführungsbeschluss der Kommission und die einschlägigen Anhänge) und prüfte diesen in zwei Pilotprojekten, von denen das eine auf historischen Daten und das andere auf Echtzeitdaten beruhte. Die Kontrollen beruhten dabei auf den Treffern, die durch die vorgeschlagenen Risikoindikatoren des Entwurfs für Risikokriterien erzielt wurden. Die Ergebnisse dieser beiden Pilotprojekte, insbesondere des Pilotprojekts, bei dem Zollkontrollen aufgrund von Einfuhrerklärungen in Echtzeit durchgeführt wurden, waren jedoch enttäuschend und führten nicht zu zahlreichen Zurückhaltungen. Einer der von den Mitgliedstaaten dafür angeführten Gründe war, dass die Gültigkeit der für Rechte des geistigen Eigentums ermittelten Risikoindikatoren nicht bestätigt werden konnte, was bedeutete, dass diese Risikoindikatoren nicht ausgereift genug waren, um in verbindliche Risikokriterien aufgenommen zu werden.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der bisherigen Arbeiten kam die Untergruppe zu dem Schluss, dass es verfrüht wäre, zum aktuellen Zeitpunkt verbindliche Risikokriterien einzuführen. Dennoch erkannten die Mitgliedstaaten an, dass das Risikomanagement auf europäischer Ebene verbessert werden muss. Daher wurde vorgeschlagen, die Verwendung konsolidierter Listen von Daten im Zusammenhang mit Risiken im Bereich der Rechte des geistigen Eigentums zu testen, indem es den Mitgliedstaaten gestattet wird, diese Listen zu erheben und in ihr Risikomanagementsystem zu integrieren (z. B. Wirtschaftsbeteiligte mit zweifelhaftem Ruf), ohne dass daraus eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten entsteht, die Listen für Kontrollen zu verwenden. Diese Listen sollten in das gemeinsame Risikomanagementsystem (CRMS 2) integriert werden. Jeder Mitgliedstaat wird einen Beitrag zur Erstellung der Liste leisten, während die Kommission dafür zuständig sein wird, die Beiträge in einer gemeinsamen Liste für alle Mitgliedstaaten zusammenzuführen. Bei dieser Lösung handelt es sich um eine vorübergehende Maßnahme bis zur Umsetzung des verbesserten gemeinsamen Risikomanagementansatzes im Rahmen des laufenden Pakets zur Zollreform, insbesondere über die Zolldatenplattform.

*Antwort auf Empfehlung 5 c, Ziffer 101*. Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Empfehlung vollständig umgesetzt wurde.

Über die Sachverständigengruppe für Zollfragen erinnert die Kommission die Mitgliedstaaten daran, dass sie ihre Daten über die Zurückhaltung von Rechten des geistigen Eigentums innerhalb einer bestimmten Frist in der Datenbank des Unternehmerportals des Informationssystems zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (COPIS) registrieren müssen, und betont gleichzeitig die erforderliche Qualität der Datenmeldung.

Die Kommission gab Ende 2024 eine externe Studie zur Unterstützung der Bewertung der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 in Auftrag, die kürzlich abgeschlossen wurde. In der Studie wird die Frage des Zeitplans für die Berichterstattung angesprochen. Dieses Thema wird auch im Rahmen der Bewertung der Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 durch die Kommission behandelt, um zu bewerten, ob eine verbindliche Frist für die Berichterstattung die Qualität und den Zeitplan der Berichterstattung verbessern würde.

**Sonderbericht 07/2022: Instrumente zur Internationalisierung von KMU: viel Unterstützung, die aber weder ganz kohärent noch koordiniert genug ist**

*Antwort auf Empfehlung 3 a, Ziffer 90.* Für die Projekte der Initiative „Startup Europe“, die vom Europäischen Innovationsrat verwaltet werden und auch eine direkte Verbindung zur Digitalpolitik aufweisen, wurden Indikatoren für folgende Punkte entwickelt:

- Zahl der Start-ups, die durch das im Rahmen des Projekts geschaffene Ökosystem unterstützt werden,

- Zahl der Arbeitsplätze, die von Start-ups geschaffen wurden, die vom Ökosystem „Startup Europe“ unterstützt werden,
- Aktivitäten, die während der Projektlaufzeit mit dem Ziel eingerichtet wurden, nach Projektabschluss fortgesetzt zu werden.

Darüber hinaus arbeitet die Kommission mit dem EIC zusammen, um dessen Arbeit bei der Überwachung der Projekte im Rahmen der Initiative „Startup Europe“ zu unterstützen. Dazu gehören die Berichterstattung über die Projekte, die zu erbringenden Leistungen, die Verfolgung der wichtigsten Leistungsindikatoren sowie die vom EIC organisierten Zwischen- und Abschlussbewertungen.

*Antwort auf Empfehlung 3 c, Ziffer 90*. Bei den Bewertungs- und Auswahlkriterien von „Horizont Europa“ werden Projekte priorisiert, die die drei folgenden einschlägigen Vergabekriterien am besten erfüllen: Exzellenz, Wirkung sowie Qualität und Effizienz der Durchführung (gemäß Artikel 28 Absatz 1 der Verordnung über „Horizont Europa“). Mit diesen drei Vergabekriterien wird sichergestellt, dass die Projekte zu folgenden Aspekten beitragen und die größtmögliche Wirkung in folgenden Bereichen entfalten: i) Vergrößerung der Marktpräsenz europäischer Start-ups bei strategischen digitalen Technologien und technologieintensiven Innovationen, ii) Vernetzung von Start-ups mit lokalen und europäischen Ökosystemen, Gemeinschaften und potenziellen neuen Märkten und iii) Ausbau der Kapazitäten, um Technologielösungen und technologieintensive Start-ups mit Investitions- und Wachstumschancen zusammenzubringen. Dadurch wird sichergestellt, dass die geförderten Projekte diejenigen Start-ups zusammenbringen, die den größten Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten. In den Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Zusammenhang mit der Initiative „Startup Europe“ betont die Kommission, wie wichtig es ist, dass in einem Projektvorschlag dargelegt wird, wie Start-ups dabei unterstützt werden, ihr Potenzial und ihre Wettbewerbsfähigkeit voll auszuschöpfen und weiterzuentwickeln.

**Sonderbericht 08/2022: EFRE-Mittel zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU: Konzeptionsmängel beeinträchtigen eine wirksame Förderung**

*Antwort auf Empfehlung 2 a, Ziffer 80*. Die Kommission hat die Empfehlung 2 a nicht angenommen.

Die Kommission teilt die Auffassung, dass die Auswahlkriterien angemessen ehrgeizig sein sollten, ist jedoch nicht der Ansicht, dass wettbewerbsorientierte Verfahren immer die geeignete Standardoption für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sind. Nach der Rechtsgrundlage steht es den Verwaltungsbehörden frei, das Auswahlverfahren zu wählen, das ihnen am besten geeignet erscheint, um den Beitrag der EU-Finanzierung in Bezug auf jede Situation, jedes Programm oder ihre üblichen Verwaltungspraktiken zu maximieren. Die Verwaltungsbehörden können von Fall zu Fall zwischen wettbewerbsorientierten und nicht wettbewerbsorientierten Verfahren (vgl. Erwägungsgrund 60 der Verordnung (EU) 2021/1060) wählen, wobei die Vor- und Nachteile jeder Methode zu berücksichtigen sind.

**Sonderbericht 09/2022: Klimaschutz im EU-Haushalt 2014-2020: weniger Ausgaben als gemeldet**

*Antwort auf die Empfehlung 1, Ziffer 58*. Die Kommission ist stets bestrebt, die Beiträge im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik möglichst zuverlässig und wissenschaftlich fundiert zu messen, wobei sie auch berücksichtigt, dass die Methodik einfach anzuwenden sein muss und ein übermäßiger Verwaltungsaufwand vermieden werden sollte. Im Januar 2026 veröffentlichte die Kommission eine Studie zur Verfolgung des Beitrags der Gemeinsamen Agrarpolitik zum Klimaschutz. Mit der

derzeitigen Methode zur Nachverfolgung dürfte erwartungsgemäß ein positiver Beitrag zum Klima erreicht werden, der weitgehend mit den Gewichtungen gemäß Artikel 100 der Verordnung (EU) 2021/2115 im Einklang steht, insbesondere für Direktzahlungen und Gebiete mit naturbedingten oder anderen gebietsspezifischen Benachteiligungen.

Für den nächsten Programmplanungszeitraum sind die Gewichtungskoeffizienten von 40 % und 100 %, die derzeit für Interventionsbereiche im Zusammenhang mit der Landwirtschaft verwendet werden sollen, die Koeffizienten, die am ehesten auf die positiven Beiträge der GAP-Ausgaben abgestimmt sind, die nach der neuen Methodik der Studie ermittelt wurden. Die Ergebnisse der Studie stützen im Großen und Ganzen die in der vorgeschlagenen Leistungsverordnung dargelegte neue Methodik.

*Antwort auf die Empfehlung 2 a, Ziffer 60.* Die Kommission hat diese Empfehlung nicht angenommen.

In allen Basisrechtsakten der EU-Haushaltsprogramme ist die Einhaltung einer geeigneten und maßgeschneiderten Fassung des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ vorgeschrieben, und nach dem Europäischen Klimagesetz ist die Kommission verpflichtet, vor der Annahme jeden Entwurf einer Maßnahme oder eines Legislativvorschlags (einschließlich Haushaltsvorschlägen) auf seine Vereinbarkeit mit dem EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050 und den Klimazielen der EU für 2030 und 2040 zu prüfen. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass es nicht relevant wäre, die Methode zur durchgängigen Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen in allen Politikbereichen, wie vom EuRH vorgeschlagen, auf negative Auswirkungen auszuweiten, auch angesichts der zusätzlichen Belastung, die dies für alle einschlägigen Akteure mit sich bringen würde.

*Antwort auf die Empfehlung 3, Ziffer 63.* Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Empfehlung vollständig umgesetzt wurde.

Die Kommission hat mehrere Schritte unternommen, um in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz 2023 und 2024 über die Auswirkungen des EU-Haushalts auf die Klimaziele Bericht zu erstatten. Für diese Jahre werden in den jährlichen Management- und Leistungsbilanzen die jährlichen Energieeffizienzeinsparungen durch private und öffentliche Gebäude, die vermiedenen $CO_2$-Emissionen pro Jahr und die installierten Kapazitäten für erneuerbare Energien dargelegt und die Ergebnisse verschiedener EU-Haushaltsprogramme aggregiert. Das Fehlen harmonisierter, aggregierbarer Indikatoren für alle Haushaltsprogramme hindert die Kommission jedoch daran, den Umfang dieser Überwachung der Auswirkungen auszuweiten.

In dem Vorschlag für eine Leistungsverordnung für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 wird der Leistungsrahmen für die Überwachung der Ausgaben und der Leistung in allen Programmen und Tätigkeiten des EU-Haushalts festgelegt. Dieser Rahmen umfasst eine gemeinsame Liste von Interventionsbereichen und Indikatoren für Koeffizienten, um die Überwachung der Ausgaben und der Leistung im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen. Ein Schlüsselindikator für den Klimaschutz sind die vermiedenen Treibhausgasemissionen, die in die einschlägigen Interventionsbereiche aufgenommen wurden und es ermöglichen werden, dieses wichtige Ergebnis über den gesamten EU-Haushalt zu aggregieren.

**Sonderbericht 10/2022: LEADER und von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung fördern das lokale Engagement, doch ein Zusatznutzen ist noch nicht ausreichend nachgewiesen**

*Antwort auf die Empfehlung 1 e, Ziffer 84*. Die Kommission hat die Empfehlung teilweise angenommen, sofern sie im Hinblick auf die Datenerhebung durchführbar ist und es eine gemeinsame Definition der gesetzlichen Aufgaben gibt.

Die Kommission prüfte gemeinsam mit ihrem Auftragnehmer die Möglichkeit, die Verwendung von LEADER-Mitteln zur Finanzierung gesetzlicher Aufgaben von lokalen, regionalen, nationalen oder EU-Stellen im Rahmen der am 9. November 2023 veröffentlichten Studie zur Unterstützung der Evaluierung der Kosten und des Nutzens der Umsetzung von LEADER zu bewerten. Die Untersuchung ergab, dass eine Analyse der gesetzlichen Aufgaben nicht durchführbar war, da es keine gemeinsame Definition und kein gemeinsames Verständnis dessen gab, was unter die gesetzlichen Aufgaben fällt, und da keine Daten für eine solche Analyse verfügbar waren. Die Kommission ist daher der Auffassung, dass sie die Empfehlung für den von ihr angenommenen Teil angemessen weiterverfolgt hat, da sie die Durchführbarkeit einer solchen Analyse geprüft hat, bevor sie zu dem Schluss kam, dass diese nicht gegeben ist.

*Antwort auf die Empfehlung 2, Ziffer 84*. Die Kommission hat mehrere Maßnahmen ergriffen, um der Empfehlung des EuRH nachzukommen:

Die Ex-post-Bewertung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 (Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen und Zusammenfassung) ergab, dass die Verwaltungsbehörden die Maßnahmen auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten haben und dass die Unterstützung weitgehend relevant war, um den anhaltenden und sich abzeichnenden Bedürfnissen der Begünstigten während des gesamten Programmplanungszeitraums gerecht zu werden. Integrierte territoriale Instrumente wie integrierte territoriale Investitionen und die von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung haben sich als weitgehend wirksam erwiesen, wenn es darum geht, die EFRE-Mittel aus einer territorialen Perspektive gezielt einzusetzen und die Mehrebenen-Governance und einen integrierten, sektorübergreifenden Ansatz für die Entwicklung territorialer Strategien zu fördern.

Die Studie über territoriale Instrumente, die zur Ex-post-Bewertung der aus dem EFRE finanzierten kohäsionspolitischen Programme 2014-2020 beitragen, sollte 2025 veröffentlicht werden. Die von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung baut auf dem LEADER-Ansatz für die Entwicklung des ländlichen Raums auf, wobei lokale Aktionsgruppen (LAG) die Führung bei der lokalen Entwicklung übernehmen. Während die Nutzung von LEADER, das aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums finanziert wird, für alle Mitgliedstaaten obligatorisch ist, ist die Nutzung anderer Fonds, einschließlich der Fonds der Kohäsionspolitik, freiwillig. Die überwiegende Mehrheit der LAG im Rahmen der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung (574) war ländlich und alle waren bereits mindestens in einem vorangegangenen Programmplanungszeitraum als LEADER-LAG tätig.

Einer der wichtigsten Faktoren, der die LAG dazu motivierte, eine von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung zu übernehmen, waren die positiven Erfahrungen mit LEADER im Zeitraum 2007-2013, zu denen sowohl das Vorhandensein wirksamer Durchführungsstrukturen als auch erfahrene Teams gehörten, die ihre Arbeit fortsetzen wollten. Im Falle der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung in ländlichen Gebieten wurde die Kohärenz erleichtert, da die LAG auf ihre Erfahrungen bei der Gestaltung strategischer Rahmen für LEADER in früheren Programmplanungszeiträumen zurückgreifen konnten (Inforegio – Evaluierungen des Programmplanungszeitraums 2014-2020).

Die Ex-post-Bewertung des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 ergab, dass bei der aus dem EMFF finanzierten, von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung lokale Interessenträger durch lokale Fischereiaktionsgruppen wirksam einbezogen wurden, wodurch eine inklusive Entwicklung und der

Aufbau lokaler Kapazitäten gefördert wurden. Trotz relativ bescheidener Haushaltsmittel wurden über 14 000 Projekte unterstützt, wodurch Arbeitsplätze, Unternehmen und Partnerschaften geschaffen und gleichzeitig Nachhaltigkeit und Innovation gefördert wurden. Die von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung hat die Rolle der Fischerei in der lokalen Wirtschaft gestärkt und dazu beigetragen, die EU-Politik näher an die Küstengemeinden heranzuführen. Die Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zur Bewertung wird im zweiten Quartal 2026 veröffentlicht, weshalb der voraussichtliche Abschlusstermin entsprechend überarbeitet wurde.

**Sonderbericht 11/2022: Schutz des EU-Haushalts: Möglichkeiten schwarzer Listen besser nutzen**

*Antwort auf Empfehlung 2 Nummer 2, Ziffer 93*. Unter der Schirmherrschaft des Managementkontrollgremiums der Kommission leitete die Kommission die institutionelle Aufsicht über das wirksame Funktionieren des Früherkennungs- und Ausschlusssystems (EDES) der EU ein. Dazu gehörte insbesondere die Weiterverfolgung der Berichte und Empfehlungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) zur Früherkennung oder zum Ausschluss sowie die Weiterverfolgung zu den Empfehlungen des Gremiums.

Die Kommission sorgt auch für die institutionelle Aufsicht über laufende Untersuchungen des OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA)[1], wobei mögliche Vertraulichkeitsanforderungen uneingeschränkt eingehalten werden. Die Rolle des zuständigen Anweisungsbefugten und des EDES-Gremiums bei der Harmonisierung der Reaktion auf Ausschlusssituationen muss unberührt bleiben.

In Bezug auf die Nutzung verfügbarer Datenquellen zur Ermittlung von Ausschlussfällen wird die Kommission die Möglichkeit prüfen, die Maßnahmen der zuständigen Anweisungsbefugten zu überwachen, wenn Informationen über potenzielle Ausschlussfälle in den entsprechenden Datenbanken erfasst sind. Für die Daten des Berichterstattungssystems für Unregelmäßigkeiten (IMS) werden die Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt, wenn der zuständige Anweisungsbefugte einen Treffer im System findet und weitere Informationen anfordert.

Die Kommission stellt ferner fest, dass im Gegensatz zu Berichten des OLAF oder Mitteilungen der EUStA, in denen häufig die Verhängung einer EDES-Maßnahme empfohlen wird, in den anderen genannten Datenquellen (IMS, abschließende Prüfungsergebnisse, Wettbewerbsbeschlüsse und Mitteilungen der Durchführungspartner) ihrem Wesen nach kein Erlass einer solchen Maßnahme empfohlen wird und daher keine Überwachung auf institutioneller Ebene erforderlich ist. Im Einklang mit dem dezentralen Charakter des EU-Haushalts muss der zuständige Anweisungsbefugte prüfen, ob die betreffende Einrichtung ein Risiko für den EU-Haushalt darstellt und ob dieses Risiko eine EDES-Maßnahme rechtfertigt. Die Kommission überwacht die Umsetzung der Empfehlungen des EDES-Gremiums kontinuierlich.

*Antwort auf Empfehlung 2 Nummer 3, Ziffer 93*. Die Kommission nahm die Empfehlung 2 Nummer 3 teilweise an und ist der Auffassung, dass diese in Bezug auf die angenommenen Teile umgesetzt wurde.

Die Kommission stützt sich nicht nur auf ehrenwörtliche Erklärungen. Zusätzlich zur Überprüfung dieser Erklärungen sieht die Kommission einige Ex-post-Garantien vor. Insbesondere fordert die Kommission die zuständigen Anweisungsbefugten auf, die EDES-Datenbank in allen

[1] Die Bezugnahme auf „laufende Betrugsermittlungen von OLAF“ sollte als Bezugnahme auf administrative Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der finanziellen Interessen der Union verstanden werden, wie in Artikel 7 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 883/2013 (OLAF-Verordnung) beschrieben.

Verfahrensphasen vor der Vertragsunterzeichnung zu überprüfen. Ex-post-Überprüfungen werden auch durch Sperrwarnungen in ABAC in Verbindung mit ausgeschlossenen Einrichtungen gewährleistet, bevor Zahlungen geleistet werden. Darüber hinaus werden die Anweisungsbefugten durch das System gewarnt, wenn eine Früherkennung in EDES erfasst wurde. Auf diese Weise können sie im Laufe der Vertragsdurchführung auf Probleme im Zusammenhang mit EU- Vertragspartnern, mit denen sie in einer laufenden Vertragsbeziehung stehen, aufmerksam gemacht werden.

Die Kommission wird jedoch die Möglichkeit prüfen, eine zentrale Anlaufstelle für die Behörden der Mitgliedstaaten einzurichten, die auf einschlägige verfügbare Daten aus dem EDES und Arachne zurückgreifen kann sowie mit SUMMA (der Anwendung, die ABAC als zentrales Finanzinformationssystem ersetzt) verknüpft ist, um einen maximalen Schutz des EU-Haushalts durch Verknüpfung, Austausch und KI-basierte Tools und Techniken zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang hat die Kommission einen Webdienst entwickelt, der die Systeme externer Organisationen, z. B. von Durchführungspartnern und Mitgliedstaaten, beim Zugang zur EDES-Datenbank unterstützt. Dies zeigt, dass Verknüpfungen zu anderen Systemen entwickelt und schrittweise auf weitere Tools und Plattformen ausgeweitet werden. Darüber hinaus plant die Kommission die künftige Verknüpfung mit Arachne+, wodurch die Fähigkeiten des Systems weiter verbessert werden.

*Antwort auf Empfehlung 2 Nummer 4, Ziffer 93*. Die Kommission aktualisiert weiterhin ihre institutionellen Leitlinien zum EDES und hat Ad-hoc-Leitlinien für bestimmte Situationen (z. B. Verwendung des OLAF-Berichts, Auswirkungen der Ausschlussentscheidungen auf laufende rechtliche Verpflichtungen) ausgearbeitet, um die Wirksamkeit der EDES-Verfahren zu maximieren, und wird weitere Leitlinien für die Nutzung des EDES ausarbeiten.

*Antwort auf Empfehlung 2 Nummer 5, Ziffer 93*. Die Kommission wird weiterhin die Sensibilisierung für EDES fördern, auch bei anderen EU-Organen und -Einrichtungen, den Behörden der Mitgliedstaaten und den Durchführungspartnern. Die Kommission ist bestrebt, das Bewusstsein für das EDES durch verschiedene Maßnahmen zu schärfen, etwa bei einem eintägigen Workshop für alle Kommissionsdienststellen, durch die Kommunikation mit den Ämtern, Einrichtungen und sonstigen Stellen der anderen Organe, Artikel im Intranet der Kommission und Ad-hoc-Schulungen für verschiedene Zielgruppen. Zu gegebener Zeit werden die Behörden der Mitgliedstaaten Schulungen zur Anwendung des Systems auf die geteilte Mittelverwaltung erhalten, das für ab Januar 2028 finanzierte Fonds und Programme vorgesehen ist. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Durchführungspartnern möchte die Kommission betonen, dass die bestehenden Regelungen bereits ein hohes Schutzniveau für den EU-Haushalt bieten, ohne dass eine obligatorische Nutzung des EDES erforderlich ist. Gemäß Artikel 157 der Haushaltsordnung müssen die Durchführungspartner ein gleichwertiges Schutzniveau gewährleisten.

Daher ist die Kommission der Ansicht, dass diese Empfehlung vollständig umgesetzt wurde.

*Antwort auf die Empfehlung 3, Ziffer 95*. Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Empfehlung umgesetzt wurde, und verlässt sich nicht ausschließlich auf die Verwaltungsautonomie der Partner.

Während sich die indirekte Mittelverwaltung auf die Systeme, Vorschriften und Verfahren der Durchführungspartner stützt, werden diesen Partnern Mittel erst anvertraut, nachdem eine Ex-ante-Bewertung bestätigt hat, dass ihre Systeme Ausschlusssituationen (gemäß Artikel 138 der Haushaltsordnung), Unregelmäßigkeiten und Betrug aufdecken und dagegen vorgehen können. Wenn die Systeme teilweise konform sind, wendet die Kommission gezielte Aufsichtsmaßnahmen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU an. Darüber hinaus enthält die Vorlage für die Beitragsvereinbarung auch durchsetzbare Klauseln über den Ausschluss vom Zugang zu Finanzmitteln (Artikel 20 der Allgemeinen Bedingungen der Beitragsvereinbarung) und allgemeine Berichterstattungspflichten. Zu diesen Verpflichtungen gehört die unverzügliche Unterrichtung der Kommission über festgestellte Betrugsfälle und Unregelmäßigkeiten und deren Weiterverfolgung

sowie über alle Informationen über mutmaßliche Fälle von Betrug, Korruption oder sonstigen rechtswidrigen Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (Artikel 2 Absatz 6 der Allgemeinen Bedingungen der Beitragsvereinbarung). Diese Informationen können von der Europäischen Kommission für das EDES verwendet werden. Darüber hinaus behält sich die Kommission gemäß den Artikeln 11 und 12 der Allgemeinen Bedingungen der Beitragsvereinbarung das Recht vor, die Zahlungsfrist/Beitragsvereinbarung auszusetzen oder die Beitragsvereinbarung zu kündigen, wenn gegen wesentliche Verpflichtungen (wie die Verpflichtungen aus den Artikeln 2 und 20) verstoßen wird, wodurch Rechenschaftspflicht und Überwachung sichergestellt werden. Daher stützt sich der Rahmen auf zwei Schlüsselelemente: erstens der Rückgriff auf vorab bewertete Systeme, die im Rahmen der Bewertung auf der Grundlage von Säulen bewertet wurden, und zweitens strenge vertragliche Verpflichtungen und Durchsetzungsmechanismen. Bei Maßnahmen der humanitären Hilfe entsprechen die Verweise auf spezifische Artikel der Beitragsvereinbarung den entsprechenden Bestimmungen der Beitragsvereinbarung für humanitäre Hilfe.

*Antwort auf Empfehlung 5 Nummer 3, Ziffer 97*. Die Kommission wird das integrierte IT-System für die Datenauswertung und Risikoanalyse (Arachne), das sie den Behörden der Mitgliedstaaten, die den EU-Haushalt ausführen, zur Verfügung gestellt hat, weiterentwickeln. Diese Entwicklungen werden neue Merkmale und Funktionen wie ein Ex-ante-Modul, Entwicklungen aus der GAP und neue Risikoindikatoren zur Berücksichtigung von Daten über wirtschaftliches Eigentum umfassen.

Die Kommission wird ferner bestrebt sein, die Benutzerfreundlichkeit des Systems und – soweit die Mitgliedstaaten nationale Daten zur Verfügung stellen – seine Interoperabilität mit anderen Quellen von EU- und nationalen Daten, die für die Ausführung des EU-Haushalts relevant sind, zu verbessern. Mit der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (Neufassung) wird eine Rechtsgrundlage geschaffen und es werden umfassende Maßnahmen für ein modernisiertes Instrument zur Datenauswertung und Risikobeurteilung („Arachne+“) eingeführt, um die finanziellen Interessen der EU ab 2028 besser zu schützen (aufbauend auf den Erfahrungen mit dem bereits bestehenden Tool „Arachne“). Das neue Instrument wird für alle Arten der Mittelverwaltung gelten und auf einer modernen IT-Architektur beruhen, die insbesondere von Interoperabilität und künstlicher Intelligenz (KI) profitiert. Während die Nutzung des künftigen Tools derzeit freiwillig ist, werden die Organe und Einrichtungen der EU, die Mitgliedstaaten und die Stellen, die den EU-Haushalt ausführen, ab 2028 verpflichtet sein, relevante Daten in das Tool einzugeben. In einer Gemeinsamen Erklärung vom 7. Dezember 2023 verpflichteten sich die Kommission, der Rat und das Parlament, die obligatorische Nutzung des Tools für die mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit nach 2027 auf der Grundlage einer Bewertung der Einsatzbereitschaft des Tools durch die Kommission bis Ende 2027 zu prüfen und erneut zu erörtern.

*Antwort auf Empfehlung 5 Nummer 4, Ziffer 97*. Die Kommission ist für die Bereitstellung von EU-Ausschlussentscheidungen in der EDES-Datenbank zuständig und bemüht sich, das Tool so weit wie möglich bekannt zu machen. Die Kommission fördert die Nutzung des integrierten IT-Systems Arachne+ für die Datenauswertung und Risikobewertung weiterhin durch spezielle Schulungen, die Teilnahme an Konferenzen und über die Arbeitsgruppe der Kommission und die Sachverständigengruppe der Mitgliedstaaten. Die Expertengruppe der Kommission wurde mit dem Beschluss C(2024) 7889 der Kommission vom 20. November 2024 eingesetzt, um eine enge und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten herzustellen, wobei der Schwerpunkt auf den vier Hauptkriterien für die Bewertung der Bereitschaft liegt, d. h. Risikoindikatoren, Interoperabilität, Datenschutz und KI. Die Gruppe setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten aus den Bereichen Finanzen, Rechnungsprüfung, Daten-Governance oder IT-Entwicklung zusammen. Vertreter des Europäischen Rechnungshofes nehmen als Beobachter teil.

*Antwort auf Empfehlung 5 Nummer 5, Ziffer 97*. Im Zusammenhang mit der Neufassung der Haushaltsordnung legte die Kommission einen Vorschlag im Einklang mit dieser spezifischen Teilempfehlung vor. Daher kann in Bezug auf die EU-Daten davon ausgegangen werden, dass die

Teilempfehlung ab dem Datum des Inkrafttretens der Neufassung der Haushaltsordnung (30. September 2024) umgesetzt wurde.

**Sonderbericht 12/2022: Dauerhaftigkeit im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums: Die meisten Projekte sind im erforderlichen Zeitraum in Betrieb, doch könnten längerfristige Ergebnisse erzielt werden**

*Antwort auf Empfehlung 3 a, Ziffer 70.* Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung umgesetzt wurde.

Am 14. Dezember 2023 organisierte die Kommission den Workshop des Europäischen GAP-Netzwerks zur Dauerhaftigkeit von Investitionen | Europäisches GAP-Netzwerk für Mitgliedstaaten, Begünstigte und Bewerter. Ziel des Workshops war es unter anderem, einschlägige Ansätze und Informationsquellen für die Bewertung der weiteren Durchführung von EU-finanzierten Projekten zu ermitteln.

Die Highlight-Berichte sind auf der entsprechenden Website abrufbar: Highlight-Bericht – Workshop zur Dauerhaftigkeit von Investitionen. Die Kommission stellte die Ergebnisse des Workshops, darunter bewährte Verfahren der Mitgliedstaaten, in der Sitzung der Expertengruppe für die Umsetzung der Verordnung über die GAP-Strategiepläne am 28. Juni 2024 vor. Im Anschluss an die Sitzung der Expertengruppe übermittelte die Kommission den Mitgliedstaaten am 4. Dezember 2024 einen Vermerk, in dem die Ergebnisse des Workshops des EU-GAP-Netzwerks zur Dauerhaftigkeit von Investitionen vom 14. Dezember 2023 und die schriftlichen Beiträge der Mitgliedstaaten zu den zu erörternden Fragen zusammengefasst werden.

*Antwort auf Empfehlung 3 b, Ziffer 70.* Die Kommission betrachtet diese Empfehlung als umgesetzt.

Basierend auf den Ergebnissen des Workshops des EU-GAP-Netzwerks zum Thema Dauerhaftigkeit von Investitionen, der am 14. Dezember 2023 stattfand (Highlight-Bericht – Workshop zur Dauerhaftigkeit von Investitionen | EU-GAP-Netzwerk), ermittelte die Kommission Herausforderungen und Risikofaktoren im Zusammenhang mit der Dauerhaftigkeit von Investitionen und stellte die Ergebnisse des Workshops den Mitgliedstaaten während der Sitzung der Expertengruppe zur Umsetzung der Verordnung über den GAP-Strategieplan am 28. Juni 2024 vor. Im Anschluss an die Sitzung der Expertengruppe übermittelte die Kommission am 4. Dezember 2024 den Mitgliedstaaten einen Vermerk, in dem die Ergebnisse des Workshops des EU-GAP-Netzwerks zur Dauerhaftigkeit von Investitionen vom 14. Dezember 2023, einschließlich der Risikofaktoren, und der schriftlichen Beiträge der Mitgliedstaaten zu den zu erörternden Fragen zusammengefasst werden.

**Sonderbericht 13/2022: Freizügigkeit in der EU während der COVID-19-Pandemie: Begrenzte Prüfung der Kontrollen an den Binnengrenzen und unkoordinierte Maßnahmen der Mitgliedstaaten**

*Antwort auf die Empfehlung 1 e, Ziffer 80.* Die Kommission nahm die Empfehlung 1 e nicht an.

Die Kommission hat Schritte unternommen, um die geltenden Rechtsvorschriften zu verbessern, insbesondere durch Vorschläge für weitreichende Änderungen des Schengener Grenzkodex, die im Juli 2024 in Kraft traten. Der überarbeitete Schengener Grenzkodex enthält unter anderem einen Schwellenwert für den Nachweis der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit von Kontrollen an den Binnengrenzen durch die Mitgliedstaaten, der steigt, je länger diese Kontrollen andauern, sowie Muster für Mitteilungen und Ex-post-Berichte, wodurch sich ihre Qualität bereits verbessert hat. Die

erforderlichen Durchführungsrechtsakte zur Festlegung eines einheitlichen Formats für die Mitteilungen und Ex-post-Berichte wurden erlassen.

Die Empfehlung 1 e wurde nicht angenommen, da sie der Kommission empfiehlt, Durchsetzungsmaßnahmen einzuleiten. Dies schränkt den Ermessensspielraum der Kommission in Bezug auf ihre Durchsetzungspolitik und die Frage ein, ob und wann sie Vertragsverletzungsverfahren einleitet oder den Gerichtshof anruft. Dies wird auch in der Mitteilung mit dem Titel „EU-Recht: Bessere Ergebnisse durch bessere Anwendung“ erklärt.

**Sonderbericht 14/2022: Reaktion der Kommission auf Betrug im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik: Es ist an der Zeit, das Problem an der Wurzel anzugehen**

*Antwort auf Empfehlung 2 c, Ziffer 112*. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung umgesetzt wurde.

Die Kommission holte von 25 Mitgliedstaaten Informationen über die neuen Technologien, einschließlich KI, und deren Einsatz bei Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung ein. Dies erfolgte mithilfe eines Fragebogens, der Teil einer Studie war, die von einem externen Auftragnehmer zur Anpassung der horizontalen Bewertung des Betrugsrisikos im Rahmen der GAP durchgeführt wurde. In der anonymisierten Analyse der Antworten wurde der großflächige Einsatz von Arachne, des Systems zur Identifizierung landwirtschaftlicher Grundstücke und des Flächenüberwachungssystems als zentrale Instrumente zur Betrugsbekämpfung hervorgehoben. In den Antworten wurden auch KI-basierte Software, die für die georeferenzierte Fotoerkennung und -analyse verwendet wird, und ein KI-Software-Pilotprojekt zur Bewertung der Früherkennung von Anwendungen genannt.

Die Zusammenfassung der Antworten der Mitgliedstaaten wurde auf der 18. Konferenz der Zahlstellen am 7. Oktober 2025 in Brüssel vorgestellt. Die Präsentation ermöglichte eine Diskussion und förderte den Austausch bewährter Verfahren für den Einsatz von KI-Tools bei der Betrugsprävention.

Im Rahmen von Maßnahme 12 der Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission unterstützt das vom OLAF verwaltete Betrugsbekämpfungsprogramm der EU die Behörden der Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Verbesserung KI-gestützter Tools oder von Tools mit KI-Bezug. Beispielsweise wurden den Behörden der Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für technische Hilfe für 2024 mehrere Finanzhilfen für den Erwerb von Software für die Entwicklung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und für KI-gestützte Datenanalysesysteme gewährt. Darüber hinaus hat das OLAF mit den Mitgliedstaaten eine technische Initiative ins Leben gerufen, die sowohl die präventiven als auch die investigativen Aspekte der Betrugsbekämpfung abdeckt, mit dem strategischen Ziel, ein „digitales Instrumentarium zur Betrugsbekämpfung“ zu schaffen. Die Initiative war auf drei Hauptarbeitsbereiche ausgerichtet:

- den Einsatz von KI zu Ermittlungszwecken,
- Analysemethoden für eine datengesteuerte, proaktive Betrugsaufdeckung und
- die Verknüpfung verschiedener Datenquellen.

Im Mai 2025 legten die Teilnehmer aus den Mitgliedstaaten und die Akteure im Bereich der Betrugsbekämpfung innerhalb der Europäischen Kommission am Ende eines dreitägigen Workshops drei Mandate mit Ergebnissen vor (Lösungen wie KI-Tools und -Prompts, die in das Instrumentarium einfließen werden). Im Juni 2026 kommen die Mitgliedstaaten und die EU-Akteure im Bereich der Betrugsbekämpfung anlässlich des zweiten Workshops zu digitalen Instrumenten zur Betrugsbekämpfung zusammen, um die Fortschritte bei der Umsetzung der im Mai 2025 angenommenen Mandate zu überprüfen und neue Projekte zu erörtern.

**Sonderbericht 15/2022: Maßnahmen zur Ausweitung der Beteiligung an „Horizont 2020“ sind zwar gut konzipiert, doch hängen nachhaltige Änderungen vor allem von den nationalen Behörden ab**

*Antwort auf die Empfehlung 3, Ziffer 94*. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung umgesetzt wurde. Die Mitteilung über Synergien zwischen den Programmen des EFRE und „Horizont Europa“ wurde von der Kommission angenommen und am 4. November 2022 im Amtsblatt veröffentlicht (EUR-Lex – 52022XC1104(02) – DE – EUR-Lex).

*Antwort auf Empfehlung 4 c, Ziffer 96*. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung umgesetzt wurde.

Alle Projektbegünstigten sind verpflichtet, über ihre Leistungen und Projektergebnisse Bericht zu erstatten, und diese Informationen sind dann leicht auf der öffentlich zugänglichen Plattform des Informationsdienstes der Gemeinschaft für Forschung und Entwicklung (CORDIS) verfügbar. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Arbeitsprogramms 2023-2024 von „Horizont Europa“ (S. 37) eine spezielle neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, die insbesondere auf Ausweitungsmaßnahmen, die Fazilität zur Unterstützung der Verbreitung und Nutzung (HORIZON-WIDERA-2023-ACCESS-05), abzielt. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen endete am 28. September 2023. Der aus neun förderfähigen Vorschlägen ausgewählte Gewinner wird den Begünstigten von Ausweitungsmaßnahmen dabei helfen, ihre Ergebnisse weiter zu verbreiten. Im Rahmen einer weiteren Maßnahme, die derzeit in Zusammenarbeit mit der Exekutivagentur für die Forschung vorbereitet wird, wird ein stärker diversifizierter, tieferer und gezielterer Ansatz für die Erfolgsgeschichten entwickelt. Laufende Projekte werden speziell analysiert, um einige besondere Erfolgsgeschichten auszuwählen, die dann auf verschiedene, weniger übliche Weise kommuniziert werden (z. B. Erfahrungsberichte von Interessenträgern, Präsentationen nicht nur von Projektbegünstigten, sondern auch von der Gesellschaft oder der Verwaltung), um ihre Erfolge und Auswirkungen auf die Gesellschaft einem breiten Publikum vorzustellen.

*Antwort auf Empfehlung 5 a, Ziffer 99*. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung 5 a zur Verbesserung der Überwachung der Ausweitungsmaßnahmen berücksichtigt wurde.

In Bezug auf die Teambildung – die Schlüsselmaßnahme zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus durch ergänzende Finanzierung aus anderen Quellen – werden die Koordinatoren aufgefordert, die Fortschritte anhand einer Reihe von zentralen Leistungsindikatoren zu dokumentieren, die im Bericht der Exekutivagentur für die Forschung über die Umsetzung der Teambildung zusammengefasst sind. Für die anderen Ausweitungsinstrumente werden KPI auf der Ebene der Finanzhilfevereinbarungen festgelegt, um den Merkmalen der verschiedenen Maßnahmen Rechnung zu tragen.

*Antwort auf Empfehlung 5 b, Ziffer 99*. Die Kommission und die Exekutivagentur für die Forschung verfolgen Statistiken (z. B. wie viele Ausweitungsprojekte von anderen Ausweitungsmaßnahmen profitiert haben), führen jährliche Erhebungen durch (die auch abgeschlossene Projekte umfassen) und veröffentlichen Erfolgsgeschichten, in denen abgeschlossene Projekte hervorgehoben werden. Darüber hinaus wird mit dem Teil „Ausweitung“ (WIDERA) des Arbeitsprogramms 2026-2027 von „Horizont Europa“ eine neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen – Teambildung für Synergien – als Synergiemaßnahme für bestehende Teambildungs-Exzellenzzentren eingeführt, die im Rahmen früherer Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für Teambildung finanziert wurden. Im Falle der Teambildung nehmen die Koordinatoren aller abgeschlossenen und laufenden Teambildungsprojekte am Teambildungs-Club teil, um bewährte Verfahren und Erfahrungen auszutauschen.

**Sonderbericht 19/2022: Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen durch die EU: Nach anfänglichen Herausforderungen ausreichend Dosen gesichert, Leistungsfähigkeit des Verfahrens aber nicht ausreichend bewertet**

*Antwort auf die Empfehlung 2 a, Ziffer 81*. Die 2022 angenommene Notfallrahmenverordnung bildet den Rechtsrahmen für die Beschaffung medizinischer Gegenmaßnahmen auf europäischer Ebene im Falle eines Gesundheitsnotstands. Eine Überprüfung der Verordnung, die in Artikel 16 der Notfallrahmenverordnung vorgesehen ist, hat noch nicht stattgefunden, da die Verordnung bislang nicht aktiviert wurde. Im Laufe der Zeit hat die Kommission jedoch die Risiken im Zusammenhang mit dem Beschaffungsansatz bewertet und erstellt derzeit ein spezielles Dokument, in dem die Schritte zusammengefasst werden, die für die Risikobewertung des Beschaffungsansatzes unternommen wurden. Die Kommission hat dieses Dokument am 27. Mai 2026 fertiggestellt und betrachtet die Empfehlung daher als umgesetzt.

*Antwort auf Empfehlung 2 b, Ziffer 81*. Das voraussichtliche Datum für den Abschluss dieser Empfehlung wurde auf den 31. Dezember 2026 geändert, da der Stresstest der Leitlinien für die Auftragsvergabe in Krisensituationen erfordert, dass diese Leitlinien zunächst ausgearbeitet und genehmigt werden, was aktuell für Ende des ersten Halbjahrs 2026 geplant ist.

Die Kommission kann den Stresstest erst effizient vorbereiten, wenn die endgültigen Leitlinien vorliegen. Es sei auch darauf hingewiesen, dass es im Einklang mit den Leitlinien und den vertraglichen Verpflichtungen in der Regel mindestens sechs Monate dauert, solche Übungen zu konzipieren, zu planen und durchzuführen. Derzeit hat die Kommission alle erforderlichen Vorarbeiten durchgeführt, um die rechtzeitige Organisation des Stresstests zu gewährleisten. Die Übung wurde in die Übungsplanung der Kommission aufgenommen. Es wurde ein Vertrag geschlossen, um sicherzustellen, dass die erforderliche externe Unterstützung für die Entwicklung und Logistik der Übung unterzeichnet wurde.

**Sonderbericht 20/2022: EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei – Kontrollsysteme sind vorhanden, werden aber durch uneinheitliche Kontrollen und Sanktionen der Mitgliedstaaten beeinträchtigt**

*Antwort auf Empfehlung 1 b, Ziffer 98*. Die am 22. November 2023 angenommenen Änderungen der Verordnung (EG) Nr. 1010/2009 der Kommission zur illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei betrafen auch die verpflichtende Anwendung von auf EU-Ebene festgelegten Risikokriterien.

Die Kommission setzt in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur ihre Arbeit zur Ermittlung automatisierter Risikowarnungen und IT-Entwicklungen im Zusammenhang mit diesen Warnungen sowie zur Automatisierung bestimmter Kontrollen im Rahmen von CATCH (IT-System für Fangbescheinigungen) fort. Die überarbeiteten Risikokriterien spiegelten sich in der Durchführungsverordnung (EU) 2025/1522 der Kommission wider, mit der diese für die Mitgliedstaaten verbindlich wurden. Die Kommission arbeitet derzeit an der Entwicklung neuer Leitlinien für Kontrollen und Überprüfungen, die den Mitgliedstaaten 2026 übermittelt werden sollen.

In Bezug auf die zweijährlichen Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1010/2009 der Kommission (Artikel 55 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates) hat die Kommission analysiert, wie die Risikokriterien im Zeitraum 2018-2021 von fast allen 27 Mitgliedstaaten angewandt wurden, und hat (in Form von Folgeschreiben) Empfehlungen an die Mitgliedstaaten gerichtet. Die Analyse für 2022-2023 ist derzeit im Gange und wird 2026 abgeschlossen. Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2025/1522 der Kommission wird auch Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 1010/2009 der Kommission geändert, in dem die Berichterstattungspflichten und die Bewertung dargelegt sind, die unter anderem Risiken abdecken,

die bei der Anwendung der Unionskriterien und der Ergebnisse der zur Eindämmung dieser Risiken durchgeführten Überprüfungstätigkeiten ermittelt wurden. Dies muss alle zwei Jahre in den zweijährlichen Berichten der Mitgliedstaaten gemeldet werden. Daher wird die Eigenberichterstattung der Mitgliedstaaten in den zweijährlichen Berichten, die 2028 (für den Zeitraum 2026-2027) vorzulegen sind, es der Kommission ermöglichen, zu überwachen, ob sich die Kontrollen und Überprüfungen auf die überarbeiteten Risikokriterien konzentrierten. Bei Ausschreibungen auf der Grundlage von Risikoindikatoren könnten jedoch erforderlichenfalls vor 2028 gezielte Kontrollen des Einsatzes der Überprüfung in CATCH durchgeführt werden.

*Antwort auf Empfehlung 1 c, Ziffer 98*. Die Kommission nahm die Empfehlung 1 c teilweise an.

In Bezug auf die zweijährlichen Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1010/2009 der Kommission (Artikel 55 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates) hat die Kommission analysiert, wie die Kontrollen und Überprüfungen im Zeitraum 2018-2021 von fast allen 27 Mitgliedstaaten durchgeführt wurden, und Folgeschreiben versandt. Die Analyse für 2022-2023 ist derzeit im Gange und wird 2026 abgeschlossen. Im Jahr 2025 wurde ein Vertragsverletzungsverfahren gegen einen Mitgliedstaat eingeleitet, weil er es versäumt hatte, verpflichtende Überprüfungen von Sendungen von Fischereierzeugnissen aus Drittländern durchzuführen. Die Kommission prüft derzeit die zusätzlichen Beiträge des betreffenden Mitgliedstaats und wird über die nächsten Schritte entscheiden.

**Sonderbericht 21/2022: Bewertung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne durch die Kommission: insgesamt angemessen, doch bleiben Durchführungsrisiken bestehen**

*Antwort auf Empfehlung 1 a, Ziffer 113*. Seit der Annahme der Empfehlung zur Verbesserung der Bewertungsverfahren für die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (RPR) hat die Kommission ihre Leitlinien für die Mitgliedstaaten und ihre interne Dokumentation aktualisiert. Diese gewährleisten einheitliche Bewertungskriterien für Pläne und ihre Überarbeitungen. Die Kommission erkennt an, dass die Bewertung angesichts der Unterschiede zwischen den Plänen in Bezug auf Inhalt, Umfang und Besonderheiten je nach spezifischem Kontext und Zeitplan jeder Überarbeitung zwangsläufig eine starke qualitative Dimension hat und nicht vollständig standardisiert werden kann. Kohärenz und ein solider Prozess werden durch interne Leitlinien für den Prozess und Erwägungen für jedes Bewertungskriterium, horizontale rechtliche und politische Überprüfungen und einen gründlichen Konsultationsprozess innerhalb der Kommission gewährleistet.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass die endgültige Entscheidung über die Annahme eines überarbeiteten Plans beim Rat liegt. Die Kommission ist daher der Auffassung, dass sie die Empfehlung wie beabsichtigt umgesetzt hat, um ein möglichst standardisiertes und gerechtes Verfahren zu gewährleisten.

*Antwort auf Empfehlung 1 b, Ziffer 113*. Die Kommission führt genaue Aufzeichnungen über ihre Bewertungen der nationalen Pläne und hat ihre internen Aufzeichnungen, Leitlinien und Schulungen in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Um ein transparentes Verfahren zu gewährleisten, veröffentlicht die Kommission ihre Analyse in Arbeitsunterlagen der Kommissionsdienststellen und in den Erwägungsgründen ihrer Vorschläge für Durchführungsbeschlüsse des Rates zur Billigung der Bewertung der Aufbau- und Resilienzpläne, wann immer sie einen solchen Vorschlag vorlegt.

Die Kommission weist darauf hin, dass alle 27 Aufbau- und Resilienzpläne einzigartig sind und jede Überarbeitung sehr spezifisch ist und von geringfügigen technischen Korrekturen bis hin zu umfangreichen wesentlichen Änderungen reicht. Das Führen von Aufzeichnungen und der genaue Prozess weisen daher zwangsläufig gewisse Unterschiede auf. Die Kommission bleibt jedoch bei ihrer Auffassung, dass ihr Verfahren strukturiert, gründlich und gut dokumentiert ist, und ist der Ansicht,

dass sie bisher stets in der Lage war, die Gründe für ihre Bewertungen darzulegen. Die Kommission ist daher der Ansicht, dass sie die Empfehlung soweit wie möglich ordnungsgemäß umgesetzt hat.

*Antwort auf Empfehlung 3 b, Ziffer 116*. Die Kommission begrüßt die Bestätigung des EuRH, dass die Mitgliedstaaten in ihren jährlichen Fortschrittsberichten über den Beitrag der Maßnahmen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen Bericht erstatten und dass die Kommission diese Informationen auch in die für das Europäische Semester veröffentlichten Länderberichte aufnimmt. Die Kommission erinnert daran, dass das Europäische Semester kein Instrument für die Überwachung oder Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität ist, sondern vielmehr ein unabhängiges politisches Instrument mit einem präzisen rechtlichen Zweck. Insbesondere sind die Länderberichte im Rahmen des Europäischen Semesters darauf zugeschnitten, eine Analyse der besonderen wirtschaftlichen Lage jedes Mitgliedstaats und der Art und Weise, wie die länderspezifischen Empfehlungen umgesetzt wurden, zu liefern. Die Kommission hat daran gearbeitet, die beiden Prozesse durch eine standardisierte Berichterstattung und Angleichungen der Berichterstattungsfristen anzugleichen, und stellt sicher, dass in den Dokumenten des Semesters auch auf den Beitrag der Maßnahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität in dem Maße Bezug genommen wird, wie dies relevant und machbar ist. Dennoch erinnert die Kommission daran, dass die spezifischen Ziele des Semesters und damit die länderspezifischen Empfehlungen – nicht die Maßnahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität – den Bezugspunkt für die Berichterstattung im Rahmen des Europäischen Semesters bilden. Der Detaillierungsgrad, mit dem auf die Maßnahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität Bezug genommen wird, hängt daher vom allgemeinen politischen und investitionspolitischen Kontext in den jeweiligen Mitgliedstaaten ab.

*Antwort auf Empfehlung 5 b, Ziffer 119*. Die Kommission weist darauf hin, dass die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne von den Mitgliedstaaten vorgelegt und vom Rat angenommen werden, begrüßt jedoch, dass der EuRH die Bemühungen der Kommission zur Verbesserung und Präzisierung der Etappenziele und Zielwerte anerkennt.

Die Kommission bestätigt, dass sie die Klarheit und die Formulierung der Etappenziele und Zielwerte, die derzeit überarbeitet werden, systematisch überprüft, weist jedoch darauf hin, dass dies davon abhängt, ob ein bestimmtes Etappenziel oder ein bestimmter Zielwert überarbeitet wurde. Darüber hinaus weist die Kommission darauf hin, dass 26 Mitgliedstaaten ihre Aufbau- und Resilienzpläne Ende 2025 und Anfang 2026 gründlich überarbeitet haben, um die rechtzeitige Umsetzung der Etappenziele und Zielwerte im Jahr 2026, dem letzten Jahr der Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität, sicherzustellen. In diesem Zusammenhang hat die Kommission einen noch rigoroseren Ansatz verfolgt, indem sie alle noch zu bewertenden Etappenziele und Zielwerte überprüft und mit den Mitgliedstaaten zusammengearbeitet hat, um die Klarheit bei der Ausarbeitung und Kohärenz der Aufbau- und Resilienzpläne weiter zu erhöhen, soweit dies angesichts der Vielfalt der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, spezifischer Reformen und Investitionen sowie der nationalen Verwaltungspraktiken möglich und relevant ist.

**Sonderbericht 22/2022: EU-Förderung für Kohleregionen – Begrenzte Ausrichtung auf den sozioökonomischen und energiewirtschaftlichen Übergang**

*Antwort auf die Empfehlung 2, Ziffer 63*. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung umgesetzt wurde.

Die Verordnung (EU) 2024/1787 über die Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor (EU-Methanverordnung) wurde am 15. Juli 2024 veröffentlicht und trat am 4. August 2024 in Kraft.

Kapitel 4 Abschnitt III betrifft Methanemissionen aus stillgelegten untertägigen Kohlebergwerken und aufgegebenen untertägigen Kohlebergwerken.

In Bezug auf Berichterstattung und Messung sind die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 25 verpflichtet, bis zum 5. August 2025 ein Bestandsverzeichnis aller stillgelegten und aufgegebenen untertägigen Kohlebergwerke in ihrem Hoheitsgebiet oder unter ihrer Gerichtsbarkeit, deren Betrieb nach dem 3. August 1954 eingestellt worden ist, zu erstellen und öffentlich zugänglich zu machen. Ferner müssen die Bergwerksbetreiber oder die Mitgliedstaaten ab dem 5. Mai 2026 Jahresberichte vorlegen, die die Methanemissionen an der Quelle aus dem vorangegangenen Kalenderjahr für alle stillgelegten untertägigen Kohlebergwerke und aufgegebenen untertägigen Kohlebergwerke enthalten, die im Verzeichnis enthalten sind. Die zuständigen Behörden müssen diese Berichte der Öffentlichkeit und der Europäischen Kommission zugänglich machen.

In Bezug auf die Minderung werden die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 26 mit der Ausarbeitung und Umsetzung eines Emissionsminderungsplans für Methanemissionen aus stillgelegten und aufgegebenen untertägigen Kohlebergwerken, deren Betrieb nach dem 3. August 1954 eingestellt ist, beauftragt. Der Emissionsminderungsplan muss den zuständigen Behörden bis zum 5. Februar 2027 vorgelegt werden. Artikel 26 enthält auch Bestimmungen, die das Ablassen und Abfackeln ab 2030 verbieten, wobei Ausnahmen in Fällen zulässig sind, in denen die Nutzung oder Minderung von Methanemissionen technisch nicht machbar ist oder die Sicherheit der Umwelt bzw. von Menschen sowie deren Gesundheit gefährdet. In solchen Fällen sind die verantwortlichen Parteien verpflichtet, den zuständigen Behörden die Notwendigkeit des Ablassens oder Abfackelns zu melden und entsprechende Nachweise vorzulegen. Artikel 26 enthält auch Bestimmungen über die alternative Nutzung stillgelegter und aufgegebener untertägiger Kohlebergwerke, einschließlich eines spezifischen Genehmigungsverfahrens, in dem die Überwachung und Vermeidung von Methanemissionen vorgeschrieben ist.

In Bezug auf die Sammlung und den Austausch bewährter Verfahren ist die Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 3 verpflichtet, ein Netz der zuständigen Behörden mit den erforderlichen Vorkehrungen für den Austausch von Informationen, insbesondere über Überwachung, Regulierung und Einhaltung, und bewährten Verfahren einzurichten, um die Zusammenarbeit zu fördern und Konsultationen zu ermöglichen.

Die Kommission hat eine eigene Expertengruppe eingesetzt. Von April 2025 bis April 2026 fanden fünf Plenarsitzungen und mehrere Arbeitsgruppensitzungen mit den Mitgliedstaaten und den zuständigen Behörden statt. Die Sammlung und der Austausch bewährter Verfahren – auch im Zusammenhang mit der Messung und Steuerung von Methanemissionen aus stillgelegten oder aufgegebenen Kohlebergwerken – werden im Rahmen der Arbeit der Expertengruppe zusammengetragen und umgesetzt. Die Kommission stellte den Sonderbericht 22/2022 des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) mit Schwerpunkt auf „Empfehlung 2“ und die dazugehörige Antwort der Kommission vor, die beide für die Methanverordnung und die Arbeit der Expertengruppe von Bedeutung sind. Die Kommission beschrieb auch das Verfahren zur Weiterverfolgung und Überprüfung und legte die Antwort der Kommission (25. Juni 2025) und die vorläufigen Ergebnisse des EuRH dar. Anschließend stimmte die Expertengruppe dem Vorschlag der Kommission zu, in eine künftige Sitzung des Netzwerks der zuständigen Behörden einen Tagesordnungspunkt über den Austausch bewährter Verfahren im Zusammenhang mit der Messung und Steuerung von Methanemissionen aus stillgelegten oder aufgegebenen Kohlebergwerken aufzunehmen. Der Termin für ein solches Treffen wird im Einklang mit den Anforderungen in Artikel 26 der EU-Methanverordnung festgelegt.

**Sonderbericht 23/2022: Synergien zwischen Horizont 2020 und den europäischen Struktur- und Investitionsfonds werden noch nicht voll ausgeschöpft**

*Antwort auf Empfehlung 2 b, Ziffer 83*. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung vollständig umgesetzt wurde. Die Umsetzung wird durch die praxisorientierte Gemeinschaft für Exzellenzsiegel (SoE) unterstützt, in der nationale/regionale Behörden und Fördereinrichtungen zusammenkommen, um Erfahrungen auszutauschen, Leitlinien von den Kommissionsdienststellen zu erhalten und das Peer-Learning zu stärken. Sie arbeitet im Rahmen von Sitzungen unter dem Vorsitz der Kommission, einer Website und einer Plattform zur Klärung der geltenden Vorschriften und zum Austausch bewährter Verfahren. Die Tagesordnungen der Sitzungen decken auch weiter gefasste politische Themen im Zusammenhang mit Synergien ab.

Im Zeitraum 2023-2024 wurden zwei große Fortschritte beim Austausch von Daten zu Projekten mit Exzellenzsiegel erzielt. Der erste war ein SoE-Dashboard des Europäischen Innovationsrats (EIC) für autorisierte externe Nutzer, das im Dezember 2023 eingeführt wurde. Mit einem zweiten Dashboard-Modul, das am 25. November 2024 eingeführt wurde, können Nutzer Rückmeldungen zu Informationen über die nationale bzw. regionale finanzielle Unterstützung für SoE-Projekte des EIC geben, was die Überwachung der Umsetzung in den Mitgliedstaaten ermöglicht. Die Akzeptanz muss erhöht werden, um eine sinnvolle Überwachung zu ermöglichen. Derzeit gibt es 100 registrierte Nutzer aus 22 Ländern.

Das Dashboard von „Horizont Europa“ wurde durch aggregierte Daten für andere Arten von Exzellenzsiegeln (z. B. MSCA-PF[2], ERC-PoC[3]) verbessert, die nach Mitgliedstaat und Region durchsucht werden können, um Geldgebern bei der Gestaltung von Förderregelungen zu helfen. Eine Untergruppe des Forums des Europäischen Forschungsraums (EFR) zum Thema „Zugang zu Exzellenz“ (EFR-Maßnahme 16), die durch eine Umfrage und einen Anfang 2025 veröffentlichten Sachverständigenbericht unterstützt wurde, förderte Synergien zwischen FuI- und Kohäsionsbehörden sowie zwischen „Horizont Europa“ und dem EFRE. CORTEX[4] deckt nun 37 eGrants-Programme ab, wodurch thematische Synergien durch themenübergreifende Textauswertung ermittelt werden können. Die Kommission nutzte auch den Horizon Results Booster, um von den Antragstellern gemeldete Synergiemaßnahmen zu analysieren und einen Bericht und Datensätze zu erstellen.

*Antwort auf Empfehlung 3 c, Ziffer 89*. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung fristgerecht und vollständig umgesetzt wurde.

Um die nachgeordneten Synergien zu verbessern, hat die Kommission eine Reihe verschiedener ergänzender Initiativen entwickelt.

Erstens hat die Kommission den Anwendungsbereich der Horizon Results Platform (Förder- und Ausschreibungsportal der EU/SEDIA: Gemeinsamer Bereich für elektronischen Datenaustausch) ausgeweitet, um wichtige verwertbare Ergebnisse aus Projekten des FuI-Rahmenprogramms aufzunehmen, die nicht nur aus dem RP7, sondern auch aus „Horizont 2020“ und dem derzeitigen

[2] https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/actions/postdoctoral-fellowships.

[3] https://erc.europa.eu/apply-grant/proof-concept.

[4] Das CORTEX-Tool zum Datenschürfen ist eine interne Datenanalyseplattform, die von der Gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Centre, JRC) der Europäischen Kommission entwickelt wurde. Zur Unterstützung politischer Entscheidungen nutzt es die Verarbeitung natürlicher Sprache, um Daten aus EU-Finanzhilfen und Forschungsvorschlägen zu extrahieren und Analysten dabei zu unterstützen, die Auswirkungen politischer Maßnahmen zu verfolgen.

Programm „Horizont Europa“ (einschließlich der Wissens- und Innovationsgemeinschaften des EIT), dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds, dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds, dem Forschungsfonds für Kohle und Stahl und kürzlich aus dem Innovationsfonds stammen. Diese verwertbaren „Ergebnisprofile“ bieten eine Fülle von Informationen über das zugrunde liegende Ergebnis und die Bedürfnisse derjenigen, die Eigentümer des Ergebnisses sind. Sie können auf der Horizon Results Platform nach Regionen (NUTS-2-Code) durchsucht werden. Die EFRE-Begünstigten können daher die Projektergebnisse in ihrer Region rasch ermitteln und die Beitragenden direkt kontaktieren, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten.

Zweitens wurde eine Fazilität zur Unterstützung der Verbreitung und Nutzung (HORIZON-WIDERA-2023-ACCESS-05-01) im Rahmen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für den Teil „Ausweitung“ (2023-2024 WIDERA) des Arbeitsprogramms 2023-2024 von „Horizont Europa“ mit einer vorläufigen Mittelausstattung von 5 Mio. EUR auf den Weg gebracht. Sie lief am 28. September 2023 aus und wird derzeit bewertet. Die Hauptziele dieser Fazilität zur Unterstützung der Verbreitung und Nutzung bestehen darin, Folgendes zu gewährleisten:

- verstärkte Verbreitung und Nutzung von Kapazitäten, auch durch ein besseres Verständnis der Strategie zur Verbreitung und Nutzung der Kommission und der Möglichkeiten, die sie Begünstigten, die Ausweitungsmaßnahmen benötigen, bieten kann,
- Unterstützung der Begünstigten bei der Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse durch einen marktorientierten Ansatz,
- verbesserte Fähigkeiten und Kenntnisse in den Bereichen Verbreitung und Nutzung, Wissenstransfer und Management von Rechten des geistigen Eigentums, damit Forschende und Führungskräfte der Begünstigten von Ausweitungsmaßnahmen ihre Verpflichtungen aus der Finanzhilfevereinbarung im Rahmen von „Horizont Europa“ auch nach Abschluss ihres Projekts erfüllen können.

Diese Maßnahme sollte den Begünstigten dabei helfen, besser zu verstehen, wie sie die Verpflichtungen in Bezug auf Verbreitung und Nutzung im Rahmen von „Horizont Europa“ und „Horizont 2020“ erfüllen können, und Möglichkeiten aus anderen EU-Finanzierungsprogrammen zu nutzen, insbesondere im Rahmen der Kohäsionspolitik (z. B. EFRE, ESF+) und der Aufbau- und Resilienzfazilität. Die Maßnahme sollte nicht nur das Wissen der Begünstigten über die Instrumente für die Entwicklung ihrer Tätigkeiten zur Verbreitung und Nutzung (einschließlich der von der Kommission für die Unterstützung der Verbreitung und Nutzung angebotenen Instrumente, z. B. Horizon Results Platform, Horizon Results Booster) verbessern, sondern auch den Begünstigten dabei helfen, soziale Medien und innovative Kommunikationskanäle, Rechte des geistigen Eigentums (z. B. Helpdesk für geistiges Eigentum, IP-Scan, IP-Gutschein, Health Research Board usw.) und offene Daten wirksam zu nutzen.

**Sonderbericht 24/2022: Elektronische Behördendienste für Unternehmen – Maßnahmen der Kommission zwar umgesetzt, doch E-Government in der EU noch immer in unterschiedlichem Maße verfügbar**

*Antwort auf die Empfehlung 2, Ziffer 97.* Die Verordnung für ein interoperables Europa trat am 11. April 2024 in Kraft und bildet die Grundlage für nahtlose grenzüberschreitende digitale öffentliche Dienste. Die Rechtsvorschriften zielen auch darauf ab, die Koordinierung von Erprobungen und Innovationen im öffentlichen Sektor zu verbessern, und fördern die gemeinsame Nutzung und Weiterverwendung von Interoperabilitätslösungen.

Die Digitalisierung öffentlicher Dienste wird in den Berichten über den Fortschritt der digitalen Dekade 2023 und 2024 behandelt, wobei auf verschiedene Datenquellen zurückgegriffen wird, einschließlich des Benchmarks für elektronische Behördendienste, mit dem die Digitalisierung öffentlicher Dienste

in Europa im Jahr 2023 überwacht wurde. In dem Bericht 2024 wird „die Förderung der Verbreitung digitaler Technologien in der Gesellschaft und in den Regionen, insbesondere durch die Entwicklung des Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit zwischen europäischen Akteuren auf lokaler Ebene", empfohlen. In diesem Zusammenhang hat die Arbeit der europäischen digitalen Innovationszentren (EDIH) eine entscheidende Rolle gespielt. Die spezielle EDIH-AI4PA-Arbeitsgruppe hat bislang mehr als zwölf Webinare und zwei persönliche Treffen organisiert, um bewährte Verfahren für den Einsatz von KI im öffentlichen Sektor auszutauschen. Die Kommission hat auch den Inkubator GovTech4All unterstützt, in dem 29 Organisationen aus 20 Ländern zusammenkommen, um im Rahmen von Pilotprojekten Innovationen zu entwickeln und digitale öffentliche Dienste zu verbessern. Darüber hinaus erhielt die Kommission im Dezember 2024 den offiziellen Antrag zur Gründung des Konsortiums für eine europäische Digitalinfrastruktur (EDIC) für innovative, umfassende, vernetzte Dienste für die Transformation der öffentlichen Verwaltung, das Lösungen für die digitale Verwaltung entwickeln, fördern und einführen wird. Dieses EDIC wird von Griechenland geleitet und wurde ursprünglich von Kroatien, Ungarn und Polen begleitet. Im Rahmen einer zwölfmonatigen Koordinierungs- und Unterstützungsmaßnahme werden weitere Mitgliedstaaten einbezogen, und im Rahmen des DIGITAL WP 2025-2027 wird das Projekt als MCP weitere Unterstützung erhalten (IOP-Haushaltslinie, 6 Mio. EUR).

Schließlich hat die Kommission Beispiele und Lösungen für die digitale Verwaltung aktiv gefördert – durch ihre verschiedenen Webinare und die jährliche Leitveranstaltung SEMIC sowie durch Beobachtungsstellen und entsprechende Fachgemeinschaften wie das Open Source Observatory und das Public Sector Tech Watch.

Das Portal für ein interoperables Europa wurde eingerichtet. Es beherbergt die Akademie für ein interoperables Europa, die bereits 33 kostenlose E-Learning-Kurse anbietet, um das Wissen des Personals im öffentlichen Sektor zur digitalen Verwaltung zu verbessern. Das Portal bietet außerdem Interoperabilitätslösungen an und wird diesen Katalog in Zukunft weiter ausbauen. Die Kommission arbeitet derzeit an der Einrichtung der Gemeinschaft für ein interoperables Europa. In den Webinaren und Sitzungen der EDIH-Arbeitsgruppe (AI4PA) wurden Informationen über EU-Rechtsvorschriften und Lösungen der digitalen Verwaltung bereitgestellt und einschlägige Schulungen gefördert.

**Sonderbericht 25/2022: Überprüfung des Bruttonationaleinkommens für die Zwecke der Finanzierung des EU-Haushalts. Risiken bei der Erstellung der Daten insgesamt gut berücksichtigt, doch bedarf es einer besseren Priorisierung bei der Vorgehensweise**

*Antwort auf Empfehlung 1 a, Ziffer 106.* Für den Überprüfungszyklus 2025-2029 des Bruttonationaleinkommens (BNE) hat Eurostat die folgenden Querschnittsthemen ermittelt, die durch länderübergreifende Vergleiche in allen Mitgliedstaaten zu überprüfen sind:

- Beschäftigungsmethode – Vergleiche zwischen Beschäftigungsdaten nach demografischen Quellen und der Beschäftigung, die den Schätzungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP)/BNE zugrunde liegt,
- Ausgleich des BIP in den Aufkommens- und Verwendungstabellen,
- Mehrwertsteuerlücke und theoretische Mehrwertsteuerberechnungen.

Eurostat betrachtet diese Querschnittsthemen standardmäßig in allen Ländern als mit einem hohen Risiko behaftet. Eurostat hat geprüft, ob der Arbeit Priorität eingeräumt werden muss. Aufgrund der Komplexität und Bedeutung aller drei Bereiche, die für die länderübergreifenden Vergleiche ermittelt wurden, ist Eurostat der Auffassung, dass keines dieser Themen (in Bezug auf die geplante Reihenfolge der Kontrollen) Vorrang vor den beiden anderen haben sollte. Dies bedeutet, dass die drei länderübergreifenden Vergleiche parallel durchgeführt werden müssen (wie im Dokument mit dem Titel „Gliederung des Überprüfungsmodells für das BNE für Eigenmittelzwecke" festgestellt). Die

für den BNE-Überprüfungszyklus 2025-2029 ermittelten Querschnittsthemen (sowie die Schlussfolgerungen zu ihrer Priorisierung) sind Teil der folgenden Rahmendokumente für diesen Zyklus:

- Gliederung des Überprüfungsmodells für das BNE für Eigenmittelzwecke,
- Risikobewertungsmodell für die Überprüfung des BNE für Eigenmittelzwecke.

Diese Dokumente wurden im April 2025 der BNE-Expertengruppe vorgelegt, die sie billigte. Es sei darauf hingewiesen, dass Eurostat im Zyklus 2016-2019 16 länderübergreifende Vergleiche und im Zyklus 2020-2024 zwei länderübergreifende Vergleiche durchgeführt hat.

*Antwort auf Empfehlung 2 b, Ziffer 107*. Eurostat hat weiterhin angemessene Erläuterungen zu den von den Vorbehalten abgedeckten Zeiträumen vorgelegt, soweit erforderlich. Vorbehalte, die sich aus dem BNE-Überprüfungszyklus 2020-2024 ergeben, gelten im Allgemeinen für die Jahre ab 2018. In den wenigen Fällen, in denen die Vorbehalte für einen kürzeren Zeitraum gelten, erklärt sich dies durch die Umstände, die in der Anlage zu den jeweiligen Vorbehalten im Anhang des Schreibens, in dem die Vorbehalte geltend gemacht werden, dargelegt sind. Eurostat wird diesen Ansatz während des Zyklus 2025-2029 weiterhin anwenden.

**Sonderbericht 26/2022: Europäische Statistiken: Qualität könnte weiter verbessert werden**

*Antwort auf die Empfehlung 1, Ziffer 92*. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Empfehlung im Einklang mit ihrer Antwort auf den Sonderbericht teilweise umgesetzt wurde. In ihrer Antwort erklärte sich die Kommission bereit, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Beratenden Ausschuss für Statistik (ESAC) die Tätigkeiten und Arbeitsweisen des ESAC zu prüfen, um die Inklusivität des ESAC zu erhöhen. Anschließend erörterte die Kommission mit dem ESAC, wie er inklusiver gestaltet werden kann, um den Anforderungen der Nutzer besser gerecht zu werden. Daher besteht der gemeinsam mit dem ESAC verfolgte Ansatz darin, regelmäßige Workshops zu organisieren, an denen Mitglieder des Europäischen Statistischen Systems (ESS), des ESAC, nationale Nutzerräte und andere Interessenträger teilnehmen. Dieser Ansatz, der im November 2023 eingeführt wurde, wird vom ESAC unterstützt und stärkt die Einbeziehung der Nutzer.

Andererseits nahm die Kommission den Teil der Empfehlung nicht an, in dem es heißt, dass die Vertretung aller Nutzer im ESAC nicht ausgewogen oder wirksam genug ist. Die Kommission ist der Auffassung, dass das derzeitige Auswahlverfahren für ESAC-Mitglieder angemessen ist. Die Zusammensetzung des ESAC und das Verfahren zur Ernennung der ESAC-Mitglieder sind im Beschluss Nr. 234/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates geregelt. Erstens werden gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 11 der 24 Mitglieder direkt von den in diesem Artikel aufgeführten Organen und Einrichtungen, denen sie angehören, einschließlich des Europäischen Parlaments, ernannt, und sie vertreten diese Organe und Einrichtungen. Dies gewährleistet bereits eine umfassende Vertretung von Nutzern. Zweitens bemüht sich die Kommission im Einklang mit dem in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a festgelegten Verfahren um die Auswahl von 12 hoch qualifizierten Personen, die auf der Grundlage ihrer Qualifikationen in der Lage sind, den statistischen Informationsbedarf der verschiedenen Kategorien von Nutzern, Auskunftgebenden und anderen Interessenträgern (einschließlich der Wissenschaftsgemeinschaft, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft) während der Erörterungen im ESAC und der Ausarbeitung von ESAC-Stellungnahmen zu erfassen, zusammenzufassen und zu vermitteln. Da diese Kategorien von Interessenträgern weniger strukturiert sind als beispielsweise die in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b aufgeführten Organe und Einrichtungen, können die 12 Mitglieder diesen Bedarf an statistischen Informationen nur im eigenen Namen und nicht auf der Grundlage eines Mandats mitteilen.

*Antwort auf Empfehlung 4 a, Ziffer 100*. Die Kommission nahm die Empfehlung 4 a nicht an, da die Eurostat-Praxis der Gewährung von Vorabzugang mit dem Verhaltenskodex im Einklang steht und weiterverfolgt wird.

*Antwort auf die Empfehlung 5, Ziffer 103*. Die Kommission nahm die Empfehlung 5 nicht an.

Gemäß dem Beschluss Nr. 235/2008 zur Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance (ESGAB) besteht der Zweck des ESGAB in der unabhängigen Überwachung der Umsetzung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken innerhalb des ESS. Bei den Peer-Reviews wird eine transparente Methode verwendet, um die Einhaltung des Verhaltenskodex durch Eurostat und das Europäische Statistische System zu bewerten. Die Kommission ist der Ansicht, dass das ESGAB über weitreichende Befugnisse verfügt, um Maßnahmen zu ergreifen und seine Ansichten zu Peer-Reviews zu äußern.

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN WERTPAPIER- UND MARKTAUFSICHTSBEHÖRDE ZUM JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS – KAPITEL 12: WEITERVERFOLGUNG DER EMPFEHLUNGEN AUS DEN SONDERBERICHTEN DES RECHNUNGSHOFS AUS DEM JAHR 2022

**Antworten zum Sonderbericht 04/2022: „Investmentfonds: Die Maßnahmen der EU haben noch nicht zu einem echten Binnenmarkt zum Vorteil der Anleger geführt“**

**Antwort auf Empfehlung 2 c):**

Die ESMA begrüßt die Anerkennung ihrer umfangreichen Bemühungen, ihre Leistungskennzahlen (KPIs) neu auszurichten und dabei den Schwerpunkt auf die bei der Risikominderung in der gesamten EU erzielten Ergebnisse zu legen sowie die Aufsichtspraktiken und Erkenntnisse zu einigen ihrer wichtigsten Konvergenzinstrumente zu erfassen. Dies unterstützt die ESMA dabei, fundierte Einschätzungen zur Wirksamkeit und Kohärenz der Aufsichtstätigkeiten der nationalen Aufsichtsbehörden in Bezug auf zentrale Themen im Bereich der Investmentfonds zu gewinnen.

Diese Bemühungen stehen im Einklang mit der Verpflichtung der ESMA, die Empfehlungen des Rechnungshofs im Rahmen eines risikobasierten Ansatzes umzusetzen, um eine effiziente Nutzung der Ressourcen zu gewährleisten, wobei die organisatorischen Mandate sowie der legislative und operative Aufgabenbereich der ESMA berücksichtigt werden und geprüft wird, was innerhalb dieser Grenzen realistisch erreicht werden kann.

Indem die ESMA den Schwerpunkt auf Konvergenzmaßnahmen und Folgemaßnahmen zu aufsichtsrechtlichen Risiken legt, die die größten Auswirkungen auf den Anlegerschutz, ordnungsgemäße Märkte und die Finanzstabilität haben könnten – und nicht auf etwaige Abweichungen –, will sie eine wirksame Aufsicht mit durchweg hochwertigen Ergebnissen fördern (was durch vielfältige, an die jeweiligen

Rahmenbedingungen der einzelnen Behörden angepasste Ansätze erreicht werden kann).

Aufbauend auf den bisher entwickelten Systemen wird die ESMA weiterhin nach neuen Möglichkeiten suchen, um divergierende Praktiken weiter zu überwachen und Abhilfemaßnahmen bei einem breiteren Spektrum von Themen und Instrumenten zu ergreifen. In diesem Zusammenhang begrüßt die ESMA, dass die Legislativvorschläge der Europäischen Kommission im Rahmen der Spar- und Investitionsunion voraussichtlich tatsächlich strukturelle Veränderungen hinsichtlich der Konvergenz im Bereich der Investmentfonds sowie der der ESMA zur Verfügung stehenden Instrumente bewirken werden. Dies wird es ermöglichen, fundiertere Einblicke in die Aufsichtspraktiken und Entscheidungen der nationalen Aufsichtsbehörden vor Ort zu gewinnen und tatsächliche Abweichungen im Rahmen eines risikobasierten Ansatzes besser zu erfassen, zu überwachen und zu verringern, beispielsweise durch eine strengere Überprüfung der größten grenzüberschreitend tätigen Unternehmen.

**Antwort auf Empfehlung 3 c):**

Das Mandat für die Entwicklung des Kostenvergleichsinstruments liegt in den Händen der Gesetzgeber.

**Siehe Antwort auf Empfehlung 4:**

Die ESMA begrüßt die Anerkennung ihrer messbaren Fortschritte beim Aufbau einer kohärenten Stresstestarchitektur für den gesamten Investmentfondssektor sowie der Bemühungen in Bezug auf andere Tätigkeiten im Bereich der Finanzstabilität wie Obergrenzen für Hebelfinanzierungen gemäß Artikel 25 der AIFM-Richtlinie und Hebelfinanzierungen im OGAW.

Wie vom Rechnungshof anerkannt, ist die Weiterentwicklung eines systemweiten Stresstestrahmens Teil der Konsultation der Kommission zu einem makroprudenziellen Rahmen für Finanzinstitute außerhalb des Bankensektors. In der Zwischenzeit trägt die ESMA zur systemweiten Stresstestarbeit des ESRB bei. Die ESMA befasst sich zudem mit Problemen der Datenfragmentierung, indem sie im Rahmen der Überprüfung der AIFM-Richtlinie/des OGAW an der integrierten Berichterstattung arbeitet. Die Arbeiten schreiten im Einklang mit den von der Europäischen Kommission festgelegten Fristen voran.

# Jahresbericht über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds für das Haushaltsjahr 2025

# Inhalt


| | Seite |
|---|---|
| **Jahresbericht über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds für das Haushaltsjahr 2025** | **624** |
| **Antworten der Europäischen Kommission** | **665** |

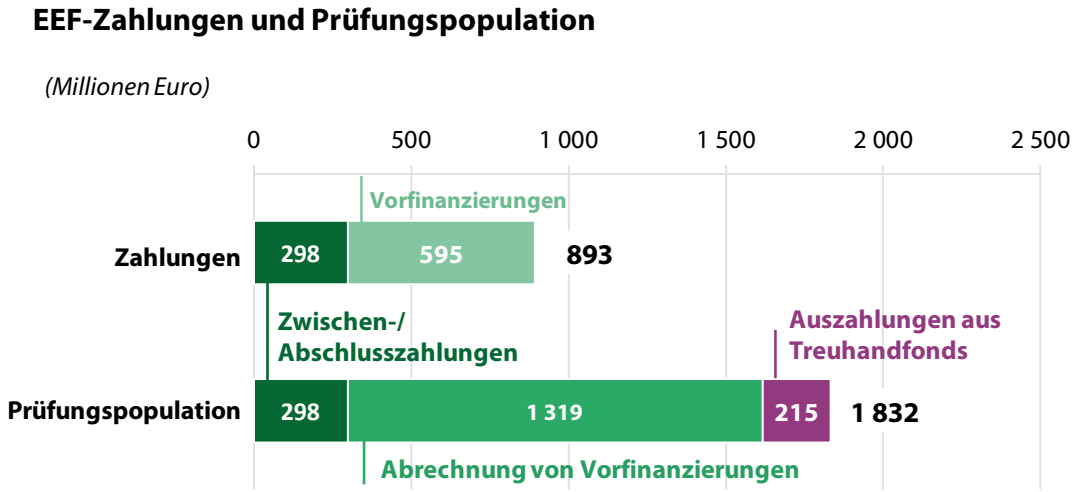
# Inhalt


| | Ziffer |
|---|---|
| **Einleitung** | 01 - 06 |
| Kurzbeschreibung | 02 - 06 |
| **Finanzielle Ausführung des neunten, zehnten und elften EEF** | 07 - 09 |
| **Dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegte Zuverlässigkeitserklärung des Europäischen Rechnungshofs zum neunten, zehnten und elften EEF – Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers** | I. - 40 |
| Ausführungen zur Zuverlässigkeitserklärung | 10 - 14 |
| Prüfungsumfang und Prüfungsansatz | 10 - 14 |
| Zuverlässigkeit der Rechnungsführung | 15 - 17 |
| Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge | 18 - 40 |
| Einnahmen | 18 |
| Ausgaben | 19 - 33 |
| Überprüfung des jährlichen Tätigkeitsberichts 2025 der GD INTPA | 34 - 35 |
| Analyse der Restfehlerquote für 2025 | 36 - 40 |
| **Bewertung der Projektergebnisse im Zuge der Prüfbesuche des Rechnungshofs** | 41 - 42 |
| **Schlussfolgerung und Empfehlungen** | 43 - 46 |
| Schlussfolgerung | 43 - 44 |
| Empfehlungen | 45 - 46 |
| **Anhänge** | |
| Anhang I – Aus den EEF getätigte Zahlungen an die wichtigsten Empfängerländer: Afrika, Pazifik und Karibik | |
| Anhang II – Weiterverfolgung von Empfehlungen | |

# Einleitung

**01** Dieser Jahresbericht enthält die Feststellungen des Europäischen Rechnungshofs zum neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). ***Abbildung 1*** gibt einen Überblick über die Tätigkeiten und Ausgaben in diesem Bereich im Jahr 2025. Die Prüfungspopulation für 2025 (1 832 Millionen Euro) entsprach einem Betrag, der mehr als doppelt so hoch war wie die im Laufe des Jahres getätigten Zahlungen (893 Millionen Euro), was hauptsächlich auf abgerechnete Vorfinanzierungsbeträge zurückzuführen war.

### Abbildung 1 – Europäische Entwicklungsfonds: Finanzübersicht 2025




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der Jahresrechnungen 2025 des neunten, zehnten und elften EEF.

## Kurzbeschreibung

**02** Die EEF wurden 1959 ins Leben gerufen und waren bis Ende 2020 die wichtigsten Hilfeinstrumente der Europäischen Union im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) und den *überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG)*. Das Hauptziel der EEF ist entsprechend dem Hauptziel der Entwicklungszusammenarbeit gemäß Artikel 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die Bekämpfung und schließlich die Beseitigung der Armut.

**03** Im Rahmen des MFR 2021–2027 wurde die Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten in das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt eingegliedert, das Teil des EU-Gesamthaushaltsplans ist, und die Zusammenarbeit mit den ÜLG wurde in den Übersee-Assoziationsbeschluss einschließlich Grönlands aufgenommen. Der neunte, zehnte und elfte EEF wurden jedoch nicht in den Gesamthaushaltsplan der EU integriert; Ausführung und Berichterstattung erfolgen bis zu ihrem *Abschluss* nach wie vor gesondert. Aus diesem Grund nimmt der Rechnungshof ihre Prüfung sowie die Berichterstattung darüber separat vor.

**04** Die EEF werden in einem schwierigen geopolitischen und organisatorischen Umfeld umgesetzt. Ihre Tätigkeiten erstrecken sich auf verschiedene Regionen mit unterschiedlichen rechtlichen und institutionellen Rahmen, was die Fähigkeit erfordert, sich an die unterschiedlichen regulatorischen und operativen Bedingungen anzupassen. In folgender Hinsicht weisen die EEF Besonderheiten auf:

a) Sie werden direkt durch Beiträge der Mitgliedstaaten und des Vereinigten Königreichs finanziert. Diese Beiträge basieren auf Quoten, den sogenannten Beitragsschlüsseln.

b) Sie werden von der Kommission außerhalb des Gesamthaushaltsplans der EU sowie von der Europäischen Investitionsbank verwaltet.

c) Aufgrund des zwischenstaatlichen Charakters der EEF ist die Rolle des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Funktionsweise der Fonds stärker eingeschränkt als bei den Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit, die aus dem EU-Gesamthaushaltsplan finanziert werden. Das Europäische Parlament ist jedoch *Entlastung*sbehörde; hiervon ausgenommen ist lediglich die Investitionsfazilität, die von der Europäischen Investitionsbank verwaltet wird.

d) Der Grundsatz der *Jährlichkeit* findet bei den EEF keine Anwendung. EEF-Abkommen wurden in der Regel für einen *Mittelbindung*szeitraum von fünf bis sieben Jahren geschlossen. Zahlungen können über einen viel längeren Zeitraum erfolgen, da die internen Abkommen zur Errichtung der EEF so lange in Kraft bleiben, wie dies für die vollständige Abwicklung aller Maßnahmen notwendig ist[1].

[1] Artikel 14 Absatz 3 des Internen Abkommens zur Errichtung des elften EEF, Artikel 13 Absatz 3 des Internen Abkommens zur Errichtung des zehnten EEF und Artikel 35 Absatz 3 des Internen Abkommens zur Errichtung des neunten EEF.

**05** Die EEF werden fast vollständig von der Generaldirektion für internationale Partnerschaften (GD INTPA) der Kommission verwaltet. Ein kleiner Teil (1 % im Jahr 2025) der EEF-Zahlungen wurde von der Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golfregion (GD MENA) verwaltet.

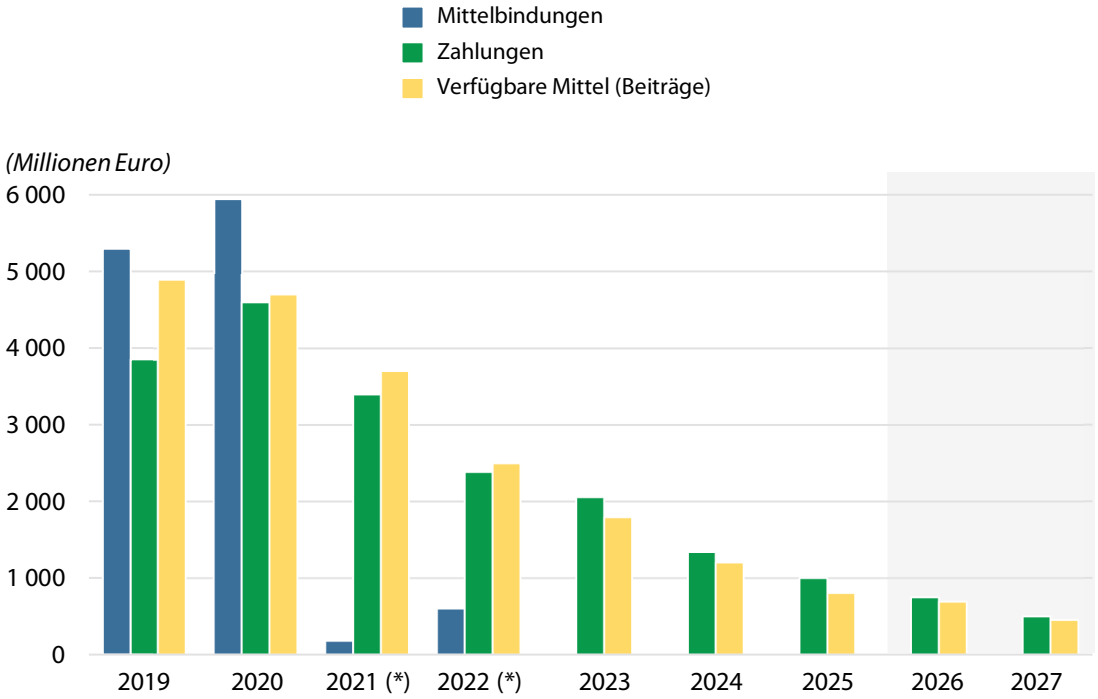
**06** Die in diesem Bericht behandelten Ausgaben werden im Rahmen der in 76 Ländern geleisteten Unterstützung getätigt (siehe ***Anhang I*** zu den Hauptempfängerländern). Die Unterstützung erfolgt in unterschiedlichster Form, beispielsweise durch Bau-/Liefer-/Dienstleistungsaufträge, *Zuschüsse*, *Leistungsprogramme*, *Übertragungs-/Beitragsvereinbarungen* – die mit Einrichtungen geschlossen werden, die einer *Bewertung auf Basis von Säulen* (Säulenbewertung) unterzogen wurden (wie internationalen Organisationen und Agenturen der EU-Mitgliedstaaten) – und *Budgethilfen*.

# Finanzielle Ausführung des neunten, zehnten und elften EEF

**07** Die Mittel des neunten EEF (2000–2007) beliefen sich auf 13,8 Milliarden Euro und die Mittel des zehnten EEF (2008–2013) auf 22,7 Milliarden Euro. Der elfte EEF ist mit 30,5 Milliarden Euro ausgestattet. Davon entfielen 29,1 Milliarden Euro auf die AKP-Staaten, 0,4 Milliarden Euro auf die ÜLG und 1 Milliarde Euro auf Verwaltungskosten.

**08** Die EEF-Mittel (die Beiträge der EU-Mitgliedstaaten und des Vereinigten Königreichs) und die im Rahmen der EEF getätigten Zahlungen sind seit 2019 bzw. 2020 schrittweise zurückgegangen, und seit 2023 wurden keine neuen Mittelbindungen mehr vorgenommen. Die Zahlungen dürften weiter zurückgehen und könnten 2027 auf 0,5 Milliarden Euro sinken (***Abbildung 2***).

**Abbildung 2 – Entwicklung der Mittelbindungen, Zahlungen und verfügbaren Mittel (d. h. der Beiträge) im Rahmen der EEF, einschließlich Prognosen für 2026 und 2027**




(*) Da der Stichtag der Auslaufklausel des elften EEF der 31. Dezember 2020 war, gibt es keine neuen Mittelbindungen, abgesehen von einigen Ausnahmen in den Jahren 2021 und 2022. Bei diesen Ausnahmen handelt es sich um die Bindung von Mitteln aus
1) Rückflüssen im Rahmen der AKP-Investitionsfazilität aus Finanzierungen im Rahmen des neunten, zehnten und elften EEF;
2) der Wiederverwendung der Reserve des zehnten und elften EEF gemäß dem Beschluss (EU) 2022/1223 des Rates.

*Quelle:* auf der Grundlage der Jahresberichte 2020–2024 des Europäischen Rechnungshofs, des Beschlusses (EU) 2022/1223 des Rates und von COM(2025) 563 final.

**09** ***Abbildung 3*** zeigt die Verwendung der EEF-Mittel im Jahr 2025 sowie die kumulierte Verwendung für den neunten, zehnten und elften EEF.

## Abbildung 3 – Verwendung der EEF-Mittel zum 31. Dezember 2025

*(Millionen Euro)*

| | *Stand Ende 2024* | | *Haushaltsvollzug im Haushaltsjahr 2025* (Netto-Mittelbindungen nach Aufhebung von Mittelbindungen / Nettozahlungen nach Wiedereinziehungen) | | | | *Stand Ende 2025* | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Gesamtbetrag (gerundet) | Ausführungsquote (in % der Mittel) | *9. EEF*[3] | *10. EEF* | *11. EEF* | *Gesamtbetrag (gerundet)* | *9. EEF* | *10. EEF* | *11. EEF* | *Gesamtbetrag (gerundet)* | *Ausführungsquote (in % der Mittel)* |
| **A – MITTEL**[1,2] | **65 943** | | ***0*** | ***-95*** | ***75*** | ***-20*** | ***15 238*** | ***20 959*** | ***29 726*** | ***65 923*** | |
| **B – VERWENDUNG** | | | | | | | | | | | |
| **1. Globale Mittelbindungen (Finanzierungsbeschlüsse)** | ***65 053*** | **98,7 %** | ***-1*** | ***-69*** | ***-285*** | ***-354*** | ***15 237*** | ***20 937*** | ***28 525*** | ***64 699*** | **98,1 %** |
| **2. Einzelmittelbindungen (Einzelverträge)** | ***64 646*** | **98,0 %** | ***0*** | ***-62*** | ***-160*** | ***-223*** | ***15 237*** | ***20 902*** | ***28 284*** | ***64 423*** | **97,7 %** |
| **3. Zahlungen** | ***60 834*** | **92,3 %** | ***0*** | ***65*** | ***828*** | ***893*** | ***15 221*** | ***20 705*** | ***25 800*** | ***61 726*** | **93,6 %** |
| **C – Noch abzuwickelnde Mittelbindungen (B1-B3)** | **4 219** | **6,4 %** | | | | | ***16*** | ***231*** | ***2 724*** | ***2 972*** | **4,5 %** |
| **D – Noch verfügbare Mittel (A-B1)**[3] | **890** | **1,3 %** | | | | | ***1*** | ***22*** | ***1 201*** | ***1 224*** | **1,9 %** |

1 Ursprüngliche Mittelausstattung des neunten, zehnten und elften EEF, Kofinanzierung, Zinsen, verschiedene Mittel und Mittelübertragungen aus früheren EEF.

2 Negativbeträge ergeben sich aus aufgehobenen Mittelbindungen.

3 Der Saldo umfasst die "nicht verfügbare Reserve" (deren Mittel ohne einstimmigen Beschluss des Rates nicht wiederverwendet werden können).

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage der Jahresrechnungen 2025 des neunten, zehnten und elften EEF und zusätzlicher Informationen der Kommission.
In den angegebenen Zahlen ist der von der Europäischen Investitionsbank verwaltete Teil der EEF nicht berücksichtigt.

# Dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegte Zuverlässigkeitserklärung des Europäischen Rechnungshofs zum neunten, zehnten und elften EEF – Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

**Prüfungsurteil**

**I.** Wir haben

a) die am 22. Juni 2026 gebilligten Jahresrechnungen des neunten, zehnten und elften EEF für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr, die aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Kapitalflussrechnung, der Tabelle der Veränderungen des Nettovermögens, den Erläuterungen zu den Jahresabschlüssen und der Übersicht über die finanzielle Ausführung bestehen, sowie

b) die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge, deren Finanzmanagement der Kommission obliegt[2], geprüft.

[2] Gemäß den Artikeln 43, 48 bis 50 und 58 der Finanzregelung für den elften EEF deckt diese Zuverlässigkeitserklärung nicht die von der EIB verwalteten EEF-Mittel ab.

## Zuverlässigkeit der Rechnungsführung

**Prüfungsurteil zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung**

**II.** Nach unserer Beurteilung stellen die Jahresrechnungen des neunten, zehnten und elften EEF für das am 31. Dezember 2025 endende Jahr die Vermögens- und Finanzlage der EEF zum 31. Dezember 2025, die Ergebnisse ihrer Vorgänge und ihre Cashflows sowie die Veränderungen ihres Nettovermögens für das an diesem Stichtag endende Haushaltsjahr in Übereinstimmung mit der EEF-Finanzregelung und den auf den international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen für den öffentlichen Sektor basierenden Rechnungsführungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen insgesamt sachgerecht dar.

## Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der den Jahresrechnungen zugrunde liegenden Vorgänge

**Einnahmen**

*Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen*

**III.** Nach unserer Beurteilung sind die der Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr zugrunde liegenden Einnahmen in allen wesentlichen Belangen rechtmäßig und ordnungsgemäß.

**Ausgaben**

*Versagtes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben*

**IV.** Nach unserer Beurteilung weisen die akzeptierten Ausgaben, die in den Jahresrechnungen für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr ausgewiesen sind, wegen der Bedeutung des im Abschnitt "Grundlage für das versagte Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben" beschriebenen Sachverhalts eine wesentliche Fehlerquote auf.

*Grundlage für das Prüfungsurteil*

**V.** Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den International Standards on Auditing (ISA) sowie den beruflichen Verhaltensanforderungen der IFAC und den Internationalen Normen für Oberste Rechnungskontrollbehörden (ISSAI) der INTOSAI durchgeführt. Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Standards und Verhaltensanforderungen sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Prüfers" unseres Vermerks näher beschrieben. Außerdem haben wir in Übereinstimmung mit dem Code of Ethics for Professional Accountants des International Ethics Standards Board for Accountants die

Unabhängigkeitsanforderungen erfüllt und sind unseren beruflichen Verhaltenspflichten nachgekommen. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

*Grundlage für das versagte Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben*

**VI.** Unsere geschätzte Gesamtfehlerquote für die in den Jahresrechnungen des neunten, zehnten und elften EEF für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr enthaltenen akzeptierten Ausgaben beträgt 10,5 %. Die Auswirkungen der von uns ermittelten Fehler sind somit für die akzeptierten Ausgaben des Jahres sowohl wesentlich als auch umfassend.

## Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

**VII.** Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Abschlusses des aktuellen Zeitraums waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Abschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, wir geben jedoch kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

**Antizipative Passiva**

**VIII.** Wir haben die in den Jahresrechnungen ausgewiesenen antizipativen Passiva, die weitgehend auf Schätzungen beruhen, überprüft. Ende des Jahres 2025 beliefen sich die von Begünstigten getätigten, aber noch nicht gemeldeten förderfähigen Ausgaben nach Schätzungen der Kommission auf 3 195 Millionen Euro (Jahresende 2024: 3 885 Millionen Euro).

**IX.** Wir haben die Berechnung dieser Schätzungen untersucht und eine Stichprobe von 20 einzelnen Vorfinanzierungszahlungen und 19 erfassten, aber noch nicht geprüften Rechnungen überprüft, um dem Risiko einer falschen Darstellung der Rechnungsabgrenzung zu begegnen. Auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungsarbeit sind wir zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die in den endgültigen Jahresrechnungen ausgewiesenen antizipativen Passiva angemessen waren.

**Hinweis auf sonstige Sachverhalte**

*Änderung der Methodik für die Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge*

**X.** Ab dem laufenden Jahr hat der Rechnungshof seine Methodik zur Quantifizierung der Auswirkungen von Fehlern im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge geändert. Der aktualisierte Ansatz steht im Einklang mit der Methodik, die die Kommission bei Ausgabenprogrammen mit geteilter Mittelverwaltung im Rahmen des Gesamthaushaltsplans anwendet. Die geschätzten Auswirkungen dieser Änderung sind in Ziffer 33 des Jahresberichts des Rechnungshofs dargelegt.

**Verantwortlichkeiten des Managements (Kommission)**

**XI.** Gemäß den Artikeln 310 bis 325 AEUV und der Finanzregelung für den elften EEF ist das Management verantwortlich für die Aufstellung und Darstellung der Jahresrechnungen der EEF auf der Grundlage international anerkannter Rechnungslegungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor sowie für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge. Diese Verantwortlichkeit umfasst die Gestaltung, Einrichtung und Aufrechterhaltung interner Kontrollstrukturen, wie sie für die Aufstellung und Darstellung eines Jahresabschlusses notwendig sind, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist. Das Management trägt die letzte Verantwortung für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der den EEF-Jahresrechnungen zugrunde liegenden Vorgänge.

**XII.** Bei der Aufstellung der EEF-Jahresrechnungen ist das Management dafür verantwortlich, die Fähigkeit der EEF zur Fortführung der Geschäftstätigkeit zu beurteilen, relevante Sachverhalte anzugeben und den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Geschäftstätigkeit anzuwenden, es sei denn, es beabsichtigt, entweder die Einrichtung zu liquidieren oder die Geschäftstätigkeit einzustellen, oder hat keine realistische Alternative dazu.

**XIII.** Das Management ist verantwortlich für die Aufsicht über den Rechnungslegungsprozess der EEF.

**Verantwortlichkeiten des Prüfers für die Prüfung der EEF-Jahresrechnungen und der zugrunde liegenden Vorgänge**

**XIV.** Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die EEF-Jahresrechnungen frei von wesentlichen falschen Darstellungen sind und die zugrunde liegenden Vorgänge rechtmäßig und ordnungsgemäß sind, sowie dem Europäischen Parlament und dem Rat auf der Grundlage unserer Prüfung eine Erklärung über die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge vorzulegen. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass bei der Prüfung sämtliche Fälle von wesentlichen falschen Darstellungen oder Verstößen gegen Rechtsvorschriften, die möglicherweise vorliegen, zwangsläufig aufgedeckt wurden. Falsche Darstellungen und Verstöße können beabsichtigt oder unbeabsichtigt sein und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie auf der Grundlage dieser EEF-Jahresrechnungen getroffene wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen.

**XV.** Hinsichtlich der Einnahmen untersuchen wir sämtliche Beiträge der Mitgliedstaaten und eine Stichprobe anderer Arten von Einnahmenvorgängen.

**XVI.** Hinsichtlich der Ausgaben untersuchen wir die Zahlungsvorgänge, sobald die Ausgaben getätigt, erfasst und akzeptiert wurden. Außer bei den Vorschüssen erfolgt diese Untersuchung bei allen Arten von Zahlungen erst, nachdem diese getätigt wurden. Vorauszahlungen werden geprüft, sobald der Mittelempfänger deren ordnungsgemäße Verwendung nachgewiesen und das Organ oder die Einrichtung diesen Nachweis durch Abrechnung der Vorauszahlung – zu der es unter Umständen erst in einem Folgejahr kommt – akzeptiert hat.

**XVII.** Wir üben während der gesamten Prüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen in den EEF-Jahresrechnungen sowie wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Rechtsvorschriften der EEF bei den zugrunde liegenden Vorgängen. Wir planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Fälle von wesentlichen falschen Darstellungen oder Verstößen gegen Rechtsvorschriften, die aus Betrug resultieren, sind schwerer aufzudecken als Fälle, die aus Fehlern resultieren, da Betrug kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten kann. Daher ist das Risiko, dass solche Fälle nicht aufgedeckt werden, höher;

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung relevanten internen Kontrollsystem, um geeignete Prüfungshandlungen zu planen, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben;

- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Management angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Management dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängenden Angaben;

- schlussfolgern wir über die Angemessenheit der vom Management vorgenommenen Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Geschäftstätigkeit sowie auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der EEF zur Fortführung der Geschäftstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine solche wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Vermerk auf die dazugehörigen Angaben in den Jahresrechnungen der EEF aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Vermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch zur Folge haben, dass die Geschäftstätigkeit der EEF nicht fortgeführt wird;

- beurteilen wir die Darstellung, den Aufbau und den Inhalt der Jahresrechnungen insgesamt einschließlich aller Angaben und bewerten, ob die Jahresrechnungen die zugrunde liegenden Vorgänge und Ereignisse insgesamt sachgerecht darstellen.

**XVIII.** Wir tauschen uns mit dem Management unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Prüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich Feststellungen zu etwaigen bedeutsamen Mängeln im internen Kontrollsystem, aus.

**XIX.** Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit der Kommission ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung der EEF-Jahresrechnungen waren und daher für den aktuellen Zeitraum die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Vermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen eine Offenlegung aus, oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Vermerk mitgeteilt werden soll, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

2. Juli 2026

Tony Murphy
*Präsident*

Europäischer Rechnungshof

12, Rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxemburg

# Ausführungen zur Zuverlässigkeitserklärung

## Prüfungsumfang und Prüfungsansatz

**10** Der Prüfungsansatz und die Prüfungsmethoden des Rechnungshofs sind in ***Anhang 1.1*** seines Jahresberichts über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 beschrieben; sie gelten auch für die Prüfung der EEF.

**11** Die Bemerkungen des Rechnungshofs zur Zuverlässigkeit der Rechnungsführung der EEF betreffen die Jahresabschlüsse[3] des neunten, zehnten und elften EEF, die von der Kommission gebilligt wurden[4] und zusammen mit der Vollständigkeitserklärung des Rechnungsführers am 18. Juni 2026 beim Rechnungshof eingingen. Der Rechnungshof untersuchte die Wertansätze und sonstigen Angaben und bewertete die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze sowie signifikante Schätzungen der Kommission und die Gesamtdarstellung der Jahresrechnungen.

[3] Artikel 39 der Verordnung (EU) 2018/1877.

[4] Artikel 38 der Verordnung (EU) 2018/1877.

**12** Zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der *Vorgänge* untersuchte der Rechnungshof eine Stichprobe von 85 Vorgängen. Die Stichprobe wurde so ausgewählt, dass sie für das gesamte Spektrum der Ausgaben der EEF repräsentativ ist. Alle 85 Vorgänge waren Vorgänge der GD INTPA. Die Stichprobe umfasste 14 Vorgänge im Zusammenhang mit dem *Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika*, 56 von 15 EU-Delegationen bewilligte Vorgänge[5] und 15 von den zentralen Kommissionsdienststellen genehmigte Vorgänge. Wenn der Rechnungshof *Fehler* in den Vorgängen aufdeckte, analysierte er die zugrunde liegenden Ursachen, um potenzielle Mängel zu ermitteln. Darüber hinaus führte der Rechnungshof für die vor Ort geprüften Vorgänge *Leistung*sbewertungen durch, soweit möglich und relevant.

**13** Des Weiteren untersuchte der Rechnungshof für das Jahr 2025 Folgendes:

a) sämtliche Beiträge der Mitgliedstaaten;

b) die von der GD INTPA und den EU-Delegationen verwendeten Systeme, wobei sich die Analyse auf folgende Aspekte erstreckte: i) Ex-ante-Kontrollen durch Kommissionsbedienstete und (von der Kommission oder *Begünstigten* beauftragte) externe Prüfer vor Leistung der Zahlungen; ii) Monitoring und Überwachung, insbesondere die Weiterverfolgung von externen Prüfungen sowie die Analyse der *Restfehlerquote*;

c) die im *jährlichen Tätigkeitsbericht* der GD INTPA enthaltenen Angaben zur Ordnungsmäßigkeit, die Kohärenz der Methode für die Schätzung von Risikobeträgen, künftigen Korrekturen und Einziehungen und deren Berücksichtigung in der *jährlichen Management- und Leistungsbilanz* der Kommission;

d) die Weiterverfolgung der früheren Empfehlungen des Rechnungshofs.

**14** Die GD INTPA ist für die Ausführung der meisten aus dem Gesamthaushaltsplan der EU und den EEF finanzierten Außenhilfeinstrumente zuständig. Die Bemerkungen des Rechnungshofs zum jährlichen Tätigkeitsbericht beziehen sich auf den gesamten Zuständigkeitsbereich der GD INTPA, nicht nur auf die EEF.

---

[5] Afrikanische Union, Äthiopien, Demokratische Republik Kongo, Kamerun, Madagaskar, Mali, Mauritius, Mosambik, Nigeria, Ruanda, Sambia, Sierra Leone, Togo, Tschad, Uganda.

## Zuverlässigkeit der Rechnungsführung

**15** Die Prüfung des Rechnungshofs ergab, dass die Jahresrechnungen keine wesentlichen falschen Darstellungen enthielten.

**16** Bis zum 31. Dezember 2025 war der Rechnungsabschluss des neunten EEF (2000–2007) noch nicht erfolgt – 18 Jahre nach der Auslaufklausel von 2007, die die Kommission daran hindert, neue Mittelbindungen zu unterzeichnen. Dies verdeutlicht die Komplexität und die lange Laufzeit der EEF-*Programme*. Vier Verträge im Rahmen des neunten EEF laufen noch.

**17** Wie in den Vorjahren stellte der Rechnungshof fest, dass einige Vorfinanzierungszahlungen lange Zeit nicht abgerechnet worden waren. Ein Betrag von 448 Millionen Euro war mehr als zehn Jahre lang nicht abgerechnet worden. Diese Vorfinanzierungszahlungen betrafen hauptsächlich zwei langfristige Verträge im Rahmen des EU-Infrastruktur-Treuhandfonds für Afrika (EU-AITF), die bis 2030 laufen, wobei jedes Jahr nur ein Bruchteil der alten EU-AITF-Vorfinanzierungen abgerechnet wird.

## Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

### Einnahmen

**18** Die Einnahmenvorgänge wiesen keine wesentliche Fehlerquote auf.

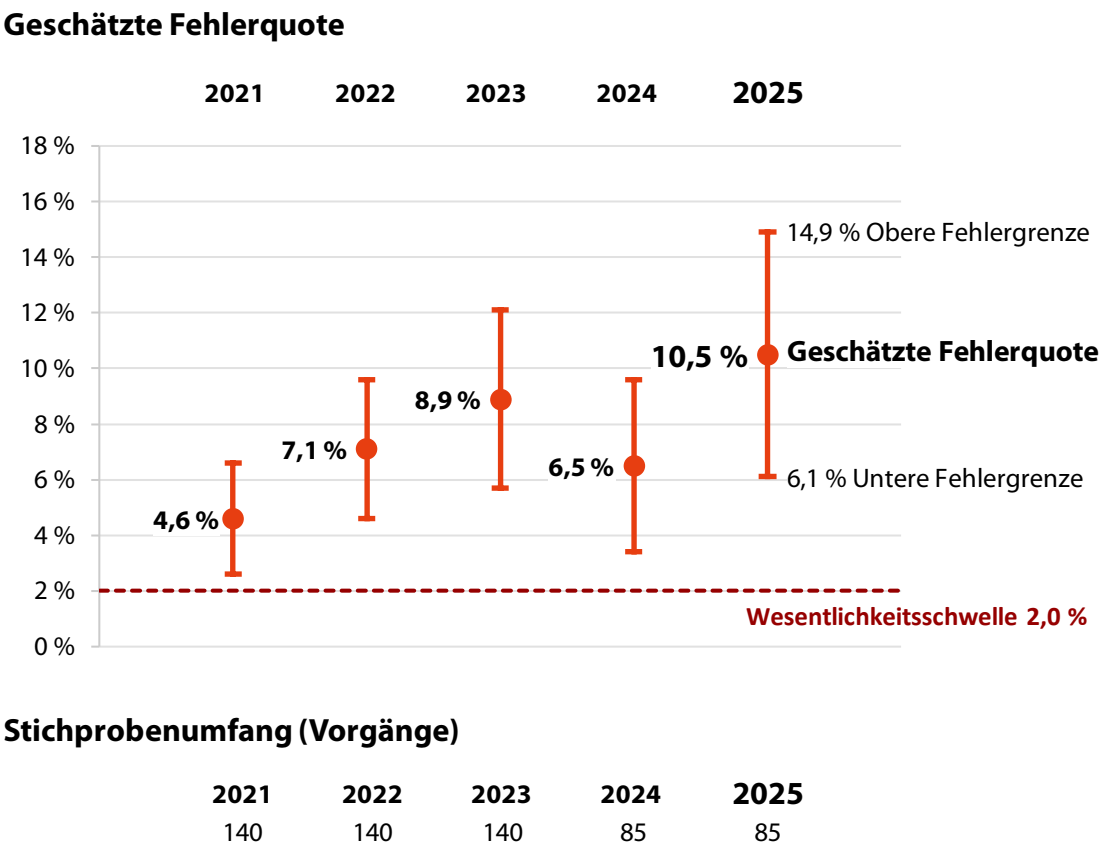
### Ausgaben

**19** Von den 85 vom Rechnungshof untersuchten Vorgängen wiesen 47 (55,3 %) Fehler auf. Auf der Grundlage der 39 quantifizierten Fehler schätzt der Rechnungshof die Fehlerquote auf 10,5 % (***Abbildung 4***). Im Vorjahr umfasste die Stichprobe ebenfalls 85 Vorgänge, von denen 34 Vorgänge (40,0 %) Fehler aufwiesen, wobei der Rechnungshof 27 Fehler quantifizierte.

**20** In diesem Jahr stellte der Rechnungshof einen erheblichen Anstieg der Fehler im Zusammenhang mit fehlenden Belegen fest. Diese Fehler machten mit 3,4 Prozentpunkten den größten Anteil an der *geschätzten Fehlerquote* aus. Solche Fehler werden festgestellt, wenn Belege für geltend gemachte Ausgaben zum Zeitpunkt der Prüfung nicht vorgelegt werden können. Die langen Durchführungszeiträume der EEF-Programme und Verzögerungen beim Abschluss von Verträgen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Belege im Laufe der Zeit nicht mehr ohne Weiteres verfügbar sind.

**21** Da die Durchführung der EEF nahezu abgeschlossen ist, betreffen die verbleibenden Ausgaben zudem zunehmend Beträge, die von der Kommission noch nicht abgerechnet wurden und bei denen es wahrscheinlicher ist, dass es Verzögerungen, eine hohe Komplexität oder ungelöste Probleme gibt, und die daher mit größerer Wahrscheinlichkeit Fehler enthalten.

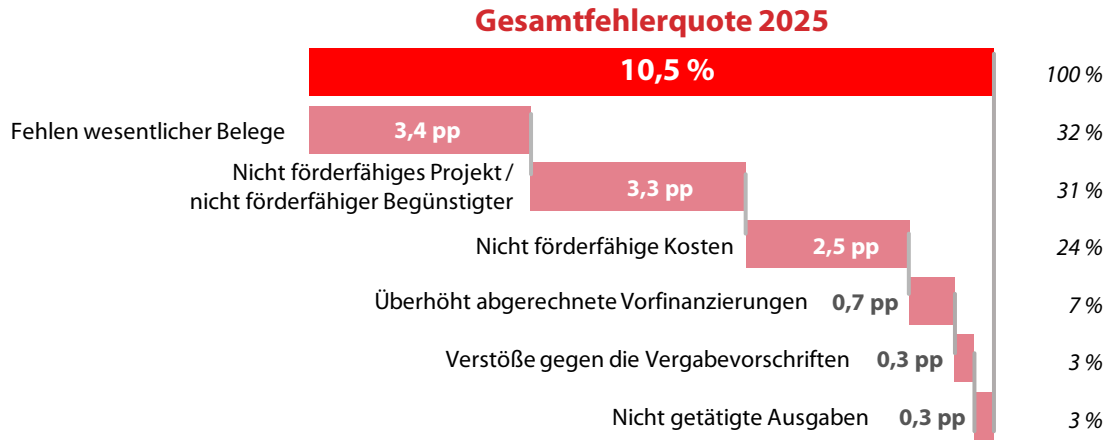
### Abbildung 4 — Ergebnisse der Prüfung von Vorgängen




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**22** ***Abbildung 5*** enthält eine Aufschlüsselung der vom Rechnungshof für 2025 geschätzten Fehlerquote nach Fehlerart.

## Abbildung 5 – Aufschlüsselung der geschätzten Fehlerquote nach Fehlerart




**pp**: Prozentpunkt(e)

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

**23** Bei den nicht förderfähigen Projekten und Begünstigten stellte der Rechnungshof auch Fehler im Zusammenhang mit dem Auslaufen der EEF fest. In zwei Fällen hatte die Kommission Finanzierungsvereinbarungen zur Finanzierung von Tätigkeiten genutzt, die in diesen Vereinbarungen nicht vorgesehen waren. Dies geschah in einem Kontext, in dem die Auslaufklausel des EEF weder Änderungen noch neue Verpflichtungen im Rahmen der einschlägigen Finanzierungsvereinbarungen ermöglichte.

**24** Eine der wichtigsten Arten nicht förderfähiger Kosten, die ermittelt wurden, sind die über eine "Kaskadenstruktur" dem EU-Haushalt angelasteten indirekten Kosten (d. h. die indirekten Kosten von als Unterauftragnehmer tätigen durchführenden Organisationen werden als Teil der *direkten Kosten* des Begünstigten zusätzlich zu den vom Begünstigten bereits in Rechnung gestellten indirekten Kosten gemeldet). Der Rechnungshof ermittelte in diesem Jahr drei solche Fälle, die 0,2 Prozentpunkte der geschätzten Fehlerquote ausmachten. Er sprach in Kapitel 9 seines Jahresberichts über die Ausführung des EU-Haushaltsplans 2024 eine Empfehlung zur Kaskadenstruktur bei der Durchführung aus.

**25** ***Kasten 1*** zeigt Beispiele für Fehler, die der Rechnungshof quantifiziert hat.

## Kasten 1

### Beispiele für das Fehlen wesentlicher Belege

Die Kommission unterzeichnete eine Finanzhilfevereinbarung mit dem Gesundheitsministerium eines nordafrikanischen Lands, um die Ausarbeitung und Verwaltung von Zulassungsprüfungen für Angehörige der Gesundheitsberufe zu unterstützen. Die Maßnahme umfasste förderfähige Kosten in Höhe von insgesamt 0,7 Millionen Euro; der Beitrag der EU belief sich auf 0,6 Millionen Euro.

Der Rechnungshof prüfte Zahlungen an Sachverständige, die an der Festlegung der Standards sowie der Ausarbeitung und Überwachung der Zulassungsprüfungen beteiligt waren. Diese Sachverständigen waren im Rahmen von Dienstleistungsverträgen tätig, in denen die Gesamtdauer ihres Einsatzes, ihre Aufgaben und ihre Vergütung festgelegt waren.

Der Rechnungshof erhielt keine Belege zum Nachweis dafür, dass die Sachverständigen ihre vertraglichen Pflichten in den Zeiträumen, für die sie eine Vergütung erhielten, erfüllt hatten. Insbesondere erhielt er wichtige Dokumente nicht, beispielsweise über die in den Verträgen festgelegten Leistungen.

Da er keine Gewähr dafür erlangen konnte, dass diese Kosten angemessen belegt und begründet worden waren, betrachtete er sie als nicht förderfähig.

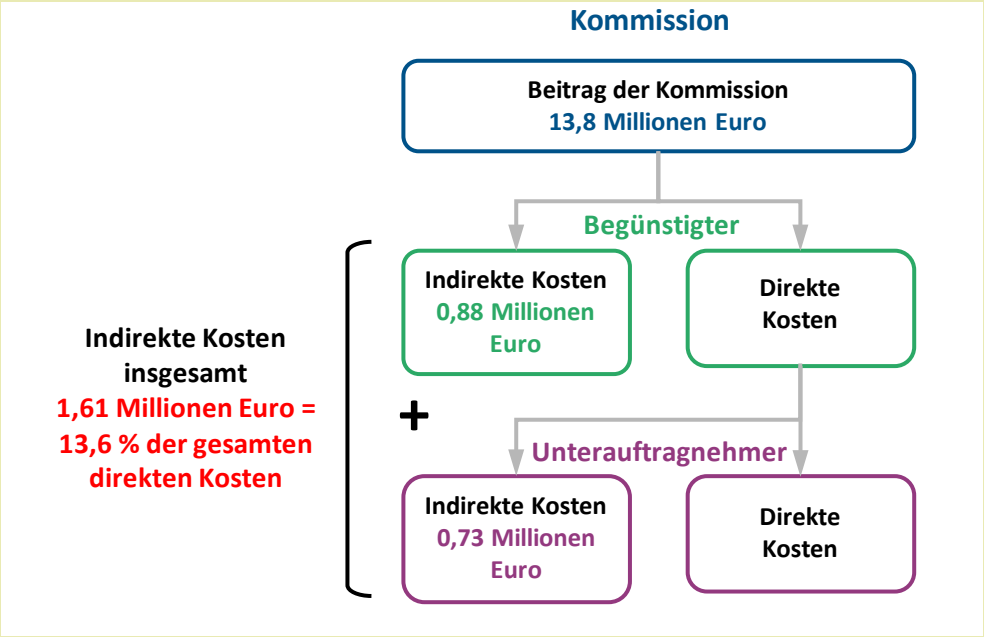
### Beispiel für nicht förderfähige indirekte Kosten, die als direkte Kosten geltend gemacht wurden – Kaskadenstruktur der Kosten

Der Rechnungshof prüfte eine Zahlung im Rahmen einer Beitragsvereinbarung, die mit der Entwicklungsagentur eines EU-Mitgliedstaats unterzeichnet und in *indirekter Mittelverwaltung* durchgeführt wurde. Die im Rahmen der Maßnahme insgesamt getätigten Ausgaben beliefen sich auf 13,8 Millionen Euro und wurden vollständig von der EU finanziert.

Der geprüfte Vorgang stützte sich auf einen abschließenden Finanzbericht, der den gesamten Durchführungszeitraum von September 2019 bis Juni 2023 umfasste.

Die Agentur hatte 0,88 Millionen Euro an indirekten Kosten geltend gemacht, berechnet auf der Grundlage des vertraglich vereinbarten maximalen Pauschalsatzes von 7 % der direkten Kosten. Bei der Prüfung des Rechnungshofs wurde jedoch auch eine "Kaskadenstruktur" bei den indirekten Kosten festgestellt. Die Entwicklungsagentur hatte Teile der Maßnahme über einen Unterauftrag an andere Organisationen vergeben und die indirekten Kosten dieser Organisationen in ihre geltend gemachten direkten Kosten einbezogen.

In ihrem der Kommission vorgelegten Finanzbericht hatte die Agentur die Finanzberichte der Organisationen konsolidiert und deren gesamte Ausgaben als direkte Kosten ausgewiesen. In den eigenen Berichten dieser Organisationen waren jedoch 0,73 Millionen Euro an indirekten Kosten aufgeführt. Durch die Addition dieses Betrags zu den 0,88 Millionen Euro ergeben sich indirekte Kosten in Höhe von insgesamt 1,61 Millionen Euro (13,6 % der direkten Kosten), was deutlich über der vertraglich vereinbarten Obergrenze von 7 % liegt. Der Rechnungshof stufte die überhöhten Kosten als nicht förderfähig ein.




## Beispiel für einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Vorschriften für die *Vergabe öffentlicher Aufträge*: ungerechtfertigte Direktvergabe von Beratungsdienstleistungen

Um die Umsetzung eines Programms zur Konsolidierung der Demokratie in einem afrikanischen Land zu unterstützen, hatte die Kommission eine Beitragsvereinbarung mit einer Organisation unterzeichnet, die einer Säulenbewertung unterzogen wurde. Die förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme beliefen sich auf 1,5 Millionen Euro. Sie wurden vollständig von der EU finanziert.

Im Rahmen seiner Prüfung untersuchte der Rechnungshof einen Vertrag über Beratungsdienste für die Produktion audiovisueller Inhalte und die Verwendung des Bilds des Beraters bei Kommunikationstätigkeiten im Zusammenhang mit Regionalwahlen im Jahr 2023. Der Auftragswert belief sich auf 0,01 Millionen Euro, und der Auftrag wurde direkt vergeben, anstatt dass ein wettbewerbliches Verfahren mit mindestens drei Angeboten durchgeführt wurde, wie in den einschlägigen Vergabevorschriften vorgeschrieben.

Aus der Begründung für die Anwendung eines Direktvergabeverfahrens ging nicht in zufriedenstellender Weise hervor, dass die Dienstleistungen nur von einem einzigen Anbieter erbracht werden konnten. Außerdem hatte die Organisation, die einer Säulenbewertung unterzogen wurde, die Anwendung eines Direktvergabeverfahrens genehmigt, nachdem der Auftrag bereits vergeben worden war.

Da die Auftragsvergabe nicht mit den geltenden Vorschriften im Einklang stand, erachtet der Rechnungshof die damit verbundenen Ausgaben als nicht förderfähig.

### Beispiel für nicht förderfähige Personalkosten, die für ein Projekt geltend gemacht wurden

Die Kommission hatte mit einer internationalen Organisation eine Beitragsvereinbarung über die Durchführung einer Maßnahme zur Förderung der Nutzung digitaler Finanzdienstleistungen (wie elektronischer Zahlungssysteme) unterzeichnet. Die Maßnahme wurde in indirekter Mittelverwaltung durchgeführt und von der EU mit einem Beitrag von bis zu 14,4 Millionen Euro unterstützt.

Im Rahmen seiner Prüfung untersuchte der Rechnungshof Ausgaben, die im Zwischenbericht mit Finanzinformationen als direkte Personalkosten geltend gemacht wurden. Neben dem Grundgehalt und den förderfähigen Zulagen umfassten die geprüften Kosten mehrere Bestandteile, die sich den Gehältern zuordnen lassen, beispielsweise Ausgaben für Schulungen, IT-Dienstleistungen, Sicherheitsleistungen und die Lohnbuchhaltung.

Diese Bestandteile tragen zum Funktionieren der Organisation insgesamt bei, nicht zur Durchführung der Maßnahme. Solche Kosten gelten als indirekte Kosten oder *Rückstellungen* und sind nicht als direkte Kosten förderfähig.

Daher erachtete der Rechnungshof diese Kosten als nicht förderfähig.

**26** Von den 31 Vorgängen im Zusammenhang mit Verträgen im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung mit Einrichtungen, die einer Säulenbewertung unterzogen wurden (internationale Organisationen und staatliche Agenturen), waren 17 mit *quantifizierbaren Fehlern* behaftet, die 3,0 Prozentpunkte der geschätzten Fehlerquote ausmachten. Bei solchen Verträgen akzeptiert die Kommission Ausgaben auf der Grundlage eines Finanzberichts und einer Verwaltungserklärung. Eine Verwaltungserklärung ist eine Eigenerklärung der einer Bewertung auf Basis von Säulen unterzogenen Einrichtung, in der bescheinigt wird, dass die vorgelegten Finanzinformationen ordnungsgemäß dargestellt, vollständig und sachlich richtig sind und den im Vertrag festgelegten Verpflichtungen entsprechen.

**27** In diesem Jahr gewährten die betroffenen internationalen Organisationen dem Rechnungshof uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten, über die sie verfügten, um die geprüften Vorgänge zu belegen. Dies stellt eine Verbesserung gegenüber den Vorjahren dar, als der Zugang auf eine vorübergehende elektronische Konsultation (reiner Lesezugriff) beschränkt war, ohne dass die Dokumente übermittelt wurden, was die Planung und Umsetzung der Prüfung sowie die Qualitätskontrolle beeinträchtigte. Im vergangenen Jahr empfahl der Rechnungshof der Kommission, weitere Schritte zu ergreifen, um sicherzustellen, dass internationale Organisationen im Einklang mit dem AEUV dem Rechnungshof vollständigen, uneingeschränkten und zeitnahen Zugang zu den Unterlagen gewähren, die er zur Erfüllung seiner Aufgabe benötigt, und insbesondere sicherzustellen, dass die vertraglichen Vereinbarungen mit internationalen Organisationen klar sind und das Recht des Rechnungshofs, auf sein Ersuchen hin alle Unterlagen oder Informationen zu erhalten, die für die Wahrnehmung seiner Prüfungsaufgaben erforderlich sind, in vollem Umfang wahren[6]. Der Rechnungshof wird diesen Aspekt weiterhin beobachten und darüber Bericht erstatten.

**28** Der Rechnungshof stellte fest, dass sich die von internationalen Organisationen und staatlichen Agenturen erstellten Finanzberichte bezüglich ihrer Detailliertheit und Qualität unterschieden. Sie lieferten nicht immer ausreichende Informationen, um es der Kommission zu ermöglichen, nicht förderfähige Ausgaben oder Fehler zum Zeitpunkt der Abrechnung aufzudecken. Ein Grund dafür ist, dass die in den zugrunde liegenden Beitrags- und *Übertragungsvereinbarungen* festgelegten Budgets nicht detailliert genug waren, um eine wirksame Überwachung der Ausgaben zu ermöglichen.

**29** Der Rechnungshof stellte fest, dass ein Vorgang von einer überhöhten Abrechnung einer Vorfinanzierung betroffen war, die an eine Einrichtung gezahlt wurde, die einer Säulenbewertung unterzogen wurde. Dieser Vorgang trug 0,7 Prozentpunkte zur geschätzten Fehlerquote bei. In diesem Fall akzeptierte die Kommission einen Finanzbericht, in dem Vorauszahlungen aufgeführt waren, die keine entstandenen Kosten darstellten und daher nicht förderfähig waren. In seinem Jahresbericht 2023 empfahl der Rechnungshof der Kommission, ausreichende Kontrollen durchzuführen, um das Risiko für eine Abrechnung nicht förderfähiger Beträge zu mindern, die an Einrichtungen gezahlt wurden, welche einer Säulenbewertung unterzogen wurden. Die Kommission erklärte sich bereit, die Empfehlung bis Ende 2025 umzusetzen. Der Rechnungshof betrachtet diese Empfehlung als weitgehend umgesetzt (***Anhang II***).

---

[6] Ziffer 8.13 und Empfehlung 8.1 des Jahresberichts 2024 über die Ausführung des EU-Haushaltsplans.

**30** Bei 15 der 39 vom Rechnungshof quantifizierten Fehler verfügte die Kommission über ausreichende Informationen, um die Fehler vor Anerkennung der Ausgaben zu verhindern bzw. aufzudecken und zu berichtigen. Hätte die Kommission alle ihr vorliegenden Informationen angemessen genutzt, wäre die geschätzte Fehlerquote um 6,1 Prozentpunkte niedriger ausgefallen.

**31** Der Rechnungshof stieß des Weiteren auf 13 Fälle, in denen rechtliche und finanzielle Bestimmungen nicht eingehalten wurden, was keine direkten finanziellen *Auswirkungen* auf den EU-Haushalt hatte. Diese Fehler, die nicht quantifizierbar waren, betrafen beispielsweise Probleme wie die Nichteinhaltung der vertraglichen Verpflichtungen in Bezug auf die Ausgabenüberprüfung (siehe ***Kasten 2***).

**Kasten 2**

**Beispiel für einen Bericht über die Ausgabenüberprüfung, der nicht den Qualitätsanforderungen entspricht**

Der Rechnungshof prüfte eine Zahlung im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags, den die Kommission über einen Gesamtbetrag von 0,2 Millionen Euro abgeschlossen hatte. Um die Zahlung zu beantragen, war der Auftragnehmer gemäß dem Vertrag verpflichtet, der Kommission einen von einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellten Ausgabenüberprüfungsbericht vorzulegen. In dem Bericht wurde der Schluss gezogen, dass die geltend gemachten Ausgaben rechtmäßig und ordnungsgemäß waren.

Die Prüfung des Rechnungshofs ergab jedoch, dass der Ausgabenüberprüfungsbericht nicht den von der Kommission in der Leistungsbeschreibung festgelegten Qualitätsanforderungen entsprach. Insbesondere stellte der Rechnungshof folgende Mängel fest, die die Zuverlässigkeit des Berichts beeinträchtigten: Unstimmigkeiten bei den durchgeführten Überprüfungen, falsche Gesamtsummen und numerische Ungenauigkeiten sowie Verweise auf Vorfinanzierungen in Fällen, in denen keine Vorfinanzierung gewährt worden war. Der Bericht umfasste außerdem fehlerhafte Daten in den Anhängen und mehrere Fehler in Bezug auf den Berichtszeitraum.

Diese erheblichen Mängel geben Anlass zu Bedenken hinsichtlich der Genauigkeit der durchgeführten Verfahren und der Zuverlässigkeit der Schlussfolgerungen der externen Prüfer. Die Kommission hatte den Überprüfungsbericht trotz dieser Mängel akzeptiert.

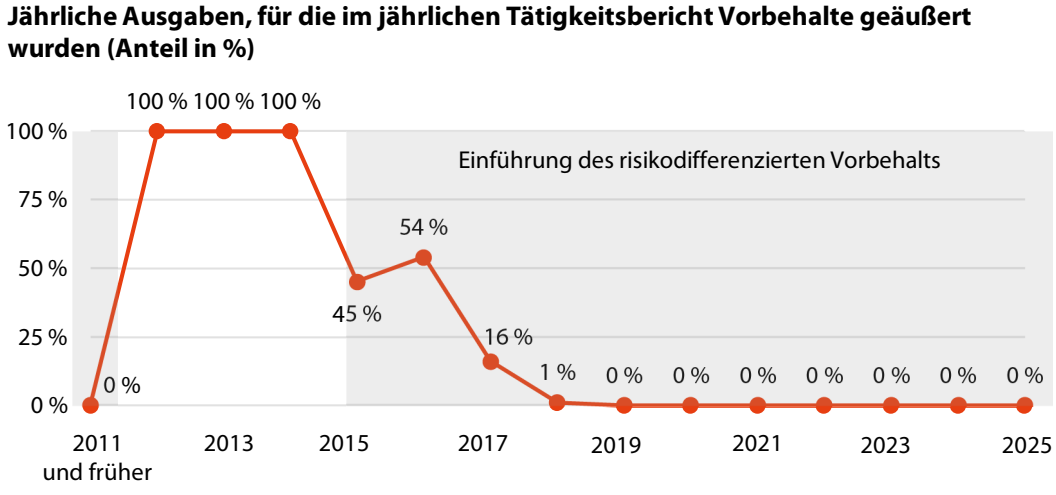
**32** Im Laufe der Jahre stellte der Rechnungshof aufgrund der spezifischen Zahlungsbedingungen in zwei Ausgabenbereichen dort durchgängig weniger Fehler fest. Bei diesen Bereichen handelt es sich um i) Budgethilfe und ii) Projekte, die der sogenannten *hypothetischen Strategie* unterliegen. Für das Jahr 2025 prüfte der Rechnungshof drei Vorgänge, bei denen die "*hypothetische Strategie*" Anwendung findet. Seine Stichprobe umfasste keine Budgethilfevorgänge. Im Jahresbericht des Rechnungshofs über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025, ***Kapitel 9***, Ziffern ***9.20–9.21***, sind die Budgethilfe und die hypothetische Strategie näher beschrieben.

**33** Ab 2025 hat der Rechnungshof seine Methode zur Quantifizierung von Fehlern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an die Methode angeglichen, die die Kommission in Politikbereichen mit geteilter Mittelverwaltung verwendet (siehe Ziffer ***1.36*** sowie Punkt ***30*** von ***Anhang 1.1*** seines Jahresberichts über die Ausführung des Haushaltsplans 2025). Hätte er seine frühere Methode angewandt, wäre die geschätzte Fehlerquote um 0,1 Prozentpunkte niedriger ausgefallen.

## Überprüfung des jährlichen Tätigkeitsberichts 2025 der GD INTPA

**34** Die *Zuverlässigkeitserklärung* des Generaldirektors im jährlichen Tätigkeitsbericht 2025 der GD INTPA enthält keine *Vorbehalte*. In ***Abbildung 6*** ist der Umfang der in den jährlichen Tätigkeitsberichten geltend gemachten Vorbehalte für die einzelnen Jahre von 2011 bis 2025 dargestellt. Seit 2019 gab es keine Vorbehalte.

### Abbildung 6 – Vorbehalte in den jährlichen Tätigkeitsberichten der GD INTPA im Zeitraum 2011–2025




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof auf der Grundlage von Daten aus den jährlichen Tätigkeitsberichten der GD INTPA des Zeitraums 2011–2025.

**35** Die GD INTPA schätzt den Gesamtrisikobetrag bei Zahlung auf 69,2 Millionen Euro (1,12 % der Ausgaben 2025) und den Gesamtrisikobetrag bei Abschluss auf 60,2 Millionen Euro (0,97 % der Ausgaben 2025). Bezüglich des *Risiko*betrags *bei Zahlung* geht die GD INTPA unter Zugrundelegung historischer Durchschnittsdaten davon aus, dass 9,0 Millionen Euro (13,0 %) im Rahmen ihrer Kontrollen in den Folgejahren korrigiert werden (dieser Betrag wird als "*Korrekturkapazität*" bezeichnet). Die Kommission meldete, dass 15,7 Millionen Euro im Jahr 2025 tatsächlich wiedereingezogen wurden. Nach Prüfung von 78,3 % dieses Betrags (12,3 Millionen Euro) stellte der Rechnungshof fest, dass 0,4 Millionen Euro nicht als umgesetzte Korrekturkapazität hätten gemeldet werden dürfen.

## Analyse der Restfehlerquote für 2025

**36** 2025 führte ein externer Auftragnehmer die vierzehnte Analyse der Restfehlerquote für die GD INTPA durch. Die Analyse der Restfehlerquote basiert auf der Methode und dem Handbuch zur Ermittlung der Restfehlerquote, die von der GD INTPA bereitgestellt wurden. Der Zweck dieser Analyse besteht darin, die Quote der Fehler zu schätzen, die trotz aller Verwaltungskontrollen der GD INTPA in ihrem gesamten Zuständigkeitsbereich aufgetreten sind, um die *Wirksamkeit* dieser Kontrollen zu beurteilen. Die Analyse ist ein wichtiges Element, das der *Zuverlässigkeitserklärung* des Generaldirektors zugrunde liegt und in die Angaben zur Ordnungsmäßigkeit für die Maßnahmen im Außenbereich (das *auswärtige Handeln*) in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz einfließt.

**37** In den früheren Jahresberichten[7] des Rechnungshofs zu den EEF wurden die Einschränkungen beschrieben, denen diese Analysen unterliegen und die möglicherweise zur Unterschätzung der Restfehlerquote beigetragen haben, und im Jahr 2022 empfahl der Rechnungshof, die für die Analyse der Restfehlerquote verwendete Methode zu verbessern, damit Elemente mit hohem Wert korrekt hochgerechnet werden. Für die Analyse der Restfehlerquote 2025 verwendete die GD INTPA eine Stichprobe von 190 Vorgängen, von denen 14 (5,79 %) vor Ort überprüft wurden. In der Analyse wurde die Restfehlerquote auf insgesamt 0,56 % geschätzt. Im zehnten Jahr in Folge lag die Restfehlerquote unter der von der Kommission festgelegten *Wesentlichkeitsschwelle* von 2 %.

[7] Jahresberichte 2017, 2018, 2019 und 2020 über die EEF.

**38** Im Jahr 2025 wandte die Kommission erstmals eine neue Methode zur Ermittlung der Restfehlerquote an. Mit der neuen Methode werden Änderungen eingeführt, um unter anderem klarzustellen, wie mit Elementen mit hohem Wert umgegangen wird, und die Möglichkeit, sich vollständig auf die Ergebnisse der Verwaltungskontrollen und die Arbeit anderer Prüfer zu stützen, wird auf 10 % der geprüften Vorgänge beschränkt. Im Zuge seiner Prüfung konnte der Rechnungshof bestätigen, dass diese Änderungen umgesetzt worden waren: 2025 waren nur 10 % der geprüften Vorgänge auf der Grundlage der Arbeit anderer Prüfer untersucht worden, und die Elemente mit hohem Wert waren korrekt hochgerechnet worden. Einige Schwachstellen sind nach wie vor vorhanden; diese sind nachfolgend beschrieben.

**39** Die neue Methode, die als "optimale Verteilung" bezeichnet wird, sieht eine Verringerung des Stichprobenumfangs von 480 auf 190 Vorgänge vor. Sie erfordert zuverlässige Daten über frühere Fehler in der Grundgesamtheit. Angesichts der Einschränkungen der Analysen der Restfehlerquote, über die der Rechnungshof in den vergangenen Jahren berichtet hat, besteht die Gefahr, dass diese Voraussetzung nicht vollständig erfüllt ist. Sind die verfügbaren Daten nicht zuverlässig genug, so schlägt sich dies in der Stichprobe nieder, was dazu führen könnte, dass Bereiche mit höherem Risiko nicht ausreichend abgedeckt werden. Dies würde die Wirksamkeit des Prüfungsprozesses im Hinblick auf die Aufdeckung von Fehlern verringern.

**40** Wie in den Vorjahren liegt der Schwerpunkt der Analyse der Restfehlerquote nur auf abgelaufenen Verträgen, die meisten Zahlungen der GD INTPA betreffen aber (ebenso wie die vom Rechnungshof geprüften Vorgänge) laufende Verträge. Dies ist einer der Faktoren, die dazu führen, dass die geschätzte Fehlerquote anders berechnet wird als vom Rechnungshof. In seinem Jahresbericht 2024 über die Ausführung des EU-Haushaltsplans wies der Rechnungshof auf verschiedene Gründe hin, warum die Fehlerquoten der Kommission im Allgemeinen niedriger sind als seine geschätzten Fehlerquoten. Insbesondere ist der Rechnungshof verpflichtet, über alle Fälle von *Unregelmäßigkeiten* zu berichten, unabhängig davon, ob eine *Finanzkorrektur* angewandt werden kann. Die Kommission hingegen konzentriert sich auf Fälle von Unregelmäßigkeiten, in denen sie der Auffassung ist, dass es eine Rechtsgrundlage für die Wiedereinziehung der betreffenden Beträge gibt.

# Bewertung der Projektergebnisse im Zuge der Prüfbesuche des Rechnungshofs

**41** Im Rahmen seiner Prüfbesuche bewertete der Rechnungshof auch die Ergebnisse von Projekten, die entweder abgeschlossen waren oder kurz vor dem Abschluss standen. Ziel des Rechnungshofs war es, Bemerkungen zu *Leistung*saspekten vorzulegen, die über die Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge hinausgehen. Die vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung umfasste eine Überprüfung der *Output*- und Wirkungsindikatoren sowie der Projektergebnisse.

**42** Die Ergebnisse der Kontrollen des Rechnungshofs waren unterschiedlich. Er stieß auf Fälle, in denen die Finanzmittel wirksam eingesetzt worden waren und zum Erreichen von Projektzielen beitrugen (***Kasten 3***). Wie in den Vorjahren[8] ermittelte er jedoch auch Fälle, in denen EU-Projekte die angestrebten Ergebnisse nicht erreicht hatten (***Kasten 4***). Insbesondere stellte der Rechnungshof Verzögerungen bei der Umsetzung, Mängel bei Planung und Konzeption sowie Schwachstellen bei der Qualität der Arbeiten fest, darunter auch Anzeichen früher Schäden. Diese Probleme geben Anlass zu Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der EU-Unterstützung sowie der Qualität der Projektaufsicht.

[8] Jahresberichte 2022, 2023 und 2024 über die EEF.

## Kasten 3

### Beispiel für die erfolgreiche Durchführung eines Projekts

Die Kommission unterstützte ein Projekt in Nordwestafrika, das darauf abzielte, den ländlichen Sektor zu einem wichtigen Motor der lokalen Wirtschaft zu machen, menschenwürdige Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen und die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zu fördern. Das Projekt wurde 2025 abgeschlossen.

Die Prüfung des Rechnungshofs umfasste Besuche von Grundschulen, Landstraßen, Dämmen und Brücken, die im Rahmen des Projekts gebaut oder instand gesetzt wurden. Die besuchten Schulen waren voll funktionsfähig; Schülerinnen und Schüler wurden in den Klassenzimmern von Lehrkräften unterrichtet. Die instand gesetzten Landstraßen wurden von Motorrädern und Fahrzeugen für den Transport landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse genutzt. Die vom Rechnungshof besuchten Dämme und Brücken hatten den Zugang zu Dörfern, die zuvor anfällig für Überschwemmungen waren, verbessert.

Insgesamt hatte das Projekt die geplanten Outputs erbracht, zur Verbesserung der lokalen Infrastruktur beigetragen und die Kapazitäten der lokalen Behörden zur wirksamen Verwaltung von Projektaktivitäten erhöht.

### Foto 1 – Vor-Ort-Besuch einer instand gesetzten Landstraße




*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

## Kasten 4

### Beispiel für verzögerte Arbeiten an Landstraßen mit Anzeichen für frühe Schäden

Der Rechnungshof prüfte ein laufendes Projekt für den Bau von Landstraßen in Südostafrika, das ursprünglich Mitte 2025 abgeschlossen werden sollte.

Die vom Rechnungshof durchgeführten physischen Kontrollen mehrerer Straßenabschnitte ergaben, dass einige Teile der Fahrbahn nicht den festgelegten Spezifikationen für die Dicke und Breite der Fahrbahndecke entsprachen, während einige Entwässerungskanäle bereits Anzeichen früher Schäden aufwiesen und sich mit Sand gefüllt hatten.

Bei dem Projekt kam es zu erheblichen Verzögerungen, und es gab Mängel bei der Planung und Konzeption. Die Schwachstellen des Projekts mindern sowohl die Qualität der Arbeiten als auch den potenziellen nachhaltigen Nutzen der fertiggestellten Infrastruktur.

### Foto 2 – Zu Prüfungszwecken durchgeführte Vor-Ort-Bohrung zeigt Abweichung zwischen der tatsächlichen Stärke der Fahrbahndecke einer Straße und den technischen Spezifikationen



*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Schlussfolgerung und Empfehlungen

## Schlussfolgerung

**43** Insgesamt geht aus den Prüfungsnachweisen hervor, dass die Jahresrechnungen der EEF für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr die Vermögens- und Finanzlage der EEF, die Ergebnisse ihrer Vorgänge und ihre Cashflows sowie die Veränderungen des Nettovermögens für das betreffende Jahr in Übereinstimmung mit der EEF-Finanzregelung und den auf den international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen für den öffentlichen Sektor basierenden Rechnungsführungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen insgesamt sachgerecht darstellen.

**44** Insgesamt geht aus den Prüfungsnachweisen hervor, dass für das am 31. Dezember 2025 endende Haushaltsjahr

a) die im Rahmen der EEF erhobenen Einnahmen keine wesentliche Fehlerquote aufwiesen;

b) die Zahlungsvorgänge im Rahmen der EEF eine wesentliche Fehlerquote aufwiesen (siehe Ziffern ***19***–***29***). Auf der Grundlage der Prüfung von Vorgängen schätzt der Rechnungshof die Fehlerquote auf 10,5 %.

## Empfehlungen

**45** ***Anhang II*** zeigt die Ergebnisse der vom Rechnungshof durchgeführten Weiterverfolgungsprüfung zu Empfehlungen, die er in seinen früheren Jahresberichten ausgesprochen hatte. Er überprüfte die Umsetzung von sechs Empfehlungen, die er in seinem Jahresbericht 2022 unterbreitet hatte. Die Kommission hatte drei Empfehlungen vollständig und drei weitgehend umgesetzt.

**46** Darüber hinaus überprüfte der Rechnungshof drei Empfehlungen aus seinem Jahresbericht 2023, deren Umsetzung bis Ende 2024 bzw. 2025 abgeschlossen sein sollte. Die Kommission hatte eine Empfehlung aus dem Jahr 2023 vollständig und zwei weitgehend umgesetzt (***Anhang II***). Auf der Grundlage dieser Weiterverfolgungsprüfung sowie seiner Feststellungen und Schlussfolgerungen für 2025 unterbreitet der Rechnungshof die folgenden Empfehlungen:

## Empfehlung 1 – Den Abschluss des neunten EEF vollenden

Die Kommission sollte die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Abschluss des neunten EEF sicherzustellen, einschließlich des Abschlusses der verbleibenden Verträge und der Abrechnung der entsprechenden Rechnungsführungssalden.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2026.**

## Empfehlung 2 – Die Qualität der vertraglich vorgeschriebenen Berichte über die Ausgabenüberprüfung sicherstellen

Die Kommission sollte sicherstellen, dass die vertraglich vorgeschriebenen Ausgabenüberprüfungen die erwartete Qualität aufweisen und einheitlich und im Einklang mit den geltenden Leitlinien durchgeführt werden. Um dies zu erreichen, sollte sie

a) die beauftragten externen Prüfer und die von ihnen erstellten Ausgabenüberprüfungsberichte besser überwachen;

b) bei festgestellten Mängeln rechtzeitig geeignete Korrekturmaßnahmen ergreifen.

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

## Empfehlung 3 – Bei Einrichtungen, die einer Säulenbewertung unterzogen wurden, höhere Anforderungen an die Finanzberichterstattung stellen

Um die Finanzberichterstattung von Einrichtungen, die einer Säulenbewertung unterzogen wurden, zu stärken, sollte die Kommission

a) sicherstellen, dass in den Beitrags- und Übertragungsvereinbarungen, die mit Einrichtungen geschlossen werden, die einer Säulenbewertung unterzogen wurden, eine ausreichend detaillierte Aufschlüsselung des Budgets vorgesehen ist, um eine wirksame Überwachung der Ausgaben zu ermöglichen;

b) Mindestanforderungen an die Finanzberichterstattung vorgeben, damit vor der Abrechnung angemessene Informationen für die Überprüfung der Ausgaben bereitgestellt werden.

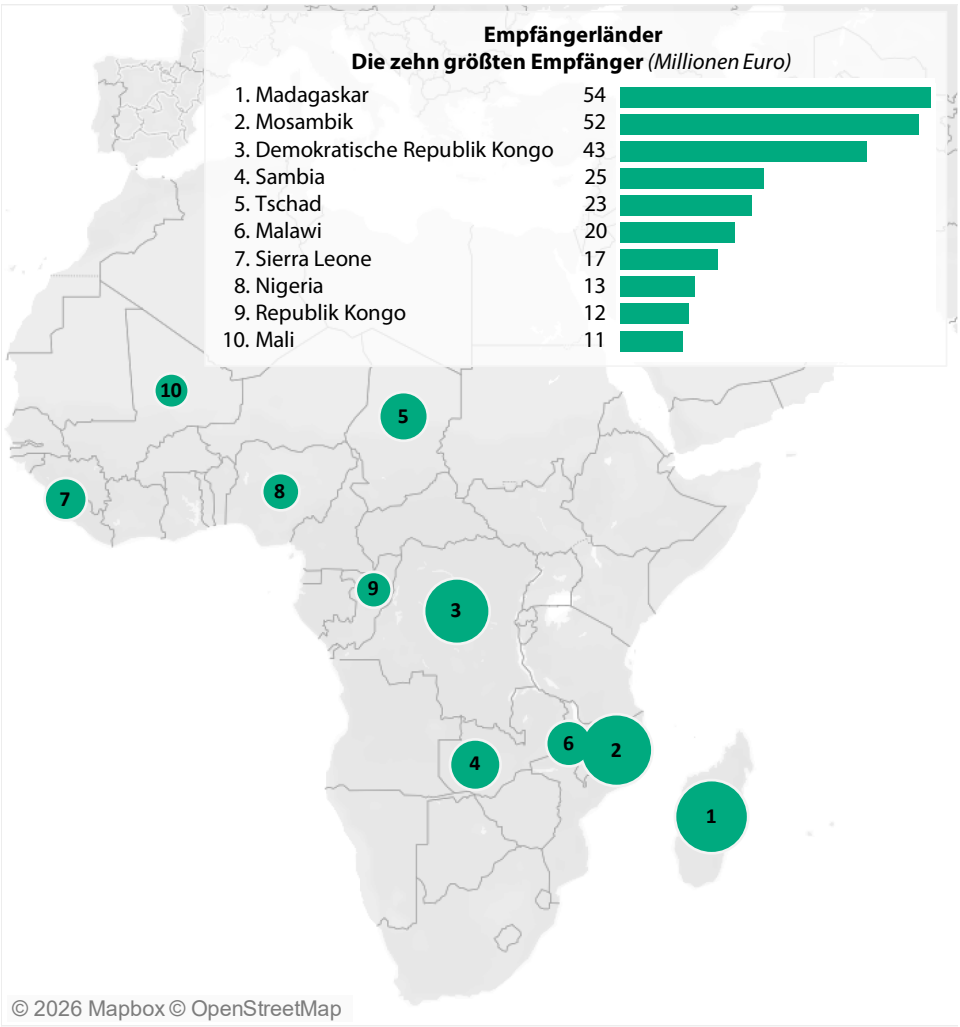
**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

# Anhänge

## Anhang I – Aus den EEF getätigte Zahlungen an die wichtigsten Empfängerländer: Afrika, Pazifik und Karibik

### Im Jahr 2025 im Rahmen der *Europäischen Entwicklungsfonds* getätigte Zahlungen – Afrika

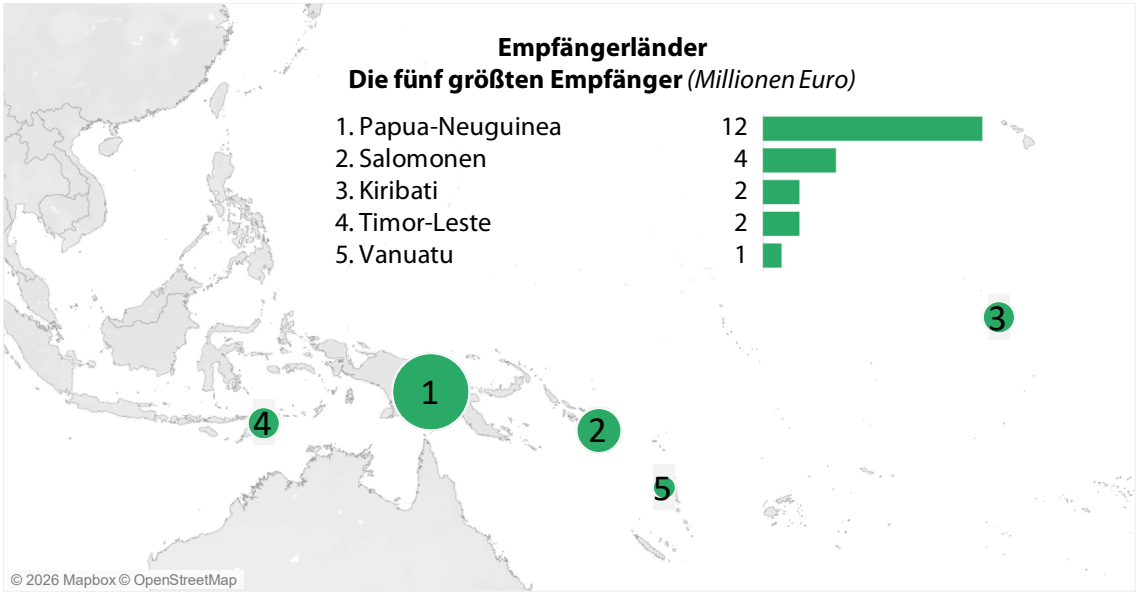
**Zahlungen im Rahmen der Europäischen Entwicklungsfonds – Afrika**




*Quelle:* Kartenhintergrund ©Mapbox und ©OpenStreetMap, lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 (CC BY-SA).

| *2020* | | *2021* | | *2022* | | *2023* | | *2024* | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Senegal | 141 | Somalia | 219 | Mosambik | 104 | Mosambik | 80 | Eritrea | 90 |
| Burkina Faso | 141 | Demokratische Republik Kongo | 109 | Sudan | 100 | Madagaskar | 73 | Mosambik | 64 |
| Benin | 116 | Tansania | 101 | Uganda | 60 | Tansania | 67 | Sambia | 61 |
| Mosambik | 114 | Uganda | 84 | Demokratische Republik Kongo | 57 | Demokratische Republik Kongo | 57 | Demokratische Republik Kongo | 55 |
| Nigeria | 104 | Niger | 81 | Sambia | 56 | Kenia | 57 | Madagaskar | 40 |
| Niger | 104 | Malawi | 79 | Malawi | 51 | Zentralafrikanische Republik | 55 | Tansania | 34 |
| Ghana | 100 | Mosambik | 74 | Tschad | 48 | Sambia | 55 | Malawi | 29 |
| Tschad | 95 | Sudan | 70 | Tansania | 48 | Niger | 53 | Kenia | 24 |
| Demokratische Republik Kongo | 93 | Nigeria | 66 | Burundi | 48 | Uganda | 43 | Tschad | 24 |
| Uganda | 90 | Kenia | 65 | Kenia | 48 | Eritrea | 40 | Angola | 21 |

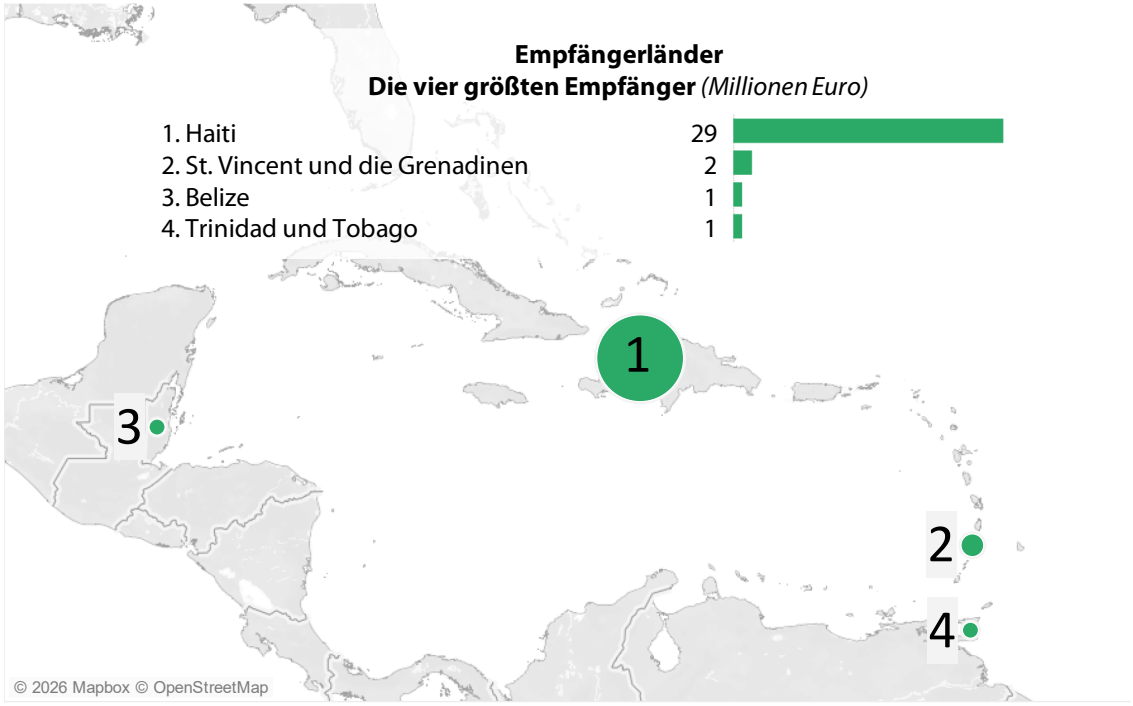
## Zahlungen im Rahmen der Europäischen Entwicklungsfonds – Pazifischer Ozean




*Quelle:* Kartenhintergrund ©Mapbox und ©OpenStreetMap, lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 (CC BY-SA).

| *2020* | | *2021* | | *2022* | | *2023* | | *2024* | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Timor-Leste | 19 | Papua-Neuguinea | 29 | Papua-Neuguinea | 23 | Papua-Neuguinea | 24 | Papua-Neuguinea | 13 |
| Vanuatu | 12 | Timor-Leste | 9 | Timor-Leste | 11 | Timor-Leste | 7 | Vanuatu | 3 |
| Fidschi | 11 | Vanuatu | 6 | Fidschi | 5 | Fidschi | 7 | Kiribati | 2 |
| Papua-Neuguinea | 10 | Fidschi | 5 | Vanuatu | 4 | Vanuatu | 5 | Mikronesien | 2 |
| Salomonen | 8 | Marshallinseln | 3 | Kiribati | 4 | Kiribati | 3 | Timor-Leste | 2 |

## Zahlungen im Rahmen der Europäischen Entwicklungsfonds – Karibischer Raum




*Quelle:* Kartenhintergrund ©Mapbox und ©OpenStreetMap, lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 (CC BY-SA).

| 2020 | | 2021 | | 2022 | | 2023 | | 2024 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Haiti | 76 | Haiti | 47 | Haiti | 18 | Haiti | 19 | Haiti | 20 |
| Jamaika | 23 | Jamaika | 11 | Jamaika | 7 | Suriname | 6 | Jamaika | 4 |
| Dominikanische Republik | 15 | Guyana | 8 | Dominikanische Republik | 6 | Belize | 4 | Trinidad und Tobago | 3 |
| Guyana | 10 | Belize | 7 | Belize | 3 | Dominikanische Republik | 4 | Belize | 1 |
| Suriname | 3 | Dominikanische Republik | 6 | Dominica | 3 | Jamaika | 3 | Dominikanische Republik | 1 |

## Anhang II – Weiterverfolgung von Empfehlungen

Akzeptanzgrad: akzeptiert; teilweise akzeptiert; nicht akzeptiert; keine Informationen.

Umsetzungsgrad: vollständig umgesetzt; weitgehend umgesetzt; teilweise umgesetzt; nicht umgesetzt; keine Schlussfolgerungen bezüglich des Umsetzungsgrads möglich oder nicht mehr relevant.

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| **2022** | **Empfehlung 1:**<br><br>Die Kommission sollte überprüfen, dass alle Rechnungsführungssalden für abgeschlossene EEF abgerechnet sind und die Angaben in den Jahresrechnungen zeitnah aktualisiert werden.<br><br>Zeitrahmen: rechtzeitig für die Vorbereitung der Jahresrechnungen 2023. | | | |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 2:**<br><br>Die Kommission sollte überprüfen, dass Vorfinanzierungen und Rechnungen fristgerecht abgerechnet werden.<br><br>Zeitrahmen: bis Ende 2024. |  |  | Im Jahr 2024 führte die GD INTPA eine Risikoanalyse zu Haushaltsrisiken durch und gab Anweisungen heraus, um den Betrag der noch nicht abgerechneten alten Vorfinanzierungen weiter zu verringern. Zwar lassen diese Maßnahmen die klare Absicht erkennen, der Empfehlung nachzukommen, doch stellte der Rechnungshof fest, dass einige Vorfinanzierungszahlungen lange Zeit nicht abgerechnet wurden. Ein Betrag von 448 Millionen Euro war mehr als zehn Jahre lang nicht abgerechnet worden. |
| | **Empfehlung 3:**<br><br>Die Kommission sollte geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Kontrollsysteme der EU-Delegationen zu verbessern, damit noch nicht ausgegebene, aber als angefallene Kosten geltend gemachte Beträge ermittelt werden, bevor Zahlungen getätigt oder Ausgaben abgerechnet werden.<br><br>Zeitrahmen: bis Ende 2024. |  |  | Die Kommission überprüft derzeit ihre Kontrollstrategie. Zu den erwarteten Ergebnissen zählen verbesserte Leitlinien für die Finanzberichterstattung, aber auch verbesserte Ex-ante-Kontrollen, um Fehlern (einschließlich überhöhter Abrechnungen) besser vorzubeugen. Der von der Kommission ausgearbeitete Aktionsplan zur Behebung von Schwachstellen im Zusammenhang mit der überhöhten Abrechnung von Vorfinanzierungen befindet sich jedoch noch in der Umsetzung; die Frist für den Abschluss endet im Dezember 2026. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 4:**<br><br>Die Kommission sollte die Begünstigten von EU-Projekten erneut darauf hinweisen, dass sie die vertraglichen Bedingungen in Bezug auf die Förderfähigkeit der MwSt. einhalten müssen, und die erforderlichen Kontrollen durchführen, um sicherzustellen, dass die abziehbare MwSt. nicht zulasten von Projekten abgerechnet wird.<br><br>Zeitrahmen: bis Ende 2024. |  |  | |
| | **Empfehlung 5:**<br><br>Die Kommission sollte alle verfügbaren technischen und finanziellen Informationen berücksichtigen, um Fehler zu verhindern bzw. aufzudecken und zu berichtigen, bevor Ausgaben akzeptiert werden.<br><br>Zeitrahmen: bis Ende 2024. |  |  | Die Kommission überprüft derzeit ihre Kontrollstrategie und hat 2024 mit Unterstützung eines Beratungsunternehmens eine Studie eingeleitet, um die Effizienz und Wirksamkeit der derzeitigen Kontrollen zu untersuchen und Verbesserungsmöglichkeiten zu ermitteln. Die GD INTPA ist zu einem strukturierten System übergegangen, das darauf abzielt, Prüfungsfeststellungen systemischer Art zu ermitteln und deren Umsetzung durch die Durchführungspartner weiterzuverfolgen, aber wiederkehrende Feststellungen deuten darauf hin, dass diese Probleme noch nicht ganz gelöst sind. |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 6**:<br><br>Die Kommission sollte die für die Analyse der Restfehlerquote verwendete Methode verbessern, damit Elemente mit hohem Wert korrekt hochgerechnet werden, und die ordnungsgemäße Anwendung durch den Auftragnehmer überprüfen.<br><br>Zeitrahmen: bis Ende 2024. |  |  | Die Kommission hat diese Empfehlung nicht angenommen. Nach einer Überprüfung der Kontrollstrategie der GD INTPA wurde jedoch im Mai 2024 die Methode zur Ermittlung der Restfehlerquote neu bewertet und die Methode für die Hochrechnung von Elementen mit hohem Wert präzisiert. Diese neue Methode zur Ermittlung der Restfehlerquote kam 2025 zur Anwendung. Seitdem wurden Elemente mit hohem Wert korrekt hochgerechnet. |
| **2023** | **Empfehlung 1:**<br><br>Bei der Berechnung der Schätzungen zur Periodenabgrenzung im Zuge der Erstellung der vorläufigen Jahresrechnungen sollte die Kommission Vertragsänderungen berücksichtigen, die nach dem Ende des Berichtszeitraums vorgenommen wurden.<br><br>Zeitrahmen: ab den Jahresrechnungen 2024. |  |  | |

| Jahr | Empfehlung des Rechnungshofs | Akzeptanzgrad | Vom Rechnungshof vorgenommene Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | Umsetzungsgrad | Anmerkungen |
| | **Empfehlung 2:**<br>Die Kommission sollte gründlichere Kontrollen durchführen, um Fehler zu vermeiden, die als entstandene Kosten geltend gemachte Vorauszahlungen, als direkte Kosten geltend gemachte indirekte Kosten sowie nicht förderfähige Mehrwertsteuer betreffen.<br>Zeitrahmen: bis Ende 2025. |  |  | Die Kommission hat erhebliche Fortschritte bei der Stärkung des Rechts- und Verfahrensrahmens erzielt, um Fehler im Zusammenhang mit nicht förderfähiger Mehrwertsteuer und der falschen Einstufung von Kosten zu verhindern. Sie hat jedoch noch nicht sichergestellt, dass die überarbeitete vorläufige Checkliste für Abrechnungen in allen Dienststellen einheitlich angewandt wird. Auch hat sie nicht sichergestellt, dass die Projektleiter eine angemessene Schulung zu den neuen "Quick Fix"-Anforderungen in Bezug auf die Förderfähigkeit der Kosten erhalten. |
| | **Empfehlung 3:**<br>Bei der Abrechnung von Vorfinanzierungen, die an Organisationen geleistet werden, welche einer Säulenbewertung unterzogen wurden, sollte die Kommission verstärkt Kontrollen durchführen, um Vorfinanzierungen, die in Finanzberichten als getätigte Ausgaben geltend gemacht werden, zu ermitteln und auszuschließen.<br>Zeitrahmen: bis Ende 2025. |  |  | Die Kommission hat lobenswerte Anstrengungen unternommen, um Einrichtungen, die einer Säulenbewertung unterzogen wurden, für die Risiken der Abrechnung von Vorfinanzierungen auf der Grundlage von Mittelbindungen zu sensibilisieren. Wiederkehrende Feststellungen deuten jedoch darauf hin, dass dass diese Probleme noch nicht ganz gelöst sind. |

*Quelle:* Europäischer Rechnungshof.

# Antworten der Europäischen Kommission auf den Jahresbericht über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds für das Haushaltsjahr 2025

# ANTWORTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUF DEN JAHRESBERICHT 2025 DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFS – BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DES NEUNTEN, ZEHNTEN UND ELFTEN EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNGSFONDS FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2025

## I. DIE ANTWORTEN DER KOMMISSION ZUSAMMENGEFASST

Die Kommission begrüßt den Bericht des Europäischen Rechnungshofes (EuRH), nimmt die Feststellungen zur Kenntnis und verpflichtet sich, erforderlichenfalls geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. Die Kommission nimmt die Schlussfolgerung des EuRH zur Kenntnis, dass die Jahresrechnungen der Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) ihre Vermögens- und Finanzlage in allen wesentlichen Belangen insgesamt sachgerecht darstellen und dass die Einnahmen keine wesentlichen Fehler aufweisen. In Bezug auf die geschätzte Fehlerquote möchte die Kommission betonen, dass sie nicht allen Feststellungen des EuRH zustimmt, insbesondere was überhöhte Abrechnungen und die Anlastung indirekter Kosten über eine „Kaskadenstruktur“ angeht. Die Kommission verstärkt ihre Bemühungen, diese Probleme zu beheben und die Fehlerquote in Zukunft weiter zu senken, unter anderem durch eine stärkere Anleitung und Überwachung der Durchführungspartner und durch die zeitgerechtere Verfügbarkeit von Unterlagen. Die Kommission möchte betonen, dass sie alles daransetzt, die EEF so bald wie möglich abzuschließen.

Die Kommission begrüßt, dass der EuRH positive Entwicklungen wie den von den internationalen Organisationen gewährten verbesserten Zugang zu Belegen und die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen aus früheren Jahresberichten anerkennt. Die Kommission nimmt ferner die Beispiele des EuRH für erfolgreiche im Rahmen der EEF finanzierte Projekte zur Kenntnis und setzt die enge Überwachung der Umsetzung von EU-finanzierten Projekten fort. Die Kommission ist entschlossen, Abhilfemaßnahmen in Fällen zu ergreifen, in denen die Durchführungspartner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, und Lehren aus Fällen zu ziehen, in denen die Ergebnisse die Erwartungen nicht vollständig erfüllt haben.

Die Kommission möchte betonen, dass die Durchführung der EEF in einem risikoreichen, komplexen und sich immer schneller entwickelnden Umfeld stattfindet, das u. a. durch die Eskalation globaler Konflikte und die zunehmende Instabilität geprägt ist. Charakteristisch dabei ist die Vielfalt

- hinsichtlich der geografischen Verteilung, da zahlreiche unterschiedliche Delegationen der EU weltweit abgedeckt werden,
- hinsichtlich der Durchführungsstellen und Partnerländer mit ihren unterschiedlichen Verwaltungs- und Kontrollkapazitäten, die von kleinen lokalen NRO bis zu internationalen Organisationen und staatlichen Agenturen reichen, und
- hinsichtlich der Methoden für die Bereitstellung von Unterstützung, einschließlich traditioneller Projekte, Haushaltszuschüsse, sektorbezogener Unterstützungsprogramme, Beiträge zu globalen Instrumenten, Mischfinanzierung, Haushaltsgarantien und sonstiger Verfahren zur Umsetzung der Hilfe.

Darüber hinaus steht die Kommission vor der Herausforderung, Personal für Delegationen in Länder mit schwierigen Bedingungen zu entsenden, und sie verzeichnet einen Mangel an Fachkräften sowohl

in den Delegationen der Europäischen Union als auch am Hauptsitz. Die Kommission ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um eine vollständige und effiziente Durchführung des EEF entsprechend dem bestehenden Rechts- und Finanzrahmen sicherzustellen. Die Kommission wird die Anpassung und Verbesserung ihrer Verfahren fortsetzen, um das Fehlerrisiko weiter zu verringern, wobei unter anderem die Ergebnisse der Prüfung der Zuverlässigkeitserklärung durch den EuRH sowie dessen Empfehlungen zu Kontrollen zwecks Vorbeugung und Korrektur berücksichtigt werden. So hat die Generaldirektion Internationale Partnerschaften (GD INTPA) der Kommission ihre Überprüfung der Kontrollstrategie abgeschlossen und mit der Umsetzung wesentlicher Empfehlungen begonnen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung eines Dashboards zur Erstellung von Risikoprofilen zur Messung der Einhaltung finanzieller und operativer Standards durch die Partner, den Zugang zu Unterlagen und die Stärkung der Ex-post-Kontrollen.

# II. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE WICHTIGSTEN BEMERKUNGEN DES EuRH

## 1. Zuverlässigkeit der Rechnungsführung

In Bezug auf die Bemerkung des EuRH in **Ziffer 16** zum neunten EEF möchte die Kommission klarstellen, dass dieser im Einklang mit der von der Kommission angenommenen Empfehlung 1 bis Ende 2026 abgeschlossen sein wird.

## 2. Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge

### *Ausgaben*

Die Kommission nimmt die Feststellung des EuRH in **Ziffer 23** zur Verwendung von zwei Finanzierungsvereinbarungen in der Auslaufphase des EEF, als die Verfallsklausel weitere Änderungen oder neue Verpflichtungen ausschloss, zur Kenntnis. Die Kommission möchte jedoch betonen, dass die zugrunde liegenden Überwachungs- und Wasserbauvorhaben wie geplant durchgeführt wurden. Die Kommission wird Lehren aus diesem Fall ziehen, um das Management in den Auslaufphasen in Zukunft zu verbessern.

Der Kommission ist das vom EuRH angesprochene Problem der Anlastung indirekter Kosten über eine „Kaskadenstruktur“ (siehe Kasten 1 und **Ziffer 24** des Berichts) bekannt. Die Kommission betrachtet diesen Sachverhalt jedoch nicht als Fehler, da die Behandlung indirekter Kosten im Einklang mit den Bestimmungen des Leitfadens für Beitragsvereinbarungen der Kommission steht. Angesichts des in allen Dienststellen der Kommission einheitlichen Vorgehens hat die Kommission die entsprechende Empfehlung in Kapitel 9 des Jahresberichts 2024 des EuRH daher nicht angenommen.

In Bezug auf **Ziffer 28** weist die Kommission darauf hin, dass im Rahmen der Überprüfung der Kontrollstrategie der GD INTPA Vorschläge für verbesserte Leitlinien und zur Standardisierung ausgearbeitet und von den verschiedenen RELEX-Generaldirektionen erörtert wurden, um sicherzustellen, dass die Budgets hinreichend detailliert sind. Als Folgemaßnahme führt die GD INTPA ein Pilotprojekt zur Anwendung eines standardisierten Budgetformats durch, das auf Ebene der einzelnen Einrichtungen einvernehmlich vereinbart wird und zusätzliche Anforderungen an die Bereitstellung weiterer detaillierter Angaben zum Budget in Anhang I der Beitragsvereinbarung vorsieht. Das Pilotprojekt wird als Grundlage dafür dienen, die Anforderungen an andere der indirekten Mittelverwaltung unterstehende Einrichtungen weiter zu präzisieren und zu standardisieren.

Die Kommission ist der Auffassung, dass die Fehler aufgrund überhöhter Abrechnungen (siehe **Ziffer 29** des Berichts) (eine Praxis, bei der nicht getätigte Ausgaben in der Rechnungslegung als getätigte Ausgaben ausgewiesen werden) vorübergehender Natur sind, da sie nach den endgültigen Abrechnungen grundsätzlich nicht mehr vorhanden sind. Außerdem weist die Kommission darauf hin, dass sie zur Verringerung dieser vorübergehenden Fehler ihre Partner aufgefordert hat, ihre Meldevorlagen zu überprüfen, sodass die angefallenen Ausgaben leichter ermittelt werden können. Die Kommission räumt die festgestellten Fehler ein. Sie möchte jedoch betonen, dass der Anteil dieser Art von Fehlern im Vergleich zu den Vorjahren dank der Einführung zusätzlicher Kontrollen erheblich zurückgegangen ist (von 40 % im Jahr 2023 und 14 % im Jahr 2024 auf nur 6 % im Jahr 2025).

Die Kommission möchte hervorheben, dass die meisten der in **Ziffer 30** genannten Fehler auf Ebene der Begünstigten von EU-Mitteln – insbesondere von der indirekten Mittelverwaltung unterstehenden Begünstigten – auftreten. Solche Fehler können von der Kommission nicht ohne Weiteres aufgedeckt werden. Die Kommission befasst sich mit diesen Fragen im Wege regelmäßiger Treffen mit ihren Partnern.

## Antwort auf Kasten 1

**Beispiel für nicht förderfähige indirekte Kosten, die als direkte Kosten geltend gemacht wurden – Kaskadenstruktur der Kosten**

Die Kommission hat seit jeher den Standpunkt vertreten, dass bei der indirekten Mittelverwaltung mit Einrichtungen, die im Rahmen einer Säulenbewertung geprüft wurden, die von den Begünstigten geltend gemachten indirekten Kosten als direkte Kosten der Organisation bzw. des Partners, die bzw. der einer Prüfung im Rahmen einer Säulenbewertung unterzogen wurde, zu verbuchen sind. Im Leitfaden für Beitragsvereinbarungen der Kommission heißt es, dass indirekte Kosten, die von Empfängern von Finanzhilfen geltend gemacht werden, die von der Organisation und/oder ihren Partnern gewährt werden, durch die direkten förderfähigen Kosten der Maßnahme und nicht durch die Vergütung gedeckt werden. Diese Auslegung gilt für alle Dienststellen der Kommission.

**Beispiel für nicht förderfähige Kosten, die für ein Projekt geltend gemacht wurden**

Die Kommission gesteht zu, dass der EuRH die Auffassung vertreten kann, dass bestimmte Personalkosten eher mit dem Funktionieren der Organisation insgesamt als mit der spezifischen Maßnahme in Verbindung stehen. Die Kommission teilt die Auffassung, dass Personalkosten und andere Kosten, die eindeutig und ausschließlich einer bestimmten Maßnahme zuzuordnen sind, tatsächlich angefallen sind, ordnungsgemäß in der Buchführung des Begünstigten erfasst sind (einschließlich angemessen aufgeteilter Kosten) und nicht bereits durch den Pauschalsatz für indirekte Kosten/Vergütungen abgedeckt sind, als direkte förderfähige Kosten behandelt werden sollten.

## *Analyse der Restfehlerquote für 2025*

Die Kommission weist darauf hin, dass in der vom EuRH geschätzten Fehlerquote unter anderem Fehler in Verträgen erfasst werden, die noch in den folgenden Rechnungsjahren von der Kommission kontrolliert und korrigiert werden können. Im Rahmen der Analyse der Restfehlerquote, die auf einer repräsentativen Stichprobe abgeschlossener Verträge basiert, hat die Kommission für 2025 eine Gesamtrestfehlerquote von 0,56 % (die somit im zehnten Jahr in Folge unter der Wesentlichkeitsschwelle von 2 % lag) und einen Risikobetrag bei Abschluss von 0,97 % der Ausgaben geschätzt. Die vom EuRH geschätzte Fehlerquote und die Restfehlerquote der Kommission für die Ausgaben der EEF sind daher nicht direkt vergleichbar, was zum Teil auf methodische Unterschiede und die Tatsache zurückzuführen ist, dass sich die Restfehlerquote auf abgeschlossene Verträge bezieht, bei deren Abschluss zahlreiche Probleme bereits behoben worden sind. Die Kommission wird weiterhin beide Ergebnisreihen nutzen, um ihre Kontrollsysteme und Korrekturkapazität weiter zu stärken.

Die Analyse der Restfehlerquote ist eine wichtige Grundlage für die Zuverlässigkeitserklärung des Generaldirektors der GD INTPA. Doch ist sie nicht der einzige Anhaltspunkt für die Zuverlässigkeit. Die GD INTPA verfügt über einen umfassenden internen Kontrollrahmen und eine Kontrollstrategie, die den gesamten Durchführungszyklus abdecken. Alle Aspekte des Kontrollrahmens dienen als Bausteine ihrer Zuverlässigkeit, über die im jährlichen Tätigkeitsbericht Bericht erstattet wird. Letzterer bildet die Grundlage für den Nachweis der Ordnungsmäßigkeit in der jährlichen Management- und Leistungsbilanz.

Die Kommission räumt ein, dass durch das Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit im Finanz- und Verwaltungsbereich (FAFA) mit den Vereinten Nationen Beschränkungen bei den Kontrollen bestehen, und sucht nach praktikablen Lösungen, die für beide Parteien annehmbar sind. Wie der EuRH anerkennt, hat die Kommission an der Verbesserung der Methode zur Ermittlung der Restfehlerquote gearbeitet, um einigen der vom EuRH in der Vergangenheit vorgebrachten Bemerkungen Rechnung zu tragen, insbesondere in Bezug auf die Behandlung von Elementen mit hohem Wert und die Begrenzung des Rückgriffs auf frühere Kontrolltätigkeiten.

### 3. Bewertung der Projektergebnisse im Zuge der Prüfbesuche des Rechnungshofes

Die Kommission begrüßt das in Kasten 3 des Berichts dargestellte Beispiel für die erfolgreiche Durchführung eines Projekts. Zugleich nimmt die Kommission die Bemerkung des EuRH in Kasten 4 des Berichts in Bezug auf eine örtlich begrenzte Abweichung bei der Kiesdicke und -breite zur Kenntnis. Die Nachkontrollen der Kommission bestätigten, dass die übrigen Teile des Gesamtbauwerks den Planungsvorgaben entsprachen. Die Kommission räumt zudem ein, dass die vom EuRH festgestellten örtlich begrenzten Abweichungen in den Unterlagen der Abschlagszahlungsanweisung besser hätten dokumentiert werden müssen, und hat Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass solche standortspezifischen Abweichungen in künftigen Fortschrittsbescheinigungen klar erfasst und begründet werden.

# III. ANTWORTEN DER KOMMISSION AUF DIE EMPFEHLUNGEN

## Empfehlung 1 – Den Abschluss des neunten EEF vollenden

**Die Kommission sollte die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Abschluss des neunten EEF sicherzustellen, einschließlich des Abschlusses der verbleibenden Verträge und der Abrechnung der entsprechenden Rechnungsführungssalden.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2026.**

Die Kommission **nimmt** die Empfehlung 1 **an**.

## Empfehlung 2 – Die Qualität der vertraglich vorgeschriebenen Berichte über die Ausgabenüberprüfung sicherstellen

**Die Kommission sollte sicherstellen, dass die vertraglich vorgeschriebenen Ausgabenüberprüfungen die erwartete Qualität aufweisen und einheitlich und im Einklang mit den geltenden Leitlinien durchgeführt werden. Um dies zu erreichen, sollte sie**

**a) die beauftragten externen Prüfer und die von ihnen erstellten Ausgabenüberprüfungsberichte besser überwachen und**

**b) bei festgestellten Mängeln rechtzeitig geeignete Korrekturmaßnahmen ergreifen.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** die Teilempfehlungen 2a und b **an**.

Die Kommission ergreift bereits Maßnahmen, um die erwartete Qualität der Berichte über die vertraglich vorgeschriebenen Ausgabenüberprüfungen sicherzustellen, und setzt erforderlichenfalls Korrekturmaßnahmen um.

## Empfehlung 3 – Bei Einrichtungen, die einer Säulenbewertung unterzogen wurden, höhere Anforderungen an die Finanzberichterstattung stellen

**Um die Finanzberichterstattung von Einrichtungen, die einer Säulenbewertung unterzogen wurden, zu verbessern, sollte die Kommission**

**a) sicherstellen, dass die Aufschlüsselung der Mittel in den Beitrags- und Übertragungsvereinbarungen, die mit Einrichtungen geschlossen werden, die einer Säulenbewertung unterzogen wurden, ausreichend detailliert ist, um eine wirksame Überwachung der Ausgaben zu ermöglichen, und**

**b) Mindestanforderungen an die Finanzberichterstattung festlegen, damit vor der Abrechnung angemessene Informationen für die Überprüfung der Ausgaben bereitgestellt werden.**

**Zieldatum für die Umsetzung: Ende 2027.**

Die Kommission **nimmt** die Teilempfehlungen 3a und b **an**.

# URHEBERRECHTSHINWEIS

© Europäische Union, 2026

Die Weiterverwendung von Dokumenten des Europäischen Rechnungshofs wird durch den Beschluss Nr. 6-2019 des Europäischen Rechnungshofs über die Politik des offenen Datenzugangs und die Weiterverwendung von Dokumenten geregelt.

Sofern nicht anders angegeben (z. B. in gesonderten Urheberrechtshinweisen), werden die Inhalte des Rechnungshofs, an denen die EU die Urheberrechte hat, im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution 4.0 International (CC BY 4.0) zur Verfügung gestellt. Eine Weiterverwendung ist somit gestattet, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt und auf etwaige Änderungen hingewiesen wird. Wer Inhalte des Rechnungshofs weiterverwendet, darf die ursprüngliche Bedeutung oder Botschaft nicht verzerrt darstellen. Der Rechnungshof haftet nicht für etwaige Folgen der Weiterverwendung.

Eine zusätzliche Genehmigung muss eingeholt werden, falls ein bestimmter Inhalt identifizierbare Privatpersonen zeigt, z. B. Fotos von Bediensteten des Rechnungshofs, oder Werke Dritter enthält.

Wird eine solche Genehmigung eingeholt, so hebt sie die vorstehende allgemeine Genehmigung auf und ersetzt sie; auf etwaige Nutzungsbeschränkungen wird ausdrücklich hingewiesen.

Um Inhalte zu verwenden oder wiederzugeben, an denen die EU keine Urheberrechte hat, kann es erforderlich sein, eine Genehmigung direkt bei den Urheberrechtsinhabern einzuholen.

**Kapitel 2:**

- Abbildung 2.17:
  Vom Rechnungshof erstellt mit © RAWGraphs: A Visualisation Platform to Create Open Outputs. Alle Rechte vorbehalten.
- Abbildung 2.18:
  Diese Abbildung wurde unter Verwendung von Bildsymbolen von Flaticon.com gestaltet. © Freepik Company S.L. Alle Rechte vorbehalten.

**Kapitel 3:**

- Abbildungen 3.3, 3.4, 3.5, 3.6 und 3.7 sowie Anhang 3.1:
  Diese Abbildungen wurden unter Verwendung von Bildsymbolen von Flaticon.com gestaltet. © Freepik Company S.L. Alle Rechte vorbehalten.

**Kapitel 4:**

- Abbildung 4.4:
  Von Eurostat erstellt und vom Europäischen Rechnungshof geändert.
  Verwaltungsgrenzen: © EuroGeographics © OpenStreetMap lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 license (CC BY-SA)
  Kartografie: Eurostat – IMAGE, 03/2026.

**Kapitel 6:**

- Abbildung 6.2:
  Diese Abbildung wurde unter Verwendung von Bildsymbolen von Flaticon.com gestaltet. © Freepik Company S.L. Alle Rechte vorbehalten.
- Abbildung 6.5:
  Diese Abbildung wurde unter Verwendung von Bildsymbolen von Flaticon.com gestaltet. © Freepik Company S.L. Alle Rechte vorbehalten.
- Karte in Anhang 6.1:
  Vom Europäischen Rechnungshof mit "Tableau" erstellt. © 2026 Salesforce, Inc. und dessen Lizenzgeber. Alle Rechte vorbehalten.

**Kapitel 7:**

- Abbildungen 7.2 und 7.5:
  Diese Abbildung wurde unter Verwendung von Bildsymbolen von Flaticon.com gestaltet. © Freepik Company S.L. Alle Rechte vorbehalten.
- Karte in Kasten 7.3:
  Von Eurostat erstellt und vom Europäischen Rechnungshof geändert.
  Verwaltungsgrenzen: © EuroGeographics © OpenStreetMap lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 license (CC BY-SA)
  Kartografie: Eurostat – GISCO, 06/2026.

**Kapitel 9:**

- Anhang 9.1:
  Kartenhintergrund © Mapbox und © OpenStreetMap, lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 (CC BY-SA).

**Kapitel 11:**

- Abbildung 11.1 im Anhang:

  Diese Abbildung wurde unter Verwendung der Bildsymbole  ,  und  von Flaticon.com gestaltet. © Freepik Company S.L. Alle Rechte vorbehalten.

  Das Zahnrad  wurde vom Europäischen Rechnungshof modifiziert, © **By Ramziia** – stock.adobe.com.
- Abbildung 11.2 im Anhang:

  Diese Abbildung wurde unter Verwendung der Bildsymbole  und  von Flaticon.com gestaltet. © Freepik Company S.L. Alle Rechte vorbehalten.

**Kapitel 12:**

- Foto in Kasten 12.1: © Proxima Studio, stock.adobe.com.
- Foto in Kasten 12.2: © WrightStudio, stock.adobe.com.

**EEF:**

- Anhang I:
  Kartenhintergrund © Mapbox und © OpenStreetMap, lizenziert im Rahmen der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 2.0 (CC BY-SA).

Software oder Dokumente, die von gewerblichen Schutzrechten erfasst werden, wie Patenten, Marken, eingetragenen Mustern, Logos und Namen, sind von der Weiterverwendungspolitik des Rechnungshofs ausgenommen.

Die Websites der Organe der Europäischen Union in der Domain "europa.eu" enthalten mitunter Links zu von Dritten betriebenen Websites. Da der Rechnungshof keinerlei Kontrolle über diese Websites hat, sollten Sie deren Bestimmungen zum Datenschutz und zum Urheberrecht einsehen.

**Verwendung des Logos des Rechnungshofs**

Das Logo des Europäischen Rechnungshofs darf nicht ohne dessen vorherige Genehmigung verwendet werden.


| PDF | ISBN 978-92-849-7804-5 | ISSN 2600-1608 | doi:10.2865/7349595 | QJ-01-26-030-DE-N |
|---|---|---|---|---|

# ZITIERHINWEIS

Europäischer Rechnungshof, Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 sowie Jahresbericht über die Tätigkeiten im Rahmen des neunten, zehnten und elften Europäischen Entwicklungsfonds für das Haushaltsjahr 2025, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2026.

**Der Jahresbericht des Hofes enthält sein Prüfungsurteil dazu, ob die EU-Jahresrechnung zuverlässig ist und die zugrunde liegenden Einnahmen- und Ausgabenvorgänge mit den maßgebenden Regeln und Rechtsvorschriften in Einklang stehen. Darüber hinaus umfasst er die vom Hof vorgenommene Analyse der Haushaltsführung und des Finanzmanagements sowie von Leistungsaspekten bei der Ausführung des EU-Haushalts.**

CURIA RATIONUM
EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union